Bericht

über die

Verhandlungen des Vereinigungs-parteitages der U. S. P. D. (Linke) und der K. P. D. (Spartakusbund)

Abgehalten in Berlin
vom 4. bis 7. Dezember 1920

◆

Anhang: Bericht über die 1. Frauen-Reichskonferenz am 8. Dezember 1920 in Berlin

Berlin 1921

Herausgegeben von der
Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands

Frankes Verlag, G. m. b. H., Leipzig-Berlin

Geschäftsordnung.

1. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen. Die Redner erhalten nach der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt.

2. Alle Anträge mit Ausnahme von Geschäftsordnungsanträgen sind schriftlich einzureichen und müssen von mindestens 20 Delegierten unterstützt werden. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Zuruf erfolgen.

3. Bei Anträgen auf Schluß der Debatte oder auf Vertagung wie bei allen Geschäftsordnungsanträgen erhält nur ein Redner dafür und ein Redner dagegen das Wort.

   Persönliche Bemerkungen können erst am Schluß der Debatte gemacht werden.

4. Die Redezeit der Referenten wird auf eine und eine halbe Stunde festgesetzt. Die Referenten erhalten das Schlußwort.

   Für die Diskussionsredner wird eine Redezeit von 10 Minuten festgesetzt. Ein Diskussionsredner darf nicht mehr als zweimal zu einer Angelegenheit sprechen.

5. Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6. Namentliche Abstimmung muß erfolgen, wenn ein dahingehender Antrag von 30 Mitgliedern des Parteitages gestellt wird.

7. Delegierte, die vor Schluß des Parteitages abreisen müssen, haben dieses dem Büro mitzuteilen, ihre Namen sind im Protokoll zu vermerken.

Tagesordnung.

1. Das Aktionsprogramm der vereinigten Partei.
   Referenten: Ernst Däumig und Paul Levi.
2. Das Kommunistische Agrarprogramm.
   Referent: August Thalheimer.
3. Die Organisation der Partei.
   Referent: Wilhelm Koenen.
4. Die Arbeitslosenfrage.
   Referent: Fritz Heckert.
5. Gewerkschaften und Betriebsräte.
   Referent: Heinrich Brandler.
6. Die Frauenfrage.
   Referentin: Klara Zetkin.
7. Wahl der zentralen Körperschaften.
8. Anträge und Verschiedenes.

Bureau und Kommissionen des Parteitages.

Vorsitzende:

Braß-Remscheid
Pieck-Berlin

Schriftführer:

König-Essen
Plettner-Hannover
Remmele-Stuttgart
Siewert-Chemnitz

Mandatsprüfungskommission:

Geschke-Berlin
Häusler-Hannover
Katz-Hannover
Schnellbacher-Hanau
Schnetter-Erfurt
Tittel-Stuttgart
Urbahns-Hamburg
Weyer-Berlin

Organisationskommission:

Aschauer-München
Bachmann-Chemnitz
Braß-Remscheid
Jannack-Bremen
Lechleiter-Mannheim
Oelsner-Halle
Plettner-Hannover
Remmele-Stuttgart
Thalmann-Hamburg
Wolff-Hamburg

Programmkommission:

Heinrich Brandler
Ernst Däumig
Kurt Geyer
Wilhelm Koenen
Paul Levi
Walter Stoecker
August Thalheimer
Klara Zetkin

Anträge an den Parteitag.

I. Anträge der provisorischen Zentrale der U. S. P. D. und K. P. D.

1. Entwurf der Organisationssatzungen.

Mitgliedschaft.

§ 1.

Mitglied der Partei kann jede Person werden, die Programm, Satzungen und die Beschlüsse der Partei und der Kommunistischen Internationale als für sich bindend anerkennt.

Aufgaben der Mitglieder.

§ 2.

Die Parteimitglieder haben die Pflicht, im Sinne der Grundsätze und Taktik der Partei zu wirken und deren Beschlüsse durchzuführen. Sie haben sich in den Betrieben und in allen Körperschaften, in denen die Partei die Arbeit der Kommunisten für notwendig hält, insbesondere in den Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften zusammenzuschließen und einheitlich in engster Verbindung und im Einverständnis mit der zuständigen Parteiorganisation unter den Arbeitern der Betriebe und den Mitgliedern der genannten Körperschaften für die Kommunistische Bewegung zu wirken.

In den Betrieben haben sich die zur kommunistischen Betriebsfraktion vereinigten Mitglieder einen Fraktionsvorstand zu wählen, der jederzeit zurückberufen werden kann.

Aufbau der Partei.

§ 3.

Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands baut ihre Organisation nicht nach Wahlkreisen, sondern nach Wirtschaftsgebieten auf, die zu Bezirken zusammengefaßt werden.

Ortsgruppen.

§ 4.

Die Grundlage der Bezirke bilden die Ortsgruppen, die sich je nach ihrer Größe in Distrikte und Straßengruppen gliedern und zu deren Führung Distriktsleitungen und Straßenvertrauensmänner von den Distriktsversammlungen und Straßengruppen gewählt werden.



Die Ortsgruppen bauen sich auf den Distriktsorganisationen und kommunistischen Betriebsfraktionen auf, sie geben sich eigene Satzungen, die der Genehmigung durch die Bezirksleitung unterliegen.

§ 5.

Zur Erledigung der politischen und organisatorischen Aufgaben der Ortsgruppe wird ein Vertrauensmännerkörper von der Mitglieder- oder Vertreterversammlung der Ortsgruppe gewählt. Die Vorschläge dazu sind von den vereinigten kommunistischen Betriebsfraktionen oder deren Vorständen und den Distriktsversammlungen zu machen. Ferner delegieren in den Vertrauensmännerkörper die kommunistische Fraktion der Betriebsräte, der Gewerkschaften, der Konsumgenossenschaften und der Gemeindeparlamente, sowie die Abteilung für die Frauen- und Jugendagitation ihre Vertreter.

Zur Leitung der Ortsgruppe wählt die Mitglieder- oder Vertreterversammlung nach den Vorschlägen des Vertrauensmännerkörpers einen Vorstand, dessen Mitglieder die Parteiarbeit am Orte verantwortlich zu führen haben.

Die Zahl der Mitglieder und die Zusammensetzung des Vertrauensmännerkörpers und des Vorstandes richtet sich nach der Größe und der wirtschaftlichen Struktur des Ortes und ist durch die örtliche Satzung zu bestimmen.

Bezirke.

§ 6.

Organe der Bezirke sind der Bezirkstag und die Bezirksleitung. Die höchste Instanz des Bezirkes ist der Bezirkstag, der nach Bedarf zusammentritt. Der Bezirkstag setzt sich zusammen aus den Delegierten der Ortsgruppen, die entsprechend der nachgewiesenen Mitgliederstärke die ihnen zustehenden Delegierten in Mitglieder- oder Vertreterversammlungen wählen. Nur die gewählten Delegierten sind stimmberechtigt. Der Bezirkstag setzt für die organisatorischen Angelegenheiten des Bezirks eigene Satzungen fest, die der Genehmigung der Zentrale unterliegen, er wählt die Bezirksleitung, deren Mitglieder die politische und organisatorische Leitung des Bezirks verantwortlich auszuüben haben. Die Beschlüsse des Bezirkstags sind für alle Mitglieder des Bezirks bindend.

Parteitag.

§ 7.

Der Parteitag ist die höchste Instanz der Partei, er entscheidet über Programm, Satzungen und die internationalen Verbindungen der Partei, sowie über alle grundsätzlichen und taktischen Fragen. Seine Beschlüsse sind für jedes Parteimitglied bindend. Der Parteitag tritt nach Bedarf, mindestens aber einmal im Jahre, zusammen. Der Parteitag soll nicht mehr als 300 Delegierte umfassen. Die Zahl der auf die einzelnen Bezirke entfallenden Delegierten wird von der Zentrale nach den am vorletzten Vierteljahrsabschluß vorhandenen Mitgliedern für die Beiträge gezahlt und an die Zentrale anteilig abgeführt worden sind, festgesetzt. Jedem Bezirk steht mindestens ein Delegierter zu. Die Wahlen zum Parteitag erfolgen in den Mitglieder- oder Vertreterversammlungen der Orte, die je nach der Zahl der im Bezirk zu wählenden Delegierten zu Wahlgruppen zusammengelegt werden können.

Auf dem Parteitag haben Stimmrecht nur die gewählten Delegierten. Mit beratender Stimme nehmen am Parteitag teil: die Mitglieder der Zentrale, des Zentralausschusses, der Revisionskommission, der Vorstand der Reichstagsfraktion, die Parteitagsreferenten und die geladenen Gäste

Zentrale.

§ 8.

Der Parteitag wählt zur politischen und organisatorischen Leitung der Partei und zur Kontrolle sämtlicher Organe und Funktionäre eine Zentrale, deren Mitglieder Angestellte der Partei sind. Die Zentrale gliedert sich in ein Organisationsbureau und ein politisches Bureau, die getrennt oder gemeinsam tagen. Die Beschlüsse der beiden Bureaus wie die der Gesamtzentrale sind für alle Mitglieder der Partei bindend.

Zentralausschuß.

§ 9.

Zur Erledigung wichtiger Angelegenheiten und Kontrolle der Zentrale wird ein Zentralausschuß vom Parteitag gewählt, zu dem die Mitglieder von den Bezirken vorgeschlagen werden. Den Bezirken mit bis zu 20 000 Mitgliedern steht ein Vertreter, den Bezirken mit über 20 000 Mitgliedern ein zweiter Vertreter, mit über 50 000 Mitgliedern ein dritter Vertreter zu. Der Zentralausschuß tritt nach Bedarf, mindestens aber alle drei Monate zusammen. Er hat das Recht, Ergänzungswahlen für die Zentrale vorzunehmen und übt die Rechte des Parteitages aus, wenn dessen Einberufung aus politischen Gründen unmöglich ist.

Revisionskommission.

§ 10.

Für die Kontrolle der Kassenführung der Zentrale wählt der Parteitag eine aus fünf Mitgliedern bestehende Revisionskommission, die mindestens vierteljährlich einmal die Kassenführung zu prüfen hat.

Parlamentsfraktion.

§ 11.

Parteimitglieder, die in parlamentarischen Körperschaften der Kommunen, Provinzen, Länder oder des Reiches tätig sind, sind ihrer zuständigen Parteiorganisation und deren Leitung verantwortlich, der die Kontrolle und der bestimmende Einfluß über diese Tätigkeit zusteht. Bei Differenzen ist eine Entscheidung der Zentrale oder des Zentralausschusses bis zum Zusammentritt des Parteitages für die Parlamentsmitglieder bindend.

Die in den Parlamenten tätigen Mitglieder können jederzeit von der Zentrale oder dem Zentralausschuß zurückberufen werden. Sie haben vor ihrer Wahl eine Blankovollmacht für die Mandatsniederlegung zu unterschreiben und sie der Zentrale oder der Bezirksleitung auszuhändigen.

Beiträge.

§ 12.

Der Parteitag beschließt einen Mindestbeitrag, zu dem die Ortsgruppen Zuschläge erheben können, die von der Bezirksleitung genehmigt werden müssen. An die Zentrale sind mindestens 30 Prozent aller erhobenen

Beiträge (einschließlich der Zuschläge) abzuführen. Die übrige Verteilung der Beiträge zwischen Bezirksleitung und Ortsgruppen bestimmt der Bezirkstag. Die Abrechnung hat vierteljährlich zu erfolgen.

Angestellte der Partei.

§ 13.

Die Anstellung der Bezirkssekretäre, Redakteure, Agitatoren und Geschäftsführer kann nur im Einvernehmen mit der Zentrale erfolgen. Die Anstellung von Sekretären und Hilfskräften in den Ortsgruppen unterliegt der Genehmigung der Bezirksleitung. Sämtliche Angestellte können jederzeit von ihrem Posten abberufen werden Bei allen Anstellungen hat die Zentrale das Einspruchsrecht, bei Differenzen entscheidet der Zentralausschuß.

Presse.

§ 14.

Die gesamte politische und taktische Haltung der Parteipresse untersteht der Kontrolle der Zentrale. Alle Aufrufe und sonstigen Veröffentlichungen der Zentrale sind von allen Parteizeitungen aufzunehmen.

Ausschlußverfahren.

§ 15.

Wer gegen Programm, Satzungen und Beschlüsse der Partei und der Kommunistischen Internationale verstößt, wird aus der Partei ausgeschlossen.

Ausschlußanträge können durch die Mitgliederversammlungen, die Bezirksleitungen oder die Zentrale der Partei gestellt werden. Die Entscheidung fällt die Bezirksleitung, in deren Bezirk das auszuschließende Mitglied wohnt. Wird gegen den Beschluß der Bezirksleitung nicht innerhalb von zwei Wochen Einspruch bei der Zentrale erhoben, so ist ihr Ausschluß endgültig.

Wird rechtzeitig Einspruch erhoben, so hat die beteiligte Bezirksleitung ein Schiedsgericht von sieben Personen einzusetzen, von denen drei durch die Zentrale und je zwei durch den Angeschuldigten und der antragstellenden Organisation innerhalb von zwei Wochen zu bestimmen sind.

Es kann in diesem Verfahren auf Erteilung einer Rüge, Aberkennung der Parteifunktionen oder Ausschluß erkannt werden.

Die Wiederaufnahme eines Ausgeschlossenen kann nur erfolgen, wenn die Organisation die den Ausschluß beantragt hat, vorher gehört worden ist.

2. Entwurf eines Agrarprogramms.

I.

Einleitung.

Das gewaltige wirtschaftliche Zerstörungswerk des Weltkrieges hat die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland unterwühlt. Der Produktionsapparat ist in diesem Höllenfeuer zusammengeschmolzen. Arbeitskräfte, Arbeitsmaschinen, Rohstoffe, Hilfsstoffe, der Goldbestand wurden dezimiert. Im selben Maßstabe aber, wie die Gebrauchswerte vernichtet wurden, wuchs die Kriegsschuld, der Anspruch der kapitalistischen Klasse auf die Früchte der Arbeit. Im selben Maße wuchs die Anarchie in der Produktion. Das Kapital, dessen geschichtliche Rolle die breiteste Entfaltung der Produktionskräfte der Gesellschaft war, hat sich in einen reinen



Schmarotzer am Körper der gesellschaftlichen Arbeit entwickelt, in eine Kraft der Zerstörung und Verwirrung. Seine geschichtliche Stunde hat geschlagen. Das Proletariat ist berufen, das Urteil der Geschichte zu vollziehen bei Strafe des Unterganges der Produktion.

Der militärische Zusammenbruch des deutschen Imperialismus auf den Schlachtfeldern Frankreichs gab den Anstoß zum Beginn dieser Auseinandersetzung, die im Schoße der Gesellschaft vorbereitet lag. Ihr Auftakt war die Revolution des 9. November. Aber diese Revolution, obwohl getragen von kriegsmüden und enttäuschten Soldaten und den Arbeitern, ließ die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft unberührt. Sie erfaßte nur die äußere Staatsform. Sie verwandelte den monarchischen Militärstaat in eine bürgerliche Republik, mit den Verrätern des Sozialismus als Firmenträgern. Die politische Form der Kapitalswirtschaft ward oberflächlich reformiert, neu unterbaut.

Aber diese politische Revolution ward zugleich der Ausgangspunkt der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, die in einer Reihe gewaltiger Streikwellen und bewaffneter Aufstände Deutschland überzog und deren Ergebnis nur der Sturz der Kapitalsherrschaft sein kann. Das Industrieproletariat leitete die Rebellion der Lohnarbeit gegen das Kapital ein. In seinen Spuren folgten die Arbeiter und Angestellten des Handels- und Geldkapitals.

Es ist klar, daß die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit nicht auf die Städte beschränkt bleiben kann. Die Kapitalsherrschaft lastet noch schwerer wie auf dem städtischen auf dem ländlichen Proletariat. Ihr Zusammenbruch droht auch dem Kleinbürgertum den Untergang an.

Das ländliche Proletariat und das Kleinbauerntum sind in ihrem Kampf gegen das Kapital gehemmt durch die örtliche Zersplitterung und die ländliche Abgeschlossenheit. Sie können nur überwunden werden durch das engste Zusammenwirken mit dem städtischen Proletariat.

Im landwirtschaftlichen Großbetrieb ist die sozialistische Produktion vorgebildet durch das Kapital selbst. Es bedarf hier nur des Zerbrechens der Schranken des Privateigentums, der Aneignung des Landes und der Arbeitsmittel durch die Gesellschaft und des innigen Zusammenwirkens mit der sozialisierten Industrie und Handel, damit auch hier die sozialistische Arbeitsweise sich entfalten kann. Das Kleinbauerntum und der im kleinbäuerlichen Betrieb bewirtschaftete Großgrundbesitz leidet nicht minder schwer wie das Landproletariat unter dem Druck der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Aber in seiner Betriebsform ist die sozialistische Wirtschaftsweise noch nicht vorgebildet. Sie kann nicht mit Gewalt durchgesetzt werden. Die bürgerliche Wirtschaft hat das bäuerliche Kleineigentum durch einen jahrhundertelangen gewaltsamen Prozeß der wirtschaftlichen Entwurzelung und des Betrugs unterhöhlt, der den Kleinbauern völlig in das Proletariat hinabgeschleudert oder ihn ein Zwitterdasein zwischen Industrieproletarier und Landproletarier führen läßt, der ihn vom Grund und Boden und seinen Arbeitsmitteln trennt und unter die Fuchtel des Großgrundbesitzers oder des industriellen Unternehmers stellt. Er wurde massenhaft in einen Land-Tagelöhner oder industriellen Lohnarbeiter verwandelt. Oder sein Landbesitz wurde derart verzwergt oder verschuldet, daß er, als Fußkegel an seinem Bein, ihn in die drückendste Hörigkeit gegenüber dem Großgrundbesitz und dem Industriekapital versetzte. Die Methode der zur Herrschaft gelangten Arbeiterklasse dem Kleinbauern gegenüber kann dagegen nur die

der Hilfe und der Erziehung sein, damit er den Weg zum Sozialismus finde. Es gilt, die Lage des Kleinbauern als Kleinbauern wirtschaftlich zu erleichtern durch allseitige Hilfe der sozialisierten Industrie und des Handels. Es gilt, den Kleinbauern von der bureaukratischen Schreiberzunft, die ihn bevormundete, zu befreien und ihm den Weg zur Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten durch ihn selbst zu eröffnen; es gilt schließlich, die Ansätze der kleinbäuerlichen Genossenschaften auszubauen, damit der Kleinbauer stufenweise zur genossenschaftlichen Produktion auf großer Stufenleiter gelangt.

II.

Gliederung der landwirtschaftlichen Betriebe.

Landwirtschaftliche Großbetriebe sind diejenigen, die ständig fremde Arbeitskraft gegen Lohnarbeit zur Erzielung kapitalistischen Profits anwenden und deren Inhaber nicht selbst landwirtschaftliche Arbeit verrichten.

Landwirtschaftliche Kleinbetriebe sind diejenigen Betriebe, die fremde Arbeitskraft nicht oder nur in der Weise beschäftigen, daß sie der Hauswirtschaft nach Lebensweise oder Arbeitsweise eingegliedert sind, wie die Besitzer oder ihre Familienangehörigen selbst, und deren Ertrag nicht ganz oder gerade noch ausreicht, um ihre Besitzer zu erhalten.

Landwirtschaftliche Zwergbetriebe sind diejenigen, deren Ertrag nur einen Bruchteil des Unterhalts ihrer Besitzer liefert, deren Besitzer ihr Haupteinkommen aus anderen Quellen: landwirtschaftlicher oder industrieller Lohnarbeit, Kleinhandwerk oder Kleinhandel usw. beziehen.

Landwirtschaftliche Mittelbetriebe sind solche, die einen regelmäßigen Ueberschuß über den Bedarf ihrer Besitzer erzielen, die aber in der Hauptsache auf die Arbeitskraft ihrer Besitzer und deren Familienangehörige sich stützen.

Großbäuerliche Betriebe sind diejenigen, die überwiegend sich fremder Arbeitskraft bedienen, deren Besitzer aber sich selbst an der landwirtschaftlichen Arbeit beteiligen.

III.

Forderungen.

Um das Ziel der Befreiung des ländlichen Proletariats und des Kleinbauerntums von kapitalistischer Ausbeutung und der sozialistischen Betriebsweise in der Landwirtschaft zu erreichen, stellt die Vereinigte Kommunistische Partei die folgenden Forderungen auf:

A. Für den Großbetrieb.

1. Aller Großgrundbesitz, der im Großbetrieb bewirtschaftet wird, wird samt lebendem und totem Inventar und der dazu gehörigen gewerblichen Betriebe und dem Betriebskapital ohne Entschädigung vom sozialistischen Staat enteignet. Er wird Gemeineigentum der sozialistischen Gesellschaft.

2. Alle bisherigen gutsherrlichen Rechte und Patronate (gutsherrliche Jagd- und Fischereirechte, Steuerbefreiungen, Polizeirechte usw.), sowie alle Fideikommißrente werden ohne Entschädigung aufgehoben.

3. Auf jedem landwirtschaftlichen Großbetrieb bilden die ständig auf ihm beschäftigten Landarbeiter, Tagelöhner, Gutsleute, Gutshandwerker. Angestellten und die hauswirtschaftlich tätigen Familienangehörigen einen Gutsrat.

4. Der Gutsrat übernimmt unter Hinzuziehung landwirtschaftlicher Fachleute die genossenschaftliche Bewirtschaftung des Betriebes unter

zentraler einheitlicher Leitung für die gesamten landwirtschaftlichen Großbetriebe.

5. Der Gutsrat bestimmt im Rahmen der zentralen Anordnungen:

a) Die Anstellung und Entlassung von Arbeitskräften,

b) die Festsetzung der Arbeitszeit und der Arbeitslöhne

c) die Anbau- und Verwendungsart der landwirtschaftlich benutzten Flächen und die Oberleitung der mit dem Gutsrat verbundenen gewerblichen Betriebe,

d) die Ablieferung der über den Eigenbedarf des Großgutes hinaus überschüssigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse,

e) die Feststellung der Bedürfnisse des Großgutes an landwirtschaftlichen Arbeitsmitteln, die es nicht selbst erzeugt (Saatgut, Nutzvieh, Milchvieh, Zuchtvieh, Zuchtgut, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Düngemittel, Futterstoffe, chemische Hilfsstoffe, Baumaterial usw.),

f) die Feststellung und Verteilung des Bedarfs an industriellen Erzeugnissen und Handelsartikeln für den Einzelbedarf (Nahrungsmittel, Kleidung, Hausgerät und Mobiliar, Erzeugnisse der Literatur und Kunst),

g) die Feststellung des Bedarfs an Betriebskapital.

6. Die Höhe der für den Eigenbedarf der Genossenschafter des Großguts notwendigen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse des Großguts wird zentral festgesetzt. Die Ueberschüsse darüber werden an örtliche Sammelstellen abgeliefert, ebenso wie die Bedürfnisse der Güter an landwirtschaftlichen, industriellen und Handelsartikeln an die örtlichen Sammelstellen überwiesen werden.

7. Die abgelieferten überschüssigen Erzeugnisse des Großgutes werden der Genossenschaft gutgeschrieben.

Die Finanzierung des Großguts wird der Zentralbank des Rätestaates übertragen.

8. Die Wälder und die Jagd werden zentral bewirtschaftet durch die genossenschaftlich zusammengeschlossenen Wald- und Forstarbeiter und Forstbeamten, die ebenfalls in Räten organisiert sind.

9. Die Nutzung von Waldungen, die bisher Eigentum bäuerlicher Gemeinden waren, verbleibt den Gemeinden im Rahmen ihrer örtlichen Bedürfnisse. Die Bewirtschaftung geschieht zentral, wie die der übrigen Waldungen.

10. Die Wasserläufe werden nach Flußgebieten einheitlich bewirtschaftet.

11. Für die Zeiten der größten Arbeitshäufung im landwirtschaftlichen Betrieb, die eine Erledigung der Arbeit innerhalb bestimmter Fristen erfordern (Bestellung, Ernte), werden landwirtschaftliche Arbeiterkolonnen gebildet, deren örtliche Verteilung zentral bestimmt wird.

12. Um das Angebot ländlicher Arbeiter in den Höhezeiten des Landwirtschaftsbetriebes jederzeit zu ermöglichen, ist erforderlich, daß auch die industrielle Arbeiterschaft von Jugend auf in den Elementen landwirtschaftlicher Arbeit ausgebildet wird.

Andererseits ist erforderlich die Ausbildung der seßhaften Landarbeiterschaft in den Elementen der landwirtschaftlichen und industriellen Technik, im Interesse der technischen Entwicklung des landwirtschaftlichen Betriebes selbst, sodann aber um denen, die für die Beschäftigung in der Landwirtschaft nicht in Betracht kommen, den reibungslosen Uebergang in die Industrie zu ermöglichen.



13. Für landwirtschaftliche Kulturarbeiten großen Stils (Urbarmachung von Oedland Bewässerung Entwässerung usw., Feldbereinigung, Wegebau, Tier- und Pflanzenversuche usw.) werden vom Staat die Mittel und die Arbeitskräfte den Gutsräten zur Verfügung gestellt.

14. Landwirtschaftlicher Großgrundbesitz, soweit er nicht im Großbetriebe bewirtschaftet wird, sondern in kleine Pachten aufgeteilt ist, wird ebenso wie Großbetriebe ohne Entschädigung enteignet. Soweit dieser Landbesitz im Kleinen bewirtschaftet wurde, wird er zur weiteren Nutzung und Bewirtschaftung an die örtlichen Landarbeiter- und Kleinbauernräte überwiesen. Diese haben seine Nutzung und Betriebsart unter Beachtung der Interessen der bisherigen kleinbäuerlichen Bewirtschafter zu regeln.

15. Landwirtschaftliche Großbetriebe, die in kleinbäuerliche Betriebe eingesprengt und von keiner ausschlaggebenden wirtschaftlichen Bedeutung sind, können unter die Klein- und Zwergbauern der Umgebung aufgeteilt werden, um deren Betriebe so zu erweitern, daß ihre Besitzer sich selbst erhalten können.

16. Die staatlichen Domänen, soweit sie nicht in Kleinpachten zerteilt sind, bilden Muster- und Versuchswirtschaften unter unmittelbarer Leitung der provinziellen oder Staatszentrale. Ihnen werden Landwirtschaftliche Fach- und Hochschulen angegliedert.

17. Die Ueberwindung des kulturellen Gegensatzes zwischen Stadt und Land soll vom Staat eingeleitet werden dadurch, daß alle Elemente städtischer Kultur dem Lande zugänglich gemacht werden durch Ausbau eines engen Netzes von Schnellbahnen und anderen Verkehrsmitteln. Ferner, im Interesse der Produktion selbst, durch weitgehende Versorgung des Landes mit elektrischer Kraft, Gas usw. und endlich durch planmäßige Vereinigung von landwirtschaftlichem mit industriellem Großbetrieb.

B. Für den Klein- und mittelbäuerlichen Betrieb.

1. Das Privateigentum des Klein- und Mittelbauern an Land und Arbeitsmitteln bleibt unangetastet. Er erhält das von ihm bisher bewirtschaftete Land zur freien Verfügung überwiesen.

2. Der Kleinbauer verwaltet seine wirtschaftlichen und Verwaltungsangelegenheiten selbst im Wege der Räteverfassung. Diese Selbstverwaltung tritt anstelle der bureaukratischen Bevormundung im kapitalistischen Staat.

3. Die in kleinbäuerlichen Betrieben beschäftigten Werktätigen, einschließlich der in ihrer Hauswirtschaft tätigen weiblichen Familienangehörigen, schließen sich örtlich zu Kleinbauernräten zusammen.

Den Kleinbauernräten gehören auch die in den Dörfern ansässigen Kleinhandwerker und Kleinkaufleute an, die keine fremden Arbeitskräfte ausbeuten. Die örtlichen Kleinbauernräte schließen sich ihrerseits mit den Gutsräten, die innerhalb der Markung bestehen und mit den im Dorfe etwa ansässigen industriellen Arbeitern zu Dorfräten zusammen.

Die Kleinbauernräte besorgen die gemeinsamen wirtschaftlichen Angelegenheiten der Kleinbauern. Die Dorfräte besorgen die gemeinsamen wirtschaftlichen Angelegenheiten und die Gemeindeverwaltung des Dorfes.

4. Die Kleinbauernräte vermitteln den gemeinsamen Bezug von Düngemitteln, Futtermitteln, Saatgut, Zuchtvieh, landwirtschaftlichen Geräten, Maschinen und Lebensbedarf aller Art.

Sie kontrollieren zusammen mit den örtlichen Guts- und Arbeiterräten die Ablieferung ihrer überschüssigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse an die örtlichen Sammelstellen.



5. Die sozialistisch organisierte Industrie versorgt die Kleinbauern mit industriellem Lebensbedarf. Sie fördert die Vergenossenschaftlichung der Kleinbetriebe durch den Ausbau eines feinmaschigen elektrischen Kraftnetzes, durch Lieferung gemeinschaftlich zu benutzender Maschinen und Gebäude, durch Ausbau der bestehenden landwirtschaftlichen Genossenschaften, durch Ausweitung des allgemeinen und Fachunterrichts, durch kostenlose Zurverfügungstellung von Fachleuten für technische Verfahren usw.

6. Eine Uebergangsstufe zum genossenschaftlichen, landwirtschaftlichen Großbetrieb bildet die Zusammenlegung der Kleinbetriebe einer Markung zu einem einheitlichen Betrieb, der Markgenossenschaft (Landkommune), die von den Markgenossen gemeinsam bewirtschaftet wird. Eine Markgenossenschaft wird durch freien Beschluß der kleinbäuerlichen Ansassen der Dorfmarkung gebildet.

Der Ansatz einer Markgenossenschaft kann durch freie Vereinigung einer beliebigen Anzahl von Kleinbauern gebildet werden, die sich als Landgenossen zusammenschließen.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften und Vereine der Klein- und Zwergbauern werden bei der Lieferung von industriellen Erzeugnissen gegenüber Mittel- und Großbauern besonders bevorzugt.

7. Die Markgenossenschaft wie kleinere Landgenossenschaften werden von der sozialistischen Industrie unterstützt durch Errichtung von Markscheunen, Markställen und anderen Markgebäuden, durch Zuverfügungstellung von Geometern, Technikern, landwirtschaftlichen Fachleuten, durch Stellung von Landarbeiterkolonnen zur Bestell- und Erntezeit, durch Stellung von Inventar und Betriebskapital.

8. Schulunterricht, der allgemeine und Fachausbildung umfaßt, Lehrmittel und Unterhalt während der Schulzeit sind frei.

9. Allen Schulen in Stadt und Land soll hinreichender Boden zur praktischen Ausbildung der Schüler in den Hauptzweigen landwirtschaftlicher Arbeit vom Staat zur Verfügung gestellt werden.

10. Die Hypotheken auf Grundbesitz werden verstaatlicht. Sie sind unkündbar und können vom Staat gelöscht werden.

11. Das Privateigentum der Großbauern an Land und Arbeitsmitteln bleibt unangetastet, es sei denn, daß sie der Räterepublik feindlich gegenübertreten.

In diesem Falle werden die Betriebe in staatliches Eigentum überführt, um entweder unter die umliegende Kleinbauernschaft und die auf ihnen beschäftigten Arbeiter, Knechte und Mägde aufgeteilt oder diesen zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung überwiesen zu werden.

C. Die wirtschaftliche und politische Gliederung der Guts-, Kleinbauern- und Dorfräte.

1. Die örtlichen Guts-, Kleinbauern- und Dorfräte schließen sich nach wirtschaftlichen Bezirken und schließlich für das ganze Staatsgebiet zusammen.

Jede dieser Räteorganisationen wählt aus ihrer Mitte einen Vollzugsausschuß, der die laufenden Geschäfte unter der Kontrolle der Räte besorgt und das Recht hat, Fachleute heranzuziehen. Die oberste wirtschaftliche Räteköperschaft für die Landwirtschaft ist der Zentralkongreß der Arbeiter- und Kleinbauernräte. Er wählt aus seiner Mitte als führendes Organ den Zentrallandwirtschaftsrat. Dieser gehört dem Zentrallandwirtschafts-

amt an und setzt gemeinschaftlich mit ihm die allgemeinen Bestimmungen für den Betrieb der Landwirtschaft fest.

2. Die Dorfgemeinden verwalten sich durch die Dorfräte. Die laufenden Geschäfte besorgt der Vollzugsausschuß des Dorfrates.

Die Mitglieder des Vollzugsausschusses wie des Dorfrates können jederzeit von ihren Wählern abberufen werden. Die Dorfräte schicken ihre Delegierten zu den Kreis-Arbeiter- und Bauernräten, diese zu den Bezirks-Arbeiter- und Bauernräten usw., die gemeinschaftlich mit den übrigen Räten die politische Gewalt in ihrem Gebiet ausüben.

Die bureaukratische Bevormundung der Landbevölkerung wird durch ihre Selbstverwaltung ersetzt.

3. Richtlinien zur Jugendbewegung.

(Text siehe Seite 248.)

4. Leitsätze für die Arbeit in den Elternbeiräten.

(Text siehe Seite 249.)

5. Resolution zur Arbeitslosenfrage.

(Text siehe Seite 252.)

6. Leitsätze für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften.

(Text siehe Seite 254.)

7. Richtlinien für die Frauenagitation.

(Text siehe Seite 261.)

II. Anträge aus den Bezirken.

A) Zur Organisationssatzung.

1. Bezirksparteitag Nord und Nordwest der K.P.D. und Wasserkante/Schleswig-Holstein der U.S.P.

Die Vereinigte Partei nennt sich: Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

2. Kreiskonferenz des Kreises Böblingen (Württemberg 20) und der Ortsgruppe Ulm:

Die Vereinigte Partei nennt sich Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der Dritten Internationale).

3. Ortsgruppe Stuttgart der K.P.D.

Der Name der Partei ist: Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der Dritten Internationale).

Zu § 1.

4. Bezirk Groß-Berlin.

Dem Paragraphen ist anzufügen: „In einer der Parteiorganisationen arbeitet und den Mitgliedsbeitrag entrichtet."

Zu § 2.

5. Berlin, 18. Distrikt.

a) Alle Mitglieder sind verpflichtet, die Parteipresse zu lesen.

b) Alle Mitglieder sind verpflichtet, ihre Kinder vom Religionsunterricht zu befreien.

c) Abs. 1, Zeile 5, wie folgt zu ändern: „Insbesondere an den Gewerkschaften, Betriebsräten, Genossenschaften, sowie in allen Arbeiter-Massenorganisationen mit nicht streng politischem Charakter, wie Mieterverbänden, Kriegsbeschädigten- und Arbeiter-Sportvereinigungen, zusammenzuschließen“ usw.

6. Ortsgruppe Essen der K.P.D.

Im § 2 im 2. Satz nach Gewerkschaften das Wort: „Unionen“ einzufügen.

7. Bezirk Wasserkante und Ortsgruppe Hamburg.

Dem § 2 ist folgende Fassung zu geben: Die Parteimitglieder haben die Pflicht, im Sinne der Grundsätze und Taktik der Partei zu wirken und deren Beschlüsse durchzuführen.

Die Mitglieder haben sich in den Betrieben und allen Körperschaften, in denen die Partei die Arbeit der Kommunisten für notwendig hält, insbesondere in den Betriebsräten, Gewerkschaften und Genossenschaften mit kommunistischen Fraktionen zusammenzuschließen und nach den Richtlinien und unter Kontrolle der zuständigen Parteiorganisation unter den Arbeitern der Betriebe und den Mitgliedern der in Frage kommenden Körperschaften für die kommunistische Bewegung zu wirken.

Die Fraktionen wählen sich zur Führung der Geschäfte einen Fraktionsausschuß.

Zu § 3.

8. Bezirk Wasserkante und Ortsgruppe Hamburg.

Zusatzantrag: „Bei allen grundsätzlichen Abstimmungen auf Konferenzen, Kongressen und Parteitagen über Programm, Statuten und Resolutionen ist nicht nach der Zahl der Delegierten, sondern nach der statutengemäß verrechneten Zahl der durch sie vertretenen Mitglieder zu entscheiden.“

Zu § 5.

9. Bezirk Wasserkante und Ortsgruppe Hamburg.

Abs. 1 und 2 ist folgende Fassung zu geben: „Die Erledigung der politischen und organisatorischen Aufgaben der Ortsgruppe liegt in den Händen des Ortsvorstandes, der auf Vorschlag des Vertrauensmännerkörpers, zu dem die Distrikte und Betriebe delegieren, in der allgemeinen Mitgliederversammlung gewählt wird.

Der Vertrauensmännerkörper wird um die Vertreter der Fraktionen und die der Jugendlichen und Frauen-Agitation erweitert.“

10. Ortsgruppe Essen der K.P.D.

Im § 5 im 3. Satz nach Gewerkschaften: „Der Unionen“ einzufügen

Zu § 7.

11. Bezirk Rheinland-Westfalen.

Abs. 2 ist wie folgt zu ändern: „Auf dem Parteitag haben Stimmrecht die Delegierten, die Mitglieder der Zentrale und des Zentralausschusses. Mit beratender Stimme nehmen am Parteitag teil: die Mitglieder der Revisionskommission, der Vorstand der Reichstagsfraktion, die Parteitagsreferenten, soweit sie nicht von den Bezirken als Delegierte gewählt sind, und die geladenen Gäste.“



12. Ortsgruppe Essen der K.P.D.

Im § 7 am Schlusse des 1. Absatzes folgenden Satz anzuhängen: „Der Parteitag ist möglichst so zeitig einzuberufen, daß die Wahlen durch Urwahlen vorgenommen werden können."

Zu § 8.

13. Bezirk Rheinland-Westfalen.

In Zeile 4 zu ändern: „deren Mitglieder Angestellte der Partei werden."

14. Bezirk Groß-Berlin.

Zusatzantrag: „Einmal im Monat hat die Zentrale an die Bezirksorganisationen einen schriftlichen Tätigkeitsbericht zu erstatten."

15. Ortsgruppe Wriezen.

„In das neu zu bildende Zentralkomitee ist ein Vertreter des Landproletariats zu wählen."

16. Ortsgruppe Essen der K.P.D.

Im § 8 im 1. Satz umzuändern: „deren Mitglieder dadurch Angestellte der Partei werden".

Zu § 9.

17. Ortsgruppe Essen der K.P.D.

Zu § 9 als 2. Satz folgenden Passus einzufügen: „Der Zentralausschuß besteht aus Genossen, die noch im Arbeitsverhältnis stehen".

18. Ortsgruppe Magdeburg.

a) Die Generalversammlung verlangt, daß § 9 der Organisationssatzungen der Vereinigten K.P.D. dahin erweitert wird: „Mitglieder des Zentralausschusses dürfen nicht Angestellte der Partei sein."

Zu § 11.

19. Kreisvorstand von Mittelfranken.

„Das Wort „Blankovollmacht" ist in „Revers" umzuändern."

Zu § 12.

20. Bezirk Rheinland-Westfalen.

Es sind zu streichen die Worte: „mindestens" und „aller erhobenen Beiträge (einschließlich der Zuschläge)" und dafür zu setzen: „An die Zentrale sind 30 Prozent des Grundbeitrags abzuführen."

21. Bezirk Wasserkante und Ortsgruppe Hamburg.

„An die Zentrale sind 20 Prozent aller erhobenen Beiträge (einschließlich aller Zuschläge) abzuführen."

22. Ortsgruppe Bremen.

Die Worte: „einschließlich der Zuschläge" sind zu streichen.

23. Provisorischer Bezirksvorstand Sachsen-Anhalt.

Dem § 12 ist folgende Fassung zu geben: „Der Parteitag beschließt einen Mindestbeitrag, zu dem die Ortsgruppen Zuschläge erheben können, die von der Bezirksleitung genehmigt werden müssen. An die Zentrale sind mindestens 30 Pozent der ordentlichen Beiträge abzuführen. Die übrige Verteilung der Beiträge zwischen Bezirksleitung und Ortsgruppen bestimmt der Bezirkstag. Die Abrechnung hat vierteljährlich zu erfolgen."

24. Bezirk Erzgebirge-Vogtland.

„Doppelmandate zum Reichstag und zum Landtag sind unzulässig. Genossen, die bereits ein Reichstags- oder Landtagsmandat inne haben, müssen im Falle ihrer Wahl an einem Orte ihr Mandat niederlegen."

25. Ortsgruppe Essen der K.P.D.

Zu § 12 im 2. Satz ist die Stelle: „einschließlich der Zuschläge" zu streichen. Als 3. Satz ist einzufügen: „Ortszuschläge bleiben ganz am Orte".

26. Ortsgruppe Stuttgart der K.P.D.

Der zweite Satz des § 12 lautet: „An die Zentrale sind mindestens dreißig Prozent des Grundbeitrages abzuführen."

Zu § 13.

27. Bezirk Wasserkante und Ortsgruppe Hamburg.

„a) Die Angestellten der Partei, auch der Presse, werden nach einem vom Parteitag festgelegten Vertrag angestellt. Die Gehälter setzt die Ortsgruppe in der Mitgliederversammlung fest. Die Kündigungsfrist darf vier Wochen nicht übersteigen.

b) Sämtliche Wahlen zu besoldeten und unbesoldeten Funktionen finden auf jederzeitigen Widerruf derjenigen Körperschaft statt, die sie gewählt hat."

28. Bezirkssekretariat Hamburg.

„Die Anstellung von Sekretären in den Ortsgruppen, sowie Hilfskräften in den Unterbezirken unterliegt der Genehmigung der Bezirksleitung."

29. Ortsgruppe Harburg.

Die Mitgliederversammlung der K.P.D., Ortsgruppe Harburg, wendet sich gegen die übermäßige Bezahlung der Angestellten. Sie ersucht, die Regelung in der Besoldung von Angestellten der Partei sofort in der Form vorzunehmen, daß das Gehalt der Angestellten nicht höher ist, als der Durchschnittslohn eines Arbeiters im Betriebe.

Zu § 15.

30. Berlin, 6. Distrikt.

Als 5. Absatz neu einfügen: „Als letzte Berufungsinstanz im Ausschlußverfahren ist der Parteitag zuständig."

Sonstiges zum Statut.

31. Berlin, 6. Distrikt.

Dem Statutenentwurf ist eine Bestimmung anzuschließen, die vorschreibt, in welcher Weise bei Streitigkeiten zwischen Parteigenossen zu verfahren ist. Die Befugnisse solcher Schlichtungsausschüsse sind für ganz Deutschland einheitlich zu regeln.

B) Sonstige Anträge aus den Bezirken.

32. Berlin, 18. Distrikt.

Für die Wahlen zum preußischen Landtag sind sofort Richtlinien herauszugeben.

33. Berlin, 6. Distrikt.

Die Schaffung einer einheitlichen, zweimal täglich erscheinenden Zeitung, welche gleichzeitig auch die Lebensmittelberichte bringt, ist dringend erforderlich.

34. Bezirk Rheinland-Westfalen.

Es ist so schnell wie möglich eine Konferenz der Gemeindevertreter einzuberufen, um einheitliche Richtlinien für deren Tätigkeit festzusetzen.

35. Bezirk Rheinland-Westfalen.

Angesichts der verschieden gestalteten Gewerkschaftsbewegung in den einzelnen Orten ist es unmöglich, von der Zentrale einheitlich bindende Parolen zu geben, vielmehr muß es den einzelnen Ortsgruppen überlassen bleiben, eine gerechte Kräfteverteilung vorzunehmen, auf Grund der durch die Reichskonferenz beschlossenen einheitlichen Richtlinien für das ganze Reich.

36. Bezirksparteitag der U.S.P. und K.P.D. des Bezirks Groß-Thüringen.

Die Vereinigte Konferenz des Bezirks Groß-Thüringen beauftragt den Vereinigungsparteitag, bei der Zentrale ein Sekretariat einzurichten, das sich ausschließlich mit der Konsumvereinsbewegung zu befassen hat. Die Aufgaben des Sekretariats sind in der Hauptsache folgende:

1. Herausgabe einer Korrespondenz an alle Parteizeitungen.
2. Propaganda:
   a) Unter den Vorständen und Aufsichtsräten, Genossenschaftsräten, Betriebsräten und Generalversammlungen der Konsumvereine.
   b) In öffentlichen Konsumversammlungen.
   c) Innerhalb der Opposition der Konsumbewegung.
3. Kontrolle sämtlicher Funktionäre in Gemeinschaft mit den örtlichen Parteileitungen.

37. Bezirk Erzgebirge-Vogtland.

Wir beantragen, die Zeitschriften die „Kommunistische Rundschau“ und „Die Internationale“ zusammenzulegen und sie unter dem Namen „Internationale“ regelmäßig vierzehntägig erscheinen zu lassen.

38. Bezirk Erzgebirge-Vogtland.

Es ist eine Verlagskommission einzusetzen, die die Vorbereitung zur Herausgabe neuer Schriften oder älterer vergriffener Literatur zu treffen hat. Diese Verlagskommission muß die Verteilung der zu verlegenden Schriften so vornehmen, daß grundsätzlich jede Schrift nur in einem Verlag erscheint. Billigkeit bei entsprechender Ausstattung muß entscheidend sein bei Zuweisung eines Druckauftrages.

39. Ortsgruppe Weferlingen.

Der Parteitag möge beschließen, mehr wie bisher aus der Defensive herauszugehen, so rasch wie möglich die organisatorischen Kräfte zusammenzufassen und endgültig zur Offensive, zur Aktion zu schreiten, den Gegnern das Gesetz des Handelns zu diktieren. Angesichts der Tatsache, daß die Verelendung der Massen in ungeheurem Maße vorgeschritten ist, deren notwendige Folge, der individuelle Terror (siehe Exzesse der Arbeitslosen usw.) bereits unter den breiten Massen Platz greift, ebenfalls eine andere, für die Gesamtbewegung schädigende Tatsache zu verzeichnen ist, der Materialismus, diese Tatsachen sind der Revolutionierung der Massen gefährlichste Feinde geworden. Die Verelendungstheorie eines Marx und Engels, sie macht sich bereits fühlbar, noch ist es nicht zu spät, noch sind die Proletariermassen opferbereit, wenn die Vereinigte Kommunistische Partei

jetzt bahnbrechend vorangeht, den Massen den Weg zeigt zur Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht. Weg mit aller Prinzipienreiterei, es ist keine Zeit für problematische Streitfragen. Die Taktik der Kommunistischen Partei richtet sich nach der jeweiligen Lage und Situation der Weltrevolution, die jeweilge Lage erfordert den offenen Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Helfershelfer. Die Propaganda der Tat muß aufgenommen werden mit dem Moment, wo eine straffe Zentralisation auf organisatorischem Gebiet durchgeführt ist, muß in den nächsten Tagen eine großzügige Agitation und Propaganda in den Gewerkschaften, in den Betrieben, allüberall, wo Proletarier zusammenkommen, für den Kommunismus geleistet werden. Es gilt, bewußt die Aktion für unsere Idee einzuleiten. Das muß die Parole der Vereinigten Kommunistischen Partei werden.

40. Ortsgruppe Magdeburg.

Die Ortsgruppe Magdeburg der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Dritten Internationale) beantragt, daß der Verschmelzungsparteitag die Notwendigkeit der Errichtung von Tageszeitungen anerkennt und alle schwachen Bezirke zur Errichtung solcher Zeitungen finanziell unterstützt. Im Bezirk Sachsen-Anhalt treibt die rechte unabhängige Presse eine schamlose Hetze und wir halten es für notwendig, daß in Magdeburg, dem Vorort des Bezirks, eine Tageszeitung herausgegeben werden kann."

41. Jugendzentrale.

Die „Kommunistische Jugend" erhält in allen leitenden Körperschaften der Partei (Zentrale, Bezirksleitung, Ortsgruppenvorstand) einen stimmberechtigten Vertreter.



Bericht über die Verhandlungen.

Erster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 4. Dezember 1920.

Der Parteitag wird von Braß-Remscheid um 10 Uhr mit folgender Ansprache eröffnet:

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Das revolutionäre Proletariat Deutschlands hat Euch nach hier gesandt, um den organisatorischen Zusammenschluß des revolutionären Teils des deutschen Proletariats zu einer Sektion der Kommunistischen Internationale vorzunehmen. Die K.P.D. geschlossen und, wie wir jetzt mit Stolz sagen müssen, auch der größte Teil der Mitglieder der U.S.P.D. stehen seit längerer Zeit einheitlich zu den Grundsätzen der Kommunistischen Internationale. Deshalb konnten auch die Vorarbeiten zu dieser Vereinigung so reibungslos vonstatten gehen. Wir haben es heute konstatieren können. Die kommenden Tage werden dem internationalen Proletariat und auch dem Bürgertum beweisen, daß die Vereinigung sich nicht auf Grund eines Diktats von Moskau vollzieht, sondern eine aus dem revolutionären Willen des deutschen Proletariats entsprungene Tat ist. Hier soll der Boden geschaffen werden, auf dem das zur Tat bereite deutsche Proletariat seine Kampffront formiert, die nicht allein dem internationalen Kapital, sondern auch dem internationalen sozialistischen Reformismus gegenübergestellt werden soll.

Die Reaktion erhebt immer kühner ihr Haupt; sie holt aus zum Schlage, und dieser Parteitag muß beweisen, daß die Arbeiterschaft Deutschlands bereit ist, den Kampf mit diesen Mächten der Reaktion aufzunehmen. Dazu bedarf es der Sammlung aller entschieden revolutionären Kräfte, dazu bedarf es des Zusammenschlusses des gesamten deutschen Proletariats in der Sektion der Kommunistischen Internationale. Das internationale Proletariat und auch die internationale Bourgeoisie blickt mit Spannung auf unsere Tagung. Die letztere sieht, daß sich hier eine Macht organisiert, die letzten Endes mit ihr fertig werden wird.

Genossen und Genossinnen! Eine große Aufgabe harrt Eurer! Wir wollen sie erledigen in kameradschaftlichem, kommunistischem Geiste. Wir müssen alle von dem Gedanken beseelt sein und müssen erkennen, daß hier zwei Ströme der Arbeiterbewegung ineinanderfließen, und wir müssen unsere Arbeit so gestalten, daß nach dem Parteitag niemand mehr erkennt, von wo dieser oder der andere Strom gekommen ist. (Sehr gut!) Wir übernehmen gewaltige Pflichten gegenüber dem gesamten internationalen Proletariat und gegenüber der Kommunistischen Internationale. Aber wir sind

entschlossen, an die Erfüllung dieser Pflichten unsere ganze Kraft einzusetzen. Wir müssen deshalb nicht rückwärts, sondern vorwärts schauen. Wenn wir in diesem Sinne allseitig bereit sind, dann wird eine Kraft von diesem Parteitag ausgehen, die das deutsche Proletariat fähig machen wird, auch die Endkämpfe mit dem Kapitalismus siegreich zu bestehen.

Beide Parteien haben gestern getagt und beschlossen, die Vereinigung zu vollziehen. Ihre Delegationen sind heute auf dem Vereinigungsparteitag erschienen, der hiermit eröffnet ist. Ein Vertreter der Berliner Mitgliedschaft will einige Begrüßungsworte an die Delegierten richten, und ich erteile hierzu dem Genossen Schindler das Wort.

Schindler-Berlin: Genossen und Genossinnen! Im Namen der Berlin-Brandenburger Mitgliedschaften heiße ich die Delegierten zum Vereinigungsparteitage in Berlin herzlich willkommen. Der Parteitag der U.S.P.D. in Halle hat seinem festen Willen dahin Ausdruck gegeben, in Deutschland eine einheitliche Sektion der Kommunistischen Internationale zu schaffen. Nachdem die Ausscheidung aller opportunistischen Elemente in Halle erfolgt und eine gemeinschaftliche politische Linie geschaffen war, ist die wichtigste Voraussetzung zur Bildung einer großen kommunistischen Partei in Deutschland gegeben, und heute und in den nächsten Tagen gilt es, aus diesen politischen Erkenntnissen die organisatorischen Notwendigkeiten zu ziehen.

Die gegnerische Presse hat sich in den Tagen eifrig bemüht, darauf hinzuweisen, daß die Freunde von heute bereits wieder verschiedene Meinungen haben. Wir werden ihnen zeigen, daß wir geschlossen den Kampf mit der Bourgeoisie aufnehmen werden. Wir werden dem organisierten Kapitalismus den eisernen und geschlossenen Willen des Proletariats entgegenzusetzen haben. Die Bourgeoisie schließt sich immer mehr und mehr international fest zusammen, Streikbrecherorganisationen, technische Nothilfen und Kampforganisationen sind ihre Machtmittel. Sie beschränkt sich aber nicht darauf, sich zu organisieren, sondern sie bewaffnet sich auch, sie erkennt die Notwendigkeit des kommenden Kampfes. Auch die Arbeiter müssen sie erkennen, von denen viele noch glauben, daß der Kampf mit der Bourgeoisie auf friedlichem Wege ausgetragen werden kann. So sagen wir heute, daß die Befreiung der Arbeiterklasse ein Werk ihrer eigenen geistigen Orientierung sein muß, wie es Sinowjew auf dem Parteitage in Halle gesagt hat.

Dieser Parteitag wird die Marschroute für die kommenden Kämpfe zeigen. Ganz besonders wichtige Punkte stehen auf der Tagesordnung. Einen Punkt darf ich herausgreifen: die Arbeitslosenfrage. Auch in Berlin ist die Zahl der Arbeitslosen zu einer erschrecklichen Höhe gestiegen. Die Arbeitslosenfrage ist zu dem wichtigsten Problem des Proletariats geworden. Unsere Aufgabe wird es sein, der Arbeitslosenbewegung Inhalt und Ziel zu geben. Wir werden uns bemühen müssen, in dieser Frage ein einheitliches Auftreten zu organisieren, damit nicht Einzelaktionen unternommen werden, sondern daß der Kampf der Arbeitslosen gegen die Bourgeoisie und das Unternehmertum zusammen mit den Arbeitenden aufgenommen wird, um die kapitalistischen Ausbeuter ein für allemal zu erledigen.

Wir haben immer wieder zu erklären, daß wir den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung rücksichtslos führen werden, bis durch die Errichtung einer neuen Gesellschaftsordnung diese Leiden ein für allemal beseitigt werden. (Sehr richtig!) Für die Arbeitslosen hat man nichts in ihrer Not. Für die Reichswehr werden jetzt wieder 5 Milliarden gefordert. Die Reichswehr ist ein Instrument der herrschenden Klasse, und nicht nur die



Reichswehr dient ihr, sondern sie hat alle die anderen Organisationen zur Verfügung, die sie sich geschaffen hat.

Wir werden uns darauf einstellen müssen, daß dieser Kampf ein hartnäckiger werden wird, und wir Berlin-Brandenburger Genossen geloben angesichts dieses Parteitages, daß wir in den kommenden schweren Kämpfen unsere Pflicht und Schuldigkeit tun werden. Das Berliner Pflaster ist mit Proletarierblut getränkt. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sind hier ermordet worden. (Pfuirufe.) Wir werden daran denken und alle die anderen nicht vergessen, die im Kampfe gefallen oder ermordet worden sind. Wir werden alles tun — und geloben es hier —, daß die Partei der Vereinigten Kommunisten die Führerin des revolutionären Proletariats sein wird. Alle Redensarten von anderer Seite, daß die große Masse der Berliner Arbeiter nicht hinter uns steht, sind genau so unwahr wie die Behauptung Hilferdings in einer Berliner Funktionärversammlung, daß Sinowjew in Halle nicht mehr gewagt habe, ihm zu antworten. (Heiterkeit.) Wir haben hier in Berlin einen schweren Kampf zu bestehen, besonders gegenüber der antibolschewistischen „Freiheit", die geradezu zu einer Fundgrube für die Antibolschewistische Liga geworden ist. (Zustimmung.)

Ich schließe mit dem Gelöbnis, daß wir alles tun werden, um die Revolution vorwärts zu treiben unter dem Banner der Kommunistischen Internationale. (Lebhaftes Bravo.)

Vorsitzender Braß: Wir haben, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, das Bureau zu wählen. Von den beiden Parteien ist eine Verständigung dahin getroffen worden, daß die gestern auf den Einzelparteitagen gewählten Bureaus und Kommissionen auf dem Vereinigungsparteitag zusammentreten.

Danach werden also vorgeschlagen als Vorsitzende die Genossen Pieck und Braß, als Schriftführer die Genossen Plettner-Hannover, Remmele-Stuttgart, Siewert-Chemnitz und König-Essen, für die Mandatsprüfungskommission die Genossen Tittel-Stuttgart, Schnellbacher-Hanau, Urbahns-Hamburg, Geschke-Berlin, Katz-Hannover, Weyer-Berlin, Häusler-Hannover und Schnetter-Erfurt.

Ferner ist vorgesehen die Wahl einer Organisationskommission zur Durchsicht der eingegangenen Anträge zu den Organisationssatzungen. Hierzu sind zehn Genossen vorgeschlagen: die Genossen Remmele Stuttgart, Braß Remscheid, Thälmann-Hamburg, Oelßner-Halle, Aschauer-München, Wolff-Hamburg, Bachmann-Chemnitz, Lechleiter-Mannheim, Jannack-Bremen und Plettner-Hannover.

Außerdem soll noch eine Programmkommission gewählt werden, für die vorgeschlagen sind: die Genossin Zetkin, die Genossen Levi, Thalheimer, Brandler, Däumig, Curt Geyer, Koenen und Stoecker.

Der Parteitag erklärte sich mit allen Vorschlägen einverstanden, die Genossen sind demnach gewählt.

Wir haben nunmehr die Tagesordnung festzustellen. Von der provisorischen Zentrale werden folgende Vorschläge gemacht:

1. Das Aktionsprogramm der vereinigten Partei. Referenten: die Genossen Däumig und Levi.
2. Das kommunistische Agrarprogramm. Referent: Genosse Thalheimer.

3. Die Organisation der Partei. Referent: Genosse Koenen.
4. Die Arbeitslosenfrage. Referent: Genosse Heckert.
5. Gewerkschaften und Betriebsräte. Referent: Genosse Brandler.
6. Frauenfrage. Referentin: Genossin Zetkin.
7. Wahl der zentralen Körperschaft.
8. Anträge und Verschiedenes.

Der Parteitag erklärt sich mit der vorgeschlagenen Tagesordnung einverstanden. Die Tagungszeit wird von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr festgesetzt.

Für die Geschäftsordnung wird festgelegt, daß die Redezeit für Referenten unbeschränkt ist, für Diskussionsredner 10 Minuten beträgt.

Die Redezeit wird für Diskussionsredner auf 10 Minuten festgesetzt.

Das Stimmrecht haben die Delegierten, die Mitglieder der beiden Zentralen des Beirats, die Kontrollkommission und des Zentralausschusses. Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen und müssen den Ort enthalten, von dem der Genosse oder die Genossin delegiert ist.

Vorsitzender Braß: Ich habe Ihnen nun mitzuteilen, daß wir die Ehre haben, eine Reihe ausländischer Genossen in unserer Mitte zu begrüßen. (Bravo.) Es ist erschienen von der englischen kommunistischen Partei der Genosse Robert Williams, Sekretär des englischen Transportarbeiterverbandes, ferner der Genosse Bringolf, Vertreter der Linken der schweizerischen sozialdemokratischen Partei. Hierbei habe ich mitzuteilen, daß gestern bereits die Genossen Welti und Rosa Grimm von dieser Partei erschienen waren, daß sie aber wegen des Schweizerischen Parteitages abreisen mußten. Es ist weiter erschienen Genosse Dolezal-Brünn für die Linke der tschechischen sozialdemokratischen Partei, ferner der Genosse Neurath-Reichenberg für die Linke der deutschen Partei der Tschecho-Slowakei, der Genosse Ceton-Amsterdam für die Kommunistische Partei Hollands, der Genosse Kovazcs als Delegierter der Kommunistischen Partei Ungarns. Ich begrüße die Genossen und hoffe, daß sie einen guten Eindruck von unserem Parteitag mit in ihre Länder zurücknehmen werden.

Einige dieser Genossen wünschen den Parteitag zu begrüßen. Ich erteile zunächst dem Genossen Williams aus England das Wort. Ich bitte, da Genosse Williams der deutschen Spriche nicht mächtig ist, sich möglichster Ruhe zu befleißigen. Die Genossin Braunthal wird die Begrüßungsansprache übersetzen.

Williams (England), mit lebhaftem Beifall begrüßt, hält in englischer Sprache eine Begrüßungsansprache, die von Genossin Braunthal wie folgt wiedergegeben wird:

Der Genosse Williams hat Ihnen die Grüße der Kommunistischen Partei in England überbracht, ebenso die der Transportarbeiterorganisation Großbritanniens. Er beglückwünscht Sie zu Ihrem Kongreß und zu Ihren Beratungen. Er hat mit den Worten geschlossen: Es lebe die kommunistische Internationale, es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands!

Ich habe hier noch einige Ausführungen, die Genosse Williams schriftlich niedergelegt hat, und ich will sie Ihnen in deutscher Uebersetzung wiedergeben:

Ich überbringe Ihnen die brüderlichen Grüße im Namen der proletarischen Solidarität der Kommunistischen Partei Großbritanniens dem Ver-



einigungsparteitage der U.S.P.D. und der K.P.D. Deutschlands. Ich benütze diese Gelegenheit, um alle deutschen Genossen zu beglückwünschen, die stark und fest den imperialistischen und kapitalistischen Krieg bekämpften, welcher die englischen und die deutschen Arbeiter einander die Gurgel abwürgen ließ. Wir, von denen man behauptet, daß wir den Krieg gewonnen haben, sehen jetzt durch den Versailler Friedensvertrag, wofür der Krieg eigentlich ausgefochten ist. Auch wir können nicht den wirtschaftlichen Folgen dieses grausam auferlegten Friedensvertrages entgehen. Wir stehen einer großen und ständig wachsenden Armee von Arbeitslosen gegenüber gerade so, wie Sie in Deutschland sie haben, und unsere einzige Hoffnung ist, daß das kapitalistische System niemals wieder aufgerichtet werden kann. Die kapitalistischen und imperialistischen Klassen, welche für den Krieg verantwortlich sind, sehen jetzt ein, daß der ökonomische Zusammenbruch untrennbar mit dem Kriege verknüpft ist und den schließlichen Sturz des kapitalistischen Systems bedeutet. Die englische Arbeiterklasse zieht keinen Profit aus den von Deutschland abgelieferten Schiffen, gerade so wenig wie die französische Arbeiterklasse Vorteil zieht aus den Kohlenlieferungen, die Deutschland an Frankreich abzugeben hat. Ich möchte Euch mit aller Ueberzeugungstreue und Nachdrücklichkeit sagen: bereitet Euch vor, ein politisches und wirtschaftliches Arbeiterregime aufzurichten, welches Eure Kohle und anderen Produktionsmittel, auch Eure Agrarproduktion Euch sichert, daß sie nicht den englischen, französischen oder deutschen Kapitalisten, sondern den produktiven und sozialen, den nützlichen Schichten zugute kommen.

Wir haben unseren eigenen kommunistischen Parteitag in England gehabt, und wir verfolgen mit dem größten Interesse und mit gespanntester Aufmerksamkeit alle Bemühungen, die revolutionäre Aktivität in Uebereinstimmung mit der Dritten Internationale herzustellen. Die große soziale Umwandlung, welche in Sowjetrußland stattgefunden hat, begeistert uns alle. Aber wir müssen in jedem Lande den Kampf führen, der uns auf Grund unserer nationalen politischen und ökonomischen Bedingungen auferlegt ist. Die trauernden Hinterbliebenen der Zweiten Internationale haben den toten Leichnam nach London gebracht. Viele von uns sind etwas erstaunt, daß Ramsay Macdonald der Hüter dieses Leichnams geworden ist. Die Verteidiger der Zweiten Internationale haben neuerdings die Sache der internationalen Solidarität verraten; denn während Wrangels Truppen noch in Südrußland standen, haben Henderson, Otto Wels, Macdonald kein Wort der Verurteilung gefunden für den weißen Terror in Amerika, Ungarn, Finnland und Irland, sondern sie waren recht empört über die Unterdrückung der gegenrevolutionären Aktion durch unsere russischen Genossen.

Als Mitglied der britischen Arbeiterdelegation habe ich sechs Wochen in Sowjetrußland zugebracht, und ich erkläre ohne Zögern, daß nach meinen eigenen persönlichen Beobachtungen, wenn die kommunistische Regierung in der Lage gewesen wäre, ihre aufbauende Arbeit seit dem Oktober 1914 zu vollziehen, so wäre Rußland heute der wohlhabendste Staat der Welt für die Arbeiterklasse geworden. Gut informierte Kritiker, die kürzlich die wirtschaftlichen Verhältnisse sowohl in Rußland als auch in Deutschland untersuchten, versichern mir, daß die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse in Deutschland nicht besser sind als diejenigen in Rußland, während die physischen und kulturellen Bedingungen, unter denen die Kinder in Rußland leben, viel besser sind als in Deutschland und bedeutend besser als in Oesterreich und auch besser als in jenen Staaten, welche einst Teile des früheren zaristischen Regimes bildeten, wie Polen, Esthland, Livland usw.

Es wäre anmaßend von mir, wenn ich Ihnen für die Tagesordnung Ihres Vereinigungsparteitages irgendwelche Ratschläge geben wollte. Aber ich kann Ihnen vielleicht einiges sagen, was sich in unserem Lande zuträgt.

In Großbritannien haben wir keine gut organisierte, numerisch starke revolutionäre politische Organisation, wie Sie sie haben. Vielleicht ist unsere Arbeiterorganisation, die sich langsam, aber sicher nach links bewegt, unser bester Trost. Diejenigen von uns, welche sich bemühen, unsere Gewerkschaftsbewegung zu einer klassenbewußten und revolutionären zu gestalten, haben keine leichte Aufgabe zu vollbringen. Der Dreibund der Bergarbeiter, Eisenbahn- und Transportarbeiter kämpft seit 1918, 1919 gegen die militärische Intervention in Rußland und gegen die Unterstützung von Koltschak, Denikin und Judenitsch. Ich stehe auf dem Standpunkt der direkten Massenaktion, wenn es den Massen nicht gelingt, irgendwelche Erfolge durch die parlamentarische Propaganda und das Parlament zu erzielen. Der britische Aktionsausschuß hinderte Winston Churchill und Lloyd George daran, Rußland den Krieg zu erklären, als die Roten Armeen an den Toren von Warschau standen. Der Aktionsausschuß war der allbritische Sowjet im Keime. Der Generalstreik wird in England viel mehr Wirkung ausüben als irgendwelche bewaffneten, schlecht organisierten Teilputsche. Unsere Arbeiter sind durch die wirtschaftliche Entwicklung geschult im Gebrauche der Streikwaffe. Wir lehren sie langsam die revolutionären Möglichkeiten begreifen. Wir haben unsere heftigen Meinungskämpfe über politische Aktionen und parlamentarische Betätigung. Aber die Erkenntnis wächst in der Arbeiterschaft, daß Revolutionen nicht durch haarspaltende Phrasen und Diskussionen gemacht werden können. Wir haben Kommunisten in unseren Reihen, die größere Bolschewisten sind als Lenin, und die auf den Beginn der sozialen Revolution drängen. Der einzelne wird jedoch mehr Wirkung ausüben, wenn er durch eine zielbewußte, disziplinierte kommunistische Organisation geleitet und geführt wird, die ihre besonderen Aufgaben in jedem einzelnen Lande vollbringt und durch die Beschlüsse und das Programm der Dritten Internationale geleitet wird.

Wir alle, die wir uns der Aufgabe der Errichtung der internationalen sozialistischen Gemeinschaft widmen, wissen ganz genau, daß unsere Aufgabe keine leichte ist. In den Reihen der Gewerkschaft muß ich mit Gewerkschaftsfunktionären zusammenarbeiten, die mehr Bourgeois sind als die Bourgeoisie. Leute, die ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Lohnsklaverei und des Kapitalismus haben, gerade so wie Aerzte ein Interesse an den Krankheiten oder wie die Justiz und die Polizei an den Verbrechen. Ich habe letzte Woche in England einen Delegierten der deutschen Gewerkschaftsbewegung erklären hören, daß er ein Gegner der Diktatur sowohl von der rechten wie von der linken Seite in Deutschland sei. Jeder, der kein Narr oder Schurke ist, weiß, daß die Gegnerschaft gegen die proletarische Diktatur die Anerkennung der bourgeoisen Diktatur bedeutet (Sehr wahr!), und es ist Pflicht der deutschen gewerkschaftlichen Kommunisten, ihre Führer über diese Auffassung in den Gewerkschaftsorganisationen zur Rechenschaft zu ziehen.

Die britische Arbeiterbewegung befindet sich in einem Uebergangsstadium wie jede andere Sektion der alten Internationale. Die Indepedant Labour Party spaltet sich und die rechten Führer leihen dem Kampfe gegen die revolutionäre Auffassung ihre beste Hilfe. Wir werden in der nächsten Zeit in England sich eine streng disziplinierte kommunistische Bewegung entwickeln sehen, die sich, durch Ihre Bemühungen hier in Deutsch-

land angeeifert, in Verbindung mit der Dritten Internationale entwickeln wird. Wir stehen angesichts aller Schwierigkeiten, aller Passivität und aller Reaktionäre, aber wir müssen vorangehen.

Ich überbringe Euch die Grüße und die besten Wünsche des britischen Proletariats. Möge die kommunistische Einigkeit unsere Bemühungen krönen! Mögen wir bald ein rotes Deutschland, ein rotes Frankreich und ein rotes England sein und dadurch die Wurzeln des kapitalistischen Systems zerstören, welches unser Leben verkrüppelt und uns niederhält! Es lebe die Weltrevolution! Es lebe Sowjetrußland! Es lebe die Dritte Kommunistische Internationale! (Langanhaltender Beifall.)

Bringolf (Schweiz): Parteigenossen und Genossinnen! Ich überbringe Ihnen die Grüße eines kleineren Landes als es England ist, das nicht so große Bedeutung in der revolutionären internationalen Bewegung hat, das aber doch überzeugte und treue Anhänger der Dritten Internationale in sich trägt. (Sehr gut!) Sie haben alle diese schweren Stunden der Entscheidungskämpfe innerhalb der Partei überstanden. Sie stehen heute vor einem ungeheuer wichtigen Moment. Der Vereinigungsparteitag beweist, daß die Dritte Internationale eine geschichtliche Notwendigkeit ist. Man wirft Ihnen vor, Sie hätten in Deutschland die Arbeiterschaft gespalten, Sie hätten in Deutschland fünf Parteien. Genossen! Wir haben in der Schweiz in einer einzigen Partei fünf Richtungen, die die ganze Partei aktionsunfähig machen. (Zustimmung.) Der zweite Kongreß der Dritten Internationale zeigt Ihnen ja deutlich, wie dringend notwendig diese Bedingungen und Thesen des Kongresses waren. An der schweizerischen Partei haben Sie ein Beispiel, welche Konfusion in einer sogenannten einheitlichen Partei herrscht, die nie und nimmer daran gedacht hat, grundsätzlich zu den Fragen der revolutionären Bewegung Stellung zu nehmen. In diesem Sinne, wiederhole ich, ist dieser Parteitag, auf dem sich beide Parteien vereinigen, auch für die kleineren Länder von ganz großer Bedeutung. Er zeigt den Arbeitern, — und die Arbeiter sind es ja, die in allen Ländern zur Kommunistischen Internationale stehen —, daß die Kommunistische Internationale ein lebendiges Gebilde in der Geschichte ist, und ich kann Ihnen versichern, daß dieser Parteitag eine große Tragweite für alle Länder haben wird. Ich schließe und hoffe, daß die Wünsche, die wir alle hegen, in Erfüllung gehen, zum Nutzen des revolutionären Proletariats. (Lebhaftes Bravo.)

Kovazcs (Ungarn): Genossen und Genossinnen! Ich überbringe Ihnen die Grüße der Kommunistischen Partei Ungarns. Bei uns hatte sich auch eine Verschmelzung der Kommunisten mit den Sozialisten vollzogen. Unsere Verschmelzung mit den Sozialdemokraten unterscheidet sich aber von der Verschmelzung in Deutschland dadurch, daß sie bei uns in dem Momente der Ergreifung der Macht vollzogen werden mußte, während in Deutschland die Verschmelzung sich im Kampfe um den Aufstieg zur Macht, um die Erkämpfung der Diktatur des Proletariats sich vollzieht.

Genossen! Das ungarische Proletariat hat viereinhalb Monate an der Spitze der Weltrevolution marschiert. Es bringt nun schon seit 16 Monaten von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde kolossale Opfer für das Weltproletariat. Die ungarische proletarische Revolution hat die Rolle der kommunistischen Partei in der Revolution zur Genüge bewiesen. Das deutsche Proletariat hat jetzt die Lehre der ungarischen Revolution zu ziehen und zur Erkämpfung der Macht, der Diktatur des Proletariats eine

wohlorganisierte, stramm zentralisierte kommunistische Partei zu schaffen, um sich jene Opfer zu ersparen, die das ungarische Proletariat zu bringen gezwungen ist. Hoch die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands! Hoch die Kommunistische Internationale! Hoch die Weltrevolution!

Dolezal-Brünn: Genossen und Genossinnen! Im Namen der Linken der sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei begrüße ich Euren Verschmelzungsparteitag. Das tschechische Proletariat weiß wohl, daß Deutschland in der Weltrevolution eine bedeutende Rolle spielt und auf ganz Zentraleuropa entscheidend zurückwirkt, besonders auf die benachbarte Tschechoslowakei. Die tschechische Nation besitzt jetzt die nationale Selbständigkeit. Aber diese Befreiung bedeutet nur eine Befreiung der tschechischen Bourgeoisie. (Sehr gut!) Wirkliche Befreiung des Volkes kann nur das Proletariat in seinem Klassenkampf bringen, in der sozialen Revolution. Die tschechische Arbeiterschaft muß daher weiterkämpfen, und sie wird diesen Kampf gemeinsam mit allen proletarischen Kräften, gemeinsam mit dem Proletariat der ganzen Welt führen. Die Bildung einer großen deutschen Kommunistischen Partei bedeutet auch für das tschechische klassenbewußte Proletariat große Fortschritte in dieser Richtung. (Redner setzt seine Ansprache in tschechischer Sprache fort.) Zwischen den tschechischen Scheidemännern und den Kommunisten innerhalb der tschechischen sozialdemokratischen Partei tobt ein starker Kampf. Jetzt gibt es in der tschechoslowakischen Republik zwei sozialistische Parteien: die tschechischen Scheidemänner, die Tusarleute, und die linken Sozialisten, die sich zur Kommunistischen Partei weiterentwickeln wollen.

Es lebe die Vereinigte Deutsche Kommunistische Partei! Es lebe die deutsche und die tschechoslowakische sozialistische Republik! (Lebhafter Beifall.)

Neurath-Reichenberg: Genossen und Genossinnen! Ich habe den ehrenvollen Auftrag, Sie im Namen eines sehr großen, jedenfalls aber, was wichtiger ist, im Namen des aktivsten und klassenbewußtesten Teiles der deutschen Sozialdemokratie der Tschechoslowakei zu begrüßen.

Genossen! Bei uns haben es die Arbeiter außerordentlich schwer. Das Proletariat der Tschechoslowakei ist in nationale Gruppen zerrissen. Es ist nicht leicht gewesen, für die Kommunistische Internationale zu agitieren. Aber der kommunistische Gedanke dringt durch, er siegt. Bravo!) Vor einigen Tagen hat in Prag der Parteitag der tschechischen Rechtssozialisten stattgefunden. Auf diesem Parteitage haben sich die Anhänger der sogenannten formalen Demokratie aus allen Ländern, aus allen Nationen ein Rendezvous gegeben. Das Ende dieses Parteitages bestand darin, daß beschlossen wurde, der zweiten Internationale beizutreten. Parteigenossen! Als Antwort auf diese frechste Provokation des klassenbewußten Proletariats der Tschechoslowakei werden die deutschen und tschechischen Arbeiter jetzt daran gehen die letzten Vorbereitungen zu treffen, um in der Tschechoslowakei die große internationale kommunistische Organisation zu schaffen. (Beifall.)

Ceton-Amsterdam: Genossen und Genossinnen! Ich überbringe Ihnen die Grüße der holländischen Partei. Wir haben in Holland die deutsche Bewegung verfolgt und haben bangend und hoffend die Augen auf die deutsche Revolution gerichtet. Jede deutsche wichtige Bewegung findet Anklang in unserem Lande. Wir begrüßen mit besonderer Freude die Vereinigung der deutschen Kommunisten. Im proletarischen Sinne hat

Holland für die Revolution nur wenig Bedeutung, im kapitalistischen Sinne um so mehr. Es wird Sie vielleicht wundern, zu vernehmen, daß das holländische Bankkapital jetzt stärker ist als das deutsche. Die vier größten holländischen Banken haben mehr Kapital als die vier größten deutschen Banken. Holland ist im Begriffe, ein Herd der Reaktion zu werden. Wir beherbergen nicht nur den Kaiser, wir haben noch mehr (Heiterkeit): wir beherbergen in Amsterdam auch die Amsterdamer Internationale! (Erneute Heiterkeit.) Das haben wir nur in Holland. (Anhaltende Heiterkeit.) Die deutsche revolutionäre Einigkeit wird uns auch in unserem Lande Mut zu neuen Kämpfen geben. Amsterdam und Moskau, — das sind jetzt die beiden Pole, das ist die internationale Antithese. Wir holländischen Kommunisten werden Amsterdam in Amsterdam bekämpfen.

Als ich gestern im Nachtzuge nach Berlin fuhr, habe ich im „Berliner Tageblatt" gelesen, was Havenstein gesagt hat. Er sagte: wir werden uns österreichischen und russischen Verhältnissen nähern und wir werden uns in ein bis zwei Jahren am Ende unserer Volkswirtschaft befinden. Wir hoffen, daß der Havenstein recht hat. In ein bis zwei Jahren wird unsere Volkswirtschaft, die den russischen Verhältnissen ähnelt, anfangen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Braß: Ich habe Ihnen nun noch eine Reihe Begrüßungstelegramme auswärtiger Bruderparteien bekanntzugeben, die einen Vertreter nach hier zu entsenden nicht in der Lage waren.

Ich teile Ihnen mit, daß die Genossen Cachin und Froissard aus Frankreich bemüht waren, eine Ausreiseerlaubnis zur Teilnahme an unserem Parteitage zu bekommen. Sie sind bis heute nicht erschienen, und wir können wohl annehmen, daß die französische Regierung ebenso wie bei dem Halleschen Parteitage den Genossen der Linken der französischen sozialdemokratischen Partei eine Ausreiseerlaubnis nicht erteilt hat (Pfuirufe), und nur Longuet nach Deutschland gelassen hat.

Ich habe Ihnen ferner mitzuteilen, daß ein Begrüßungsschreiben vom provisorischen Komitee des linken Flügels der Independant Labour Party Englands eingegangen ist, das folgenden Inhalt hat:

> „Wir haben mit Freude Ihre Einladung zu Ihrem Parteitage vom 3. bis 6. Dezember erhalten. Wir sind jedoch nicht in der Lage, einen Delegierten zu entsenden, um dem Parteitage unsere Grüße zu entbieten, und bedauern diese Tatsache außerordentlich. Wir senden Ihnen daher unsere besten Wünsche zur erfolgreichen Tagung und Bildung einer starken vereinigten deutschen Sektion der Dritten Kommunistischen Internationale. Es lebe die Dritte Internationale." (Beifall.)

Ferner ist ein Telegramm von der links stehenden sozialistischen Partei Schwedens eingegangen:

> „Wegen Paßschwierigkeiten und anderer Verhältnisse können wir leider nicht einen Repräsentanten nach Berlin senden. Wir senden die herzlichsten Glückwünsche an die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands. Wir rufen allen deutschen Arbeitern und Bauern zu: Vereinigt Euch unter dem Banner der Dritten Internationale! Schließt Euch zu der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands zusammen! Es lebe die internationale revolutionäre sozialistische Einigkeit! Es lebe die Dritte Internationale! Es lebe die Weltrevolution! Für die linkssozialistische Partei Schwedens. Höglund, Kielborn, Ström." (Bravo.)

Weiter ist ein Begrüßungstelegramm der bisherigen linkssozialistischen Partei Dänemarks eingegangen, die sich jetzt auch zur Kommunistischen Partei Dänemarks konstituiert hat. Sie teilen mit:

„Die deutschen Behörden in Kopenhagen haben mir Einreiseerlaubnis verweigert. (Pfuirufe.) Wir senden die herzlichsten Grüße zum Kongreß. Ernst Christiansen.“ (Beifall.)

Es ist ferner ein Begrüßungstelegramm von der altserbischen Partei eingegangen aus Jugoslawien:

„Ich teile Ihnen mit, daß es die altserbische Partei ist, die bei den Wahlen zum Parlament am letzten Sonntag 56 Mandate errungen hat.“ (Bravo.)

Weiter schreiben die serbischen Genossen:

„Die Kommunistische Partei Jugoslawiens begrüßt den Vereinigungsparteitag der deutschen Kommunisten als Ereignis von welthistorischer Bedeutung. Es lebe die mächtige Kommunistische Partei Deutschlands! Es lebe die Weltrevolution! Für die kommunistische Partei Jugoslaviens — Sekretär Marcowicz.“

Ferner ist ein Begrüßungstelegramm der Kommunistischen Partei Jugoslaviens folgenden Inhalts eingegangen:

„Wir begrüßen mit tiefer Freude die Schaffung einer einheitlichen kommunistischen Partei Deutschlands und Euren Kampf gegen die Sozialverräter, welcher uns in Jugoslavien eine wertvolle Unterstützung gegen unsere Sozialverräter geboten hat. Eben in den vergangenen Tagen hat unsere Partei gegen die einheitliche Front der Bourgeoisie und der Sozialverräter große Erfolge geerntet. Bei der am 28. November durchgeführten Wahl für die Konstituante bekam sie 56 Mandate. In Agram wurde sie die stärkste; in ganz Jugoslavien der Stärke nach die dritte Partei. Es lebe die gemeinsame Kampffront des deutschen und jugoslavischen kommunistischen Proletariats. Die kommunistische Partei — Zagrim.“

Ferner ist folgendes Telegramm aus Christiania eingegangen:

„Wir danken für die Einladung. Als unser Vertreter kommt Arvid Hansen. Norwegische Arbeiterpartei.“

Der Genosse Hansen ist noch nicht anwesend, wenn er erscheint, werden wir es Ihnen mitteilen.

Ferner ist noch ein Telegramm folgenden Inhalts eingegangen:

„Werte Genossen! Die revolutionären Arbeiter der mitteldeutschen Stickstoffwerke A.-G., Piesteritz, senden ihren Brüdern auf dem Parteitag zur bedeutungsvollen Tagung die herzlichsten Grüße und überweisen dem Parteitag als äußeres Zeichen der Sympathie den Betrag von 3482,30 Mark, welche Summe in die Kasse der Vereinigten Kommunistischen Partei fließen soll. (Lebhafter Beifall.) Mit revolutionärem Gruß! Der Betriebsrat der Mitteldeutschen Stickstoffwerke Piesteritz. Im Auftrage: Hilger.“ (Erneuter Beifall.)

Wir kommen nunmehr zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Aktionsprogramm der Vereinigten Kommunistischen Partei.

Als Referenten sind bestellt die Genossen Levi und Däumig. Zu diesem Tagesordnungspunkt stehen die Anträge, die zu diesem Punkte gestellt sind, mit zur Debatte.



Als erstem Redner erteile ich das Wort dem Genossen Levi.

Referent Levi: Genossinnen und Genossen! Sie werden es mir nicht übelnehmen, wenn ich diesen Parteitag mit einer tiefen inneren Bewegung begrüße; denn dieser Parteitag ist das Ergebnis einer so langen und so schweren Entwicklung des deutschen Proletariats, daß ich glaube, schon um dieser Geschichte allein willen ist dieser Parteitag ein ungeheures Ereignis in der Geschichte der Proletarier der Welt. Er ist für viele von uns ein Ereignis, das zur tiefsten Bewegung Veranlassung gibt, weil wir jetzt wieder zusammenstehen mit einer ganzen großen Schar von Genossen, mit denen uns die Arbeit von vielen, vielen Jahren verbunden hält, und von denen wir eine Spanne Zeit getrennt waren nicht deswegen, weil wir verschiedenen Zielen nachgestrebt hätten, sondern weil wir glaubten, ein und dasselbe Ziel auf verschiedenen Wegen erreichen zu müssen. Das alles hat jetzt aufgehört.

Wir von der kommunistischen Partei sind in diesen zwei Jahren, wo wir getrennt waren, einen schweren, schweren Weg gegangen. Die Zahl der Opfer die aus unseren Reihen gefallen sind, ist riesengroß, und die Kämpfe, die unsere Partei zu überstehen hatte, nicht nur gegen die Bourgeoisie, sondern auch in ihren eigenen Reihen, waren schwer und haben uns das Schwerste gebracht, was über eine Partei überhaupt verhängt werden kann: die Spaltung mit ihren Auseinandersetzungen, die ja nicht gerade von angenehmen Erscheinungen begleitet sind. Wir haben, indem wir diese Wege gingen, das Bewußtsein gehabt, daß wir in alledem dem deutschen Proletariat einen Dienst erweisen werden und daß wir die theoretische und taktische Grundlage uns erobern, auf der es möglich sein werde, weite Scharen des deutschen Proletariats zu sammeln.

Die Genossen von der U.S.P. sind einen anderen Weg gegangen. Sie blieben und konnten in einem großen Rahmen bleiben. Sie konnten in großen kompakten Massen beieinander bleiben. Sie konnten in allen großen Kämpfen, die über das deutsche Proletariat kamen, in großen Scharen eintreten, wenn wir Kommunisten uns begnügen mußten, kleine Trupps zu entsenden oder in Losungsworten und Direktiven unsere Gedanken den Massen mitzuteilen. Dort in den Reihen der U.S.P. standen die großen Scharen des deutschen Proletariats. Wo diese großen Massen waren, da spielte sich so eigentlich der Entwicklungsprozeß des deutschen Proletariats ab. Dort können wir in der Geschichte der Partei verfolgen, wie das deutsche Proletariat sich aus schweren Irrungen und Illusionen im November 1918 Schritt für Schritt und mühselig herausarbeitete und immer klarer und schärfer die Gedanken des Kommunismus formulierte. Das war ein Prozeß, der kommen mußte, und der nie verschleiert werden konnte, und ich glaube kaum, daß es einen unter uns Kommunisten gegeben hat, der nicht doch in diesen zwei Jahren immer das Gefühl gehabt hätte: der Zeitpunkt muß kommen, wo die, die anders ringen als wir, die aber um dasselbe ringen, wiederum mit uns zusammenstehen müssen. (Sehr wahr!)

Der Zeitpunkt, Genossinnen und Genossen, ist gekommen. Aus eigenen Kräften, im eigenen Kampf, im eigenen Ringen hat die vereinigte deutsche Kommunistische Partei sich gefunden. Und doch glaube ich, dürfen wir nicht verkennen: es ist kein Zufall, daß der Weg der Einigung des deutschen Proletariats über Moskau ging. Ich sehe, daß das der Punkt sein wird,

wo nun gewisse Geister sagen werden: aha! es war also doch eine Mache von Moskau! es sind doch nur die „bolschewistischen Agitatoren“ aus Moskau gewesen, die diese Vereinigung des deutschen Proletariats, die die Vereinigte Kommunistische Partei in Deutschland gemacht haben. — Nein, so ist es nicht. Aber daß die Vereinigte Deutsche Kommunistische Partei sich in Moskau gefunden hat, ist ein Zeichen und ein Ausfluß der Tatsache, daß heute die Sowjetrepublik Rußland die Geschicke der Weltrevolution überhaupt entscheidend beherrscht. (Sehr richtig!) Jede Zuckung von Sowjetrußland, jeder Kampf, jeder Sieg und jede Niederlage Sowjetrußlands wirkt unmittelbar auf das Proletariat der ganzen Welt zurück, und jedes Streben und jedes Dehnen von Sowjetrußland wirkt auf das Proletariat der Welt. So ist es auch kein Zufall, daß dieser Vereinigungsparteitag nicht allein steht. Heute haben wir die Vereinigung der deutschen Kommunisten. Wir werden in acht Tagen den Parteitag haben, an dem die schweizerischen Kommunisten sich finden werden. Wir werden in vierzehn Tagen den Parteitag haben, auf dem die französischen Kommunisten sich zusammenschließen werden. Fünf Tage später werden sich die italienischen Kommunisten zu einer einheitlichen großen kommunistischen Partei zusammenschließen. Die Vereinigung der deutschen Kommunisten ist nur ein Glied in einer Kette, die sich um die ganze Welt legt. Die Vereinigung der deutschen Kommunisten ist ein Ereignis, das durch die schweren Kämpfe des deutschen Proletariats in seinen eigenen Reihen vorbereitet ist, das aber als Tat wirkt und steht im Rahmen der großen internationalen Geschehnisse. So dürfen wir uns auf dem heutigen Parteitage nicht darauf beschränken, nur das zu sehen, was im deutschen Proletariat vor sich gegangen ist, und was im deutschen Proletariat sein wird, — das ist der Teil, den Genosse Däumig in seinen Ausführungen vor Ihnen behandeln wird — sondern der heutige Parteitag muß bewußt sein Gesicht über die ganze Welt wenden und dieses Ereignis, das heute sich in Deutschland abspielt, im Rahmen der internationalen Geschehnisse zu werten und zu würdigen suchen.

Genossinnen und Genossen! Als der Krieg zu Ende war, da war nicht nur bei den deutschen Proletariern, die aus dem Felde zurückfluteten, die Meinung vorhanden: wenn wir nur erst wieder zu Hause sind, dann wird sich alles, alles wenden, dann wird das Rad wieder genau so gehen, wie es 1914 ging. Die Proletarier, die jahrelang im Schützengraben starrend von Schmutz und Blut gestanden hatten, empfanden es ja schon als eine Erlösung, auch nur wieder so leben zu können, wie sie 1914 gelebt hatten. (Sehr richtig!) Wie es in Deutschland war, so war es auch in den anderen Ländern. Die Proletarier drüben auf der anderen Seite des Schützengrabens kamen nach Hause und hatten ja gesiegt. Sie hatten ja das errungen, wozu sie, wie man ihnen gesagt hatte, sie vier Jahre lang draußen stehen und morden mußten. Sie hatten den Sieg errungen; sie hatten die „Demokratie“ verteidigt. Sie hatten, wie man ihnen gesagt hatte, die „Freiheit der Welt“ gesichert. (Lachen.) Nun kamen sie nach Hause und sehnten sich über all dem Blut und Schmutz nach nichts anderem, als wieder so zu leben, wie sie vordem gelebt hatten, sie kamen nach Hause und dachten, es geht weiter so, wie es vorher gegangen. Und in der Tat, es schien so, eine kurze Spanne, als wenn sich das Rad tatsächlich so weiter drehe wie vorher. Die Not an Waren war groß. Die ganze Welt war und ist ausgehungert, sie war und ist entblößt von allen Waren und Lebensbedürfnissen, die es nur gibt. Die Maschinen konnten

gehen und zunächst produzieren, was nur die Maschinen- und Menschenkraft hergab, — alles verschlang der Hunger, den der Krieg zurückgelassen hatte. Dann aber war eines Tages Schluß! Es begann die große Krise, die heute sich über die ganze Welt hinzieht, und die heute sich in ganz genau denselben Formen über die ganze Welt hin abspielt.

Es ist eine andere Krise als die, die der Kapitalismus ehedem periodisch durchmachte. Die Krisen verliefen früher so, daß immer mehr neue Produktionsmittel in Gang gesetzt wurden, daß Waren über Waren gehäuft wurden und sich der Produktionsprozeß aus überquellendem Reichtum an Waren verstopfte. Heute verläuft die Krise anders. In allen Ländern beginnt die Krise heute mit einer Erscheinung die man in Deutschland kurz den Käuferstreik nannte. Die Krise beginnt damit, daß die Käufer aufhören zu kaufen. Und warum hören sie auf zu kaufen? Ist etwa die Not geringer geworden? Ist etwa das Bedürfnis nach Waren, nach Lebensmitteln, nach Wäsche, nach Schuhen, nach Kleidern, nach irgendeinem zur Lebenshaltung notwendigen Stück geringer geworden? Nein! Es ist kein Käuferstreik, es ist keine bewußte Maßnahme der Käufermassen gegen Uebervorteilung. Es gilt die absolute Ohnmacht, die Armut der Massen (Lebhafte Zustimmung), die sie heute verhindert, die Waren zu kaufen, deren sie unbedingt bedürfen. (Erneute Zustimmung) Von diesem „Käuferstreik“ rollte die Krise zurück. Der Käufer kauft nicht mehr, kann nicht mehr kaufen. Die Detailgeschäfte nehmen nicht mehr ab. Die Engrosgeschäfte können nicht mehr vom Fabrikanten beziehen. Der Fabrikant kann nicht mehr produzieren, weil die Ware, die er produziert, auf Lager bleiben würde. So rollte die Krise zurück und warf sie, die schon zu Beginn der Krise nicht mehr imstande waren zu kaufen, die Proletarier, vollends auf die Straße und häufte zu der Not, die schon vorhanden war, die doppelte und dreifache Not der Arbeitslosigkeit. (Sehr wahr!)

In diesen Formen spielt sich heute die kapitalistische Krise in allen Ländern ab. Wie denkt sich nun der Kapitalismus dieser Krise zu entwinden? Bei uns in Deutschland, und nicht nur bei uns, in ganz Europa herrscht die Vorstellung: es gibt ja noch einen reichen Onkel, den Onkel aus Amerika! (Heiterkeit) —, der kann helfen. Das ist die Vorstellung, die heute alle pazifistischen Gemüter bis hinein zu den breiten Schichten der Ledebour, der Rechtsunabhängigen beherrscht. Amerika, das reich gewordene Amerika, das wird und muß alles zur Verfügung stellen, was Deutschland und Europa braucht. Gewiß, Genossinnen und Genossen, Amerika ist während des Krieges, wenn man so sagen will, ein reiches Land geworden. Amerika war vor dem Kriege der größte Schuldner Europas, es war Europa vielleicht mit 6 Milliarden Dollar verschuldet. Das wirtschaftliche Eugebnis dieses Krieges war für Amerika, daß alle diese Milliarden Schulden, die in Städteanleihen, in Eisenbahnanleihen, in Stahlaktien und in Aktien einzelner Fabriken verbrieft waren, nach Amerika zurückflossen. Und nicht nur die Aktien und Papiere sind nach Amerika zurückgeflossen: mit ihnen ging ein Strom von etwa 3 Milliarden Goldes, baren Geldes. Und weiter! Aus dem Schuldner Amerika ist während des Krieges nicht nur der von Schulden freie kapitalistische Staat geworden, sondern der größte Gläubigerstaat der ganzen Welt. Hat früher Amerika an Europa 6 Milliarden Dollar geschuldet, so schuldet heute Europa an Amerika allein aus öffentlichen Anleihen eine Summe von 10 Milliarden Dollar. (Hört, hört!) Aber mit diesen 10 Milliarden hat es noch nicht sein Bewenden; denn diese Milliarden sind ja nur als öffentliche Anleihen von Staat zu Staat gegeben. Darüber hinaus hat die amerika-

nische Bankwelt und Industrie von Europa einen Betrag zu fordern, der etwa auf 3,7 Milliarden sich beläuft. Zusammengerechnet, schuldet heute Europa an Amerika einen Betrag von rund 14 Milliarden Dollar. Wie soll diese Schuld beglichen werden? Wir soll sie zurückgezahlt werden besonders dann, wenn man bedenkt, daß auf der ganzen Welt überhaupt nur rund 8 Milliarden in Gold vorhanden sind? Sie können nur beglichen werden, wenn Europa imstande wäre, Fertigfabrikate nach Amerika auszuführen. Hier setzt nun aber die Wirkung der großen Wandlungsprozesse ein, den Amerika während des Krieges durchlebt hat. Wir sind noch immer gewohnt, in Amerika den großen Exporteur von Rohstoffen und den großen Verbraucher von Waren zu sehen. Das ist im Kriege anders geworden. Ich will Ihnen darüber einen Bericht aus der New-Yorker National City-Bank verlesen. Es heißt da:

„Wir haben uns während des Krieges zu großen Importeuren gewisser Rohmaterialien und zu großen Exporteuren von Fabrikaten entwickelt. Auch die Einfuhr von Lebensmitteln haben wir bedeutend vergrößert. Die Einfuhr ist ungefähr gleicherweise verteilt auf die drei Rubriken: Nahrungsmittel, Fabrikate, Rohmaterialien für die Industrie. Was die Ausfuhr betrifft, so bilden Nahrungsmittel ungefähr ein Viertel, Rohmaterialien für die Industrie ebenfalls ein Viertel des gesamten Exporthandels, dagegen Fabrikate die Hälfte des Exportes."

Der Krieg hat in Amerika die Produktionsmittel derartig vergrößert, daß Amerika heute völlig das Bild bietet, das früher die großen europäischen Fabrikantenländer England oder Deutschland boten. Amerika gehört heute zu den Ländern, die Nahrungsmittel einführen und Fertigfabrikate ausführen, um die eingeführten Nahrungsmittel und Rohstoffe zu bezahlen. Hier sehen Sie die völlige Unmöglichkeit für Europa, in Waren das zurückzuzahlen, was Amerika von Europa zu fordern hat. Daraus ergibt sich noch ein anderes: die Möglichkeit einer Zurückzahlung der Schulden an Amerika in naher Frist ist für Europa vorüber. Damit ist auch für Amerika die Möglichkeit vorüber, an Europa weitere Kapitalien zu geben. Sie lesen immer von Zeit zu Zeit in einer guten Stunde irgendeinen Bericht: Amerika wird an Europa Kredit geben. Vor acht oder zehn Tagen las ich in der deutschen Presse wiederum diese beruhigenden Worte, Amerika werde an Deutschland einen Kredit von 2 Milliarden Dollar geben. Ja, es war die Rede von 2 Milliarden, aber es handelte sich nicht um Rohstoffkredite, sondern um Warenkredite, um Fertigfabrikate, die deshalb nach Deutschland gegeben werden sollen, weil Amerika heute nicht imstande ist, seine Fertigfabrikate noch unterzubringen.

Amerika ist nach allem nicht imstande, die Kapitalien zu geben, deren Europa bedarf.

Amerika ist selbst in der schwersten ökonomischen Krise, die es seit seinem Bestehen je durchlebt hat. Man kann Ihnen das an einigen Zahlen deutlich machen. Sie wissen, welche Bedeutung die Baumwolle für die amerikanische Wirtschaft hat. Der Baumwollpreis ist innerhalb von sechs Wochen von 40 Cents pro englisch Pfund auf 15 Cents gefallen, und selbst bei diesem Preise von 15 Cents wird in Amerika kein Ballen Baumwolle mehr verkauft. Wir sehen hier also dieselben kritischen Erscheinungen wie in Europa: der Käuferstreik hat eingesetzt. Die Not ist groß. Die Waren liegen fertig zum Verbrauch, sie können nicht an die Masse gebracht werden. Die Massen fliegen zu Hunderttausenden arbeitslos auf die Straße: dasselbe Bild, das wir aus Deutschland und Europa in der kapitalistischen Ordnung gewöhnt

sind, finden wir auch in Amerika. Amerika ist heute nach seiner ganzen wirtschaftlichen Entwicklung während des Krieges von Europa getrennt, und es sucht bereits und hat auch schon gefunden, soweit es möglich ist, andere Wege. Ich kann Ihnen aus demselben Bericht der National City-Bank folgendes vorlesen:

„Der amerikanische Außenhandel im Jahre 1920 wird auf vierzehn Milliarden Dollar geschätzt."

Zum Vergleich sei bemerkt, daß der Wert des Außenhandels im Jahre 1911 11 Milliarden, im Jahre 1918 und 1917 je 9 Milliarden und im Jahre 1913, also vor dem Kriege etwa 4¼ Milliarden betrug —.

„Von 1913 bis 1920 hat sich der Wert des amerikanischen Außenhandels mehr als verdreifacht. Sowohl Ausfuhr als auch Einfuhr weisen eine beträchtliche Zunahme auf. Während der größte jährliche Import vor dem Kriege niemals 2 Milliarden Dollar überschritten hat, wird er für das Jahr 1920 auf 6 Milliarden Dollar geschätzt. Der Wert des Außenhandels, der vor dem Kriege niemals 2½ Milliarden überschritten hatte, wird für das Jahr 1920 auf 8 Milliarden Dollar geschätzt."

Und wohin geht diese Ausfuhr? Was die beträchtlich vergrößerte Ausfuhr von Industrieprodukten betrifft, so erklärt der Bericht, daß 80 Prozent dieser Zunahme auf Rechnung der Ausfuhr nach Mittel- und Südamerika, Asien, Afrika und Australien geht. Die Ausfuhr nach diesen Ländern beträgt viermal soviel wie vor dem Kriege. Amerika hat also das Feld seines Außenhandels auf Kosten Europas gewaltig ausgedehnt.

Amerika sucht die Gebiete wo es die Massen von Waren, die dort heute lagern und nicht an die amerikanischen Massen und nicht an die europäischen Massen gebracht werden können, absetzt. Es hat sein Feld außerhalb Europas gefunden. Mehr und mehr lösen sich die wirtschaftlichen und die finanziellen Beziehungen Amerikas zu Europa. Europa bleibt seinem Schicksal überlassen, und die große Hilfe, das Geschenk aus Himmelshöhen, aus den Höhen Wilsons, mit dem auch deutsche Proletarier, mit dem die Breitscheid, Hilferding und Ledebour zwei Jahre lang ihre politische Existenz fristeten, dieses Geschenk löst sich auf in Schall und Rauch. Europa ist und bleibt sich wirtschaftlich selbst überlassen.

Soll man über die europäische Krise etwas sagen? Ich glaube, daß das Bild der deutschen Krise der Genosse Däumig mit aller Deutlichkeit zeichnen wird und ich kann mich darauf beschränken, zu sagen: Dieselbe Krise, die in Deutschland besteht, besteht heute in England und in Frankreich, besteht in Italien, besteht in den neutralen Ländern. Ueberall dieselbe Erscheinung: Teuerung, Unfähigkeit zum Kaufen, genannt: Käuferstreik, Arbeitslosigkeit, fürchterliche Not und als Hohn auf die Not: Stillegung der Betriebe! (Sehr wahr!) Das ist die kapitalistische Ordnung; das ist das Bild, das der Krieg wirtschaftlich hinterlassen hat. Und diese wirtschaftlichen Beziehungen kommen auch zum Ausdruck in politischen Erscheinungen.

Wenn ich gesagt habe, daß Amerika sich wirtschaftlich trennt und loslöst von Europa und an Europa nur noch das Interesse nimmt, das ein Gläubiger an seinem Schuldner nimmt, so sind auch politisch die Folgen zu sehen. Es konnte kein klareres Bild geben, als die amerikanischen Wahlen. Die amerikanischen Wahlen waren die glatte Absage an alle amerikanischen Beziehungen zu Europa! First America! Amerika kommt zuerst. Das war der Wahlspruch, mit dem beide amerikanische Parteien in

die Wahlkampagne eingetreten sind. Der Völkerbund wird ohne Hilfe Amerikas bleiben. Der Völkerbund muß entweder noch mehr sich verwandeln in ein Nichts, als er ein Nichts ist oder Amerika wird ferne bleiben. Amerika hat jedes Interesse, das ihm von europäischer Seite in Europa oder in Asien — ich denke an Armenien — angesonnen wurde, abgelehnt. Amerika bleibt politisch für sich und überläßt die Neuordnung des europäischen Kontinents den europäischen Völkern selbst.

Und damit komme ich zu den europäischen Staaten, die die Walstatt als die sogenannten Sieger verlassen haben. Es sind heute in Europa zwei Mächte, die, wenn man so sagen kann, europäische Politik machen. Die eine ist Frankreich und die andere ist England.

Das siegreiche Frankreich des Jahres 1918 erinnert in nicht nur e i n e m Zuge an das siegreiche Frankreich der Jahre 1800 und folgende. Was war die politische Auswirkung der militärischen Siege Napoleons? Die politische Auswirkung war die Schaffung eines Bündels von Randstaaten, gelegt um Frankreich, und die politische Auswirkung des Sieges von 1918 war und ist die Schaffung eines Bündels von Randstaaten, nur auf einer ganz anderen Linie als auf der Linie der Rheinbundstaaten von 1803 und 1804. Die Kette der Randstaaten Frankreichs läuft von der Ostsee über Polen, über Ungarn und Rumänien bis an das Schwarze Meer. Und der Eckpfeiler, der bisher am Schwarzen Meere stand, der hieß Wrangel. Wenn ich das so darstelle, dann ist bereits mit einem Worte dargestellt die Rolle, die Deutschland spielt. Deutschland ist heute, von Frankreich gesehen, das Glacis zwischen zwei Wällen, zwischen dem besetzten Rheinland und zwischen Polen, eine Strecke Landes, das zwar, genau wie das Glacis, der „Zivilbevölkerung" zur Benutzung überlassen ist, über das aber verfügen Militärs nach militärischen Rücksichten. Und der Zustand der deutschen Politik wird von französischen Militärs bestimmt nach den Rücksichten und nach den Bedürfnissen der französischen militärischen Politik, nach den Bedürfnissen und Rücksichten bezüglich der Verteidigung der Randstaaten, die Frankreich sich gebildet hat, deren Eckpfosten, wie gesagt, Wrangel war. England verteidigt heute eine andere Linie. England verteidigt heute in erster Linie das Herz seines Weltreichs, Indien. Und es verteidigt Indien mit genau denselben Mitteln, wie Frankreich sich verteidigt: mit der Schaffung von Randstaaten, die sich von Mesopotamien über Persien bis hinein in das Gebirge des Himalaja dehnen. Sie sehen, wenn Sie das geographische Bild betrachten, einen weiten, weiten Bogen, gespannt von der Ostsee bis an die Randgebirge Indiens, einen gewaltigen Kreis, und inmitten dieses Kreises: Sowjetrußland! Und alle die Staaten — ich will nicht sagen, wie die Blume nach der Sonne, sondern wie die Opfer der Schlange starr wenden das Gesicht zur Schlange hin, so wenden diese heute ihr Gesicht gegen Sowjetrußland. Sie freilich denken, der große, große Gürtel sei die Umarmung, in der Sowjetrußland erdrückt werden soll.

Genossinnen und Genossen! Aus der Feldherrnkunst von Ludendorff ist es Ihnen bekannt, daß solche Linien eine schwache Stelle haben. Sie wissen aus der März-Offensive des Jahres 1918, daß man Offensiven ansetzt an dem Punkt, an dem die beiden Sektoren zusammenstoßen. Wie 1918 der deutsche Angriff sich richtete gegen die Stelle, wo der englische und der französische Abschnitt zusammentrafen, so ist heute die schwache Stelle dieses großen Bogens die Stelle, wo England und Frankreich sich treffen. Und so ist es kein Zufall, daß das der Punkt ist, an dem die Politik der Sowjetrepublik die lebendigste und agressivste sein kann und

sein muß. Und diese Stelle finden Sie, wenn Sie das Bild geographisch betrachten, in den Ländern um das Schwarze Meer, den Ländern der ehemaligen Türkei.

Ich habe bereits mit ein paar Worten die Stelle gezeigt, die Wrangel im Rahmen der französischen Politik einnahm. Wrangel ist geschlagen, und es ist ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß ungefähr in derselben Zeit, in der Wrangel ausfällt, auch zusammenbricht der zweite Wall, den die Entente hinter Wrangel gebaut hat: die ganze Neuordnung des Balkans und Klein-Asiens, wie sie geschaffen worden ist durch den Frieden von Sèvres.

Genossinnen und Genossen! Für uns frühere Mitglieder der kommunistischen Partei ist es auch vielleicht interessant und nicht ohne delikaten Beigeschmack, daß man wiederum sehen kann: es gibt kein politisches Ereignis, das noch so winzig wäre, das nicht ungeheure, ja weltgeschichtliche Bedeutung erlangen kann.

Und so sehen Sie, wie jetzt der Zusammenbruch der ganzen englisch-französischen Orientpolitik anknüpft an ein an sich so lächerliches Ereignis wie die Neuwahlen zum griechischen Parlament. Mit diesen Neuwahlen ward gestürzt der Vertrauensmann der Entente: Venizelos. Ohne Griechenland, ohne die Festsetzung Griechenlands rund um Konstantinopel, ohne die Besetzung großer Teile Klein-Asiens durch Griechenland, ohne die gegen die Türkei, gegen den Rest der türkischen Nationalisten, die heute in Klein-Asien kämpfen, operierenden griechischen Armeen, stürzt der ganze Friede von selber zusammen. Denn die west-europäische Presse, auch die so nationalistische Presse etwa von dem Schlage des französischen „Temps“, erklären glatt heraus: keine europäische Macht wird imstande sein, die Truppen aus eigener Kraft zu stellen, die nötig sein werden nach dem Ausfall der griechischen Armee, den Vertrag von Sèvres aufrechtzuerhalten So ist der Wall gebrochen, und es ist damit z. T. ein Ziel erreicht, das die russische Politik sich gesetzt hatte und das sie dadurch unterstützte, daß sie in engstes Waffenbündnis mit den türkischen Nationalisten trat. Und was das für die Internationale bedeutet, darauf will ich später noch mit ein paar Worten zurückkommen. Ich sage: dieser Ring ist gesprengt an dieser Stelle, und wir müssen uns die Folgen dessen klar zum Bewußtsein bringen. Die Entente hat in einem entscheidenden Punkte eine schwere Niederlage erlitten. Die Entente wird sich bei dieser Niederlage nicht beruhigen. Die Entente wird versuchen, auch jetzt wieder, nachdem Wrangel geschlagen, nachdem der letzte Feind von russischem Boden verdrängt ist. neue Armeen aus der Erde zu stampfen. Sie wird wieder Polen in Bewegung setzen, sie wird die Trümmer der Wrangelschen Armee sammeln. Sie wird sie aufs Neue gegen Rußland in Bewegung setzen. Sie wird neue Balachowitsch finden, sie wird neue Truppen und neue Munition senden. Ihre Niederlage in Klein-Asien bedeutet für die Entente den Ruf zu neuem Kampf gegen Sowjetrußland. (Sehr wahr!) Eine neue Krise, ein neues Kämpfen Sowjetrußlands naht. Und damit müssen wir die Posten betrachten, die in und mit Sowjetrußland kämpfen.

In Rußlan dkämpfen die Armeen der russischen Arbeiter und Bauern. Aber, so frage ich, steht Rußland allein? Ist das der einzige Posten, über den Rußland zu verfügen hat? Und da möchte ich ein ganz anderes Bild aufrollen. Ich frage: Wie entstehen Weltreiche? Weltreiche entstehen nicht dadurch, daß man geographische Grenzen zieht. Lange, ehe geographisch

Aegypten oder Indien zu England gehörten, lange, ehe Südafrika dem englischen Weltreich geographisch eingegliedert war, bestand England als Weltmacht. Nicht die Geographie entscheidet über Weltmächte. Es sind unsichtbare Fäden, die sich um die ganze Welt schlingen können. Es waren unsichtbare Fäden, die das englische Weltreich schufen, ehe es geographisch bestand: ausgeführte Kapitalien, in die Ferne gewanderte Kaufleute, kapitalistische Interessen, Interessen an Eisenbahnen, an Bergwerken, Dinge, die man nicht geographisch beschreibt, ein großes Netz gleicher Interessen. Das schmiedet die Weltreiche. Und wenn ich so dies anwende auf Rußland, so sage ich: Rußland ist heute nicht auf das Gebiet beschränkt, das seine geographischen Grenzen umschließen. Weit über Rußland hinaus dehnen sich heute unsichtbare Fäden und schlingen sich um die ganze Welt. Es gibt heute kein Land auf der Welt, wo nicht bei jedem Hammerschlag, der fällt, wo nicht bei jedem Seufzer eines Arbeitslosen, wo nicht bei jedem Seufzer einer Mutter, die ihr Kind siechen sieht, im Hintergrund steht der Gedanke an Sowjetrußland. Das sind die unsichtbaren Fäden, die heute von Sowjetrußland ausgehen und die Proletarier, die Unterdrückten der ganzen Welt, zusammenfassen zu einem großen, nicht geographisch und nicht einmal organisatorisch zusammengefaßten Gebilde, aber zu einem gewaltigen Körper, der heute zum erstenmal in der Weltgeschichte versucht, als großer Körper, als große Zusammengehörigkeit der Unterdrückten aller Welt die Glieder zu rühren. Es ist die Internationale der Unterdrückten, es ist die kommunistische Internationale der weltpolitische Faktor, der heute neben den Armeen der russischen Arbeiter und Bauern für Sowjetrußland streitet und streiten muß. (Sehr richtig!)

Genossinnen und Genossen! Damit ist ein Ereignis eingetreten von einer Größe, deren sich nur wenige bewußt sind. Es war im Jahre 1864, als Karl Marx in der Inauguraladresse sagte: Jetzt, mit dieser Arbeiterassoziation der ersten Internationale, beginnt die Epoche der proletarischen auswärtigen Politik. Damals, im Jahre 1864, war die Internationale nur die Göttin, nur der zündende Gedanke, der aus dem Kopfe des gewaltigen Denkers Marx entsprang. Heute ist die Zeit, wo diese Göttin Pallas den Helm aufsetzt und den Speer in die Hand nimmt, heute ist sie die kriegsgerüstete Kraft der Proletarier der Welt: Nicht nur der Proletarier der Welt! Sowjetrußland streitet heute gegen die imperialistischen Weltmächte Europas, und hier zeigt sich, daß Sowjetrußland nicht allein steht. Es sind ja noch viele Völker, die heute gegen denselben Feind kämpfen müssen. Der europäische Imperialismus unterdrückt ja so viele Völker mit Namen und so viel namenlose Völker. Von Irland, wo heute unter den Schlägen, unter den Barbareien der englischen Soldateska, die sie von Noske könnten gelernt haben, Hunderttausende leiden, zieht sich ein Kranz von unterdrückten Völkern durch die ganze Welt, ob es Türken sind, ob sie in Kiwa oder Buchara sind, ob es die Mohammedaner oder die Hindus von Indien sind: es sind alles unterdrückte Völker, und die kommunistische Internationale hat die Pflicht, alle diese Kräfte, die heute wider denselben Feind streiten, zusammenzufassen zu einem Bunde aller Proletarier und aller unterdrückten Völker der ganzen Welt. Es ist eine weltgeschichtliche Aufgabe von unerhörter Größe, die heute auf den Schultern der russischen Arbeiter und Bauern lastet. Für uns nun erhebt sich die Frage: wie gestaltet sich unsere Situation in diesem großen Ringen?

Genossinnen und Genossen! Damit, daß ich Ihnen zeigte, welch ein Körper von gewaltigem Ausmaß die Internationale, in dem Sinne in dem



ich sie formulierte, ist, zeigte ich Ihnen bereits, wie in diesem Körper „sich eins zu dem andern webt, eins in dem andern wirkt und lebt", und wie die deutsche Revolution und wie die deutschen Proletarier heute nicht mehr kämpfen können im Rahmen ihrer „eigenen" Revolution sondern wie sie ein Teil des Körpers sind, der die ganze Welt der Unterdrückten umschließt. Und wie ist die Situation in diesem großen Körper?

Da müssen Sie sich, glaube ich, erinnern an die ersten Zeiten der deutschen Revolution, an die Zeiten, wo erst aus der Tiefe heraus die ersten Zeichen kundtaten, daß etwas werden wolle, an die Zeiten, wo wir alle von allen bis hinein wiederum in die Reihen der Hilferding, Breitscheid, Ledebour und Dißmann, verspottet wurden als die Revolutionsromantiker. Was half uns in jenen Tagen? Es half uns in jenen Tagen nicht nur der Glaube, daß die Revolution doch käme, es half uns in jenen Tagen die unverwüstliche Lust zum Angriff, die Unbesonnenheit des Angriffs meinetwegen; es half uns das ganze Ungestüm der Massen, die noch nicht gekämpft hatten, das ganze Ungestüm, der Wille zum Angriff und zum Siege. Und ich glaube, Genossinnen und Genossen, im großen Rahmen des Weltgeschehens, im großen Rahmen der werdenden Weltrevolution ist heute die Situation wiederum so. Es sind in allen Ländern die ersten Zeichen, die ersten Keime erst dessen, was werden soll. Aber es gilt, die ganze Kampfkraft, die ganze Entschlossenheit, den ganzen Wagemut der breiten Massen zu wecken und zu führen zu Kämpfen, zu den ersten Kämpfen, die jene Massen überhaupt kämpfen. Und es ist kein Zweifel: das Haupt dieses großen Körpers ist Sowjetrußland. Und es ist kein Zweifel, daß die Entente immer von neuem versuchen wird, dieses Haupt abzuschlagen. Und so steht heute das Problem Sowjetrußlands als das Zentralproblem einer auswärtigen Politik des Proletariats der Welt da. Die ganze auswärtige Politik, alles internationale Denken und Fühlen des Proletariats der Welt gilt heute Sowjetrußland: keine Sympathieerklärungen für Sowjetrußland; der Kampf mit allen Mitteln gegen alle Feinde Sowjetrußlands.

Und da ist, glaube ich, der weiteste Rahmen, in dem Sie das Ereignis, das wir heute hier begrüßen, werten und verstehen müssen. Es ist, wie ich schon anfangs sagte, kein deutsches Ereignis. Es gibt in der Weltrevolution keine deutschen Ereignisse mehr. Das, was Sie hier in Deutschland sehen, ist die Herausbildung des ersten großen und organisatorisch geformten Gliedes in der Internationale der Unterdrückten, neben Sowjetrußland. Es ist das Glied, das bestimmt ist zum Arm neben dem Kopf Sowjetrußlands. Das ist, glaube ich, die weltgeschichtliche Bedeutung, die Bedeutung für alle Zeiten und die Bedeutung für diese Zeit die dieser unser Parteitag und die diese Gründung unserer Partei hat: eine Aufgabe von unerhörter Größe und von unerhörter Schwere aber eine Aufgabe, an der wir alle nicht verzagen. Wir blicken zurück auf eine Zeit von schweren Kämpfen und schweren Niederlagen. Wir blicken zurück auf die vielen Toten, wir blicken zurück auf die zwei Jahre schwerer Geschichte. Aber „Ruhmesgeister mit den hellen Helden steigen aus der Flut". Es sind schwere Opfer gewesen, aber es waren große Zeiten. Ich weiß es! Es ist der Geist von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, der jetzt in dieser Stunde und in diesem Saale unter uns weilet! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Es ist der große Geist, der uns führte in der ersten Stunde unseres Seins; er ruft uns wieder zu neuen Taten und darum in der neuen Partei: Frisch auf, ans Werk! (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Braß: Das Wort hat nunmehr als zweiter Referent Genosse Däumig.

Referent Däumig: Parteigenossinnen und -Genossen! Es ist selbstverständlich und unbedingt notwendig, daß an die Spitze aller Erörterungen dieses Parteitages gesetzt wird die internationale Bedeutung dessen, was wir hier beraten und beschließen. Genosse Levi hat den großen Rahmen gezeichnet, den großen weltrevolutionären Hintergrund aufgedeckt, vor dem sich unser deutsches revolutionäres und politisches Leben abspielt.

Und wenn ich jetzt mehr eingehe auf Deutschlands Verhältnisse, so tue ich es nur mit dem Hinweis darauf, daß das, was sich hier in unserer Partei wie im Leben des gesamten deutschen Proletariats abspielt, nur verstanden, gewürdigt und ausgewertet werden kann in dem Sinne, den Levi bezeichnet hat: daß die deutsche Revolution ein Glied des großen weltrevolutionären Körpers ist. Neben der gewaltigen internationalen Bedeutung, die dieser Parteitag hat, lege ich aber noch ganz besonders Wert auf die Wichtigkeit des Parteitags in der Hinsicht, als wir auf dieser Tagung ein Instrument schaffen, stark und leistungsfähig, das die Aufgabe hat, die glänzenden Goldbarren des Sozialismus und des Kommunismus umzumünzen in kleine Münzen, die hinaus sollen in die Proletarierreihen und sie stark und reich machen sollen. Wir wollen den Kommunismus, wir wollen die Lehre des Sozialismus nicht hüten als eine kleine Schar, nicht als eine Sekte, und stolz auf ihren Besitz uns zurückziehen, sondern wir wollen an ihr teilhaftig werden lassen alle Proletarier, die heute noch außerhalb unserer Reihen stehen.

Zwei Jahre deutscher Revolution liegen hinter uns, und nur wenige Tage trennen uns von dem Jahrestag, an dem vor zwei Jahren das revolutionäre deutsche Proletariat auf eine Machtstellung verzichtete, die ihm in den Novembertagen in den Schoß gefallen war; verzichtete auf die Diktatur des Proletariats, die ihm die Novembertage gebracht hatte. Denn bei aller kritischen Würdigung der Ereignisse des Novembers 1918 steht doch fest, daß das, was sich nach dem Zusammenbruch auf den Schlachtfeldern und nach der Flucht der deutschen Dynastien vollzog, sich zuerst als die Form der Diktatur des Proletariats darstellte. Ich will im einzelnen die Vorgänge nicht aufrollen, die diesen kurzen Frühlingstraum der deutschen proletarischen Diktatur bald verwehen ließen. Aber ich bin der Auffassung, daß es nicht genügt, nun Anklage zu erheben gegen die Männer, die sich Sozialdemokraten nannten und diese Diktatur des Proletariats verrieten, sondern daß wir auch noch tiefer zu ergründen haben, warum diese Männer, wie Scheidemann, Haase und wie sie alle heißen mögen, die Diktatur des Proletariats nach wenigen Wochen in das trügerische demokratische Fahrwasser hineinsegeln lassen konnten. Sie konnten es, weil die große Masse Deutschlands damals nicht reif war für den Gedanken der proletarischen Diktatur. Die Arbeiter- und Soldatenräte, die mit elementarer Gewalt damals an allen Orten Deutschlands in die Erscheinung traten, waren Gebilde, die z. T. befruchtet waren durch das Vorbild Rußlands, aber sie waren doch nicht fest verwurzelt in dem Bewußtsein der proletarischen Massen. Sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß im Dezember 1918 auf dem ersten Rätekongreß, auf dem ersten revolutionären Parlament Deutschlands, die erdrückende Mehrheit der proletarischen Vertreter mit Jubel für die Nationalversammlung stimmten. (Zustimmung.) Und gerade diese Tatsache und all das, was sich dann im Verlaufe der zwei Jahre abgespielt hat, zeigt uns, daß das Wesen und die

harte Notwendigkeit der proletarischen Diktatur mit viel größerer Eindringlichkeit und mit viel größerer Klarheit in die Köpfe und in die Herzen der Proletarier hineingetragen werden muß. So notwendig kurze und knappe schlagende Worte sind, so notwendig es ist, bestimmte politische Situationen in bestimte politische Schlagworte zusammenzufassen, so notwendig ist es aber dann auch, die Parolen in zäher Kleinarbeit in die praktische Erkenntnis der Massen zu übertragen und durch diese praktische Erkenntnis die Massen zu Taten zu veranlassen. Und das ist eine der Hauptaufgaben, die von dieser unserer Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands zu erfüllen ist.

Parteigenossinnen und -Genossen! Genosse Levi hat mit vollem Recht und mit aller Gründlichkeit geschildert, wie aus den vielen Ursachen des wirtschaftlichen Verfalls und des sozialen Elends heraus in dem einzelnen proletarischen Individuum diese Hingebung, dieses Streben, dieses Sehnen, dieses Zusammengehörigkeitsgefühl mit Sowjetrußland sich entwickelte. Er hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß Sowjetrußland, dieses Land, das das einzige in der Welt ist, in dem das Proletariat die Herrschaft an sich genommen hat, in dem es keine kapitalistische Ausbeutung mehr gibt, von Millionen als der Zentralpunkt des heutigen proletarischen Lebens angesehen wird. Aber es kann und darf nicht bloß bei diesem rein gefühlsmäßigen Erkennen bleiben, sondern es muß nun in den andern Ländern das nachgeholt werden, was jetzt drüben in Rußland schon durch die Tat erreicht worden ist. Dazu ist notwendig, daß in diesen Ländern das Proletariat zusammengefaßt, geschult, mobilisiert und in den Kampf geführt wird nach den Lehren und den Erfahrungen so unsäglich blutiger Art, wie sie Rußland und z. T. auch das deutsche Proletariat bisher sich anzueignen hatten. Genossinnen und Genossen! Um das aber zu tun, um das deutsche Proletariat mit dem Mittel unserer Vereinigten Kommunistischen Partei vorwärts zu bringen auf dem Wege der sozialen Revolution, haben wir uns nicht bloß an der Tatsache zu berauschen, daß jetzt rund eine halbe Million Parteimitglieder sich um unsere Fahnen scharen, sondern wir haben ruhig, klar und nüchtern die Gesamtsituation auch innerhalb des deutschen Proletariats zu prüfen.

Und da zeigt sich, daß in mancher Hinsicht die Kampfvoraussetzungen für uns deutsche Kommunisten nicht so günstig liegen, als sie drüben bei unseren russischen Brüdern gelegen haben. Gewiß! Zwei Faktoren sind auch hier bei uns in Deutschland, wie überall in der Welt, für uns günstig, für uns vorwärtstreibend: Das ist einmal die revolutionierende, die aufrüttelnde und aufpeitschende Wirkung des Zerfalls der kapitalistischen Wirtschaft, wie es Levi im Weltmaßstab und auch für Deutschland geschildert hat. Es steht fest, daß weltrevolutionierend wirkt die Tatsache, daß Millionen von Proletariern von einer ehemals relativ hohen Lebenshaltung herabgedrückt worden sind auf eine tiefere Lebenshaltung, wie dies durch Krieg und Revolution geschehen ist. Es steht fest, daß das weit aufpeitschender wirkt, als das bloße Streben nach einer Verbesserung einer lang gewohnten Lage. Dieses Moment ist im ganzen deutschen Proletariat und im ganzen Proletariat der übrigen Welt lebendig. Hinzu kommt weiter, daß, massenpsychologisch betrachtet, im Proletariat durch die Wirkung des Weltkrieges das Selbstbewußtsein ganz gewaltig angewachsen ist. Nicht umsonst haben in allen Ländern die Vertreter des Imperialismus, vor allem in den ersten Kriegsjahren, ihren Werberuf um den Bruder Arbeiter erklingen lassen; nicht umsonst haben die Arbeiter gesehen, daß ohne ihre

Mitwirkung im Schützengraben und in der Granatenfabrik der Krieg nicht zu führen sei, daß sie unentbehrlich seien für diese Welt. Und erst nach und nach in 4½ Jahren unter blutigen Verlusten und furchtbaren Opfern, unter immer sich steigerndem Elend haben sie erkannt, daß diese kapitalistische Welt reif sei zum Untergang. Aber immerhin hat diese Erziehung der Proletariermassen im Kriege, vor allen Dingen in den vorwärtsdrängenden, in den selbstbewußten, in den aufrechten Arbeiterschichten eine ganz andere psychologische Verfassung geschaffen, als es vor dem Kriege der Fall gewesen ist. Wir dürfen aber auch nicht blind dagegen sein, daß es noch viel Proletarier gibt, bei denen die Wirkung des Krieges und der Nachkriegszeit gerade entgegengesetzt sind.

Wenn wir hier mit vollem Recht als Wortführer des gesamten Proletariats auftreten, so wissen wir sehr gut, daß hier in diesem Saale und daß in der Organisation draußen nicht in großer Anzahl zu finden sind diejenigen, die das Elend der Gegenwart am meisten drückt. Wir wissen sehr gut, daß gerade in diesen Schichten aus materieller Not und seelischer Depression heraus jetzt z. T. eine Erschlaffung eingetreten ist. Es wäre töricht, den Blick davor zu verschließen. Es haben jetzt diese Schichten zwei Jahre lang alle möglichen Melodien gehört; man hat ihnen erzählt von der allein seligmachenden Kraft der Demokratie, von der umwälzenden Wirkung des Stimmzettels. Aber trotz aller Möglichkeiten, politisch auf demokratischer Grundlage ein Wort mitzusprechen, ist der Hunger, ist das Elend, ist die Kindernot, die Tuberkulose, sind alle Volksplagen in immer größerem Maßstab in das Riesenheer des Proletariats eingezogen. Vielleicht war diese Lehre notwendig, um die Proletarier erst einmal von ihren Illusionen zu heilen. Aber diese Lehren müssen jetzt ihren Abschluß erreichen. Und das muß geschehen durch unsere Tat. Und insofern sehe ich in der Gründung unserer großen Kommunistischen Partei auch für die engeren Verhältnisse Deutschlands einen gewaltigen Antrieb. Denn, Genossinnen und Genossen, wir wollen uns nicht abschließen als eine Partei, die der Meinung ist, daß sie nun allein den Stein des Weisen hat. Sondern wie ein roter Faden geht es durch die Leitsätze der Kommunistischen Internationale, daß die Kommunisten die Aufgabe haben, überall da zu stehen, wo Proletariermassen zusammen sind und den kommunistischen Gedanken in die Proletariermassen hineinzutragen. Und das Feld, das wir zu beackern haben, ist heute weit günstiger, weit fruchtversprechender, als im November 1918, weil eben zwei Jahre bitterer Erfahrung über die deutschen Proletarier dahingegangen sind.

Es gibt aber noch einen anderen Grund, aus dem heraus unsere Arbeit nicht leicht sein wird. Dieser ist darin zu suchen, daß das deutsche Proletariat im Gegensatz zum russischen durch eine mehr als fünfzigjährige sozialistische Bewegung hindurchgegangen ist, und daß diese Bewegung heute noch in weiten Proletarierschichten Gedankengänge und Ideologien zurückgelassen hat, die historisch längst überwunden sind. Und nichts klebt fester, nichts haftet zäher als alte Ideen und Vorurteile. Es ist nicht von ungefähr, und auch da brauchen wir nicht die Augen zu verschließen, daß heute noch hinter der sozialdemokratischen Partei eine ganze Masse von Proletariern herläuft, die ihrer ganzen wirtschaftlichen und sozialen Situation nach in unsere Reihen gehören. Warum tun sie das? Weil sie so eng befangen sind in diesen demokratischen Illusionen, die in früheren Perioden der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands durchaus berechtigt waren, die historisch begründet waren und die mit Notwendigkeit an die Proletarier

herangetragen werden mußten. Alle diese Kämpfe um das Wahlrecht, alle diese Punkte des Erfurter Programms hatten ihre historische Berechtigung. Aber das Trommelfeuer des Weltkrieges hat all das zerstört, was diesen Forderungen noch irgendwie ein Lebensrecht gab. Die kommunistische Internationale hat es erkannt: sie stellt diesen demokratischen Forderungen die Forderung der Diktatur des Proletariats gegenüber. Aber in vielen Proletarierköpfen lebt noch die demokratische Illusion, und gegen sie den Kampf aufzunehmen in großem Maßstabe, mit einem großen Heer, das soll eine der wichtigsten Aufgaben unserer Vereinigten Kommunistischen Partei sein und werden.

Das deutsche Proletariat — Genosse Levi hat schon darauf hingewiesen — leidet am allerschwersten unter dem Drucke des kapitalistischen Verfalls. Es gibt heute nur noch die Losung, die im kommunistischen Manifest schon aufgestellt worden ist: Sozialismus oder Verfall in Barbarei. Es gibt für das deutsche Proletariat heute keine Möglichkeit, aus den Nöten der Gegenwart herauszukommen und zu einer höheren Kultur aufzusteigen als den Kampf um den Sozialismus. Es gibt allerdings trotz alles Sprechens von dem tödlichen Zerfall des Kapitalismus noch Möglichkeiten, daß der Kapitalismus auch in Deutschland sich noch auf geraume Zeit einbürgern kann und wird. Alle die Hoffnungen und Wünsche, die in den Novembertagen 1918 in Proletarierköpfen lebendig wurden, die Hoffnung, daß der politische Umschwung auch mit sich bringen werde eine Wandlung des ganzen Wirtschaftssystems, diese Hoffnung, die in dem verschwommenen Worte Sozialisierung ihren Ausdruck fand, all diese Hoffnungen sind im Laufe dieser zwei Jahre schwer enttäuscht worden. Und es zeugt von der absoluten Verständnislosigkeit sozialistischer Kreise für das Wesen der sozialen Revolution, die im November 1918 einsetzte, wenn ein unabhängiger Volksbeauftragter damals das Wort reden konnte: Man darf die Revolution nicht zu einer Lohnbewegung degradieren.

Genossinnen und Genossen! Es ist in diesem Kreise kaum nötig, auf die Haltlosigkeit und die Torheit eines solchen Wortes hinzuweisen. Denn nach den zerrüttenden Wirkungen des Weltkrieges auf wirtschaftlichem Gebiete, nach der immer weiter fortschreitenden Herabdrückung der Lebenshaltung der Proletariermassen und Proletarierschichten war es ganz selbstverständlich, daß die einzelnen Berufsgruppen, die einzelnen Proletarierschichten nun versuchten und versuchen mußten, aus diesem wirtschaftlichen Zerfall wenigstens die Möglichkeit herauszukämpfen, das nackte Leben fristen zu können. Und es ist ja charakteristisch, daß diese Kämpfe um Steigerung von Lohn und Gehalt eine unabreißbare Kette bilden. Und es ist vielleicht von pikantem Beigeschmack, daß die Zeitungsschreiber, die in der bürgerlichen Presse auf Anweisung des Zeitungskapitals über jeden Lohnkampf und jeden Streik der Arbeiter ihre hämischen Glossen machen müssen, wenn sie unter sich sind, auch stöhnen und jammern über die Hartherzigkeit ihrer Herren Verleger, und daß sie auch ihrerseits sich ihre Lebenslage zu bessern und zu heben suchen müssen, allerdings nicht mit dem Mannesmut des Arbeiters. (Sehr richtig!) Ich will hierauf nicht näher eingehen; man könnte hierüber, über das Zustandekommen der öffentlichen Meinung, über das Zustandekommen der Hetze gegen Arbeiter und gegen die Lohnkämpfe noch sehr viel sagen. Jedenfalls steht das Eine fest, daß es ein Gesetz ist, daß alle Berufsschichten, den Proletarier der am Schraubstock steht, wie den Proletarier der am Reißbrett und am

Schreibtisch arbeitet, zwingt, sich wenigstens eine Lebenshaltung zu sichern, die ihnen das Leben einigermaßen erträglich und möglich macht. Die Hoffnung, daß wir auf eine Lebenshaltung, wie sie vor dem August 1914 war, zurückkommen können, trägt man jetzt in immer weiteren Kreisen zu Grabe. So sind also die Proletarierschichten in ihrer ganzen bunten Mannigfaltigkeit durch diese ökonomischen Ursachen des Zerfalls und des Wirtschaftslebens immer wieder und wieder gezwungen, anzustürmen gegen die kapitalistische Welt, gegen das Unternehmertum. Die Lohnkämpfe werden eine unvermeidliche Begleiterscheinung der sozialen Revolution sein und bleiben, bis das Proletariat die politische Macht errungen hat. Und wenn diese Tatsache feststeht, ergibt sich für die kapitalistische Welt, daß sie in ihrem Produktionsprozesse, in ihrem Profitstreben sich ständig bedroht und angefochten sieht, durch diesen Ansturm der proletarischen Massen zunächst auf wirtschaftlichem Gebiete. Daraus ergibt sich, daß diese Lohnforderung der Arbeiterschaft eine gewaltige Gefahr bedeutet für die Profite des Kapitals. Daraus ergibt sich, daß weite kapitalistische Kreise keine Neigung haben werden, das, was sie früher aus dem Schweiße der Arbeiter für sich herausgezogen haben, was sie zu ihrem eigenen Verbrauch, was sie zur Akkumulation des Kapitals verwandt haben, nun preisgeben zugunsten immer fortschreitender Lohnforderungen. Daraus ergibt sich, daß sie keine Lust haben, die Produktion in der alten Weise fortzuführen. Daraus ergibt sich die Schließung von Betrieben, Kurzarbeit; es ergeben sich all die sozialen Nöte, die sich auf diesem zerrütteten kapitalistischen Boden auswachsen. An tausend Beispielen läßt sich dies beweisen.

Wenn heute die Beamten den Reichstag und seine Abgeordneten mit Stößen von Petitionen bestürmen und überschütten, so steht fest, daß diese Beamten selbstverständlich auch unter der Last der heutigen Entbehrungen zu leiden haben, daß diese Beamten genau so wie die Arbeiter das Bestreben haben müssen, ihre Lebenshaltung zu heben, und daß dieses Bestreben nur erfüllt und befriedigt werden kann dadurch, daß der Staat seine einzige Rettung, die er hat, die Notenpresse, weiter arbeiten läßt. Wenn man weiter bedenkt, daß durch diese Arbeit der Notenpresse die Masse des Papiergeldes immer größer wird und die Waren damit immer mehr entwertet werden, so ergibt sich daraus wiederum, daß die Erhöhung der Beamtengehälter den Beamten keine dauernde Besserung ihrer Lebenslage bringen wird, sondern gerade, weil sie erhöht werden, wird in absehbarer Zeit die Lebenslage der Beamten wiederum viel schlechter sein. Diesen Zusammenhang haben breite Massen noch nicht begriffen. Und solange das nicht der Fall ist, bleiben auch die alten Ideologien in ihren Köpfen.

Es ist interessant, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß bei den Wahlen der letzten Zeit die ausgesprochen reaktionären Parteien, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei, verhältnismäßig starken Stimmenzuwachs bekommen haben. Dahinter steht neben der relativ kleinen Zahl ausgesprochener Reaktionärer eine breite Schicht kleinbürgerlicher Beamtenexistenzen, die noch keine Ahnung haben von den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhängen. Aber weiter stehen sicherlich dahinter auch rein proletarische Wähler, Leute, die die naive Auffassung haben und sagen: Unter Wilhelm kostete das Pfund Rindfleisch und das Pfund Butter 70 und 80 Pfennig; folglich wollen wir Wilhelm wieder. Wir lachen über diese Naivität. Sie ist aber vorhanden. Und wir werden



sie nicht beseitigen können durch unsere Versammlungen, nicht durch unsere Flugblätter, aber wir können sie beseitigen, wenn 500 000 Kommunisten, über ganz Deutschland verbreitet, in jeder Werkstatt, in jeder Fabrik, in jeder Arbeitsstube diese Erkenntnis jetzt zu verbreiten als ihre Pflicht erachten. (Sehr richtig!) So verstehe ich das Ummünzen der kommunistischen Goldbarren in Münzen für die proletarischen Massen draußen.

Die großen Proletariermassen, die noch hinter der sozialdemokratischen Partei und hinter der rechtsunabhängigen Partei hergehen, sind noch befangen in dem Glauben an die Triebkraft des demokratischen Systems. Sie glauben, daß tatsächlich einmal durch eine sozialistische Mehrheit und durch ein aus dieser Mehrheit hervorgehendes Ministerium doch eine Wendung zum Besseren, ja, sogar ein Uebergang zum Sozialismus möglich sei. Auch da haben ja zwei Jahre republikanisch-demokratischer Freiheit ungeheuer aufklärend gewirkt, aber immer noch sind genügend Proletariermassen vorhanden, in denen diese Illusionen noch lebendig sind. Die sozialdemokratische Partei und auch die rechtsunabhängige Partei halten unseren Forderungen, unserer Propaganda, unserem Ringen um die politische Macht und um die Stellung des Proletariats sehr häufig die Einwendung entgegen, das Proletariat sei noch nicht reif, die politische Macht zu übernehmen und den Sozialismus durchzuführen. Es bedürfe noch einer sehr langen, planmäßigen Schulung des Proletariats, ehe wir an die Verwirklichung des Sozialismus herangehen könnten.

Mit diesen Thesen, mit dieser Behauptung schafft man auf der anderen Seite alle Voraussetzungen und alle Möglichkeiten das Proletariat erst recht nicht reif werden zu lassen. (Sehr richtig!) Denn wenn das Proletariat nicht reif ist, wenn man ihm in seinem Drange zum Sozialismus in den Arm fallen muß, wenn man das auf der einen Seite tut, so muß man auf der anderen Seite den kapitalistischen Mächten freie Hand und Ellenbogenfreiheit lassen, sich wieder gründlich in dieser Welt einzubürgern und daraus die Konsequenzen ziehen. Mit dieser Theorie, diesen Thesen von der Unreife des Proletariats wird das Proletariat niemals zum Sozialismus kommen. (Sehr richtig!) Es erinnert das so lebhaft an die Tendenzen, die in der Vorkriegszeit innerhalb der deutschen Arbeiterschaft lebendig waren, an die Tendenzen, die da sagten, wir müssen organisieren, damit wir die Massen des Proletariats in unsere Partei hineinbekommen. Wir müssen Wahlagitation treiben, damit wir die Mehrheit im Parlament bekommen und damit wir dann durch Parlamentsbeschlüsse den Sozialismus einführen. Und neben diesen Thesen stand die These: wir müssen die gewerkschaftliche Arbeit durchführen; dann unterhöhlen wir nach und nach, schrittweise, dem Unternehmertum sein Mehrwertsrecht, und dann kommen wir auch eines schönen Tages in die sozialistische Welt hinein. Und in ähnlicher Weise machten ja die Nur-Genossenschaftler auch ihre Theorie auf und wollten auf genossenschaftlichem Wege den Sozialismus in die Welt einführen. Das sind dieselben Auffassungen, die heute noch lebendig werden in Aeußerungen: das Proletariat ist nicht reif für den Sozialismus. Hinter dieser These verbirgt sich aber auch gleichzeitig der Machtwille und das Machtbewußtsein der bureaukratischen Instanzen der Arbeiterbewegung. Solange das Proletariat nicht reif ist, solange die Massen zu dumm sind, die Geheimnisse der Politik zu begreifen, müssen natürlich die Parlamentsfraktionen, muß die Gewerkschaftsbureaukratie selbstverständlich die Geschicke des Proletariats in die Hand nehmen. Dies sind die Leute, die die Dinge durchzuführen haben. Zwei Jahre lang

haben wir Anschauungsunterricht in der deutschen Republik gehabt. Zwei Jahre lang annähernd haben wir im Zeichen des Partei- und Gewerkschaftssekretärs gestanden, und wir haben sehen müssen, was dabei für den Sozialismus herausgekommen ist: schöne Redensarten und viele Millionen von Plakaten: die Sozialisierung marschiert! Aber zu sehen ist nichts, und es wird nichts zu sehen sein unter diesem Regime, weil die Sozialisierung, so wie sie notwendig ist, im Sinne des Kommunismus, durch das Proletariat geschieht, weil diese Sozialisierung niemals kommen wird im Zeichen des Parteisekretärs. Das ist uns allen klar. Wir haben das erkannt. Wir haben es theoretisch erfaßt und praktisch durchlebt. Aber es gibt noch Proletariermassen, die an diese Sozialisierungsmärchen glauben. Sonst hätte ein Hilferding es nicht wagen können, jetzt noch mit einem solchen Sozialisierungsplan vor die proletarische Oeffentlichkeit zu treten. Und alle diese Sozialisierungspläne, die im Laufe der letzten zwei Jahre aufgetaucht sind — ob nun nach Hilferdingschem oder Wissellschem Muster — sind dazu bestimmt, dem proletarischen Drängen nach Sozialisierung im proletarisch-revolutionären Sinne ein Schnippchen zu schlagen. Auch das muß den proletarischen Massen noch klargemacht werden. Und wenn jetzt von rechtsunabhängiger Seite ein planmäßiger Feldzug in den Betriebsversammlungen und den öffentlichen Versammlungen über ganz Deutschland für diesen Sozialisierungsschwindel gemacht wird, so hat unsere Partei jetzt anzufangen, einen Feldzug dagegen zu eröffnen. Unsere Parteileitung hat unsere Genossen zu schulen schon in den nächsten Wochen, damit sie in der Lage sind, dieser neuen Sozialisierungsillusion mit aller Kraft entgegenzutreten. Jeder unter den 500 000 muß in die Lage gesetzt werden, nicht bloß in die Versammlung hineinzugehen, sondern auch diesen Bestrebungen auf der anderen Seite mit aller Kraft und mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

Parteigenossinnen und -Genossen! Wir Kommunisten stellen und müssen unter den harten Lehren der letzten Jahre die These aufstellen: die kapitalistische Produktion ist überreif, sie muß hinweggefegt werden. Das Proletariat ist in seinem eigenen Lebensinteresse gezwungen, die kapitalistische Produktion in die sozialistische umzustellen. Und es wird reif werden im Kampfe für diese sozialistische Produktion. Man lernt nicht fechten ohne Schwert, man lernt nicht reiten ohne Pferd! Dies Wort gilt für das deutsche Proletariat heute. Erst im Kampfe um die Produktion und erst im Wirken in der Produktion erlangt das Proletariat die Reife, die es nötig hat, um die sozialistische Welt aufzubauen. Wir stehen jetzt in Deutschland am Vorabend des entscheidenden Kampfes um die politische Macht. Das Proletariat in den Betrieben muß darauf eingestellt werden auf diese Aufgabe. Und wenn wir — auf einem weiteren Punkt der Tagesordnung — die Parole der Kontrolle der Produktion aufstellen, so ist das schon der unbedingt notwendige Auftakt für die selbständige Arbeit des Proletariats im sozialistischen Produktionsprozeß. (Sehr richtig!) Ich will auf diese Dinge im einzelnen nicht eingehen, weil über diesen Punkt noch ausführlich gesprochen werden wird und ausführliche Richtlinien vorgelegt werden.

So sind also eine ganze Reihe von tatsächlich brennenden Fragen jetzt im Laufe der deutschen Entwicklung an das Proletariat herangetreten, die über das Stadium der Agitation, über das Stadium der Theorie hinausweisen zum Stadium der Aktion, des Handelns. Und wenn ich davon rede, daß unsere große Vereinigte Kommunistische Partei als Aufklärungs-



instrument dienen soll, so denke ich nicht mehr an die Bildungsarbeit alten sozialdemokratischen Stils. Es kommt heute nicht mehr darauf an, daß wir in Bildungskursen unseren Mitgliedern erzählen wie die Markgenossenschaft entstanden ist und welche Zusammenhänge die Naturalwirtschaft mit dem Feudalsystem verbinden; das sind Dinge die wir, wenn wir fortgeschritten sind, lehren können. Jetzt haben wir unsere Aufklärungs- und Bildungsarbeit in unseren Reihen und außerhalb unserer Reihen einzustellen auf das ABC des Kommunismus, des Klassenkampfes. (Sehr richtig!) In dieser Hinsicht liegt der Zentrale der Partei eine sehr wichtige Pflicht ob. Aber wir wollen dieses ABC des Kommunismus nicht lehren, damit ein jeder sein säuberlich in seinem Herzen es bewahre, sondern daß es in die Tat umgesetzt wird. Wie das im einzelnen durch die Partei und ihre Organisation durchgeführt wird, sind Dinge, die uns z. T. noch beschäftigen werden, die aber dann auch noch später im Laufe des Wirkens der Partei eine sehr große Rolle spielen werden, und die uns auf jedem Parteitag, der kommen wird, von neuem mit neuen Aufgaben beschenken werden.

Genossinnen und Genossen! Genosse Levi hat in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß das niedergeschlagene Deutschland im Rahmen der europäischen Gesamtsituation sich darstelle als ein Festungsglacis zwischen zwei Wällen, den besetzten Gebieten des Westens und den Randstaaten und Polen im Osten, und daß in diesem Festungsrayon Herrscher und Befehlshaber der französische Militarismus sei. Ich unterschreibe das vollständig und möchte in diesem Zusammenhang im einzelnen noch sagen, daß all die Erscheinungsphasen der letzten zwei Jahre auf militärpolitischem Gebiete diese Definition durchaus stützen und beweisen. Deutschland, ehemals das Land des raublustigen, säbelrasselnden Imperialismus ist jetzt durch den Ausgang des Krieges wirtschaftlich und politisch heruntergedrückt worden. Aber die Entente und vor allen Dingen Frankreich wissen sehr wohl die Bedeutung Deutschlands und die Bedeutung der deutschen Bourgeoisie und noch viel mehr die Bedeutung des deutschen Proletariats einzuschätzen, soweit das Verhältnis des Ententekapitals und der Ententereaktion zu Sowjetrußland in Betracht kommt. Und daher ist es nicht von ungefähr, daß gerade in bezug auf die Punkte des Versailler Friedensvertrags, die sich auf die militärischen Forderungen Frankreichs beziehen, die Entente und auch Frankreich am meisten haben mit sich reden lassen, daß man nicht sofort sich auf die Zahl 100 000 kapriziert hat, sondern daß man jetzt schon zwei Jahre lang schachert um 100 und 150 000 mehr oder weniger. Die französische Bourgeoisie und die französische Regierung als ihr Instrument hat ja einen ganz besonderen Haß gegen Sowjetrußland. In den Tagen des Zarismus war die französische Bourgeoisie die Geldgeberin des zaristischen Rußlands, und das russische Volk wäre für lange Jahrzehnte hinaus zu einer schweren Schuldknechtschaft unter den französischen Rentnern verurteilt gewesen, wenn nicht in den Novembertagen 1917 mit einer kurzen Handbewegung diese ganze Schuld annulliert worden wäre. Und jetzt hoffen die großen und kleinen französischen Rentner, daß ihnen durch die Machenschaften der Gegenrevolution doch noch der russische Fronsklave in die Arme getrieben werde. Und in diesen finanziellen und militärisch-politischen Erwägungen spielt Deutschland eine ganz gewaltige Rolle. Nur so ist es zu verstehen, daß man den deutschen Militarismus zwar nicht wieder in dieser ungeschlachten riesengroßen Form, die er hatte, aufkommen lassen will, daß

man aber der deutschen Bourgeoisie die Pflicht zuweist, ihre militärische Kraft so stark zu erhalten, daß sie dem Bestreben des deutschen Proletariats, Sowjetrußland es gleich zu tun, mit Gewalt entgegentreten kann. Und daher macht man offiziell die Bedingungen so, daß die Reichswehr an sich kein gewaltiges Instrument im modernen Großkriegsmaßstabe darstellt, daß sie aber im Grunde mit der Sipo eine Form der deutschen Heereskraft repräsentiert, an die sich unter stillschweigender Billigung des französischen Militarismus all die Selbstschutzorganisationen des Bürgertums anzugliedern haben, die jetzt überall wie Pilze aus der Erde hervorschießen. Und es ist nicht von ungefähr, daß Herr von Kahr, dieser Gewaltige Bayerns, daß Doktor Heim, dieser geschickte Demagoge der bayerischen Politik, mit den Ententemächten zusammenkommen und verhandeln, daß Heim in Ungarn und Oesterreich herumfährt, um die Weltreaktion zusammenzuschließen. All das fällt in den Rahmen der Tendenzen, die darauf hinauslaufen, den eisernen Ring um Sowjetrußland und um sein Vorland, Deutschland, fest und undurchdringlich zu gestalten. Ich will nicht davon reden, in welcher Weise durch Aufrechterhaltung dieser legalen und illegalen militärischen Organisationen der Bourgeoisie das Proletariat noch belastet wird, in welch ungeheurer Weise die Steuern des Proletariats verwendet werden, um so die Söldnertruppen zu bezahlen, mit denen es unterworfen werden soll. Ich will nur darauf hinweisen, daß wir angesichts der Tatsache, daß es wohl kaum ein Dorf, kaum eine Stadt in Deutschland gibt, in der jetzt nicht diese sogenannten Selbstschutzorganisationen der Bourgeoisie ihre Verästelung gefunden haben, auch wir die verdammte Pflicht und Schuldigkeit haben, uns auf gleiche Weise zu rüsten. Und wenn wir auf diesem Gebiete bisher zwei Jahre lang nur Bruchstücke zustande gebracht haben, so habe ich jetzt die große Hoffnung, daß die jetzt gebildete Vereinigte Partei eine der stärksten und zuverlässigsten Selbstschutzorganisationen des deutschen Proletariats werden kann. (Bravo!)

Genossinnen und Genossen! Wir haben unseren Kampf auf die ganze Mannigfaltigkeit der wirtschaftlichen, politischen und der sozialen Ereignisse eingestellt. Wir haben — das liegt im Wesen unserer marxistischen Erkenntnis — kein Allheilmittel zur Heilung der Nöte unserer Zeit, nicht ein einziges Mittel um das Proletariat im Sturmmarsch zu seinem Siege zu führen. Wir müssen auf vielen Kriegsschauplätzen des Klassenkampfes kämpfen. Es ist notwendig, daß wir die parlamentarische Tätigkeit unserer Partei nach ganz anderen Gesichtspunkten orientieren, als das bisher in den sozialistischen Parteien der Fall gewesen ist. Es muß ein viel engerer Zusammenhang zwischen Parlamentsfraktion und Parteikörper hergestellt werden, es muß ein viel engeres Hand-in-Hand-arbeiten von parlamentarischer Aktion und von Massenaktion draußen durchgeführt werden. (Sehr richtig!) Ich hoffe, daß bei dem Punkt Arbeitslosigkeit gerade auf diese Notwendigkeit der Verbindung von parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktionen noch ganz besonders nachdrücklich hingewiesen wird. Genosse Levi hat schon darauf hingewiesen, wie sehr leicht es ist, die parlamentarischen Aktionen mit einer Handbewegung abzutun. Solche parlamentarischen Aktionen — das zeigt die Revolutionsgeschichte an vielen Beispielen — lösen große Aktionen außerhalb des Parlaments sehr oft erst aus. Wir betrachten allerdings im Gegensatz zur Sozialdemokratischen Partei und zur rechtsunabhängigen Partei diese parlamentarische Arbeit nicht als das Wichtigste, sondern wir wollen diese

parlamentarischen Aktionen in Zusammenhang mit den großen Bewegungen außerhalb des Parlaments in lebendige Wechselwirkung bringen.

Wir haben dann auch mit einem Machtfaktor zu rechnen, der zurzeit in der proletarischen Welt eine gewaltige Bedeutung hat. Das ist die gewerkschaftliche Organisation.

Eine der großen Lügen, die über den Kommunismus und über uns als Kommunisten verbreitet werden und die trotz aller Widerlegung morgen wieder in Tausenden von deutschen Zeitungen stehen wird, ist die, daß die Kommunistische Partei die Gewerkschaften zersplittern und vernichten wolle. Diese Lüge wird nicht tot zu kriegen sein, denn von dieser Lüge leben diejenigen, denen an diesem Kampf gegen uns gelegen ist. Wir müssen uns damit abfinden. Mögen die Herrschaften lügen, daß sich die Balken biegen, wir wissen, daß es nicht wahr ist, sondern daß wir von Anfang an für die Erhaltung der Gewerkschaften eingetreten sind, und daß wir erst recht jetzt für die Gewerkschaften an sich mit aller Energie kämpfen werden. Denn in den Gewerkschaften finden sich Proletariermassen zusammen, die nicht nach den Mitgliedsbüchern der Parteien gerichtet sind, sondern die zusammenkommen unter dem Drucke der gleichen ökonomischen Notlage, in der sie sich befinden, mit den gleichen ökonomischen Forderungen und Wünschen. Und da wir wissen, daß die alten Traditionen der kapitalistischen Wirtschaft, die alten Traditionen der Staatsfinanzweisheit, die alten Traditionen des gewerkschaftlichen Kampfes in dieser Zeit versagen, so haben wir jetzt trotz allen Hasses der Gewerkschaftsbureaukratie und trotz aller ihrer Versäumnisse diese Gewerkschaften, diese proletarischen Gebilde für die Erfordernisse der neuen proletarischen Kampfperiode umzustellen. Hier kommt es vor allem darauf an, was die Kommunisten künftig in ihren Gewerkschaften, in ihren Ortsvereinen, in ihren Zentralleitungen der Gewerkschaften an geistigen Gedanken hineinstellen. Es kommt darauf an, daß wir unsere Parteimitglieder nicht bloß dahinvegetieren lassen im Metallarbeiter-, im Schuhmacherverband usw., sondern daß wir unsere Partei so ausbauen und ausgestalten, daß jeder Genosse, welcher Gewerkschaft er auch immer angehören mag, weiß, wie er in einem gegebenen Moment zu einer bestimmten Frage Stellung zu nehmen und was er in seiner Gewerkschaft zu tun und zu lassen hat. (Sehr richtig!) Das ist auch eine Riesenarbeit, die geleistet werden muß. Denn es braucht kaum betont zu werden, daß die Phase vorüber ist, in der die Gewerkschaften ihre Aufgabe erblicken mußten im Streit um Lohnpfennige mit dem Unternehmertum und um Herabsetzung der Arbeitszeit. Jetzt müssen sich die Gewerkschaften einstellen auf die Notwendigkeiten einer sozialistischen Produktion, Notwendigkeiten, die mit jedem Tag für uns brennender werden. Dazu ist nötig, daß dieser ganze alte, starre Aufbau der Berufsgenossenschaft zerstört und umgewandelt werden muß in den Industrieverband. Dazu ist notwendig, daß der Kampf geführt wird auch um die Heranziehung der Kopfarbeiter. Ich halte es für meinen Teil für eines der größten Verbrechen an der künftigen Entwicklung der sozialistischen Produktion, daß man die Angestellten systematisch mit einer chinesischen Mauer umgibt, um sie von den proletarischen Massen der Handarbeiter fernzuhalten, weil selbstverständlich für den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft auch in ihren ersten Stadien die Zusammenarbeit von Hand- und Kopfarbeitern notwendig ist. Wir kennen die Gründe, warum die alte Gewerkschaftsbureaukratie in den Gewerkschaften, in den Angestelltenverbänden sich mit Händen und Füßen gegen diese Forderungen

stemmt. Sie stehen politisch noch im Zeichen der Demokratie und glauben auf Grund dieser politischen Ueberzeugung, daß der Kapitalismus noch lebensfähig sei. Darum sind sie die Arbeitsgemeinschaftsbündnisse eingegangen. Sie müssen ganz selbstverständlich mit der ganzen verbissenen Wut des Bureaukraten sich den Gewalten entgegenstemmen, die die neue Zeit ist die Gewerkschaftsatmosphäre hineintragen wollen. All das müssen wir in Angriff nehmen Aber dazu werden wir nur in der Lage sein mit einer großen, geschulten, straffen, einheitlichen, denkenden und wollenden Partei.

Parteigenossinnen und -Genossen! Der Kapitalismus macht krampfhafte Versuche, sich noch eine Galgenfrist zu sichern. Ein Teil dieser kapitalistischen Welt kokettiert mit dem sogenannten Sozialisierungsgedanken. Sie machen Pläne und Entwürfe; Sozialisten helfen ihnen dabei, wobei sie zwar dem Massenwunsch und dem Massenwillen nach Sozialismus gewisse Konzessionen machen, wobei aber die kapitalistischen Interessen doch noch ganz stark gewahrt bleiben. Es gibt aber auch noch andere Methoden, mit denen der Kapitalismus sich lebensfähig zu halten sucht, Methoden, denen wir unsere Beachtung nicht versagen dürfen.

Man hat jetzt neben dem Worte Sozialisierung das Schlagwort Stinnesierung geprägt, eine Erscheinung im neuen kapitalistischen Wirtschaftsleben, die sicherlich unsere Beachtung verdient, deren Wesen wir auch unseren Genossen und Mitgliedern klarzumachen haben, damit sie auch in dieser Beziehung draußen aufklärend wirken können. Es ist eine der beachtenswertesten Machenschaften der kapitalistischen Welt, daß sie heute weit mehr denn jemals das Proletariat zu korrumpieren gedenkt. Es ist nicht von ungefähr, daß mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaften und ähnlichen Gebilden sogar bestimmte Arbeiterkategorien besonders begünstigt werden. Es ist nicht von ungefähr, daß ein Herr Stresemann jetzt die an sich nicht neue Theorie von der Kleinaktie für den Arbeiter aufbringt — alles Tendenzen, die darauf hinauslaufen, das Proletariat in seiner Einheitlichkeit und Entschlossenheit zu zersprengen und eine Arbeiteraristokratie zu schaffen mit Hilfe des Unternehmertums, damit dann die großen proletarischen notleidenden Massen niedergehalten werden können. Und wir sagen es frei und offen: auch die Proletarier sind keine Engel, sondern wir wissen, daß die egoistisch-habgierigen Tendenzen, die der Kapitalismus in Generationen von Proletariern großgezogen hat, auch heute noch lebendig sind. Wir wissen aber, daß diese Tendenzen gehemmt werden können durch eine Arbeit von Klassenkämpfern von klassenbewußten Sozialisten und Kommunisten, und daß wir gerade mit Rücksicht auf die Stinnesierungsbestrebungen der Arbeiterschaft sagen müssen, daß für sie als Klasse, aber auch für diejenigen, die eine zeitlang mit Kleinaktien und Lohnerhöhungen bestochen werden, daraus eine dauernde Besserung der Lebenshaltung nicht entspringen kann.

Was will die Stinnesierung? Sie will in großem Maßstabe das fortsetzen, was früher und auch jetzt noch die Kartelle und Trusts durchgeführt haben; sie will die Zusammenballung des Industriekapitals in Gestalt von Unternehmungen der verschiedensten Art; sie will vor allen Dingen aber die Zusammenfassungen der Unternehmungen, in denen die Rohstoffe, Kohle und Eisen, hergestellt werden; sie will die Zusammenballung dieser Produktionsmittel und der Kapitalskräfte, die diese Produktionsmittel repräsentieren in der Hand einiger Weniger. Und man begnügt sich nicht damit, hier eine Zeche und dort eine Zeche, hier einen Hochofen und dort

einen Hochofen, hier ein Hüttenwerk und dort ein Hüttenwerk zusammenzulegen, nein, man geht weiter: man kauft noch weiter die Unternehmungen, in denen die Fertigwaren aus den Rohstoffen hergestellt werden; man geht weiter und kauft die Zeitungen in Massen, um der großen Bevölkerungsmasse die wirtschaftliche Verklavung zu verschleiern. Und man geht weiter und kauft sich Gelehrte, Journalisten, Dichter und wer weiß was alles um diesen neuen Bestrebungen des heutigen Kapitalismus Vorschub zu leisten. Auf die Dauer wird auch das nichts helfen. Denn diese Stinnesierung ist natürlich verbunden, wenn sie kapitalistisch überhaupt wirksam sein soll, mit einer starken Konzentration des Produktionsprozesses selbst, mit einer intensiven Ausnutzung der Produktionsmittel, der Maschinen usw. und mit der denkbar größten Ersparnis an menschlichen Arbeitskräften. Diese stinnesierten Werke werden keine Versorgungsanstalten für Erwerbslose werden, sondern sie werden deren Zahl noch erheblich vergrößern. Daher wird das Elend der Proletariermassen durch solche große neukapitalistischen Projekte noch weiter verschärft werden. Daher wird, was Genosse Levi geschildert hat, der Käuferstreik immer größer werden. Daher wird in weiterer Wechselwirkung alles, was zur Lebenshaltung gehört, durch diese planmäßige, von einer Zentrale ausgehende Verteuerung der Rohstoffe nicht billiger und selbstverständlich auch die Lebenshaltung der Arbeiterschichten nicht besser werden, die durch die Stinnesierung und andere Maßnahmen eine verhältnismäßige Erhöhung ihres Lohnes bekommen. Es sind also, soweit das Proletariat in Betracht kommt, nur Scheinwerte, die herausspringen. Durch diese Machtbestrebungen des Kapitalismus, wie sie sich in dem Begriffe Stinnesierung dartun, wird das Proletariat erst recht in eine soziale Notlage herabgedrückt werden.

Genossinnen und Genossen! Wir wissen, daß in den Gruben und Hochöfen Rheinland-Westfalens Arbeiter beschäftigt sind, denen das nicht klar ist, die da glauben, die soziale Frage sei gelöst für sie, wenn auf Grund von Abmachungen ihre Lohnhöhe etwas gehoben würde. Da ist es Aufgabe unserer kommunistischen Mitglieder, die dort arbeiten, nun ihrerseits Aufklärungsarbeit zu leisten und auf die schweren Gefahren hinzuweisen, die in solchen kapitalistischen Neuerscheinungen liegen.

So zeigt sich, Genossinnen und Genossen, wohin wir blicken, eine solche Fülle von Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitsnotwendigkeiten für unsere neue Kommunistische Partei, daß wir alle Hände voll zu tun haben, um nur den elementarsten Forderungen gerecht zu werden. Aber all das, was ich jetzt geschildert habe, geht von der Voraussetzung aus, daß uns die Organisations- und Aufklärungsarbeit in einem relativ ruhigen Verlauf der kommenden Zeiten auch möglich ist. Wir haben uns auf diese Möglichkeit eingestellt. Aber kein Mensch kann behaupten, daß uns diese Möglichkeit garantiert ist. Sondern wir müssen damit rechnen, daß gerade durch den Zusammenschluß die Mächte der Gegenrevolution jetzt erst recht ausholen, um uns nicht in die Höhe kommen zu lassen. Auch da ist es nach allen den blutigen Erfahrungen der letzten zwei Jahre ein großer Fortschritt, daß wir solchen Kämpfen nicht mehr als kleine und ungeklärte Partei gegenübertreten, sondern als große Massenpartei, mit einem Willen, mit einer Leitung über ganz Deutschland hin verbreitet. Was diese Möglichkeit des unmittelbaren Kampfes gegen jene Widerstände betrifft, so wird darüber noch manches zu sagen und noch viel mehr zu tun sein. Ich muß mir aber versagen, darauf noch weiter einzugehen.

Parteigenossinnen und -Genossen! Wir wissen, daß all das, was wir



hier besprechen, all das, was wir beschließen, Gegenstand der bösartigsten und gehässigsten Kritik sein wird nicht allein der bürgerlichen Welt, nicht allein der bürgerlichen Presse, sondern auch der Presse, die sich sozialistisch nennt. Wir wissen, daß aus Parteiegoismus diese Parteien kein gutes Haar an uns lassen werden. Wir wissen und müssen es vor allem als ehemalige U.S.P. in Kauf nehmen, daß, solange wir im Rahmen der alten U.S.P. waren, wir sehr brave und tüchtige Parteimitglieder waren, daß wir aber jetzt, wo wir zum Kommunismus uns bekannt und durchgerungen haben und so den Weg, den uns die Entwicklung vorzeigte, konsequent weitergegangen sind, Gelbe, Revolutionsphraseure und was weiß ich alles noch mehr, genannt werden. Mögen das die Herrschaften ruhig bis zur Bewußtlosigkeit niederschreiben. Wir werden deswegen doch unseren Weg weitergehen, denn unsere Partei geht mit der historischen Entwicklung, sie hat Mächte als Bundesgenossen, die kein Mensch mehr zwingen kann, sie hat als Bundesgenossen die sozialen Nöte, den ökonomischen Zerfall, Bundesgenossen, die in den Dienst zu stellen im Interesse des Proletariats, unsere Aufgabe als Vereinigte Kommunistische Partei sein wird und sein muß.

Kampf auf der ganzen Linie! Das wird das Los der neuen Partei sein. Ich stehe nicht an, was ich so oft gesagt habe, zu erklären, daß Sie als Delegierte und wir als Parteileitung — und darüber dürfen wir unsere Mitglieder gar nicht im Zweifel lassen — in dieser Vereinigten Kommunistischen Partei kein beschauliches Dasein und kein ruhiges und gefahrloses Leben führen werden. Wir haben zu sagen: Wer das nicht will, soll ruhig unsere Reihen verlassen! (Lebhafte Zustimmung.) Wir können nur anfangen mit einer Kämpferschar, von der wir wissen, daß sie weiß, worum der Kampf geht und welche Opfer gebracht werden müssen. Wir können aber nur kämpfen, wenn wir jetzt Mitglieder hinter uns haben, von denen man zu jeder Zeit die Gewißheit hat, daß sie mit einschwenken in die Kampffront, wenn sie irgendwo in Aktion gesetzt werden muß.

Für die Vereinigte Kommunistische Partei und für jedes Mitglied wird für die nächste Zeit das Wort gelten:

„Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erkämpfen muß!" (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Braß: Bevor wir die Diskussion eröffnen, teile ich Ihnen mit, daß von der Genossin Klara Zetkin folgende Resolutionen eingegangen sind:

Kundgebung gegen den weißen Schrecken in Ungarn.

In Horthy-Ungarn wütet der weiße Schrecken noch immer erbarmungslos gegen das Proletariat und seine Vorkämpfer. Seit fünf Monaten, länger als der heldenmütige Kampf der Räterepublik gedauert hat, sitzen die Schergen Horthy's über die Volkskommissare Räte-Ungarns zu Gericht. Sie treten ihr eigenes Recht und Gesetz mit Füßen, sie führen eine Gerichtskomödie auf, um zehn Verteidiger der proletarischen Revolution, zehn Kämpfer für die Diktatur des Proletariats dem Galgen zu überantworten. In wenigen Tagen wird das Urteil fallen.

Der Parteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei bekennt sich bei seinem ersten Zusammentritt zu den Märtyrern der proletarischen Sache in Ungarn und brandmarkt das bevorstehende Urteil, die neuen Schandtaten des Horthy's über die Volkskommissare Räte-Ungarns zu Gericht. Sie treten ihr eignes Recht und Gesetz mit Füßen, sie führen eine

Gerichtskomödie auf, um zehn Verteidiger der proletarischen Revolution, zehn Kämpfer für die Diktatur des Proletariats dem Galgen zu überantworten. In wenigen Tagen wird das Urteil fallen.

Der Parteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei bekennt sich bei seinem ersten Zusammentritt zu den Märtyrern der proletarischen Sache in Ungarn und brandmarkt das bevorstehende Urteil, die neuen Schandtaten des Horthy-Regiments in der festen Ueberzeugung, daß dieses Urteil, daß die Herrrschaft des weißen Schreckens sich als ohnmächtig erweisen werden, die Befreiung des Proletariats in Ungarn, das Erstehen einer neuen ungarischen Räterepublik zu vereiteln.

Solidaritätskundgebung für Räterußland.

Der Parteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei, der Willensausdruck aller revolutionären Elemente Deutschlands, die mit der Dritten Internationale kämpfen wollen, begrüßt bei seinem Zusammentritt die revolutionären Proletarier aller Länder, insbesondere aber die heldenmütigen Arbeiter- und Bauernmassen Räterußlands, die unter Führung der Kommunistischen Partei den Kapitalismus durch die Diktatur niederzwingen und ungeschreckt durch ungeheure Schwierigkeiten und Opfer den Aufbau der kommunistischen Ordnung in Angriff genommen haben. Er beglückwünscht die russische Räterepublik und ihre Rote Armee zu dem gewaltigen Sieg über das letzte Bollwerk der Gegenrevolution in Rußland, die Wrangelarmee. Der Sieg Räterußlands über Wrangel bedeutet gleichzeitig seinen Sieg über das weiße Polen, den Soldknecht der verbündeten Ententeimperialisten und damit über diese Imperialisten selbst.

Der Parteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands bekennt seine aktive Solidarität mit der russischen Revolution. Er gelobt, mit allen Mitteln Sowjetrußland, den Vorkämpfer der Internationale der Tat, zu unterstützen in der Erkenntnis, daß der Sieg der russischen Revolution in Deutschland vollendet werden muß, daß das Schicksal der Weltrevolution auf das engste mit diesem Sieg verknüpft ist.

Zur Begründung der beiden Resolutionen hat das Wort Genossin Zetkin.

Klara Zetkin: Genossinnen und Genossen! Die Resolutionen, meine ich, begründen sich selbst. Ich möchte dennoch Ihre Aufmerksamkeit auf einige Punkte lenken.

Was die Resolution für Ungarn anbetrifft, so auf dieses: wir werden das kommende Urteil gegen die ungarischen Volkskommissare nicht auffassen als einen Richterspruch politischer Gegner, sondern als einen Racheakt von Banditen gegen die, die ihnen einen Augenblick ihren Raub entrissen haben.

Weiter wollen wir hier zum Ausdruck bringen, daß für uns das Schicksal der Revolution in Ungarn nicht mit dem augenblicklichen Triumph des weißen Terrors besiegelt ist. Gewiß, wir fühlen mit denen, die als Vorkämpfer von Räte-Ungarn als Geächtete über die Welt gehetzt werden. Wir fühlen mit all den Tausenden, die hinter Kerkermauern schmachten. Unser Herz ist mit denen, die unter Qualen den Märtyrertod erleiden. Aber wir wissen das Eine: Die Revolution ist auch in Ungarn unsterblich; sie lebt weiter in der Empfindung, in dem Bewußtsein und in dem Willen der ausgebeuteten Massen, den Kapitalismus zu überwinden und den Kommunismus aufzurichten. Und mit unserer Brandmarkung des Urteils, das da kommen wird, verbinden wir den Ausdruck unserer festen Ueberzeugung an den kommenden Sieg des Proletariats auch in Ungarn.

Was die Resolution anbetrifft, die unsere Sympathie des Weltproletariats und namentlich mit seinem kühnsten und opferwilligsten Vorkämpfer, mit Räterußland, zum Ausdruck bringt, so möchte ich eine kleine praktische Anregung geben. Nämlich, daß wir den Ausdruck unserer Solidarität wirksam werden lassen, indem dieser Parteitag eine Sammlung für die in Deutschland internierten Rotgardisten beschließt. (Bravo!) Vor allen Dingen möchte ich die Gelegenheit benützen, statt eine überflüssige Begründung zu geben, mich eines Auftrags zu entledigen. Sie wissen, daß ich in Rußland war. Ich habe mit Hunderttausenden und unter Hunderttausenden von russischen Proletariern gestanden Nicht nur bei politischen Manifestationen, sondern auch dort, wo die Proletarier arbeiteten, auch unter den parteilosen Arbeitern und Arbeiterinnen, auf Sowjetkongressen der Bauern usw. Und ich kann es hier aussprechen: Ich bin nirgend und niemals mit russischen Proletariern in Berührung gekommen, bis zu den Kindern in den Schulen und Fürsorgeheimen, wo mir nicht aufgetragen worden ist: Genossin Zetkin, überbringen Sie den deutschen Proletariern unsere herzlichsten Grüße. Sagen Sie ihnen, daß wir bis zur letzten Fiber mit ihnen empfinden. Ueberall wurde es ausgesprochen: Gewiß, wir leiden, wir leiden hart, wir haben blutige Opfer gebracht, wir müssen noch weiter ungeheure Opfer bringen. Das alles ist aber nicht Schuld der proletarischen Revolution, des Systems, nicht Schuld der Neuordnung, sondern die Schuld der internationalen Imperialisten wie der Gegenrevolutionäre im Lande, der offenen und verkappten der Menschewiki und Sozialrevolutionäre. Sie alle legen Hindernisse der Auswirkung und Verwirklichung des kommunistischen Systems in den Weg. Wir tragen deshalb die Leiden freudig, nicht nur in dem Bewußtsein, daß sie geschichtlich unvermeidlich sind, um unser eigenes teures Sowjetrußland zu behaupten, nein, wir opfern und leiden bewußt mit dem Willen, auszuhalten und durchzuhalten, damit die Proletarier der ganzen Welt an unserem Beispiel lernen, den Kapitalismus zum Teufel zu jagen und den Kommunismus aufzurichten. Ein aktiver Wille zum Sieg kommt überall in den politisch lebendigen Teilen des Proletariats zum Ausdruck.

Genossinnen und Genossen! Ich schäme mich nicht, Ihnen hier einzugestehen, daß ich angesichts dieses revolutionären Massenwillens die Empfindung hatte: Ziehe deine Schuhe aus; der Boden, da du stehst, ist heiliger, ist revolutionärer Boden.

Und noch eine andere Empfindung überwältigte mich. Angesichts der Opfer, angesichts der Entschlossenheit des russischen Proletariats, mit zusammengebissenen Zähnen den Willen zum Kampf und Sieg festzuhalten, habe ich mich geschämt. Geschämt, wenn ich einander gegenüberstellte die zu gigantischer Größe und geradezu religiöser Inbrunst gesteigerte Ueberzeugung und Praxis internationaler Solidarität der russischen Proletarier und dem Mangel an aktiver Internationalität der Arbeitermasse nicht bloß in Deutschland, sondern in ganz Westeuropa. Die Zeichen des neuen gewaltigen geschichtlichen Lebens in Rußland geben mir die Empfindung Huttens in seiner Beichte:

> Mich reut, daß ich in meine Fehden trat
> Mit schärfren Streichen nicht und kühnrer Tat,
> Mich reut die Stunde, die nicht Harnisch trug,
> Mich reut der Tag, der keine Wunde schlug.
> Mich reut — ich streu mir Aschen auf das Haupt,
> Daß ich nicht fester noch an Sieg geglaubt.



Ich möchte, daß diese Empfindung, den die mit ihr verbundene Erkenntnis und der noch aktionäre Wille zum Eidschwur eines jeden deutschen klassenbewußten Proletariers und jeder Proletarierin würde. Es genügt nicht, daß wir unsere Bewunderung und Dankbarkeit für Sowjetrußland durch Sympathiekundgebungen zum Ausdruck bringen. Wir müssen entschlossen sein, aktiv für Rußland zu handeln. Und das Wichtigste, was wir zu diesem Zweck zu tun haben, ist, die Revolution in Deutschland selbst weiterzutreiben. Das russische Proletariat hat seine Pflicht in großzügigster, in verschwenderischer Weise getan. Es tut seine Pflicht weiter. Tun wir die unsere, und koste es unser Leben! (Stürmischer Beifall.)

Ernst Meyer-Berlin: Aus den Ausführungen der Genossen Levi und Däumig geht hervor, daß die V.K.P.D. willens ist, den Weg der Tat zu beschreiten. Unser Vereinigungsparteitag soll ein Parteitag sein, der den Weg der Tat zeigt, den die V.K.P.D. beschreiten will. Die V.K.P.D. beginnt ihre Arbeit in einem Moment, wo die Situation zu solcher Tat drängt. Darüber hinaus gibt die zahlenmäßige Stärke, diee Vereinigung der bisher getrennten kommunistischen Flügel, den Kommunisten in Deutschland das psychologische Bewußtsein der Stärke. Sie von der U.S.P., wir von der K.P.D. haben oft in Momenten gezögert, wo wir vorwärts schreiten sollten. Sie waren gelähmt durch Ihren rechten Flügel, wir von der K.P.D. waren gehemmt durch das Bewußtsein unserer zahlenmäßigen Schwäche, so daß wir nicht das unmittelbar in die Tat umsetzen konnten, was wir wollten. Diese Hemmnisse sind geschwunden.

Nicht allein der Zusammenschluß ist das Entscheidende; sondern die Lebensfähigkeit, die Notwendigkeit der Vereinigten Kommunistischen Partei wird sich zeigen, wenn die revolutionären Aktionen in Deutschland nicht stille stehen, sondern wenn sie voranschreiten und zunehmen. Wir alle kennen den Feind, gegen den wir zu kämpfen haben: den Kapitalismus. Aber es genügt nicht, diesen Feind im allgemeinen zu kennen, sondern es muß auch gezeigt werden, wo wir den Hebel anzusetzen haben, wo die schwächste Stelle des Feindes ist, gegen den wir kämpfen. Wir müssen unseren Hebel im Augenblick in Deutschland ansetzen gegen das Kabinett Fehrenbach, das den Ausschuß des deutschen Kapitalismus und der deutschen Bourgeoisie darstellt. Wir alle wissen, daß die Orgesch, die Militärs, die Zeitfreiwilligenformationen, die Stinnesleute letzten Endes die politische und wirtschaftliche Macht Deutschlands repräsentieren. Aber sie haben sich ein Feigenblatt geschaffen. Das müssen wir ihnen herunterreißen. Deshalb müssen wir in unserem Tageskampf gegen dieses Kabinett Fehrenbach, das mitschuldig ist, gegen dieses parlamentarische Kabinett vorgehen, das auch dem Blindesten in Deutschland zeigt, daß eine bürgerliche Demokratie nicht tauglich ist zur Verwirklichung der Interessen der arbeitenden Klassen. Und diejenigen Arbeiter, die noch in den Reihen der Rechtssozialisten, in den Reihen der Rechtsunabhängigen stehen, werden noch deutlicher als bisher einsehen, daß diese bürgerliche Demokratie nichts anderes ist, als eine Verkleidung der nackten kapitalistischen Machtinteressen, der Reaktion und der Gegenrevolution. Das Streikgesetz, das uns in der Woche des Elektrizitätsstreikes von dieser Regierung beschert wurde, zeigt, daß in Momenten, wo die Gegenrevolution noch mehr von der Regierung verlangt, die Regierung immer wieder nachgibt und zur offenen Bekämpfung der Arbeiterschaft übergeht. Wir müssen dafür sorgen, daß, gerade um die bürgerlichen und die parlamentarischen Illusionen in den Kreisen der Rechtssozialisten und Rechtsunabhängigen zu zerstören, der

wahre Charakter dieser Regierung noch mehr enthüllt wird. Dazu gehört auch — und das erwarten wir von der Zukunft —, daß unsere Parlamentsfraktionen im Reichstag wie im Landtag, wie in den Kommunen, schärfer als bisher den gegensätzlichen Charakter unserer Partei gegenüber den anderen Parteien und gegenüber der Regierung hervorheben. Das Beispiel, das Karl Liebknecht im Kriege als Parlamentsvertreter gegeben hat, muß maßgebend sein für die Tätigkeit unserer Fraktion. Und jetzt wird unsere Fraktion gestärkt sein einmal durch das Bewußtsein der zahlenmäßigen Stärke der Partei, die hinter ihr steht, und zweitens durch das Bewußtsein der Notwendigkeit und der Wichtigkeit der großen Idee, als deren Sprachrohr sie dient.

Genosse Levi hat auf die Bedeutung hingewiesen, die Sowjetrußland für die Weltrevolution hat. Die kapitalistischen Regierungen wissen sehr wohl die Bedeutung Rußlands als eines weltpolitischen Faktors einzuschätzen. Die kapitalistischen Regierungen machen immer wieder den Versuch, diesen Brandherd der Revolution zu ersticken. Deshalb müssen wir damit rechnen, daß vielleicht in nicht allzu ferner Zeit wiederum Offensivvorstöße gegen Sowjetrußland unternommen werden. Das, was berichtet worden ist über Kriegslieferungen Belgiens an Polen, über den Aufmarsch der geschlagenen Wrangeltruppen in Serbien, sind Symptome dafür, daß die kapitalistischen Regierungen trotz der Anknüpfung von wirtschaftlichen und teilweise von diplomatischen Beziehungen nur darauf warten, einen neuen Söldnerhaufen zusammenzuraffen, um den Kampf wiederum zu beginnen. Und das scheidet uns, die Kommunisten von den Rechtsunabhängigen, den Pazifisten und den Anhängern der Zweiten Internationale, daß wir in diesem Kampf keine Neutralität proklamieren, sondern Parteinahme fordern. Wenn die Kapitalisten gegen Sowjetrußland vorgehen, wollen sie zugleich die Revolution in anderen Ländern treffen. Genau so wie die Kapitalisten sich unterstützen, so ist es Pflicht der Arbeiterschaft, die kämpfenden Brüder, die Rotarmisten Rußlands aktiv zu unterstützen. Auch wenn der Charaketr dieses Defensivkrieges Rußlands gegen kapitalistische Staaten in eine militärische Offensive umschlägt, sind wir verpflichtet, diese aktive Unterstützung zu gewähren. Wenn Sie lesen, was der englische Arbeiterführer Thomas neulich in Newport gesagt hat, werden Sie finden, daß die Parolen des Pazifismus heute benutzt werden, um Sowjetrußland die Lebensmöglichkeit und die Bewegungsfreiheit zu rauben. Von den Kapitalisten, von Gegnern unserer Partei, selbst von Arbeiterparteien wird das Vorgehen Rußlands betrachtet als ein Versuch, auf dem Wege des Zwanges zu sowjetisieren. Davon ist keine Rede. Wenn Rote Armee siegreich fortschreitet, wenn im Anschluß an ihren siegreichen Vormarsch die sozialen Verhältnisse sich umgestalten, und die Position der Arbeiterschaft durch das Eindringen der Roten Armee günstiger wird, dann kann diese Aenderung nicht betrachtet werden als eine künstliche Umgestaltung der Verhältnisse dort. Ich möchte Sie weiter kurz daran erinnern, daß wir schon einmal in der Geschichte ähnliche Kriege gehabt haben: Die französischen Revolutionskriege, die in ihrer Bedeutung dem ungefähr gleichkommen, was vielleicht in der nächsten Zukunft geschehen kann.

In Rußland selbst ist man erfüllt von einem fast religiösen Glauben an die Internationale, und man erwartet dort nicht nur, daß die Arbeiter der Welt den russischen Genossen zu Hilfe kommen, sondern noch lebhafter ist der Wunsch und Wille, den Arbeitern in den übrigen Staaten, die ihre Bourgeoisie noch nicht gestürzt haben, zu Hilfe zu kommen. Wir können

gewiß sein, daß diese Hilfe uns nicht fehlen wird. Nur müssen wir selbst dafür sorgen, daß im eigenen Lande alle diese Kräfte herangezogen werden, die irgendwie für die revolutionäre Bewegung in Betracht kommen. Wir müssen nach wie vor versuchen, auf freundschaftlichem Wege uns mit der K.A.P.D. wie allen anderen Parteien zu verständigen, die gewillt sind, gegen den Kapitalismus zu kämpfen, die aber noch Methoden und Formen für diesen Kampf wählen, die wir auf Grund der Erfahrungen in Deutschland und in der Internationale nicht für zweckmäßig halten.

Wenn wir in den Gewerkschaften so arbeiten, wie es unsere Leitsätze fordern, wenn unsere Parlamentsfraktionen den Kampf führen, den wir für notwendig halten, wenn die ganze Partei nicht nur von Taten spricht, sondern geschlossen solche Aktionen führt, dann werden wir nicht nur zahlenmäßig wachsen, sondern dann werden wir alles um uns sammeln, was zur Revolution gehört. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Braß: An Stelle des vorgesehenen Aktionsprogramms soll auf Grund der Debatte zunächst ein Manifest ausgearbeitet und dem Parteitag zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Die Debatten sollen auch der gewählten Programmkommission als Material dienen, die ihren Programmentwurf den Genossen im Lande zur Prüfung unterbreiten wird.

Ein von **Mehlhose**-Berlin gestellter Antrag auf Schluß der Debatte wird vom Parteitag abgelehnt.

Klara Zetkin: Genossen und Genossinnen! Es ist wahrhaftig nicht die Faulheit der Parteileitung gewesen, weshalb Ihnen noch kein Programmentwurf vorgelegt worden ist. Auch nicht ihre Feigheit, sich um die auftauchenden Probleme herumzudrücken. Wie lagen die Dinge? Wenn ein Aktionsprogramm wissenschaftlich wohl begründet werden soll, kann es nicht binnen kurzer Zeit aus den Aermeln geschüttelt werden. Ein solches Programm ist ein Stück ernster wissenschaftlicher Arbeit. In diesem Augenblick hätte sie nicht mit der nötigen Ruhe und Sorgfalt geleistet werden können, denn alle Kräfte waren auf bestimmte praktische Aufgaben konzentriert. Trotzdem würden wir unsere Kraft bis auf das äußerste angespannt haben, um die Aufgaben zu lösen, wenn die dringende Notwendigkeit dazu gegeben gewesen wäre. (Sehr richtig!) Aber ich frage Euch: Haben wir denn nicht für unser Wirken die großen, grundsätzlichen und taktischen Richtlinien für unsere Partei, indem wir uns der Dritten Internationale angeschlossen haben? Wir stehen nicht als Leute da, die nicht wissen, was sie wollen und tun, und warum sie es wollen und tun. Darüber sind wir uns ganz klar. Es handelt sich darum, unsere grundsätzliche Erkenntnis und unsere taktischen Richtlinien auf die jeweilig auftauchenden konkreten Aufgaben einzustellen. Wir haben es in dieser Stunde für wichtiger erachtet, statt einen hieb- und stichfesten Entwurf zu einem Aktionsprogramm vorzulegen, die Aufmerksamkeit der breitesten Massen in Deutschland und im Ausland auf die Situation, auf den Charakter der neuen Partei, auf die aus den Lebensbedürfnissen der Massen hervorwachsenden Aufgaben zu lenken. Deshalb haben wir beschlossen, Euch vorzuschlagen, erstens einen Ausschuß mit der Ausarbeitung eines Programms zu beauftragen. Zweitens im Anschluß an unsere Debatte, die unzweifelhaft noch fruchtbare Anregungen bringen wird, ein Manifest zu beschließen, das aufklärend, sammelnd wirkt und den Willen zur Tat unter den breitesten proletarischen Massen erzeugt. Der Entwurf hierzu wird Euch in den nächsten Stunden oder spätestens morgen vorgelegt werden. Er ist abgeschlossen, muß aber noch durchgesehen und

gedruckt werden. Wir sehen Eurem Urteil und Eurer Entscheidung ruhig entgegen, wenn Ihr an die Sache herantretet, ohne Vorurteil und ohne den Wunsch, uns kleinlich am Zeuge zu flicken.

Böttcher-Stuttgart: Es ist hier von Erfahrungen gesprochen worden, die das deutsche und das internationale Proletariat in seiner revolutionären Entwickelung gesammelt hat. Es scheint mir aber nicht minder wichtig, darauf hinzuweisen, daß auch das Bürgertum aus den revolutionären Kämpfen sehr viel gelernt hat. Wenn wir von den revolutionären Erfahrungen der deutschen Bourgeoisie sprechen, dann müssen wir von der Konsolidierung der Konterrevolution in Deutschland sprechen. Der Eckpfeiler dieser Konterrevolution ist Süddeutschland. Darin liegt ja gerade die Erfahrung, die das Bürgertum in den revolutionären Kämpfen gemacht hat, daß es seine Angriffe nicht auf die stärkste Position des Proletariats ansetzt, das heißt, nicht auf die konzentrierten Industriezentren, sondern dort, wo das Proletariat relativ schwach ist. Diese Beobachtung machen wir im gesamten süddeutschen Gebiete, und wenn es jemals konsequente Antiparlamentarier gegeben hat, dann sind sie im Lager der Bourgeoisie zu finden. Die Kapp und Kahr haben hinter den Kulissen des Parlamentarismus eine Sonderregierung hergestellt, die eine zielklarere und festere Außenpolitik betreibt als das Kabinett Simons-Fehrenbach. Die konterrevolutionäre Außenpolitik der Bourgeoisie ist die eigentliche Außenpolitik Deutschlands überhaupt.

Diese konterrevolutionäreee Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie hat ebenfalls wieder ihren Sammelpunkt in München. Sowohl die deutsche Regierung als auch ausländische Regierungen haben in München ihre Gesandtschaften errichtet, und die Fäden vom Balkan und den konterrevolutionären Zentren in Budapest über Wien, über Tirol, gehen nach München und Stuttgart. Ich möchte auch die Aufmerksamkeit der neuen Vereinigten Kommunistischen Partei darauf lenken, wie ungeheuer wichtig es für uns ist, daß wir keinen Zentralismus der geistigen Kräfte in Berlin herbeiführen, daß wir nicht aus unseren Provinzen alle guten Kräfte herausnehmen. Auch dürfen wir nicht in unserem Organisationsentwurf und im Aufbau der Partei unsere Aufmerksamkeit allein auf das industrielle Gebiet richten, sondern auch auf die weiten Gebiete mit kleinbäuerlicher Landbevölkerung. Deshalb möchte ich bitten, daß die Vereinigte Kommunistische Partei nicht die Kräfte aus den vordersten Schützengräben zurücknimmt, um sie in Berlin im Großen Hauptquartier auf einen großen Haufen zu setzen, sondern daß sie im Gegenteil die Kräfte verteilt auf alle Landesteile. (Sehr richtig!)

Genossen, wie stehen wir augenblicklich in der politischen Situation? Wir haben nicht nur München als Zentrum der Konterrevolution, sondern als zweites Zentrum der Konterrevolution in Süddeutschland hat sich jetzt Stuttgart aufgetan. Wir haben hier im Verlauf der Revolution genau dasselbe zu verfolgen, was wir im internationalen Ausmaße verfolgt haben: die rechtssozialistischen Regierungen sind die Platzhalter der konterrevolutionären Regierungen gewesen. Die rechtssozialistischen Regierungen sind in Süddeutschland abgetreten und haben den bürgerlichen Regierungen Platz gemacht, und diese bürgerlichen Kabinette in den einzelnen Ländern arbeiten gegenwärtig energisch an der Auflösung, an der Zermürbung der proletarischen Front. Sie scheuen sich nicht, die Zeitungen zu verbieten und zu beschlagnahmen, sie scheuen sich nicht, gegen die Arbeiterschaft einen Feldzug von Prozessen und von Verfolgungen zu eröffnen.

Genossen! Ich möchte Sie dringend bitten, an diesen Dingen nicht achtlos vorüberzugehen: nicht uns in Süddeutschland sollt Ihr helfen, sondern Euch in den Industriegebieten sollt Ihr helfen.

Und deshalb, Parteigenossen, haben Sie Obacht auf die Konzentration der Orgesch, auf die Konzentration der Verkehrswehr, auf die Konzentration und Mobilmachung der Bauern und Studenten! Lassen Sie sich zur Warnung dienen das eine Beispiel: das Ruhrrevier und Mitteldeutschland sind zum größten Teil mit Hilfe süddeutscher Bauern und Studenten zermürbt worden, und am morgigen Tage findet in Württemberg wieder ein großes nationales Preisschießen der Einwohnerwehren statt. Mit der Waffe in der einen Hand und in der anderen Hand die Legislative des bürgerlichen Staates, marschiert die Konterrevolution, und ihr kann das Proletariat nur begegnen mit der Aktion. (Lebhafter Beifall.)

Ein von **Rosenberg**-Berlin gestellter Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Rück-Stuttgart: Ich glaube, es sind in unserer Partei genug strittige und ungeklärte Fragen, als daß wir in einem so kritischen Augenblick von vornherein auf die Diskussion verzichten können. Es genügt für eine große Partei nicht, auf die Dauer theoretisch und praktisch von der Hand in den Mund zu leben. Zurzeit ist ein Stadium, wo wir noch auf vielen Gebieten in den wichtigsten Fragen von der Hand in den Mund leben. Gerade seit den Arbeiten der Genossin Luxemburg über die Theorie des Imperialismus, Arbeiten, die leider den wenigsten Genossen noch bekannt sind und deren politische Auswirkung noch gar nicht ausgemünzt ist, ist einzig und allein vom Genossen Thalheimer ein Artikel in Nr. 5 der wissenschaftlichen Zeitschrift „Die Internationale" erschienen, der sehr wesentliche Anregungen zum Programm und zur Theorie des Kommunismus in Westeuropa enthält und auch zeigt, worauf es wesentlich ankommt: daß wir eben in Deutschland, in Westeuropa, noch vor ganz andere Probleme gestellt werden als unsere russischen Genossen. Daß uns deshalb die Thesen der Dritten Internationale als Programm nicht genügen können, ist doch ganz klar. Wir haben eine viel kompliziertere Wirtschaft, eine ganz andere aufgebaute Gesellschaft, die historisch anders geworden ist, die ideologisch anders zusammengesetzt ist; wir haben ein ganz anderes Kleinbürger- und Bauerntum. Die Klassenschichtung ist in Mittel- und Westeuropa eine ganz andere als in Rußland.

Selbstverständlich: die großen Linien der Entwicklung sind klar und sind dieselben. Aber es kommt darauf an, nicht nur die großen Linien zu zeichnen, sondern auch das, was nun zwischen diese Linien hineingehört.

Gewissermaßen der kategorische Imperativ des Klassenkampfes ist ja: du sollst, wenn du mußt. Zwischen diesem „soll" und „muß" ist nun leider die theoretische Verbindung heute nur sehr ungenügend vorhanden. Genosse Levi hat heute ein Referat gehalten, das in sehr großen Linien die ganze Weltlage uns vor Augen gestellt hat. Dieses Referat ließ einen leeren Raum: das deutsche Glacis. Ich glaubte nun, daß es die Aufgabe des Genossen Däumig sei, diesen leeren Raum auszufüllen. Meiner Meinung nach ist dies nicht geschehen, sondern wir sehen die Linien der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Mittel- und Westeuropa heute auch nicht klarer, als wir sie vor den Referaten gesehen haben. Die wichtigste Frage der Revolution in Deutschland ist die der Mittelschichten, die Frage: wie können die Mittelschichten im agrarischen Lager und wie können auch die Mittelschichten, die eigentlich auf Seite des Proletariats gehören,

die aber heute noch bei der Bourgeoisie stehen, aufgelöst werden, wie können sie auf Seite der proletarischen Revolution kommen? Und da ist zu sagen: sie werden nur auf die Seite der proletarischen Revolution kommen, wenn diese Revolution zur Offensive übergeht, wenn diese Revolution zu einer aggressiven Politik übergeht.

Wir konnten es dieses Jahr im Juli spüren, wie gerade sowohl bei den Bauern zum Teil wie auch bei den Kleinhandwerkern und großen Proletarierschichten der russische Vormarsch eine Umschwenkung ihres ganzen Denkens herbeigeführt hat, und wir können erwarten, daß tatsächlich jede Aenderung der internationalen Lage diese Mittelschichten in erster Linie beeinflussen wird und diese Mittelschichten zuerst gerade für die soziale Revolution reif machen wird.

Deutschland ist heute Glacis, und es wird morgen vielleicht Kriegsschauplatz sein. Denn ich glaube, daß gerade nach der Niederlage Wrangels die Dinge wieder vielmehr nach Europa zurückschlagen werden, daß Frankreichs Politik viel mehr versuchen wird, Deutschland als Sturmbock gegen Rußland zu benutzen und auf deutschem Boden die große Schlacht gegen Rußland auszufechten. Da ist wieder die Frage: was sollen wir tun? Da müssen wir mit aller Kraft und aller Macht endlich übergehen zur Offensive, endlich übergehen zur Weiterführung der Revolution.

Wir sind uns alle darüber klar: die Partei muß aktiv werden. Ich glaube, es sind aber hier auch schon Fehler gemacht worden. So betrachte ich z. B. die Haltung der Kommunisten zur sächsischen Regierungsbildung als eine gewisse Verlegenheit, als einen Versuch, der meiner Meinung nach nicht dazu führen wird, die Proletarier kampfentschlossener zu machen. Ich war bei dem Kapp-Putsch dafür, daß die bekannte Erklärung von unserer Partei abgegeben wurde. Ich halte im Augenblick aber eine solche Erklärung in Sachsen für einen Fehler.

Ferner hat es mich sehr verwundert, daß der Elektrizitätsarbeiterstreik so sang- und klanglos vorübergegangen ist, daß tatsächlich in diesem Moment nicht irgendeine Aktion eingesetzt hat. Es ist wohl damals gesagt worden, der Generalstreik ist nicht mehr das Mittel, mit dem wir etwas durchsetzen können, er genügt nicht als Waffe. Genossen, wenn der Generalstreik nicht genügt, dann müssen wir weiter greifen, dann muß eben der Punkt eintreten, wo wir schließlich die Existenz der Partei und unsere Existenz aufs Spiel setzen müssen, wo wir den Arbeitern sagen müssen: versucht, Euch Waffen zu verschaffen, es gibt keine anderen Mittel mehr, wir haben keine andere Wahl mehr als überzugehen zu Kämpfen, die vielleicht zunächst eine Niederlage herbeiführen können, die aber auf jeden Fall die Zuspitzung und die Revolutionierung der ganzen Verhältnisse in Deutschland mit sich bringen müssen. (Lebhafter Beifall.)

Schoppe-Sondershausen: Ich halte mich verpflichtet, Ihre Aufmerksamkeit auf einen Teil derjenigen Proletarier zu lenken, der nach meiner Meinung bis jetzt in der Bewegung etwas stiefmütterlich behandelt worden ist: das sind die Beamten. Die Beamtenfrage ist ohne weiteres eine praktische Frage, und ich denke da in allererster Linie an das große Heer der unteren und mittleren Beamten bei der Post, Eisenbahn usw. Sie werden wissen, und auch die ganze Auffassung ist dahingehend richtig, daß diese Beamten bis jetzt uns vollständig indifferent gegenübergestanden haben. Wir haben es aber auch nicht verstanden, diese Leute für uns zu gewinnen, und auf der anderen Seite noch nicht einmal zur Neutralität zu zwingen. Deshalb ist es notwendig, daß wir bei den kommenden Aktionen



und Kämpfen ohne weiteres versuchen müssen, in das Heer der Beamtenschaft hineinzudringen. Es ist notwendig, daß wir auch diesen Proletariern sagen, daß sie zu uns gehören.

Ich selbst habe es immer als Beamter schmerzlich bedauert, daß z. B. in der alten sozialdemokratischen Partei und auch später in der U.S.P. diese Beamtenfrage nicht in der genügenden Schärfe beachtet wurde. Ich halte mich für verpflichtet, Ihnen zu sagen, daß Sie nicht etwa die Beamten abseits lassen dürfen. Es ist notwendig, daß wir unsere Aufmerksamkeit auf jene Schichten lenken. Unsere Aktionen, die doch einmal kommen, erfordern das. Wir wollen aus dem Vergangenen lernen. Deshalb würde ich es für richtig halten, wenn sich die Zentrale einmal eingehend mit der Sache beschäftigte, ob es nicht notwendig wäre, ein eigenes Sekretariat zu schaffen, welches sich nur mit den ganzen Beamtenfragen beschäftigen würde. Denn wir wissen alle, und ich weiß es aus Erfahrung, weil ich aktiver Beamter gewesen bin — leider bin ich eben durch meine politische Tätigkeit gemaßregelt —, aber ich weiß, daß ein großer Teil jener Leute ohne weiteres mit uns sympathisiert, wenn sie nur in der genügenden Form bearbeitet werden.

Deshalb, Genossinnen und Genossen, ersuche ich Sie nochmals, wenn Sie hinausgehen: lenken Sie Ihre Aufmerksamkeit auf jene Schichten des Proletariats. Denken Sie nicht etwa, daß, wenn einer einen bunten Rock anhat, er nicht zu uns gehört. Gerade das Gegenteil soll man tun, den Beamten über die siegreichen Ideen des Kommunismus aufklären. Ich bitte Sie nochmals, die Beamtenbewegung nicht aus dem Auge zu lassen.

Rau-Gleiwitz: Eine wichtige Position in der kommenden Endauseinandersetzung zwischen dem Proletariat und dem Kapitalismus in Deutschland wird die Arbeiterschaft in Oberschlesien sein, sie ist eine der aktivsten, die wir in Deutschland haben, wenn sie auch vielleicht eine der politisch und gewerkschaftlich am schlechtesten organisierte ist. Das kommt daher, weil die oberschlesische Arbeiterschaft unter einer Knute in der Vergangenheit gestanden hat wie keine andere in Deutschland.

Als die Sowjettruppen vor einigen Monaten nicht weit von Warschau standen, hat es in der oberschlesischen Arbeiterschaft gegärt und gekocht, und wenn die Sowjettruppen ein wenig weiter gekommen wären, dann kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß das oberschlesische Proletariat nicht mehr zu halten gewesen wäre, sondern daß es sich mit den russischen Rotgardisten solidarisch erklärt hätte. Rein instinktiv, impulsiv, aus sich heraus ist die Masse revolutionär, und wir sind bestrebt, diese impulsive Kraft zu organisieren, sie hereinzubringen in unseren Parteiapparat. Wir haben aber dabei ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden, und die größte Schwierigkeit, die augenblicklich zu überwinden ist, ist die nationalistische Verhetzung dieser Bevölkerung in Oberschlesien. In Oberschlesien rollt augenblicklich die polnische und die deutsche Mark in Hunderten von Millionen, und mit diesen Hunderten von Millionen nationalistischen Geldes wird die Bevölkerung Oberschlesiens korrumpiert bis aufs äußerste, soweit korrumpiert, daß man nicht vor Morden zurückschreckt.

Nun stehen wir vor der Frage des Plebiszits, eine Frage, zu der weder die U.S.P.D. eine klare Stellung eingenommen hat, noch zu der bis jetzt die K.P.D. eine klare Stellung eingenommen hat. (Widerspruch.) Wir sagen wohl: diese Abstimmung ist nichts weiter als ein nationalistischer Schwindel, eine nationalistische Benutzung und Ausbeutung der Massen

seitens der deutschen und polnischen Bourgeoisie. Das verstehen wir, darüber sind wir uns einig und klar.

Aber es gibt neben dieser rein prinzipiellen Frage eine taktische Frage, und diese taktische Frage ist für uns Oberschlesier von so ungeheurer Bedeutung, daß dieser Parteitag sich mit ihr befassen muß. (Sehr richtig!)

Die alte U.S.P.D. hat gesagt: Ueberlaßt den Massen die Entscheidung, macht ihnen nur klar, daß diese Abstimmung nichts anderes ist als ein nationalistischer Rummel. Das ist eine Parole, die uns nicht befriedigt.

Eine andere Parole ist die der Stimmenthaltung. Das ist jedenfalls die Parole, die der U.S.P.D. am nächsten ist und die vielleicht für den klassenbewußten Proletarier und durchgebildeten Sozialisten das allein Richtige ist. Aber taktisch ist sie falsch, weil man eine Parole nicht ausgeben darf, von der man vorher weiß, daß die Masse sie nicht befolgen wird. Und ich habe so viel Fühlung mit der oberschlesischen Arbeiterschaft, daß ich weiß, daß niemand dieser Parole folgen wird, mit Ausnahme derjenigen, die wir sowieso fest in der Hand haben. Also diese Parole wird ein Fiasko erleben, und auf dieses Fiasko dürfen wir es nicht ankommen lassen.

Dann haben wir noch eine Parole, indem wir den oberschlesischen Proletariern sagen können: stimmt für die Sowjetrepublik, und die scheint mir die einzig mögliche Parole zu sein.

Vorsitzender Braß: Genosse Rau, das ist eine Spezialfrage, die wir im Rahmen dieser Debatte nicht behandeln können.

Rau-Gleiwitz: Ich gebe ohne weiteres zu, daß das vielleicht ein Punkt ist, der nicht in den Rahmen dieser Debatte paßt; aber ich habe aus der Tagesordnung ersehen, daß kein anderer Punkt vorhanden ist, bei dem man über diese Frage sprechen kann. Wir müssen eine klare Stellungnahme dazu haben. Deswegen sage ich: Parteigenossen, befassen Sie sich mit dieser Frage, und wenn Sie auf dem Parteitag keinen Beschluß herbeiführen werden, so beauftragen Sie die Zentrale, daß sie in dieser oberschlesischen Frage klare Stellung nimmt, daß man der oberschlesischen Leitung der Partei die Kraft gibt, die sie notwendig hat, um durch diesen nationalistischen Schwindel hindurchzukommen und um eine feste Stütze der übrigen Arbeiterklasse Deutschlands zu sein. (Bravo.)

Vorsitzender Braß: Ich kann den oberschlesischen Genossen mitteilen, daß die Zentrale sich mit dieser Angelegenheit bereits befaßt hat und Ihnen ihre Entschlüsse bekanntgeben wird.

Schmidt-Friedberg: Aus dem Referat Levi möchte ich das eine herausschälen, daß er den internationalen Gedanken ganz in den Vordergrund gestellt hat. Dies allein genügt aber nicht nur, sondern wir müssen in den Herzen und Hirnen unserer Parteigenossen außer den Grenzpfählen auch die Rassengegensätze verschwinden lassen. Es ist nicht am Platze, daß wir auch noch deutsch, tschechisch, polnisch usw. fühlen, wir müssen nur international menschlich fühlen und denken können.

Bezüglich des Programms möchte ich Ihnen eins mit auf den Weg geben. Das, was wir heute und im Laufe der Tage beschließen wollen, muß aus der Größe der Aufgabe heraus geboren werden, die wir uns stellen. Das Aktionsprogramm muß uns klar den Weg des Kampfes zeigen, den wir zu gehen haben. An der Hand der Tatsache des konterrevolutionären Kampfes müssen wir unsere allernächsten Notwendigkeiten präzisieren. Wir müssen die proletarische Kampfesarmee der konterrevolutionären Kampfesarmee gegenüberstellen können.

Ueber eins habe ich mich gefreut: daß dieser Parteitag der Agrar-



frage eine hohe Bedeutung beimißt. Man hat sich in der Sozialdemokratie beider Richtungen immer davor gedrückt, in bezug auf die Agrarpolitik festumrissene Richtlinien aufzustellen. Deshalb bin ich froh, daß wir von nun an dem Kleinbauerntum klar sagen können, wie wir uns die Umstellung der Besitzverhältnisse an Grund und Boden denken. Unser Bauernprogramm ist eine positive Arbeit, geboren aus den Notwendigkeiten des sozialen Kampfes in der Erkenntnis, daß man nicht gegen die breite Schicht der kleinbäuerlichen Bevölkerung die soziale Revolution zum siegreichen Ende führen kann.

Ich bitte, daß alle Entschließungen des Parteitags von dem einen Gedanken getragen sind: das nächste — nicht das letzte — Ziel muß sein die politische und ökonomische Befreiung der arbeitenden Bevölkerung nicht nur in engen nationalen Grenzen, sondern in der ganzen Welt!

Stern-Halle: Bei der Festsetzung des Aktionsprogramms haben wir unser Augenmerk auf folgendes zu richten: Wodurch unterscheiden sich die Verhältnisse des Kampfes in Deutschland von den Verhältnissen des Kampfes, wie er in Rußland zu führen war?

Da ist meiner Ansicht nach zunächst einmal zu berücksichtigen, daß wir hier einen weitaus stärkeren Gegner vor uns haben, eine Kapitalistenklasse, die weitaus mächtiger, selbstbewußter ist und gewohnter zum Herrschen, daß wir ferner eine Kapitalistenklasse vor uns haben, die aus dem Umstand, daß in Rußland das Proletariat gesiegt hat, verstärkte Kraft gewonnen hat. Wie es Lenin einmal feststellte, ist es so, daß nach dem Sturze der Kapitalistenmacht die Kapitalistenklasse ihre Kraft verzehnfacht, und ähnliches gilt auch für unsere deutsche Kapitalistenklasse, die in Rußland gesehen hat, was ihr bevorsteht, und infolgedessen ihre Widerstandskraft erhöht.

Wir haben auch damit zu rechnen, daß uns in Deutschland die Hilfe der Kriegsmüdigkeit und des Landhungers breiter Massen fehlt. Aber wir dürfen diese stärkere Kraft unseres Gegners nicht in der Weise vor Augen haben, wie es die Hilferdinge tun, die daraus den Schluß ziehen, daß wir den Kampf nicht oder erst in ferner Zukunft wagen dürfen, und die notwendigsten Kampfmethoden als russisch ablehnen, sondern wir müssen dem entgegenhalten, daß wir dafür in Deutschland wieder eine Reihe von Umständen haben, die für uns viel günstiger sind, als es für die Proletarier in Rußland der Fall war. Das ist vor allem die Tatsache, daß, wenn hier die Kapitalistenklasse stärker ist, hier in noch viel höherem Maße die Arbeiterklasse viel mächtiger und stärker ist als in Rußland. Wenn wir hier nicht landsuchende Bauern in dem Ausmaße zur Hilfe haben, so spielt hier die Agrarbevölkerung gegenüber dem Industrieproletariat eine weitaus geringere Rolle. Und wenn wir hier damit rechnen müssen, daß die Kapitalistenklasse gewarnt ist durch die Vorgänge in Rußland, so haben wir andererseits die Tatsache zu berücksichtigen, daß wir nicht mehr, wie Rußland, als erste den Kampf zu führen haben, sondern daß, wenn in Deutschland die Revolution gesiegt hat, im Osten bereits ein siegreicher Bundesgenosse da ist, daß, wenn hier in Deutschland die Revolution gesiegt hat, der Weltkapitalismus ins Herz getroffen ist und erkennen muß, daß keine Aussicht mehr für ihn besteht. Und so sage ich: der kennzeichnende Unterschied zwischen dem Kampf hier und in Rußland ist der, daß hier der Kampf zwischen zwei viel gewaltigeren Gegnern ausgefochten wird, weshalb auch die Einleitung dieses Kampfes viel länger gedauert hat als in Rußland, daß aber hier dann auch der Sieg noch viel entscheidender sein



wird, als er in Rußland war, wo das Entscheidende eigentlich nur darin lag, daß dort der Anfang gemacht wurde. Hier wird die wirklich und wahrhaft entscheidende Schlacht geschlagen. Und wenn wir das im Auge behalten, Genossen, dann wissen wir auch, worauf es in erster Linie hier in Deutschland ankommt: Darauf, daß, weil hier die Schlacht viel entscheidender ist, zwischen zwei mächtigen Gegnern zu führen ist, hier vor allem die Vorbereitungen noch viel gründlicher getroffen werden müssen und wichtiger sind als in Rußland.

Das ist aber wiederum auch nicht so aufzufassen, wie es die Hilferdinge tun, die sagen: wir müssen erst schulen, wir müssen erst vorbereiten, und zu diesem Zwecke bremsen.

Als Marxisten haben wir zu erkennen, daß die Revolution mit Naturnotwendigkeit kommt und wir sie mit allen Mitteln beschleunigen müssen. Dazu haben wir hier in Deutschland noch viel intensiver und gründlicher an den Vorbereitungen für den Sieg der Revolution zu arbeiten, als es in Rußland notwendig war und geschehen ist. Dazu gehört vor allem, daß wir nicht nur die eine Vorbedingung erfüllen, die jetzt erfüllt wird, nämlich die große, geeinigte Kommunistische Partei zu schaffen, sondern wir müssen auch an die zweite Vorbedingung denken, die vielleicht noch wichtiger ist, an die Vorbedingung, daß diese große, geeignigte Kommunistische Partei in Berührung tritt mit den breiten Massen, die außerhalb der Partei stehen. (Sehr gut!) Diese Partei muß groß und mächtig sein, um führend vorangehen zu können; sie muß aber das Zutrauen breiter Massen haben, auf die wir nicht warten können, bis sie in die Partei hineinkommen, bis sie für die Partei reif werden, sondern die wir so führen müssen, wie sie sind, und bei denen es nur gilt, das Zutrauen der Partei zu diesen Massen zu gewinnen. Und diese Fühlung mit den Massen, diese Führung der Massen, bekommen wir nicht durch ein Aktionsprogramm, nicht durch irgendwelche Entschlüsse hier, sondern die wird nur im Kampf erzeugt werden durch die praktische Betätigung, in solchen Kämpfen, in denen die breiten Massen auftreten.

Da möchte ich vor einem Fehler warnen, von dem mir scheint, daß er in unserer Partei begangen wird. Wir starren wie hypnotisiert auf eine Parole, auf eine Formel, als ob der Kampf um die Produktionskontrolle der Kampf sein würde, in dem allein wir diese Berührung der Massen finden werden, der allein derjenige sein wird, der sich steigern wird zum letzten Kampf. Es ist möglich, daß es so ist, aber man kann in diesen Dingen nie voraus wissen; es kann irgendein ganz anderes Ereignis den Anstoß geben zum letzten Kampf, und wir dürfen unsere Aufmerksamkeit nicht nur auf die eine Parole gerichtet haben. Wohl müssen wir immer und überall den Arbeitern sagen, daß die Kontrolle der Produktion notwendig ist. Wir müssen die Ueberzeugung in ihnen steigern, was sie im Kampf zu leisten haben. Und wenn es uns gelingt, die Arbeiter wirklich zur Aktion zu bewegen, wenn sie aus dem wirtschaftlich Notwendigen zu dieser Aktion kommen, dann müssen wir diese Aktion steigern zum entscheidenden Kampf. Aber wir dürfen uns nicht gleichsam den Weg versperren, auch mit anderen Aktionen dasselbe zu erreichen. Wir müssen das Prinzip haben, überall dort, wo die Arbeiter zu irgendeinem Kampf kommen, dort müssen auch wir sein, dort müssen wir die aktivsten, führenden, tatkräftigsten Elemente sein. Dort müssen die Arbeiter die Ueberzeugung bekommen, daß wir am dringendsten und leidenschaftlichsten für ihre Interessen kämpfen. Dann werden sie an unsere Führung gewöhnt, dann wird



das Zutrauen zu unserer Partei in den Massen hervorgerufen, und dann, Genossen und Genossinnen, wird dieser Kontakt hergestellt zwischen der Partei und den Massen, der notwendig ist.

Das halte ich für das Wesentlichste im gegenwärtigen Augenblick. Die allgemeinen Richtlinien sind festgelegt. Wir müssen diese allgemeinen Richtlinien ins Leben treten lassen. Aber wir dürfen uns nicht damit begnügen, sie jetzt anzunehmen, sondern müssen daran denken, daß wir auch aus eigenem sehr viel hinzuzufügen haben. Wir müssen die besonderen deutschen Verhältnisse studieren, müssen unsere Taktik diesen besonderen Verhältnissen anpassen und müssen in dem Rahmen, der durch die allgemeinen Grundsätze gegeben ist, nach Richtlinien, wie sie den deutschen Verhältnissen entsprechen, unsere Kämpfe führen. (Bravo!)

Becker-Berlin: Für eine siegreiche Durchführung der Revolution sind außer den objektiven Voraussetzungen auch subjektive Voraussetzungen notwendig. Insbesondere zum wirklichen Siege der proletarischen Revolution notwendig der Wille der großen Masse des Proletariats, mindestens instinkt-, mindestens gefühlsmäßig, mindestens der Wille, sich opferbereit einzusetzen für die proletarische Diktatur. Und eine wichtige Voraussetzung dafür, daß uns dies gelingt, daß es uns gelingt, die Massen des deutschen Proletariats in ihrer Mehrheit dafür zu gewinnen, opferbereit die Revolution zu schlagen, schaffen wir dadurch, daß wir dabei sind, eine große, vereinigte, geschlossene kommunistische Partei zu bilden.

Dadurch ist zwar das Wort wahr geworden, daß wir eintreten in eine Etappe der deutschen Bewegung, in der es weniger darauf ankommen wird, Programme zu suchen, als darauf, zu handeln. Aber wenn man handeln will, muß man andererseits unbedingt wissen, wie man handeln will, in welchen politischen Linien man den Kampf aufnehmen will. Es genügt nicht allein, zu sagen: Programme sind überflüssig, die Tat genügt. Nein, Programm und Tat müssen heute eins sein. Da sehen wir heute zwei Hauptfragen vor uns stehen, auf die wir unsere politische Energie bei der Tätigkeit in den Massen konzentrieren müssen. Da ist einmal die Frage der aktiven Solidarität mit Räterußland und zweitens die Frage des Kampfes auf wirtschaftlichem Gebiete, für die Kontrolle der Produktion.

Zum Kampf Seite an Seite mit Räterußland zwingt uns die objektive weltpolitische Lage. Der Genosse Levi hat schon in großen Zügen gesagt, was zu sagen ist. Folgendes wäre noch hinzuzufügen:

Die Dinge liegen heute offenbar so, daß das Schicksal der proletarischen Revolution in Deutschland immer mehr gekettet wird an das Schicksal Räterußlands. Und so ist heute die Frgae der aktiven Solidarität mit Räterußland auch die Frage der deutschen proletarischen Revolution. Denn die Rüstungen der Konterrevolution im internationalen Maßstab, die Rüstungen der Konterrevolution in Deutschland zeigen uns klar, daß die nächste Schlacht zwischen Weltrevolution und Weltreaktion ein großer Entscheidungskampf sein wird. Und diese Entscheidung wird, je nachdem, wie sie ausfällt, nicht nur für Räterußland, nicht allein für das deutsche Proletariat, sondern für das Weltproletariat auf lange Zeit bestimmend sein.

Die Rüstungen der Konterrevolution zwingen uns, die Massen des deutschen Proletariats schon heute aufzurufen, angesichts der bevorstehenden Entscheidungsschlacht zwischen Weltrevolution und Weltreaktion, die Konterrevolution zu schwächen auf allen Gebieten, wo man an sie herankommen kann, um sie zu dezimieren, um sie schwach zu machen, um sie weniger aktionsfähig zu lassen für die große Entscheidungsschlacht, in der

offenbar die deutsche Konterrevolution eine wichtige Rolle spielen wird. Die Haltung der rechtssozialdemokratischen Partei in der Presse und im Parlament ist zwar heute so, daß sie großes Lamento schlagen über die Rüstungen der Konterrevolution. Wir wissen, daß diese Leute es waren, die den Boden geschaffen haben auf dem die Konterrevolution gewachsen ist. Aber was wichtiger ist, das ist, daß sie offenbar nur lamentieren, um hinter den Kulissen schieben zu können. In Bayern sucht man sogar eine Arbeitsgemeinschaft mit der Konterrevolution auch auf dem Gebiete der militärischen Rüstung zu schaffen.

Der bayerische sozialdemokratische Führer Auer schrieb dieser Tage in der „Münchener Post", daß eigentlich kein Mensch in Bayern daran zweifle, daß die Einwohnerwehr notwendig wäre. Es seien nur bestimmte Formen der jetzigen Organisation der Einwohnerwehr, die ihm nicht gefielen. Er lädt alle einsichtigen Leute ein, sich darüber mit ihm, das heißt mit der Sozialdemokratie, zu verständigen und dann auf gemeinsamer Basis zu arbeiten. Bayern ist das Zentrum der deutschen Konterrevolution, und es ist deshalb bedeutend, was solch ein Mann sagt.

Und, Genossen, die Rechtsunabhängigen lamentieren auch in der Presse. Sie lamentieren in der „Freiheit" und auch im Parlament. Aber sind sie es nicht, die bisher in der Praxis nicht das Geringste getan haben, um die proletarische Revolution vorwärts zu treiben? Sind sie es nicht gewesen, die den einzigen Weg nicht gegangen sind, der gegangen werden mußte, um die Reaktion zu vernichten, nämlich die proletarische Revolution zu fördern? Und da versagen sie heute nach wie vor. Wir haben im Gegensatz zu diesen Leuten dem deutschen Proletariat zu sagen: Gewiß, es ist Krieg notwendig, aber wenn Ihr den Frieden haben wollt, dann müßt Ihr den Krieg führen Seite an Seite mit den russischen Arbeitern und Bauern.

Und nun zur Frage des Kampfes auf wirtschaftlichem Gebiete. Zur Frage der Kontrolle der Produktion ist schon gesagt, daß man sie nicht so schematisch deuten darf. Da gilt es, anzuknüpfen an die unbedingt in jedem Arbeitergehirn schlummernden Gedanken über die Not und das Elend, anzuknüpfen an die Lohnbewegungen, an die konkreten gewerkschaftlichen Kämpfe und diese zu verbinden mit dem Kampf um die Kontrolle der Produktion. Es wird dabei zu Aussperrungen und Betriebsbesetzungen kommen; es wird sich dabei der wirkliche Kampf um die Kontrolle der Produktion entwickeln.

Heblich-Saarbrücken: Nach dem Versailler Friedensvertrag könnte man annehmen, daß wir aus dem S a a r g e b i e t zu Ihnen als Ausländer sprechen. Wir sprechen aber nicht zu Ihnen als Ausländer, sondern als Genossen, die mit ihrem ganzen Herzen und mit ihren ganzen Idealen auch bei Ihnen im übrigen Deutschland sind. (Bravo.) Ich überbringe Ihnen die Grüße von 8000 Mitgliedern der Vereinigten Kommunistischen Partei. Auch bei uns im Saargebiet geht es vorwärts, trotz der Reaktion und trotz des früheren Geistes Stumm und Hilger, die früher die Könige in Saarabien waren. Wir haben dort nur noch einige opportunistische Gewerkschaftssekretäre, die sich aus ihrem alten Stadium nicht herausfinden können. Der französische Militarismus herrscht bei uns im Saargebiet ebenso, wie früher der Militarismus aller Länder geherrscht hat.

Wir werden als freiorganisierte Arbeiter im Saargebiet und als überzeugte Sozialisten zu jeder Zeit gewillt sein, den Kampf mit allen Imperia-



listen aufzunehmen. Die 120 000 organisierten Arbeiter in einem Gebiet von 600 000 Einwohnern müssen an der Spitze marschieren, wenn der Ruf an uns ergeht, unseren Mann zu stehen.

Wir sind aber auch der Meinung, daß die Zentralleitung der Vereinigten Kommunistischen Partei sich unser mehr annimmt, wie das früher von der Zentralleitung der U.S.P. geschehen ist. Wir hoffen, daß uns jetzt nicht wiederum der Bescheid zuteil wird, wenn wir die Hilfe der Zentralleitung in Anspruch nehmen wollen, daß wir uns selbst helfen sollen. Wir hatten einen schweren Kampf zu führen bei Ausgabe einer Wochenzeitung, weil wir alle die Giftpfeile, die auf uns von seiten der bürgerlichen Zeitungen abgeschossen wurden, nicht parieren konnten. Wir waren deshalb gezwungen, mit der „sozialistischen Republik" in Köln in Verbindung zu treten, um für unsere Genossen im Saargebiet ein Propagandamittel zu finden. Wir werden nunmehr in der Lage sein, die kommunistischen Ideale mehr in die Köpfe der Arbeiterschaft hineinzubringen.

Wie im übrigen Deutschland und in der ganzen Welt, wollen wir auch dort ein einheitliches Ganzes bilden, denn gerade im Westen liegt der Schwerpunkt unserer organisatorischen Tätigkeit. Wenn wir die organisierte Arbeiterschaft zu revolutionären Kämpfern erziehen wollen, so müssen wir im Westen an der deutsch-französischen Grenze beginnen. Wenn heute der Ruf an alle proletarischen Genossen: „Kampf gegen die Reaktion!" ergeht, dann werden auch wir unseren Mann stehen. Wir kämpfen nicht nur für Deutschland und kämpfen nicht nur für Frankreich, sondern wir kämpfen für internationale Menschenrechte.

Weber-Pfalz: Genossen, wir müssen jetzt endlich dazu kommen, uns den Weg zu bahnen, den wir zu gehen haben, daß die Aktion in Gang kommt, daß man nicht immer propagieren muß: Ihr müßt an den Kommunismus glauben, dieweil nichts zur Vollendung getan wird. Wenn wir die Programmreden der beiden Führer gehört haben, so müssen wir sagen, daß sie nichts in sich geborgen haben, was man auf eine Aktion umdeuten könnte, wo man sagen könnte, die Massen können sich in Zukunft versprechen, daß die Kommunistische Partei zur Tat schreiten wird. Genossen, wenn dieser Parteitag nur von diesem Geist erfüllt ist, dann sind es Paradetage, wie es früher auch schon war, aber keine Kampftage, die dem Proletariat zeigen sollen, daß wir auf der Hut und imstande sind, in die Aktion einzutreten. Wir sollten uns immer so benehmen, als ob es gelte, morgen schon die politische Macht zu ergreifen. Dann erst können wir sagen, daß wir auf dem Laufenden sind. Deshalb unterstütze ich den Antrag Weferlingen, der dasselbe besagt, was ich ausgeführt habe. Was ist heute in der Arbeiterbewegung zu tun? Die Kontrolle der Produktion ist der erste Schritt zur Tat. Damit muß aber sofort angefangen werden. Nicht länger Erwägungen und Betrachtungen anstellen. Die Entwicklung der Revolution und der Arbeitermassen sollte Ihnen endlich einmal sagen, daß es genug des Redens ist, daß gehandelt werden muß.

Ein Antrag von Sievert-Chemnitz auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Referent **Levi-Berlin** (Schlußwort): In der Diskussion hat zunächst ein Genosse das Fehlen eines Programms damit bemängelt, daß offenbar bei den beiden Referenten nicht der genügende Hosenboden vorhanden gewesen sei. Wenn der Genosse sich einiges genauer überlegt hätte, hätte er die ganz außerordentlichen Schwierigkeiten gesehen, die sich einem Programm-

entwurf in diesem Augenblick entgegenstellen. Und dabei kommt zu dem Programmentwurf doch noch folgendes: Wir wollten ausdrücklich das vermeiden, was der Genosse wollte: heute vor einen Gründungsparteitag treten mit einem fertigen Programm, das dann bis auf wenige Sätze einfach gefressen werden muß von der Versammlung — es ist keine andere Möglichkeit —, sondern wir glauben, daß die Ausarbeitung des Programms einen wesentlichen Teil der gemeinschaftlichen geistigen Arbeit darstellen muß, die jetzt von den Parteigenossen geleistet werden muß. Ein Programm, d. h. ein auf die Dauer bestimmtes Aufzeigen aller Linien der politischen Entwicklung, aller Aufgaben, die die Partei nicht nur hat in der flüchtigen Stunde des heutigen Parteitages, sondern darüber hinaus auf Jahre vor der Ergreifung der Macht und nach der Ergreifung der Macht; alles in einem Programm, das ist eine ungeheure geistige Arbeit, von der wir sagen müssen: sie soll nicht erledigt werden in einer Kommission acht Tage vor dem Parteitag und dem Parteitag vorgelegt werden: „friß Vogel oder stirb!“, sondern sie muß von den Parteigenossen auf der breitesten demokratischen Basis, wenn ich so sagen darf, durchgearbeitet und durcherledigt werden.

Deswegen sind wir zu der Ueberzeugung gekommen, daß es in diesem Augenblick nicht angeht, weiterzugehen als ein Manifest herauszugeben, in dem für die Situation, in der wir uns jetzt befinden, die geschichtliche Entwicklung und die Linien unseres Kampfes aufgezeigt werden. Daß dieses Manifest Ihnen jetzt noch nicht gedruckt vorgelegt werden konnte, hängt mit technischen Schwierigkeiten zusammen und wird in Stunden behoben werden.

Nun die kritischen Bemerkungen, die zur Sache erhoben worden sind. Da ist zunächst der eine Genosse aus Oberschlesien, der nach langen und sehr kritischen Bemerkungen, bei denen ich häufig nicht wußte, zu welchem Schluß er kommen werde, zu dem Schluß gekommen ist, der sich im wesentlichen mit unserem Entschluß deckt. Wir werden in der Frage Oberschlesien es ablehnen, wie der Genosse einmal gesagt hat, die Parole auszugeben, mit der wir in der jetzigen Situation die meisten Stimmen fangen in Oberschlesien. Das ist für uns ein Gesichtspunkt, der völlig außer Betrachtung liegt, schon aus dem einen Grunde: was in Oberschlesien jetzt vor sich geht, das ist eine nationalistische Welle, eine nationalistische Hetze größtenteils von beiden Seiten. (Sehr richtig!) Und wir sagen: nach keinem Rausch ist der Katzenjammer so sicher wie nach dem nationalistischen Rausch, und noch nie hat sich die feste Vertretung eines prinzipiellen Standpunktes mehr gerechtfertigt, obgleich wir alle Stimmung gegen uns hatten, als beispielsweise am 4. August 1914, wo wir auch nicht frugen: welches sind die Parolen, die jetzt den Massen die angenehmsten sind. Wir traten auf unseren prinzipiellen Standpunkt, indem wir sagten: aus diesem Rausch wird der Tag der Erkenntnis kommen. Und so werden wir in Oberschlesien unseren prinzipiellen Standpunkt vertreten in der festen Ueberzeugung: mag die Entscheidung nationalistisch ausfallen hin oder her, es wird die Stunde der Einsicht für die proletarischen Massen kommen, die sich jetzt in den nationalistischen Netzen werden fangen lassen.

Also wir können die nationalistische Hetze nicht mitmachen, weder nach der einen noch nach der andern Seite. Wir können weder für das nationalistische Deutschland noch für das nationalistische Polen stimmen. Wir müssen es ablehnen, an dieser Wahl uns zu beteiligen, an dieser



Fragestellung. Die Frage ist nur: bleiben wir weg, oder finden wir eine Form, in der wir uns bewußt dieser nationalistischen Abstimmung entgegensetzen. Dabei waren auch wir der Meinung, daß wir unsern Protest gegen diese Fragestellung, ob das Deutschland des Ebert oder das Polen des Pilsudski, erheben müssen, und wir sind auch zu der Entscheidung gekommen, daß wir den Protest kleiden werden in die Form, daß wir den Kommunisten Oberschlesiens empfehlen zu stimmen für die Sowjetrepublik. (Sehr gut!)

Nun hat der Genosse Rück, den ich von alten Zeiten her als einen sehr tapferen Genossen kenne, heute einen Anfall gehabt (Heiterkeit) — ich kann es nicht anders sagen —; er ist außerordentlich scharf ins Zeug gegangen. Ich habe wohl gesehen, gegen was, aber leider nicht gesehen, für was. Zunächst hat er Stellung genommen gegen die Haltung der Zentrale in der Frage der sächsischen Regierung und merkwürdigerweise hat er erklärt, er habe die Haltung der deutschen Zentrale der Kommunistischen Partei in der Frage des Kapp-Putsches — das ist die bekannte Erklärung mit der loyalen Opposition — gebilligt, sei jetzt aber gegen die Erklärung in der sächsischen Frage. Nun sage ich: ich verstehe diesen Einwand nicht. Ich habe erstens meine Bedenken geäußert gegen diese loyale Opposition und habe zweitens immer gesagt: die entscheidende Frage ist in jener Situation gewesen: war die Aktion im Zeitpunkt der Abgabe der Erklärung noch im Steigen oder war sie bereits im Zusammenbrechen. Das ist eine Frage, die hier gar nicht in Debatte steht; denn momentan ist in Sachsen keine Aktion, der wir mit irgendeiner Parole zu Hilfe kommen wollten, sondern es ist eine Situation eingetreten, die voraussichtlich noch häufig eintreten wird, nämlich daß es von unserer Stimme abhängt, ob Mehrheitssozialisten und Unabhängige in die Regierung gehen oder nicht. Wir müssen zu dieser Situation ein für allemal Stellung nehmen, und wir sind zu der Meinung gekommen — und ich halte diese Meinung für absolut unumstößlich richtig —: wir müssen den Rechtsunabhängigen und den Mehrheitssozialdemokraten die Gelegenheit geben, ihre Künste zu zeigen. Das ist die einzige Form, in der wir ihnen die Gelegenheit geben, sich abwirtschaften zu lassen.

Wie kann man diese Haltung bezeichnen? Ich habe die Bezeichnung loyale Opposition für einen Fehler gehalten. Die jetzige Haltung, möchte ich sagen, ist die einer illoyalen Unterstützung. (Sehr gut! und große Heiterkeit.) Ich glaube, daß diese Bezeichnung und diese Form, in der wir den Leuten die Verpflichtung auferlegen, ihr Wahlprogramm zu erfüllen, die ist, in der wir unseren prinzipiellen Gesichtspunkt festhalten und das tun, was in der augenblicklichen Situation, in dem engen Rahmen des frischen Geschehens getan werden kann.

Der Genosse Rück hat weiter die Haltung der Zentrale der Kommunistischen Partei in der Frage des Berliner Elektrikerstreiks getadelt. Er hätte eine Form des Tadels bringen können, in der er meinen Beifall gefunden hätte, denn auch ich bin nicht jeder Kritik unzugänglich sondern ich pflege Fehler, teils von mir selbst und teils von anderen, sehr genau zu sehen. Aber die Kritik, die der Genosse Rück geübt hat, die — muß ich sagen — haut daneben. Der Genosse Rück hat gesagt, wir hätten müssen in den Generalausstand treten. Ja, Genossen, wer die Berliner Verhältnisse kennt, wird sich darüber nicht im Zweifel sein, daß wir mit der Parole uns nur lächerlich gemacht hätten. Die Tatsache war in Berlin die, daß

die Mehrheit des Proletariats, gefangen von der Mehrheitssozialdemokratie und von den Unabhängigen und von der gesamten gewerkschaftlichen Bureaukratie, diesen Streik abgelehnt hat und stimmungsgemäß gegen die Elektriker war. Wie ich gewünscht hätte, daß wir in energischerer Weise eingesetzt hätten, das wäre gewesen: sofort an die Massen des Proletariats, d. h. hauptsächlich an die in den Gewerkschaften organisierten Massen heranzutreten, die Gewerkschaftsversammlungen einzuberufen, die Gewerkschaftsmassen zu mobilisieren, um sie zu veranlassen, ihren Druck auf die Bürokratie auszuüben. Aber in einem Augenblick, in dem die Massen des Proletariats selbst den Streik ablehnen, den Generalausstand zu proklamieren oder zu unternehmen, — ich muß sagen, das ist eine Verkennung aller Begriffe, über die ich bei dem Genossen Rück staune. Wie soll ein Generalaufstand möglich sein, der mit einem Kampf gegen das Proletariat beginnt? Ich sage ganz deutlich: wir werden nicht auf den Augenblick warten können, in dem das gesamte Proletariat organisiert ist und seine Uebereinstimmung gegeben hat mit allen Schritten, die wir unternehmen, aber jede große Aktion muß mindestens getragen sein von der Sympathie und von der geistigen, moralischen Unterstützung der proletarischen Massen, und jede Aktion, die beginnt, ohne diese moralische Unterstützung gefunden zu haben, fällt zusammen, ehe sie begonnen hat.

Nun möchte ich weiter noch auf eine Frage eingehen, die zwar in der Debatte nicht gestreift worden ist, von der aber gebeten worden ist, sie im Schlußwort mit einigen Worten zu berühren: das ist die Frage Danzigs. Es ist eine Frage — und ich freue mich, mich da auf die Ausführungen des Genossen aus dem Saarrevier beziehen zu können —, die nicht nur in Danzig lebendig wurde, sondern in gewissem Sinne auch in Oberschlesien. Die Genossen, die glauben, daß es nach den staatsrechtlichen Verhältnissen, die im Osten entstanden sind, das Beste sei, sofort eine autonome Partei zu gründen, sehen wirklich nicht die gesamten geschichtlichen Zusammenhänge. Danzig als Eingangshafen für Polen spielt eine besondere Rolle und wird zumal in allen Kämpfen für Sowjetrußland eine bedeutende und unter Umständen eine ausschlaggebende Rolle spielen können; aber das berechtigt die Danziger Genossen nicht, zu sagen: wir erklären uns unabhängig und frei von allen Banden, von allen Zusammengehörigkeiten mit allen anderen proletarischen Parteien. Die Stärke der Danziger Genossen kann nur beruhen in ihrem Zusammenhang mit den großen revolutionären Bewegungen um Danzig herum. (Sehr richtig!) Deswegen ist es ein mindestens voreiliger Schritt, wenn die Genossen aus Danzig jetzt glauben, weil Danzig jetzt Freistaat ist, muß auch eine kommunistische freistaatliche Partei gegründet sein.

Nun hat weiter noch der Genosse Meyer vielleicht keine Kritik geübt, aber jedenfalls gezeigt, auf welcher Linie seine reiche kritische Begabung sich in der Zukunft betätigen wird. Er hat drei Fragen vorangestellt, die Frage der Parlamentsfraktion, die Gewerkschaftsfrage und die Frage der K.A.P.D.

Zunächst die Gewerkschaftsfrage. Ich glaube, daß wir in diesem Punkt mit dem Genossen Meyer völlig einig sind, wenigstens habe ich keine Differenz gesehen, und nach den mündlichen Versicherungen des Genossen Meyer glaube ich nicht, daß in diesem Punkt Anlaß zu erheblichen Ausstellungen besteht.

Was die Frage der Parlamentsaktion angeht, so ist auch in diesem Punkte keine konkrete Kritik geübt worden, sondern die Kritik ist mehr eine

stimmungsmäßige. Es wird uns das Beispiel von Karl Liebknecht vorgehalten. Dieses Beispiel ist zweifellos ein erhebendes. Ich bin aber der Meinung, daß dieses Beispiel von zwei Faktoren abhängt. Erstens von einem Karl Liebknecht, und ich bin der Ueberzeugung, wir werden so rasch keinen zweiten seiner Art finden, weder durch Kritik noch durch Züchtung. Und das Zweite, was ich glaube, das ist: man soll auch nicht vergessen, daß die geschichtliche Situation, in der Karl Liebknecht im Parlament war, eine absolut andere ist als die geschichtliche Situation, in der wir beispielsweise im letzten Halbjahr waren. Es kann sein, daß in kurzer Zeit das Parlament wieder ein so konzentrierter Spiegel aller geschichtlichen Ereignisse in Deutschland wird. Ich glaube es persönlich nicht, daß wir noch einmal in eine solche Epoche kommen. Aber niemand sieht die geschichtliche Entwicklung voraus, und das Kaleidoskop der Geschichte ist so mannigfaltig, daß es so kommen kann. Dann erst werden wir die Kritik mit dem Maßstab, den der Genosse Meyer angelegt hat, üben können.

Und dann vielleicht noch ein anderes. Mir ist schon beispielsweise die Klage zu Ohren gekommen: ja, die Parlamentsfraktion arbeitet ja gar nicht gegen die Geschäftsordnung. Ja, auch das ist eine Beschwerde, die nur verständlich ist aus der geschichtlichen Situation heraus, in der Karl Liebknecht gearbeitet hat. Karl Liebknecht arbeitete im Parlament unter Verhältnissen, wo er kämpfen mußte gegen die Geschäftsordnung, wo die Geschäftsordnung zu seinen ungunsten gebrochen wurde. Wir sind — man kann das bedauern — momentan in einer Lage, wo uns geschäftsordnungsmäßig keine Schwierigkeiten gemacht werden, wie sie Karl Liebknecht gemacht wurden. Wir werden nicht vom Präsidenten niedergeknüttelt, wir sind nicht außerhalb der Geschäftsordnung gestellt. Das kann ein Zustand sein, wie gesagt, den man bedauern kann (Heiterkeit), aber das sind geschichtliche Verhältnisse, die man bei aller Kritik berücksichtigen soll.

Dann die Frage der K.A.P.D. Ja, Genossen und Genossinnen, ich hätte auch in der Frage gewünscht, daß der Genosse Meyer deutlicher geworden wäre und gesagt hätte, was er wünscht. Ich glaube nicht, daß wir in unserer Haltung gegenüber der K.A.P.D. im wesentlichen die Bahnen werden verlassen müssen, die wir bis jetzt eingehalten haben. Wir haben gegen die K.A.P.D. einen sehr scharfen geistigen Kampf durchgeführt, einen Kampf, von dem wir sagen: wir haben damit das getan, was an uns lag, um die geistige und taktische Grundlage zu schaffen für das, was heute geschieht. Wir können diese geistige und taktische Grundlage nicht aufgeben. Diese geistige und taktische Grundlage die wir uns errungen haben, ist von der Kommunistischen Internationale gebilligt und zu eigen gemacht worden. Wir können an der geistigen Linie und an der taktischen Auffassung, die wir haben, nicht rütteln lassen. Und ich sage weiter: wir brauchen auch nicht daran rütteln zu lassen. Denn nach der Entwicklung, die ich in den Reihen der K.A.P.D. sehe, an den Einzelwesen und an der gesamten K.A.P.D., sehe ich nur, daß auch in den Reihen der K.A.P.D. das Verständnis für unsere Haltung wächst. (Sehr richtig!) Man braucht nur zu erinnern an die mannigfaltigen Wandlungen, die die K.A.P.D. durchlaufen hat in dem vergangenen Jahre, Wandlungen, von denen ich ruhig sage, die K.A.P.D. braucht sich ihrer nicht zu schämen. Es gehört ein Mut dazu für eine junge Partei und eine Partei, die so schwach war und ist wie die K.A.P.D., mit ungefähr allen ihren Führern, die sie in ihre jetzige Position hineingeführt haben, abzurechnen und sie dahin zu befördern, wohin sie gehören. Das ist eine Wandlung in den Reihen der K.A.P.D.,

deren sie sich nicht zu schämen braucht. Aber sie gibt auch uns keine Veranlassung, von der Position abzugehen, auf der wir geistig und taktisch stehen. Und wie soll das weitergehen? Niemand von uns leugnet, daß wenigstens noch in einer oder zwei Städten in den Reihen der K.A.P.D. Genossen sind, deren auch wir uns nicht zu schämen brauchten, wenn sie bei uns wären, über deren Eintritt wir uns freuen könnten, Genossen zumal, von denen ich sage: sie sind zum allergrößten Teil bereits auf den Boden unserer Anschauungen getreten, und es sind mehr äußere Hemmnisse, die sie noch verhindern, offen herüberzukommen. Gewiß, wir wollen und sollen diesen Genossen von der K.A.P.D. zugute halten ihren Kampf, den sie durchgeführt haben, ihnen zugute halten, daß wir annehmen, daß auch sie reinen Herzens das Endziel der Revolution wollen. Wir sollen ihnen das alles zugute halten und sollen insofern alles Entgegenkommen freundschaftlichster Art zeigen; sie sind dessen wert. Aber an unserer Stellung können wir von der K.A.P.D. uns nichts abhandeln lassen. In unserer Stellung und für ihre Stellung gilt gegenüber allen revolutionären Arbeitern, die heute noch außerhalb der Kommunistischen Partei stehen: introite, nam hic dei sunt, — tretet ein, denn hier, bei uns, sind die Götter. (Lebhafter Beifall.)

Rück-Stuttgart (persönliche Bemerkung): Ich weiß nicht, ob Genosse Levi meine Ausführungen zum Elektrikerstreik mißverstanden hat. Ich möchte nur das eine sagen: Was ich über den Generalaufstand sprach, bezog sich nicht direkt auf den Elektrikerstreik, vielleicht, daß die beiden Dinge zu rasch aufeinander gefolgt sind. Man ist ja in den 10 Minuten leider gezwungen, ohne die nötigen Zwischenglieder gewissermaßen einen kurzen Wunschzettel für die Genossen vorzutragen. Aber Genosse Levi hat gerade damals anläßlich des Elektrikerstreiks in einem Artikel den Generalstreik überhaupt als unzulängliches Mittel bezeichnet, nicht nur aus Gründen der damaligen Situation, sondern überhaupt in der jetzigen Periode, weil die Unternehmer sich freuen würden, daß die Arbeiter aus den Betrieben herausgehen; und daraufhin habe ich dann erklärt, daß man, wenn man den Generalstreik als unzulängliches Mittel erklärt, zu weitergehenden, schärferen Mitteln greifen muß. (Sehr richtig!)

In der Abstimmung werden die beiden Resolutionen der Genossin Zetkin, die Solidaritätskundgebung für Räterußland und die Kundgebung gegen den weißen Schrecken in Ungarn (siehe Seite 51 und 52), einstimmig angenommen.

Es folgt der

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Berichterstatter **Katz**-Hannover: Der Vereinigungsparteitag ist besucht von 485 Delegierten. Von diesen 485 Delegierten sind 349 von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei delegiert worden, 136 Delegierte gehören der Kommunistischen Partei an.

Ein formaler Einspruch von irgendeiner Seite gegen die Gültigkeit irgendeines Mandats ist nicht erhoben worden. Die Mandatsprüfungskommission war einheitlich der Auffassung, als stimmberechtigte Delegierte nur diejenigen zu betrachten, die auf Grund einer Delegation nach Zahl der Mitgliedschaft gewählt sind, alle anderen Teilnehmer gelten als Gäste.

Als Gäste sind anwesend die Vertreter der zentralen Körperschaften, die ausländischen Vertreter, die Bezirkssekretäre und die Vertreter der Parteipresse.

Es ist dann weiter eine Vertretung der Samariter anwesend, die sich stützt auf ein Telegramm, das ihnen vom Zentralkomitee zugegangen ist. Wir haben ihnen zwei Delegierte zugesprochen, als Gäste selbstverständlich. Aber die Mandatsprüfungskommission gibt einstimmig der neuen Zentrale anheim, in Zukunft derartige Organisationen nicht wieder als Gäste zu laden, der Konsequenzen wegen, weil sonst auch die Arbeiter-Turn-, Schwimm-, Sänger- und dergleichen Vereine die Vertretung auch für sich in Anspruch nehmen könnten. (Sehr richtig!)

Wir beantragen: 1. sämtliche 485 Mandate für gültig zu erklären, und 2. der Zentrale anheimzugeben, in Zukunft solche Organisationen wie ich sie zuletzt nannte, nicht mehr als Gäste einzuladen.

Der Parteitag stimmt den Anträgen ohne Debatte zu.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen vertagt der Parteitag die Verhandlungen auf Sonntag. Schluß 4 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Sonntag, den 5. Dezember 1920.

Vorsitzender **Pieck** eröffnet die Verhandlungen um 9 Uhr und bringt einige Begrüßungsschreiben zur Verlesung vom Zentralkomitee der **Kommunistischen Arbeiterpartei Polens**, von der **Kommunistischen Partei Lettlands**, vom Zentralkomitee des jüdischen Arbeiterbundes in **Sowjetrußland**, von der **Französischen Sozialistischen Partei** (Linke), von den **Kommunisten Luxemburgs**.

Die Begrüßungsschreiben werden mit Beifall aufgenommen.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein und kommen zum 2. Punkt der Tagesordnung:

Das kommunistische Agrarprogramm.

Hierzu erteile ich dem Referenten, Genossen **Thalheimer**, das Wort.

Thalheimer: Werte Genossen! Die Agrarfrage spielte, wie Sie alle wissen, schon seit Jahrzehnten in der alten sozialistischen Bewegung eine Rolle. In den alten Diskussionen von damals waren die Hauptfragen, über die gestritten wurde, an die sich manche von Ihnen noch erinnern werden, die Rolle und die Zukunft des Kleinbauerntums, die Streitfrage, ob sich die Kleinbetriebe, das kleinbäuerliche Eigentum gegenüber den kapitalistischen Großbetrieben und dem fortschreitenden Kapitalismus würden halten lassen, und wie sich die Sozialisten gegenüber den Kleinbauern zu verhalten hätten, unter der Voraussetzung, daß der Kapitalismus imstande sei, sich weiter zu entfalten. Der Stand aller dieser Diskussionen, wie überhaupt der Stand der ganzen Frage ist heute verändert. Es ist eine ganz neue Situation für die Behandlung der Agrarfrage dadurch eingetreten, daß wir heute klar sehen, daß der Kapitalismus am Ende seiner Tage anlangt. Also wir können alle diese jahrzehntelangen Debatten heute begraben.

Dagegen erhebt sich heute für uns die Agrarfrage in anderer Gestalt, und zwar ist sie heute die brennendste Frage der Revolution, und letzten Endes nicht nur der proletarischen Massen, der Massen des industriellen Proletariats, sondern ebensosehr der kleinbürgerlichen Massen, der neuen Armen, der Beamten und der breiten städtischen Schichten. Die bürgerliche Gesellschaft, das kapitalistische Wirtschaftssystem ist in dem Stadium, in dem es sich heute befindet, nicht mehr imstande, die primitivsten elementarsten Ernährungsfragen zu lösen, und so steht heute vor uns die Agrar-

frage als die elementare Frage: Wie ernährt sich die Arbeiterschaft? Wie ernähren sich die Kleinbürger? Wie kann der Mittelstand und die arbeitende Bevölkerung ernährt werden? Von diesem Gesichtspunkte aus werde ich hier die Agrarfrage heute behandeln. Ich denke nicht etwa, eine rein theoretische oder propagandistische Darstellung zu geben. Die Frage ist für uns nicht eine Frage der fernen Perspektive, der ferneren Zukunft, sondern eine Frage der unmittelbarsten, brennendsten Aktion, die es für das städtische Proletariat überhaupt geben kann.

Aber noch von einem zweiten Gesichtspunkte aus hat die Agrarfrage für die Entwicklung der proletarischen Revolution eine besondere Bedeutung, und zwar vom Gesichtspunkte der Machtfrage, vom Gesichtspunkte der Eroberung der politischen Macht. Sie wissen, daß es die kleinbürgerlichen, kleinbäuerlichen Schichten sind, die heute die Reservearmee der großen Bourgeoisie und der Junker darstellen, die zum großen Teil das Rekrutierungsmaterial für die weißen Garden, für die Orgesch, die Einwohnerwehren usw. liefern. Die Frage der Stellung der Kleinbauern ist also nicht nur eine ökonomisch brennende Frage, sondern hängt auch unmittelbar mit der Machtfrage, der Frage der Eroberung der politischen Macht zusammen.

Dabei will ich gleich einen prinzipiellen Gesichtspunkt behandeln. Man hat uns Kommunisten und speziell den russischen Kommunisten vorgeworfen, wir behandelten die Agrarfrage wesentlich vom Gesichtspunkt der politischen Macht, als eine Machtfrage, und man hat versucht, dies zu der prinzipiellen, wahrhaft sozialistischen Behandlung der Agrarfrage in Gegensatz zu stellen, wie sie Crispien usw. für sich in Anspruch nehmen. Ich antworte darauf: wir haben nicht nur als Revolutionäre, sondern auch als wissenschaftliche Marxisten die Pflicht, die Agrarfrage als eine Machtfrage zu behandeln, wie wir alle sozialen Fragen auf die Machtfrage zuspitzen, und aus dem einfachen Grunde, der entscheidend ist, weil keines der sozialen Probleme, keines der Probleme des Aufbaus des Kommunismus zu lösen ist, ehe nicht die Vorbedingung der Machtergreifung durch das Proletariat gegeben ist. Wir sagen klar und offen: alle Fragen, auch die Agrarfrage, müssen heute auf die Machtfrage zugespitzt werden, auf die Frage: wie gruppieren wir die entscheidenden Schichten des arbeitenden Volkes in Stadt nud Land zum Sturm gegen die kapitalistische Gesellschaft, gegen die Bourgeoisie und das Junkertum. Diese Frage steht für uns in Deutschland anders, als sie in Rußland stand, und daraus erklären sich auch die verschiedenen Wege, die wir hier in Deutschland gegenüber denen von Rußland einschlagen müssen.

Die entscheidende, grundlegende Tatsache ist Ihnen bekannt: in Rußland eine verhältnismäßig dünne Schicht des industriellen Proletariats in einem großen Meer von Bauernmassen; in Deutschland dagegen ganz andere Verhältnisse. Das Proletariat hier in Deutschland — das muß man gegenüber dem Aengstemachen usw., vor der Orgesch klar aussprechen — stellt nicht nur rein wirtschaftlich, sondern auch politisch als Masse den entscheidenden Faktor in Deutschland dar. Es spielt eine ganz andere Rolle als in Rußland. In Rußland waren die Kommunisten gezwungen, nicht nur aus sozialen Gründen, sondern auch politischen Machtfragen heraus in bestimmten Punkten auf Kompromisse mit der bürgerlichen Masse einzugehen, auf Kompromisse, die berechtigt und notwendig waren, weil sie dem Gesichtspunkt der Eroberung und Erhaltung der politischen Macht untergeordnet waren. In Deutschland aber steht die Sache so, daß das

Proletariat, wenn es geschlossen und machtbewußt auftritt, die überwiegende Macht im Lande vorstellt. Trotzdem haben wir auch in Deutschland alle Ursache, die Reserven, die in den irregeleiteten kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Massen, die ihre Interessen mißverstehen, der Konterrevolution zur Verfügung stehen, dem Feinde aus der Hand zu nehmen und die kleinbäuerlichen Massen insbesondere zu neutralisieren, um sie schließlich politisch und damit auch wirtschaftlich und sozial an uns zu ketten.

Dann eine zweite ebenfalls prinzipielle Frage, die uns gegenüber in der Frage des Agrarprogramms aufgeworfen wurde. Es wurde gesagt: die Landaufteilung, wie sie in Rußland vorgenommen wurde, und wie sie in den Leitsätzen des Agrarprogramms der Kommunistischen Internationale als eine Möglichkeit auch für die Westländer vorgesehen wurde, ist ein prinzipieller Verstoß gegen das sozialistische Programm, den wir nicht mitmachen. Darin verrät sich nun nicht nur eine vollkommene Unkenntnis der historischen Lage und der historischen Aufgabe der russischen Revolution, sondern auch noch viel mehr: die Unfähigkeit und der mangelnde Wille, diesem Machtkampf in Deutschland und in den Westländern alle die Kräfte einzugliedern, die ihm eingegliedert werden müssen. In Rußland lagen die Dinge so, daß die russische Revolution in der Bauernfrage noch ein gut Stück bürgerliche Revolution mitzuerledigen hatte, weil sie noch nicht erledigt war, und der entscheidende Punkt für die Lösung der Agrarfrage in Rußland war der, daß wohl landwirtschaftlicher Großgrundbesitz bestand, der aber in seinen entscheidenden Teilen von Kleinbauern, in Kleinbetrieben bewirtschaftet wurde. Die russische Revolution hatte also hier die Aufgabe zu erfüllen, die in früheren Zeiten eine bürgerliche Revolution hätte erfüllen sollen, und es spricht nur gegen die bürgerliche Revolution in Rußland, gegen die bürgerlichen Klassen, daß sie nicht imstande waren, dieses ihr eigenes Problem selbst zu lösen. Unsere Genossen, die Bolschewiki, haben fast sämtliche Parolen in ihrer Agrarpolitik von den Sozialrevolutionären übernommen. Die Sozialrevolutionäre, die Regierung Kerenskys, war nicht imstande gewesen, diese ihre Politik durchzuführen. Sie hatte den Bauern das Land und die Landaufteilung versprochen, aber sie schickte gleichzeitig Strafexpeditionen, die die bäuerliche Bewegung der Landaufteilung stören sollten. Hier in Deutschland spielt die Frage der Landaufteilung eine viel größere Rolle als in Rußland, weil wir besonders im Norden und Nordosten Deutschlands, in den ostelbischen preußischen Gebieten moderne kapitalistische Großbetriebe haben, die nur der gewaltsamen Enteignung der Großgrundbesitzer bedürfen, um sogleich ohne ökonomische Schwierigkeiten in sozialistische Betriebsweise, in genossenschaftliche Bewirtschaftung überführt zu werden. Aber die Landaufteilung spielt nichtsdestoweniger auch in Deutschland, speziell in einigen süddeutschen Gebieten, eine Rolle, und es wäre töricht von uns, wenn wir diesen Hebel, um gewisse klein- und zwergbäuerliche Schichten um uns zu scharen, nicht in die Hand nehmen würden. Da, wo Großgrundbesitz — so sagt das Agrarprogramm der Kommunistischen Internationale — in kleinbäuerliche Betriebsweise und Umgebung eingesprengt ist, und wo dieser Großgrundbesitz von keiner ausschlaggebenden wirtschaftlichen Bedeutung ist, soll man die Möglichkeit der Aufteilung frei lassen. Diese Möglichkeit, den Großgrundbesitz aufzuteilen und Land den Klein- und Zwergbauern zuzuteilen, lassen wir auch in unserem Programm offen. Wir sagen da nicht, daß jeder Großgrundbesitz, der in diese kleinbäuerliche Betriebsweise eingesprengt ist, aufgeteilt werden muß, sondern wir sagen: er *kann* auf-

geteilt werden, und zwar sagen wir das aus dem Grunde, weil wir eine gewisse Reserve dieser Betriebe als staatliche Musterbetriebe, als sozialistische Rätewirtschaften herausnehmen wollen, um damit den umliegenden Klein- und Zwergbetrieben den Anstoß zu geben sich genossenschaftlich zusammenzuschließen.

Hier komme ich auf das entscheidende Prinzip bei der Behandlung der kleinbäuerlichen Frage, und ich muß hier noch einmal auf die Politik unserer russischen Genossen eingehen. Wenn die Machtfrage gelöst ist, wenn der Kampf zwischen Bourgeoisie und Junkertum auf der einen Seite und dem Proletariat auf der anderen Seite ausgetragen ist, wenn die Industrie sozialisiert ist, wenn also dem Kleinbauern nicht mehr eine ausbeutende kapitalistische Industrie gegenübersteht, wird die Entwicklungslinie des kleinbäuerlichen Betriebes einen ganz anderen entgegengesetzten Gang nehmen, als es bisher der Fall war. Die ganze Linie der Entwicklung kippt dann um, und deshalb ist die Schaffung von kleinbäuerlichen Betrieben durch Zerschlagung von Großbetrieben in lokal begrenzten Bezirken nicht ein Verrat am Prinzip des Sozialismus, sondern die einzige Möglichkeit, um den Ausgangspunkt zu schaffen, damit diese kleinbäuerlichen Betriebe in genossenschaftliche Betriebe überführt werden. Es ist eine alte marxistische Erkenntnis, daß diese kleinbäuerlichen Betriebe, die nur noch vor der kapitalistischen Wirtschaft stehen, die außerhalb des Kreises von kapitalistischen Ausbeutern und Ausgebeuteten stehen, nicht gewaltsam in die sozialistische Produktionsweise überführt werden können. Friedrich Engels, kein schlechter Kommunist, spricht das klar in seinem Aufsatz in der „Neuen Zeit" aus dem Jahre 1895 aus: „Die Bauernfrage in Deutschland und Frankreich". Er sagt dort klar, daß man den Kleinbauern nicht zwingen könne, zum Sozialismus überzugehen, es sei das eine ökonomische Unmöglichkeit, sondern daß das nur durch seinen freiwilligen Anschluß, durch erzieherische Arbeit der sozialistischen Industrie und durch die vorbildliche Arbeit des sozialisierten Großgrundbesitzes erfolgen könne. Auch das Spartacus-Programm spricht diesen Gesichtspunkt, der für jeden Marxisten ein selbstverständlicher ist, klar und deutlich aus. Wir können und wollen den Kleinbauern nicht zwingen, sich unmittelbar einem sozialistischen Betriebe anzuschließen. Aber der sozialistische Staat, der die Industrie sozialisiert hat, der den Großgrundbesitz genossenschaftlich organisiert und die kommunistische Rätewirtschaft aufgerichtet hat, wird auf die Kleinbauern eine ganz natürliche Anziehungskraft und einen natürlichen Druck, sich zu ländlichen Genossenschaften zusammenzuschließen, ausüben. So haben wir in Rußland gesehen, wie sich die kleinbäuerlichen und sogar die mittelbäuerlichen Besitzer um die Rätewirtschaften zu landwirtschaftlichen Genossenschaften zusammenschließen. In unserem Programm haben wir für diese landwirtschaftlichen Genossenschaften in Erinnerung an das alte Gemeineigentum der mittelalterlichen und uralten Zeit in Deutschland den Namen „Markgenossenschaften" gewählt. Wir sagen in Deutschland den Kleinbauern: der sozialistische, industrialisierte Staat wird Euch mit allen Mitteln behilflich sein, um dazu zu gelangen, und es sind nicht nur leere Versprechungen, die eine sozialistische Industrie den Kleinbauern da geben kann, — es sind sehr reale Dinge!

Damit komme ich auf die Lage der kleinbäuerlichen Entwicklung in Deutschland und in den Westländern überhaupt zu sprechen.

Sie wissen, daß der Kleinbauer, der einen kleinen Ueberschuß über seinen eigenen Bedarf während des Krieges zu verkaufen hatte, äußerlich



besehen, sich ziemlich herausgemacht hat. Er hat seine Hypotheken abgeschüttelt, er hat sich schuldenfrei gemacht. Er hat in die Sparkassen Geld einlegen können, und vor allen Dingen hat er sich körperlich erholen können. Der Bauer hat sich zum erstenmal in vielen Gegenden Deutschlands während des Krieges und während der Revolution satt gegessen, er hat das, was er hatte, statt es zu verkaufen, selbst gegessen, und in diesem Punkte haben wir deutschen Kommunisten gar keinen Anlaß die Entwicklung zu bedauern. Jetzt stehen die Dinge aber so:

Der Kleinbauer, der einen kleinen Ueberschuß zu verkaufen hat, tritt auf dem Markte als Monopolbesitzer der Lebensmittel auf und kann bei der Knappheit der Lebensmittel außergewöhnlich hohe Preise erzielen. Aber diesem Monopolbesitzer des Landes steht ein anderer Monopolbesitzer gegenüber: der industrielle Kapitalist, der Produzent der Waren, die der Kleinbauer von der Industrie haben muß, der Kleidung, der Schuhe, des Ackergeräts, der Düngemittel und alles dessen, was der Kleinbauer zur Weiterführung seines Betriebes nötig hat. Denn der heutige kleinbäuerliche Betrieb ist eben kein sich selbst erhaltender Betrieb mehr, wie es früher der Fall war. Alle industriellen Nebenbetriebe sind vom kleinbäuerlichen Betriebe abgetrennt, er ist auf Schritt und Tritt auf die Industrie angewiesen. Da stößt nun der Bauer auf die Erscheinung: alle Waren, deren er bedarf, alle Geräte, jeder Stiefel, jeder Gegenstand, den er kaufen muß, sind ungeheuer verteuert worden und sind vielleicht im Preise noch mehr gestiegen, als er seine eigenen Erzeugnisse zu steigern verstanden hat. Die Papierfetzen, die der Bauer bekommt — und er bekommt nichts anderes mehr vom Staate — werden wertloser und wertloser; er kann immer weniger mit ihnen anfangen. Diese Lage wird um so schlimmer, als die Industrie immer mehr und mehr zerfällt, und die industrielle Produktion die Bedürfnisse des Bauern immer weniger und weniger befriedigen kann.

Der Bauer, ein Tolpatsch, wie er ist, hat die Schuld an dieser schlechten wirtschaftlichen Entwicklung zunächst auf den Arbeiter geschoben. Der Arbeiter ist faul! — das ist der Gedankengang, in dem man auf dem Lande lebt. Der Arbeiter verteuert die Waren; man muß den Arbeiter — und das war die nächste Antwort des Bauern auf diese Entwicklung — durch militärische Gewalt zwingen, wieder zu den alten Zuständen zurückzukehren, die in die alte schöne Zeit der wilhelminischen Monarchie zurückführen. Es ist ganz natürlich, daß der Bauer aus seinen Verhältnissen heraus zunächst zu diesem Tolpatschstreich gekommen ist. Die politischen Wirkungen, die daraus entsprangen, haben wir auch gesehen: der Ausfall der letzten Wahlen, der Zufluß zu den Rechtsparteien, die Zunahme der monarchistischen Strömungen unter den Kleinbauern in Süddeutschland. Alles das resultiert zunächst aus dieser falschen Einstellung, aus dieser „Tolpatschantwort" des Kleinbauern, der sieht, daß er unter den Schlitten kommt, daß er in eine immer bedrängtere Lage kommt, und der nun statt nach vorwärts zu schauen, nach rückwärts sieht und glaubt, das Rad der Geschichte zurückdrehen zu können, daß er seine Bedürfnisse wieder werde befriedigen können, wenn er nur die alten wilhelminischen Zustände samt seinem Wilhelm und seinen kleinen Dynastien wiederbekommt. Daß diese Rechnung falsch ist, wird der Bauer bald einsehen, mag er sich entscheiden, wie er will. Der russische Bauer hat das eingesehen. Da, wo er zunächst schwankend war und zu Koltschak, Denikin usw. zurückging, mußte er bald sehen, daß ihm diese nichts gebracht haben, sondern nur noch mehr genommen haben. Auf der anderen Seite aber sieht er, daß ihm die Räte-

republik nichts nimmt, sondern gibt, und zwar etwas mehr als die Papierfetzen. Sie wissen: die Papierfetzen, das Papiergeld, hat heute in Sowjetrußland fast gar keinen Wert mehr. Aber die sozialisierte Industrie, so schwach sie durch die Bürgerkriege und durch die Unvernunft der Bauern selbst geworden ist, die sich gegen die Sowjetrepublik erhoben haben, liefert dem Bauer bereits mehr und mehr in Natura das, was er am dringendsten nötig hat. Es ist mir in den letzten Tagen aus zuverlässigster Quelle mitgeteilt worden, daß heute die russische Räterepublik den Kleinbauern, in die Preise des freien Handels umgerechnet, mehr in Natura liefert, als er dem Staate an Lebensmiteln abgibt.

Es wird also in Deutschland vom Bauern abhängen, auf welchem Wege er zur Einsicht kommt. Wird er zeitweilig etwa die Wege der Konterrevolution einschlagen, sich unter die Fahnen der Kahr begeben, und wird er in gewissen Gegenden dann zeitweilig Erfolge erringen, so wird ihn dieser Erfolg aufs rascheste und gründlichste lehren, wie er unter den Schlitten kommt, wie ihm eine solche rechts gerichtete Regierung nichts gibt, wie er es von ihr erwartet, sondern ihm noch etwas nimmt, aus dem einfachen Grunde, weil eine solche Regierung nicht imstande sein wird, die Industrie aufzubauen, weil der Aufbau der Industrie nur auf dem Wege über den Kommunismus erfolgen kann. Wir sagen aber ferner: wenn der Kleinbauer diesen falschen Weg einschlagen wird, wenn er die Flinte gegen die Räterepublik in die Hand nehmen wird, dann wird — so leid es uns tut! — die proletarische Revolution gezwungen sein, ihm ebenfalls eine deutliche und gründliche Antwort zu erteilen. Und auch das kann heute gesagt werden: die Dinge stehen nicht so, wie es vielfach dargestellt wird, daß diese süddeutschen konterrevolutionären Selbstschutzorganisationen der Kleinbauern eine Macht wären, vor denen die Arbeiterschaft sich grauslich zu machen hätte, die sie ernstlich zu fürchten hätte. Die militärisch organisierten Kleinbauern stellen wohl eine gewisse Macht vor, aber eine Macht, die bei dem sozialen Charakter des Kleinbauerntums hin und herschwankt. Deshalb wird das Proletariat, mit den Kleinbauern, wenn sie in ihrer Tölpelei dem Proletariat entgegentreten, mit ihnen fertig werden. Darauf können sich die Kleinbauern verlassen.

Schlägt der Kleinbauer einen anderen Weg ein, so wird er bald erkennen, daß eine sozialisierte Industrie, ein kommunistischer Rätestaat ihn von unendlich vielen Lasten befreien wird, die ihn heute niederdrücken, so von der Last der Kriegsschulden und der schweren Steuern, und daß er ihm mehr zu geben hat, als die wertlosen Papierfetzen, die ihm heute der bürgerliche Staat gibt. Der Bauer ist letzten Endes ein nüchterner Rechner. Er kann sich heute verrechnen, und er verrechnet sich vielfach, aber er kann morgen die richtige Rechnung finden. Deshalb sind diejenigen unter uns, die sagen, der Kleinbauer wird unverbesserlich immer ein Konterrevolutionär bleiben, vollständig im Irrtum. (Zustimmung.) Die objektiven Verhältnisse erlauben dem Bauern nicht, auf die Dauer ein Konterrevolutionär zu sein, und diese Verhältnisse werden sich mehr in der einen oder in der anderen Form, in gütlicher oder gewaltsamer Form, was nicht von uns, sondern von dem Verhalten der Kleinbauern abhängt, durchsetzen.

Schon jetzt sehen wir — und damit komme ich auf eine der aktuellen Fragen —, wie die Kleinbauern beginnen, halbwegs auf die Linie entgegenzukommen, wo wir an sie anknüpfen können. In kleinbäuerlichen Kreisen wird schon jetzt vielfach der Ruf laut: direkte Verbindung mit den städtischen Produzenten, direkte Lieferung und Güteraustausch. Hier setzt



von der anderen Seite eine Entwicklung ein, der wir entgegenkommen müssen. Sie wissen, daß vielfach die Not die arbeitslosen Arbeiter aus der Stadt aufs Land treibt, wo sie in kleinen Plünderungszügen sich Kartoffeln nehmen usw. Es ist das keine vereinzelte, sondern eine ziemlich allgemeine Erscheinung. Wir machen dabei die Beobachtung, daß die bürgerlichen Behörden schmunzelnd dabei zusehen, daß sie vielfach sogar hinterrücks — nicht offen — die Arbeiter zu solchen Plünderungen ermuntern. Nun sind wir nicht etwa diejenigen, die bei der herrschenden Not den Arbeitslosen und den verkürzt Arbeitenden sagen können und ihnen Moralpredigten halten sollen: das dürft Ihr nicht tun, weil es Euren Interessen widerspricht. Ich sage: wir sagen den Arbeitern klar: dieser Weg ist falsch! (Sehr gut!) Dieser Weg liegt im Interesse der Bourgeoisie! Es liegt im Interesse der Bourgeoisie, Euch den Kleinbauern und Landarbeitern zu verfeinden. Aber wir dürfen uns nicht damit begnügen. Wir müssen den Arbeitern und Kleinbauern einen Ausweg aus dieser Situation zeigen, der sie zum revolutionären Handeln zusammenführt. Aus diesem Grunde erblicken wir eine dringende und aktive Parole in der Losung: Verbindung der Kleinbauern und Landarbeiter mit den städtischen Arbeitern, mit den Gewerkschaften, den Betriebsräten und Konsumvereinen zu wechselseitigem Austausch der Produkte. Dabei müssen wir uns ganz klar sein, daß das keine pazifistische Friedensparole ist, sondern eine Parole des Kampfes, die voraussetzt, daß auf der einen Seite der Arbeiter in der Stadt in seinen Gewerkschaften, in den Betriebsräten und den Konsumvereinen um die Macht über den Betrieb kämpft, und daß auf der anderen Seite der Kleinbauer gegen die reichen Großbauern, die ihn heute noch in den Genossenschaften beherrschen, kämpft, während wiederum der Landarbeiter durch seine Gutsräte und seine Landarbeitergewerkschaften den Kampf gegen die Junker und Großgrundbesitzer aufnimmt. Es handelt sich also bei dieser Losung nicht etwa um eine pazifistische Parole, es ist auch keine reformistische Parole, wie vielleicht manche von Ihnen denken können, sondern es ist eine revolutionäre Kampfparole, die das städtische industrielle Proletariat und das landwirtschaftliche Proletariat und Halbproletariat auf eine revolutionäre Linie zusammenführt.

Es wird nun eingewendet — und damit komme ich auf einen wesentlichen prinzipiellen Gesichtspunkt, der in der Agrarfrage eine Rolle spielt —: solche Zustände sind nicht kommunistisch! das sind chaotische, verwirrte Zustände! — Jawohl, solche Zustände sind nicht sozialistisch, aber es sind notwendige revolutionäre Uebergangsetappen. Bildet Euch nicht ein, Genossen, daß diese gewaltigste aller geschichtlichen und wirtschaftlichen Umstellungen, die sich da auf dem Lande und in der Stadt vollzieht, sich ohne jeden Anstoß und ohne jede Störung der Produktion vollziehen kann. Ihr könnt nicht von einer Wohnung in die andere ziehen, ohne daß zeitweise nicht Unordnung und Störung entsteht. (Sehr richtig!) Und glaubt Ihr, Ihr könntet die gewaltigste soziale Umstellung, die je vollzogen ist, vollziehen ohne zeitweilige Störungen und Herabminderungen des Produktionsprozesses?! Solche Störungen werden und müssen in den Kauf genommen werden, und je energischer diese Schritte gefördert werden, um so kürzer wird diese Uebergangszeit sein, um so schneller kann die Produktion in Stadt und Land wieder auf die Höhe gebracht werden.

Dasselbe gilt auch bei anderen ähnlichen Fragen, die den Kleinbesitz betreffen. Die Aufteilung eines Großgrundbesitzes, eines Großgutes, dessen Grundbesitz in kleinbäuerliche Betriebe eingesprengt liegt, wird für eine

gewisse Zeit mit einem Produktionsrückgang verbunden sein. Aber eine solche Störung wird immer nur zeitweiligen Charakter haben und bald überwunden werden. Dann aber möchte ich den Unabhängigen und Rechtssozialisten, die mit solchen Flausen ihren Unglauben an die Revolutionserfolge und ihre revolutionäre Unentschlossenheit bemänteln, die Frage stellen: Was haben sie denn getan, um irgendwelche revolutionären Schritte in der Agrarfrage zu tun? Da ist es nun charakteristisch: dieselben Mehrheitssozialisten, die sich heute als treue Verfechter der marxistischen Agrardoktrin ausgeben, treten heute in die Fußstapfen der bürgerlich konservativen Agrarpolitiker (Sehr richtig!), indem sie etwas tun, was weder die Russen getan haben, noch wir tun wollen, indem sie nämlich neue Kleinbauern durch Siedlungen schaffen wollen. Was wir als Uebergangsmaßregel tun, ist ganz etwas anderes. Wir wollen den Klein- und Zwergbesitzern, die heute nicht leben und nicht sterben können, solange sie noch nicht gereift sind, genossenschaftlich zu wirtschaften, die Möglichkeit geben, ihre Betriebe so aus dem anstoßenden Großgrundbesitz abzurunden, daß sie sich selbst erhalten können. (Sehr richtig!) Was die Mehrheitssozialisten wollen, ist etwas anderes, ist konservative Agrarpolitik, ist die Politik der Seßhaftmachung von Landarbeitern und Tagelöhnern usw. in einer Weise, daß sie mit ihrem Gütchen nicht leben können, so daß sie gezwungen sind, willfährige Arbeiter für den Großgrundbesitz zu sein.

Ebenso steht es in der Landarbeiterfrage. Die Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Landarbeiterverband und den Agrariern stellt den nacktesten, schmählichsten Verrat der Landarbeiter dar. (Sehr wahr!) Auch die Rechtsunabhängigen haben die Arbeitsgemeinschaft direkt zum Prinzip ihrer jetzigen Tätigkeit in den Gewerkschaften gemacht. Und was ist praktisch von den Rechtsunabhängigen geschehen, um die Revolution auf das Land zu tragen? Ich erinnere an etwas, was schon zurückliegt, und was vielleicht den meisten von Ihnen entgangen sein wird, an die erste sozialistische Tat des rechtsunabhängigen Ernährungsministers — oder war er Volkskommissar; ich weiß es nicht mehr — Emanuel Wurm. Sie wissen, daß damals die Parole ging: schafft Bauernräte! Auch Wurm gab die Losung: Bauernräte heraus. Allerdings waren es höchst sonderbare Bauernräte, nämlich solche, in denen der Kleinbauer und Landarbeiter mit dem Junker und Großbauern zusammensaß, in denen er mit diesen so zusammengekoppelt war, daß der Großbauer und der Junker zusammen immer das Uebergewicht über den Kleinbauern und Landarbeiter hatten. Mit diesen Bauernräten also begann der rechtsunabhängige Wurm seine agrarreformerische und agrarrevolutionäre Laufbahn, und ich meine, Leute wie Crispien und Hilferding usw., die so etwas deckten, die es ohne Widerspruch geduldet haben, hätten heute alle Ursache, über prinzipielle Fragen der Agrarrevolution zu schweigen. So stehen die Dinge bezüglich der Kleinbauern.

Ich komme nun kurz auf die Behandlung des eigentlichen Großgrundbesitzes und der Landarbeiter zu sprechen. In dieser Frage kann es ja programmatisch keine langen Diskussionen geben. Unser Programm ist in diesem Punkte vollkommen klar. Wir fordern hier: Ueberführung dieser Großbetriebe in gesellschaftliches Eigentum des Rätestaates, das von den Landarbeitern genossenschaftlich bewirtschaftet wird. Ueber die Einzelheiten dieser Organisation brauche ich mich hier nicht auszulassen.

Rein theoretisch konnte man früher — und das hat auch Marx getan, worauf sich die Rechtsunabhängigen heute berufen — die Möglichkeit einer

Entschädigung ins Auge fassen. Die Großgrundbesitzer sollten gegen eine Entschädigung enteignet werden. Heute bei der ungeheuerlichen Staatsverschuldung, bei der ungeheuren Geldentwertung und der Steigerung aller Güterpreise und der Zuspitzung der revolutionären Situation, die nicht einen langsamen Enteignungsprozeß, sondern einen raschen Schlag auf das Haupt der Großgrundbesitzer erfordert, kann man von einer Enteignung gegen Entschädigung nur reden, wenn man ein ganz eingeschworener Konterrevolutionär ist. Heute kommt nur eine Enteignung ohne Entschädigung in Frage. Praktisch kann die Enteignung auch nur auf gewaltsamem Wege erfolgen. Wir müßten blind sein, um nicht zu sehen, daß das Junkertum alle Mittel der Gewalt aufbieten wird, um sich zu halten um die proletarische Revolution und die Landarbeiter niederzuschlagen, und wir haben gar keine Ursache, in dieser Sache den Landarbeitern vorher irgendwelche pazifistischen, moralischen Rezepte zu geben. Wir wissen, daß sich in den Landarbeitern infolge der jahrhundertelangen Unterdrückung ein kolossaler Groll und Haß aufgespeichert hat, der noch durch manche Erscheinungen der Kapptage, der Baltikumtruppen usw. geschürt worden ist. Da sagen wir: wenn die Großgrundbesitzer ernten, was sie gesät haben, wenn da ein fürchterlicher Sturm losbricht, so geschieht ihnen nur ihr Recht, so geschieht ihnen das, was sie verdient haben. Wir ermuntern nicht dazu, aber es liegt im Wesen der Agrarreform. Es kommt sehr wohl die Möglichkeit in Betracht, daß, wenn die Junker aus ihren hinterwäldlerischen Distrikten losbrechen, um die Großstädte zur Raison zu bringen, um die industrielle Arbeiterschaft dort zu Boden zu werfen, hinter ihnen die Landarbeiterschaft aufsteht, und daß sie vielleicht gezwungen werden, das Gewehr mit der Feuerspritze zu vertauschen. Also die Bedingungen liegen nicht mehr so wie Anno 1848, daß der Großgrundbesitzer in aller Gemächlichkeit sich Berlin und die großstädtischen Zentren aufs Korn nehmen konnten. Unsere Aufgabe muß es nur sein, dieses energische, kühne und aller Leistungen fähige revolutionäre Element der Landarbeiter möglichst rasch für uns zu gewinnen. Der Landarbeiter ist der natürliche Bundesgenosse des städtischen Arbeiters, und ehe nicht dieser Bundesgenosse fest mit dem städtischen Arbeiter zusammengeschlossen ist, werden alle Erhebungen des städtischen Proletariats auf die ernstesten Schwierigkeiten stoßen. Aus diesem Grunde muß die bisher nur schwache und verzettelte Arbeit unter den Landarbeitern mit verdoppelter Energie aufgenommen werden. Diese Arbeit muß an alles das anknüpfen, was heute die Landarbeiter drückt. Es herrscht vielfach die falsche Auffassung, als lebe der ländliche Arbeiter heute in seiner Ernährung besser als der städtische. Der städtische Arbeiter hält sich vielfach die großen Mengen des Deputats vor Augen, die vielfach der Landarbeiter erhält. Er zieht dabei nicht in Betracht, daß der Landarbeiter mit seinem Barlohn nicht auskommen kann, daß er vielmehr gezwungen ist, Teile seines Deputats zu verkaufen. Die Lage der Landarbeiter ist heute so, daß sie ihn zu revolutionären Aktionen vorwärts treibt, und wir werden sie ebenso durch die Parole: gemeinsamer Austausch der städtischen und ländlichen Produkte mit dem städtischen Arbeiter in Verbindung bringen, wie wir auch den Kleinbauern auf diese Linie zu gemeinsamen Aktionen ziehen werden. Wie wenig das nur theoretisch und konstruiert ist, haben wir in den Kapptagen in manchen Gegenden gesehen, wo sich die Landarbeiter geweigert haben — ich weiß nicht, war es in Pommern oder in Mecklenburg — den Gutsbesitzern Mehl abzugeben, und wo sie es den städtischen Arbeitern gegeben haben, die gegen die Kappisten gekämpft haben. Mir wurde ein Fall von einem unserer Landagitatoren

erzählt, wo die Landarbeiter in den Kapptagen wütend darüber, daß die städtischen Arbeiter den Kampf gegen die Junker abbrachen, ihnen sagten: wir sind bereit, Euch mit allen Lebensmitteln zu beliefern, wenn Ihr weiter kämpft! Kämpft weiter! In diesen Landarbeiterschichten haben wir kein saumseliges, schwaches revolutionäres Element, sondern: es ist ein revolutionäres Element, das, wenn es einmal in Bewegung gerät, die stärkste und kühnste Kämpferschar der proletarischen Armee in Deutschland liefern wird.

Ich komme nun schließlich zu der Frage der Großbauern. Wir hatten in unserem alten Agrarprogramm die großbäuerlichen Besitzer nicht besonders hervorgehoben. Wir haben es in dem heute vorgelegten Programm doch getan weil sie immerhin eine besondere Rolle spielen. Wir haben in unserem Agrarprogramm eine Formulierung gewählt, die es uns erlauben soll, je nach dem Verhalten der Großbauern, je nach ihrem sozialen Verhältnis die Behandlung einzurichten. Die Formulierung des Programms läßt uns also in bezug auf die Großbauern völlig freie Hand. Auf die verschiedenen Kritiken hin, die mir zu Ohren gekommen sind, muß ich selbst erklären, daß die Formulierung des Programms nicht sehr glücklich ist. Wir ziehen deshalb die Formulierung, die die Großbanken betrifft, zurück, weil wir uns sagen: eine Behandlung der großbäuerlichen Frage, die sich je nach den Umständen richtet, legt man nicht programmatisch fest. Es ist deshalb am besten, einen solchen Paragraphen wegzulassen.

Die Großbauernfrage liegt in den verschiedenen Gegenden Deutschlands sehr verschieden. Sie finden in Westfalen, in Schleswig-Holstein, teilweise auch in Bayern, großbäuerlichen Besitz, der sich von dem junkerlichen Besitz nur kulturell, aber nicht sozial unterscheidet, der praktisch ebenso reif zur Enteignung ist wie der Großgrundbesitz, wo sich auch bereits ein starker Gegensatz zwischen den Arbeitern und den Besitzern herausgebildet hat. Aber andererseits existieren auch großbäuerliche Betriebe — und das verkennen vielfach die Genossen, die nur norddeutsche Verhältnisse kennen, — besonders in Süddeutschland, wo dieser Gegensatz zwischen den Knechten, Mägden, dem Gesinde, den Tagelöhnern usw. auf der einen Seite und dem Großbauern noch nicht besteht, wo noch ein familienmäßiges Zusammenleben besteht. Es sind vielfach jüngere Bauernsöhne, die auf solchen Gütern arbeiten. In einem solchen Fall haben wir noch gar nicht die Handhaben, um etwa eine sofortige Enteignung durchzusetzen. Außerdem müssen wir folgendes in Betracht ziehen, was unsere russischen Genossen erfahren haben, und was wir sehr wahrscheinlich auch erfahren werden: das Verhalten dieser Großbauernschichten uns gegenüber wird sehr wechselnd sein, und zwar werden sich die Großbauern in ihrer Stellung wesentlich danach richten, welche Macht die Arbeiterschaft auszuüben imstande ist. Unsere russischen Genossen haben hier in der Ukraine und in Polen reiche Erfahrungen gemacht. In der Ukraine hat sich an teilweise recht lustigen Beispielen gezeigt, daß die Großbauern ihr Verhalten der Räterepublik gegenüber mit sehr schlauer Berechnung einrichten, je nachdem Denikin hundert Kilometer näher oder ferner rückte. Die russische Räterepublik setzte z. B. mit den Bauern den Preis für das Getreide fest, das abgeliefert werden mußte. Hier mußten unsere Genossen beobachten, daß die Großbauern die allerdetailliertesten strategischen Studien trieben, um festzustellen, welchen Getreidepreis sie der Räterepublik machen konnten. Ein anderes Beispiel! Unsere russischen Genossen hatten bei ihrem Vormarsch nach Polen erwartet, daß sie zu allererst mit den polnischen Großbauern einen

blutigen Kampf auszufechten haben würden. Sie waren einigermaßen überrascht, zu finden, daß die Großbauern sich ruhig fügten, und zwar geschah das, weil sie die Machtverhältnisse ruhig und richtig überblickten. Die Großbauern in Polen also haben sich bei dem Vormarsch unserer russischen Genossen ruhig gefügt, und unsere russischen Genossen hatten bei dieser Situation keinen Anlaß, hier gewaltsam vorzugehen. Ich sage also: aus allen diesen wechselnden Bedingungen unserer Stellung zu den Großbauern, aus den wechselnden sozialen Verhältnissen der Großbauernschaft selbst heraus müssen wir uns hier freie Hand lassen und wir wollen uns hier nicht programmatisch festlegen. Ein Programm steht allerdings für uns gegenüber allen diesen Großbauern fest, und das brauchen wir nicht zu formulieren. Es genügt, es deutlich und klar auszusprechen: daß wir in allen Streitfragen zwischen armen Kleinbauern und Großbauern auf der Seite der Kleinbauern stehen, und zweitens, daß wir in allen sozialen Differenzen zwischen der Arbeiterschaft eines Betriebes und einem Großbauern auf der Seite der Arbeiterschaft stehen werden. Ganz generell gesprochen: in allen den Konflikten, die sich herausstellen, in allen revolutionären Strömungen, die sich herausstellen zwischen Kleinbauernschaft und Großbauernschaft, zwischen ländlichem Gesinde usw. und dem Großbauern, werden wir auf der Seite der armen, der unterdrückten Bevölkerung stehen. Für alle diese sehr mannigfaltigen Verhältnisse und Situationen kann Ihnen natürlich das Agrarprogramm nicht detaillierte Anweisungen geben. Hier gilt es noch den eigenen Kopf auf dem Lande anzuwenden, und selbst das Richtige und Gehörige zu finden. Wenn nur einmal die grundsätzliche Stellung festgelegt ist, werden Sie selber in diesen Konflikten sich zurechtfinden. Also: das Agrarprogramm ist in allen diesen vielfach sehr verwickelten und wechselnden Fragen kein Rezept, das unsere Genossen des eigenen Denkens entbindet, sondern umgekehrt: es soll eine Anleitung sein, die sie zwingt, die konkreten Verhältnisse und die konkreten, bestimmten Konflikte und Anstöße zu revolutionären Aktionen auf dem Lande aufs genaueste selbst zu prüfen und selbst festzustellen, wo und an welchem bestimmten Punkte einzuhaken ist. Das müssen unsere Genossen selbst lernen.

Damit glaube ich die entscheidenden Punkte der agrarischen Verhältnisse in Deutschland berührt zu haben. Es bleiben noch eine Menge Detailfragen, auf die ich hier nicht eingehen kann. Wenn es irgend möglich ist, behalten wir uns vor, mit den Genossen, die vorwiegend in der landwirtschaftlichen Agitation tätig sind, noch eine besondere eingehende Besprechung über die Methoden der Propaganda auf dem Lande und über die unmittelbaren Aktionen abzuhalten. Hier ist es uns heute das Wichtigste, zu sagen, daß wir als kommunistische Partei die Agrarfrage nicht als eine in ferner Zukunft zu lösende Frage betrachten, sondern daß wir an ihre Lösung mit dem Bewußtsein herangehen, daß die Frage unmittelbar gelöst werden muß. Damit will ich den weiteren Rahmen für die Behandlung der Ernährungsfrage geben.

Sie wissen, daß die Erzeugnisse des Bodens allein nicht ausreichen, um die deutsche Bevölkerung zu ernähren. Das bedingt für uns, daß wir die kleinbäuerlichen Betriebe unbedingt in die revolutionäre Bewegung mit einbeziehen müssen. Sie wissen ferner, daß die überseeische Lebensmittelzufuhr heute durch eine ganze Reihe von Gründen gehemmt ist. Einmal fehlt die große russische Zufuhr. Dann bildet die gesunkene Valuta eine Sperrmauer zwischen Deutschland-Mitteleuropa und Amerika. Drittens spielt ein revolutionärer Grund mit hinein, daß nämlich in dem Lande,

das auf dem europäischen Lebensmittelmarkte eine große Rolle spielte, in Indien, eine revolutionäre Bewegung einsetzt, eine nationalrevolutionäre Bewegung, die die ökonomische Wirkung hat, daß die Hungerausfuhr von Lebensmitteln, die genau so aus Indien wie aus Rußland kam, immer mehr und mehr zurückgeht. Wenn der indische Bauer gegen den Großgrundbesitzer, gegen den englischen Ausbeuter rebelliert, so wird die erste Wirkung natürlich die sein, daß die Lebensmittelzufuhr geringer wird, daß er danach strebt, sich endlich selber satt zu essen.

Dazu kommt noch ein weiterer Faktor. Die großen, getreidebauenden Länder Kanada, die Vereinigten Staaten, Argentinien gebrauchen das, was sie an Lebensmitteln erzeugen, immer mehr für sich; die überseeischen Ausfuhren dieser Länder werden immer geringer. Das sind die Hauptmomente, die, im Weltmaßstabe gesehen, die Ernährungslage und die Ernährungspolitik von Mitteleuropa bestimmen.

Damit komme ich nun auf den Hauptrahmen: die Lösung der Agrarfrage und der Ernährungsfrage. Bei dieser Lösung können wir uns nicht auf Deutschland allein beschränken. Innerhalb der deutschen Grenzen allein ist die Agrarfrage nicht zu lösen. Der nächste Weg zu ihrer Lösung führt über den Osten, über Sowjetrußland, das ein ungeheures Reservoir von Lebensmitteln der Möglichkeit nach bildet, und er führt über die Bauernländer von Südosteuropa, die auch an sich revolutionäre Elemente genug enthalten, die Elemente einer agrarischen Revolution in sich bergen, die nur frei gemacht werden müssen, um hier weitere Agrar- und Lebensmittelreserven zu erhalten. Die russische Revolution hat zunächst die Wirkung gehabt, daß der Kleinbauer weniger ablieferte, sich satter aß. Aber der russische Boden kann für Europa ungeheure Reichtümer spenden, und zwar unter der Voraussetzung, daß hier aus Deutschland die technisch geschulte, fortgeschrittene Arbeiterschaft dem russischen Bauern zu Hilfe kommt. Wenn das geschieht, wird Rußland nach Deutschland in viel reicherem Maße Getreide ausführen können, als es je der Fall war, und es wird das Getreide dann nicht auf Kosten der hungernden Bauern ausführen, sondern unter Verhältnissen, wo der Bauer sich besser ernährt, als er sich je ernährt hat.

Damit glaube ich im allgemeinen den Rahmen dieser Fragen ausgefüllt zu haben. Ich ziehe zum Schluß noch eine praktische Schlußfolgerung, nämlich die, daß die neue Vereinigte Kommunistische Partei die Agitation und Propaganda auf dem Lande, die sie bisher nur ganz schwach in Angriff genommen hatte, ausbauen muß. Wir haben von der Kommunistischen Partei ein Landsekretariat errichtet, das zwei Abteilungen, eine für die Agitation unter den Landarbeitern, die andere für die Agitation unter den Kleinbauern, hat. Diese Zentralstelle für die landwirtschaftliche Propaganda muß erweitert werden, und die Mitarbeit der Genossen draußen auf dem Lande bei dieser Zentralstelle muß viel intensiver werden, als es bisher der Fall war.

Dann aber haben wir auch — und damit komme ich zum Schluß — als Vorhut des revolutionären Proletariats in Deutschland die unmittelbare Aufgabe, aus der sich immer mehr verschärfenden Lebensmittelnot heraus an die Spitze von Aktionen mit Landarbeitern und Kleinbauern zu treten. Ich habe den Rahmen dieser Aktionen hier eben schon gezeichnet; ich brauche hier also nicht weiter darauf einzugehen. Ich schließe damit, daß ich sage: das Land, der Landarbeiter ist dem städtischen Proletarier ein sicherer Verbündeter, eine unmittelbare und dringende Hilfe, wenn man nur an den

Landarbeiter herantritt und um seine Seele wirbt, wenn man ihn in seinen Aktionen unterstützt. Der Kleinbauer ist heute ein offener Feind oder schwankender Verbündeter. Er wird in der Zukunft vorübergehend der Gegner des ländlichen Proletariats sein; er muß aber heute schon über seinen Irrtum, über seine ganz tolpatschige Einstellung gegenüber der proletarischen Revolution aufgeklärt und durch Aktionen mit dem ländlichen Proletariat verbunden werden. Wenn Sie in dieser Linie nicht nur durch Propaganda, sondern auch durch Aktionen arbeiten, dann bin ich sicher, wird das Gespenst von der Unüberwindlichkeit und Unzugänglichkeit des Landes, das immer noch in den Köpfen mancher Arbeiter spukt, verschwinden, dann wird das Land, die breite halbproletarische Masse, mit den Arbeitern gehen. Erst unter dieser Voraussetzung wird nicht nur der Sieg der Arbeiterschaft und der proletarischen Revolution auch erfochten werden können. Nur unter dieser Voraussetzung werden wir selbst in der Zwischenzeit, in dieser Etappe, die ungeheuerliche, brennende Aufgabe der Lebensmittelversorgung in revolutionärem Sinne in Angriff nehmen können.

Vorsitzender Pieck: Wir treten nunmehr in die Besprechung ein. Das Wort hat Unfried-Stuttgart.

Unfried-Stuttgart: Auf Grund meiner praktischen Erfahrungen in der Landpropaganda kann ich dem vorgelegten Agrarprogramm vollkommen zustimmen. Es wird in seiner Auswirkung von grundlegender Bedeutung sein für unser ganzes ferneres Wirken unter den Bauern. Der Genosse Thalheimer wies am Schluß seiner Ausführungen auf die Notwendigkeit hin, die großen Massen der Kleinbauern für uns zu gewinnen. Ich möchte auf Grund meiner Erfahrungen ganz besonders auf dieses Gebiet eingehen, da die Frage der Gewinnung der Kleinbauern unzertrennlich verknüpft ist mit dem Charakter unseres Agrarprogramms.

Innerhalb der deutschen Bauernschaft, ganz besonders der Großbauern und Großgrundbesitzer, ist das Bestreben vorhanden, die gesamten Bauernmassen zu großen Einheitsorganisationen zusammenzufassen, um so einen reaktionären Wall aufzurichten gegen die gesamten revolutionären Arbeiter der Städte. Die großen Bauerntagungen in Süddeutschland waren der beste Beweis dafür. Auf allen Tagungen kau zum Ausdruck, daß, wenn die revolutionären Arbeiter der Städte es wagen würden, die heutige Ordnung anzutasten die Bauernführer die gesamte Bauernschaft gegen die Städte marschieren lassen würden. Um die Bauern zu mobilisieren, wurden in fast allen Bauernzeitungen Aufrufe erlassen. So wurde seinerzeit bei dem württembergischen Generalstreik von seiten des württembergischen Bauern- und Weingärtnerbundes folgender Aufruf verbreitet:

> „An unsere Landwirte! Schützt Haus und Hof! Wenn in den nächsten Tagen in Stuttgart oder in sonstigen großen Industriebezirken des Landes Unruhen irgendwelcher Art ausbrechen und um sich greifen, so muß diesen Störern der verfassungsmäßigen Ordnung sofort durch den mit voller Kraft einsetzenden Lieferstreik an sämtlichen Nahrungsmitteln der Ernst der Situation klargemacht werden. Wir wollen uns nicht der Diktatur einer Minderheit beugen, sondern unser gutes Recht bis zum Aeußersten verfechten. Bei Ausbruch des Generalstreiks sind alle aufs Land kommenden Hamsterer, weil sie zum größten Teil Spione sind, abzuweisen. Der Verkehr auf den Straßen ist aufs nachdrücklichste zu kontrollieren und jeder Versuch der Plünderung durch die Einwohnerwehr im Keime zu ersticken. Wo noch keine Einwohnerwehr besteht, sind solche in Anlehnung an die bestehenden Organisationen und unter An-

gliederung an dieselbe sofort zu schaffen. Sollten in Stuttgart oder anderen Teilen des Landes Unruhen oder Gewalttätigkeiten irgendwelcher Art vorkommen, so muß die gesamte Landwirtschaft rücksichtslos für die baldigste Wiederherstellung der Ordnung Sorge tragen. Das geschieht dadurch, daß es heißen wird: wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen! Geschäftsstelle des württembergischen Bauern- und Weingärtnerbundes. Im Auftrage Theodor Körner."

Genossen! Dieser Aufruf zeigt uns ganz klar, was die Reaktion im Schilde führt. Sie will die großen Massen der Klein- und Mittelbauern vor ihren Karren spannen. Um das zu erreichen, schürt sie den Gegensatz zwischen Bauer und Arbeiter und versucht, ihn unüberbrückbar zu machen. Unsere Aufgabe ist es, dagegen mit allen Mitteln zu arbeiten. Dieser Gegensatz wird aber nicht nur von den Reaktionären verschärft, sondern auch von der S.P.D. und der rechten U.S.P.D., die umgekehrt die Arbeiter gegen die Bauern aufhetzen und die Klein- und Mittelbauern für die hohen Lebensmittelpreise verantwortlich machen. Genossen, wir dürfen unter keinen Umständen in Bausch und Bogen jeden Kleinbauern, der nur ein paar Morgen Land bebaut, genau so behandeln wie die Großgrundbesitzer, als Schieber und Wucherer.

Der Genosse Thalheimer hat Ihnen ein treffliches Bild von der wirtschaftlichen Lage der Kleinbauern gezeichnet. Wenn wir das berücksichtigen, so wird unsere Einstellung zu diesen Kleinbauern eine ganz andere werden. Wir müssen deshalb auch mit den alten Methoden brechen, die man heute beliebt bei den Bauern anzuwenden. Ich glaube, die Erfahrungen, die wir mit der Zwangswirtschaft gemacht haben, sollten uns lehren, daß mit Gewalt nichts bei den Klein- und Mittelbauern zu erreichen ist. Wir dürfen nicht die Arbeiter als die Büttel der Regierung gegen die Bauern benützen lassen, wie es verschiedentlich geschehen ist in Sachsen und in anderen Gebieten, wo die Arbeiter im indirekten Auftrag der Regierungsorgane aufs Land gingen, um dort Nahrungsmittel zu requirieren. Dabei wurde nur erreicht, daß sich der ganze Haß der Bauern statt gegen die Regierung, gegen die Arbeiter richtete. Seien wir uns eingedenk der Leitsätze der kommunistischen Internationale, worin gesagt wird: Wer auf die Propaganda auf dem Lande verzichtet, muß auf die proletarische Revolution verzichten.

Seß-Bergedorf: Uns allen ist der Entwurf des Agrarprogramms zugegangen, und ich nehme an, Sie haben ihn alle gelesen. Ich muß von vornherein konstatieren, ein guter Geist hat den Verfasser nicht geführt. Diejenigen, die mit landwirtschaftlichen Verhältnissen vertraut sind und Erfahrung in diesen Dingen besitzen, können unmöglich diesem Entwurf zustimmen. Wenn man die Groß- sowie die Mittelbauern für den Kommunismus gewinnen will, so bin ich der Ueberzeugung, daß dies nicht geschehen wird. Wir haben es auch gar nicht nötig, denn wenn wir die große Masse der Landproletarier für unsere Ziele gewinnnen — und das müssen und werden wir —, dann haben wir das, was wir wollen. (Sehr richtig!)

Unter den Forderungen heißt es unter Ziffer 5, Absatz g: „Der Gutsrat bestimmt im Rahmen der zentralen Anordnungen: g) die Feststellung des Bedarfs an Betriebskapital". Danach sollen also die Gutsräte das Kapital feststellen, welches der Betrieb benötigt. Daraus geht hervor, daß man glaubt, in der kommunistischen Wirtschaftsweise auch noch weiter kapitalistisch zu produzieren. Damit kann ich mich absolut nicht einver-



standen erklären. Denn dieser Gedanke hat mit Kommunismus auch nicht das Geringste zu tun. Den Grund und Boden soll der landwirtschaftliche Arbeiter bearbeiten; und wenn das Proletariat im Besitz aller Arbeitsmittel ist, sowie den Willen zur Arbeit hat, so wird das die Ernährung des gesamten Volkes sicherstellen. Mit Kapitalismus darf diese Frage nicht verquickt werden. (Zuruf: Es handelt sich um die Uebergangszeit!)

Uebrigens kommen ähnliche Anschauungen auch darin zum Ausdruck, daß man mit den Begriffen Kleinbetrieb, Großbetrieb und Landarbeiter operiert. Eine Klassifizierung in Groß- und Kleinbesitz, Großbauern und Tagelöhner darf es bei uns nicht mehr geben.

Die Gedanken des wahren Kommunismus sind den Köpfen der Landarbeiter ebenso zugänglich wie denen des Industrieproletariats, denn es ist zu bedenken: alle leiden gleichmäßig unter dem Joche des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Nun sagt man, bei der Ablieferung müsse man den Bauern so gegenübertreten, daß sie aus menschlichem Empfinden der Ablieferung nachkommen. Da kennt man die Bauern wirklich schlecht! Der Bauer ist so selbstsüchtiger Natur, daß er lieber die zahlungsunfähige Masse verhungern läßt, als etwa seinen Gewinn in Frage zu stellen. Die Verhältnisse liegen so, daß das Landproletariat ebenso schwer hungern muß wie das städtische Proletariat. (Sehr richtig!) Wir müssen klipp und klar das aussprechen, was ist, und was werden soll. (Zuruf: Das ist selbstverständlich.) Wir müssen feststellen, daß der kleinste Besitzer in der Landwirtschaft ebenso raffiniert in der Ansammlungswut von Geld ist wie der Großgrundbesitzer. Und weil dem so ist, nützen keine Reformmittel, da muß eine Radikalkur angewandt werden: die Enteignung des Grund und Bodens wie es im ersten kommunistischen Manifest vorgesehen ist. Das muß unser grundlegender Gedanke sein, und um diesen zum Durchbruch zu bringen, fordere ich Sie auf, den Entwurf abzulehnen, um ein neues Programm aufzustellen, das wirklich kommunistischen Gedankengängen entspricht.

Zäuner-Bayern: Ich komme aus einem Teil des Reiches, der Ihnen besonders wegen der dort herrschenden Reaktion bekannt ist — der dunkelsten Reaktion, die man sich denken kann! — nämlich aus Bayern. In Bezug auf das Agrarprogramm möchte ich davor warnen, an einem Platze wie hier derartig radikale Aenderungen vornehmen zu wollen; denn ich betrachte das Agrarprogramm nicht etwa für ein Programm der Gegenwart, sondern als ein Zukunftsprogramm. Wer heute glaubt, die Bauern für unsere Ideen gewinnen zu können, dem geht es genau so wie denen, die schon 2000 Jahre auf den Messias warten, der nicht kommen will. Wir werden die Bauern niemals für unsere Ideen gewinnen.

Aber auf eins ist hinzuweisen. Die bayrischen Verhältnisse haben bewiesen, daß aus der Masse der bäuerlichen Bevölkerung während der Zeit der Räterepublik nicht soviel herauszubringen war, um sie zu konterrevolutionären Zwecken zu gebrauchen wie nötig gewesen wäre, um das Proletariat niederzukämpfen. Preußen haben wir gebraucht zu diesem Mord! Die bayrischen Bauern hatten damals geglaubt, daß nun das bei der Räterepublik in die Tat umgesetzt würde, was ihnen die Mehrheitssozialisten versprochen hatten, die Aufteilung des Landes. Ich bin gewiß auch ein Gegner der Landaufteilung, aber wer die Theorie und die Praxis der Landverteilung bei unseren russischen Genossen verfolgt hat, der muß sagen: in dem Moment der Machtergreifung blieb nichts anderes übrig, als dem Wunsche der Bauern nachzukommen. Ich bitte Sie, Genossen,

nicht immer zu kritisieren, sondern von der Reaktion zu lernen. Was tut die Reaktion? Sie hat die größten Zugeständnisse an die Bauern dadurch gemacht, daß heute in allererster Linie den Arbeitern und Beamten die Steuern abgezogen werden, während man beim Bauern in dieser Beziehung mit Glaceehandschuhen zugreift. Die Regierung weiß nämlich ganz genau, in dem Moment, wo sie auch das Geld von den Bauern einzieht, brauchen wir unter den Bauern nicht mehr Propaganda zu treiben, dann werden wir den Bauern viel revolutionärer finden als den Arbeiter.

Der Bauer ist heute genau in denselben Fehler verfallen wie im November 1918 leider der Arbeiter, als die Rebellion — Revolution kann man sie nicht nennen! — am 9. November ausbrach und auch vollendet war. Damals hat ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung den größten Wert auf Lohnkämpfe gelegt und weniger auf die politische Lage im allgemeinen. Der Bauer treibt heute Wucher bis zur Bewußtlosigkeit; seine Raffgier nach Geld kennt keine Grenzen. Selbst in bürgerlichen bayrischen Blättern, so neulich im „Bayrischen Kurier" erscheinen merkwürdige Artikel, in denen darauf hingewiesen wird, daß die nächsten Kämpfe in Bayern nicht zwischen Sozialisten und Reaktion oder Sozialisten und Fortschrittlern, sondern zwischen den Verbrauchern und Erzeugern geführt werden würden. Bei dem Wucher der Bauern muß die städtische Bevölkerung schließlich auf Mittel und Wege sinnen, wie sie diesem Wucher begegnen kann, und das führt zur Aktion. Ich wünsche sie selbstverständlich nur dann, wenn sie nicht zu einer Putschtaktik ausartet. Die Verhältnisse liegen also so: wir müssen sehr vorsichtig sein! Ohne den Bauern — seien wir doch ehrlich! — ohne einen gesunden Bauernstand ist es nicht möglich, einen gesunden Industrieproletarierstand zu erhalten, ebenso umgekehrt: ohne den Industrieproletarierstand kann kein Bauernstand existieren.

Katz-Hannover: Ohne die Gewinnung der Bauern werden wir eine Sowjetrepublik in Deutschland niemals errichten können (Sehr richtig! und Hört, hört!), auch wenn die Bauern heute noch so sehr Wucherer und noch so sehr konterrevolutionär gesonnen sind.

Das vorliegende Agrarprogramm soll wohl nicht so sehr unser Programm für die Zeit sein, wo wir die Macht haben — denn dann haben wir es nicht mehr nötig, allzusehr auf die Ansichten und Gewohnheiten der Bauern Rücksicht zu nehmen —, als vielmehr ein Agrarprogramm für die Agitation unter den Bauern. Wenn wir uns diesen Zweck des Programms vergegenwärtigen, wird manches, was darin außerordentlich opportunistisch klingt, etwas verständlicher werden. Etwas! Wir können zwar die Bauern nicht gewinnen, wenn wir tun, was ihnen grundsätzlich entgegen ist. Wir wollen aber untersuchen, ob diese Notwendigkeit die marxistische Fundierung unserer bisherigen Agitation ausschließt. Die russische Sowjetrepublik hat im Gegensatz zu unserer früheren Forderung der Sozialisierung des Grundbesitzes, der Vergesellschaftlichung der Großbetriebe und der Zusammenlegung der kleinen Güter zu Großbetrieben umgekehrt stellenweise weitgehende Aufteilung der Großgüter geduldet. Daraus macht man Sowjetrußland auf Grund angeblich marxistischer Anschauungen einen Vorwurf, weil wir zu sehr an die Kautskysche und Hofersche Agrartheorie, jedenfalls im Unterbewußtsein, gewöhnt sind. Wir führen es gleichsam als Entschuldigung an, daß wir aus agitatorischen Gründen nun etwas anderes unternehmen, als was ursprünglich eigentlich unsere Aufgabe wäre. Nichts falscher als das! Wenn wir einen der alten bürgerlichen Agrartheoretiker, Thünen, uns nutzbar machen, so kann jener



Fehler vermieden werden, der unsere Agitation etwas schwankend macht. Es ist falsch, zu fragen: ist nur der Großbetrieb oder nur der Kleinbetrieb angebracht? Das ist vielmehr eine technische Frage, die sich nach der Entfernerung der Betriebe vom Verbraucherorte richtet. In der Nähe der großen Verbraucherzentren muß intensive, in der Entfernung von diesen Orten extensive Wirtschaft betrieben werden. Wir müssen daher überall da, wo aus technischen Günden der extensive Großbetrieb am Platze ist, grundsätzlich den Großbetrieb fordern dort wo aus technischen Gründen der intensive Kleinbetrieb erforderlich ist — und vieles was an Gewohnheiten, an Herkommen, an tatsächlicher Agrarverfassung vorliegt beruht auf diesen technischen Vorbedingungen, — auch den Kleinbetrieb allerdings auf genossenschaftlicher Grundlage fordern. Diese Thünensche Theorie (Zuruf: Die setzt doch den Kapitalismus voraus!), modifiziert durch die Eisenbahnverhältnisse und andere moderne Entwicklungserscheinungen, kann die Basis werden für eine weitere Klärung unserer sozialistischen Maßnahmen.

Der Sozialismus besteht äußerlich betrachtet in zweierlei: in der rein rechtlichen Expropriation und zum andern in der rein technischen Ausnutzung aller Vorbedingungen zur Steigerung der Produktivität. Solange nicht das erste erreicht ist, müssen wir das zweite mit allen Mitteln zu erreichen versuchen. Hier kommt uns der kleinbäuerliche Betrieb entgegen. Ueberall, — besonders in meiner Heimat —, dem Ausgangspunkt der genossenschaftlichen Betriebsform — finden wir den genossenschaftlichen Betrieb, d. h. zunächst die Genossenschaft der Absatzproduktion usw., weitergehend dann auch die Vergenossenschaftung der Bestellung selbst, bis zur Verteilung der Anbauarten, zum Teil soweit ausgedehnt, daß es in manchen Gegenden ein gutes Gegenstück zu der auf dem Industriegebiete durchgeführten technologischen Verbesserung durch die Syndikate bildet. Kommen wir dieser Genossenschaftsidee der Bauern entgegen, haben wir den besten Ansatz für unsere Agitation. Ich kann eigene günstige Resultate berichten. Das begreift eben der Bauer, was er jeden Tag selber tut, was er vom Sozialismus als Technik am ersten sich zu eigen gemacht hat.

Was ich bisher sagte, bezog sich auf die Produktionsweise. Der Grund und Boden aber muß grundsätzlich überall (beim Groß- wie beim Kleinbauern) Gemeindeeigentum werden. (Sehr richtig!) Darin dürfen wir keinerlei opportunistische Konzessionen machen. Der Grund und Boden darf kein Spekulationsobjekt bleiben; denn das ist er: nicht bloß Produktions-, sondern auch Spekulationsobjekt! In einem kommunistischen Programm darf die Belastung des privaten Grundeigentums nicht stehen. Ich möchte weiter bitten, keinen Unterschied zu machen zwischen Großbetrieb auf Grundlage der Rittergutsverfassung und Großbauernbetrieb, weil diese ineinander übergehen und in der Praxis kaum voneinander zu unterscheiden sind.

Ich möchte dann, daß im Programm auf die Frage des Anbauzwanges und der Ablieferung eingegangen wird. Der Bauer hat ein gutes Gefühl dafür, daß es z. B. ungerecht ist, daß er, wenn er 10 Hektar Boden hat und 2 Hektar mit Nutzsaat bestellt hat, alles abliefern muß, während der Großgrundbesitzer mit seinen 100 Hektar, der nur 2 Hektar bebaut hat, auch nur diesen Ertrag abzuliefern braucht. Wir müssen in unserer Agitation verlangen, daß sich die Ablieferung nicht nach dem Produzierten, sondern nach dem Produzierbaren, nicht nach dem tatsächlich Erzeugten, sondern nach der Fläche richten muß, und daß der Anbauzwang durchgeführt werden muß.



Aus allen diesen Gründen möchte ich bitten, das Agrarprogramm nicht in der Fassung anzunehmen, wie es uns vorliegt, sondern es an eine Kommission zurückzuverweisen. Es ist nicht notwendig, daß wir es heute schon fertig hinausgehen lassen, sondern richtiger, daß erst eine Umarbeitung vorgenommen wird, die nach gründlicher Prüfung der einzelnen in der Diskussion vorgebrachten Tatsachen erfolgen muß.

Ein sehr schwieriges Problem enthält die Frage des Föderalismus. Es wird Ihnen nicht unbekannt sein, daß die föderalistische Bewegung in allen Landesteilen Deutschlands sich wesentlich auf die Bauern stützt, nicht nur bei uns in Nordwestdeutschland, wo sich eine besondere föderativ-separatistische Bewegung entwickelt hat. Wir haben außerordentlich viel Stimmen unter den Bauern gewonnen, ja wir haben reine Bauerndörfer gehabt, in denen die überwiegende Mehrzahl der Stimmen für die Unabhängige Sozialdemokratie abgegeben worden ist. Wie kommt das? Auch die Unabhängige Sozialdemokratie war föderativ. Ich habe vor kurzem mit einem Bauernführer meiner Heimat gesprochen und es ist mir auch sonst mehrfach erklärt worden: lieber eine föderativ gerichtete Arbeiter- und Bauernrepublik als ein unitarisches Preußen! Solche Anschauungen finden sich natürlich nur in eiznelnen Landesteilen, aber es fragt sich, ob es nicht angebracht ist, gewisse ähnliche Vorgänge in Rußland auch für uns praktisch maßgebend sein zu lassen. Bayern ist für Deutschland vielleicht dasselbe, was die Ukraina für Rußland bedeutet; ähnlich vielleicht auch Niedersachsen, was die russischen Randstaaten im Westen. Diese Frage, die ich hier nur ganz kurz streifen konnte, ist natürlich eine heikle Frage, weil auf diesem Gebiet noch zu wenig Rücksprache unter uns stattgefunden hat.

Wir müssen jedenfalls unsere agitatorische Beeinflussung der Bauern mit einer klaren grundsätzlichen Stellungnahme unseres Endprogramms verbinden. Wir dürfen kein opportunistisches Agrarprogramm aufstellen, sondern ein Programm, das enthält, was getan werden muß, mit klarem ganz deutlichem Hinweis auf das Endziel. Dann werden wir auch die Kleinbauern und Landarbeiter gewinnen. Ohne die Bauern sind wir nichts! Mit den Bauern in einer vereinigten Bauern- und Arbeitersowjetrepublik sind wir unüberwindlich!

Giesch-Brandenburg: Wenn wir uns das Agrarprogramm ansehen, so dürfen wir nicht verkennen, daß wir uns in einem Uebergangsstadium befinden. Was darin enthalten ist, ist doch noch nicht der Abschluß dessen, was wir erwarten; jedoch können wir uns vorläufig mit dem Inhalt desselben zufrieden geben. Die Aufteilung des Großgrundbesitzes lehnen wir ab, da die Zerlegung des Großgrundbesitzes nicht die Produktion fördern, sondern hemmen würde. Durch Schaffung von Mustergenossenschaften wird sich der Klein-, sowie Mittelbesitz auch bald genötigt sehen, sich in Genossenschaften zusammenzuschließen. Sind dieselben doch heute schon durch die kapitalistische Gesellschaftsordnung gezwungen, sich zum Teil zusammenzuschließen. Die Agitation auf dem Lande muß intensiver gestaltet werden als bisher. Wir dürfen uns nicht nur alle Vierteljahr einmal sehen lassen, sondern müssen ununterbrochen die einzelnen Touren bereisen, um so das Land mit der ländlichen Bevölkerung enger zu knüpfen, dann wird es uns auch gelingen, die ländliche Bevölkerung für uns zu gewinnen.

Schwarz-Kiel: Ich komme aus Schleswig-Holstein. Im Osten der Provinz haben wir vorwiegend Großgrundbesitz, mit einem teilweise radikalen Proletariat. Im Westen Großbauern und Kleinbauern, die Pächter der Großbauern sind. Wir können uns freuen, daß das Agrar-



programm in größter Fülle und Mannigfaltigkeit praktische Fragen anschneidet. Es gibt Leute, die durchaus noch auf dem alten Standpunkt stehen: Die drüben auf dem Lande sind einheitlich reaktionäre Massen. Auch diese Genossen werden sich in dem Augenblick, wo wir daran gehen, die Probleme, die sich bergehoch vor uns auftürmen, anzupacken, anders anstellen müssen, wenn sie nicht die Diktatur des Proletariats in Frage stellen wollen. Es ist hier ein Einwand aufgetaucht, der mit Vorliebe von den Rechtsunabhängigen gebraucht wird, die da sagen, wir trieben Opportunismus. Es ist etwas ganz anderes mit dem Opportunismus vor und nach Ergreifung der Macht. (Sehr richtig!) Genossen! Ihr seid noch eingestellt auf die Anschauung des ersten Zeitabschnittes, darum verbindet Ihr mit den Worten Oportunismus noch immer diese scheußlichen Begriffe. Der Oportunismus vor Ergreifung der Macht stärkt die Bourgeoisie, wie er nach der Macht das Proletariat stärkt.

Erstens möchte ich einwenden, daß man das Großbauerntum nicht so ausdrücklich nennen darf, wie es in diesem Programm geschieht. Oder noch einmal, es handelt sich um die grundsätzliche Einstellung zu diesem Programm. Sind wir Theoretiker oder wollen wir Praktiker der Revolution sein, den Sozialismus als etwas Laboratoriumreines betrachten, oder als die morgende Tat unseres Lebens? Vielleicht könnte man an die Spitze des Agrarprogramms eine klare, prinzipielle Erklärung setzen und sagen: Selbstverständlich ist der reine Sozialismus auf diesem Gebiete unser Ziel und die Maßnahmen des Programms als Uebergangsaufgabe kennzeichnen. Daneben könnte die praktische Entschlossenheit bekanntgemacht werden, den Widerstand selbst halbproletarischer und proletarischer Schichten niederzuschlagen, wenn diese uns im Kampfe sich entgegenstellen. Wir wollen nicht bewußtlos wie die Proletarier alter Zeiten in die Aktion hineintaumeln, um dann, nachdem unsere Scharen wirr und regellos geworden sind, gebändigt, aber zu spät zurückgeworfen zu werden, auf die Notwendigkeiten des wirtschaftlichen Kampfes.

Noch eins: die Bourgeoisie hat immer versucht, das Proletariat, in diesem Falle Stadt und Land, zu trennen. Dieses Programm eint im Sinne des kommunistischen Manifests die Stadt mit dem Lande.

Glücklich scheint mir auch der Ausdruck Markgenossenschaft zu sein. Knüpft er doch in durchaus schlüssiger Weise an die Gefühle der Landbevölkerung an, die nun einmal bodenständiger ist, als die in der Stadt.

Man sagt, die Russen werden die allergrößten Schwierigkeiten mit ihren Bauern haben, wenn sie sie erst werden auf den wirklichen Sozialismus dressieren müssen. Dem wird nicht so sein. Thalheimer hat einmal mit Recht darauf hingewiesen, welche Mittel mehr oder minder sanften Zwangs den in der Macht befindlichen Proletariern zur Verfügung stehen. Man kann letzten Endes darauf hinweisen, daß Sozialismus ja nicht nur Entbehrung und Vernichtung, sondern Reichtum auch und Erhöhung des Daseins der Volksgesamtheit ist.

Ich will schließen, indem ich sage: Heraus aus der engherzigen Einstellung, wie sie ein Teil des Proletariats noch inne hat und unter Wahrung unseres Kampfgedankens und unserer Ziele hinein in den Kampf unter realem Banner und für die nächsten Ziele.

Schulz (Leiter der Abteilung Land): Der Entwurf des Agrarprogramms ist durchaus von dem Geist der Leitsätze der Dritten Internationale getragen, nachdem der Punkt 11 unter B gefallen ist. Es ist nicht so, daß

wir Kommunisten etwa mit dem Agrarprogramm den Junkern und Großbauern das Leben erleichtern wollten — den Junkern gehen wir ganz gewiß an ihren Großgrundbesitz. Das Agrarprogramm soll dazu dienen, den Klassenkampf aufs Land zu tragen. Das ist die Aufgabe des Programms, daß wir dem Landproletariat ganz klar und deutlich sagen, wie es steht, daß wir ihnen mit unserem Agrarprogramm die Richtlinien für den Klassenkampf klar vorzeichnen. Niemand kann behaupten, unser Programm sei getragen vom Geist der Hilferdinge, der es nicht ernst mit der Sozialisierung meint, der den Grund und Boden nicht vergesellschaften will. Entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes ist dagegen Grundsatz unseres Agrarprogramms. Darüber aber müssen wir von vornherein alle im klaren sein, daß die Uebernahme der kleinbäuerlichen Betriebe unmittelbar nach dem Umsturz ein Ding der Unmöglichkeit sein wird. Diese ungezählten Kleinbetriebe können wir nicht ohne weiteres in die sozialistische Produktion überführen. Sie müssen, wie es auch die russischen Genossen getan haben, nicht durch Zwang, sondern durch Ueberredung, durch Belehrung, durch Beispiel in die neue Ordnung überführt werden. Das ist die Aufgabe, die wir auf dem Lande zu lösen haben. Daneben steht die andere Aufgabe, daß wir der proletarischen Revolution eine gewisse Sicherheit in bezug auf die Lebensmittellage geben. Dazu dient und muß die Enteignung des Großgrundbesitzes dienen. Die proletarische Revolution muß Land zu ihrer Verfügung haben, das uns bis zu einem gewissen Grade von der Versorgung durch das Bauerntum frei macht. Bisher haben wir uns leider auf dem Lande wenig Bundesgenossen herangezogen. Was wir als Bundesgenossen auf dem Lande haben, sind zunächst die Millionen Landarbeiter, die ganz instinktiv zu uns eilen, und wenn wir ihnen klar sagen, wie sie stehen, dann werden sie nicht nur instinktiv, sondern mit vollem Bewußtsein zu uns kommen. Es ist kein Zufall, daß die 20 000 Landarbeiter, die vor dem Kriege gewerkschaftlich organisiert waren, jetzt während der Revolution fast zu einer Million geworden sind und daß diese Landarbeiter jetzt unzufrieden gegen die Leitung des Landarbeiterverbandes aufbegehren. (Sehr richtig!) Die Landarbeiter wissen, diese Leitung steht unter der Führung der Rechtssozialisten, der Opportunisten. Sie hören, sehen und fühlen: diesen Leuten ist es nicht ernst mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, nicht ernst mit der Beseitigung der Junkermacht. Kein anderer als der Führer der rechtssozialistischen Gewerkschaftsbürokratie im Landarbeiterverband, Georg Schmidt, hat in einem Vortrage es ausgesprochen: die Privatwirtschaft in der Landwirtschaft müssen wir einstweilen aufrechterhalten, und damit es recht deutlich für jeden wurde, fügte er hinzu: auch die genossenschaftliche Führung der Landwirtschaft durch die Landarbeiter ist zunächst nicht möglich; dazu sind die Landarbeiter noch nicht reif. Von diesem Standpunkt aus werden die Landarbeiter in die Politik der Arbeitsgemeinschaften hineingetrieben, und die Folge ist, daß sich der Widerspruch gegen diese Politik innerhalb der Landarbeiterschaft in allen Gegenden Deutschlands Bahn bricht. Das ist der beste Beweis dafür, daß, wenn wir dorthin gehen, wohin wir gehören, aufs Land, auch die Landarbeiter in unsere Gefolgschaft kommen werden. (Zustimmung.) Die neue Partei muß ihre Angriffsfront rücksichtslos gegen die Arbeitsgemeinschaften und gegen die von den Rechtssozialisten geleitete Gewerkschaftsbürokratie wenden. Wir müssen unser besonderes Augenmerk auf die Kerntruppe der proletarischen Revolution auf dem Lande, auf die Landarbeiter, richten,

die Proletarier sind wie wir. Mit Recht hat schon Genosse Thalheimer darauf hingewiesen: die soziale Lage des Landarbeiters ist so, daß er trotz des Deputats gezwungen und getrieben wird, an unsere Seite zu treten. Wenn die Junker schreien und erklären: „Die Landarbeiter schieben und hamstern und wuchern noch mehr wie wir! Sie verkaufen ihre Deputate zu Wucherpreisen und suchen damit die Städter auszubeuten", dann kann man ihnen sehr gut entgegenhalten: Ihr lügt, weil Ihr verschweigt, daß die Geldlöhne, die Ihr den Landarbeitern gebt, einen sehr geringen Wert darstellen — das kommt in allen Tarifverträgen zum Ausdruck! Aus der tariflichen Steigerung des Wertes der Deputate, die den Landarbeitern zunächst nicht einen Pfennig einbringt, leiten die Junker gewöhnlich die Behauptung ab: die Löhne der Landarbeiter seien ungeheuer gestiegen. Der eigentliche Barlohn, den der Landarbeiter neben seinem Deputat erhält, steigt durchaus nicht im gleichen Prozentverhältnis, wie der Wert des Deputats, der oft um 300, 400 Prozent und mehr, indessen der Barlohn in den Tarifverträgen gewöhnlich nur um 100 Prozent erhöht wird. Das ist ein Beweis dafür, daß die Landarbeiter nicht etwa deswegen, weil sie das städtische Proletariat ausbeuten wollen, gelentlich ihre Deputate zu höheren Preisen verkaufen sondern, daß sie, weil sie keine Barmittel haben, gezwungen sind, das Deputat, das ihrer körperlichen Erhaltung dienen sollte, fortzugeben. Wir haben keine Ursache, deswegen den Landproletariern den Strick um den Hals zu legen, sondern wir sollten zu ihnen gehen und ihnen sagen: der Niederbruch der Junkerherrschaft wird euch auch befreien von dem Zwange, euer Deputat, euer Brot zu verkaufen, damit ihr euch Kleidung kaufen könnt! Wenn ein Genosse hier sagte, bei der Enteignung des Grund und Bodens müsse alles Land, auch das der Kleinbauern, enteignet werden, so glaube ich, das wäre das törichtste, was wir machen könnten. (Sehr richtig!) Wir haben in Deutschland eine Bodenbesitzverteilung, die ganz gewiß revolutionierend wirkt. Von den 31 Millionen Hektar, die in Deutschland landwirtschaftlich genutzt werden, sind 16 Millionen in der Hand der Großbauern und der Junker, die nach der Statistik 285 000 Betriebe innehaben. Ihnen gegenüber stehen 5 Millionen Mittel-, Klein- und Zwergbauern, die nicht einmal die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche Deutschlands haben. Gehen wir aufs Land und sagen wir diesen Schichten: eure Rettung liegt darin, daß ihr euch nicht mehr durch die Industriebarone ausbeuten laßt, die euch zu schweren Preisen Geräte, Maschinen, Düngemittel usw. aufhängen, sondern indem ihr in brüderliche Beziehungen zu den Arbeitern tretet und euren Bedarf genossenschaftlich bezieht. So haben wir die Möglichkeit, aus diesen Millionen Kleinbauern vielleicht keine Kampftruppe, aber doch treue Freunde zu bilden. Man braucht nur die Veröffentlichungen des Genossen Miljutin, des Volkskommissars für Landwirtschaft in Rußland, zu lesen, und man hat sofort den Eindruck: anders ist die proletarische Revolution überhaupt nicht zum Siege zu führen als durch das brüderliche Zusammenarbeiten der Arbeiterschaft mit den Kleinbauern. Daß sie von selbst schon durch die Logik der Tatsachen zur genossenschaftlichen, sozialistischen Betriebsführung übergehen werden, ist gewiß, und daran zu zweifeln, haben wir keinen Anlaß, schon deswegen nicht, weil wir im kapitalistischen Staate sehen, wie die klügeren Beurteiler der Agrarfrage den Kleinbauern heute bereits sagen: wenn ihr euch helfen wollt, dann nützt nur die genossenschaftliche Produktionsweise und den gemeinsamen Bezug der Maschinen, Geräte und sonstigen Bedarfsgegenstände. Wir wissen aber, daß diese Predigt in

kapitalistischem Munde eine Predigt bleibt, daß die Kapitalisten damit die Kleinbauern gängeln wollen, während wir ihnen garantieren können die Verwirklichung der Hilfe und der Erleichterungen, die die genossenschaftliche Wirtschaft den Kleinbauern bietet. Das führt uns die Kleinbauern zu und bindet sie an die Fahne der Revolution.

Damit komme ich zum Schluß. Ich kann nur sagen: wir müssen klar sehen, wer unser Gegner, wer unser Freund ist. Es ist auf dem Lande für uns das Landproletariat. Der Großbauer und der Junker sind unsere Feinde. Ich betone aber noch einmal: Aufnahme der Agitation auf dem Lande ist die notwendige Voraussetzung dafür, daß wir vorwärts kommen. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, mir zu erlauben, Ihnen zum Schluß folgenden Antrag zu unterbreiten:

„Der Vereinigungs-Parteitag bestätigt den Beschluß des April-Parteitages der K.P.D., nach dem ein besonderes Zentralsekretariat zur Betreibung der Landpropaganda errichtet worden war. Der Parteitag verpflichtet alle Bezirke und Ortsgruppen, die in dem Beschlusse geforderten Organe zur Landpropaganda unverzüglich zu schaffen."

Das ist das mindeste, was wir tun müssen. Wir müssen von Partei wegen die Organe der Partei nötigen können, die Aufgaben der Landpropaganda zu lösen. Ich will den Beschluß nicht im einzelnen begründen. Er läuft auf nichts anderes hinaus, als daß in allen Bezirken und Ortsgruppen Agitationskommissionen, Propagandaeinrichtungen geschaffen werden, die das Landproletariat aufrütteln und zum Kampf rufen sollen. Erst die Vereinigung des Land- und Stadtproletariats ist die Garantie für den Sieg der proletarischen Revolution.

Wurm (Wanderlehrer): Wie in der Frage der Industrie, so müssen wir auch in der Landfrage unserer Einstellung nicht eine abstrakte Theorie zugrunde legen, sondern die soziale Bewegung selbst, die den Verlauf der Geschichte bestimmt. Daraus ergibt sich aber, daß wir nicht in jedem Falle die Beseitigung des Privateigentums an Grund und Boden fordern können. Die Beseitigung des Privateigentums ist kein einmaliger Akt, sondern sie verläuft in Phasen, deren letzte Auswirkung das vollkommene Gemeineigentum erst herstellen wird. Ebensowenig wie wir dies durch einen einmaligen Akt bei der Industrie erreichen und demgemäß auch nicht fordern, dürfen wir noch weit weniger eine solche Forderung bei der Landwirtschaft stellen. Es ist darum falsch, wenn der Genosse Katz sagt, daß wir unter allen Umständen auf diesen Gesichtspunkt unser Hauptaugenmerk richten müßten. Auch halte ich es für falsch, wenn gesagt wird, daß wir nach der Machtergreifung mit den Bauern ganz anders reden können, wie wir es heute tun. Unsere Stellung gegenüber den Bauern nach der Machtergreifung unterliegt keiner Veränderung. Dies trifft in erhöhtem Grade für die Kleinbauern zu, weil sie nichts uns Entgegengesetztes sind. Die rückständige Form ihrer Produktionsweise zwingt uns, sie auf dem Wege der Anschauung dem sozialistischen Gedanken näherzubringen. Wenn wir die Agrarfrage in der sozialen Bewegung betrachten, so müssen wir zwei Phasen unterscheiden, einmal die politische und dann die ökonomische. Als politische Frage liegt sie bei den Kleinbauern so: wie nutzen wir sie möglichst aus, um sie als Kräfte für die Revolution zu gewinnen, oder wenn wir damit nicht zum Ziele kommen, wie können wir sie dahin bringen, daß sie nicht aktiv in den Kampf gegen uns eingreifen. Gelingt uns letzteres, so haben wir das erreicht, was sich im Rahmen des Möglichen erreichen läßt. Erst nach dieser Frage tritt sekundär die ökonomische, die Frage der Ernährung,



in den Vordergrund, und mit ihr die Frage der volkswirtschaftlichen Lösung des Landproblems.

Was hier theoretisch skizziert, sehen wir heute praktisch im Verlauf der russischen Revolution. Die dialektische Bewegung, die hier besonders klar hervortritt, gibt unseren Gegnern dauernden Anlaß, über die Schwächen und unsozialistische Methodik der revolutionären Entwicklung in Rußland zu reden.

So hören wir „Rückkehr zum Kapitalismus, Rückkehr zum Privateigentum" in Rußland. Tatsache ist aber zunehmende Macht der proletarischen Klasse über die Bourgeoisie. Die vollkommene Macht über die Bourgeoisie zu gewinnen, ist kein einmaliger Akt, er ist Etappenweg, dem analog die Entwicklung in den Produktionsverhältnissen geht. Wenn somit unmittelbar nach der Machtergreifung jeder ideologische Einfluß der Bourgeoisie ausgeschaltet werden muß, so bedeutet das nicht, daß nach Festigung der Macht die intellektuellen Kräfte der Gesellschaft, die geistig von der Bourgeoisie beeinflußt sind, nicht in den Dienst des kommunistischen Aufbaues gestellt werden. Im Gegenteil, ihre Bildung, ihr Wissen ist Allgemeingut, und die Gesellschaft muß für sich das Recht in Anspruch nehmen, diese Kräfte in ihren Dienst zu stellen. Wir sehen somit den zwiespältigen Charakter des Problems, seine politische und seine soziale Seite. Ausschlaggebend, also primär, bleibt zunächst die politische. Somit im Anfang Unterdrückung aller Kräfte der Gegenrevolution.

Unter ähnlichen Bedingungen sehen wir auch die Bewegung auf dem Lande vor sich gehen, wobei entsprechend der Rückständigkeit der Produktionsform der Kleinbauern das Problem des Kommunismus nur auf dem Wege der Anschauung gelöst werden kann.

Ein anderes Problem, das außerhalb dieses Rahmens liegt, scheint mir von besonderer Wichtigkeit zu sein: ich meine das Siedlungswesen. Wir finden heute, daß gerade die Sozialdemokratie beider Schattierungen bei ihrer Einstellung zu den Problemen des Landproletariats das Siedlungsproblem in den Vordergrund rückt. Die Frage steht nicht allein so, daß sie den Kriegsteilnehmern etwas ganz besonderes geben wollen, sondern umgekehrt beweist dieser Zustand, daß man unter den heutigen Machtverhältnissen nichts zu tun in der Lage ist, dem Proletariat zu helfen. So kommt man auf eine Phase zurück, die Engels einmal in einem Briefe geschildert hat, wo er sich über den Weltkrieg ausläßt. Dort sagt er, daß nach einem verlustreichen Weltkriege für Deutschland die Situation so kommen wird, daß einerseits die Industrie von Amerika abhängig, und daß andererseits ein Zurückgehen auf einen früheren Stand in der Produktionsform der Landwirtschaft versucht werden wird, da jeder sozial tiefstehende Mensch versucht, die sozialen Probleme für sich im engsten Umkreise zu lösen. Warum sind heute gerade die Proletarier so stark für den Siedlungsgedanken eingenommen? Doch nur deshalb, weil sie eine bis zur Lebensunmöglichkeit gesteigerte Situation vorfinden. Sie sehen ihre Lage, die sie nicht ohne weiteres bessern können und hoffen, auf dem Wege der Landbeschaffung etwas zu erreichen.

Das Interesse der Schwerindustrie an dieser Siedlungspolitik ist die andere Seite, und gerade in den Gebieten, wo sie ihren Sitz hat, in Rheinland-Westfalen besonders, finden wir heute die ausgedehnteste Siedlungstätigkeit. Warum? Für die Rohstoff erzeugende und verarbeitende Industrie ist es eine außerordentlich wichtige Frage in welchem Verhältnis sie Löhne ausgibt, in welchem Verhältnis sie das Kapital für Arbeitskräfte an-

wendet. In dieser Industrie ist außerordentlich wenig Kapital in Sachen, in Produktionsmitteln angelegt, die größte Kapitalmenge äußert sich in der Ausgabe der Löhne. Siedeln sie ihre Arbeiter an, so wird ein Teil der Ernährung der Arbeiter ohne Geldlohn sichergestellt, und damit dem Kapitalisten die Möglichkeit gegeben, die Forderungen der Arbeiter herabzudrücken. Gelingt dieser Plan in der Schwerindustrie, so muß er ohne weiteres auf die ganze proletarische Klasse rückwirken. Wir werden also diesem Siedlungsgedanken unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden haben. Wir müssen dagegen Stellung nehmen und den Proletariern klar beweisen, daß dieser Weg, das soziale Problem nur für die eigene Person, im engen Umkreis zu lösen, nie zum Ziele führen kann, daß er dadurch ohne weiteres wieder in den alten Zustand hineingeworfen wird, und eine solche Lösung des Problems nur erhöhte Ausbeutung, weitere Verelendung bedeutet. Trotz alledem wird diese Bewegung durch die Notlage der Proletarier noch weiteren Boden finden. Darum sähe ich es gern, wenn in der Einleitung zum Agrarprogramm ganz kurz auch auf das Siedlungswesen eingegangen und unsere Stellung dazu präzisiert würde. Gewiß gehört dieses Problem nicht unmittelbar zur Agrarfrage, aber wir finden keine Möglichkeit, innerhalb eines anderen Gebietes auf diese wichtige Frage einzugehen.

Hoernle (Redakteur des „Pflug"): Für die Mehrzahl der Genossen ist die Agrarfrage Neuland. Wir müssen uns deshalb zunächst einmal mit dem ABC der Agrarfrage beschäftigen, mit der Begriffsbestimmung: Was ist ein Bauer? Es gibt keine Bauern, d. h. Bauern als einheitliche soziale Schicht, als einen besonderen „Bauernstand". Es gibt kapitalistisch wirtschaftende Großgrundbesitzer und Großbauern; es gibt Mittel- und Kleinbauern, die zwar Besitzer ihrer Produktionsmittel sind, aber niemanden ausbeuten höchstens sich selbst und ihre Familie. Drittens gibt es Zwergbauern. Das sind die ländlichen Tagelöhner, Häusler und dergleichen, die sich trotz kleinen Besitzes in der Hauptsache von der Lohnarbeit auf den Gütern der großen Besitzer ernähren. Zwischen diesen letzteren Schichten und den Agrarkapitalisten besteht ein tiefer wirtschaftlicher und sozialer Gegensatz. Die Agrarier geben sich die größte Mühe, diesen Gegensatz zu verschleiern, um Klein- und Mittelbauern in ihre politische Gefolgschaft zu zwingen. Die Ideologie des „Bauern" im Gegensatz zum „Städter" ist eine reaktionäre Ideologie. Lesen Sie die Junkerpresse. Dort spielt das Schlagwort von der „Einheitsfront der Landwirtschaft" eine bedeutende Rolle.

Daraus ergibt sich für uns, daß wir das Gegenteil von dem tun müssen, was das Agrarkapital tut. Wir müssen den Unterschied zwischen kapitalistischer und nichtkapitalistischer Landwirtschaft aufs schärfste betonen, wir müssen einen Keil treiben zwischen die Herrenbauern und die Arbeitsbauern, wir müssen das Agrarkapital vernichten und die arbeitenden Bauern für den Kommunismus gewinnen.

Wie greifen wir das an? Die Sozialdemokratie hat bisher genau das Gegenteil von dem getan, was not tut, und auch in den Köpfen vieler Kommunisten spukt noch die falsche Einstellung zur Bauernfrage. Ich will Ihnen das an einem Beispiel beweisen, an der Frage der Zwangswirtschaft. Was ist denn diese Zwangswirtschaft? Nichts anderes als der Versuch, den Profit des Agrarkapitals zugunsten des Industriekapitals zu beschneiden. Als der Krieg ausbrach, bedurfte das Industriekapital, um die Konjunktur voll ausnutzen zu können, billiger Arbeitskräfte, also billiger

Lebensmittel. Das Agrarkapital ließ sich das gefallen, solange der Krieg dauerte. In dem Augenblick jedoch, als der Zwang des Krieges fortfiel, machte das Agrarkapital seine Ansprüche geltend und erklärte: Nieder mit der Zwangswirtschaft. Es entspann sich nun ein häuslicher Zwist zwischen beiden Kapitalgruppen. In diesem Streit war es die Pflicht des Proletariats, nicht Partei zu ergreifen für das Industriekapital gegen das Agrarkapital, sondern den Kampf aufzunehmen gegen beide: Industriekapital und Agrarkapital, wobei es sich der Hilfe der Landarbeiter und Kleinbauern versichern mußte. Darin besteht eben eines der Kapitalverbrechen der Sozialdemokraten und der Gewerkschaftsbürokratie, daß sie, statt den Kampf aufzunehmen gegen den Krieg und gegen die ausbeutenden Industriekapitalisten, sich einspannen ließen für die Sonderinteressen des Industriekapitals. Die Folge dieser Politik bestand darin, daß ein scharfer Konflikt geschaffen wurde zwischen dem arbeitenden Volke in der Stadt und den Massen der kleinen und mittleren Bauern auf dem Lande. Die Kleinbauern flüchteten in das Lager der äußersten Reaktion, während den Industrieproletariern ihre Zwangswirtschaft auch keinen Vorteil brachte.

Im Gegensatz hierzu müssen wir den Schnitt ziehen nicht senkrecht, zwischen Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft, sondern wagerecht zwischen Unten und Oben, zwischen den Ausgebeuteten und den Ausbeutern, sowohl in der Industrie wie in der Landwirtschaft. Für uns Kommunisten gibt es also kein Zurück zur Zwangswirtschaft, ebensowenig wie ein Zurück zur „freien Wirtschaft", sondern nur ein Vorwärts zur Kontrolle der Produktion und zum direkten Austausch der erzeugten Produkte durch die Organe des gesamten arbeitenden Volkes.

Der Kampf um diese Kontrolle, um diesen direkten Austausch wird sich naturnotwendig auswachsen zum Kampf gegen die kapitalistische Staatsordnung selbst. Zu diesem Kampf bedürfen wir der Mitarbeit, mindestens aber der wohlwollenden Neutralität der kleinen und mittleren Bauern. Vor 20 und 30 Jahren waren die Landarbeiter Norddeutschlands noch der stärkste Rückhalt der Junkermacht in Deutschland, heute verwandeln sich die Landarbeiter in einen Stoßtrupp der proletarischen Revolution. Den Gewalthaufen der Gegenrevolution bildet heute die Masse des kleinen und mittleren Bauerntums in Süddeutschland. Dieses kleine und mittlere Bauerntum läßt sich nicht mit ein paar Phrasen aus der Welt schaffen. Es ist Unsinn, zu sagen: Wir dürfen keine Kompromisse schließen. Wir haben es hier nicht mit einem kapitalistischen Klassenfeinde zu tun, sondern mit den sehr zahlreichen Ueberresten einer veralteten Produktionsweise. Diese Kleinbauernmassen sind weder Kapitalisten noch Proletarier. Sie bilden eine Macht, mit der wir rechnen müssen. Lernen wir von den russischen Genossen! —

Deshalb spricht auch unser Agrarprogramm von der Möglichkeit einer Landaufteilung unter den Kleinbauern. Nun gibt es aber auch bei uns Genossen, die fortgesetzt von einem Extrem ins andere fallen. Eben haben sie gehört, daß eine gewisse Aufteilung nötig sei, und gleich wollen sie alles aufteilen. Das ist genau so falsch, wie jene starre Prinzipienreiterei. Wir müssen sorgfältig unterscheiden zwischen Großgrundbesitz und landwirtschaftlichem Großbetrieb. Nicht jeder Großgrundbesitz ist Großbetrieb. In Süddeutschland z. B. besteht ein großer Teil des Großgrundbesitzes aus kleineren und mittleren Pachtstücken, die kleinbäuerlich bewirtschaftet werden. Diese können wir ohne jeden Schaden für die Lebensmittelerzeugung den Pächtern als Eigentum überweisen. Wenn es sich aber um

Großbetriebe handelt, die mit den Mitteln moderner Technik und Arbeitsorganisation betrieben werden, so haben wir alles Interesse daran, sie dem Besitze zwar zu enteignen, aber als Großbetrieb zu erhalten. Ein Großbetrieb läßt sich überhaupt nicht ohne weiteres aufteilen. Das ist technisch gar nicht möglich. Hier kann es sich höchstens um Vorwerke und einzelne Feldstücke handeln, die wir absplittern, um dem Landhunger der kleinen Bauern zu genügen. Also hüten wir uns vor Extremen. In den Fragen der Taktik müssen wir beweglich bleiben.

Ein Vorredner erklärte: Wir können die Kleinbauernmassen nicht für den Sozialismus gewinnen. Auch das ist eine Phrase. Natürlich werden wir die kleinen und mittleren Bauern nicht von heute auf morgen für den Sozialismus gewinnen. Durch den Krieg und die allgemeine Teuerung hat sich ihre Lage zweifellos gebessert. Allein, die Entwicklung der Verhältnisse unter den Kleinbauern bewegt sich in derselben Richtung wie die Entwicklung in der Lebenslage des Industrieproletariats. Auch unter den Industrieproletariern gab es während des Krieges Schichten, die als unabkömmliche Munitionsarbeiter Kriegsgewinnler in kleinem Stile waren. Für sie kam aber sehr schnell wieder der Sturz ins Elend des Proletarierdaseins. Dieser Sturz, der so schnell beim Industrieproletariat vor sich ging, kommt langsam aber sicher auch für den Kleinbauern. Tausende, ja Millionen Bauernsöhne und Töchter waren bisher in der Industrie beschäftigt. Sie fließen jetzt zurück aufs Land und hängen ihre Füße wieder unter Vaters Tisch. Der Ausweg, der der überschüssigen Landbevölkerung vor etwa 50 Jahren offen stand, existiert nicht mehr: die Auswanderung nach Amerika. So bleiben denn die Kinder der Kleinbauern auf dem Lande, Geschwister und Verwandte strömen aus der Stadt zurück, und alle wollen ernährt werden von der einen kleinen Bodenparzelle von den 10, 20 oder 30 Morgen. Das sind Erscheinungen, bei denen wir in unserer Agitation anknüpfen müssen. Wir müssen dem Kleinbauern zeigen, daß die allgemeine Verelendung keineswegs nur den Arbeiter trifft, sondern schließlich auch ihn selbst. Der kleine Bauer kann sich heute nicht mehr in die mittelalterliche Hauswirtschaft zurück verkriechen, er kann auch nicht wie der Gutsbesitzer zur extensiven Wirtschaft übergehen, er ist nach wie vor darauf angewiesen, aus seinen paar Morgen so viel herauszuholen, wie nur möglich. Er kann das nur durch gesteigerte Ausbeutung seiner selbst und seiner Familie. Unsere Aufgabe ist es, ihm mit Sachkenntnis und an der Hand von konkreten Beispielen zu zeigen, wie nur der Kommunismus ihn vor dem Abgrund retten kann. Wir müssen ihn nicht nur aus der Gefolgschaft der Junker herauslösen, wir müssen ihn als Bundesgenossen gewinnen für den revolutionären Kampf. Denken wir an die Worte Rosa Luxemburgs: „Es ist ein Wahn, zu glauben, daß man die Revolution ohne die Landwirtschaft machen könne."

Ein Schlußantrag wird vom Parteitag abgelehnt.

Heydemann-Königsberg, Ostpreußen: Das große Interesse, das der Behandlung der Agrarfrage entgegengebracht wird, ist der beste Beweis dafür, daß der Bürgerkrieg, in dem wir uns befinden, vom latenten Stadium der Vorkriegszeit in das akute übergegangen ist. Entscheidend für die Zahl der Opfer in der sozialen Revolution, in der wir uns befinden, ist unsere Stellung, die wir als Kommunisten den Bauern gegenüber einnehmen, und auf der anderen Seite die Stellung der Bauernschaft gegenüber den proletarischen Kämpfen. Die soziale Frage ist eine Gabel- und

Messerfrage. Die soziale Revolution in ihrem heutigen Stadium ist auch insofern eine Gabel- und Messerfrage, als es sich um die scharf geschliffenen Messer handelt, die die Bauern zu Hunderttausenden versteckt haben, um die Gabeln und Maschinengewehre, die darauf warten, gegen die Proletarier in den Kampf geführt zu werden. Es ist hier so viel von der Gewinnung oder Bekämpfung der Bauern gesprochen worden. Ich glaube, daß die Erfahrungen der ganzen Revolution uns dazu bringen, daß wir wenigstens das Ziel erreichen müssen, die große Mittelklasse zu neutralisieren. Wenn sich nicht unsere ganze Agitationskraft auf diesen Kernpunkt konzentriert, werden wir den Sieg nicht erringen. Von den Reformsozialisten wird uns der Vorwurf des Opportunismus gemacht. Sie sind es gewesen, die in den letzten Dezennien vor dem Austragen des Kampfes zurückgewichen sind, die dem Bürgerkrieg auszuweichen versuchen, um den wir nicht herumkommen. Ebenso beweisen die Rechtsunabhängigen nur elende Heuchelei, die sie auch bei ihrer Stellung gegenüber der Dritten Internationale gezeigt haben, wenn sie meinen, daß wir auf Kosten des technischen Fortschritts in den Betriebsgrößenverhältnissen Konzessionen an eigentumsfanatische Kleinbauern machen. In allen Leitsätzen und Programmreden des zweiten Kongresses der Dritten Internationale ist immer wieder in den Mittelpunkt der Erörterung die Notwendigkeit gestellt — das hat auch Lenin in der großen Initiative mit aller Deutlichkeit erklärt —, daß eine ergiebigere, vollendetere gesellschaftliche Produktionsform an die Stelle der kapitalistischen treten muß, technisch den Beweis für den Kommunismus liefern muß, und wir alle wissen, daß die höhere Produktionsform der große Betrieb ist. Immer wieder ist das als unser Ziel aufgestellt worden.

Aber es ist nicht nur eine wirtschaftliche Frage, wie hier wiederholt erklärt wurde, sondern auch eine politische, eine Machtfrage. Wir wissen, daß die Vollsozialisierung nach der Machtergreifung durch die Arbeiterklasse in der technischen Durchführung noch Dezennien dauern wird. Wenn wir jetzt all unsere Kraft darauf konzentrieren, daß die 28 000 Großbetriebe sofort entschädigungslos in Gemeineigentum überführt werden, wenn wir in Ostpreußen z. B. der ganzen ländlichen Bevölkerung erklären: ein Prozent der Bevölkerung besitzt die Hälfte des gesamten Grund und Bodens von Ostpreußen! Gehört Ihr zu diesem ein Prozent, dann geht zu den Orgesch-Leuten, zu den Bürgerlichen! Gehört Ihr aber zu der großen Masse der Klein- und Mittelbauern, dann habt Ihr nicht die Pflicht, die Opfer zu bringen, die die bürgerliche Gesellschaft von Euch fordert.

Der Punkt 11 ist ja aus dem Entwurf des Agrarprogramms gestrichen worden. Es scheint mir aber doch noch etwas stehen geblieben zu sein, was eine Unklarheit bedeutet. Im Anfang des Abschnittes 2 lesen wir: „Landwirtschaftliche Großbetriebe sind diejenigen, die ständig fremde Arbeitskraft gegen Lohnarbeit zur Erzielung kapitalistischen Profits anwenden und deren Inhaber nicht selbst landwirtschaftliche Arbeit verrichten.“ Als einziges Unterscheidungsmittel gegenüber dem landwirtschaftlichen Großbetrieb hat man von den großbäuerlichen Betrieben folgendes gesagt: „Großbäuerliche Betriebe sind diejenigen, die überwiegend sich fremder Arbeitskraft bedienen, deren Besitzer aber sich selbst an der landwirtschaftlichen Arbeit beteiligen.“ Damit ist keine klare Unterscheidung dieser beiden Systeme gegeben.

Ferner möchte ich bitten, zu Beginn des Passus B einen Passus zu streichen. Es genügt vollständig, wenn es unter 1. heißt: „Das Privateigentum des Klein- und Mittelbauern an Land und Arbeitsmitteln bleibt



unangetastet." Der nächste Satz: „Er erhält das bisher von ihm bewirtschaftete Land zur freien Verfügung überwiesen", erinnert mich doch zu sehr an die Zauberformel der Manchesterleute vom freien Spiel der Kräfte, und den alten Adam Smith sollten wir doch überwunden haben. Ich glaube, so sehr wir vom Machtstandpunkte aus auch auf die Neutralisierung der Mittelklasse unter den Bauern bedacht sein müssen, so dürfen wir doch nicht einen Satz in unser Programm hineinnehmen, der der Sabotage durch die Bauern nach der Ergreifung der Macht Tür und Tor öffnen könnte. Wir haben den Bauern nicht zu sagen, daß sie freie Verfügung über ihre Produktionsmittel haben. Wir wollen ihren antikollektivistischen Bauernschädel nicht aufregen, indem wir ihr Konsumeigentum, ihr Haus, ihren Hof, ihren Garten und alles, woran sie mit Liebe hängen, vergesellschaften. Die Produktionsmittel aber müssen so beschaffen sein und verwandt werden, wie es im Interesse einer siegreichen sozialen Revolution in Deutschland, im Interesse der Gesamtheit notwendig ist.

Wir können also in das Programm nicht hineinschreiben, daß den Bauern ihr Land zur völlig freien Verfügung überwiesen werden darf. Und vor allen Dingen müssen wir daran denken, daß wir, je mehr Landagitation wir betreiben, je mehr Bauern wir für den entscheidenden Machtkampf neutralisieren, desto mehr Blut unserer eigenen besten Genossen in den Industriezentren schonen. Es ist daher unbedingt notwendig, daß wir in klarer Weise auf Grund der Erfahrungen der russischen und ungarischen Revolution dieses Programm nicht hier unter uns als unser inneres Eigentum behalten, sondern in die letzten Dörfer hineintragen und daß wir es vor allen Dingen nach diesem außerordentlich wichtigen Land, nach dem Brückenkopf der Revolution nach Ostpreußen, hineintragen, in dasjenige Land, von dem vielleicht einmal der entscheidende Beginn der sozialen Revolution in Deutschland ausgehen wird.

Flemming, Landsekretär: Mit dem Entwurfe des Agrarprogramms können wir uns, nachdem der § 11 gestrichen ist, einverstanden erklären. Da die Wirtschaftsverhältnisse in der Landwirtschaft in den verschiedensten Distrikten Deutschlands anders gelagert sind, brauchen wir ein Agrarprogramm, das sich auf diese verschiedenen Verhältnisse anwenden läßt. Ich möchte die Aufmerksamkeit des Parteitags auf die Gutsräte lenken. Die Mitglieder dieser Gutsräte haben keine gewerkschaftliche noch parteipolitische Schulung hinter sich, wie die Mitglieder der Industrieräte. Die Georg Schmidt und Genossen gebrauchen diese Gutsräte zu ihrer konterrevolutionären Parteipolitik. Daher ist es Pflicht der Industrieräte sowie der Parteigenossen, die Gutsräte mit revolutionärem Geist zu erfüllen Das geschieht am besten, wenn die Gutsräte zu den Nachbarversammlungen der Industrieräte hinzugezogen werden, denn die Gutsräte sind von großer Bedeutung bei Aktionen. Auch in der Frage der Ueberwachung der Produktion in der Landwirtschaft fällt den Gutsräten eine große Rolle zu. Kämpfen die Gutsräte für dieses Ziel, so sind die Zusammenstöße mit den Krautjunkern unvermeidlich.

Nicht nur vor den Wahlen, sondern zu jeder Zeit müssen wir unsere Ideen auf dem Lande propagieren und auf der Seite des Landproletariats stehen. Um auch auf die Kleinbauern einzuwirken, sind die Kleinbauern in Kleinbauernräten zu organisieren und diese mit den Gutsräten zu verbinden.

Die Kontrolle der Produktion, der Preisgestaltung und der Nahrungsmittel zählen auch mit zu unseren revolutionären Pflichten.

Ich nenne es eine feige Phrase, wenn man sagt: die Bauern werden wir mit Gewaltmitteln zur Vernunft bringen. Durch Gewalt sind keine Nahrungsmittel zu erzeugen. Hierzu müssen wir den arbeitsamen Bauern haben. Nicht mit K.A.P.-Geist wollen wir die Kleinbauern vor dem Kommunismus schrecken, sondern mit kommunistischer Vernunft wollen wir an sie herantreten.

Daher haben sich unsere Ortsgruppen mehr denn je mit der Agrarfrage zu beschäftigen, damit sie mit Klarheit das landwirtschaftliche Proletariat aus dem Schlepptau der Großagrarier reißen können.

Adolf Hoffmann-Berlin: Es ist wohl kaum einer im Saale, der behaupten wird, daß das uns vorgelegte Agrarprogramm ideal ist und nichts auszusetzen hat. Aber wir müssen die Realität der Zeit betrachten, wir sind nicht imstande, jetzt etwas anderes vorzulegen. Es soll auch nicht für alle Zeit bleiben, sondern wir haben wohl die Aufgabe, nach den Erfahrungen die wir damit machen, es jederzeit umzustellen. Es scheint mir aber notwendig, daß wir erst einmal in der Agrarfrage etwas Bestimmtes in Händen haben. Der Vorredner sagte, eine ganze Reihe von unseren Zeitungen sei der Frage aus dem Wege gegangen und hätte dazu kaum einen Artikel gebracht. Das ist richtig. Aber das ist daher gekommen, daß man nicht recht wußte, wie man die Sache anfassen sollte. Und dann war es besser, nichts zu tun; denn sonst wäre mehr verdorben worden. Ich bilde mir ein, auch ein wenig von Landagitation zu verstehen. Ich habe seit 1883 öffentlich gewirkt und kann ohne Ruhmrederei sagen, daß ich nicht zu jenen Rednern gehöre, die da nur reden, wo die Schnellzüge halten. Ich habe ganze Landesdistrikte bearbeitet und habe gefunden, daß es ein Uebelstand ist, daß wir kein Agrarprogramm besitzen, so daß wir den Kleinbauern und Mittelbauern nichts vorlegen konnten. Wir können bei den Bauern mit Marxschen Theorien, und wenn sie noch so rein sind, keinen Eingang finden. Wohl können wir bei den Landarbeitern, wenn wir sie bei ihrer Klassenlage packen, etwas schaffen. Sie wissen, in welcher Weise der Junker es verstanden hat, die Landarbeiter sich tributpflichtig zu machen durch die Art, wie er sie an die Scholle gefesselt hat. Dasselbe gilt für das Siedlungswesen. Im wesentlichen handelt es sich hier darum, Abhängige an die Scholle zu fesseln, etwas, was wir früher mit allen Mitteln bekämpft haben. Der Klein- und Mittelbauer muß von dem Großagrarier, dem Junker, getrennt werden. Es muß ihm klar werden, daß sein Klasseninteresse sich nicht mit den Interessen jener verträgt. Wenn wir das erreichen wollen, müssen wir ihn allerdings anders anpacken als bisher. Der Bauer ist bis jetzt schwer imstande, über seine eigene Wirtschaft, über sein Dorf hinauszusehen. Deshalb müssen wir ihm mit Vorschlägen kommen, die er begreifen kann. Wenn wir zur Macht kommen wollen, dann müssen wir den Weg beschreiten, der uns im Agrarprogramm vorgezeichnet wird. Dann dürfen wir uns nicht durch die Schimpferei, daß wir vom sozialistischen Weg abgehen, behindern lassen. Idealistisch kann das Programm jetzt nicht sein. Ideal ist auch nicht die Blutarbeit, die unsere Genossen jetzt in Rußland verrichten müssen, aber sie ist notwendig. Und so ist auch notwendig, daß wir die Bauernfrage anders anpacken, als es bisher geschehen ist, um das Ziel zu erreichen. Hier helfen vor allen Dingen Beispiele. Verteilen wir erst einmal den Großgrundbesitz, wenn er enteignet ist. Es kann nur zum Nutzen der Entwicklung der kommunistischen Wirtschaft sein, wenn wir zunächst einmal den Klein- und Mittelbauer nicht nur bestehen lassen, sondern ihm soviel zugeben, daß der lebensfähig ist.

An dem Großgrundbesitz, der übrig bleibt, haben wir genügend zu tun. Je nachdem, wie es uns gelingt, hier eine kommunistische Musterwirtschaft einzurichten, wird es uns gelingen, durch diesen Anschauungsunterricht den Klein- und Mittelbauer für die kommunistische Wirtschaft zu gewinnen. Der Klein- und Mittelbauer wird dann selber danach verlangen, daß auch seine Betriebe in kommunistische umgewandelt werden. Hierdurch können wir die kommunistische Idee wecken und dem Sozialismus Eingang verschaffen. Dazu brauchen wir aber erst einmal ein Mittel, und dieses liegt meines Erachtens in diesem Agrarprogramm vor. Dann haben wir eine Tätigkeit zu entfalten, die sich nicht auf Wahlagitation beschränken darf. Wir wollen ja Parlamentarismus und Wahlagitation nur als Mittel zum Zweck benutzen, um die Massen zu revolutionieren. Dann haben wir die Pflicht, nicht erst ein paar Wochen vor der Wahl, sondern ständig mit dem Lande in Verbindung zu bleiben. Daß uns das gelingt, dazu wird uns dieses Programm die Bahn ebnen, dann wird es unseren Rednern und unseren Zeitungsredakteuren feste Richtlinien geben. Die Erfahrungen, die wir machen, werden uns gestatten, das Programm entsprechend umzuändern. So werden wir die Möglichkeit haben, die Kräfte, die wir brauchen, zu revolutionieren und unsere Ideen durchzuführen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Thalheimer (Schlußwort): Genossinnen und Genossen! Ich werde Sie nicht mehr lange aufhalten, sondern werde nur die Hauptgesichtspunkte streifen, die in der sehr interessanten und lebhaften Debatte hier vorgetragen worden sind. Vor allen Dingen begrüße ich es als ein gutes Zeichen, daß die Debatte so eingehend und konkret gewesen ist, wie sie es war. Das beweist das lebhafte Interesse, das für diese Fragen innerhalb unserer Partei besteht. Allerdings muß ich sagen, daß der größte Teil der Debattenredner politisch und wirtschaftlich sachkundig zu der Frage gesprochen haben. Aber ich kann das nicht von allen sagen.

Das Agrarprogramm ist keine aus dem Aermel geschüttelte Arbeit. Die Grundlage dafür bildet das Agrarprogramm des Spartakusbundes, das in Uebereinstimmung mit den Agrarleitsätzen der Kommunistischen Internationale gebracht wurde. Das Agrarprogramm ist in der Praxis erprobt worden. Und es hat sich, wie die Landagitatoren in den verschiedensten Gegenden sagen, als zweckdienlich und nützlich für die revolutionäre Arbeit erwiesen. Dabei müssen die Genossen aber eins bedenken. Viele der Genossen haben in der Diskussion aus einer guten und richtigen Anschauung ihres Bezirkes, ihres Gesichtskreises heraus gesprochen. Dieses Agrarprogramm kann aber nicht für einen bestimmten Kreis, für ein bestimmtes landwirtschaftliches Gebiet allein zugeschnitten sein, sondern es gibt Richtlinien für die Arbeit in ganz Deutschland. Es muß also gewisse Detailverhältnisse unberücksichtigt lassen. Es schafft nur einen allgemeinen Rahmen, innerhalb dessen sich die Kleinarbeit in einem bestimmten Gebiet entfalten kann.

Dann komme ich noch zu sprechen auf die einzelnen Einwände gegenüber bestimmten Punkten des Agrarprogramms. Vor allen Dingen ist hier noch nicht richtig der Charakter des Agrarprogramms verstanden worden. Es enthält nicht nur Vorschriften für die Uebergangszeit bis zur Machtergreifung, auch nicht nur Vorschriften für das, was wir in und nach der Machtergreifung tun sollen, sondern es enthält beides. Es enthält Uebergangsmaßregeln, um das ländliche Proletariat und Halbproletariat



zu mobilisieren, um das kleine und mittlere Bauerntum zu neutralisieren, und es enthält weiter Anweisungen und Richtlinien für die Arbeit, die wir nach der Machtergreifung zu vollführen haben.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit hier einer Aeußerung entgegentreten, nämlich der Anschauung, als ob wir nach der Machtergreifung gewissermaßen tollpatschig, gewaltsam bei den Klein- und Mittelbauern dreinfahren könnten. Bedenken Sie, daß der Bürgerkrieg nach der Machtergreifung nicht beendet ist. Die Klein- und Mittelbauern spielen in diesem Bürgerkrieg eine außerordentlich bedeutende Rolle. Dieser Bürgerkrieg nach der Machtergreifung wird notwendigerweise oder wahrscheinlicherweise genau so wie in Rußland mit auswärtigen Angriffen verbunden sein. In einer solchen Situation kann man nur, wenn man die Dinge nicht kennt und die Perspektive nicht überschaut, denken, daß man rücksichtslos gegen die Klein- und Mittelbauern vorgehen könne.

Es ist hier weiter generell der Vorwurf erhoben worden, in diesem Agrarprogramm stecke revisionistischer, stecke Hilferdingscher Geist. Parteigenossinnen und Genossen! Es wäre mir ein Leichtes, aus Zitaten, z. B. von Friedrich Engels, der von agrarischen Verhältnissen einerseits und vom wissenschaftlichen Sozialismus andererseits etwas verstanden hat, die nötigen Belege dafür beizubringen, daß das, was wir hier sagen, was wir praktisch tun wollen, mit den Forderungen des wissenschaftlichen Sozialismus übereinstimmt. Aber ich mache Sie auf eine Verwechselung aufmerksam, die nicht nur in dieser Frage, sondern auch in anderen oft zu beobachten ist und die Lenin sehr gut auseinandergesetzt hat in seiner kleinen Schrift über „Kinderkrankheiten des Radikalismus“. Die Kompromisse, die man zu schließen gezwungen ist, können ganz entgegengesetzten Charakter haben. Wenn wir uns der Lage der Klein- und Mittelbauern anzupassen suchen, so unterscheidet sich das im Wesen von dem, was die Mehrheitssozialisten und Rechtsunabhängigen tun. Der Grundgedanke all der Kompromisse, all der opportunistischen Seitensprünge der Mehrheitssozialisten und Rechtsunabhängigen in der Agrarfrage ist der: wie kann möglichst einem Kampfe mit dem Großgrundbesitz und mit der Großbourgeoisie ausgewichen werden? Und unser Gesichtspunkt ist ein entgegengesetzter: wie können möglichst starke proletarische und halbproletarische Kräfte auf dem Lande mobilisiert werden für diesen Kampf? Es ist nicht nur ein Unterschied, es ist ein absoluter Gegensatz der Gesichtspunkte, der hier in Betracht kommt.

Dann muß ich mit einigen Worten noch auf die Frage eingehen, die hier kurz gestreift worden ist, ob an sich Großbetrieb oder Kleinbetrieb vorzuziehen ist. Es wurde hier der alte selige Thünen zitiert. Da möchte ich antworten: in dieser Frage haben die landwirtschaftlichen Praktiker und Sachverständigen längst dahin entschieden, daß, generell gesprochen, der Großbetrieb dem Kleinbetrieb überlegen ist. Und hier hat auch die praktische Wissenschaft, die Technik schon gesprochen. Es gibt eine ganze Anzahl Gebiete, von denen man früher glaubte, sie seien dem Kleinbetrieb vorbehalten, sie seien eine Spezialität des Kleinbetriebs: Viehhaltung usw. Eine ganze Reihe dieser Gebiete sind durch die große Technik erobert worden und werden weiter erobert. Sie dürfen den jetzigen Stand der Technik in der Landwirtschaft nicht für etwas Fixes und Gegebenes halten. Er hat sich schon entwickelt und er hat sich unter dem Anstoß einer kommunistischen Produktion sehr viel rascher entwickelt. Und es wird gerade unsere Aufgabe sein, in einer kommunistischen Wirtschaft dem klein-

bäuerlichen Betrieb ganz bestimmte technische Fortschritte zu bringen, die ihm seine Lage erleichtern. Ein Beispiel dafür ist, wovon in dem Programm hier gesprochen ist und was unsere russischen Genossen schon anfangen auszuführen, die Elektrifizierung der Landwirtschaft in großem Maßstab. Ich will auf diese technischen Einzelheiten nicht weiter hier eingehen.

Zum Schluß will ich nur noch auf einen Punkt aufmerksam machen, der mir von aktueller und praktischer Wichtigkeit zu sein scheint. Das ist die Frage der Siedlung: die Siedlungsfrage, vom politischen, vom Machtgesichtspunkt aus betrachtet, nämlich angewandt auf die Masse der Weißgardisten, der Soldaten, der Baltikumer usw., die heute durch die Siedlungsfrage angelockt werden. Diesen Baltikumern müssen wir, soweit wir zu ihnen Zutritt haben — und wir haben zu den Baltikumern, die auf den Landgütern verteilt sind, Zutritt —, sagen: statt Euch über die Grenze zu wenden statt Euch dort gegen die ländlichen und städtischen Proletarier verwenden zu lassen, statt Euch auf „Kreuzzügen" Prügel zu holen und am Ende nichts zu erreichen, schließt Euch lieber mit den Landarbeitern und den kleinen Bauern zusammen und geht gegen den Junker vor; dort könnt Ihr wirklich etwas holen; dort könnt Ihr wirklich das bekommen, was Ihr braucht! Wenn man sich so in der entsprechenden Weise an diese Leute heranmacht, so werden wir wesentlich dazu beitragen, selbst diese Elemente zu zersetzen und sie gefügig zu machen.

Dann noch ein Punkt. Es wurde in der Einleitung des Agrarprogramms vermißt, daß wir die verschiedenen Kategorien der Betriebe nicht nach Größenklassen unterschieden hätten. Das ist mit gutem Bedacht gemacht worden, und zwar aus dem Grund: wenn man Deutschland als Ganzes ins Auge faßt, kann man solche Unterscheidungen der verschiedenen Betriebskategorien nach Größe und Klasse nicht machen, sondern man kann sie bloß nach Gesichtspunkten der Betriebsweise einteilen. Ein Betrieb von 50—60 Morgen in einer armen Gegend der schwäbischen Alb kann ein sehr kümmerlicher Klein- oder Mittelbetrieb sein. Im Neckartal oder in einer anderen fruchtbaren Gegend kann ein solcher Betrieb von 50 bis 60 Morgen unter Umständen ein sehr reicher kapitalistischer Großbetrieb sein. Aus diesem Grunde können wir eine solche Unterscheidung nach der Betriebsgröße in unserem Programm nicht durchführen. Die Angaben, die Sie in landläufigen Statistiken finden, z. B. auch in der amtlichen Betriebsstatistik wo die Landwirtschaft nach Betriebsgrößen, nach so und soviel Hektar abgestuft wird, sind in der Praxis durchaus irreführend, wenn man auf den einzelnen Fall eingehen will. Und schließlich noch einen anderen Punkt, auf den man hier zu sprechen gekommen ist: die Großbauernfrage. Auch hier habe ich den Eindruck, daß die Genossen im wesentlichen von ihrem Beobachtungsfeld aus urteilen. Die Großbauernfrage spielt eine andere Rolle in Schleswig-Holstein und in Westfalen, als sie in Bayern und Württemberg spielt. Aus diesem Grunde schlagen wir Ihnen vor, den § 11 wegzustreichen, damit die Biegsamkeit und Anpassungsfähigkeit des Programms je nach den Gegenden und der Situation der Partei gewahrt bleibt.

Auf ein anderes Bedenken, das hier vorgebracht wurde, daß eine künftige sozialistische Wirtschaft die Größenunterschiede der Betriebe, die verschiedenen Betriebsweisen radikal wegfegen soll, brauche ich wohl nicht ernsthaft einzugehen. Es ist hier schon richtig gesagt worden: die vollkommene Durchführung der Sozialisierung nach der Eroberung der Macht,

die planmäßige einheitliche Bewirtschaftung der gesamten Landwirtschaft durch eine zentrale Leitung wird eine sehr langwierige Arbeit sein, eine Arbeit, die Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird, bis sie durchgeführt worden ist.

Damit sind, glaube ich, die Einwände, die gegenüber dem Programm erhoben worden sind, im wesentlichen erledigt. Ich bitte Sie, das Programm im ganzen so anzunehmen, wie es vorliegt.

Machen wir im Verlaufe unseres Kampfes vor und nach der Machtergreifung weitere Erfahrung, so wird man gemäß diesen Erfahrungen natürlich entsprechende Modifikationen vornehmen. Daß solche weiteren Erfahrungen zu bestimmten taktischen Aenderungen Veranlassung geben können, zeigen uns die Erfahrungen in Rußland. Und das ist nur zu klar, zu begreiflich gegenüber einer Klasse, wie es die Klein- und Mittelbauern sind und auch gegenüber gewissen Schichten der Großbauern, die ihrer Natur als Zwischenklasse nach zwischen den verschiedenen Gesellschaftsschichten hin und her schwanken, von einem Extrem in das andere, die eine sehr wechselnde Stellung einnehmen. Solche Erfahrungen müssen berücksichtigt werden.

Im ganzen aber ist unsere Stellung gegenüber den Agrarproblemen klar, scharf und deutlich genug angezeigt, um die Genossen in den Stand zu setzen, bei Anwendung ihrer eigenen Beobachtungen und Erfahrungen und Anwendung ihres eigenen Kopfes die geeigneten Maßnahmen in der Propaganda und in der Aktion treffen zu können.

Das Losungswort, der Grundgedanke des Agrarproblems ist schon längst auf deutschem Boden von Georg Büchner ausgesprochen worden, der in den Bauern das Wort hineinschleuderte: Friede den Hütten, Krieg den Palästen! Und dieses Wort müssen auch wir durch unsere Propaganda und unsere Aktionen in die Massen der Landbevölkerung hineintragen.

Friede den Hütten,
Krieg den Palästen,

das ist das Losungswort der Kommunisten! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Pieck: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Der Absatz unter b Ziffer 11 ist zurückgezogen worden, so daß darüber nicht abgestimmt wird.

In der Abstimmung wird das Agrarprogramm gegen 2 Stimmen angenommen.

Dann liegt folgender Antrag vor:

> Der Vereinigungsparteitag bestätigt den Beschluß des April-Parteitags der K.P.D., nach dem ein besonderes Sekretariat zur nachdrücklichsten Betreibung der Landpropaganda errichtet worden ist. Der Parteitag verpflichtet alle Bezirke und Ortsgruppen, die in dem Beschluß geforderten Organe zur Landpropaganda unverzüglich zu schaffen.

Ich nehme an, daß dieser Antrag im wesentlichen nur die Körperschaften berührt, die eingesetzt werden sollen. Die Einzelheiten dieses Antrags werden der Zentrale zur Erledigung überwiesen werden.

Die Antragsteller erklären sich damit einverstanden.

In der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Dann vertagt sich der Parteitag um 2 Uhr auf Montag morgen.

Schluß des 2. Verhandlungstages.

Dritter Verhandlungstag.

Montag, 6. Dezember 1920.

Vorsitzender Braß: Genossinnen und Genossen! Es ist möglich gewesen, daß ein französischer Genosse, der Delegierter des Komitees für die 3. Internationale in Frankreich ist, hier anwesend sein konnte. Ich erteile dem Genossen Lacoste zu einigen Worten der Begrüßung das Wort.

Lacoste: Deutsche Genossinnen und Genossen! Ich bringe Ihnen die Grüße von dem französischen Komitee für die 3. Internationale, dessen Parteisekretäre Monat, Loriot und Souvarine seit sieben Monaten in den Gefängnissen der französischen Republik sind. In Frankreich wie in Deutschland handelt es sich um die revolutionäre Einheit. Die Ihrige ist schon verwirklicht, die unserige wird bald verwirklicht sein. Aber das französische Proletariat ist nicht aufgewühlt und nicht unterrichtet durch zwei Jahre Revolution. Die Idee des Klassenkampfes hat noch nicht seine höchste Schärfe erreicht. Die meisten Arbeiter sind noch nicht revolutionär, sondern kampfmüde und reformistisch gesinnt. Unser politisches Leben ist natürlich ein Widerschein des wirtschaftlichen. In unseren Reihen selbst war vor kurzem die kleinbürgerliche Ideologie noch sehr stark vertreten. Es wohnten drei Tendenzen in unserer Partei bisher unter einem Dach, die sich bekämpften: die Sozialpatrioten mit Renaudel und Thomas, die Zentristen mit Longuet und die Kommunisten mit Loriot und Souvarin. Die beiden ersten Tendenzen haben bis jetzt die Partei beherrscht und besitzen noch die Mehrheit in der Zentralleitung. Darum ist unsere Partei nicht aktionsfähig. Aber Ruhebedürfnis ist kein Grundsatz. Die wirtschaftliche Lage verschlimmert sich rasch. Wir bekommen jetzt immer größere Arbeitslosigkeit. Es wird schlecht bei uns mit der Ernährung, mit der Heizung und mit der Wohnung. Das Siegesbrot ist bitter. Die Konsequenzen der wirtschaftlichen Lage zeigen sich schon auf politischem Gebiet und zwar in der Form einer scharfen Radikalisierung. Der kleinbürgerliche, wirtschaftliche Pazifismus ist am Ende.

In Tours werden wir am 25. Dezember die Leichname der Volksbetrüger und Sozialverräter und der Zentristen zu Grabe tragen. Es kommt bald zur Spaltung, und alle Kompromißversuche scheinen aussichtslos. Bei den jetzigen Sektionsbestimmungen bekommen wir überall eine ungeheure Majorität und manchmal die Einstimmigkeit für die Dritte Internationale. Unser Sieg ist ganz gewiß.

Deutsche Genossinnen und Genossen! Renaudel sagt: die französischen Arbeiter haben von fremden Genossen nichts zu lernen! Aber wir Kommunisten sind nicht so anmaßend. Wir denken an das Blut Ihrer großen Genossen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Wir denken an Ihre Leiden, welche unsere Machthaber Ihnen zugefügt haben und noch immer zufügen. Wir denken an Ihre Revolution, wir denken an Ihre Beispiele, und wir begrüßen brüderlich die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands und die deutschen Proletarier, von denen wir Franzosen so viel gelernt und so viel zu lernen haben. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Braß: Es ist ferner noch erschienen der Genosse Georgref von der bulgarischen Kommunistischen Partei, den ich ebenfalls herzlich begrüße. Auch er wird einige Begrüßungsworte an Sie richten.

Georgref, offizieller Delegierter der bulgarischen Kommunistischen Partei und Mitglied des bulgarischen Parlaments, der Sobranje, begrüßt den Parteitag in bulgarischer Sprache. (Lebhafter Beifall.)



Vorsitzender Braß: Die luxemburgischen Kommunisten übersenden dem Parteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei ihre brüderlichen Grüße und stellen mit Befriedigung die aufweckende Wirkung fest, die die große Tat des revolutionären deutschen Proletariats auf die anderen Länder, besonders auf Luxemburg, ausübt und wünschen der neuen Partei eine glorreiche, vom Geiste Liebknechts und Rosa Luxemburgs getragene Zukunft. Es lebe die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands! Es lebe die deutsche, es lebe die Weltrevolution!

Es ist ferner ein Telegramm eingegangen aus Lübeck von der dort heute stattfindenden Konferenz des Kreises Lübeck: „Die heute stattfindende Konferenz des Kreises Lübeck begrüßt den Parteitag in der Erwartung der bereits vollzogenen Vereinigung der U.S.P. und K.P.D. als Führerin des revolutionären Proletariats Deutschlands im Rahmen der Dritten Internationale. Vorwärts im Kampfe für die Weltrevolution."

Dann ist aus Mansfeld ein Telegramm folgenden Inhalts eingegangen:

„Glückauf zur Verschmelzung! Kali, Kohle, Kupfer. Wir Knappen kommen aus tiefem Schacht. Das revolutionäre Mansfeld zu jeder Zeit steht auf der Wacht! Hand in Hand, vorwärts und aufwärts, sprengt die Kette! Es lebe die Vereinigte Kommunistische Partei! Es lebe die Dritte Internationale! Es lebe die Weltrevolution! 15 000 Kommunisten des Mansfelder Kreises."

Es ist ferner ein längeres Begrüßungsschreiben eingegangen von zirka hundert Inhaftierten der Räterepublik in Bayern. Die Genossen aus den Gefängnissen in Niederschönfeld und Lichtenau senden ebenfalls dem Parteitag ihre herzlichsten Grüße.

Ich glaube, in Ihrem Sinne zu sprechen, wenn ich hier erkläre, daß auch unsere Gedanken heute bei den Vorkämpfern der Revolution, bei diesen Opfern der bisherigen Kämpfe, sich befinden, und daß ich in Ihrem Sinne handele, wenn ich ausspreche, daß auch der Parteitag und die neue Vereinigte Kommunistische Partei ihrer in den nächsten Tagen besonders gedenken wird. Wir wollen hoffen, daß es in nicht allzu ferner Zeit gelingen wird, auch diesen Genossinnen und Genossen ihre Freiheit wiederzugeben, damit sie Schulter an Schulter mit uns den Endkampf durchzuführen imstande sind.

Ich erteile nunmehr das Wort dem Genossen Friesland zur Begründung einer Resolution der internierten russischen Rotarmisten. (Siehe unter „Angenommene Anträge" Seite 243.)

Friesland-Berlin: Zur Begründung der Resolution nur einige ganz wenige Worte. Es bedarf keines Hinweises darauf, daß, wo in der Welt überhaupt revolutionär denkende, revolutionär fühlende und revolutionär handelnde Arbeiter sind, ihre Sympathien auf seiten der russischen Sowjetrepublik, auf seiten der Kämpfer für die russische sozialistische Revolution sind. Es bedarf keines Hinweises darauf, welch ungeheure Bedeutung die Kämpfe der russischen Roten Armee für die Vorwärtsentwicklung der proletarischen sozialistischen Revolution in allen Ländern gehabt haben und welche Bedeutung sie in Zukunft noch haben werden. Es ist unserer Meinung nach ganz selbstverständlich, daß die revolutionären Arbeiter in allen Ländern durch Taten, durch wirkliche Solidaritätsbezeugungen, durch politische Aktivität ihre Sympathien, ihre Zusammengehörigkeit mit der russischen Revolution zum Ausdruck bringen und beweisen. Genosse Trotzki hat seinerzeit durch einen Funkspruch an die internierten russischen

Rotarmisteen darauf hingewiesen, daß sie in Deutschland nicht in einem fremden Lande sein werden, sondern daß sie in Deutschland heimisch sein werden unter den Arbeitern, die mit ihnen auf dem Boden der Dritten Internationale stehen, die ihnen helfen, die sie als Brüder begrüßen und als Brüder behandeln werden. Und wir dürfen nicht vergessen, daß Tausende, Zehntausende dieser internierten russischen Rotarmisten, die als einfache Soldaten gekämpft haben, wieder in ihre Heimat zurückkehren werden, daß sie dort in ihren russischen Dörfern von dem erzählen werden, was sie in Deutschland gesehen haben. Es wird einen ganz anderen Eindruck auf die russischen Bauern und Arbeiter machen, wenn sie sagen können: wir sahen in Deutschland Kommunisten; wir spürten, daß es in Deutschland eine kommunistische Bewegung gibt, wir sahen tausende, zehntausende deutsche Arbeiter, die uns als Brüder betrachtet haben, die sich mit uns solidarisch fühlten, die uns in unserer Not nicht in Stich gelassen haben, die mit allen von dem Wenigen, das sie selber haben, uns abgaben, um uns zu helfen. Und ich hoffe, daß der Parteitag nicht nur in voller Einstimmigkeit dieser Resolution zustimmen wird, sondern daß unsere Genossen im Reiche, wie es an vielen Orten schon mit großer Energie geschehen ist, diese unsere Arbeit unterstützen werden.

Genossinnen und Genossen! Die deutsche Bourgeoisie verfolgt die russischen internierten Rotarmisten und beehrt sie mit ihrem ausdrücklichen Haß. Es ist nicht immer so gewesen, daß das deutsche Bürgertum gefangene russische Soldaten gehaßt hat. Alle Genossen wissen, daß zur Zeit des Brester Friedens die deutsche Bourgeoisie eine merkwürdige Anhänglichkeit an russische Gefangene bewiesen hat, daß die Anhänglichkeit der deutschen Bourgeoisie so groß gewesen ist, daß man unter gar keinen Umständen die russischen Arbeiter und Bauern freilassen wollte, sondern daß man sich freute, daß man sich heute noch freut, nachdem jahrelang offiziell mit Rußland Frieden geschlossen worden ist, Zehntausende dieser Aermsten der Armen ausbeuten und ausplündern zu können, daß sie, in Lumpen zerfetzt, elend um einen Hungerlohn arbeiten und schuften müssen für das deutsche Kapital, für die deutschen Agrarier und Junker. Die Bourgeoisie, die sich heute entrüstet, daß die in Deutschland internierten russischen Rotarmisten solidarisch zusammenhalten, daß sie auf dem Boden der Sowjetrepublik stehen, daß sie gegen die Verräter in ihren Reihen vorgehen — dieselbe Bourgeoisie hat sich nicht entblödet, noch vor ganz kurzer Zeit Propaganda für die weißgardistischen Generäle unter den russischen Gefangenen zu betreiben. Und wenn ein Koltschak, wenn ein Denikin so lange Zeit es wagen durfte, gegen die Sowjetrepublik zu kämpfen, dann nicht zum wenigsten deswegen, weil aus den Reihen der russischen Gefangenen heraus durch rücksichtslosen Terror, durch rücksichtslose Ausnützung der Notlage diesen weißgardistischen Generälen Menschenfleisch mit Hilfe der deutschen Regierung zugeführt worden ist.

Und wenn die Vertreter der deutschen Reaktion in den nächsten Tagen im Parlament einen Vorstoß gegen unsere russischen Brüder unternehmen werden, dann wird es Aufgabe unserer Abgeordneten sein, diese schändlichen Ziele der deutschen Regierung, die sich offiziell als neutral erklärt, aufzudecken und auf ihre tatsächliche und aktive Unterstützung der russischen Konterrevolution hinzuweisen. Und gerade darum, Genossen, wird es unsere Aufgabe sein, durch das Votum des Parteitags ausdrücklich zum Ausdruck zu bringen, daß das klassenbewußte deutsche Proletariat sich mit den russischen internierten Gefangenen solidarisch erklärt, und daß es bereit

ist, sie mit allen Mitteln in ihrer Notlage zu unterstützen, damit sie, in die Heimat zurückgekommen, dort von der aktiven Solidarität der deutschen Arbeiter mit der russischen Revolution berichten können.

In der Abstimmung wird die Resolution einstimmig angenommen.

Vorsitzender Brass: Wir kommen nunmehr zum 3. Punkt der Tagesordnung:

Die Organisation der Partei.

Ich erteile hierzu dem Genossen Koenen das Wort.

Koenen: Werte Genossen! Die Frage der Organisation wird recht verschieden eingeschätzt. Für eine revolutionäre Partei wie die unsere ist es notwendig, daß die richtige Einschätzung gefunden wird. Wir wissen aus der alten Sozialdemokratie, aus der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt, daß das deutsche Proletariat sehr stark zur Ueberschätzung der Organisationsform neigt, und wir müssen in unserer Partei uns davor hüten, die Form zu überschätzen. Wir wollen daher nicht über einzelne Formen und Formalitäten streiten. Es darf aber darüber keinen Irrtum geben, daß die Organisation an sich eine der wichtigsten Voraussetzungen unserer Erfolge ist. Mit spitzfindigen Bemerkungen und mit höhnischen Glossen über Organisation wird man mit diesem Problem nicht fertig, sondern man muß sich ganz klar darüber werden, daß wir nur auf organisatorischer Grundlage überhaupt zum Siege kommen können und daß die schönsten Parolen und die schönsten Artikel und die schönste Politik zu keiner praktischen Auswirkung kommen kann, wenn dahinter keine festgefügte Organisation steht. Die Organisation ist aber nicht Selbstzweck, sondern die Organisation ist selbstverständlich nur ein Mittel, das — und darüber sind wir uns klar — der großen Idee untergeordnet sein muß, so wie Karl Marx in seinen Generalstatuten für die 1. Internationale ausführt, daß die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse das große Ziel sei, dem jede Bewegung als Mittel untergeordnet sein müsse. Es steht deswegen das Problem vor uns: wie schaffen wir eine Organisation, die uns durch die Vereinigung der Kräfte den größten Erfolg auf dem Wege zu unserem Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse sichert. Auf diese Frage gaben die Generalstatuten der 1. Internationale schon vor 60 Jahren ebenfalls wiederum eine Antwort: die Organisation soll das theoretische und praktische Zusammenwirken der fortgeschrittensten Gruppen erreichen. Sobald wie das einheitlich sichergestellt haben, haben wir die beste Aussicht, die größte Wirkung in unserem Befreiungskampf zu erzielen.

Bisher war es im Parteileben so, daß sich Männer und Frauen zusammenschlossen, wenn sie einer politischen Meinung waren oder, wie es in der alten Partei hieß, wenn man die Grundsätze und Forderungen der Partei anerkannte, konnte man Mitglied der Partei sein. Die Parteien waren bisher Meinungsvereine. Wenn man einer Meinung war, dann bildete man eine Partei. Darüber sind wir jetzt hinaus. Es genügt nicht mehr, daß wir einer Meinung sind über die allgemeinen politischen Richtlinien, über das politische Ziel, sondern wir müssen jetzt auch einig sein über die Mittel des Kampfes und so sind wir nicht nur ein Meinungsverein, sondern eine Vereinigung von Genossinnen und Genossen, die bewußt den Kampf wollen und die darüber hinaus auch den Kampf mit einheitlichen Mitteln und Methoden nach einem einheitlichen Willen führen wollen. Also der einheitliche Wille des Kampfes muß zu der einheitlichen Meinung hinzukommen. Und wir werden gezwungen, uns diese neue

Kampforganisation zu schaffen, weil wir in den bevorstehenden Auseinandersetzungen die gegenseitige Hilfe und Unterstützung in den schweren Kämpfen bitter notwendig brauchen, nicht, wie es die Rechtsunabhängigen immer sagen, weil es von Rußland befohlen ist und nicht, weil es in Rußland auch geschehen ist, sondern weil wir es selber brauchen, weil wir für unsere deutsche Revolution eine festere zentralistische Kampforganisation brauchen. Deswegen müssen wir jetzt zu klaren, eindeutigen Beschlüssen kommen.

Der Klassenkampf in Deutschland ist längst über das gemütliche Stadium hinaus. Wir sind bereits durch verschiedene Phasen des Bürgerkrieges hindurch und stehen jetzt wieder, wie Sie alle deutlich fühlen, vor einem offenen Ausbruch des Bürgerkrieges. Die Konterrevolution rüstet in einem Maß, daß wir mit ihren neuen Schlägen rechnen müssen. Und wie sehr wir andererseits neben dem offenen Bürgerkrieg auch mit den illegalen Zeiten des Belagerungszustandes rechnen müssen, die unsere Organisation gut und sicher überdauern muß, sehen wir an den bayerischen Verhältnissen, wo ja der Belagerungszustand immer noch gilt; das sahen wir beim Elektrizitätsstreik, wo ein einfacher Lohnkampf, den die Arbeiter zunächst gar nicht politisch gefärbt haben wollten, der nur durch seine Auswirkungen dem Bürgertum auf die Nerven fiel, wie infolge dieses einfachen Lohnkampfes das schwerste Geschütz der Konterrevolution, der Belagerungszustand, wieder aufgefahren wurde. Wenn schon eine einfache Lohnbewegung zu der Verhängung von Ausnahmezuständen führen kann, wie rasch kann dann bei irgendeiner politischen Bewegung, die durch die sozialen Gegensätze der jetzigen Zeit jeden Augenblick entstehen kann, der allgemeine Belagerungszustand wieder über uns kommen. So müssen wir uns darauf einrichten daß wir mit dem Belagerungszustand und mit dem offenen Bürgerkrieg zu rechnen haben, ob wir es wollen oder nicht. Und darauf gilt es die Organisation einzustellen ganz bewußt einzustellen und sie zweckmäßig so auszugestalten daß sie auch in diesen Zeiten etwas leisten kann, daß sie nicht nur einen Meinungsverein, sondern eine festgefügte Partei bedeutet.

Welches ist nun das nächste Ziel, das wir in diesem Auf und Nieder zu erringen haben, worauf wir unsere Organisation einzustellen haben? Dieses nächste Ziel ist — darüber sind wir uns hier alle einig jetzt — die Eroberung der politischen Macht für das Proletariat. Diese Eroberung der politischen Macht aber, wenn wir den Kampf durchführen wollen, erfordert eine feste Organisation, einen festen Rückhalt. Wir müssen diesen Kampf um die Eroberung der politischen Macht planmäßig betreiben. Es darf kein unnötiges Auf und Ab mehr geben. Wir müssen der Kräfte, die diesen Kampf führen wollen und sollen, sicher sein. Es muß nicht nur A gesagt werden, sondern auch B, und wir müssen wissen, daß das ganze ABC, das folgt, uns nicht erspart bleibt.

Für diesen Kampf hat nun die Organisation eine wesentliche Aufgabe zu leisten. Und diese wesentliche Aufgabe besteht in der Mobilisierung der Massen. Politisch können wir Aufrufe und Losungen herausgeben, das Fanal blasen, aber wenn diese Parolen eine Wirkung haben sollen, dann müssen wir mobilisierte Massen haben, die an feste Kadres angeschlossen werden, die mit ihnen zusammengeschweißt werden, um nunmehr diese Parolen auszuführen. So bedarf die Organisation der Fähigkeit, auch wirklich die Massen des Proletariats nicht nur innerhalb der Partei, sondern auch die Massen, die außerhalb der Partei stehen, zu mobilisieren.



In alle die verschiedenen Organisationen, die das Proletariat in Deutschland hat, müssen wir unsere Sehnen, Adern und Nerven des Organisationsapparates hineinstrecken, um diese Massen in Bewegung zu setzen.

Wir müssen aber auch dafür sorgen, daß der feste Zusammenhalt unserer Organisation auch dann nicht in die Brüche geht, wenn durch irgendwelche spontane politischen Kraftäußerungen, wie wir sie in den letzten Jahren so oft in einzelnen Städten und Bezirken erlebt haben, die Gefahr auftritt, daß unser organisatorisches Gefüge in Stücke geht. Unser Organisationsgefüge muß so fest sein, daß, wenn solche Bewegungen elementarer Art losbrechen, wir trotzdem in einer solchen Bewegung die Führung in der Hand behalten. Wir haben oft genug feststellen können, daß in den Massen ein guter Kampfgeist herrscht, der sich in diesen elementaren Ausbrüchen der letzten zwei Jahre deutlich genug offenbart hat. Was fehlte, war eine starke zentralistische Führung, die in der Lage gewesen wäre diese einzelnen Ausbrüche wirklich fest zusammenzufassen um sie für das Ziel der Eroberung der politischen Macht auszuwerten. Diese Lücke auszufüllen, ist die historische Aufgabe der Vereinigten Kommunistischen Partei.

Der Grundfehler, den die bisherige revolutionäre Massenpartei, die bisherige U.S.P. mit ihren zwei verschiedenen Schattierungen gehabt hat, war der Föderalismus, der es unmöglich machte, die Zersplitterungsbewegungen zentralistisch zusammenzufassen. Und wir müssen uns darüber klar sein, daß dieser Föderalismus in keiner Weise mit in die Partei der Vereinigten Kommunisten übernommen werden darf. Geschichtlich ist dieser Föderalismus verständlich. Denn damals, als die Unabhängige Sozialdemokratische Partei in Gotha gegründet wurde, war dieser Föderalismus berechtigt, weil damals die Auflehnung der einzelnen Bezirke und Orte gegen das untätige und passive Zentrum in Berlin notwendig war. Die Parteileitung hatte den Vorfrieden gemacht, hatte Waffenstillstand geschlossen und verhielt sich untätig und passiv. Da war es nötig, daß die Teile gegen die passive Leitung rebellierten, daß die Opposition der aktiven Elemente sich zusammenschloß. Es war begreiflich, daß dies zunächst auf einer mehr oder weniger unbewußt oder bewußt föderalistischen Grundlage geschah.

Dem Zentralismus steht nicht entgegen, daß wir jetzt eine Gliederung der Partei nach Wirtschaftsgebieten durchführen wollen. Diese Gliederung der Partei nach Wirtschaftsgebieten ist vielmehr eine Stärkung der Kampfkraft, der Aktivität. Wir sollen dafür sorgen, daß, wenn Aktionen ausbrechen, sie auch wirklich in den Gebieten, die bisher schon zusammen in der Aktion auftraten, sich auswirken können. Es sind Ihnen dafür Beispiele genügend bekannt: Rheinland-Westfalen, Wasserkante Berlin und Umgegend, Süddeutschland, Mitteldeutschland haben sich als aktive Gebiete der einheitlichen Aktion herausgestellt. Wir müssen dazu kommen, eine festere Verbindung zwischen diesen Aktionszentren herzustellen.

Wir sprechen in den vorgelegten Satzungen von Wirtschaftsgebieten, die die Grundlagen des organisatorischen Aufbaus sein sollen. Diese Wirtschaftsgebiete sind natürlich nicht die großen Wirtschaftsbezirke, von denen ich eben sprach, sondern sie sind das Gegenstück zu den früheren Reichstagswahlkreisen die eine unmögliche Organisaitonsgrundlage für uns geworden sind. Wir müssen uns daran gewöhnen daß das Wirtschaftsgebiet wirklich die Zelle unserer Organisation wird. Wir hatten Organisationseinheiten, in denen rein ländliche Bezirke bisher mit städtischen zusammengekoppelt waren. Hier müssen wir danach streben, daß das Landproletariat seine

besondere Bearbeitung erfährt, und daß auf der anderen Seite die Stadt mit ihrer Umgebung als Wirtschaftsgebiet für sich einen besonderen Organisationskörper bildet. Die verschiedenen Wirtschaftsgebiete bilden dann zusammen die Bezirke der Partei. Es wird aber auch notwendig sein, daß innerhalb der Bezirke Unterbezirke geschaffen werden müssen, daß verschiedene Wirtschaftsgebiete, verschiedene Ortsgruppen sich zu einem Unterbezirk zusammenschließen, wie wir das bisher auch schon hatten. Wir wollen uns da nicht festlegen auf diese oder jene Grenze, sondern die Organisationsabgrenzungen, die getroffen werden müssen, den Bezirken überlassen. Aber immer muß dabei daran gedacht werden daß wirtschaftlich verschiedene Gebiete nicht organisatorisch zu einer Einheit zusammengefaßt werden sollen.

Wirtschaftlich haben wir unsere Organisation auch noch dadurch zu verankern, daß wir in Zukunft auch auf die Arbeiter als Produzenten, als schaffende Menschen Rücksicht nehmen und uns hierauf einstellen. Es muß organisatorisch dafür gesorgt werden, daß die Arbeiter in den Betrieben wiederum erneut organisatorisch für die Partei erfaßt werden durch die Betriebsfraktion und daß diese Betriebsfraktionen auch einen besseren Einfluß auf unsere Partei bekommen. Wir haben dafür ja schon in den beiden bisherigen Parteien, sowohl in der U.S.P. als in der K.P.D. sehr gute Ansätze. Gerade in den besten Bezirken haben wir gesehen, daß das System der Betriebsvertrauensleute eine außerordentliche Bedeutung erlangt hat. Es gibt gerade in den Bezirken, in denen wir gute Organisationen und Aktionen hatten, schon lange diese Einrichtung, die schon aus den Kriegszeiten herstammt, daß Beschlüsse von irgendwelcher Bedeutung, daß Aktionen nur beschlossen werden gemeinsam mit den Betriebsvertrauensleuten. Die Betriebsvertrauensleute bilden zusammen mit den Straßenvertrauensleuten den Vertrauensmannskörper einer Ortsgruppe. Wir haben an dieser Stelle —und darüber liegen Anträge vor — es nicht für unangebracht gehalten, zu sagen, daß auch aus den Gewerkschaften, aus den Genossenschaften und all diesen Körperschaften Vertrauensleute zu dem Vertrauensmannskörper herangezogen werden sollen. Notwendig jedoch ist, daß wir überall Fraktionen bilden sollen, daß die Kommunisten sich überall zusammenzuschließen und nach einheitlichen Richtlinien unter Kontrolle der Partei zu arbeiten haben. Ob sie das in einzelnen Vereinigungen der Arbeiter als kleine Zelle oder lose Fraktion, die zunächst nur von der örtlichen Parteileitung gelegentlich zusammengerufen wird oder als feste Fraktion, die eine eigene Fraktionsleitung hat, tun, das sind alles Dinge, die von dem Ausmaß der Kraft abhängen, die sie in den einzelnen Organisationen haben. So haben wir wirtschaftlich unsere Organisationen in Wirtschaftsgebieten und Wirtschaftsbezirken als auch in den Betrieben neu zu verankern und zu festigen, um sicher zu sein, daß wir in den Bewegungen des Proletariats überall die Führung tatsächlich an uns reißen können.

Wie im einzelnen gearbeitet werden soll, wird bei dem Tagesordnungspunkt Gewerkschaften und Betriebsräte noch zu erörtern sein. Was ich schon für die Betriebe sagte, muß auch in den Gewerkschaften durchgeführt werden. Die Opposition muß sich zusammenschließen, um tatsächlich das Zentrum der Aktion zu werden auch innerhalb der Gewerkschaften. Und durch die Fraktionen und Zellen, durch die verschiedenen Verbindungen, die wir mit den Gewerkschaften, Genossenschaften und all diesen Betriebsräten und sonstigen Vereinigungen (Mieterverein usw.) haben, wollen wir eben-

falls dafür sorgen, daß die Aktionskraft gehoben und andererseits aber auch die Führung der Aktion wirklich in die Hände der Kommunisten kommt.

Nun möchte ich zu einigen Ausführungen über den Zentralismus übergehen. Wir müssen dafür sorgen, daß die Parteizentrale eine starke Macht erhalten muß. Wir sind uns aber auch darüber klar, daß die Parteizentrale eine starke Macht erhalten muß. Wir sind uns aber auch darüber klar, daß die Parteizentrale nur dann eine starke Macht sein kann, wenn die Organisation auf einer starken demokratischen Grundlage beruht. Und diese feste demokratische Grundlage haben wir insbesondere dadurch zu schaffen versucht, daß tatsächlich in den entscheidenden Körperschaften des Parteitags und auf den Bezirkstagen nur die gewählten Delegierten der Mitgliedschaft Stimmrecht haben werden. Die gewählten Delegierten der Parteigenossen aus dem Lande, die zu den Parteifragen Stellung zu nehmen haben, sollen darüber entscheiden, ob die Politik der Zentrale richtig war, ob sie ihre Aufgaben richtig gelöst hat. Aber, wenn von diesen Delegierten der Parteimitgliedschaften die Richtlinien festgelegt worden sind, darf es an diesen Richtlinien, an diesen Beschlüssen, kein Rütteln mehr geben, bis der neue Parteitag zusammentritt. Dann geht das Mandat des Parteitags auf die Zentrale über. Und so lange wie kein Parteitag zusammentritt, hat die Zentrale die Partei nach innen und außen zu vertreten. Die Mitglieder sollen durch ihre Delegierten in vollem Umfange, rückhaltlos und ohne Verfälschung entscheiden. Aber haben sie einmal entschieden, dann gibt es kein zurück, dann gibt es keine Ausreden mehr. Und wenn es dann vorkommt, daß Einzelmitgliedschaften anderer Ansicht als die Zentrale sind, dann haben sie sich den Beschlüssen der Zentrale und des Zentralausschusses zu fügen. Es kann also eine Opposition organisatorischer Art in der Partei, nicht mehr geduldet werden. Das würde die Aktionsfähigkeit der Partei von vornherein zerrütten. Geistige Opposition ist etwas anderes. Wir werden nach jeder Aktion, nach jeder größeren Betätigung unserer Partei uns darüber auseinanderzusetzen haben, ob die Partei in dieser oder jener Frage richtig gehandelt hat. Aber wenn innerhalb der Organisationen einmal die Beschlüsse gefaßt worden sind, dann müssen sie restlos und bedingungslos durchgeführt werden, und keine andere Instanz als die Zentrale kann über die Durchführung der Beschlüsse wachen. Wir sind noch zu einer Mittelinstanz gekommen, diese haben Sie im Zentralausschuß. Der Zentralausschuß wird auf den Parteitagen gewählt; er geht also aus den legitimierten Vertretern der Partei hervor. Die Vorschläge für den Zentralausschuß sollen aus den Reihen der Bezirke gemacht werden. Sind die Vorschläge der verschiedenen Bezirke, je nach ihrer Stärke, vorhanden, dann hat aber der Parteitag das Recht, die einzelnen abzulehnen oder zu wählen. Wenn gegenüber dem einzelnen aus dem Bezirk vorgeschlagenen Genossen ein Mißtrauen besteht, so ist er mit dem Vorschlag noch lange nicht gewählt, sondern der Parteitag ist die oberste Instanz, und der Parteitag wählt in den Zentralausschuß den, den er für den richtigsten Vertreter hält. Es kann auch vorkommen, daß aus den verschiedenen Bezirken verschiedene Vorschläge gemacht werden, und daß aus einem Bezirk unter Umständen der in den Zentralausschuß gewählt wird, der in seinem Bezirk nur die Minderheit vertritt, der aber im übrigen die allgemeine Anschauung der Partei vertritt. So muß der Parteitag sich vorbehalten, den Zentralausschuß so zusammenzusetzen, daß er wirklich die Meinung der Gesamtpartei verkörpert, aber im wesentlichen wiederum auch die Stimmung der Bezirke wiedergibt. Ich hoffe, daß der Zentralausschuß das Organ sein wird, das für den

einheitlichen Charakter und für die Disziplin der Partei uns die allergrößten Dienste leisten wird.

Es ist bezeichnend, daß von all den kritischen Bemerkungen über Parteidiktatur, die von den Rechtsunabhängigen vor und nach dem Hallenser Parteitag uns gegenüber gemacht worden sind, nach der Vorlage des Organisationsstatuts sozusagen nichts mehr zu hören ist. Die einzige Bemerkung von Bedeutung, die gemacht wurde, fand sich in der „Leipziger Volkszeitung" und einigen anderen ihr nahestehenden Organen. Man entrüstete sich darüber, daß die Anstellung von Bezirkssekretären, Redakteuren, Agitatoren und Geschäftsführern nur im Einverständnis mit der Zentrale erfolgen dürfe. Die Leute haben nicht begriffen, daß die Zentrale alljährlich von dem Parteitag unbedingt abhängig ist, denn bei ihnen war es so, daß die Instanzen auf dem Parteitag einen maßgebenden Einfluß ausübten. Zweitens aber ist es charakteristisch, daß sie an dem ganzen Organisationsstatut nur die eine Sorge haben: von wem die Bezirkssekretäre, die Redakteure, die Geschäftsführer abhängig sind. Das ist die Sorge der Redakteure der rechtsunabhängigen Presse, und wir sehen daran, wes Geistes Kinder diese ehemaligen Genossen sind.

Wir haben nun zu den Anträgen, die zum Statut vorgelegt worden sind, Stellung zu nehmen. Ich will aber sagen, daß die meisten Anträge, die vor uns liegen, sinngemäß oder auch tatsächlich bereits in das Organisationsstatut hineingearbeitet worden sind. Wir haben eine Organisationskommission auf unserem Parteitag eingesetzt, um schon vor der allgemeinen Debatte möglichst die Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen. Die Organisationskommission hat gestern abend versucht, alle Wünsche aus den verschiedensten Bezirken so zu verwirklichen, sie so in den Entwurf hineinzuarbeiten, wie es sich überhaupt mit dem demokratischen Zentralismus vertrug. Ich möchte zunächst bitten, daß sich die Genossen nicht etwa festbeißen auf die Anträge, die sie gestellt haben. Wenn sie Allgemeinheiten betreffen, so ist zu sagen, daß Allgemeinheiten in ein Statut nicht hineingehören. Andererseits müssen wir uns aber auch hüten, uns zu sehr in Details zu verlieren. Die verschiedenen einzelnen Forderungen, die da aufgestellt sind, waren zum Teil nicht durchführbar. Ich bitte Sie, wirklich davon überzeugt zu sein, daß die Organisationskommission und die Vereinigte Zentrale, die aus ungefähr zwanzig Genossen besteht, daß diese großen Personenkreise zwei- bis dreimal die Dinge gehörig durchberaten haben.

Zunächst zum Namen der Partei. Dazu liegen einige Anträge vor dahingehend, das Wort „Vereinigte" zu streichen und nur „Kommunistische Partei" zu sagen. Dazu möchte ich bemerken, daß dieser Zusatz seine besondere Bedeutung durch das Zustandekommen der Partei erlangt hat. Wir haben nach dem Hallenser Parteitag uns unter dem Einfluß und mit der Unterschrift Sinowjews an die Arbeiterschaft Deutschlands gewendet und die Arbeiter der U.S.P., der K.P.D. und der K.A.P.D. aufgefordert, sich zu der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands zusammenzuschließen. Und wir wollen auch jetzt noch — und das hat ja gerade Genosse Meyer im Anschluß an den ersten Punkt der Tagesordnung nachdrücklich betont — mit allen Mitteln darauf hinwirken, daß sich die Genossen der K.A.P.D. unserer Partei anschließen. Dieses Bestreben, sowohl die Genossen der U.S.P. als auch die der K.A.P.D. zu einer Partei zusammenzuschließen, sollte in dem Ausdruck „Vereinigte" zum Ausdruck kommen. Ein anderer Grund war der, daß auch das Gefühlsmoment mit berücksichtigt werden muß. Wir

haben bisher immer von Spaltungen geredet, und es war insbesondere ja dem Hallenser Parteitag der Stempel der Spaltung aufgeprägt. Dem galt und gilt es, jetzt entgegenzuwirken. Nicht zu spalten, sondern zusammenzuschweißen, zu vereinen, das, was zusammengehört, zu vereinen alles, was kommunistisch ist, ist unsere Aufgabe. Deswegen der Name „Vereinigte Kommunistische Partei", der unter der besonderen Mitwirkung der Exekutive in Moskau gewählt worden ist.

Zu § 1 ist ein Abänderungsantrag gestellt worden, daß Parteimitglied nur werden kann, wer in der Parteiorganisation arbeitet und seine Mitgliedsbeiträge entrichtet. Als Voraussetzung des Erwerbs der Mitgliedschaft kann man diese Formulierung nicht annehmen. Außerdem ist es eine Selbstverständlichkeit, daß jemand seine Beiträge leistet und Selbstverständlichkeiten soll man nicht in die Statuten hineinschreiben.

Zum § 2 liegen eine Reihe von Anträgen vor, die insbesondere darauf hinauslaufen, die Reihe der aufgeführten Organisationen zu erweitern. Wo ist aber dann die Grenze? Deshalb haben wir es für richtig gehalten, nur die allerwesentlichsten und größten Organisationsformen zu erwähnen und dann zu sagen: in allen Körperschaften, in denen die Partei die Arbeit der Kommunisten für notwendig hält.

Es wird dann für den § 2 von Hamburg aus eine Aenderung gewünscht. Es soll heißen: „Nach den Richtlinien und unter Kontrolle der zuständigen Parteiorganisationen". Die Zentrale und die Organisationskommission hat sich der Richtigkeit dieses Antrags nicht verschließen können und hat beschlossen, Ihnen vorzuschlagen, diese Aenderung aufzunehmen.

Zu § 3 liegt ein Antrag vor, daß bei allen grundsätzlichen Abstimmungen nicht nach der Zahl der Delegierten, sondern nach der statutengemäß verrechneten Zahl der durch sie vertretenen Mitglieder zu entscheiden ist. Wir sind der Ansicht, daß eine solche Bestimmung für eine lebendige Partei nicht zweckmäßig ist. Bei den Tagungen der Konsumvereine, der Krankenkassenverbände oder ähnlicher mehr wirtschaftlicher Organisationen ist das etwas anderes. Da liegen die Anträge, die eine gewisse wirtschaftliche Bedeutung haben, alle klipp und klar vorher vor. Man kann in den Mitgliedschaften dazu Stellung nehmen und dann kann man den Mann beauftragen, auf der Generalversammlung so und so zu stimmen und zu dem Antrag die und die Haltung einzunehmen und dann die Stimmen von so und so viel Mitgliedern in die Wagschale zu werfen. Das trifft aber auf eine Partei, auf einen Parteitag nicht zu, wo die politischen Meinungsdifferenzen hin und her gehen. Es wird sehr oft vorkommen — und gerade in Halle haben wir das erlebt — daß noch eine Reihe von Genossen durch die Gründe, die auf dem Parteitag vorgeführt wurden, erst überzeugt wurden. Für eine Partei kann man dieses Schema nicht anwenden. Wir müssen schon dabei bleiben, daß wir die Mitglieder in den Versammlungen Stellung nehmen lassen und im übrigen Delegierte wählen, und daß dann nach den Stimmen der Delegierten abgestimmt wird. Wenn wir ein demokratisches Delegationssystem haben, das die Kräfte der Partei zum Ausdruck bringt, brauchen wir nicht diese Zahlenrechnerei hinterher zu machen.

Zu § 5 liegt ein Antrag Hamburg (Wasserkante) vor, in dem gesagt wird, daß auch die Fraktionen Delegierte in den Vertrauensmännerkörper schicken sollen. Das ist sinngemäß bereits erledigt.

In § 5 war noch eine andere Aenderung nötig, die sich durch Vertretung der Jugend und der Frauen ergab. Wir haben deswegen beim zweiten Absatz des § 5 angehängt: Im Vorstand haben ferner Sitz und Stimme

eine Vertreterin der Frauenbewegung und ein Vertreter der Jugendorganisationen. Diese Aenderung taucht noch verschiedene Male auf. Ich werde sie jedesmal mitteilen.

Zu § 6 liegen ebenfalls keine Abänderungsanträge vor. Jedoch war auch hier der Zusatz für die Vertretung der Jugend und der Frauen nötig.

Zum § 7 ist auf dem Parteitag noch ein Antrag von Berlin eingereicht worden, in dem gefordert wird, daß der Parteitag auch einberufen werden muß auf Antrag von drei Bezirken oder 50 000 Mitgliedern. Genossen, ich möchte Sie bitten, diesen Antrag fallen zu lassen; denn es ist in der Geschichte der sozialistischen Parteien überhaupt noch nicht dagewesen, daß jemals ein außerordentlicher Parteitag durch Mitgliedervotum erzwungen werden mußte. Es widerspricht dem Charakter einer Parteibewegung so sehr, daß wir gar nicht nötig haben, eine solche Formulierung überhaupt aufzunehmen. Es ist nur notwendig und als ganz selbstverständlich zu betrachten, daß der Zentralausschuß in erster Linie zur Einberufung eines Parteitags Stellung nehmen wird und kann. Der Zentralausschuß wird schon durch die Mitglieder in den Bezirken genügend getreten und gedrängt werden, wenn die Notwendigkeit eines Parteitags sich ergibt. Ein außerordentlicher Parteitag wird dann zusammentreten, wenn die politische Situation es notwendig erfordert.

Es ist beim § 7 noch der Wunsch geäußert worden, die Wanderredner, Kursuslehrer und Kommissare der Partei zum Parteitag zuzulassen. Es wird dazu ausgeführt, daß diese Genossen, die ständig im Lande herumkommen, nicht die Gelegenheit haben, zum Parteitag gewählt zu werden. Wir werden in Zukunft, wenn wir starke Bezirke haben, nicht mehr mit Wanderrednern zu rechnen haben, sondern diese Redner werden auf die Bezirke verteilt und dann selbstverständlich „seßhafter" werden. Damit fällt also dieser Gedanke von vornherein fort.

Was die politischen Kommissare angeht, so ist es selbstverständlich, daß die von der Zentrale besonders bestellten politischen Beauftragten und die von der Zentrale beschäftigten wissenschaftlichen Lehrer als Gäste zum Parteitag von der Zentrale eingeladen werden. Das erscheint uns ebenfalls als eine solche Selbstverständlichkeit, daß wir glauben, daß es genügt, diese Selbstverständlichkeit hier auf dem Parteitag als einheitliche Anschauung festzustellen.

Dann liegt noch ein Antrag vor, daß von der Jugendorganisation drei Vertreter zum Parteitag zugelassen werden sollen. Nach meiner Ueberzeugung liegen Bedenken dagegen nicht vor. Bei der großen Masse von 300 Delegierten sind die Vertreter keine übermäßige Belastung des Parteitags. Wir können diese Formulierung dem § 7 ohne weiteres anfügen.

Zum § 8 schlägt Ihnen die Zentrale zusammen mit der Organisationskommission eine Aenderung vor. Es war zunächst vorgeschlagen worden, daß die Zentrale nur aus Angestellten bestehen soll. Wir sind von diesem Vorschlag wieder abgekommen. Es heißt jetzt:

„Der Parteitag wählt . . . eine Zentrale, bestehend aus zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, den Sekretären und Beisitzern. Ferner gehört zur Zentrale ein von der Jugendzentrale gewählter Vertreter der Jugendbewegung und die vom Parteitag gewählte Leiterin des Frauenreichssekretariats. Letztere hat in der Zentrale nur Stimmrecht in den die Frauenbewegung betreffenden Angelegenheiten."

Wir haben diese Erweiterung für notwendig gehalten, um die Zentrale etwas weiter zu gestalten und leistungsfähiger zu machen. Die Zahl der

Angestellten würde am Ende zu klein sein, um in der Lage zu sein, eine genügend breite Beratungskörperschaft für die politischen Entscheidungen für die Partei zu haben. Deswegen mußten wir einige Beisitzer hinzuziehen, die selbstverständlich in anderen Einrichtungen der Partei auch Angestellte sein können, die aber nicht Angestellte zu sein brauchen. Es soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, daß führende Persönlichkeiten in der Parteizentrale sind, ohne Angestellte der Partei zu werden.

Zum § 9 ist nachträglich ein Aenderungsantrag eingegangen, der verlangt:

„Mitglieder des Zentralausschusses der Vereinigten Kommunistischen Partei dürfen nicht Angestellte der Partei sein."

Genossen, darüber brauchen wir wohl nicht viel zu reden. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir unsere Genossen nicht nach ihrem Arbeitsverhältnis, sondern nach ihrer Qualität in den Zentralausschuß zu senden haben. Und wenn nun Genossen das Unglück haben, durch ihre besondere Qualität, durch ihre besondere politische, theoretische und sonstige praktische Arbeit für die Partei angestellt zu werden, so ist es nicht angängig, daß nunmehr, nachdem man ihre Qualifikation gerade anerkannt hat, das Fallbeil fällt und man sagt: jetzt haben wir Eure Qualifikation erkannt, jetzt dürft Ihr nicht in den Zentralausschuß. Ich bitte Sie deswegen, diese Formulierung abzulehnen, gar nicht erst darüber zu diskutieren.

Zum § 11 haben wir selbst auf Grund einiger Anregungen, die gegeben worden sind, eine Aenderung vorzuschlagen, und zwar zu der Frage der Parlamentsfraktion im Abs. 2 des § 11. Es soll dort eingefügt werden:

„Für die in den Gemeindeparlamenten und Kreistagen tätigen Genossen hat die Bezirksleitung das Rückberufungsrecht."

Wir wollen die Zentrale nicht mit der Kontrolle der Vertreter in den Gemeindeparlamenten und den Kreistagen belasten.

Es kommen nun die Aenderungen zum § 12. § 12 ist der Paragraph gewesen, der wegen der Beitragsfrage und Abführung der Prozente an die Zentrale mit am lebhaftesten umstritten war. Genossen, ich möchte gerade, daß darüber die allerwenigste Diskussion sein sollte. Zum § 12 liegen eine Reihe von Anträgen vor, und zwar sagt der eine Antrag 30 Proz. ohne Zuschläge, der andere sagt 20 Proz. mit Zuschlägen, und der dritte sagt wieder 30 Proz. von den ordentlichen Beiträgen usw. Wir haben lange und heiß darüber gestritten. Die Zentrale ist der Ansicht, daß, wenn Sie irgendeine Abschwächung an dem Entwurf vornehmen, sie ihr die Mittel vorenthalten die die Zentrale dringend zur Durchführung ihrer Aufgaben benötigt. Und diese Mittel können nur aus den Beiträgen der Mitglieder aufgebracht werden. Nur die Mitgliederbeiträge sind unsere Stärke, unsere Stütze. Keine andere Möglichkeit besteht, um alle diese Notwendigkeiten für die Partei zu erfüllen. Deswegen müssen wir danach trachten, daß die Zentrale aus den Beiträgen der Mitglieder den höchsten Betrag, den sie überhaupt nur zugebilligt erhalten kann, erhält, ohne die Arbeitsfähigkeit in den Bezirken zu untergraben. Wir haben uns deswegen auf den Standpunkt gestellt, daß da, wo die Bezirke auf Grund ihrer Leistungsfähigkeit besondere Zuschläge erheben können, sie bei ihrer besonderen Leistungsfähigkeit auch Rücksicht zu nehmen haben auf die Zentrale und auch von ihren erhöhten Beiträgen 30 Proz. an die Zentrale abzuführen haben. Denn die Bezirke, die rückständig sind, können keine besonderen Beiträge ausschreiben; die müssen von uns doppelt und dreifach aus den anderen, leistungsfähigen Bezirken unterstützt werden. Nun hat uns aber die Organi-

sationskommission eine ganze Reihe von Gründen vorgetragen, die ja auf dem Parteitag wahrscheinlich alle noch einmal wiederkommen würden, wenn wir überhaupt eine Diskussion darüber hätten. Und nach heißen Auseinandersetzungen sind wir schließlich dazu gekommen, zu sagen, daß wir von den Zuschlägen keine 30 Proz. erheben wollen, daß wir den Beitrag von den Zuschlägen fallen lassen. Das tut uns bitter leid; das kann ich Ihnen sagen. Und wir werden Ihnen zu gegebener Zeit wiederum unter die Nase reiben, wie Sie die Zentrale behandeln, wenn Sie ihr von den Zuschlägen die Mittel nicht geben. Aber die Organisationskommission war fast einmütig darin, daß es sich eben nicht durchführen ließe, und wir haben uns darauf geeinigt, 30 Proz. von dem Mindestbeitrag zu sagen. Das ist nun aber auch eine ganz einheitliche und feste Regelung, an der es nachher nichts zu drehen und zu deuteln gibt. Das ist ja die einzige Erleichterung, die die Zentrale hat. Sie hat nun ein einfaches Abrechnungssystem; aber daß die Mittel, die wir auf diese Weise bei dem Beitrag, den wir vorschlagen wollen, hereinbekommen, nicht ausreichen, darüber sind wir uns von vornherein klar; und Sie können schon damit rechnen, daß wir sehr rasch mit Extrabeiträgen und ähnlichen Dingen an Sie herantreten müssen und daß wir bei jeder lebhafteren Bewegung Sie mit Sammellisten und ähnlichen Dingen behelligen müssen.

Wir schlagen auf Grund einer Verständigung zwischen den beiden Zentralen 50 Pfennig Wochenbeitrag vor. Das ist ungefähr die Mitte zwischen dem, was die rückständigsten Bezirke der U.S.P. und die fortgeschrittensten Bezirke der K.P.D. und U.S.P. bisher gehabt haben. Wir sind aber fest überzeugt, Genossen, daß wir mit diesen 50 Pfennigen Wochenbeitrag, nachdem wir die 30 Proz. von den Zuschlägen nicht erheben, nicht genug in die Kasse der Zentrale bekommen werden. Aber vertragen wir uns heute über diesen Punkt, machen wir keine Diskussion. Es hilft ja doch nichts. (Widerspruch.) Jeder hat so viel Gründe für seine Ansicht, daß, wenn wir mit der Diskussion anfangen, wir einen ganzen Tag darauf verwenden werden. Wir haben aber wichtigere Dinge zu tun, als diese Dinge heute zu regeln, die wir nächstes Jahr oder vielleicht schon in einem halben Jahre wieder ändern können. Ich bitte Sie mit dieser Aenderung die Anträge zu § 12 als erledigt zubetrachten.

Zu § 13 liegt der Antrag Hamburg vor, der verlangt, daß die Angestellten auf Grund eines besonderen Vertrags angestellt werden und daß deren Kündigungsfrist vier Wochen nicht übersteigen darf. Genossen, das ist eine Einzelheit, die nicht ins Statut gehört. Wenn wir einen besonderen Anstellungsvertrag innerhalb der Kommunistischen Partei für besonders notwendig halten so kann das schließlich gemacht werden und ein Formular ausgearbeitet werden. Das müßte ein Formular sein, das auch mehr Einzelheiten enthält.

Der nächste Antrag zu § 13 verlangt, daß die Anstellung von Sekretären in den Ortsgruppen der Genehmigung der Bezirksleitung unterliegt. Der Antrag ist bereits aufgenommen worden.

Zum § 15, das Ausschlußverfahren, liegt ein Antrag vor:

„Als letzte Berufungsinstanz im Ausschlußverfahren ist der Parteitag zuständig.“

Wir wissen, daß eine Berufungsinstanz notwendig ist, aber wir glauben nicht, daß der Parteitag sich mit Ausschlußverfahren beschäftigen soll. Erstens wissen wir aus der Erfahrung, aus langjähriger Erfahrung, daß Ausschlußverfahren vor dem Parteitag niemals gründlich erledigt werden,



sondern sie werden einer Kommission überwiesen, und die Kommission berät darüber und erstattet einen Bericht, und der Parteitag beschließt dann so oder so. In Wirklichkeit wird die Sache durch die Kommission erledigt. (Zuruf: Nicht immer!) — Nur in ganz seltenen Ausnahmefällen ist es einmal vorgekommen, daß wirklich der Parteitag — wie z. B. Fall Hildenbrand — dazu Stellung genommen hat. Aber, Genossen, für solche Ausnahmefälle macht man keine Statuten, sondern man macht Statuten für die wirklichen Grundsätze, die auch dauernd angewandt werden sollen. Auf das, was den Fall Hildenbrand angeht, sind die grundsätzlichen Kämpfe innerhalb der Partei auszudehnen; das sind grundsätzliche Fragen, die sich damals um den Fall Hildenbrand drehten. Wir haben durchaus die Gewähr, daß solche Dinge erledigt werden können durch Ausschlußverfahren oder ähnliche Dinge; denn in unserem Paragraphen ist das Ausschlußverfahren gegenüber dem bisherigen Zustand der Partei erleichtert. Jetzt kann ein Ausschlußantrag durch die Mitgliederversammlung, die Bezirksleitung, durch die Zentrale der Partei gestellt werden. Das war bisher nicht so. Dadurch ist die Gewähr gegeben, daß das Ausschlußverfahren nicht erst den Parteitag in Bewegung zu setzen braucht, sondern daß es viel leichter und rascher erledigt werden kann.

Wir schlagen Ihnen deshalb vor, den Antrag so zu ändern, wie es jetzt im vorletzten Absatz des § 15 heißt:

„Die letzte Berufungsinstanz ist der Zentralausschuß."

Der Zentralausschuß ist von dem Parteitag gewählt, er ist eine Körperschaft die aus dem Parteitag hervorgeht. Er kann die Dinge im Auftrag der Partei prüfen und kann schließlich über den Ausschlußantrag entscheiden. Außerdem hat das den Vorteil, daß die Dinge dann schneller erledigt werden. Ein Parteitag tritt durchschnittlich alle Jahre zusammen; der Zentralausschuß mindestens alle Vierteljahre. Wenn eine Ausschlußgeschichte mit diesen Streitereien und Stänkereien ein ganzes Jahr hinhängt, so sind das unerquickliche Verhältnisse. Wenn der Zentralausschuß als kleine Körperschaft der Partei die Sache erledigt, so haben Sie das besser, was Sie wollen, und es gibt eine von der Partei eingesetzte allgemeine Instanz, die die Dinge erledigt. Ich bitte Sie, zuzustimmen, daß der vom Parteitag gewählte und ungefähr 40 bis 45 Personen umfassende Parteiausschuß das Recht hat, endgültig über Ausschluß zu entscheiden.

Die politische Seite eines Ausschlusses kann selbstverständlich auf dem Parteitag erörtert werden; darüber ist kein Zweifel. Wenn die politische Situation sich so geändert hat, daß etwa der, der wegen seiner politischen Anschauungen ausgeschlossen wurde, auf Grund der veränderten politischen Situation recht bekommen sollte, so wird selbstverständlich der Parteitag im Anschluß daran beschließen, daß ein solcher Mann wieder aufgenommen werden muß. Die Wiederaufnahme ist ja ausdrücklich wieder gestattet.

Genossen! Damit sind die wesentlichsten Anträge zum Organisationsstatut erledigt. Es ist nur noch der Antrag 19 zu erwähnen, der die Gehaltsfestsetzung für die einzelnen Angestellten nach dem Durchschnittslohn eines Arbeiters vorsieht. Ich glaube nicht, daß wir das hier heute beschließen können und daß das eine Sache des Organisationsstatuts ist. Der Durchschnittslohn ist zweitens ja sehr schlecht festzustellen. Welcher Durchschnittslohn ist gemeint? Vom Erzgebirge oder von Groß-Berlin? Also, Genossen, eine solche Regelung der Gehaltsfrage ist nicht ein für allemal und einheitlich zu treffen, ist auch nicht durch Beschluß zu erledigen.

Die übrigen Anträge, die noch eingereicht worden sind, betreffen vorwiegend andere Punkte der Tagesordnung. Es kommt hier nur noch in Betracht der Antrag 31 von Berlin: Dem Statutenentwurf ist eine Bestimmung anzuschließen die vorschreibt, in welcher Weise bei Streitigkeiten zwischen Parteigenossen zu verfahren ist. Die Befugnisse von Schlichtungsausschüssen sind für ganz Deutschland einheitlich zu regeln.

Ich sage den Genossen, die diesen Antrag eingebracht haben, daß wir im Lande, in Berlin und überall, mit den Schiedsgerichten die schlechtesten Erfahrungen gemacht haben und die Streitigkeiten doch nicht erledigten. Ich bitte die Genossen, sich davon zu überzeugen, daß es nicht möglich ist, diesen Antrag überhaupt durchzuführen.

Jetzt wird mir noch gesagt, ich hätte zu § 9 den Antrag vergessen:

„Alle Mitglieder sind verpflichtet, ihre Kinder vom Religionsunterricht zu befreien."

Ich will Ihnen nur das eine sagen: wenn Sie diese Angelegenheit erledigen wollen, so erledigen Sie sie nicht beim Organisationsstatut, sondern das ist eine Sache der politischen Aufklärung, der politischen Bewegung, der Arbeit in den Versammlungen, der Arbeit in der Partei, in den Massenbewegungen der Gewerkschaften und in den sonstigen Strömungen, in denen die Partei überhaupt tätig sein kann. Es ist ganz ausgeschlossen, daß man das auf Grund eines Organisationsstatuts regeln kann.

Ich habe auch noch vergessen, den Antrag zu erledigen, der die Parteipresse betrifft. Wir hätten sehr gern in das Organisationsstatut einen Paragraphen hineingebracht, der vorschreibt, daß jedes Mitglied die Parteipresse lesen soll. Aber das ist ebenfalls nicht statutarisch zu machen. So dringlich wir das wünschen und so unbedingt notwendig es ist, daß jedes Mitglied die Parteipresse liest, so sind doch leider die sozialen Verhältnisse so verschieden und so differenziert in den verschiedenen Landesteilen, ja, schon in einer Stadt, daß uns mit einem solchen Paragraphen gar nichts geholfen ist. Es gibt Fälle, wo wir auf die Familienmitglieder Rücksicht nehmen müssen, die alle zusammen ein Blatt lesen. Es ist zwar sehr wünschenswert, und in den Städten müssen wir besonders darauf hinarbeiten, daß in jeder Familie, wo ein Mitglied der K.P.D. ist, auch wirklich das Parteiblatt abonniert wird. Aber wir können es nicht statutarisch vorschreiben. Das geht genau so wie mit dem Religionsunterricht.

Dasselbe trifft zu auf einen von Berlin gestellten Antrag, wonach nur derjenige Mitglied sein kann, der keiner bürgerlichen Sport- oder Gewerkschaftsorganisation angehört. Das können wir ebenfalls nicht statutarisch festlegen. Wir wollen zunächst keinen hindern, der sich auf unseren Boden stellt, unserer Partei beizutreten, selbst wenn er bis dahin noch einer bürgerlichen Sport- oder Gewerkschaftsorganisation angehört hat, sondern es ist unsere Aufgabe, den Leuten zu sagen: Ihr müßt Eure Organisationen umstellen, Ihr müßt sie zu einer proletarischen Organisation machen und sie in unserem Sinne bearbeiten. Es wird Fälle geben, wo die Parteiorganisation beschließt: heraus aus diesen Organisationen, es hat keinen Zweck, daß Ihr Euch darin aufhaltet; und es wird Fälle geben, wo die Organisation beschließt: darin bleiben und sie in unserem Sinne umkrempeln. So etwas kann man von Fall zu Fall tun; aber wir können nicht einen Paragraphen ein für allemal festlegen. Wir müssen dem Statut eine gewisse Beweglichkeit geben und dafür sorgen, daß sowohl das eine als auch das andere gemacht werden kann.

Genossen! Viele andere organisatorische Bestimmungen werden durch die Bezirks- und Ortsstatuten getroffen werden müssen. Wir werden dafür Musterentwürfe ausarbeiten und sie den Bezirken zusenden. Selbstverständlich können davon Abweichungen vorgenommen werden, wenn sie in den verschiedenen Gegenden und Orten notwendig sind. Im großen und ganzen wird man aber Einheitlichkeit zu erstreben versuchen.

Genossen! Das wären die Darlegungen, die über das Statut zu machen sind. Ich möchte noch ein kurzes Schlußwort daran knüpfen. Die vielen Kleinigkeiten, die ich soeben vor Ihnen durchsprechen mußte, sind nicht etwa für uns und für mich eine erfreuliche Angelegenheit. Aber nun bitte ich Sie am Schluß um eins: steigen wir nicht mehr in die Kleinigkeiten hinein, sondern vergessen wir nicht, daß der Parteitag andere, große Fragen zu erledigen hat. Denken Sie vor allen Dingen daran, daß dieses Statut, das Sie jetzt schaffen, immerhin insofern auch wiederum ein Provisorium bedeutet, weil wir erst mal sehen wollen, wie es sich bewährt. Wir haben im nächsten Jahre schon wieder Gelegenheit, die Statuten zu ändern. Das ist kein Gesetz für die Ewigkeit, sondern im nächsten Jahre wird man klar sehen und wird über verschiedene Kleinigkeiten, über die wir jetzt vielleicht noch lang und breit streiten können, klare und eindeutige Beschlüsse fassen können. Wir werden im nächsten Jahre durch Besprechung in den Zeitungen, durch Diskussion auf den Bezirkstagen, durch Diskussion vor dem Parteitag, meinetwegen auch durch eine Organisationskommission, die vorher eingesetzt wird, eine ganze Menge von Einzelheiten so erledigen können, daß wir die Organisationssatzungen für den nächsten Parteitag noch besser kristallisiert haben. Vergeuden Sie Ihre Zeit wirklich nicht mit einer langen Auseinandersetzung über die Organisationseinzelheiten. Wenn jemand etwas Prinzipielles vorzubringen hat, in großen Linien etwas für den Organisationsentwurf anzugeben hat, soll er auftreten und es sagen: der ganze Aufbau ist grundsätzlich falsch, wir können aus grundsätzlichen Motiven heraus das und das nicht tun, wir müßten einen ganz anderen Aufbau haben. Wer der Ansicht ist, soll es sagen: wir wollen den Aufbau anders vollziehen. Aber die übrigen möchte ich dringend bitten: ersparen Sie sich die Zeit der langen Auseinandersetzungen.

Wenn wir jetzt auf Grund der Beschlüsse, die wir gefaßt haben, einen Parteiaufbau vollziehen, dann sollen alle guten Traditionen in dieser Partei Hausrecht haben, und da muß man gerade für die Genossen, die aus der U.S.P. zu uns gekommen sind oder mit uns gemeinsam jetzt sind, eins zum Schluß noch sagen: wir müssen die Disziplin wieder fest und unverbrüchlich aufrichten. Wir mußten die Disziplin brechen gegen die Untätigen, gegen die Passiven, gegen diejenigen, die nichts tun wollten, die den Burgfrieden geschlossen haben mit den Verrätern, mit den Kriegstreibern. Aber nachdem wir durch den Bruch der Disziplin des Nichtstuns, durch den Bruch der Disziplin des Burgfriedens jetzt zu einer Vereinigten Kommunistischen Partei gekommen sind, die auf den Grundlagen des rücksichtslosen Klassenkampfes, auf den Grundlagen der Diktatur des Proletariats und des Rätegedankens fortbauen will, die entschlossen ist, den Machtkampf des Proletariats wirklich führend voranzutreiben, die entschlossen ist, zu kämpfen, da kann es in der Kampfbewegung nur Disziplin geben. Denn es ist ausgeschlossen — und es ist einer der besondersten Vorzüge der russischen Kommunistischen Partei —, daß wir irgendwie zu einem besonderen Erfolg kommen, wenn wir nicht eiserne Disziplin unter uns walten lassen. Beschlüsse, die gefaßt werden, müssen ausgeführt werden selbst auf die Gefahr,

daß jemand mit seinem Innersten mit diesem Beschluß nicht übereinstimmt. Das haben wir früher gemacht, und das werden wir jetzt, wo wir wirklich zu Kämpfen kommen, noch rücksichtsloser, noch viel energischer durchführen müssen. Denn in Kämpfen ist Disziplin alles; ohne Disziplin kann ein Kampf zu keinem Erfolg, zu keinem Sieg, nicht zu irgend welchem Nutzen führen. Das kleinste Ergebnis und das größte Ergebnis werden wir mit den Massenbataillonen der Arbeiterschaft nur dann verwirklichen können, wenn wenigstens in der Vorhut einheitliche Geschlossenheit herrscht. Die Zerrissenheit der Vorhut war es, die uns bisher gehindert hat an den Erfolgen der sozialen Revolution Deutschlands. Diese Zerrissenheit muß dadurch, daß wir in einer Massenpartei einheitlich und geschlossen auftreten, endlich überwunden werden, wenn wir überhaupt die Massen führen wollen. Die Massen sind gut im Geist, und die Massen sind gut in der Aktion. Aber nur wenn die geschlossene, einheitliche feste Führung ihnen vorangeht, werden wir aus den Massen das herausholen, was die soziale Revolution erfordert, was die soziale Revolution von uns, von der geeinigten Kommunistischen Partei, erwartet. Also schmieden wir einen Parteiaufbau, seien wir uns aber darüber klar, daß dieser Aufbau wirklich nur etwas leisten kann, wenn er Festigkeit zeigt wenn er eisern ist, wenn er rücksichtslose Disziplin gegen jeden, der ihm angehört, ausübt. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Braß: Zu einem Bericht der Organisationskommission erteile ich dem Genossen Oelsner das Wort.

Oelsner-Halle: Der Genosse Koenen hat als Referent bereits die Stellung der Organisationskommission zu den einzelnen Anträgen präzisiert, so daß es für uns nicht notwendig ist, einen Bericht darüber zu geben. Wir richten aber auch die Bitte an Euch, auf eine Debatte zu verzichten.

Parteigenossen, ich brauche zu den Ausführungen des Genossen Koenen nichts hinzuzusetzen. Es sind meistens Kleinigkeiten, um die noch gestritten werden könnte, keine großen Fragen. Auch der Name ist eine Kleinigkeit, ist Schall und Rauch.

Eine Frage, über die man sich auseinandersetzen könnte, ist die Frage der Ablieferung der 30 Proz. an die Zentrale. Genossen, wir haben uns in der Organisationskommission dahingehend geeinigt, daß der Zentrale 30 Proz. gehören sollen, und zwar ohne die besonderen Zuschläge. Wenn die Zentrale glaubt, damit nicht auskommen zu können, dann muß sie uns eben auf dem nächsten Parteitag rechnerische Unterlagen geben, aus welchen wir ersehen, daß es notwendig ist, einen größeren Anteil der Beiträge der Zentrale zur Verfügung zu stellen, und ich bin überzeugt, daß der ganze Parteitag dann auch einmütig einen höheren Prozentsatz für die Zentrale beschließen wird.

Parteigenossen! Ich bitte Sie deshalb nochmals dringend: verzichten Sie auf eine Debatte. Wir haben vor uns noch die Referate über die Arbeitslosen, die Frage der Gewerkschaften, die Betriebsrätefrage, die Frauenfrage. Das sind Fragen von so eminent politischer Bedeutung, daß wir den Parteitag lieber mit dieser Debatte ausfüllen müssen. Es kommt weiter in Betracht, daß wir alle den Wunsch haben, den Parteitag möglichst morgen zu Ende zu führen, damit am Mittwoch die Frauenkonferenz stattfinden kann; und auch das berechtigt uns zu der Bitte, ohne Debatte dieses Organisationsstatut anzunehmen.

Abstimmungen.

Vorsitzender Braß: Ich mache bekannt, daß über die Höhe des Beitrags, über die Zahl der Sekretäre nach der Annahme des Organisationsstatuts



gesondert abgestimmt wird. Wer dafür ist, daß entsprechend dem Antrage des Referenten und dem Antrage der Organisationskommission ohne Debatte die jetzt veränderte Vorlage angenommen wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben.

Der Parteitag stimmt den Organisationssatzungen zu.

Der Parteitag beschließt, daß die Zentrale zusammengesetzt wird aus zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, sieben angestellten Sekretären und fünf Beisitzern.

Der wöchentliche Mindestbeitrag wird auf 50 Pfennig für männliche und 30 Pfennig für weibliche Mitglieder festgesetzt.

Ferner beschließt der Parteitag:

> Für die Aufstellung von Kandidaten für die Reichs- und Landtagswahlen steht den Wahlkreisen und Parteibezirken das Vorschlagsrecht zu. Die Zentrale hat das Recht, gemeinsam mit den Bezirksleitungen die Kandidatenliste aufzustellen. Bei Differenzen entscheidet der Zentralausschuß, der auch die Landes- und Reichsliste aufzustellen hat.
>
> Die Aufstellung der Kandidaten für die Gemeindeparlamente und Kreisvertretungen erfolgt in den Mitgliederversammlungen oder Kreiskonferenzen. Die Bezirksleitung ist berechtigt, gemeinsam mit den Orts- oder Kreisleitungen die Kandidatenliste aufzustellen. Bei Differenzen entscheidet die Bezirksleitung im Einverständnis mit der Zentrale.

Die vorgeschlagene Bezirkseinteilung, die 28 Bezirke vorsieht, wird ebenfalls angenommen.

Vorsitzender Braß: Parteigenossinnen und Parteigenossen! Es ist nun noch ein Antrag eingegangen, der lautet:

> Wir beantragen, daß über den Namen der Partei in gesonderter Abstimmung entschieden wird.

Ich bin der Meinung, daß durch die Abstimmung über die Organisationssatzungen auch diese Angelegenheit mit entschieden ist. Denn der Organisationsentwurf hat Ihnen im Original vorgelegen, in dem der Name der Partei enthalten ist.

Thalmann-Hamburg (zur Geschäftsordnung): Von mehreren Mitgliedern der Organisationskommission bin ich beauftragt worden, dem Parteitag die Mitteilung zu machen, daß die Organisationskommission sich einmütig auf den Standpunkt gestellt hat, daß der Name „Vereinigte Kommunistische Partei" abgeändert werden soll in „Kommunistische Partei Deutschlands". Ich bitte also den Parteitag, nachdem der Genosse Koenen dieses nicht mitgeteilt hat, daß unbedingt die Abstimmung darüber nachgeholt wird.

Vorsitzender Braß: Als Mitglied der Organisationskommission muß ich sagen, daß das nicht einmütig in der Organisationskommission beschlossen worden ist.

Koenen: Es ist ausdrücklich gestern gesagt worden, die beiden vereinigten Zentralen schlagen vor „Vereinigte" Partei zu sagen, und in der Organisationskommission habe ich gesagt: ich werde im Auftrag der Zentrale sprechen. Nach mir sprach ein Vertreter der Organisationskommission, der diese Dinge nachholen konnte.

Der Parteitag beschließt, daß mit der stattgefundenen Abstimmung über die Organisationssatzungen auch über den Namen der Partei entschieden worden ist.

Vorsitzender Braß: Ich weise darauf hin, daß es notwendig ist, daß sich heute nachmittag nach Schluß die Delegierten bezirksweise zusammensetzen und ihre Vorschläge für den Zentralausschuß machen, der ja morgen gewählt werden muß. Bis 20 000 Mitglieder haben das Recht, einen, bis 50 000 zwei, über 50 000 drei Vorschläge zu machen. Ich bitte, daß das die einzelnen Obmänner der Bezirke heute nachmittag arrangieren.

Schnellbacher-Hanau (zur Geschäftsordnung): Ich halte diesen Vorschlag des Vorsitzenden für grundfalsch. Die Delegierten haben kein Recht, Vertreter in den Zentralausschuß zu bestimmen. Das ist Sache der Bezirkskonferenzen, die jetzt nach dem Parteitag stattfinden. Ich bitte also, darüber abzustimmen, daß die Bezirkskonferenz diejenigen zu wählen hat, die im Zentralausschuß die Partei zu vertreten haben.

Vorsitzender Braß: Genosse Schnellbacher wird sich durch die angenommenen Organisationssatzungen überzeugen lassen müssen, daß die Bezirkskonferenz nicht zu wählen hat, sondern daß der Zentralausschuß auch nur durch den Parteitag eingesetzt werden kann. Und weil wir uns heute in einer außerordentlichen Situation befinden, daß wir morgen den Ausschuß wählen müssen, können wir nicht vorher die Vorschläge von den Bezirkskonferenzen machen lassen.

Wir fahren in der Behandlung der Tagesordnung fort. Da der Referent für den nächsten Punkt: Arbeitslosenfrage, nicht im Saale ist, so schlage ich Ihnen vor, zwischendurch die

Richtlinien zur Jugendbewegung

zu behandeln. Ums Wort bittet dazu Genosse Heilman.

Heilmann-Berlin (Vertreter der Jugend): Die Richtlinien zur Jugendbewegung, die hier vorliegen (siehe Seite 248) sind durchgearbeitet worden in einer Kommission, die die gemeinsame Zentrale beider Parteien eingesetzt hat. Die Auffassung von der Jugendbewegung, die in diesen Richtlinien zum Ausdruck kommt, unterscheidet sich grundsätzlich von den Auffassungen, die man sonst über die Jugendbewegung hat. Sie unterscheidet sich besonders auch von der Auffassung, die man in den Kreisen der Mehrheitssozialdemokratie und auch in den Kreisen der Unabhängigen über die Jugendbewegung zum Ausdruck bringt. In diesen Richtlinien kommt deutlich zum Ausdruck, daß die Jugend als Teil des Gesamtproletariats selbstverständlich ihre Aufgabe nur durchführen kann im Einverständnis mit dem Gesamtproletariat und zusammen mit dem Gesamtproletariat. Es wird aber zu gleicher Zeit betont, daß die Jugend aus den verschiedensten Gründen ihre selbständige Organisation haben muß. Diese Gründe sind besonders im Punkt 3 der Richtlinien angegeben. Sie sind psychologischer und pädagogischer Natur.

Im Punkt 4 sind die Aufgaben der Partei in bezug auf die Jugendbewegung besonders aufgezeichnet, und es wird nun Aufgabe der Parteigenossen im Lande sein, die Jugendbewegung mit allen Kräften zu unterstützen und in den Ortsgruppen die Jugendbewegung im Sinne dieser Richtlinien auszubauen, zu fördern und zu unterstützen.

Im Organisationsstatut ist festgelegt, daß die Jugend im Parteikörper trotz ihrer selbständigen Organisation die Vertretung und das Entscheidungs-



recht hat. Dieses Entscheidungsrecht bedeutet, daß die Jugendorganisation die politische Verantwortung für die Gesamtbewegung mit trägt.

Genossen! Auf diesen Parteitag schaut die ganze Welt. Bringt auf diesem Parteitag auch zum Ausdruck, daß Ihr das nötige Verständnis für die Jugendbewegung habt, und nehmt die Richtlinien so, wie Sie hier vorliegen, an.

Vorsitzender Braß: Es ist eine Einfügung unter Abschnitt 3 vorgeschlagen, am Schluß der Ziffer 1:

„Sie hat Erziehungarbeit zu leisten, wie sie im Rahmen der Partei unmöglich ist."

Der Parteitag stimmt den Richtlinien mit diesem Zusatz einstimmig zu.

Vorsitzender Braß: Ich schlage nun vor, noch zu behandeln die

Leitsätze für die Arbeit in den Elternbeiräten (siehe Seite 249).

Dazu hat das Wort Genosse Schrapel-Dresden.

Schrapel-Dresden: Ich bin der Meinung, daß es nicht ganz leicht ist, diese ganze Frage und besonders die einzelnen Sätze, wie sie angegeben sind, richtig zu vertreten, wenn es sich darum handelt, meinetwegen als kommunistische Zelle in der Berufsorganisation über die Sache zu sprechen, weil nämlich zu diesen einzelnen Sätzen zu wenig Fleisch und Blut hinzugegeben worden ist. Ich für meine Person bin der Meinung, daß es unbedingt notwendig ist, daß die Frage der Elternräte usw. in größerem Zusammenhang behandelt werden muß und daß es wahrscheinlich Aufgabe der Partei sein wird, überhaupt ein Kulturprogramm zusammenzustellen, ein Programm, das sich neben dem Agrarprogramm sehen lassen könnte. Deswegen möchte ich hier — nicht gerade beantragen, aber die Anregung geben, daß wir doch bei dieser Gelegenheit dieses Programm auffassen sollen als ein vorläufiges Programm, das wir lediglich zur Handreichung hinausgeben, einstweilig, daß wir aber diese ganze Frage im größeren Zusammenhang einmal erledigen.

Dann möchte ich zu dem Punkte 3 noch etwas sagen, was ich gestern im Zusammenhang mit dem Agrarprogramm auch beiläufig gern erwähnt hätte. Da war die Frage von den Fortbildungsschulen, und da möchte ich hier, da wir aus dem ganzen Reich versammelt sind, als einer, der an der Fortbildungsschule zu arbeiten hat, doch das eine ans Herz legen, daß wir gerade bei den Fortbildungsschulen, wo wir das werktätige Proletariat beisammen haben, vor allen Dingen die Betriebsräte für diese Frage interessieren. Es ist leider zu verzeichnen, daß sich gerade die arbeitenden Genossen noch viel zu wenig um diese Frage der beruflichen Schulung bekümmern. Es ist unbedingt notwendig, daß wir versuchen, daß wir analog den Elternräten Organisationen schaffen in den Berufsschulen, in die hinein die Betriebsräte kommen sollen. Auf den verschiedenen Tagungen der Berufsschullehrer ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß solche Organisationen geschaffen werden mit Hilfe der Innungen und dergleichen mehr. Worauf das hinausläuft, das kann jeder einzelne von den Genossen sich selbst erklären. Es ist unbedingt notwendig, daß wir hier nicht so sehr die einzelnen Gewerkschaften heranziehen, wie das auch gewünscht wird, und die Innungen und dergl., sondern daß wir vor allen Dingen an die Betriebsräte dabei denken.

Ich bitte, dieser Frage Ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen und sich in den einzelnen Organisationen mit dieser wichtigen Sache zu be-

schäftigen. Es ist das heranwachsende Proletariat, um das es sich handelt, und dem müssen wir gerade nach dieser Seite die größte Aufmerksamkeit schenken.

Ich möchte also bitten, das einmal zu beherzigen und vielleicht diese ganze Sache als etwas Vorläufiges zu betrachten und dazu zu kommen — vielleicht wird auch ein dahingehender Antrag noch bei diesem Parteitag zu stellen sein —, daß ein umfassendes Kulturprogramm von uns aufgestellt wird.

Klara Zetkin-Stuttgart: Meinerseits möchte ich Ihnen dringend anraten, nicht der Anregung des Genossen Schrapel beizutreten und die Frage der Elternbeiräte im Zusammenhang mit einem sogenannten Kulturprogramm aufzufassen und zu behandeln. Was heißt überhaupt Kulturprogramm? Unser ganzes Programm ist Kulturprogramm. Unser Agrarprogramm ist Kulturprogramm. Unser Agrarprogramm, unsere Beschlüsse in der Frage der Arbeitslosenfürsorge, in betreff der Gewerkschaften und der Jugendbewegung, alle unsere Beschlüsse, die abzwecken auf eine gesteigerte politisch-revolutionäre Aktivität des Proletariats sind Teile eines gewaltigen Kulturprogramms. (Sehr richtig!) Mit all dieser Tätigkeit schaffen wir die feste, gesicherte Grundlage für eine höhere Kultur der breiten Massen. (Sehr richtig!) Wie denken Sie sich ein besonderes Kulturprogramm? Wie wollen Sie das abgrenzen? Ein solches Programm bekommt allzuleicht in diesen Zeiten den Beigeschmack literarisierender, ethisierender, ästhetisierender Spielerei mit Kunst und Wissenschaft.

Genossen und Genossinnen! Kunst und Wissenschaft sind sehr ernste Dinge, Kunst und Wissenschaft sind sehr große, sind hohe Werte, und sie gehören dem Proletarier. Das Proletariat muß sie sich als sein Erbteil erkämpfen. Aber das geschieht nicht durch kleine Organisatönchen, das geschieht nicht durch kleine Organe, das geschieht nicht durch Spielerei, sondern augenblicklich ist der politische Kampf — es mag uns zusagen oder nicht —, ist die Politik — sie mag uns angenehm sin oder nicht — das Werkzeug, um Kulturarbeit für das Proletariat zu leisten. (Sehr richtig!) Was so betrachtet notwendig sein wird, um die Kultur zum Erbteil der großen Masse zu machen, muß geschehen, denn — verstehen Sie mich recht — ich erachte als praktische Notwendigkeit auch, dem Proletariat den Zugang weit offenzulegen zu den Gefilden der Wissenschaft und Kunst. Ich rechne damit als mit einer praktischen Notwendigkeit, die revolutionäre Kampfestüchtigkeit zu steigern indem wir alle Springquellen geistigen, sittlichen Lebens in den breitesten Massen erschließen und rauschen lassen. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein; das ist und bleibt eine Wahrheit, die wir nicht erst aus der Bibel zu lernen brauchen. Je stärker die geistigen, die sittlichen Werte eines Menschen sind, je höher das Maß seines Wissens, die Entfaltung all seiner Kräfte und Talente, um so größer wird auch das Maß revolutionärer Kraft, revolutionärer Erkenntnis, revolutionären Tatwillens sein, das für den Umsturz des seelenknechtenden Kapitalismus, für den Ausbau des Kommunismus eingesetzt werden kann.

Aber gerade, wenn wir das Ziel festhalten, möchte ich Sie dringend warnen, zu experimentieren mit sogenanntem Kulturprogrammen. Fassen wir die Frage der Elternbeiräte ganz nüchtern auf, nicht als ein Partikelchen eines Kulturprogramms, sondern in ihren durch die Situation gegebenen politischen Zusammenhängen mit dem Schulprogramm. Wir haben ein kommunistisches Schulprogramm, und wenn wir die Frage der Elternräte behandeln wollen, so muß es im Anschluß an das kommunistische



Schulprogramm geschehen, auf das übrigens die Leitsätze des Genossen Hörnle wiederholt mit aller Bestimmtheit hinweisen.

Für uns handelt es sich gegenwärtig darum, durch unsere Leitsätze die Aufmerksamkeit des Proletariats auf zwei sehr schlichte, aber sehr charakteristische Tatsachen hinzulenken, nämlich erstens darauf, daß die Schulreform trotz der Novemberrevolution schändlich bankrott gemacht hat (sehr richtig!), daß die sogenannte Schulreform nichts bedeutet als die Aufrechterhaltung der alten Klassenbildung, der Armeleutebildung, für das Proletariat. Sie verfolgt den alten doppelten Zweck der Volksbildung: dem Kapitalismus leistungsfähiges, tüchtiges Maschinenfutter zu sichern und, wenn es not tut, dem kapitalistischen Staat, der bürgerlichen Klassendiktatur billiges Kanonenfutter. (Sehr gut!) Dann ist die andere Tatsache, die im Zusammenhang damit steht. Die bürgerlichen Todfeinde der Befreiung des Proletariats sind in den gegenwärtigen Augenblicken drauf und dran, die Schule in einem Maße zu „politisieren", wie es noch nicht der Fall gewesen ist. Gegen diese Ziele und Absichten gilt es das proletarische Elternhaus, die proletarische Familie zu mobilisieren. Gegen die bürgerlichen Gewalten, die die Schüler jetzt aufrufen zum Bettelngehen für die Abstimmung in Oberschlesien usw. und andere nationalistische Zwecke, gilt es die kommunistische Erkenntnis und den kommunistischen Willen der Eltern in den Elternräten zu mobilisieren. Mit ihren klaren Einsichten, mit ihrem Wollen, daß ihre Kinder heranwachsen sollen zu einem freien, stolzen, revolutionären Geschlecht, müssen sich die Elternräte den Einflüssen der Konterrevolution, der ganzen bürgerlichen Welt entgegenstellen.

Und noch eins bezwecken die Elternbeiräte: die nötige Verbindung herzustellen zwischen der öffentlichen Erziehung durch die Gesellschaft und für die Gesellschaft, und der Erziehung im Heim durch die Eltern. Not tut die Erziehung zur Solidarität, zum Bewußtsein der Zusammenhänge, die jedes einzelne Glied der Gesellschaft, hoch oder niedrig, begabt oder unbegabt, mit ehernen Banden mit allen anderen verknüpfen. Not tut aber auch bei der Erziehung die Berücksichtigung der Individualität. Die Elternbeiräte sollen in beiden Richtungen wirken.

Genossen und Genossinnen! Ich möchte Ihnen empfehlen, daß Sie den Leitsätzen beistimmen, die hier vorliegen. Bringen Sie dadurch Ihre Erkenntnis zum Ausdruck, daß für Sie gegenwärtig die Frage der Schulreform und des Unterrichts in erster Linie nicht eine pädagogische Frage ist. Die Schulreform von diesem Gesichtspunkt aus aufzufassen, ist Sache der Pädagogen. Für das Proletariat ist die Frage in erster Linie eine politische Frage. Darum muß jetzt das kommunistische, das proletarische Heim sich den gegenrevolutionären Einflüssen der Schule entgegenstemmen. Es gilt für Sie in diesem Augenblick nicht nur, die Zukunft Ihrer Kinder zu wahren, sondern auch die Zukunft ihrer Klasse. Es gilt, ein großes Hemmnis für den Kampf wider die Gegenrevolution aus dem Wege zu räumen.

Der Parteitag stimmt den vorgelegten Richtlinien einstimmig zu.

Vorsitzender Braß: Wir kommen nun zum vierten Punkt unserer Tagesordnung:

Die Arbeitslosenfrage.

Hierzu erteile ich dem Genossen Heckert das Wort.

Referent Heckert: Der Genosse Paul Levi hat in seinem einleitenden Vortrage aufgezeigt, daß die kapitalistische Wirtschaft sich in einem vollständigen Auflösungsprozeß befindet. Und er hat uns weiter erklärt, daß

die kapitalistische Gesellschaft keinerlei Mittel hat, um diesem Auflösungsprozeß entrinnen zu können. Ueberall, sagte er, gibt es Arbeitslose in großer Zahl, in England und Amerika, in Frankreich und Italien sowie bei uns in Deutschland, und keinerlei Mittel weiß die kapitalistische Gesellschaft, um diesen Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen. Der Genosse Levi sagte uns, daß diese Krisis, die über die Erde hereingebrochen ist in den kapitalistischen Ländern, eine Krisis ist, die hervorgerufen wurde durch die Unterkonsumtion der großen Massen der Bevölkerung. Der Kapitalismus hat die Kaufkraft der Menschen vernichtet, und die vernichtete Kaufkraft der Menschen zieht das kapitalistische System unrettbar in den Untergang. Wenn aber die kapitalistische Wirtschaft untergehen muß, dann hat sie nicht etwa die Eigentümlichkeit, daß sie die Träger des kapitalistischen Systems zuerst in Tod und Verderben reißt, sondern die kapitalistische Gesellschaft hat die Möglichkeit, die Existenz der Kapitalisten selbst in der sterbenden Gesellschaftsordnung erhalten zu können, wenigstens auf eine gewisse Dauer, aber auf Kosten des Proletariats. Die sterbende kapitalistische Wirtschaft muß das Proletariat sterben lassen, damit die Kapitalisten weiterleben können. Und wenn dem so ist, dann ergibt sich für das Arbeitervolk als eine zwingende Notwendigkeit, den revolutionären Kampf zum Sturze des kapitalistischen Systems zu steigern, auf daß in dem Untergang des kapitalistischen Systems die hervorbringende Klasse nicht so stark geschädigt werde, daß sie nicht mehr fähig ist, in künftigen Tagen die Trägerin eines Produktionssystems werden zu können.

Im kommunistischen Manifest, das im Jahre 1847 von Karl Marx herausgegeben wurde, stellte der Altmeister des Kommunismus an die Spitze die Worte, daß in allen Revolutionen, die über die Erde gegangen sind, entweder die unterdrückte Klasse gesiegt hat über die unterdrückende, oder daß in den Kämpfen beide Gesellschaftsklassen im Kampfe miteinander untergegangen sind. Und so stehen gegenwärtig die Dinge wieder: Entweder können wir im Kampf das kapitalistische System stürzen, oder in diesem Klassenkampf wird das Proletariat sterben und mit ihm die kapitalistische Gesellschaft. Da wir aber wollen, daß das Proletariat lebt, da überhaupt eine menschliche Gesellschaft nicht existieren kann ohne die hervorbringende Klasse, ist es notwendig, den Verelendungsprozeß, der innerhalb der arbeitenden Klassen durch das sterbende kapitalistische System eingesetzt hat, so schnell wie möglich zum Abschluß zu bringen. Und er kann nur zum Abschluß gebracht werden, wenn wir den Kapitalismus in der Revolution stürzen.

Diese Revolution vorzubereiten, diese Revolution möglichst schnell zum Siege zu führen, ohne daß das Proletariat schwere und lange Leiden trägt, das ist die Aufgabe einer Partei, und diese Aufgabe ist der Kommunistischen Partei Deutschlands wie den Kommunistischen Parteien der anderen Länder gestellt. Und wenn sie diese Aufgaben nicht lösen, werden sie nicht die Aufgaben lösen, die sie berufen sind, in dieser Periode der Revolution zu erfüllen. Es gilt, das Arbeitervolk zu retten, indem wir die Arbeitslosen retten; und die Arbeitslosen müssen gerettet werden, damit die anderen Arbeiter nicht untergehen.

So stehen wir bei der Arbeitslosenfrage eigentlich vor dem Kernproblem der ganzen Revolution. Denn wenn wir diese Frage lösen, dann ist es ganz klar, daß auch die anderen Fragen gelöst werden. Aber wir können nicht ewig hintreten und zu den arbeitslosen Brüdern und Schwestern sagen:



hört, Euch kann nur retten die siegreiche proletarische Revolution; Ihr müßt so lange warten, bis diese Revolution gesiegt hat, sondern wir müssen ihnen die Möglichkeit geben, daß sie in dieser Revolution mit uns, mit den Arbeitenden, Seite an Seite zum Sturz des Kapitalismus kämpfen. Und darum wird für uns das nicht nur eine Frage der theoretischen Erörterung des Verfalls des kapitalistischen Systems, sondern eine ganz einfache praktische Frage der politischen Partei: Was tun wir, damit die Arbeitslosen nicht untergehen?

Es gibt gegenwärtig in Deutschland über drei Millionen Arbeiter, die kurz arbeiten. Es gibt in Deutschland nach den heutigen Veröffentlichungen des Reichswirtschaftsministeriums 349 000 unterstützte Erwerbslose, das heißt, nicht ihre Familien eingerechnet, sondern die Erwerbslosen, die eine Unterstützung bekommen für sich und ihre Familienangehörigen. Das Reichswirtschaftsministerium stellt mit etwas Freude fest, daß die Zahl der Erwerbslosen sich etwas vermindert habe. Aber sie findet sofort auch eine Erklärung für diese Verminderung, indem sie sagt: Diese Mehrbeschäftigung erklärt sich hauptsächlich dadurch, daß die deutsche Valuta gesunken ist. Also hier wird das Erwerbslosenproblem von dem Reichsminister der Wirtschaft in eine Verbindung gebracht mit der Kaufkraft des deutschen Geldes, und das ist ganz richtig. Die Erwerbslosenfrage in der absterbenden kapitalistischen Gesellschaft ist unmittelbar in eine Verbindung mit der Kaufkraft des Geldes zu bringen. Denn die allgemeine Losung der bürgerlichen Staaten, die sich im Kriege ruiniert haben, ist die: Tüchtig arbeiten und viel sparen, tüchtig arbeiten, damit man viel verkaufen kann, und tüchtig sparen bei dem Arbeitervolk, damit das Arbeitervolk mit einem möglichst geringen Lohn haushält.

Aber die gegenwärtige Wirtschaft, in der wir leben, ist ja nicht eine nationale, auch nicht eine Gemeinwirtschaft, sondern sie ist eine Weltwirtschaft. Darum hängen ja die wirtschaftlichen Bedingungen des einen Landes in unmittelbarem Zusammenhang mit den Bedingungen, die überhaupt draußen auf dem Weltmarkte vorliegen und die wiederum beeinflußt werden durch die wirtschaftlichen Verhältnisse der verschiedenen Länder.

Nach Beendigung des Krieges wurden die deutschen Arbeiter schnell wieder in die Werkstätten zurückgebracht, und in dem Ausmaß, wie die Kaufkraft des deutschen Geldes nach unten sank, in diesem Ausmaß wurden immer mehr Arbeiter in die Werkstätten gebracht, bis eines Tages berühmte Sozialisten à la Hilferding und Kautsky und andere auftraten und sagten, wir seien schon über den Berg des wirtschaftlichen Zusammenbruchs hinweg, die Arbeitsstätten seien wieder voll beschäftigt, die Zahl der Arbeitslosen sei eine minimale geworden, der Kapitalismus habe wieder eine Periode der Hochkonjunktur, der Prosperität erreicht. Man glaubte, das werde nun eine Weile so fortgehen, und daraus schlußfolgerten die Hilferdinge und die Kautsky ihre Politik, die sie ja dann auch betrieben haben. Aber in demselben Moment, wo das Sinken der Kaufkraft des deutschen Geldes anderer Staaten auch anfing herunterzustürzen, weil die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in anderen Ländern ebenfalls große wurden, in diesem Moment fing die deutsche Wirtschaft zu stocken an. In den Anfangstagen des März noch Prosperität; als aber der März bis zur Mitte gekommen war, da waren schon Hunderte und Tausende und Zehntausende von Arbeitern erwerbslos auf dem Straßenpflaster. Bei der Schuhindustrie fing es an. Zunächst nahm man an, das sei nur eine vor-

übergehende Erscheinung; aber dann wurden die Arbeiter der chemischen Industrie, die Arbeiter des Holz- und Bekleidungsgewerbes, des Textilgewerbes, der Metallindustrie usw. in diesen rasenden Strudel des kapitalistischen Auflösungsprozesses hineingeworfen; die Kapitalisten schlossen ihre Werkstätten. In dem Moment, wo die Kapitalisten nicht mehr imstande waren, durch die Produktion Gewinne zu machen, haben sie sich nicht einen einzigen Augenblick besonnen, sondern haben versucht, Verdienste zu machen mit dem Abbruch und mit dem Verkauf der Produktionsinstrumente. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland, die im März dieses Jahres begonnen hat, kulminierte sich sofort mit einer Periode der Unternehmersabotage, wo das Unternehmertum die Produktionsinstrumente abriß und verkaufte und somit die Möglichkeit eines Wiederaufbaus der Produktion an vielen Orten und in manchen Erwerbszweigen zerstörte.

Diesen Prozeß der allgemeinen Verelendung der deutschen Arbeiterklasse nützte das Kapital aus, um den Lohn der Arbeiter nach unten zu drücken oder um es den Arbeitern unmöglich zu machen, in dem Prozeß der Teuerung durch Lohnerhöhung einen Ausgleich zu schaffen. Eine riesenhafte industrielle Reservearmee entstand und verhinderte, daß die Arbeiter in den Werkstätten noch streiken konnten, und alle die schönen Arbeitsgemeinschaften, die das deutsche Kapital mit den deutschen Gewerkschaften geschaffen hatte, waren nichts als eitel Seifenblasen, die zerplatzten. Die Unternehmer der Schuhindustrie, des Baugewerbes, des Holzgewerbes, sie haben um keine Arbeitsgemeinschaft, um keinen Tarifvertrag sich in diesem Moment gekümmert, wo sie eine große Reservearmee von Arbeitslosen vorfanden, um auf ihre Arbeiter einen Druck auszuüben. Systematisch hat das Kapital versucht, diesen Druck zu steigern, und indem das Kapital dieses versuchte, hat es nicht einen Widerstand bei den sozialistischen Regierungen gefunden, die damals in fast allen Bundesstaaten noch waren, sondern diese Regierungen unterstützten die Unternehmer.

Ich habe nicht die Absicht, an vielen Zahlen das zu zeigen, sondern nur einige der krassesten Beispiele hervorzuheben. Wir sahen in Chemnitz bei der Maschinenfabrik Hartmann Kappel, bei einem Werk, das noch im April in der Generalversammlung der Aktionäre erklärte, daß es für 19 Monate voll beschäftigt sei, so viele Aufträge seien vorhanden — da sahen wir, daß am 4. Juli den Arbeitern erklärt wurde, wegen Mangel an Arbeit müsse der Betrieb geschlossen werden, wegen Mangel an Arbeit könne man die Arbeiter beim besten Willen nicht mehr beschäftigen. 400 Arbeiter wurden auf die Straße geworfen. Der Betriebsrat der Werkstätte fuhr nach Dresden zu dem sozialistischen Arbeitsminister Held und sagte: Das geht doch gar nicht; Ihr sagt doch, daß nur die Arbeit uns retten kann, Ihr erklärt uns doch, daß wir tüchtig arbeiten müssen, wie könnt Ihr es da zulassen, daß wir hier herausgeworfen werden? Und Herr Held, der sozialistische Minister und ehemalige Arbeitersekretär und Gewerkschaftsangestellter, sandte einige Geheimräte zur Untersuchung der Verhältnisse in den Betrieben, und auf Grund dieser Untersuchungen, die nicht in Aussprache mit den Arbeitern, sondern in einem Geheimkabinett mit der Fabrikdirektion stattgefunden hatte, kam heraus, daß das Wirtschaftsministerium Sachsens den Arbeitern der Maschinenfabrik Kappel erklärte: Ja, wir können dem Unternehmer nicht zumuten, daß er die Produktion fortsetzt, indem er Schaden erleidet, wenn er weiter arbeiten läßt, und wir haben keine Zwangsmittel, um den Unternehmer zu zwingen, daß er das tut.

Und so blieben auf Anweisung dieses sächsischen Arbeitsministeriums, dieses Sozialisten, die Entlassungen zu recht bestehen. In der vorigen Woche hat wiederum eine Versammlung der Aktionäre der Maschinenfabrik Kappel stattgefunden, und in dieser Versammlung der Aktionäre sind 30 Proz. Dividende zur Auszahlung beschlossen worden. (Hört, hört!) Das ist der Schutz, den die sozialistischen Regierungen den deutschen Unternehmern zukommen lassen! Es werden 400 Arbeiter in das Elend gestürzt, und man sagt: Man kann Euch nicht helfen, denn es ist dem Kapital nicht zuzumuten daß es unter 30 Proz. Dividende in seinen Sack steckt.

Und so wie dieser Fall so liegen tausende Fälle. Wir haben hier in Berlin an dem Beispiel der Maschinenfabrik Borsig gesehen, wie in rücksichtslos brutaler Weise die Interessen der arbeitenden Bevölkerung von dem dividendenschluckenden Kapital niedergetrampelt worden sind. Und noch klassischer wie hier an diesem Fall Borsig sahen wir es in Stuttgart bei den Daimlerwerken. Es ist immerhin wichtig, auf unserem Parteitag noch einmal darauf hinzuweisen, wie diese Staatsgewalt den Unternehmer schützte und dabei gleichzeitig den Staatssäckel auf das schwerste, auf Kosten natürlich der Arbeiterbevölkerung schädigte.

In Stuttgart hatten die Arbeiter auf Grund des niedrigen Lohnes, den sie bezogen, der ihnen nicht die Möglichkeit gab, ihre Existenz zu fristen, die Steuern verweigert. Die Verweigerung der Steuern hat natürlich den württembergischen Staat, der ebenso wie die anderen Staaten in Finanzkalamitäten ist, der aber nicht die Kurage hat das Kapital anzugreifen, sondern nur die Armen ausplündern kann, veranlaßt, gegen die Arbeiter Stellung zu nehmen. Eines Tages lagen die Arbeiter dieses Werkes, die den Steuerabzug verweigerten, auf dem Straßenpflaster. Es wurden die Werke mit Militär besetzt. Und dann wurde dem Unternehmer die Möglichkeit gegeben, 5000 Arbeiter zu maßregeln, sie arbeitslos zu machen. Und dafür, daß der Staat das kapitalistische Eigentum verteidigte, hat er von dem Unternehmer den Dank bekommen, daß jetzt der württembergische Staat eben diese 5000 Arbeitslose auf Kosten der Allgemeinheit ernähren kann, denn nicht das Kapital der Daimlerwerke zahlt das, was da angestiftet worden ist.

So in Deutschland und so auch in anderen Ländern! — In der vorigen Woche lasen wir in den Zeitungen, daß allein drüben in New York, in der größten Stadt Amerikas, 128 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Bekleidungsindustrie arbeitslos geworden sind. Wir lasen in den Zeitungen, daß drüben in England, dem Staat, der so viel gesiegt hat, 500000 Arbeiter und mehr arbeitslos sind. Und wir sehen drüben in England und in Amerika, in den Siegerstaaten genau so wie in dem besiegten Deutschland, die Frage der Arbeitslosigkeit lösen mit Gefängnis und mit Maschinengewehren. In den Straßen Londons, werden Barrikaden aufgerichtet. Zynisch gibt es die englische Regierung zu, daß sie die Barrikaden aufrichten mußte wegen der Arbeitslosen.

Wenn wir auch jetzt in verschiedenen Ländern und besonders bei uns in Deutschland ein kurzes Nachlassen dieser Arbeitslosigkeit sehen, so ist das eben, wie es selbst das Reichswirtschaftsministerium zugibt, nur dadurch zu erklären, daß man bei den niedrigen Löhnen und bei der gesunkenen Kaufkraft des deutschen Geldes draußen auf dem Auslandsmarkt die Produkte absetzen kann. Aber da dieselben Dinge in den anderen Ländern wirken, muß bald der Zeitpunkt eintreten, daß da drüben durch dieselben

Gesetze, die Absatzmöglichkeiten für Deutschland wieder erschwert werden, so daß hier bei uns in Deutschland wieder Absatzstockung eintritt. Und das Ergebnis aller dieser Dinge ist lediglich eine größere Absatzstockung, eine größere Unfähigkeit der Bevölkerung, kaufen zu können, und darum eine weitere Einschränkung der Arbeitsgelegenheit. Wir werden nach Weihnachten mit einem riesigen Anschwellen der Arbeitslosenziffern in allen Ländern rechnen müssen. Und alles das, Genossinnen und Genossen, in einer Zeit, wo der Bedarf der Menschen nach Verbrauchsgütern nicht gedeckt werden kann. Es fehlen in Deutschland allein für eine Million Familien Wohnungen; und doch kann der deutsche Staat, dieser bürgerlich kapitalistische Staat, keine Wohnungen bauen. Ueberall schreien sie, sie wollen sparen. In der vorigen Woche ist erst wieder im preußischen Kabinett ausgesprochen worden, daß man die Bautätigkeit einstellen muß, weil man kein Geld hat. Es sind aus dem Kriege zwei Millionen Soldaten zurückgekehrt die geheiratet haben, und sie haben sich weder Tisch noch Bett kaufen können; sie können sich auch keine Möbel kaufen. Und dennoch sind in Deutschland von den Holzarbeitern ein Drittel ganz arbeitslos, ein Drittel wird nur zur Hälfte beschäftigt, und nur ein Drittel wird ganz beschäftigt. Die Arbeitslosenfrage in Deutschland versucht man nicht dadurch zu lösen, indem man die Kaufkraft der Bevölkerung hebt, sondern indem man sie vermindert. Und mit der Verminderung der Kaufkraft muß notwendigerweise der Tod der Wirtschaft eintreten.

Vor Ausbruch des Krieges haben die Deutschen einen Bevölkerungszuwachs von 800 000 im Jahre gehabt. Aber dieser Bevölkerungszuwachs langte nicht aus, um die Bedürfnisse der deutschen Industrie und des deutschen Handels nach Arbeitskräften zu befriedigen. Es wurden in jedem Jahre 1 300 000 bis 1 600 000 erwachsener fremder Arbeitskräfte in unser Land hereingeholt. Jetzt ist es ganz umgekehrt. Jetzt müssen Hunderttausende und Millionen aus unserem Lande auswandern um wieder ein Gleichgewicht zu bekommen. Der Krieg hat entsetzliche Mengen von Menschen vernichtet und arbeitsunfähig gemacht. Und dennoch eine so erschreckend hohe Ziffer der Arbeitslosigkeit!

Kurz wenn wir uns die Dinge beschauen, so nackt, wie sie sind, so sehen wir, daß die Forterxistenz der kapitalistischen Gesellschaft nur ständig die Uebelstände für die Arbeiterklasse vermehrt. Die Teuerung wächst, die Arbeitslosigkeit wächst, und damit wird die Arbeiterklasse weniger und weniger. Jetzt ist es schon so, daß nach den Berechnungen der Bevölkerungsstatistiker die Zahl der Sterblichen in Deutschland um 500000 im Jahre größer ist als die Zahl der Geburten. Und dennoch sagt sich die bürgerliche Gesellschaft, dieser Tod von 500000 über die Zahl der Geburten langt noch nicht zu. Ganz offen hat es der Professor Gruber, der ehemalige Vorsitzende der Deutschen Vaterlandspartei, in München ausgesprochen, es müssen 10—15 Millionen Menschen einfach sterben, damit das kapitalistische System in unserem Lande weiter Platz hat. Und wenn man nur annehmen wollte, das wären Aussprüche von Vaterlandsfreunden in unseren Ländern, so sei nur erinnert, daß auf der Brüsseler Finanzkonferenz der Staaten, die am Kriege beteiligt waren, der Engländer Warderes gewesen ist, der den Ausspruch getan hat: Arbeiten und Arbeiten und Sparen, und vor allen Dingen sparen an den Ausgaben der Gesellschaft, die unproduktiven Zwecken

dienen. Und da sie dort gleichzeitig gesagt haben, an eine Abrüstung könnten sie in der gegenwärtigen Periode allgemeiner Unruhen nicht denken, sie müssen sogar Gendarmerie, Polizei und Militär vermehren, so können sie nur sparen an Krankenhäusern, an Krankenunterstützung, Arbeitslosenunterstützung usw. Das sehen wir auch de facto überall, denn die Not der Arbeitslosen ist nicht dadurch so groß, daß sie lange arbeitslos sind sondern daß ihre Unterstützung so minimal ist. Wir haben in Deutschland eine Arbeiterbevölkerung, der wird nicht an Lohn das Existenzminimum gewährt. Ein Berliner Statistiker, Dr. Kuczynski, weist uns nach, daß dem Arbeiter in Deutschland und vor allen Dingen hier in Berlin — er nimmt immer die Berliner Verhältnisse zur Unterlage — in der Woche mindestens 100 Mark an Lohn fehlen, um die Produkte kaufen zu können, die er notwendig hat, um sich am Leben zu erhalten, um sich Kleidung und Wohnung und Nahrung in der ausreichenden Menge zu verschaffen, daß sein Körper existenz- und arbeitsfähig bleibt. Und nun die vielen, die nur zur Hälfte arbeiten, und die anderen, die da kurz arbeiten!

Als der Krieg zu Ende war, gab es allerdings viele Millionen von Arbeitslosen. Aber damals, als die Arbeiterklasse bewaffnet heimkehrte, als die Revolution der Arbeiterklasse die politische Macht in die Hände gegeben hatte, da hatte die Bourgeoisie nicht diese Dreistigkeit und Frechheit, die sie gegenwärtig hat. (Sehr richtig!) Da machte sie ein Gesetzlein, daß jeder Unternehmer, gleichviel, ob er es kann oder nicht, den heimkehrenden Soldaten in Beschäftigung nehmen muß. Da setzte man die Arbeitslosenunterstützungen so hoch fest, daß sie so hoch waren wie der Arbeitsverdienst eines Vollarbeitenden, oder doch annähernd so hoch, in vielen Fällen sogar viel höher. Die Textilarbeiter Deutschlands haben überhaupt erst ihre höheren Löhne erreichen können auf Grund der damals hohen Arbeitslosenunterstützung. Das mußte die bürgerliche Gesellschaft tun, denn dem bewaffneten Proletariat gegenüber war es sehr schwierig, den starken Mann zu spielen. (Sehr richtig!) Aber in dem Ausmaße, wie die Gewerkschaftsbureaukraten und wie die Sozialdemokraten und die Rechtsunabhängigen teilgenommen haben an der Entwaffnung des Arbeitervolkes und an der Auslieferung des Arbeitervolkes an die Bourgeoisie — in diesem Ausmaße ist die Bourgeoisie von Tag zu Tag dreister und rücksichtsloser und brutaler geworden. Jetzt wagt sie es, ganz offen auszusprechen: Wenn Ihr nicht leben könnt, dann verreckt!

Aber, Genossen und Genossinnen, wenn die Bourgeoisie uns so entgegentritt, und wenn wir sehen, wie die anderen sozialistischen Parteien der Bourgeoisie geholfen haben, so ist es nicht möglich für uns, uns damit abzufinden, denn es würde unser Tod sein. Und darum ist es notwendig, daß wir der Arbeiterklasse in das Bewußtsein einhämmern, daß es notwendig ist, den Kampf gegen diesen Zustand aufzunehmen, und zwar mit voller Kraft aufzunehmen. Ueberall muß den Arbeitern gezeigt werden, was in der Gesellschaft los ist; überall müssen den Arbeitern die Hindernisse gezeigt werden; und vor allen Dingen deswegen, weil das arbeitslose Element in der Gesellschaft nicht nur und unter allen Umständen ein revolutionäres Element ist, sondern weil es zu einem Werkzeug der Konterrevolution werden kann. Die Geschichte hat Beispiele dafür. Wir wissen, daß der Unternehmer in wirtschaftlicher Hinsicht schon den Arbeitslosen ausnutzen kann, daß sein Dasein allein schon konterrevolutionär wirkt, indem es den Arbeiter hindert, der in Arbeit ist, seine Lebensexistenz zu verteidigen. Aber

wir haben auch an den Kapp-Tagen gesehen, wie die Kapp und die Lüttwitz Plakate angeschlagen haben, auf denen sie schrieben, daß nur diese Schandrepublik mit ihren Einrichtungen an dieser Arbeitslosigkeit schuld sei, und daß, wenn die starke Regierung der Ordnung und der Tat käme, auch die Arbeitslosen Brot und Lohn und alles mögliche Schöne haben würden. Und mancher Arbeiter hat vielleicht damals diesen Schwindel geglaubt. Und wenn er nicht so dick aufgetragen worden wäre, dann hätte vielleicht dieses Experiment der Kappisten noch etwas anderen Erfolg haben können. Denn daß diese Leute nicht von dieser Propaganda abgewichen sind und daß sie sich Erfolg versprechen, das beweisen die Dinge, die wir in den letzten Monaten erlebt haben. Als die Debatte in dem Preußenparlament über die Entschädigung der Hohenzollern war, war es da nicht der Graf Westarp, der erklärte: Wir wollen eine Monarchie, nicht eine solche, wie sie unter Wilhelm II. gewesen ist, aber eine solche, die dem Arbeiter Lohn und Brot gibt und andere Dinge, damit er nicht mehr im Elend leben muß. Wir wollen eine Monarchie haben, die für die Armen väterlich sorgt. Und daß Millionen von Arbeitern auf diesen Unsinn hineinfallen, das ist eine Tatsache. Die Ausgänge mancher Wahlen beweisen das, wo der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen die Stimmen zugewachsen sind aus den Kreisen der politisch indifferenten Arbeiterklasse. Und es ist auch gar kein Wunder. Nachdem eine politische Partei in der Macht gewesen ist und sie hätte verteidigen können — nein, nachdem sie hätte die sozialistischen Ideen in die Tat umsetzen können, aber nichts getan hat, als der Bourgeoisie zu helfen —, ist es kein Wunder, wenn ein derartiger reaktionärer Rückschlag eintritt. Wir haben es ja im Jahre 1848 erlebt, wo die Bourgeoisie Frankreichs, wo all die Leute, die mit republikanischen Phrasen das Arbeitervolk betört hatten, zum Staatsstreich Louis Napoleon Bonaparte — der ja die Arbeitslosen auch gekauft hatte (mit Knackwürsten und Bier und Semmeln) — die Arbeitslosen zu einem konterrevolutionären Manöver verwenden konnten. Wir sehen, wie die Bourgeoisie geflissentlich drauf und dran ist, die Arbeitslosen gegen die Arbeitenden aufzuhetzen, und wie sie drauf und dran ist, mit Hilfe der Gewerkschaftsbureaukratie aus der Arbeiterklasse, die noch arbeitet, eine Schicht von Arbeiteraristokraten zu machen, die mit Sondervorteilen ausgestattet werden, damit sie sich von den übrigen Arbeitern abwenden. Und wir haben gesehen, wie man es bei den Bergarbeitern versucht hat, die in Deutschland der starke Arm des Proletariats sind — denn sie sind voll beschäftigt, sie sitzen an der Quelle, wo die Kraft erzeugt wird, und in ihren Armen liegt mehr als ihr eigenes Schicksal —, daß man diese Bergarbeiter durch Kleinaktien und durch unmittelbaren Gewinn und durch Lieferung von Brot und Speck herausreißen will aus dem allgemeinen Heerbann der Arbeit, um so die Arbeiterklasse zu zerspalten.

Wenn wir alle diese Dinge sehen, wenn wir weiter sehen, wie der Arbeitslose durch die fürchterliche Not demoralisiert wird, wie er zu einem Einbrecher, zu einem Dieb wird, wie alle sozialen Uebel unsere Klasse zerstören und zermürben, dann müssen wir uns fragen: Ist es jetzt nicht Zeit, daß die ganze Kraft der Partei an die Arbeitslosen, an das Arbeitslosenproblem gesetzt wird, auf daß wir die Pflicht erfüllen, zu der uns die Geschichte bestimmt hat? Man hat sie im Stich gelassen, die Arbeitslosen. Auch wir müssen uns das selbst in das Angesicht sagen. (Sehr richtig!) Was nützt es, wenn wir von dem Spartakus-Bund, die wir früher ein kleines Häuflein waren, uns entschuldigen mit unserer Kleinheit! Was nützt es,

wenn die Unabhängigen, die jetzt zu uns gekommen sind und mit uns eine einheitliche Partei sein wollen, sagen: wir sind gehindert worden von den Hilferdingen und von den anderen! Wir hätten größer werden müssen, und wir hätten uns nicht hindern lassen dürfen. Das ist ja unsere Aufgabe, die wir vor der Revolution hatten und die wir nicht genügend erfüllt haben, weil nicht das genügend große Verantwortlichkeitsgefühl bei diesen revolutionären Schichten des Proletariats gewesen ist. (Sehr richtig!) Genossen, ich habe nicht die Absicht, hier anzuklagen. Ich will nur Tatsachen feststellen. Wir müssen aus unseren Fehlern lernen. (Sehr richtig!) Daß wir so inaktiv gewesen sind, hat es ermöglicht, daß die Arbeitslosen ziel- und führerlos geworden sind, daß sie sich zu Verzweiflungsaktionen haben hinreißen lassen, daß die Gegensätze gewachsen sind, daß es der Gewerkschaftsbureaukratie möglich war, die Erwerbslosen in einen Gegensatz zu den Arbeitern zu bringen und sie zu lästern. Aber das muß anders werden. Jetzt sind wir eine große revolutionäre Partei. Jetzt haben wir eine größere Pflicht zu erfüllen, als wir sie jemals hatten; unabweislicher ist sie geworden. Darum müssen wir an die Spitze der Arbeitslosen treten. Wir dürfen sie nicht mehr in wilden Haufen herumziehen lassen. Wir dürfen sie nicht zu hoffnungslosen Bettlern herabsinken lassen. Wir dürfen sie nicht zu dem Material werden lassen, das zur Rekrutierung für die Konterrevolution benutzt wird. Darum ist es notwendig, daß die gesamte Arbeiterklasse in Deutschland von uns Kommunisten mobilisiert wird, auf daß sie das erkennen lerne, was für die Arbeitslosen zu tun ist, auf daß sie erkennen lerne, daß die Hilfe für die Arbeitslosen die richtigste und die beste Verteidigung für die Existenz der eigenen Klasse darstellt, auch desjenigen Teils der Klasse, der sich in Arbeit befindet.

Und darum schlagen wir Ihnen vor, daß, sobald der Parteitag sein Ende erreicht hat, alle Kräfte unserer Partei, die rednerisch tätig sein können, mobilisiert werden, um die Arbeitslosenfrage in den Mittelpunkt des proletarischen Denkens zu stellen. Wir können den Erwerbslosen allerdings nicht unmittelbar helfen; das ist ganz klar. Aber was notwendig ist, das ist, daß wir alle die Forderungen der Erwerbslosen unterstützen, um sie am Leben zu erhalten für den revolutionären Kampf, daß wir diese Forderungen so unterstützen und für sie kämpfen, daß die Möglichkeit geschaffen wird, sie für die Arbeitslosen zu erfüllen.

Und welches sind die Forderungen, die die Erwerbslosen aufstellen? Sie sagen: Wir wollen leben; und leben können wir nur dann, wenn unsere Unterstützung so hoch ist, daß wir mit dieser Unterstützung zum mindesten nicht schlechter zu leben brauchen als die anderen Arbeiter, die ja auch schon unter dem Existenzminimum entlohnt werden. Wir wollen, daß für Männer und Frauen die Arbeitslosenunterstützung erhöht werde auf den vollen Arbeitsverdienst. Für diese Forderungen der Erwerbslosen müssen wir eintreten. Mancher wird sagen: Ja, dann werden doch nur neue Papierzettel gedruckt, da werden doch die Schwierigkeiten nur größer! Was brauchen uns die Schwierigkeiten des bürgerlichen Gesellschaftssystems zu kümmern! (Sehr richtig!) Wir wissen, daß wir nicht auf einmal zum Sozialismus kommen. Der Genosse Levi hat es ja deutlich gesagt in seinem programmatischen Vorwort, wir müssen erst herunter durch den Zerfall dieses Systems; wir können daran gar nichts doktern, es muß zerstört werden, auf daß wir an den Aufbau kommen können. Darum können uns die Schwierigkeiten, die dem kapitalistischen Staat entstehen, gar nichts scheren.

Aber die Arbeitslosen fordern nicht nur eine höhere Unterstützung, sie fordern, daß sie eingegliedert werden in den Produktionsprozeß. Und da trifft sich ja ihre Forderung mit der Forderung, die wir schon aufgestellt haben in der Parole: Kontrolle der Produktion, Eingliederung der Arbeitslosen in den Poduktionsproz.eß. Aber das darf nun auch nicht nur eine theoretische Streitfrage sein. Es darf auch nicht nur ein Mittel der Propaganda sein, sondern es muß etwas werden, das den unmittelbaren Kampf der gesamten Klasse auslöst. Daher muß diese Forderung im gegenwärtigen Augenblick konkretisiert werden, und zwar so konkretisiert werden, daß die Forderung der Arbeitslosen und der Kampf dafür sie nicht in einen Gegensatz zu den arbeitenden Genossen bringt. (Sehr richtig!) Wir können nicht verlangen: nehmt die Arbeitslosen auf und werft die anderen heraus, wie das manche Arbeitslosenversammlungen schon gefordert haben. Wir können nicht fordern: verkürzt die Arbeitszeit, damit auch noch ein paar andere hineinkommen, sondern es muß die Forderung verbunden werden mit der Forderung, daß das Existenzminimum der Arbeitenden bei Herabsetzung der Arbeitszeit erhalten bleibt. Und darum sagen die Arbeitslosen — und es muß unsere Forderung werden: Sofortige Herabsetzung der Arbeitszeit zum Zwecke der Eingliederung der Arbeitslosen bei gleichbleibendem Lohn (Zustimmung) und bei der Möglichkeit, diesen Lohn noch steigern zu können. (Sehr richtig!) Es gibt für die einzelnen Gewerbe noch hundert andere Forderungen, die in dieser Richtung wirken, und alle müssen wir sie unterstützen.

Und darum verlangen wir von Euch, wenn Ihr hinauskommt in die Provinz, daß Ihr hintretet zu Euren Genossen und sagt: Jetzt wollen wir das Arbeitslosenproblem klar machen den Genossen, die auf den Werkstätten, auf den Bauten, auf den Feldern und sonstwo arbeiten. Wir müssen von denen verlangen, daß sie sich mit der Arbeitslosigkeit beschäftigen, wie sie als Arbeitende den Arbeitslosen helfen und damit sich selbst. Und nicht nur in den Betrieben, in den Betriebsversammlungen müssen wir diese Frage stellen, sondern wir müssen sie auch stellen in den Gewerkschaften, auf daß dort die Gewerkschaftsbureaukratie erweisen muß, daß sie wirklich das ist, was sie zu sein vorgibt, nämlich eine Institution, die den Willen hat, das Arbeitervolk zu führen bei der Verteidigung seiner Lebensexistenz. In allen Branchenversammlungen, in allen Berufsversammlungen, überall, wo Arbeiter zusammenkommen, müssen klar und scharf die Fragen gestellt werden, unausweislich für die Gewerkschaftsbureaukratie. Dann werden die Legiene, die Umbreits, die Paeplows und die Dittmanns nicht mit Phrasen um die Dinge herumkommen können; da werden sie klar und eindeutig Antwort stehen müssen.

Und, Genossen, dann werden die Arbeiter zweierlei aus den Dingen lernen: 1. daß die Arbeiter in den Betrieben sich zusammenschließen müssen mit den Arbeitslosen, um überhaupt die Fähigkeit zu haben, die Arbeiterexistenz verteidigen zu müssen, und 2. daß die Gewerkschaften nur dann einen Zweck haben, wenn sie wirklich zur Verteidigung der Arbeiterinteressen benutzt werden. Und wenn die Gewerkschaftsbureaukratie das nicht tun will, werden die so mobilisierten Arbeiter, die sehen, daß ihre Interessen verraten werden, diese Gewerkschaftsbureaukratie, dieses Hindernis des revolutionären Kampfes wegstoßen und werden sie isolieren, werden sie stoßen in das Lager der Kapitalisten, wo die Lakeien dieses untergehenden Systems schon längst hingehören. Aber es muß sich das erst in dem Bewußt-

sein der Millionen Arbeiter verwurzeln durch die ureigensten Erfahrungen, die diese Millionen von Arbeitern machen werden bei der Verteidigung ihrer Lebensexistenz.

Und noch eins, Genossen! Wir müssen die Parlamentarier, die wir haben in den Gemeinden, in den Staaten und im Reichstag, auffordern, daß sie hintreten in den Parlamenten und die Forderungen der Arbeitslosen durch eingebrachte Anträge unterstützen, daß sie hintreten und verlangen, daß der bürgerliche Staat gezwungen wird, Zwangsmaßregeln gegen das Kapital zu unternehmen, damit die Forderungen der Arbeitenden und der Arbeitslosen durchgeführt werden. Da werden Sie allerdings erleben, daß der bürgerliche Staat, daß diese Demokratie das gar nicht kann und gar nicht will. Aber da wird im Angesicht der arbeitenden Klassen die Demokratie sich enthüllen als die bürgerliche Diktatur, als die Interessenvertretung des Kapitals wider das Arbeitervolk. Und es werden Millionen von Arbeitern geheilt werden von ihren trügerischen Illusionen. (Sehr richtig!) Und es werden die Arbeitslosen von uns zusammengeführt werden müssen, organisatorisch, festgebunden in Wirtschaftsbezirken und in Wohnbezirken und nach Berufen, auf daß sie als eine kompakte Masse einen Druck ausüben können auf die Arbeit und auf die Instanzen, die den Kampf hindern wollen.

Das ist es, Genossen, was wir als Kommunistische Partei zu tun haben. Und in dem Maße, wie wir imstande sind, diesen Kampf zu entwickeln, werden wir als Kommunistische Partei uns als eine führende Arbeiterpartei erweisen. Und wenn wir voranstehen, so wird das Vertrauen der Millionen von deutschen Proletarien zu uns wachsen; und mit dem wachsenden Vertrauen wird wachsen die Kraft des Proletariats, wird wachsen die Möglichkeit, schneller über diesen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems hinwegzukommen und anzulangen dort, wo es uns möglich ist, den Aufbau zu beginnen, nämlich an den Zeitpunkt, wo wir die politische Macht erobert haben und wo wir alles niedergezwungen haben werden.

Wenn es uns aber als Partei nicht gelingt, das zu tun, dann wird unsere Partei so zugrunde gehen, wie die anderen Parteien zugrunde gegangen sind (sehr richtig!), die eben das nicht erfüllt haben, wozu sie von der Geschichte bestimmt sind. Und darum, Genossen, gilt es für uns nicht die Aufgabe zu erfüllen, nur zu reden und zu deklamieren und zu zanken und zu schimpfen über das, was andere unterlassen haben, sondern es kommt darauf an, für uns den Kampf zu entwickeln, der beweisen wird vor der gesamten Welt und vor der Arbeiterklasse, daß wir es besser können und daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Nun, Genossen, wir wenden uns auch an denjenigen Teil des deutschen Proletariats, der vorgibt, revolutionär zu sein und der immer darüber klagt daß wir nichts tun, nämlich an die Kommunistische Arbeiterpartei. Wir stellen dieser Partei die Frage: Was wollt Ihr tun, um die Arbeitslosen und die Arbeitenden für den Kampf zu mobilisieren? Was wollt Ihr tun, um an die Lösung des Arbeitslosenproblems heranzugehen? Sagt es uns! Es ist möglich, daß unser vorgeschlagener Weg ein falscher ist. Es ist möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich — wir wollen mit Euch darüber nicht streiten —, daß wir in vergangenen Tagen Irrtümer und Fehler begangen haben. Aber es kommt nicht darauf an, was wir in früheren Zeiten Falsches taten und was wir in früheren Zeiten unterlassen haben, es kommt darauf an, daß jetzt das getan wird, was notwendig ist. Wir wollen mit Euch zusammen kämpfen, weil es nicht darauf ankommt, für uns,

recht zu haben, sondern weil es uns darauf ankommt, dem Arbeitervolk zu helfen aus der Not. (Sehr richtig!) Was hat aber die Kommunistische Arbeiterpartei geantwortet? Sie werde mit uns nicht zusammenarbeiten, und zwar deswegen, weil sie uns nicht zutraue, daß wir das ehrlich meinten (Heiterkeit), und weil sie meint, wir wollten die Arbeitslosen nur für unsere Partei einfangen als Mitglieder, weil sie der Meinung sei, daß die von uns vorgeschlagenen Wege überhaupt nicht zu einem Ziel führen, sondern nur dazu, den Arbeitern neue Illusionen in den Kopf zu setzen. Es seien objektiv falsche Parolen, und diese vernichteten die Widerstandsfähigkeit und den Glauben der Arbeiter an die Revolution noch mehr, als das ohnehin der Fall ist. Darum müßte sie es ablehnen und behielte sich vor, uns zu kritisieren, in künftigen Tagen uns zu sagen, was wir falsch gemacht haben. Aber, Genossen, das ist doch keine Politik. Wie kann eine Partei mit einem derartigen Programm überhaupt vor dem Proletariat bestehen? Sicherlich nicht! Aber die Kommunistische Arbeiterpartei meint, sie kann damit bestehen. Sie meint, mit dieser fortgesetzten Kritik der anderen, die an allem Schuld sind, könnte eine Arbeiterpartei ihr Leben fristen. Aber das geht nur, solange eine Partei klein ist. In dem Ausmaße, wie eine Partei wächst, wächst ihre Verantwortung, wird man von ihr nicht nur Kritik, sondern Taten verlangen. (Sehr richtig!) Es genügt auch nicht, daß man dann zu den Arbeitslosen hintritt und sagt: Ihr Arbeitslosen, es kann Euch nicht geholfen werden. Und es genügt nicht, daß man zu den Arbeitern hintritt in der Fabrik und sagt: Stürzt den Staat. Wir wissen doch, daß Millionen deutscher Arbeiter vor der Diktatur des Proletariats Angst haben wie der Fromme vor dem Fegefeuer. Wir wissen doch, daß so viele Millionen deutscher Proletarier noch in den Ketten der Scheidemänner hängen. Da werden uns alle schönen revolutionären Deklamationen gar nichts nützen, wenn nicht vor dem Angesicht dieser Millionen Proletarier Forderungen erstehen, von denen sie der Ueberzeugung sind, daß das Forderungen sind, für die man allerdings kämpfen muß, aber die man erfüllen könnte durch den Kampf. Daß der Arbeiter in diesem Kampf Enttäuschungen erleben wird, daß der Widerstand der kapitalistischen Klassen groß ist, daß der Widerstand tausender Elemente noch vorhanden ist, der niedergerungen werden muß, das ist klar. Aber es ist doch besser, dem Arbeiter steigt es in das Bewußtsein, daß diese Widerstände vorhanden sind und daß er sie brechen muß, wenn er vorwärts gehen will, als daß sie ihm überhaupt nicht zum Bewußtsein kommen. Die Politik der Kommunistischen Arbeiterpartei ist die, daß das, was sie will, nur einem kleinen Teil der Arbeiter zum Bewußtsein kommt und daß der große Teil der Arbeiterklasse dabei indifferent bleibt und gleichgiltig und stumpfsinnig. Und das ist keine Politik, vor allen Dingen nicht für eine Partei, wie es die unsrige werden soll.

Und darum, Genossen, schließe ich meine Ausführungen mit dem Appell an Sie, die von uns aufgestellten und von den Arbeitslosen gebilligten Forderungen, die sich nicht gegen die Interessen irgend welcher Arbeiterkategorien richten, sondern die es ermöglichen, daß auch die, die mit den Arbeitslosen in einer gemeinsamen Front kämpfen, sie zu den ihrigen machen. Darum wollen wir, daß Sie sich heute verpflichtet fühlen, wenn Sie aus diesem Saal hinausgehen, zu mobilisieren das ganze kommunistische Proletariat, und das Proletariat, das sich zu anderen Parteien bekennt, damit das Proletariat, das indifferent ist für diese Dinge, gewonnen wird. Es gilt, die Köpfe der Arbeiter aufzuhellen und ihnen in das Bewußtsein zu

hämmern, daß, wenn die Arbeitslosenfrage nicht durch den Kampf gelöst wird, das Proletariat sterben wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Pieck: Zu diesem Punkt der Tagesordnung liegen folgende Resolutionen vor:

Die Resolution des Referenten (siehe Seite 252).

Ferner liegt eine Resolution Geithner-Gotha vor:

„In der Erkenntnis, daß das Arbeitslosenproblem nicht nur die Sympathie des kämpfenden revolutionären Proletariats erwecken darf, sondern auch eine tätige Mithilfe erfordert, faßt der Parteitag der V.K.P.D. folgende Entschließung:

Die ungeheure, mit steigender Schärfe die kapitalistische Wirtschaftsanarchie brandmarkende Arbeitslosigkeit erfordert nicht nur unser objektives Studium und unsere politische Aufmerksamkeit für dieses Zeichen und den Ausdruck eines großen sozialen Zersetzungsprozesses, sondern er ruft das organisierte revolutionäre Proletariat auch zu politischer Aktivität auf. Wenn wir auch als Kommunisten wissen, daß die kapitalistische Gesellschaft, die dem Wesen der kapitalistischen Anarchie entspringende Arbeitslosigkeit nicht aufhalten oder gar je beseitigen kann, so fordern wir trotzdem im Namen der unzähligen Opfer dieses Systems eine Milderung der Notlage der unschuldig Leidenden.

Insbesondere fordern wir von der Zentrale, daß sie sich der Auslieferung der Milliardenwerte an den Hohenzollern und seine Familiensippe, die für die Not des deutschen Volkes mitverantwortlich sind, mit allen Mitteln widersetzt, ganz gleich, ob die korrupten Vertreter eines korrupten parlamentarischen Systems diesem volksausplündernden und verräterischen Treiben durch parlamentarische Mithilfe Vorschub leisten.

Die Zentrale wird aufgefordert, im Angesicht der Verelendung weiter Volksmassen, dem Schlag in das Gesicht des Proletariats, der in der Auslieferung der auf „gesetzlichem" oder ungesetzlichem Wege zusammengeraubten riesigen Vermögenswerte an die Hohenzollern liegen würde, durch entsprechende proletarische Aktionen zu begegnen und die Massen für seine Verhinderung aufzurufen."

Außerdem liegt eine Resolution des Reichsausschusses der Erwerbslosenräte Deutschlands vor. (Siehe Seite 254.)

Diskussion.

Möller (Wanderlehrer): Der Genosse Heckert hat in seinen Ausführungen über die Arbeitslosenfrage wohl das Grundsätzliche gesagt. Er hat uns das ganze Arbeitsproblem vorgestellt, ist aber, glaube ich, zu wenig auf unsere Fehler in der Vergangenheit gegenüber den Arbeitslosen eingegangen in der K.P.D. und U.S.P.D. Wenn wir die Arbeitslosenfrage betrachten, so sehen wir hier den praktischsten, den deutlichsten und charakteristischsten Beweis des kapitalistischen Zerfalls. Aber heute stehen die Arbeitslosen nicht nur als eine drohende Mahnung gegenüber der kapitalistischen Klasse, sondern auch als mahnendes Gewissen gegenüber den Kommunisten Deutschlands. In der letzten Zeit haben wir oft über verschiedene Arbeitslosendemonstrationen, die wir als „Putschismus" verschrien haben, gelächelt. Wir haben zu wenig Verständnis für diese spontanen und sporadischen Aktionen gezeigt, die ein Symptom sind für die Aktivität der Revolution und die uns sagen müssen: wir müssen hier als der aktivste Teil vorangehen, wir müssen diese Kämpfe führen! Und wenn wir sie nicht führen, so kann es dahin kommen, daß die

Arbeitslosen als Stützen der Gegenrevolution mißbraucht werden. Wo wir jetzt die Vereinigte Kommunistische Partei haben, ist es ihre erste Aufgabe, die revolutionäre Initiative zu ergreifen, die revolutionäre Aktivität innerpolitisch und außenpolitisch. Das verlangt von uns die ganze Internationale. Sie verlangt von uns die Tat. Wir müssen überall die Kämpfe voranführen. Dann werden wir auch die Arbeitslosen hinter uns haben. Die Arbeitslosen stehen jetzt verärgert da, sie mißtrauen den Kommunisten, denn praktisch und marxistisch betrachtet, müssen wir sagen, wenn so ein Heer von Arbeitslosen dasteht und nach zwei Jahren Revolution diese Arbeitslosen nicht unter Führung der Kommunisten gehen, so müßte das beweisen, daß die Kommunistische Partei nicht existiert, daß sie nicht an die praktischen Nöte der Massen anknüpfen kann. Der sogenannte „Putschismus" gehört heute schon in das Reich der Utopie. Denn die sporadischen Kämpfe müssen sich auflösen, und diese einzelnen Kämpfe und Aktionen müssen geführt werden, auch wenn sie manchmal — das können wir vorher nicht wissen — lokal abgewürgt werden. Wenn wir uns nicht kräftig in den Dienst der Arbeitslosenbewegung stellen, werden die Arbeitslosen über uns hinweggehen. Wir als Kommunistische Partei, als die Elite des Proletariats, haben aktiv dort voranzugehen, wo die Arbeitslosen kämpfen, denn die Revolutionierung der Massen ist nicht allein eine Revolutionierung durch Worte, sondern eine Revolutionierung durch die Tat der Elite des Proletariats; dadurch, daß sie den Massen, den verärgerten, und den Massen, die schon skeptisch geworden sind, durch ihren Mut und durch ihre Entschlossenheit wieder Mut, Kraft und Willen einflößt. Das ist die Aufgabe der Vereinigten Kommunistischen Partei. Und in diesem Sinne haben Sie jetzt bei der Arbeitslosenfrage zu handeln!

Genossen und Genossinnen! Die Frage der Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß wird wohl eine Frage sein, die sich nicht momentan verwirklichen läßt, die nicht konkret den Arbeitslosen das gibt, was sie momentan von uns verlangen. Wir müssen in erster Linie den Arbeitslosen helfen, indem wir mit aller Kraft gegen die jetzige Konterrevolution, gegen die Fehrenbach-Regierung auftreten und für die Arbeitslosen den vollen Lohn, eine höhere Unterstützung verlangen. Das erscheint als ganz wenig. Aber wenn wir für die Arbeitslosen heute die Parole ausgeben: Hinein in die Betriebe, so wird das jetzt nur die Wirkung auslösen, daß die Arbeitenden sie als Konkurrenz betrachten werden, daß die Arbeitenden nur sagen werden, daß sie geschädigt werden, daß sie in ihrer Lohnhöhe herabgedrückt werden, daß sie entlassen werden usw., usw. Diese Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß kann nur erfolgen auf Grund einer gesamten Aktion, auf Grund einer Aktion, unterstützt durch die hauptsächlichsten Arbeiterorganisationen, durch die Gewerkschaften und durch die vereinigten Betriebsräte. Oertlich lösen sich die Kämpfe aus, und unsere Pflicht ist es, bei diesen örtlichen Kämpfen nicht zu theoretisieren, sich nicht auf die Zukunft zu vertrösten, sondern die Führung in die Hand zu nehmen und, wie die Genossin Zetkin gesagt hat, koste es auch unser Leben!

Frölich-Berlin: Als die Berliner Arbeitslosen die Generalversammlung der Betriebsräte sprengten, war das die größte Anklage, die jemals gegen die revolutionären Parteien erhoben worden ist, die bisher zweifellos versagt haben im Kampfe um die Lösung des Arbeitslosen-Problems. Es besteht ein großer Gegensatz zwischen den Arbeitslosen und den Arbeitenden, der zurückzuführen ist auf den Zersetzungsprozeß des Kapitalismus. Wenn die revolutionären Parteien nicht ihre Schuldigkeit tun, so wird die

Arbeiterklasse in diesen Zersetzungsprozeß hineingezogen werden. Nur der Kampf kann die Arbeiterklasse davor bewahren. Es muß uns möglich sein, diesen Gegensatz zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen zu beseitigen, ebenso dafür zu sorgen, daß nicht die Arbeitslosen als Lohndrücker auf dem Arbeitsmarkt erscheinen. Wir müssen den Arbeitenden begreiflich machen, daß sie nicht von den Arbeitslosen bedrängt werden, wenn diese die Besetzung der Betriebe fordern. Unsere Parole von der Kontrolle der Produktion bleibt solange rein propagandistisch, solange es uns nicht gelingt, sie praktisch durchzuführen, und bis dahin wird die Parole stets den Gegensatz zwischen den Arbeitslosen und den Arbeitenden erneut hervorkehren. Somit hat es keinen Sinn, diese Parole zu erheben, wenn wir nicht die Kraft haben, sie durchzusetzen. Es handelt sich weiter darum, nicht nur die gelegentlich ausbrechenden Kämpfe der Arbeitslosen zu unterstützen und zu führen, sondern wir müssen eine allgemeine Bewegung der Arbeitslosen und der Arbeitenden zur gemeinsamen Lösung des Arbeitslosenproblems einleiten. Diese Aufgabe kann sehr wesentlich unterstützt werden durch unsere Tätigkeit in den Parlamenten. Im Reiche, wie in den Gemeinden muß die Arbeitslosenfrage auf die Tagesordnung gebracht werden. Diese Arbeit hat natürlich nur dann einen Sinn, wenn wir gleichzeitig versuchen, die Massen für dieses Problem auf die Beine zu bringen und eine machtvolle revolutionäre Bewegung einzuleiten. Wir müssen die Arbeitslosenbewegung auch einfügen in die internationale revolutionäre Bewegung und dafür gibt es die Parole der wirtschaftlichen Verbindung mit Räte-Rußland. Wir müssen die Pläne der Kapitalisten, Rußland von den Produktionsmitteln abzuschneiden, die es sich im Auslande verschaffen will, zerstören, indem wir die Arbeitslosen dagegen mobil machen.

Genosse Heckert hat das Hauptgewicht darauf gelegt, daß den Arbeitslosen der volle Lohn der Beschäftigten gegeben werden muß. Wir müssen da auch noch spezieller vorgehen. Es müßte einmal festgestellt werden, wie lange die 350 000 Arbeitslosen bereits ohne Beschäftigung sind, wie Hunderttausende jetzt schon jahrelang arbeitslos sind, ohne die Aussicht zu haben, jemals Beschäftigung zu finden. Es muß festgestellt werden, wie das auf die ganze Lebenshaltung, auf das Leben ihrer Familien wirkt. Da genügt es nicht, daß wir nur den gleichen Lohn fordern, sondern wir müssen vielmehr dafür sorgen, daß sie die Naturalien bekommen, die sie für ihren Lebensunterhalt benötigen. Es müssen den Arbeitslosen und ihren Familien von den Gemeinden Schuhe und Kleider unentgeltlich ausgehändigt werden, die von den Gemeindeverwaltungen billiger beschafft werden können als von jedem einzelnen Arbeitslosen.

Wenn wir jede einzelne Tagesfrage mit dem Arbeitslosen-Problem in Zusammenhang bringen, dann werden die Arbeitslosen sehen, daß wir uns um sie kümmern. Es muß uns auch gelingen, den Arbeitenden das Verständnis für diese wichtige Frage zu öffnen, und wir werden so den Gegensatz zwischen Arbeitslosen und Arbeitenden allmählich beseitigen. Wir werden beide in einen gemeinsamen Kampf führen, der ausmünden muß in den Kampf um die politische Macht. Wir müssen den Arbeitslosen zeigen, daß sie nicht imstande sind, allein für die Lösung ihrer Notlage zu kämpfen. Wir müssen aber auch den Arbeitenden zeigen, daß ihnen das gleiche Schicksal droht, von dem die Arbeitslosen betroffen sind. Das Arbeitslosenproblem ist der Kern des ganzen Problems des kapitalistischen Zusammenbruches. Es muß ein Problem werden der Revolutionierung der Arbeiterklasse zum Kampfe um die ganze Macht.

Rück-Stuttgart: Genosse Heckert hat in erster Linie propagandistische Forderungen aufgestellt, denn er wird sich darüber klar sein, daß die Forderung der Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung auf das Lohnminimum heute eine propagandistische Forderung ist. Wenn wir die Kraft hätten, die Forderung durchzusetzen, dann haben wir auch die Kraft, das ganze kapitalistische System über den Haufen zu werfen. Genossen, ich glaube, hier liegt überhaupt der Hebel der Arbeitslosenfrage. Wir bewegen uns in unserer Politik in unserer Partei in einem Kreis, und wir kommen aus dem Kreis nicht heraus. Wir sehen, was notwendig ist. Wir kommen in unserer ganzen Taktik und Politik jedesmal an einen Punkt, an eine Mauer, und da bleiben wir stehen und drehen wieder um. Genosse Heckert hat hier die Frage der Arbeitslosen nicht von dem Standpunkte einer im Fortschreiten begriffenen revolutionären Bewegung beleuchtet, sondern vom Standpunkte einer noch auf guten Füßen stehenden kapitalistischen Gesellschaft. Nur so kann es auch verstanden werden, daß er das Problem der Eroberung der politischen Macht gewissermaßen außerhalb der direkten Aktion zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stellte. Meiner Meinung nach ist das einzige, was heute zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Frage kommen kann, die Steigerung des revolutionären Kampfes, und zwar nicht nur in der Theorie, sondern die Steigerung mit allen Mitteln und mit aller Kraft. Genossen, wißt Ihr, was es bedeutet, heute mit 12 Mark pro Tag zu leben? Heute ist für viele Arbeitslose diese Frage zu der geworden, daß sie Lumpen werden müssen. Und deshalb müssen wir den Weg finden, um hier aus dem Kreise herauszukommen.

Jetzt möchte ich zur politischen Betrachtung der Angelegenheit übergehen. Genosse Levi hat in seinem Schlußwort zum ersten Punkt der Tagesordnung bekommen. Genossen, ich glaube, wir werden solche Anfälle von Radikalis-
bekommen. Genossen, ich glaube, wir werden solche Anfälle von Radikalis-
mus in der nächsten Zeit noch viel mehr erleben, und sie werden immer chaotischer werden, je weniger wir es verstehen, die Bewegung zu entfesseln, die heute notwendig ist. Genossen, es ist doch eine Tatsache, blicken wir überall hin, auf den Württemberger Generalstreik, auf die Frage in Sachsen jetzt, wo die Parole ausgegeben wurde, daß die Arbeiter die Betriebe besetzen sollen. Jedesmal kam der Augenblick, wo dann die Regierung selbst die Betriebe besetzt hat, wo die Regierung ihre bewaffnete Macht eingesetzt hat gegen die Arbeitslosen und gegen die Arbeiterschaft. Und meiner Meinung nach liegt hier seit dem Kapp-Putsch und heute noch das Zentralproblem der deutschen Revolution: in der Frage der Bewaffnung der Arbeiter. Genossen, ich bin der Meinung, daß wir dazu übergehen müssen, hier positive Parolen auszugeben (Zuruf: Gib doch eine!), den Arbeitern zu sagen: das einzige, mit dem heute die Bourgeoisie die Fabriken, den Produktionsprozeß verteidigt, sind die Maschinengewehre, und den Arbeitern zu sagen: den Sturm gegen die politische Macht müßt Ihr unternehmen, und Ihr müßt deshalb mit aller Macht eintreten für Aktionen zur Bewaffnung des Proletariats.

Genossen, wir haben auch auf anderen Gebieten alle Veranlassung, endlich einmal von der propagandistischen Parole zur aktiven Parole überzugehen. Ich benütze das Wort „direkte Aktion" sehr ungern, denn ich kenne die ganzen taktischen Auseinandersetzungen, ich war mit dabei und stand auf dem rechten Flügel, weil ich es für notwendig hielt, daß wir vollständige Klarheit über unsere Taktik erzielen. Aber, Genossen, heute brauchen wir etwas ähnliches wie die direkte Aktion. So in der Wohnungsfrage. Da



habe ich heute gelesen, daß die englischen Arbeitslosen dazu übergehen, jetzt die öffentlichen Gebäude zu besetzen und zu bewohnen. Es ist mir aus der ungarischen Revolution bekannt, daß dort die Partei sehr lebhaft nicht bloß eine Propaganda, sondern eine direkte Aktion zur Behebung der Wohnungsfrage eingeleitet hat, auch eine sogenannte direkte Aktion. Und es ist heute so: wir müssen mit solchen Parolen kommen, wir müssen heute die Arbeiter in die direkten Kämpfe hineinführen. Wir müssen das jetzt eben als eine große revolutionäre Partei, als die einzige revolutionäre Partei, die heute in Deutschland existiert. Und deshalb, der Zeitpunkt ist nicht mehr fern, wo wir vor den allergrößten Kämpfen stehen! Stellen wir uns um in unserer geistigen Einstellung und auch in unserer Taktik, und gehen wir dazu über, gerade jetzt den Arbeitern nicht mehr mit bloßen Propagandaparolen, sondern mit revolutionären handgreiflichen Parolen für den täglichen Kampf zu kommen.

Stahlberg-Berlin: Die Arbeitslosenfrage ist heute der brennendste Punkt des Tages. Ihre größte Fessel ist die Arbeitslosenfürsorge, die ich hier brandmarken will.

Genossen, die Arbeitskraft war für den Kapitalismus immer nur eine Ware, die er billig einkaufte und so teuer wie möglich verkaufte. Es war von jeher das Prinzip der Unternehmer, soviel Arbeitslose wie möglich auf der Straße zu haben, um sie später als billige Arbeitskräfte zu mißbrauchen. Heute wird dieses nach allen Regeln der Kunst angewandt, um die große Masse der Proletarier systematisch zu demoralisieren, sie soweit zu Lumpenproletariern zu machen, daß sie für die kommenden Kämpfe für uns verloren sind. — Hinter der Arbeitslosigkeit lauert bekanntlich der Hunger, das Elend, Tod und Verderben. Das System der Arbeitslosenfürsorge ist durchsetzt von allem möglichen Unrat. Schikane, Lüge und Gemeinheit spielen eine große Rolle. In den meisten Fällen hängt es von den Prüfern ab, ob der Erwerbslose überhaupt Unterstützung bekommt. Den meisten der Prüfer fehlt jedes Verständnis für ihre Tätigkeit. Eine noch halbwegs menschliche Wohnungseinrichtung und ein anständiges Kleid auf dem Leibe der Frau sind für den Prüfer Zeichen des Wohlstandes und der Ablehnung. Das Schändlichste aber in diesem System ist das Denunziantentum. Nachweislich sind anständige Männer und Frauen als Arbeitsscheue und Dirnen denunziert worden und dadurch in die denkbar größte Notlage geraten. Genossen, ich wiederhole das noch einmal, die Arbeitslosenfrage ist die brennendste. Wenn wir nicht bald für die Aermsten der Armen etwas tun, werden wir Dinge erleben, die wir alle nicht wünschen. Mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln haben wir für sie einzutreten. Wir haben für sie die Betriebe zu öffnen, damit sie Arbeit bekommen. Es ist unerhört, daß so viele Tausende auf der Straße liegen müssen, wo alles in der Welt kurz und klein ist. Pflicht dieses Kongresses ist es, nach außen hin für die Arbeitslosen zu wirken aber nicht nur mit dem Mund, sondern mit der Tat!

Winter-Frankfurt a. M.: Ich meine, wenn wir die Ausführungen des Genossen Heckert uns so recht zu Herzen nehmen, so hat er etwas gesagt, woran wir ganz gut die Grundfesten unseres kapitalistischen Staates zum Wanken bringen könnten. Wenn er beispielsweise am Schlusse seiner Betrachtungen diese beiden Punkte stellt: zuerst einmal, daß das große Arbeitslosenheer genau so gestellt werden müßte wie die Arbeitenden, also das Existenzminimum auch für sie geschaffen werden müßte! Daß wir von unseren Unternehmern verlangen, daß die Arbeitszeit so verkürzt werden

muß, damit diese Arbeitslosen eingestellt werden können. Genossen, wenn wir das befolgen, dann haben wir mit diesen zwei Punkten eine große Kampfansage an unsere Unternehmer hinausgegeben und auch an unsere Gewerkschaftsbureaukratie. Dabei möchte ich auch noch neben der Arbeitslosenfrage — das will ich besonders in die Debatte werfen — gedenken der Kriegsopfer, der Kriegsinvaliden und der Kriegskrüppel. Wie geht es denen heute? Die Leute kommen, sie können nicht arbeiten wie wir und werden dann wieder von den Unternehmern bei der passendsten Gelegenheit hinausgedrängt. Man macht auch noch etwas anderes man macht es so, wie Genosse Heckert von Sachsen schon ganz richtig gesagt hat, man sagt: die Geschichte ist jetzt unproduktiv, wir können nicht mehr existieren, wir müssen Schluß machen. Auf diese Weise befördert man dann die ganzen unliebsamen Leute hinaus, sie werden arbeitslos. Sie sind dann eben gezwungen, von Stadt zu Stadt zu wandern und sie bekommen überall keine Arbeit infolge der schönen Beschlüsse, die ja überall existieren: Leute, die vor dem 4. August nicht dort anwesend waren, haben keinen Anspruch auf Unterstützung, zählen aber weiter als Arbeitslose.

Wir wollen uns die Frage so stellen, wie es der Genosse Heckert getan hat. Das ist für uns der nächste Weg, denn wir müssen versuchen, daß wir die Arbeitslosen in unsere Einheitsfront wieder hineinbekommen. Wenn wir aber den Kampf gegen die kapitalistischen Mächte richtig führen wollen, so können wir das nur mit dem ganzen Proletariat, dann wird auch die Arbeitslosenfrage im gegebenen Moment am besten gelöst.

Rosenberg-Berlin: Mit Recht hat man die Verbindung hergestellt zwischen dem Problem der Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und der Kontrolle der Produktion auf der anderen Seite. Aber wir dürfen nicht bleiben bei dem allgemeinen Schlagwort: „Hinein in die Betriebe“, sondern wir müssen uns darüber klar werden, wie wir dieses Schlagwort zur revolutionären Wirklichkeit machen können. Und auf diesem Gebiete brauchen wir ja nicht in die leere Luft zu reden. Wir haben praktische Erfahrungen an dem, was in Italien im August und September dieses Jahres geschehen ist. Die italienische Lehre besteht vor allem darin: lokale Einzelaktionen haben gar keinen Zweck. Eine solche Bewegung gewinnt nur dann die große Wucht, wenn sie einheitlich im ganzen Lande vor sich geht.

Genossen, Sie haben die Aufgabe, die Arbeiter, sowohl die arbeitenden wie die arbeitslosen, an diesen Gedanken zu gewöhnen: Kontrolle der Produktion, das ist zunächst schärfster Kampf mit den Unternehmern. Der einzelne Betriebsrat muß ganz präzise bestimmte Forderungen in kürzester Frist an den Unternehmer stellen. Dann kommt daraus der Konflikt. Und dieser Konflikt muß im ganzen Reich einheitlich organisiert werden. Wir haben ja dabei den großen Vorteil; bei einem derartigen Kampfe, der sich steigert aus dem einzelnen Betriebe heraus, können wir die Massen um unsere Fahne vereinigen, die sonst zu Hause bleiben würden; Massen, die einfach aus dem realen Augenblick, aus den Verhältnissen des einzelnen Betriebes heraus sagen: es geht nicht anders; wenn du nicht verhungern und verkommen willst, mußt du diesen Kampf mitführen.

Aber die Sache hat noch ein anderes, sehr ernstes Aussehen, was man hier in diesem Kreise auch nur kurz berühren kann. Die italienische Regierung hat darum den Angriff auf die besetzten Betriebe nicht gewagt, weil die Arbeiter in Italien gut bewaffnet waren. Also diese Frage der Betriebskontrolle und was dabei entsteht, das gehört unmittelbar zur Taktik und Strategie des Bürgerkrieges. Das sind keine Fragen, die man mit Ge-



fühl, Entrüstung und Leidenschaft lösen kann — überhaupt kann man mit dem guten Herzen keine Revolution machen, und mit schönen Versammlungsreden erst recht nicht —, sondern das sind Fragen, die ganz nüchtern und praktisch und sachlich erwogen werden müssen. Wir dürfen nicht einen Augenblick eine Täuschung darüber aufkommen lassen, daß eine Betriebskontrolle im kapitalistischen Staate gar nicht möglich ist, sondern die Betriebskontrolle ist nur eine Forderung, eine Parole, die dann zum Endkampf führen soll.

Genossen! Die weltrevolutionäre Lage liegt zurzeit so, daß die Welle nach Mitteleuropa geht. Italien und Deutschland werden reif für den Entscheidungskampf, und diesen Entscheidungskampf werden wir in diesen beiden Ländern mit ziemlich ähnlicher Taktik führen müssen. Darauf müssen wir uns einstellen. Und wenn wir dieses Ziel klar erfaßt haben, dann werden wir die Gefahr vermeiden, die Genosse Rück vorhin mit Recht gestreift hat, daß wir schließlich immer zu einem Punkt kommen, wo es nicht weiter geht. Nun heißt es: arbeiten, ernsthaft arbeiten bis zum Ziel! Die Eroberung der politischen Macht, die Diktatur hilft den Arbeitslosen, sonst gar nichts. Alles andere ist Agitation. Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, dieses und jenes — das nützt praktisch gar nichts. Einstellen auf die Betriebskontrolle, auf die Betriebsordnung, auf den Endkampf für die Weltrevolution — das ist unsere Aufgabe.

Schreck-Mannheim: Wir sind uns alle darüber einig, daß die Arbeitslosenfrage nur gelöst werden kann, wenn wir die politische Macht übernommen haben. Seit Kriegsende, seit zwei Jahren, sind viele Hunderttausende in Deutschland arbeitslos, und dann sagen wir immer wieder: ja, wir müssen die Kontrolle der Produktion propagieren, wir müssen versuchen, die Betriebe in die Hand zu nehmen. Der Genosse Rück hat recht: das genügt nicht mehr. Wir müssen an die Frage herangehen: wie kommen wir am schnellsten zum bewaffneten Aufstande, weil wir nur dadurch zur politischen Macht kommen und weil das eben nur die ganze Arbeitslosenfrage regeln kann. Wenn ich auch kein Revolutionsromantiker bin und ich auch ganz genau weiß, daß ein bewaffneter Aufstand nicht gemacht werden kann, so bin ich doch davon überzeugt, daß, wenn heute in der gesamten Presse dementsprechend vorgegangen wird, wenn eine Versammlungstour über das ganze Reich in dieser Frage arrangiert wird und in allen Versammlungen dieses Problem mit der größten Schärfe durchgepeitscht wird, diese Versammlungen dann übergehen müssen zu Straßendemonstrationen, und daß diese Demonstrationen gesteigert werden müssen fort und fort, tage- und wochenlang, bis eben die Masse in Bewegung geraten ist. Wenn wir die Betriebsräte und die Gewerkschaften erst diesen Kampf kämpfen lassen wollen — bis diese Herren Betriebsräte und die Arbeitenden der Betriebe reif sind, den Kampf aufzunehmen um die Kontrolle der Produktion, — dann dauert der Prozeß zu lange, viel zu lange, wir verhungern dabei und unsere Kinder mit.

Weiß-Stuttgart: Genosse Rück hat es nicht verstanden, auch nur einen praktischen Vorschlag zu machen. Er hat erklärt, daß es notwendig sei, die Steigerung des revolutionären Kampfes vorzunehmen. Er hat erklärt, wir müssen dazu übergehen, die Bewaffnung des Proletariats vorzunehmen. Parteigenossen, das ist nichts Neues mehr. Schon lange erklären wir: die Bewaffnung des Proletariats ist eine Notwendigkeit. Aber, Parteigenossen, solange wir dabei noch nicht angelangt sind, müssen wir die Arbeitslosenfrage in der Weise behandeln, daß wir sagen: wie helfen wir den Arbeits-

losen? Es ist notwendig — darauf ist von den Diskussionsrednern noch nicht hingewiesen worden — in wirtschaftliche Beziehungen mit Sowjetrußland einzutreten. Und wir wissen, daß auch zurzeit in Berlin eine technische Kommission von der Sowjetregierung anwesend ist, und daß auch schon Aufträge im Werte bis zu ¼ Milliarde Mark abgeschlossen worden sind. Es ist notwendig, daß die Betriebsräte in den einzelnen Betrieben dazu übergehen, von ihren Unternehmungen zu verlangen, daß sie mit dieser Vertretung der Sowjetregierung in Verbindung treten. Dann muß der Betriebsrat darauf dringen, daß in erster Linie alle diejenigen Arbeiter von diesen Betrieben, welche entlassen worden sind, ohne Ausnahme wieder eingestellt werden, und dann muß er die Kontrolle der Produktion verlangen. Was die Frage anbetrifft, die Genosse Heckert aufgeworfen hat, von den Unternehmern und von den Regierungen zu verlangen, die Arbeitslosen einzustellen und ihnen bei Kurzarbeit den vollen Wochenverdienst auszuzahlen, so ist dieser Schritt schwieriger als der Schritt, zu verlangen, mit der Sowjetregierung wirtschaftlich in Verbindung zu treten, damit für die Arbeitslosen Arbeit geschaffen werden kann.

König=Mansfelder Kreis: Die Arbeitslosenfrage hat uns speziell in Mansfeld, wo wir Kupfer, Kali, Braunkohle und auch eine erhöhte Produktion der Landwirtschaft haben, eingehend beschäftigt. Wir als Bergleute haben lange vorausgesehen, daß die Arbeitslosenfrage wohl die brennendste wird, die je auf irgendeinem Gebiete behandelt werden muß. Wir sind damals schon an die Unternehmer herangetreten und haben als ersten Punkt gefordert Abschaffung der Akkordarbeit. Das wurde nicht genehmigt. Ich muß vorausschicken, daß gerade die Arbeitslosenfrage nur abhängt von der Erlangung der wirtschaftlichen und politischen Macht. Wir können konstatieren, daß jetzt in der Kaliindustrie schon lange auf Lager gearbeitet wird. Es wird vielleicht noch etliche Wochen dauern, dann sind die Lager voll, und die Arbeiter in der Kaliindustrie sind arbeitslos. Wir haben weiter zu konstatieren, daß in der Kupferindustrie, in den Kupferbergwerken jetzt ebenfalls auf Stapel gearbeitet wird. Wie lange wird es dauern, dann sind auch die Kupferbergarbeiter arbeitslos. In der Kohlenindustrie wären tausende und abertausende Arbeiter unterzubringen. Aber, Genossen und Genossinnen, da schiebt man immer vor: wir haben keine Unterkunftsräume für diejenigen Arbeiter, die aus anderen Betrieben oder Bezirken herangezogen werden sollen. In Kriegszeiten ging es sehr wohl, daß Privatwohnungen und öffentliche Gebäude zu Lazarettzwecken hergegeben wurden. Das wäre auch hier in dieser Beziehung wohl möglich, daß man Arbeitslose eben in solchen Räumen unterbringen könnte. Man sagte zu einer Zeit, an den Bergarbeitern, speziell an den Kohlenarbeitern liegt es, wie es um das Wohl und Wehe des deutschen Landes bestellt ist. Wir haben uns erboten, alles Mögliche zu tun. Aber man verhindert durch die Wohnungsnot, daß die Produktion im Kohlenbergbau gefördert wird. Was wir heute unter Kohlennot verstehen ist eitel Lug und Trug. Das ist nichts weiter, das geschieht nur, um die Arbeitslosenziffern systematisch zu erhöhen und den Profit der Unternehmer nicht zu schmälern. Es ist wohl möglich, in die Kohlenbergwerke so viel Arbeiter einzustellen, daß die Kohlenkrise mit einem Schlage zu beseitigen wäre. Dann ist weiter zu konstatieren, daß in der Jetztzeit in den Zuckerfabriken, die wir in der Provinz Sachsen zur Genüge haben, jetzt noch 12 Stunden gearbeitet wird, und zwar Tag und Nacht. Die Bergarbeiter haben mit Recht die sechsstündige Arbeitszeit gefordert. Und, Genossen, wenn eine Arbeit besonders gefördert oder bald erledigt

werden soll, zum Profit der Unternehmer, dann wird sogar die fünfstündige Arbeitszeit eingerichtet, z. B. bei Schachttäufen usw. Dort erleidet die Arbeitszeit nicht 5 Minuten Unterbrechung, sondern es wird 24 Stunden hindurch gearbeitet, ohne daß man merkt, daß ein Schichtwechsel vor sich geht.

Aber so heikel wie das Problem ist, so müssen wir nach Erwägung aller Tatsachen und aller Fragen eins in den Vordergrund stellen: es ist nicht anders möglich die Arbeitslosenfrage zu lösen, als daß wir die politische und wirtschaftliche Macht an uns reißen. Nur das allein bürgt uns, daß wir nachher bei Verteilung der Arbeit in den einzelnen Bezirken, in den einzelnen Industriegebieten dann wirklich selbständig die Produktion, die Verteilung der Produktion und auch die Verschiebung der Arbeitslosen vornehmen können. Anders ist es, vom praktischen Standpunkt aus betrachtet, den wir seit Ausbruch der Revolution 1918 ständig vor Augen gehabt haben, nicht möglich, die Arbeitslosenfrage eingehend zu erörtern oder zur Erledigung zu bringen.

Böttcher-Stuttgart: Der Verlauf der bisherigen Diskussion hat gezeigt, daß die Arbeitslosenfrage sich immer wieder an den ökonomischen Wänden bricht, die in der heutigen Gesellschaft aufgestellt sind. Und nun stehen wir als Kommunisten vor dem Problem, diese Wände niederzureißen. Wir haben bei der Lösung der Arbeitslosenfrage die Frage nach der nächsten Etappe der sozialen Revolution zu stellen. Nur wenn wir konkret an diese Frage herangehen, werden wir konkret der Arbeiterklasse zu sagen wissen: Ihr könnt in der ökonomischen Gebundenheit, in der wir leben, dennoch mit Hilfe der ökonomischen Entwicklung zur Sprengung des ökonomischen Rahmens der heutigen Gesellschaft kommen, wenn Ihr zu dieser oder zu jener Aktion schreitet. Und welche Aktion, Parteigenossen, ist die nächste, die das Proletariat durchzuführen hat? Wir haben als Kommunisten nicht die Aufgabe, zu versuchen, künstlich einen Durchbruchskanal durch die ökonomische Mauer des Kapitalismus zu konstruieren. Wir haben zu prüfen an den gegebenen sozialen Erscheinungen und wirtschaftlichen Bedingungen das Angriffsmoment, das sich aus diesen Erscheinungen ergibt. Und, Genossen, da stellt uns die Praxis vor die Lösung dieses Problems. Die Geschichte hilft sich immer selbst. Wir brauchen nur bewußt einzugreifen, damit diese Selbsthilfe der Geschichte nicht zur Anarchie wird. Und da lesen Sie aus England, da lesen Sie aus Spanien, da lesen Sie auch teilweise aus Oesterreich, wie die Arbeitslosen zur Selbsthilfe gekommen sind und zur Selbsthilfe schreiten. Es wurde hier schon erwähnt die Lösung der Arbeitslosenfrage zum guten Teil in London. Die Besetzung der Wohnungen und auch die Besetzung von Betrieben haben wir schon erwähnt. Nun, Genossen, bin ich der festen Ueberzeugung, daß, je mehr die Verelendung und die Demoralisation der Arbeitslosen zunimmt, auch der Wille zur Selbsthilfe gesteigert werden wird. Wir dürfen diesen Willen nicht hintanhalten, wenn er sich in der Auffassung bewegt, die wir von der sozialen Revolution haben. Und der Wille der Arbeitslosen heißt: *Hinein in die Betriebe, hinein in die Stätten der Produktion!* Wir haben den Schlüssel zur Oeffnung der Betriebe zu geben. Wir haben den Arbeitslosen die Möglichkeit zu gewähren, in die Betriebe hineinzugelangen. Genossen, man kann sagen, es ist nicht angängig, daß hier oder da die Arbeitslosen diese Aktion beginnen. Ja, Genossen, ich weiß es nicht — es mag sich theoretisch vielleicht ganz gut ausnehmen, aber in der Praxis kann auch die soziale Revolution und vor allen Dingen die Kommunistische Partei an diesen Erscheinungen nicht vorübergehen. Und so habe ich die Auffassung, daß wir als Kommunistische Partei uns intensiv mit der

Oeffnung der Betriebe zu beschäftigen haben. Das haben wir ganz konkret als Tagesordnung aufzustellen.

Und nun komme ich zu dem, was ergänzend zu dieser Parole gehört. Wir haben in Deutschland ungefähr neun Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung tut sich ja so ungemein viel zugute, daß sie die festgefügteste Organisation der Welt ist. Diese Organisation muß in den Dienst des Arbeitslosenproblems gestellt werden. Die gewerkschaftlichen Organisationen müssen gezwungen werden, den Arbeitslosen nicht mit Unterstützung, sondern mit Arbeit zu helfen. Genossen, hier haben wir das konkrete Problem, wo wir anknüpfen müssen, weil nämlich auch ein Legien nicht nur den Mund spitzen darf, sondern auch weil hier ein Legien diesmal pfeifen muß. Genossen, die Gewerkschaften als der Machtfaktor, für den sie sich heute ausgeben und den sie darstellen wollen, werden auf diese Weise auch zum entscheidenden Kampf gegen das Kapital gezwungen, denn es ist ganz natürlich, daß unsere Parolen nicht gelöst werden können innerhalb der Arbeitsgemeinschaft, innerhalb des wirtschaftlichen Zusammenarbeitens. Und weil nun auf diese Weise auch die Gewerkschaften in den entscheidenden Kampf gegen das Kapital eingezogen werden, deshalb, Genossen, beginnen hier die Arbeitslosen einen starken Verbündeten zu erhalten. Die Lösung der Hilfe der Arbeitslosen kann nur durchgeführt werden im innigsten Zusammenwirken zwischen den Arbeitern außerhalb und denen innerhalb der Betriebe. Die Gewerkschaft muß sich einsetzen für die Beschäftigung der Arbeitslosen innerhalb der Betriebe, sie muß sich einsetzen für die Parole: Auf mit dem Betrieb!

Mehlhose-Berlin: Die organische Zusammenfassung der Arbeitslosen ist notwendig, da ein großer Teil derselben von der sozialistischen Ideologie noch nicht im mindesten angehaucht ist. Genossen, wir haben zu beobachten, daß die politischen Aktionen in ausschlaggebender Weise von den Industriearbeitern ausgeführt werden. Die ausführenden Organe, die Betriebsräte — leider muß es gesagt werden, — sind sich ihrer Aufgabe nicht bewußt. Sie haben sich von den Gewerkschaftsbonzen einfangen lassen. Genossen, Sie haben den Betriebsräten zu sagen, nicht das Betriebsrätegesetz, sondern unsere revolutionären Richtlinien sind maßgebend. Nicht was dieses Gesetz will, sondern was die revolutionäre Arbeiterschaft will, über das Betriebsrätegesetz hinweg.

Das hochpolitische Arbeitslosenproblem ist unzertrennbar mit der politischen Machtfrage. Hier haben die Betriebsräte nicht nach dem Betriebsrätegesetz, sondern nach den revolutionären politischen Grundsätzen zu handeln. Anders würde die Lösung dieses Problems eine Phrase bleiben. Die Betriebsräte dürfen den Kampf auch mit dem einzelnen Unternehmer nicht ausweichen. Außerdem müssen unsere Genossen in den Parlamenten verlangen, daß die Arbeitslosen finanziell mit den Arbeitenden gleichzustellen sind. Hat sich doch die Deutsche Volkspartei bei der Reichstagswahl als die Wiederaufbaupartei empfohlen. Demzufolge haben wir von der heutigen Regierung die Erfüllung ihrer moralischen Pflichten zu verlangen. Die Arbeitslosen sind die Opfer des unsinnigen Wirtschaftssystems, welches von der heutigen Regierung verteidigt wird. Unsere Aufgabe muß es sein, den Arbeitslosen die Notwendigkeit der Umstellung der Profitwirtschaft zur Bedarfswirtschaft verständlich zu machen. Nicht Arbeitslosenrevolten, sondern bewußter organisierter Kampf zur Beseitigung der Wurzel des Arbeitslosenelends.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Referent Heckert (Schlußwort): Parteigenossinnen und Genossen! Manche der Diskussionsredner haben bei der Arbeitslosenfrage das Unterstützungsmoment für die Erwerbslosen etwas zu stark in den Vordergrund geschoben. Gewiß müssen wir dafür eintreten, daß die Arbeitslosen erhalten werden. Aber viel wichtiger ist es ja noch, auch zu zeigen, daß dieser bürgerliche Staat die Unterstützungsfrage gar nicht lösen kann, und daß darum, weil er sie nicht lösen kann, der Sturz des bürgerlichen Systems notwendig ist. In dem Kampf um die Erhöhung der Unterstützungen werden die Arbeiter durch ihre Erfahrungen klug gemacht werden. Aber es ist unsere Aufgabe, vorher den Arbeitenden schon zu sagen, wohin die Dinge führen, damit die Arbeiterschaft erkennt, daß der Sturz des kapitalistischen Systems den Leidensweg abkürzen kann. Aber wir dürfen nicht den Tag erwarten, an dem das kapitalistische System an den ihm innewohnenden Widersprüchen zusammenbricht, sondern wir müssen diesen Sturz des kapitalistischen Systems beschleunigen. Die Forderungen, die wir aufstellen, um die Arbeiterklasse zu mobilisieren, sollen darum nicht solche Forderungen sein, die in die Köpfe der Arbeiter Illusionen hineintragen, als könnten die Arbeiter innerhalb des bürgerlich-kapitalistischen Systems gerettet werden vor dem Untergang. Was unsere Aufgabe ist, das ist, zu zeigen, daß diese Forderungen zu bewilligen das bürgerliche System nicht geneigt ist, daß es ihnen Widerstand wird entgegensetzen, und weiter zu zeigen, daß auch diejenigen Leute, die vorgeben, die Interessen der arbeitenden Klasse verteidigen zu wollen, gar nicht die Absicht haben, einen solchen Kampf zu führen, um Forderungen, die unausweichlich erfüllt werden müssen. Wir müssen die bürgerliche Demokratie und alle ihre Anhänger entlarven.

Es gilt also, zweierlei zu erreichen, erstens einmal eine Demaskierung derjenigen Leute, die vorgeben, das Arbeitervolk führen zu können, und die Demaskierung des Weges, den diese Leute einschlagen, und zum anderen, daß der Arbeiter erkennen lernt in den Kämpfen, daß der bürgerliche Staat nicht geneigt ist, die proletarische Existenz sicherzustellen.

Es gilt, diesen Kampf der Arbeiterklasse im revolutionären Sinne zu entwickeln. Und an dem sollen teilnehmen auch die großen Massen der Proletarier, die uns jetzt noch fernstehen. Es gibt ja nicht nur Proletarier, die sich als Nachläufer oder als Mitglieder der rechtssozialistischen Parteien bekennen, wir haben auch Hunderttausende, vielleicht Millionen von Proletariern, die sich zu bürgerlichen Parteien bekennen und sich im Schlepptau dieser bürgerlichen Parteien befinden. Sie davon loszulösen, mit solchen Mitteln und Zielen, die sie verstehen, denen sie zugeneigt sind, die sie nicht ablehnen, das ist es, was vorangestellt werden muß.

Und, Genossen, das lohnarbeitende Proletariat, das in den Werkstätten front oder das arbeitslos ist, ist noch nicht am schlimmsten daran. Es gibt einen Teil von Leuten, die auch Proletarier sind und die einen wesentlichen Bestandteil der Konterrevolutionäre ausmachen, das Kopfarbeiterproletariat, das mindestens so viel leidet, in vieler Hinsicht sogar viel mehr. Die Gehälter der niedrigen Beamten sind niedriger als die Löhne der Arbeiter. Hunderttausende von Technikern und kaufmännischen Angestellten gibt es, die um einen Bruchteil des Lohnes arbeiten, für den die Arbeiter arbeiten. Und diese Leute sind direkt das Rekrutierungsfeld der Konterrevolution. Sie bilden das Element, das gegen die Arbeiterklasse aufgeboten werden kann. Wir sehen in Deutschland Tausende und Abertausende von Aerzten auf der Straße liegen. Wir sehen dasselbe bei den Lehrern und Lehrerinnen. Wir sehen, wie andere Leute, die den freien

Berufen angehören, arbeitslos sind. Wir sehen das Heer der Prostituierten riesenhaft aus den Warenhausmädels usw. anschwellen. Kurz, dieses Heer der Unglücklichen, die gebraucht werden gegen das Proletariat und die sogar mit ihrem Leib der Bourgeoisie als Prostituierte dienen — sie sind zu einem viel größeren Teil Mitglieder derjenigen Schichten, die sich früher nicht als Proletarier gezählt haben, weil sie einen Stehkragen tragen, weil sie eine etwas bessere Bildung genossen haben. Wir lesen heute in der Zeitung folgende Erklärung des Reichspostministers:

> „Gegen Beamte, die streiken oder ihre Unlust zum Dienst kundgeben, wird das Disziplinarverfahren mit dem Ziel auf Dienstentlassung eröffnet. Hilfskräfte, die sich dieser Bewegung anschließen, werden fristlos entlassen."

Wenn wir das mit der Tatsache in Verbindung bringen, daß allein in Berlin am 1. Dezember Tausende von Posthilfsangestellten auf das Straßenpflaster geworfen wurden, wenn wir das in Verbindung bringen mit der Parole, die das Bürgertum herausgegeben hat, um sein untergehendes Gesellschaftssystem zu retten: „Sparen", wenn man sieht, wie diejenigen, die da in einem beamteten Verhältnis zum Staat stehen, der Mittel ihrer Verteidigung beraubt werden sollen, dann ist es erst recht unsere Aufgabe, den Leuten auseinanderzusetzen, wie notwendig es ist, daß sie sich verbinden mit dem Proletariat zum gemeinsamen Kampfe gegen dieses System.

Nun tritt der bürgerliche Staat allerdings mit allen möglichen Palliativmittelchen auf, um dieses Geschwür am Leibe des Wirtschaftssystems zu überdecken daß es niemand sieht, um die Leute auf Abwege zu bringen. Wir hören, wie man im Reichsarbeitsministerium und im Reichswirtschaftsministerium über die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge verhandelt, wo man den Gewerkschaften Mittel zur Verfügung stellen will, damit sie Arbeit suchen. Sie sollen weiter gar nichts machen, die braven Gewerkschaftsführer, als die Garantie übernehmen, daß die so von den Gewerkschaften mit Arbeit versorgten Kapitalisten Betriebe haben, in denen rentabel gearbeitet wird, indem eine Garantie übernommen wird, daß dort keine Defizite gemacht werden. In seiner Wirkung kann das nur darauf hinauslaufen, daß die Gewerkschaften benutzt werden sollen um mit ihrer Autorität, mit ihrem Einfluß die Arbeiterklasse zu veranlassen, den letzten Rest ihrer Kraft herzugeben, um den sterbenden Kapitalismus noch einige Zeit länger am Leben zu erhalten. Baugenossenschaften sollen die Wohnungsnot lindern, die der kapitalistische Staat nicht mehr glaubt lösen zu können. Sie können dieses Problem nicht lösen, sie werden elend Schiffbruch leiden. Man lockt den Arbeiter mit dem Siedlungsschwindel von den wirklichen Problemen seiner Not weg, um ihn ebenfalls wiederum in die Hände der Bourgeoisie zurückzuführen. Wir sehen wie diese Mittelchen des bürgerlichen Staates, um die Arbeiterklasse zu düpieren, ergänzt werden durch die Mittel der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Die Herren Legien haben in diesen Tagen eine Broschüre erscheinen lassen in Millionenauflage, die den Titel trägt: „Die Sowjetaktion gegen die Gewerkschaften". In dieser Broschüre versucht der Herr Legien nachzuweisen, daß die Kommunisten es gewesen sind, die dem deutschen Arbeiter die Arbeitsmöglichkeit gestohlen haben, weil die russischen Kommunisten nicht auf den Plan eingegangen sind, durch die Oekonomiegesellschaft des Herrn Legien russische Arbeit den deutschen Arbeitern zu vermitteln. Es werden die schwersten Anklagen gegen die russischen Kom-



munisten erhoben und gegen die Kommunisten in Deutschland. Es spielen sich hier die Gewerkschaftsführer auf als diejenigen, die dem Proletariat hätten Rettung bringen wollen. Und das, was sie da vorhatten, diese Finanzierung der Oekonomiegesellschaft durch die Russen, diese Hereintreibung von zwei Proz. Provision für die Herren Legien und Aschberg und Konsorten — die werden dem deutschen Arbeiter jetzt auf einmal vor Augen geführt nicht als Dinge, mit denen die Generalkommission der Gewerkschaften heute ihre Stellung vor dem Proletariat befestigt, sondern als etwas was dazu angetan wäre, dem notleidenden deutschen Arbeitslosen durch die Gewerkschaften eine Hilfe zu bringen. Und diese schamlosen Burschen, die etwas derartiges in dieser Broschüre niederschreiben, meinen, der deutsche Arbeiter sei dumm und blöd genug, daß er seine Elendsexistenz lindern wollte durch eine Vergrößerung des Elends der russischen Arbeiterklasse. Diese Leute um Legien herum, die fortgesetzt schreien in allen Versammlungen, wie die Bolschewiki drüben in Rußland das Land ruiniert hätten, wie die Arbeiterklasse Rußlands an seinem eigenen Untergang arbeitet, die haben die Kurage, von diesem armen ausgeplünderten russischen Volk zwei Proz.-Provision zu nehmen, um dem armen elenden deutschen Arbeiter helfen zu wollen! (Hört, hört! und Lebhafte Pfui-Rufe). So eine Schmach wird uns von diesem Pack angetan. (Beifall.) Und mit dieser Schmach erscheinen diese Leute vor dem deutschen Proletariat nicht als Gebrandmarkte, sondern in dem Angesicht Tausender und Hunderttausender von Arbeitern als Wohltäter, die lediglich an ihrem Wohltun gehindert worden wären durch die Kommunisten.

Alle diese Dinge gilt es, in das Bewußtsein der Arbeiter einzuhämmern, auf daß die Arbeiter imstande sind, den ganzen großen Komplex des Kampfes begreifen zu können.

Und, Genossen, in dem Moment, wo wir eintreten für diese ins Auge springenden Forderungen, für die dem indifferenten Arbeiter einleuchtenden Forderungen, da schließen wir das ganze Kampfgebiet auf. Nicht wird der Kampf enden können mit der Erhöhung der Unterstützung, nicht wird er enden können mit der Herabsetzung der Arbeitszeit und der Eingliederung der Arbeitslosen, denn ich sagte schon in meinen ersten Ausführungen: Jede Hilfe, die das kämpfende Proletariat im Kampfe sich erstreitet für einen Teil seiner Klasse, kann nur erworben werden auf Grund der Benachteiligung eines anderen Teils der Klasse; sie kann die Schwierigkeiten des kapitalistischen Systems nur vermehren und muß darum neuen Kampf gebären. Erhöhte Arbeitslosenunterstützung bedeutet mehr Papiergeld; mehr Papiergeld bedeutet neue Teurung; neue Teurung bedeutet, daß die in Arbeit stehenden Klassengenossen wieder zu der Waffe des Streiks greifen müssen. (Sehr richtig!) Es reißt also eine solche harmlos aussehende Forderung das ganze große Kampffeld auf und stellt den Arbeiter täglich mehr vor größere Aufgaben.

Und nun, Genossen, haben hier in der Diskussion — ich greife nur die beiden Genossen Rück und Stahlberg heraus — erklärt: wir müssen zur Tat kommen und wieder zur Tat und so geht es nicht mehr, wir müssen mehr den Kampf entwickeln. Aber sie haben vergessen, uns zu sagen, wie wir es machen sollen. (Sehr richtig!) Sie haben vergessen, ein Mittel anzugeben, uns zu sagen, wie wir es machen sollen. (Sehr richtig!) Sie haben vergessen, ein Mittel anzugeben, wie wir schneller dazu kommen können. Mit dem einfachen Wort „zur Tat“ wird gar nichts. Mit dem Wort

„kämpfen" wird auch nichts. Darauf kommt es an, den Kampf zu entwickeln als eine Notwendigkeit bei den breiten Schichten des Proletariats und andererseits ihn zu organisieren so, daß das Proletariat Sieger wird. Die Niederlagen, die wir erleiden in den Kämpfen, bringen letzten Endes auch das Proletariat wieder ein Stück nach vorwärts; und ich bin nicht einer, der sagt, wir sollen die Dinge so machen, daß wir keine Niederlagen haben. Ich möchte nicht empfehlen, daß wir nur solche Dinge tun, von denen wir die beste Voraussicht haben, hier gibt es einen unmittelbaren Sieg. Ich möchte nicht anempfehlen, jede Aktion der Arbeitslosen oder der Arbeitenden zu verhindern als eine Teilaktion, weil sie vielleicht einem anderen Teil des Proletariats einen Schaden bringt. Der große, gewaltige Kampf des Proletariats zur Eroberung der politischen Macht ist eben ein Kampf, wo ein Teil des Proletariats heute im Streik steht und durch den Erfolg oder durch die Niederlagen, die es in dem Streik erleidet dem anderen Teil des Proletariats nicht immer ein Nutzen, sondern sehr oft einen Schaden macht. Aber, Genossen, darauf kommt es ja an, alle diese Schäden, die so in Teilkämpfen entstehen, aufzuzeigen, auf daß das Proletariat begreifen lernt die in den Teilkämpfen erfochtenen Siege und Niederlagen. Und es muß die Teilkämpfe zu einem einheitlichen Massenkampf entwickeln über das ganze Land hinweg.

Und nun, Genossen, wenn die Dinge so stehen, dann ist die Frage ganz einfach: Wie machen wir es, um das Proletariat schnell auf den Kampfboden zu bringen, wo die Kämpfe größer und immer größer werden?

Genossen, wenn wir diese Perspektive unseres Kampfes in den nächsten Monaten uns stellen und wenn wir uns heilig verpflichten, uns mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, so ist es immerhin doch wichtig, festzustellen, was dagegen eine Partei wie die Kommunistische Arbeiterpartei einzuwenden hat. Darum möchte ich hier eine Erklärung zur Verlesung bringen, die von zwei Mitgliedern der Kommunistischen Arbeiterpartei eingereicht worden ist die hier im Saale als Berichterstatter sind. Sie lautet:

> „Wir legen Wert auf die Feststellung, daß die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands sich niemals mit der Kritik an den Verfehlungen der Kommunistischen Partei Deutschlands begnügt hat, sondern immer den Weg gezeigt hat, der aus dem Elend herausführt. Die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands lehnt es ab, die Arbeitslosen in der Illusion zu bestärken, daß das Arbeitslosenproblem noch innerhalb des kapitalistischen Systems gelöst werden kann. Darum lehnen wir sogenannte konkrete Forderungen ab, weil sie benutzt werden, um unter Vorspiegelung der Möglichkeiten, die Arbeitslosenfrage zu lösen, die Arbeitslosen in Kämpfe hineinzuziehen, ohne daß diese Kämpfe auch von dem Willen der Arbeitenden getragen werden. Die K.A.P.D. hält es für ihre Pflicht, den Arbeitslosen zu sagen, daß ihnen weder von der kapitalistischen Regierung, noch von den reaktionären Gewerkschaften, noch von den gesetzlichen Schwindelräten geholfen werden kann, sondern nur durch ihre eigene Kraft in Verbindung mit den Arbeitenden durch den Sturz des Kapitalismus. Wir machen es der Zentrale des Spartakusbundes und den Neukommunisten zum Vorwurf, daß sie größere Aktionen ungenutzt bzw. unmöglich gemacht haben — siehe März-Aktion und August d. J. bei Vormarsch der Roten Armee, Berliner Elektrizitätsstreik in Verbindung mit der Aussperrung der Borsigwerke. Der Worte sind genug gewechselt, die K.A.P.D. will endlich Taten sehen." (Heiterkeit.)

Nun gut, ich weiß nicht, worin die Taten bestehen sollen, die die K.A.P.D. von uns sehen will. Sie kann uns doch nicht glauben machen, daß die Taten in Aktionen der Fichtmänner und ihres Anhanges bestehen. (Sehr gut!) Sie können uns doch nicht weiß machen, daß das ein Programm wäre, wenn Arbeitslose in Arbeitslosen-Versammlungen auftreten und sagen: Uns trennen von den Nahrungsmitteln nur noch die Fensterscheiben, oder wenn die Arbeitslosen, wie es in Neukölln geschehen ist, von dem Magistrat der Stadt verlangen, daß die in Arbeit befindlichen Notstandsarbeiter entlassen werden und daß an ihre Stelle Arbeitslose kommen oder in Adlershof und in anderen Orten, wo dasselbe geschehen ist. Und sie können uns nicht sagen, daß es die richtige Taktik war bei dem Elektrizitätsstreik die die Arbeiter der Betriebsorganisation der Gasanstalten eingenommen haben, die da sieben Schichten arbeiteten und nicht streiken wollten, aber für sich dann in Anspruch genommen haben, die anderen, die nichts getan haben, als Verräter an der Arbeitersache zu verlästern. (Sehr richtig!) Nein, es sind auch hier genügend Worte gewechselt, und wir wollen auch Taten sehen, und wir sind ehrlich bemüht, mit ihnen zusammen zu streiten, wenn damit dem Wohl der Arbeiterklasse gedient wird. Aber sie sollen konkret sagen, was sie von uns verlangen, nachdem wir ihnen konkret gesagt haben, daß wir die größere Kraft, die jetzt unsere Partei hat, benutzen wollen zu einer Generalmobilisierung der Arbeiterklasse. Manche sagen natürlich, wir sind eine Bande politischer Analphabeten oder Verbrecher und Spitzbuben, die von den Dingen nichts verstehen. Aber wir wollen nicht reden über das politische Analphabetentum und über die Verbrecher und Spitzbuben, sondern wir wollen darüber reden, was getan werden muß, damit die Revolution vorwärts kommt, und was getan werden muß, damit die arbeitslosen Brüder nicht untergehen und gegen uns gebraucht werden können, wie die Arbeitenden gebraucht werden können gegen die Arbeitslosen.

Genossen, diejenigen werden nur die Weisen sein, die durch den Irrtum zur Wahrheit reisen, und nicht diejenigen, die in ihrem alten Irrtum beharren. Stellen wir darum konkret und eindeutig die Losung so, wie das die Metallarbeiter Stuttgarts getan, die da eindeutige Losungen gestellt haben, und wir werden erfahren bei solchen Losungen, daß die Legiene pfeifen müssen und nicht nur das Maul spitzen. Und wir werden erfahren in diesen Kämpfen, daß der Bourgeoisie-Staat mit allen seinen Mitteln gegen uns sich auflehnen wird und noch größere Unterdrückung der revolutionären Bewegung hervorbringen wird als bislang. Aber wir wären keine Revolutionäre, wenn wir davor zurückschreckten. Sind Tausende für uns gestorben, um sich zu verteidigen gegen das Noske-System, dann werden wir auch zu Tausenden sterben können, um den arbeitslosen Brüdern zu helfen und um der Revolution den Sieg zu bringen durch den Sturz des Kapitalismus. (Stürmischer, langanhaltender, allseitiger Beifall.)

Abstimmungen.

Der Parteitag stimmt der Resolution Heckert einstimmig zu, ebenso der Resolution des Reichsausschusses der Erwerbslosenräte Deutschlands.

Vorsitzender Braß: Ich mache darauf aufmerksam, daß heute das Manifest der Partei (siehe S. 222) verteilt worden ist. Ich bitte die Delegierten, daß sie es heute durchsehen. Wir werden morgen die Abstimmung darüber vorzunehmen haben.



Ferner sind verteilt worden die Leitsätze über die Tätigkeit in den Gewerkschaften, die ebenfalls morgen bei dem Referat mit zur Abstimmung stehen.

Schluß der Sitzung 4 Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Dienstag den 7. Dezember 1920.

Vorsitzender Pieck: Es sind eine Reihe Begrüßungsschreiben eingegangen, so von der Kommunistischen Partei Amerikas. Es lautet:

„Genossen! Wir senden Euch die brüderlichen Grüße der Kommunisten Amerikas und unsere ernsten Glückwünsche zur erfolgreichen Erfüllung Eurer gegenwärtigen Aufgabe, die kommunistischen Kräfte in Deutschland zusammenzuschließen im Kampfe um die revolutionäre Diktatur des Proletariats.

Von Euch, von der Partei, die Ihr jetzt schafft, hängt zum guten Teile das Schicksal der Weltrevolution ab. Einschneidende Aktionen bereiten sich in Deutschland vor, und wir fühlen, daß die neue Partei weder zögern noch schachern darf, wenn der Moment der Aktion kommt, und daß sie den richtigen Moment erfassen wird. Ein Sowjet-Deutschland, verbunden mit Sowjetrußland, — das ist die nächste Etappe der Weltrevolution, das ist die Erfüllung, welche neue revolutionäre Antriebe entfesseln wird, die ganz Europa dem Kommunismus zuführen werden.

Nicht so rasch, als wir gehofft hatten, aber mit der eisernen Unvermeidlichkeit der Geschichte kommt die Weltrevolution heran. Der Imperialismus verstärkt die Widersprüche des Kapitalismus; die Widersprüche verstrickten die Welt in einen Wust von Elend und Unterdrückung — ein Knäuel, der nicht entwirrt werden kann, sondern nur mit dem Schwerte der revolutionären Aktion durchschnitten, das von der Internationalen Kommunistischen Partei geführt wird.

Auch wir, Genossen, führen jetzt den Zusammenschluß der amerikanischen kommunistischen Bewegung durch, und wir fühlen, daß Euer Erfolg uns bei unserer Aufgabe stärken wird.

Der amerikanische Imperialismus herrscht jetzt, aber unvermeidlich entwickeln sich gegen ihn die Kräfte des revolutionären amerikanischen Proletariats. Unsere Bewegung wird von der brutalsten Regierung der Welt unterdrückt, unsere Genossen sind eingesperrt und unsere ganze Bewegung ist illegal —, aber die Bewegung kämpft sich empor, trotz alledem. Wir wissen, daß die amerikanische Revolution kommen muß, gerade so, wie die Eurige herannaht; und in dieser Zuversicht rufen wir Euch zu:

Es lebe die Weltrevolution!

Es lebe die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands!

Es lebe Sowjet-Deutschland!

Louis Fraina. Charles Ed. Scott.
Für die Kommunistischen Parteien Amerikas."

Vom Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutsch-Oesterreichs (Linke) ist folgendes Telegramm eingegangen:

„Unsere Delegierten am Erscheinen verhindert durch Paßschwierigkeiten. Wir wissen uns trotz alledem mitten unter Euch, unlösbar mit



Euch verbunden. Möge aus Euren Beratungen bahnbrechend auch für die Arbeiterklasse Deutsch-Oesterreichs die revolutionäre Einheitsfront des Proletariats erstehen."

Von der Linken der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ist folgendes Begrüßungsschreiben eingegangen:

„Zu Eurem Vereinigungsparteitag entbietet namens der Schweizer revolutionären Arbeiterschaft herzliche Brudergrüße und beste Wünsche die Linke der Sozialdemokratischen Partei. Rosa Busch."

Von der Norwegischen Arbeiterpartei, Gruppe Tranmael, ist folgendes Telegramm eingegangen:

„Leider haben wir heute ein Telegramm von Wien erhalten, daß unser Vertreter Hansen nicht reisen kann. Wir senden unsere besten Wünsche für den Vereinigungskongreß."

Die Kommunistische Partei Jugoslawiens begrüßt den Vereinigungsparteitag der deutschen Kommunisten.

Von dem Zentralrat des Verbandes der Kommunistischen Gruppe der Tschechoslowakei ist folgendes Telegramm eingegangen:

„Wegen Visumschwierigkeiten durch reichsdeutsche Behörden kann unser Delegierter nicht rechtzeitig am Kongreß teilnehmen. Dieses Telegramm gelte als Ausdruck unserer Begeisterung über Ihr Vereinigungswerk, das das deutsche Proletariat zum Sieg führen soll und wird. Es lebe die einheitliche K.P.D. als Sektion der Kommunistischen Internationale. Das Gelingen dieser Tat bestärkt auch uns in dem Kampf gegen die Bourgeoisie."

Von dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Bulgariens ist folgendes Telegramm eingegangen:

„Das unter dem Banner der Dritten Internationale kämpfende bulgarische Proletariat sendet seine warmen Grüße an die tapferen Arbeiter Deutschlands, welche die Vormundschaft der offenen oder maskierten Verräter entschlossen weggeworfen haben und heute mit den Kommunisten vereint den Grundstein einer mächtigen deutschen Sektion der Kommunistischen Internationale legt. Es lebe die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands!"

Die erste kommunistische Konferenz der russischen Kriegsgefangenen im Lager Quedlinburg begrüßt ebenfalls den Parteitag.

Von der russischen Sektion der K.P.D. liegt folgendes Schreiben vor:

„Die russische Sektion der K.P.D. begrüßt den Parteitag der V.K.P.D. im Namen von über hunderttausend gefangenen Russen und internierten Rotarmisten. Die Sektion, hinter deren Organisation tatsächlich die gesamte Lagerbevölkerung steht, hat während der langen Jahre der Gefangenschaft, hinter Stacheldraht und Bajonetten, doch einen lebendigen Zusammenhang mit dem deutschen kämpfenden Proletariat, mit seinem vorgeschrittensten Teil, den Kommunisten, mit seinen Führern, vor allem mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, gespürt, deren Namen unter den Gefangenen ebenso geliebt sind wie die Lenins und Trotzkis.



Die Gefangenen und Internierten, die bald in die Heimat zurückkehren werden, werden dort erzählen von den Heldenkämpfen der deutschen Arbeiter, von den Siegen und Niederlagen der deutschen Revolution, vom Wachsen und Mächtigwerden der Partei, als deren Mitglieder die Kommunisten geworden und als Kommunisten gearbeitet haben, der angehört zu haben sie ihr ganzes Leben lang mit Stolz erfüllen wird.

Jeder Angehörige der russischen Sektion wird sich nach seiner Rückkehr in die Heimat als lebendiges Bindeglied zwischen Sowjetrußland und dem proletarischen Deutschland fühlen.

Es lebe die V.K.P.D.!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Im Auftrage der russischen Sektion:
Bykow, Sekretär."

Das Weltproletariat Poale Zion (jüdische Proletarierorganisation) begrüßt ebenfalls den Parteitag.

Es sind verteilt worden die Richtlinien für die kommunistischen Gemeindevertreter. Diese Richtlinien sind gedacht als Diskussionsmaterial sowohl in den einzelnen Bezirken als in den Gemeindevertreterkonferenzen, die einberufen werden.

Abstimmung über das Manifest.

Der Parteitag stimmt dem Manifest an das deutsche und internationale Proletariat (Text siehe Seite 222) ohne Debatte einstimmig zu.

Vorsitzender Pieck: Wir kommen nun zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Gewerkschaften und Betriebsräte.

Hierzu hat als Referent Genosse Brandler das Wort:

Brandler: Werte Genossen und Genossinnen! Die Gewerkschaftsfrage ist heute zu der wichtigsten politischen Frage geworden. In den Gewerkschaften ist gegenwärtig der wichtigste und ausschlaggebendste Teil des deutschen Proletariats vereinigt, sie zählen heute 9 Millionen Mitglieder.

Es ist Aufgabe der Kommunisten, diese 9 Millionen deutsche Proletarier aus einem Passivposten zu einem Aktivposten in der Revolution zu machen. Wenn wir uns auf dem Parteitag mit der Gewerkschaftsfrage beschäftigen, so müssen wir das unter diesem Gesichtswinkel tun. Wie ist das möglich? In keiner Frage ist es so wichtig, wie gerade in der Gewerkschaftsfrage, daß wir Kommunisten es lernen, in Weltteilen und Jahrhunderten zu denken und bei diesem alles umfassenden Ueberblick über Vergangenheit und Gegenwart nicht vergessen, anzuknüpfen an die kleinsten und kleinlichsten Nöte, unter denen die Proletarier leiden. Wenn wir so an die Gewerkschaftsfrage herangehen und in dieser Richtung arbeiten, bin ich überzeugt, daß es uns gelingt, die 9 Millionen Mitglieder der Gewerkschaften zu revolutionieren.

Es gibt in unseren Reihen eine Anzahl von Genossinnen und Genossen, die sich meiner Ueberzeugung nach falsch einstellen, die viel zu wenig den Werde- und Entwicklungsgang der Gewerkschaftsbewegung vor Augen haben und sich viel zu viel einstellen nur auf das, was die Gewerkschaften heute sind. Wenn wir aber als Kommunisten die Gewerkschaften in ihrer heutigen Verfassung ändern wollen, ist es notwendig, daß wir uns Rechenschaft geben, aus welchen Ursachen und Entwicklungstendenzen heraus die Gewerkschaften



die heutige Form und den heutigen Inhalt bekommen haben. Zu diesem Zwecke will ich ganz kurz die Linie nach rückwärts verfolgen, um so den Zusammenhang mit der Gegenwart zu finden.

Die Gewerkschaftsbewegung ist nicht etwas, was nach einem fertigen Plan geschaffen wurde, wie ein Teil unserer heutigen Gewerkschaftler annehmen. Die Gewerkschaften sind nicht in dem Hirn eines Menschen geboren. Die Gewerkschaftsorganisation und die Gewerkschaftspraxis hat sich vielmehr gebildet aus den Nöten, unter denen das Proletariat jeweils zu leiden hatte. Die Gewerkschaftsorganisationen und die Gewerkschaftstaktik ist das Ergebnis einer fast hundertjährigen Entwicklung der Arbeiterbewegung, und die heutige Form und die heutige Praxis in den Gewerkschaften ist den Gegenwartsaufgaben nicht mehr gewachsen, weil die Bedingungen, aus denen sie entstanden sind sich gewandelt haben.

Wir finden Gebilde wie die heutigen Gewerkschaften, die aus ähnlichen aber dem Wesen nach doch anderen Verhältnissen entstanden sind, in den mittelalterlichen zünftigen Handwerksgesellen-Verbänden. Aber nirgends besteht eine unmittelbare Anknüpfung der modernen Arbeiterbewegung an diese Bewegung des Mittelalters. Allerdings sehen wir in Norddeutschland in einigen Berufen, z. B. im Baugewerbe, daß Ueberreste dieser Handwerksgesellenverbindungen sich umwandeln in moderne Gewerkschaften. Das ist jedoch eine Ausnahme, nicht die Regel und auch nicht richtunggebend in der Gewerkschaftsbewegung gewesen.

Der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisation und der Gewerkschaftspraxis ist das Produkt des Gegensatzes innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zwischen kapitalistischem Lohnarbeiter und Unternehmertum. In den Kämpfen, in denen sich das politisch rechtlose Bürgertum zur Zeit der feudalen Gesellschaftsordnung gegen die feudale Staatsmacht wandte, sehen wir alle politisch rechtlosen Elemente zusammen vereint unter dem Sammelnamen des dritten Standes. Die moderne Klassenscheidung war noch im Embrionalzustand.

Die feudale Gesellschaftsordnung war aufgebaut auf der Herrschaft des Adels und der Geistlichkeit und außer diesen beiden Ständen hatte in der feudalen Gesellschaftsordnung kein Mensch politische Rechte. Im Schoß der feudalen Gesellschaft bilden sich die Formen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung heraus und alles, was politisch rechtlos dastand, das sammelte sich als dritter Stand, als Gegensatz gegen die Herrschaft des absoluten Staates, gegen die Herrschaft des Adels und der Geistlichkeit. In diesem dritten Stande waren drei ganz verschiedene Elemente enthalten. Im dritten Stand waren Kleinbauern, Kleinbürger und die Großbourgeosie zusammen vertreten. Alle diese drei sozial verschiedenen Gruppen wurden zusammengehalten und gebunden vom 16. bis 18. Jahrhundert, vom Aufstand der Niederländer in der großen englischen sowie französischen Revolution vom Jahre 1789 bis zu den Revolutionen des Jahres 1848 unter dem Losungswort: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! Das war die einheitliche Parole, unter der alle politisch Rechtlosen den Kampf um die politische Macht aufnahmen gegenüber der Herrschaft des Adels und der Geistlichkeit. Diese Losung zeichnet sich aus durch ihre Dehnbarkeit. Gerade weil sie verschwommen, inhaltslos und verwachsen war, eignete sie sich ausgezeichnet dazu, alle Gegensätze zwischen Proletariat, Kleinbauern, Kleinbürgern und Großbourgeoisie zu verwischen und die Klassenkeime zusammenzubinden als einheitliche geschlossene Macht zum Sturz des absoluten Staates, der Herrschaft des Adels und Geistlichkeit. Jeder konnte unter diesem vieldeutigen

Losungswort sich etwas anderes denken, und jede Schicht dachte sich auch unter diesem Losungswort etwas anderes.

Die von der Scholle vertriebenen besitzlosen Bauern, die in Proletarier verwandelt wurden, erhofften, daß sie wieder Grund und Boden bekämen — nicht als Hörige und Leibeigene, sondern als Freie zur freien Bewirtschaftung. Das Kleinbürgertum, das ebenfalls proletarisiert wurde, träumt sich unter der Parole: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit in Hoffnungen und Zustände eines Handwerks mit goldenem Boden. Die Großbourgeosie, die Minorität im dritten Stande, war die einzige Schicht, die ökonomisch reif zur Herrschaft war und dadurch auch historisch imstande war zur Uebernahme der Macht. Der Großbürger begriff die Losung so, wie sie tragfähig war zur Aufrichtung eines neuen kapitalistischen Klassenstaates. Das Großbürgertum verfügte die Aufhebung all der Zunftschranken und feudalen Schranken, um den Grund und Boden und die menschliche Arbeitskraft als Ware verkäuflich zu machen. Die Gebundenheit der Arbeitskraft des Menschen durch die Zunft und an den Grund und Boden wurde beseitigt, um den Kapitalisten die Arbeitskräfte ungebunden von feudalen Fesseln auszuliefern. Sie verstanden unter Freiheit die Lösung der den kapitalistischen Aufbau hemmenden Gebundenheit, also Aufhebung der Hörigkeit und Leibeigenschaft und Aufhebung und Zerschlagung der handwerksmäßigen Zunftfesseln. Die Bourgeoisie proklamierte die Freiheit des Einzelnen. Jeder sollte nach seinen Kräften arbeiten, ungehemmt von Zunftorganisationen und Leibeigenschaften, um sich im Wirtschaftsprozeß durch die freie Konkurrenz ungehemmt zu betätigen. Unter Gleichheit verstand diese Schicht die Formalgleichheit vor dem Gesetz. Der Staat sollte gewissermaßen nur Nachtwächterdienste verrichten. Der Staat durfte sich nicht in die Privatangelegenheiten der Bürger mischen. Der Staat hat nach dieser Auffassung nur die Aufgabe, Eigentum und Leben des Bürgers zu schützen, alles andere geht den Staat nichts an.

Die Gegensätze, die im dritten Stand vorhanden waren, traten erst in Erscheinung, als der dritte Stand den absolutistischen Staat zertrümmert und an dessen Stelle den kapitalistischen Staat, den parlamentarischen Verfassungsstaat aufgerichtet hatte. Dieser Staat war nicht so, wie er im Kleinbürgertum und Proletariat erhofft wurde, eine Demokratie aller, sondern in allen diesen Revolutionen ist das erste Grundegesetz: **Heilig ist das Eigentum.** Nach dem Eigentumsprinzip wurden auch die politischen Rechte verteilt. Politische Rechte: Stimmrecht, Wahlrecht, passiv und aktiv, hatte nur der, der über Eigentum verfügte. Alle anderen wurden als Besitzlose, als nicht gesellschaftsfähig betrachtet.

Die neue Ausbeutungsform wurde die bürgerlich-kapitalistische. Die Leibeigenschaft und Hörigkeit waren aufgehoben, der von Grund und Boden vertriebene Bauer war besitzloser Proletarier geworden, der über nichts als seine Arbeitskraft verfügte und vom Verkauf derselben leben mußte. Er war bedingungslos darauf angewiesen, dem neuen kapitalistischen Herrn, der die Manufaktureien errichtete und auf kapitalistischer Grundlage produzierte, sich zu verkaufen. Ebenso das städtische Proletariat. Entstanden aus dem Verfall des städtischen Handwerks, nicht mehr gebunden durch die städtischen Zunftschranken, waren sie frei. Die Freiheit bestand darin: Während der mittelalterliche Handwerker, auch der Pfuscher, doch noch Besitzer der Werkzeuge und Rohstoffe war und das Produkt seiner Arbeit verkaufen konnte, war der Lohnproletarier frei von jedem Werkzeug und Produktionsmittel, so daß er nicht mehr das Produkt seiner Arbeit, sondern

nur wie der von Grund und Boden vertriebene Bauer seine Arbeitskraft verkaufen konnte.

Dieses ökonomische Umstellen des Arbeitsverhältnisses hat zur Folge, daß das Proletariat in neue entsetzliche Elendzustände geworfen wurde. Das Proletariat ging zu Hunderttausenden unter diesen Verhältnissen zugrunde. — Ich ersuche nachzulesen: Engels, „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“, Marx, „Kapital“, 1. Band, Abschnitt über die Akkumulation.

Das aus den geschilderten Umwälzungen hervorgegangene Proletariat arbeitete einschließlich der Kinder von fünf Jahren nebst Frauen bei einer 14- bis 16stündigen Arbeitszeit, und das Ergebnis trotz dieser langen Arbeitszeit war ein Lohn, der noch nicht einmal dazu ausreichte, die nackte Existenz dieser Arbeitstiere sicherzustellen.

Es ist klar, wenn das Proletariat massenhaft in solche Elendzustände geworfen wird, daß es dagegen rebelliert, und es ist begreiflich, wenn es nicht von Anfang an die richtige Form des Kampfes fand, um die Not abzuwenden, sondern daß es erst durch Niederlagen und Siege im Kampfe selbst die rechte Kampfform finden konnte, die es in den Stand setzten, sich dieser Ausbeutungsverhältnisse zu erwehren.

Die erste Form des Kampfes gegen diese Ausbeutungsverhältnisse der kapitalistischen Produktionsweise ist entlehnt den Kampfformen, mit denen sich die bürgerliche Revolution gegenüber dem Absolutismus durchsetzte. Die Methoden der bürgerlichen Revolution die sich als siegreiches Kampfmittel bewährt hatten, benutzten jetzt jene Teile des dritten Standes weiter, die zu kurz gekommen waren, um den Kampf gegen seine neue politische Beherrschung und unerträgliche Ausbeutung aufzunehmen.

Diese Rebellionen in Gestalt von gewaltsamen Straßenkämpfen, Lebensmittelunruhen, Erstürmung von Bäckerläden und Lebensmittellägern wurden alle blutig niedergeschlagen. Je mehr sich die neue kapitalistische Technik ausbildete, neue Maschinen aufkamen — Webmaschinen, Dampfmaschinen — wird diese Technik von den Arbeitern, die in dieses Elendsverhältnis gedrängt sind, als Ursache ihres Elends angesehen. Nicht das neue Herrschaftsverhältnis der Kapitalisten wird erkannt als Ursache des Elends, sondern die neuen technischen Grundlagen, die das Handwerk zerstörten und zugrunde richteten. Deswegen sehen wir daß diese Revolten und Rebellionen sich in der Hauptsache richteten gegen die Maschinen, daß die neuen kapitalistischen Fabriken zertrümmert werden und daß bei diesen Revolten ab und zu einige gar zu schäbige Unternehmer erschlagen werden.

In der bürgerlichen Revolution gegenüber dem Feudalismus und dem Adel waren diese Revolten gegen die militärischen Machtmittel des Absolutismus siegreich, gegenüber dem neuen kapitalistischen Staat nicht. Diese Kämpfe, die die Zerstörung der Fabriken, Maschinen und die Erschlagung einzelner Unternehmer zur Folge hatten, wurden immer wieder gewaltsam von der bewaffneten Macht niedergeschlagen, und das Ergebnis dieser Revolten war nicht eine Besserstellung der Existenz der revoltierenden Arbeiter, sondern, nachdem das Proletariat niedergeschlagen war, verfiel es in eine um so größere Abhängigkeit. In dem ersten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts in England ist das Ergebnis dieser Niederlagen tiefe Ohnmachtsstimmung, in der das Proletariat zu Tausenden zugrunde geht.

Aus diesen Niederlagen heraus findet das Proletariat die sieghafte Form des Kampfes um seine Selbstbehauptung durch ganz sonderbare Anlässe. Die Existenzbedingungen waren so jämmerliche, daß in den Textil-

distrikten des Südens die Erzählungen von Handwerksburschen: im Norden Englands sei Arbeitsgelegenheit zu finden, bei der die Arbeiter sich satt essen konnten, bewirkten, daß zu Hunderten und Tausenden die Arbeiter aus den Arbeitsstellen davonliefen nach jenem sagenhaften Norden Englands, um Arbeit zu bekommen, bei der man sich sattessen konnte. All den Rebellionen gegenüber, die aggresiv gegen die neue kapitalistische Staatsmacht und Gesellschaft unternommen wurden, war der Kapitalist vorerst siegreich gewesen. Gegenüber diesem Davonlaufen der Arbeitskräfte war der neue kapitalistische Staat in den Anfängen ohnmächtig. Er konnte nicht eingreifen gegenüber Arbeitern, die nach den Grundsätzen der kapitalistischen Moral, daß jeder Freizügigkeit haben muß, auswanderten. Er konnte nur eingreifen, indem die Unternehmer den davonlaufenden Arbeitern Konzessionen machten und erklärten: sie werden ihnen mehr zu essen geben; sie werden ihnen Arbeitsbedingungen geben, bei denen sie einigermaßen leben können.

In England entwickelte sich aus diesen Elendszuständen zuerst die Waffe, mit der das Proletariat ernsthaft den Kampf aufnehmen konnte, um seine Selbstbehauptung: Die Arbeitsverweigerung, der Streik. Ich empfehle Ihnen, darüber zu lesen Schlüter: „Die Chartistenbewegung in England" und Beer: „Die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung", um sich zu informieren, denn es ist wichtig, gerade die Kämpfe der Chartistenbewegung kennen zu lernen, weil diese Kämpfe eine gewisse Aehnlichkeit mit unseren heutigen Kämpfen haben.

Aus diesen Verhältnissen erwies sich, daß die geschlossene Arbeitsverweigerung der Proletarier die Kampfform ist, die imstande ist, den Unternehmern Konzessionen abzuzwingen. Was die offenen Revolten und Straßenkämpfe nicht vermochten, das vermochte die Waffe der Arbeitsverweigerung, weil dadurch das kapitalistische Unternehmertum an seiner empfindlichsten Stelle, nämlich am Profit, getroffen wurde. Aus diesen Erfahrungen entwickelt sich das System des Gewerkschaftskampfes. Die Arbeiter sind bestrebt, Arbeitsverweigerungen durchzuführen, indem sie Sammlungen veranstalteten, so daß sie 8 oder 14 Tage imstande sind, den Unternehmer zu bestreiken. Aus diesen Sammlungen zu einem bestimmten Streik bilden sich Vereine, in denen sich die Arbeiter zusammenschließen zu festen Gebilden in den einzelnen Orten. Das sind die Anfänge der ersten gewerkschaftlichen lokalen Organisation, wo ständig — allerdings sehr niedrige — Beiträge gesammelt werden zu dem Zweck, den Kampf mit dem Unternehmertum siegreich bestehen und aufnehmen zu können. In dieser ersten Form des gewerkschaftlichen Kampfes ist notwendig, auf Folgendes hinzuweisen:

Die Arbeiter waren in einer günstigen Lage: wenn die Arbeiter einer Fabrik gegenüber dem Unternehmer einer Fabrik streikten, zwang der Konkurrenzkampf der Unternehmer untereinander zum Nachgeben. Ihr müßt Euch immer zurückversetzen in die Anfänge der kapitalistischen Produktion, wo einzelne qualifizierte Arbeiter in den Fabriken waren, wo das Verfahren der Spinnerei, Weberei usw. noch ein gewisses Geheimverfahren war, — wo der Spinner oder Weber nicht von einem x-beliebigen Arbeiter ersetzt werden konnte. Wenn dem einzelnen Unternehmer seine Arbeiter wegliefen und zur Konkurrenz gingen, war er in einer gewissen Zwangslage; denn seine Mitunternehmer suchten ihm die Kundschaft abspenstig zu machen, — konnte er nicht liefern, so war er zum Nachgeben gezwungen. Dann kam hinzu, daß in diesem Konkurrenzkampf aller gegen alle der ein-

zelne bestreikte Unternehmer auch erheblichen Materialschaden hatte. Er mußte die Zinsen für das Kapital bezahlen usw. Aus all dem sehen wir, daß in den Anfängen die Arbeitsverweigerung der Arbeiter eines Ortes gegen die Unternehmer eines Ortes sehr günstig für die Arbeiter war.

Wenn ein Betrieb streikte, waren die streikenden Arbeiter verhältnismäßig leicht unterzubringen. Es blieben zur Unterstützung nur eine kleine Zahl Arbeiter übrig, und die Konkurrenzverhältnisse, in denen sich der Unternehmer befand, waren so groß, daß er zum Nachgeben gezwungen war.

Aus dieser ersten Form des gewerkschaftlichen Kampfes, die zur Lokalorganisation führte, bildete sich nachher heraus die Verbindung der lokal organisierten Streikvereine mit dem nächsten Orts- und Industriebezirk nach und nach über das ganze Land. In England und Deutschland entstehen Lokalorganisationen, die alle verschiedenen Berufe zusammenfassen, sich untereinander über das ganze Reich verbinden und bei Streiks durch Sammlungen und Streikunterstützungen ihre Kämpfe zu finanzieren und versuchen, streikende Arbeiter in ihrem Organisationsbereich unterzubringen.

Die Anwendung der wirtschaftlichen Kampfmittel gegenüber den Ausbeutungspraktiken des modernen Unternehmertums führt bald dazu, daß sich das Unternehmertum die organisierte Staatsmacht nutzbar macht, um die organisierte Arbeitsverweigerung niederzuschlagen. Es wird auf Grund des Prinzips der freien Selbstbestimmung des einzelnen, des „Manchesterstandpunktes", vom kapitalistischen Staat gegen diese Vereinigung vorgegangen. Es kommen Koalitionsverbote, wo den Arbeitern unter Strafe verboten wird, sich solchen Organisationen anzuschließen. In der englischen und den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung werden schwere Strafen verhängt gegen organisierte Arbeiter. Wir wissen ja — die Aelteren unter uns werden es wissen —, wie das Vereinsrecht in Deutschland noch vor dem Kriege allerlei Fällen und Tücken hatte, wie bis 1907 oder 1908 das Inverbindungtreten der politischen Vereine verboten ist, und daß wegen der bloßen Tatsache, daß Mitglieder in Verbindung traten, Strafen verhängt wurden.

Der kapitalistische Staatsapparat setzt ein, um die gewerkschaftliche Organisationsbewegung zu zertrümmern.

Neben dieser Anwendung der kapitalistischen Staatsmacht zur Erledigung der wirtschaftlichen Aktionen des Proletariats schufen sich die Unternehmer noch besondere Unternehmerverbände, wo sie sich bei Streiks gegenseitig solidarisch haftbar machen. Sie beantworteten Streiks der Arbeiter in einzelnen Orten und Betrieben mit der Aussperrung der Arbeiter im Ort und über den ganzen Bezirk oder über das Reich. Durch diese Methoden des organisierten Eingreifens der kapitalistischen Staatsmacht und der organisierten Unternehmerverbände wird der gewerkschaftliche Kampf mehr und mehr erschwert. Er wird so erschwert, daß er auf Grundlage der lokalen Organisation nicht mehr durchgeführt werden kann.

Ich gebe nur diesen Längsdurchschnitt durch die Bewegung und muß es Euch überlassen, das einzelne Material, wenn Ihr es braucht, herauszuholen, um das, was nötig ist, einzugliedern.

Als die lose und lokale Form des Gewerkschaftskampfes dem organisierten Unternehmertum nicht mehr gewachsen ist, bilden sich die zentralen Berufsverbände, aber nicht mehr organisiert durcheinander im Ort, sondern nach Berufen gegliedert über das ganze Reich. Damit schaffen sich die Gewerkschaften jene Kampfform, die in diesem Stadium imstande ist, dem kapitalistischen organisierten Unternehmertum wirksamer entgegenzutreten. Ihr wißt alle, welche schweren Kämpfe zwischen Lokalisten

und Zentralisten durchgeführt worden sind. In England, wo die Gewerkschaftsbewegung zuerst entstand, haben wir heute noch Hunderte von einzelnen Trade-Unions. Es ist ein geschichtliches Gesetz, das nicht nur bei wirtschaftlichen Organisationen und Arbeiterbewegungen eine Rolle spielt, sondern das können wir überall beobachten, daß ein Land, wenn es ein Mustertyp entwickelt hat, meistens es in dieser Form erstarrt, und daß es in dieser erstarrten Form, wenn die anderen, die viel später in diese Entwicklung getreten sind, weiter fortschreiten, reaktionär, ein Hemmnis des Fortschritts wird.

Die Gewerkschaftsbewegung in England leidet am längsten unter dieser Form der lokalen Organisation.

Trotz aller schweren Kämpfe bei uns in Deutschland, die wir viel später in die Gewerkschaftsbewegung eintraten, aber die Erfahrungen der englischen Arbeiterbewegung nutzen konnten, kamen wir viel rascher zu zentralisierten Berufsorganisationen, weil wir nach England und Frankreich uns eine der neuen Erfahrungen entsprechende Arbeiterbewegung schufen, die dann die Musterform der modernen Arbeiterbewegung in Westeuropa wurde. Die ganze zweite Internationale bildete sich nach den Formen der Arbeiterbewegung in Deutschland. Heute sind wir starr geworden. Wo es jetzt gilt, eine neue Organisationsform zu finden, zeigt es sich, daß die deutsche Arbeiterbewegung am schwersten erstarrt ist in diesen heute veralteten Formen. In Ländern wie Rußland, die zu der Zeit, wo wir in Deutschland schon Arbeiterorganisationen hatten, noch keine hatten, bildet sich sofort die höhere Form der Kampfesorganisation.

In England setzt der Kapitalismus mit der Dampfmaschine von Watt ein; in Deutschland setzt er ein mit den technischen Erfahrungen, die in England bis in die dreißiger und vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts gemacht wurden, also gleich auf der vollendeten Form des englischen Kapitalismus. Die amerikanische Form des Kapitalismus ist eine Vereinigung des englischen und deutschen, und der Anfang des Kapitalismus in Rußland beginnt auf dieser höheren Stufe. Das ist der Entwicklungsverlauf der Geschichte überall — alte Formen erstarren und werden reaktionär. Neue entfalten sich zuerst in den „rückständigsten" Ländern.

In Deutschland beginnt Form und Inhalt der Gewerkschaften sich umzustellen. Die zentralen Berufsgewerkschaften stellen sich um in zentrale Industrieverbände. Das ist erst eine ganz kümmerliche Tendenz, deren Verwirklichung erschwert wird durch die Festigung in den Formen der zentralen Berufsorganisationen.

Die Wirkung des organisierten Kampfes der Lohnarbeiter gegen das kapitalistische Unternehmertum ist tatsächlich imstande gewesen, die Elendszustände aus den Anfängen der kapitalistischen Epoche zu beseitigen und durch den organisierten Gewerkschaftskampf ist es erst möglich geworden, daß das Proletariat seine Existenz innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufrecht erhalten konnte. Die Gewerkschaften haben Ungeheures geleistet und ohne diese organisatorische Tätigkeit gegen die Tendenz des Kapitalismus, das Proletariat auszurotten, wäre das Proletariat und mit dem Proletariat der Kapitalismus nicht zur Entfaltung gekommen.

Wie war es möglich, daß das Proletariat durch diesen organisierten gewerkschaftlichen Kampf seine Existenz durchsetzen konnte? Der gewerkschaftliche Kampf versuchte durch Arbeitsverweigerung zu hindern, daß die Rate des Mehrwertes auf Kosten der Verlängerung der Arbeitszeit und

auf Kosten der Herabsetzung des Preises für die Arbeitskräfte durchgeführt werden konnte. Dieser Kampf war erfolgreich, weil in demselben Zeitraum der Druck auf den Arbeitsmarkt nachließ. Die Konkurrenz der Arbeiter untereinander wurde während der Entstehung der Gewerkschaften in England durch die Auswanderung aus den kapitalistischen Ländern in die jungfräulichen Agrargebiete gemildert. Die Auswanderung bewirkte, daß der Druck auf den Arbeitsmarkt so nachließ, daß die verbleibenden Arbeitskräfte in den Gewerkschafts-Organisationen mit dem Unternehmertum den Kampf um die Regelung des Arbeitsverhältnisses siegreich aufnehmen konnten. In Deutschland fällt die Entwicklung der Gewerkschaften in die Zeit des riesenhaften Aufschwungs der industriellen Entwicklung, der alle Arbeitskräfte aufzunehmen imstande ist.

Der Kampf um die Regelung der Arbeitsbedingungen war vom ersten bis zum letzten Tage ein reiner Arbeitskampf. Alle anderen Schichten der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft waren an diesem Kampf nicht beteiligt, ja standen ihm feindlich gegenüber. So bildeten die Gewerkschaften von ihrem Anfang an reine Kampforganisationen des Proletariats.

Die Tatsache, daß es durch den organisierten Gewerkschaftskampf möglich war, die Existenzmöglichkeit des Proletariats sicherzustellen, führte nicht etwa zu einer Störung der kapitalistischen Entwicklung, im Gegenteil, die kapitalistische Entwicklung wurde gefördert. Ohne die Sicherung der Existenz der Arbeiter wäre es nie möglich gewesen, daß die kapitalistische Wirtschaft die hohe Produktion hätte entwickeln können. Ein verelendetes Proletariat hätte nie die ungeheure technische Fähigkeit entwickeln können. Durch die Sicherstellung der Existenz der Arbeiterklasse wird der Markt für den Absatz der kapitalistischen Produkte ungeheuer erweitert, die Arbeiter werden Abnehmer der Produkte, die sie selbst erzeugen. Die Markterweiterung wird durch die gesteigerte Kaufkraft des Proletariats geschaffen. Die Tätigkeit der Gewerkschaften ist demnach kein Hemmnis in der Entwicklung des Kapitalismus, sondern eine der wichtigsten Voraussetzungen der Umbildung des Industriekapitalismus für den kapitalistischen Imperialismus. Bei einigermaßen gesicherter Existenz ist es möglich, daß der Kapitalismus gestützt und getragen von dieser temperierten und regulierten Ausbeutung, sich neue Absatzgebiete in der übrigen Welt schaffen kann. Durch den gesicherten inneren Markt ist der Kapitalismus in den Stand gesetzt, die Konkurrenz aufzunehmen gegenüber allen Natur-, Halb- und Ganzkulturvölkern. Gestützt auf den Mehrwert und auf die sich fortwährend erweiternde Reproduktion, die die kapitalistische Lohnarbeiterschaft schafft, ist die tragfähige Basis für den Weltimperialismus erweitert worden. Erst so können sie konkurrieren durch die billige Ausfuhr von den in Europa von den technisch hochstehenden Arbeitskräften hergestellten Industrieprodukten, dadurch können sie zugrunde richten Millionen von Menschen in Indien durch die Konkurrenz und fremde Erdteile sich tributpflichtig machen. Der sogenannte friedliche Kapitalismus bedeutete die Eroberung des Welmarktes, bedeutete jeden Tag die Vernichtung von Tausenden von Menschenleben und menschlichen Existenzen. In dem Ausmaße, in dem sich die technische Grundlage bei uns entwickelte, wurden in Indien, Aegypten, Mesopotamien, Kleinasien die Menschen dort dem Elend entgegengetrieben. Ganz abgesehen davon, daß wir in Deutschland in der Vorkriegszeit allein täglich 30 tödliche Unfälle hatten und täglich über 1500 Menschen verletzt wurden bei Unfällen, so daß zusammengerechnet auf eine bestimmte Spanne Zeit die Opfer der „friedlichen Epoche" viel größer

waren als die Opfer einer noch so blutigen Schlacht im Weltkriege oder im kommenden Bürgerkrieg.

Diese Entwicklung wird vom Weltkrieg abgelöst. Der Krieg hat über 30 Millionen Menschen, beste Arbeitskräfte vernichtet, über 14 Millionen getötet und über 14 Millionen so zerstört, daß sie als kapitalistische Lohnarbeiter, die Mehrwert schaffen, nicht mehr in Frage kommen. Das ist eine Zerstörung der wichtigsten Voraussetzung der kapitalistischen Produktion, der menschlichen Arbeitskraft, die die meisten nicht richtig werten. Es kommt hinzu, daß neben der menschlichen Arbeitskraft die technischen Grundlagen des Kapitalismus zerstört sind. Erinnert euch nur der Werte, die zerstört sind, direkt unmittelbar in den Gegenden, wo die Kriegsoperationen stattgefunden haben, und dann dadurch, daß viereinhalb Jahre nicht produziert wurde, die Fabriken wurden nicht erweitert, außer für den Kriegsbedarf. Gering geschätzt ist die Hälfte der alten Produktionsgrundlagen durch den Krieg vernichtet worden. Während früher Entwicklung des Kapitalismus bedeutete eine fortwährende Erweiterung der kapitalistischen Produktionsbasis, sehen wir in der Nachkriegszeit eine planmäßige Verkürzung der Produktion und Reproduktion. Die Unternehmer stellen Betriebe still, schränken sie ein, und trotz der stillgelegten und eingeschränkten Betriebe machen sie höhere Profite, als früher bei der ständig erweiterten Produktion.

Es ist in diesem Zusammenhang noch notwendig, auf die veränderte Grundlage hinzuweisen, die beim kapitalistischen Lohnarbeiter gegenüber dem hörigen Bauer oder gegenüber dem Sklaven besteht. Der Sklave gehört dem Sklavenbesitzer, und schon durch dieses Besitzverhältnis ist der Sklavenbesitzer gezwungen, den Sklaven zu ernähren und zu erhalten, auch wenn es vorübergehend unvorteilhaft für den Sklavenbesitzer ist. Der an die Scholle gefesselte Leibeigene, der als ein Teil des Grund und Bodens angesehen wird, ist auch, wenn er nicht unmittelbar ausgebeutet werden kann, in seiner Existenz sichergestellt. Die kapitalistische Ausbeutung, die das Eigentum an den einzelnen Arbeiter aufhebt, macht nicht den einzelnen Arbeiter, sondern die gesamten kapitalistischen Lohnarbeiter zum Eigentum der Kapitalistenklasse. Dieses umgeänderte gesellschaftliche Verhältnis hat zur Folge, daß der einzelne kapitalistische Unternehmer nicht mehr an dem Schicksal der einzelnen Arbeiter interessiert ist, wenn er sie nicht unmittelbar ausbeuten kann. Die Kapitalistenklasse hat nur ein Interesse daran, die Arbeiter*klasse* zu erhalten. Das drückt sich klar aus in Aeußerungen, wie sie z. B. von Prof. von Gruber oder von Syndikus Dr. Vögler gemacht werden, daß 15 Millionen Menschen in Deutschland heute aussterben müßten. Diese Praxis ist keine neue Praxis, sie wohnte dem ganzen kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsaufbau schon immer inne. Weil die Kapitalistenklasse die Arbeitskraft nur zu kaufen braucht, wenn sie unmittelbar in Profit umgewandelt werden kann, läßt er sie zugrunde gehen, wenn sie ihm keinen Profit bringen. Diese arbeitslose Reserve wirkt auf die Beschäftigten als Lohndrücker und macht jeden Streik aussichtslos.

Welchen Zweck verfolgten die Gewerkschaften in ihrem wirtschaftlichen Kampfe? Die Gewerkschaften stellen sich die Aufgabe, durch die Vereinigung ihrer Klassengenossen *unmittelbar die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft zu verbessern.* Das ist das Leitmotiv und der Inhalt des gewerkschaftlichen Kampfes. In den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung, als die Gewerkschaften schwach waren, als wir in Deutsch-

land noch keine Million gewerkschaftlich organisierter Arbeiter hatten, sind die Gewerkschaften imstande, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung tatsächlich zu verbessern. Heute, wo wir neun Millionen Mitglieder in den Gewerkschaften haben, sehen wir, daß die Gewerkschaften nicht imstande sind, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten auf der Grundlage der 1914 eroberten Existenz.

Worauf ist das zurückzuführen?

Das ist zurückzuführen und zu erklären aus den ganz veränderten Existenzverhältnissen der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft überhaupt. Wir sehen schon in der Vorkriegszeit, gerade unmittelbar vor 1914, daß in Deutschland der Gegensatz zwischen Unternehmertum und gewerkschaftlichen Arbeitern so groß war, daß die Unternehmer als Besitzer der Staatsorganisation und der Staatsmacht sich nicht etwa von irgendwelchen demokratischen Gedanken leiten ließen, sondern Ihr wißt alle, daß 1914 vor Kriegsausbruch sich die Gewerkschaften auf ihrem letzten Kongreß in München ernsthaft damit beschäftigten, wie sie mittels des Massenstreiks gegen die Versuche ankämpfen wollten, das Koalitionsrecht, das Vereinsrecht, das Lebensrecht der Gewerkschaften einzuschnüren. Ebenso war 1914 die Spannung zwischen dem kapitalistischen Unternehmertum und der Arbeiterklasse so stark, daß man nicht etwa daran dachte, das Wahlrecht zu verbessern, sondern daß man sich ernsthaft mit dem Gedanken trug, das an und für sich miserable Reichstagswahlrecht noch zu verschlechtern. So war die Spannung des Klassengegensatzes bis zum Ausbruch des Krieges bei uns in Deutschland. Die Kämpfe wurden immer schwieriger und schon in der Vorkriegszeit trat immer klarer zutage, daß die alten Kampfmethoden der Gewerkschaften im Grunde Sysiphusarbeiten sind, daß alle diese Kämpfe um Lohnerhöhung, alle Lohnbewegungen nicht imstande sind, die Existenzgrundlage der Arbeiterklasse weiter zu verbessern, sondern daß der Kapitalismus schon in der Vorkriegszeit in ein Stadium eingetreten war, wo es galt, gegen die Existenzgrundlage des Kapitalismus überhaupt anzukämpfen, die kapitalistische Ausbeutung selbst aufzuheben. Der Kampf, den die Gewerkschaften vor dem Kriege und bis heute führten, richtete sich niemals gegen die kapitalistische Ausbeutung selbst, sondern der Kampf um höheren Lohn, um Verkürzung der Arbeitszeit um ein bischen mehr Anteil an der kapitalistischen Kultur war nur möglich als Kampf um einen Teil der Mehrheitswerte, nicht die Beseitigung der unbezahlten Mehrarbeit. Im Kriege hat sich dieser Gegensatz ungeheuer verschärft. Die Armen sind immer ärmer und die Reichen immer reicher geworden. Die Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft ist so zerstört, daß heute bereits ein Lloyd George eine Zustandsschilderung gibt, der wir nichts hinzuzufügen brauchen.

Einen Ausweg gibt uns Lloyd George nicht. Aber wir bekommen hier eine Zustandsschilderung vom kapitalistischen Zusammenbruch in sehr bilderreicher und sehr anschaulicher Sprache, die sich, kurz zusammengefaßt, dahin formulieren läßt, daß durch die Zerstörung der Produktionsgrundlage im Kriege die Hälfte der vorhandenen Werte vernichtet worden ist und, weil sie auf kapitalistische Art und Weise vernichtet worden sind, uns diese vernicheteten Werte in Gestalt von Schuldtiteln, in Gestalt von Schuldansprüchen der Kapitalistenklasse tatsächlich das Mark aus den Knochen und Gebeinen saugen. Deswegen haben wir heute wieder Elendszustände für

das Proletariat, die denen ganz gleich sind, aus denen die Gewerkschaftsbewegung nach dem Erleiden ungeheurer Niederlagen hervorgegangen ist. Auch heute stehen wir wieder vor der Tatsache, daß Millionen Proletarier nicht mehr existieren können, und deswegen erhebt sich heute erneut die Frage, wie eine Kampfform gefunden werden kann, die die Arbeiter instand setzt, ihre Existenz sicherzustellen. Diese Kampfform kann heute nur sein der revolutionäre Kampf zur Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft, der revolutionäre Kampf zum Sturz der kapitalistischen Staatsordnung.

Heute sind wir in Zustände hineingekommen, die in unserem Manifest, dem Sie vorhin Ihre Zustimmung erteilt haben, dadurch charakterisiert sind, daß es heißt, die Anschaffung eines Paares Stiefel bedeutet für die Familie eine Tragödie. Heute haben wir Zustände bekommen, wo Arbeitslose mit ihrer Arbeitslosenunterstützung dem Hungertod preisgegeben sind. In Berlin haben wir in einer Branche eine Rundfrage veranstaltet, und aus der einen Branche ist uns mitgeteilt worden, daß in Berlin 27 Arbeitslosen das Gas abgedreht worden ist, weil sie den Gaspreis an die Stadt nicht bezahlen konnten. (Pfui!) Diese Leute haben keine Kohlen, das Gas wird ihnen von der Stadt gesperrt, sie sind nicht imstande, die teueren Kartoffeln zu kaufen, sie müssen ihre Rüben ungekocht fressen, weil die Stadt ihnen kein Gas mehr kreditieren kann. Das sind zwei Beispiele, die jede weitere Erläuterung mir ersparen, die ohne weiteres für jeden denkenden Menschen den Beweis erbringen, daß es heute aus diesen Zuständen, in die der Verfall der kapitalistischen Wirtschaft uns gebracht hat, keinen anderen Ausweg geben kann, um die Existenz des Proletariats wieder sicherzustellen, als daß die neun Millionen in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter, den ernsthaften, d. h. revolutionären Kampf zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufnehmen müssen.

Wie können wir das tun? Wir müssen verstehen, die Gewerkschaften umzugestalten zu diesem revolutionären Kampf. Und wenn wir das tun wollen, müssen wir anknüpfen an die unmittelbaren Nöte, an die Aufgaben, die das Proletariat sich in den Gewerkschaften gestellt hat. Worin bestehen diese Aufgaben? Die Gewerkschaften stellen sich heute noch die Aufgabe, in Gestalt von Lohnbewegungen die Arbeits- und Existenzverhältnisse der Arbeiter zu bessern. Und in diesem Punkt haben die Kommunisten in den Gewerkschaften — darüber müssen wir uns ganz klar sein — tätig zu sein. Können wir auf Grund unserer geschichtlichen Einsicht sagen, die Lohnbewegungen nützen nichts, können wir sagen: Ihr dürft keine Lohnbewegungen machen? Es gibt einen Teil Arbeiter, der sich sehr revolutionär dünkt und diese Parolen ausgibt, der, weil er eben begriffen hatte, daß es heute nicht mehr genügt, mittels einer Lohnbewegung die Löhne zu erhöhen, daraus folgerte, man dürfe keine Lohnkämpfe mehr führen. Diese Schlußfolgerung ist deswegen grundfalsch, weil wir anknüpfen müssen an das, was war, und das, was ist, weil wir die Arbeiter nicht vertrösten können auf den Endkampf. Gewiß, im geschichtlichen Maßstab gesehen, nützen die Lohnbewegungen gar nichts. Aber im Augenblick bringen sie den Arbeitern, die eine Lohnerhöhung von 50 Pfennig oder einer Mark durchsetzen können, eine kleine Linderung aus diesen Elendszuständen, eine Linderung, die allerdings nicht genügt, aber auf die wir nicht verzichten können. Die Kommunisten müssen sich bei den Lohnbewegungen nicht negativ, sondern positiv einstellen. Sie müssen überall,

wo Gewerkschaftsmitglieder in falsche negative Ideologie der Ablehnung der Lohnstreiks verfallen, an der Spitze kämpfen für die Erhöhung der Löhne. Nur wenn sie das tun, wenn sie bestrebt sind, alles herauszuholen, was irgendwie herauszuholen ist, dann können sie den Arbeitern in den Gewerkschaften sagen: Das genügt nicht! Ihr müßt weiter gehen; die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Lohnbewegungen zu verbessern, reicht heute nicht aus. Ihr müßt kämpfen, um die ganze Produktion in Eure eigenen Hände zu nehmen; Ihr müßt vor allen Dingen bestrebt sein, nicht nur die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeitenden zu regeln, sondern Ihr müßt danach streben, auch die Existenzverhältnisse der Kurzarbeiter und der Arbeitslosen zu regeln, denn die Regelung der Verhältnisse der Arbeitenden genügt heute nicht mehr, weil, wie Genosse Heckert gestern sagte, wir drei Millionen Kurzarbeiter und 400 000 unterstützte und 400 000 nichtunterstützte, also rund 800 000 Arbeitslose haben. Wenn Ihr anknüpft an die vorhandene Einstellung der Arbeiter, dann kann man ihnen auch klarmachen, daß sie gar nicht mehr imstande sind, die Existenz- und Lohnverhältnisse zu regeln durch bloße Lohnstreiks. Die unter furchtbarer Not leidenden Arbeitslosen und Kurzarbeiter drücken auf den Arbeitsmarkt, so daß tatsächlich heute schon der Zustand eingetreten ist, daß keine Lohnbewegungen mehr durchzuführen sind, denn, wenn es zu ernsthaften Kämpfen der Arbeitenden kommt, stehen die Arbeitslosen und Kurzarbeiter in Reserve. So bedeutet das Beschränken auf bloße Lohnbewegungen, wie sie heute noch in der Vorstellungswelt der Gewerkschaftsbureaukratie leben, tatsächlich eine Aufrechterhaltung dieses Zustandes, der zu einer fortwährenden Verschlechterung der Existenzbasis führt. Diese Tatsache müssen wir zur Revolutionierung der Menschen ausnützen.

Obgleich die Beschränkung auf Lohnbewegungen heute die Arbeiter hemmt im Kampfe zum Sturz des Kapitalismus, müssen wir hieran weiter anknüpfen und weitertreiben. Heute werden die Lohnbewegungen auf Grund einer Jahrzehnte alten gewerkschaftlichen Praxis abgeschlossen durch sogenannte Tarifverträge. Fast immer wird die Lohnbewegung heute beendet durch einen sogenannten Schiedsspruch. Wir wissen, daß der Kampf um die Befreiung des Proletariats aus diesem Elend nicht Gegenstand der Behandlung einer Tarifkommission, nicht Gegenstand irgendeines Schiedsspruches, der von einer paritätisch von Arbeitern und Unternehmern zusammengesetzten Kommission gefällt wird, sein kann. Wie haben wir uns in den Zwischenzeiten in den Gewerkschaften zu verhalten, wo noch Lohnbewegungen gemacht und solche Tarifverträge abgeschlossen werden und es trotz unserer intensiven Agitation nicht möglich ist, die Arbeiter, die heute noch in den Gewerkschaften sind, zu revolutionärem Kampfe, der zur Niederwerfung der Kapitalistenklasse führt, zu bringen? Nun, Kommunisten haben sich niemals nach Wünschen zu richten, sondern haben sich immer mit den Tatsachen abzufinden. Wir müssen uns auch inzwischen mit diesen Tarifverträgen und mit diesen Schiedssprüchen dergestalt abfinden, daß wir auch da versuchen, möglichst viel Erfolg für unsere Ziele herauszuholen, nicht den Erfolg für eine kleine Schicht, eine einzelne Gruppe, sondern der Erfolg der gesamten Arbeiterschaft muß Maßstab sein. Wenn wir so in diesen Bewegungen aus diesen Methoden des Gewerkschaftskampfes heraus, wie er geworden ist, uns betätigen, und uns intensiv betätigen, daß wir immer bis an die Grenze der Kraft der Massen stoßen, dann werden wir das, was wir durch Worte den Arbeitern nicht beibringen können, ihnen eben dadurch beweisen, daß wir den in den Gedanken der Lohnbewegung verstrickten Ar-



beitern die notwendige Grenze aufzeigen, indem wir sie bis an diese Grenze führen.

Aus der ganzen Praxis der Arbeiterbewegung, aus der Praxis der Gewerkschaftsbewegung ist der Gedanke der Arbeitsgemeinschaften entstanden. Die Arbeitsgemeinschaften sind aus dem Bestreben heraus geboren, Lohnbewegungen ohne Kampf auf dem Verhandlungswege zwischen Unternehmer und Arbeiter auszutragen. Und der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft ist weiter aus der Idee heraus geboren, daß Gewerkschaftsbureaukraten, aber auch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter bei Kriegsausbruch der Meinung waren, daß es nach Kriegsende möglich sei, durch ein harmonisches Zusammenarbeiten zwischen Kapital und Arbeit die kapitalistische Wirtschaft wieder aufzubauen. Daß dieser Gedanke der Arbeitsgemeinschaft eine ungeheure Verwirrung, eine ungeheure konterrevolutionäre Bindung für das Proletariat bedeutet, ist ganz klar. Solange die Arbeiter solchen Illusionen nachleben, ist es klar, daß es so weitergehen muß, wie es diese zwei Jahre nach dem Kriege gegangen ist. Warum handelt es sich heute? Es handelt sich heute darum, die Klassengegensätze, die sich so zugespitzt haben, daß die Existenz der einen Klasse nur auf Kosten der anderen möglich ist, sich klarzumachen. Der Kapitalismus der Vorkriegszeit konnte nur existieren, indem das Proletariat weiterexistierte als Klasse, als Ausbeutungsfaktor. Heute kann der Kapitalismus nur weiter existieren, wenn er die Existenz der Arbeiterklasse aufhebt. 10 bis 15 Millionen müssen sterben, sagt Gruber; 15 bis 20 Millionen müssen auswandern, sagt Vögler. Aber wo sollen sie heute alle hin? Wohin sollen sie auswandern anders als auf den Friedhof?! Eine andere Auswanderungsmöglichkeit gibt es gegenwärtig nicht mehr. So will man den Kapitalismus aufbauen, indem man den Druck auf den Arbeitsmarkt dadurch beseitigt, daß man diese 15 bis 25 Millionen Arbeiter dem Hungertode ausliefert. Ueber diese Fragen kann man nicht verhandeln mit Unternehmern. Die Frage, welche Klasse ausgeschaltet werden kann und werden soll, ist immer in der Geschichte nur ausgekämpft worden durch den Bürgerkrieg, indem die neue aufstrebende Klasse die alte untergehende Klasse in bewaffnetem Kampf niederrang. Und es besteht nicht das geringste Anzeichen dafür, daß es heute anders werden könnte. Im Gegenteil! Wie sich das kapitalistische Bürgertum auf den Bürgerkrieg vorbereitet, brauche ich Euch sicherlich nicht auseinanderzusetzen. Nachdem das Proletariat es versäumt hat, 1918, als ihm die Macht in den Schoß fiel, das zu tun, was nötig war, um sich die Macht zu sichern: nämlich die Bourgeois zu entwaffnen und sich zu bewaffnen, die ganze Macht in den Arbeiter- und Soldatenräten an sich zu reißen, sehen wir jetzt, daß es das Bürgertum nicht versäumt, den Arbeiter restlos zu entwaffnen, daß es auch in seinen legalen Reichswehrformationen, in der grünen und blauen Polizei, in allen diesen Organen den letzten Arbeiter, der von ihrem Standpunkt aus unzuverlässig ist, entfernt. Die Arbeiter haben 1918 die konterrevolutionären Offiziere und Unteroffiziere des Bürgertums nicht entfernt, sondern die Arbeiter haben diese sogar zu Soldatenräten gewählt. Neben der legalen bewaffneten Macht hat sich das Bürgertum, weil ihm der Friedensvertrag von Versailles einige Schwierigkeiten bereitete, bis auf die Zähne illegal bewaffnet. Ich habe schon bei einem anderen Anlaß gesagt: gibt es einen unter uns, der glaubt, daß sie sich nur bewaffnet haben, um ein Vogelschießen zu veranstalten? Nein! Sie haben sich legal und illegal zu dem Zweck bewaffnet, um bei der Auswanderung der 15 bis 20 Millionen überflüssiger Arbeitskräfte nach dem Friedhof nachzuhelfen. Und wozu das Proletariat nicht den Mut hatte, als

es die Macht in Händen hatte, dazu hat die alte, herrschgewohnte, bürgerliche Kapitalistenklasse den Mut. Und daß sie ihn hat, das ist zwei Jahre lang dem deutschen Proletariat eingeprügelt worden, eingeprügelt worden durch die 15 000 Proletarierleichen, die in den Straßenkämpfen der deutschen Revolution von Noske und seinen kapitalistischen Söldlingen niedergestreckt wurden. Ueber diese Frage, über Leben und Tod einer Klasse, kann nicht in Arbeitsgemeinschaften verhandelt werden.

Deswegen ist es Aufgabe der Kommunisten in der Gewerkschaft, gegen die Idee der Arbeitsgemeinschaften den Kampf aufzunehmen, indem man eben die Gewerkschaften zwingt, zu diesen konkreten Dingen Stellung zu nehmen. Und eins dieser wichtigsten konkreten Dinge ist der Kampf um die Kontrolle der Produktion. Wir dürfen nicht nur reden und das Schlagwort von der Kontrolle der Produktion in die Massen hineinschleudern, sondern es ist Aufgabe der Kommunisten in den Gewerkschaften, ganz konkret über das Problem der Kontrolle der Produktion zu diskutieren, und nachdem man darüber diskutiert hat, die Gewerkschaften zum Kampf um die Kontrolle der Produktion anzuspannen. Was bedeutet das?

Kontrolle der Produktion bedeutet nicht, eine lange Statistik aufzunehmen, daß man sich darauf beschränkt, auf irgendeinem Bogen Papier zu verzeichnen, was im Betriebe passiert ist, wieviel Rohstoffe da sind usw., sondern Kontrolle der Produktion bedeutet unmittelbaren Eingriff in den Produktionsprozeß, um eben die Verelendung der Kurzarbeiter, die Verelendung der Arbeitslosen und die Verelendung und das Aussterben der Arbeiterklasse überhaupt hintanzuhalten. Es geht nicht an, daß Betriebe stillgelegt werden und die Gewerkschaften sich nicht damit beschäftigen. Wo irgendein Kommunist in einer Gewerkschaft ist, in deren Bereich ein Betrieb stillgelegt wird, muß der Kommunist bis an die Grenze seiner Kraft dafür eintreten, daß die Gewerkschaft Stellung nimmt zu dieser Betriebsstilllegung und ihre ganze gewerkschaftliche Kraft aufbietet, um sie zu verhindern. Wenn die Gewerkschaftsbureaukraten sagen, daß sie sich in den Arbeitsgemeinschaften bei den Unterhandlungen mit dem Unternehmertum gut stünden, nun, dann sollen sie in solchen Fällen beweisen, wie es mit ihrem Einfluß auf das Unternehmertum steht. Es darf nicht wieder vorkommen, daß, wie in der „Hamburger Volkszeitung“ zu lesen war, eine Margarinefabrik geschlossen wird, ohne daß die Zeitung irgendeinen Kommentar hinzufügt. Es darf nicht wieder vorkommen, daß nicht das geringste unternommen wird, wenn eine Betriebsstillegung, noch dazu bei einer Margarinefabrik, vorgenommen wird. Eine solche Betriebsstillegung, eine solche Betriebseinschränkung muß zum Ausgangspunkt einer politischen Kampagne allergrößten Stils gemacht werden, wozu man Gewerkschaften und die Gewerkschaftsmitglieder mobilisieren muß. Man muß sich in den Gewerkschaften ganz ernsthaft mit dem Gedanken der Betriebsbesetzung beschäftigen. Denn durch bloße Sympathieerklärung mit den Arbeitslosen, durch bloßes Reden lockt man keinen Hund vor den Ofen. Sonst werden wir auch den Gegensatz zwischen Arbeitslosen und Arbeitenden nicht beseitigen, sondern da werden wir ihn nur immer mehr vergrößern. Die Gewerkschaften haben gerade heute die Aufgabe, unmittelbar die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Proletarier zu verbessern. Sie sind heute nur zu verbessern, wenn die Gewerkschaften zu solchen Fragen, wie praktische Durchführung

einer Betriebsbesetzung, Stellung nehmen. Allerdings sind wir uns darüber klar, und wir dürfen niemandem Illusionen machen, daß praktisch die Betriebsbesetzung nicht enden kann mit einem Experiment wie in Italien, sondern Betriebsbesetzung bedeutet Besetzung der Banken. Denn erst wenn die Banken besetzt sind, können wir die Löhne für die von uns besetzten Betriebe bezahlen. Und was die Besetzung der Banken bedeutet, wißt Ihr ebenfalls. Das bedeutet Kampf um die politische Macht. Das bedeutet Eroberung der Staatsgewalt. Und dazu gilt es eben, die Gewerkschaften zu revolutionieren, in diesen Kampf müssen die Gewerkschaften eingegliedert werden. Es ist Aufgabe der Arbeiter, und vor allen Dingen der Kommunisten, nicht nur zu schwätzen und zu schimpfen, was die Gewerkschaftsbonzen vor dem Krieg und während des Krieges getan haben, sondern es gilt, positiv die Gewerkschaftsmitglieder für diese Aufgabe zu gewinnen. Dann werden sich die Böcke von den Schafen sondern. Dan werden sie Farbe bekennen müssen. Dann werden sie nicht kneifen können. Dann werden wir keinen leeren Wortstreit haben, wo sich die Arbeiter gegenseitig anpöbeln. Dann wird es sich erweisen, ob die Gewerkschaften bereit sind, auf dieser Grundlage mitzukämpfen. Und dann braucht Ihr das Wort Verräter gar nicht mehr selber auszusprechen, dann rufen es die Gewerkschaftsmitglieder, die heute noch hinter der Gewerkschaftsbureaukratie stehen, ihren Gewerkschaftsbureaukraten entgegen. Dann rufen sie es nicht nur ihnen entgegen, dann werdet Ihr auch imstande sein, mit diesen Gewerkschaftsmitgliedern die konterrevolutionäre Gewerkschaftsbureaukratie herauszuschmeißen. Wenn Ihr Euch auf bloßes negatives Schimpfen beschränkt, werdet Ihr aus den Gewerkschaften herausgeschmissen werden. Also den Dingen und der Katze die Schelle umhängen: nicht nur reden, nicht nur schimpfen, sondern die Gewerkschaftsmitglieder vor diese unmittelbar konkreten und positiven Aufgaben stellen. Dann werden auch die Gewerkschaftsmitglieder wieder in die Versammlungen kommen. Und nur dadurch, daß Ihr als Kommunisten zeigt, daß Ihr wirklich eine höhere Einsicht in die Dinge habt, daß Ihr wirklich mehr versteht und wißt, worauf es ankommt, daß Ihr den Mut der Konsequenz habt und an der Spitze dieser Kämpfe marschiert, dadurch werdet Ihr die Massen hinter Euch bringen. So gilt es Stellung zu nehmen zur Frage der Produktionskontrolle.

Aber es gilt noch weitere Anknüpfungspunkte. Ich nenne die Lebensmittelverhältnisse, die zu einer Lebensmittelkatastrophe in den allernächsten Monaten führen müssen. Hierbei genügt es auch nicht, daß wir negativ über das schimpfen, was die anderen verpfuscht haben, sondern auch da ist es unsere Aufgabe als Kommunisten, daß wir positiv sagen, was die Arbeiter zu tun haben. Deswegen muß in den Gewerkschaften ernsthaft der Kampf um die Versorgung mit Lebensmitteln aufgenommen werden. Wie hat das zu geschehen?

Aus diesem Elend der Großstädte heraus, wo unter Kartoffelnot, unter Lebensmittelnot vor allen Dingen die Arbeitslosen und Kurzarbeiter aber auch die Arbeitenden leiden, ist man in Sachsen und Hamburg und in anderen Gebieten seitens der mehrheitssozialistischen „Revolutionäre", die zu feige sind, die Konsequenzen zu ziehen und aus den Konsequenzen zu handeln, dazu gekommen, daß man den Arbeitslosen hinten herum angeraten hat: geht doch aufs Land und holt euch die Kartoffeln. Mir ist aus Bautzen, aus Chemnitz und aus Leipzig bekannt, daß mehrheitssozialistische Lebensmitteldezernenten städtische Automobile zur Verfügung gestellt haben, damit sich die Arbeitslosen Kartoffeln holen sollten. (Hört! Hört!) Das,

werte Anwesende, ist aber der falsche Weg. Das führt zu einem Gegensatz zwischen dem Industrieproletariat der Stadt und den Landarbeitern und Kleinbauern. Die Lebensmittelversorgung kann nicht so hinten herum geschehen auf dem Wege eines Raubzuges, sondern das hat zu geschehen dadurch, daß Land- und Stadtarbeiter miteinander in Verbindung treten und daß die Landarbeiter mit den Kleinbauernräten und Gutsräten das Getreide und die Kartoffeln beschlagnahmen und diese beschlagnahmten Produkte gegen Industrieprodukte austauschen, die die Betriebsräte und die Gewerkschaften in den Städten beschlagnahmt haben. Den Kleinbauern können sie heute mit einem Sack voll Papier nicht mehr Kartoffeln und die anderen Lebensmittel herausholen. Was nützt ihm dieser Sack voll Papier? Der Kleinbauer und der Landwirt ist darauf angewiesen, ebenfalls die wichtigsten Lebensunterhaltsgegenstände zu kaufen, und er kann, auch wenn er 20 und 30 Mark für einen Zentner Kartoffeln bekommt, seine Bedürfnisse an Industrieprodukten, an Kleidern, an landwirtschaftlichen Maschinen, Düngemitteln usw. nicht befriedigen. Und auch hier ist unter Kontrolle der Produktion zu verstehen, daß in den Betriebsräten und in den Gewerkschaften, die nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten müssen, diese wichtigste Versorgung der städtischen Arbeiter mit Lebensmitteln und der ländlichen Bevölkerung mit Industrieprodukten ganz ernsthaft organisiert und in die Hand genommen wird. Wenn ihr wartet, daß irgendwie der bürgerliche Parlamentarismus, der bürgerliche kapitalistische Staat Euch das erlaubt, müßt Ihr verhungern. Niemals in der Geschichte ist die Revolution erlaubt worden. Ihr müßt die Revolution schon ohne Erlaubnis der Behörden des kapitalistischen Staates machen. (Heiterkeit.) Es ist eine Frage der Macht, und die Macht schafft Ihr, wenn Ihr in den Gewerkschaften die Gewerkschaftsmitglieder für diese brennenden Fragen mobilisiert. Das sind Fragen auf Leben und Tod.

Das Wichtigste neben den Lebensmitteln ist die Versorgung der Arbeiter mit Kohlen, einmal mit Kohlen für den Hausbrand und dann mit Kohlen. die notwendig sind, um den Bedarf für die Produktion, die von den Betriebsräten und den Gewerkschaften kontrolliert werden muß, festzustellen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, was wir von der Kommunistischen Partei auf unserem letzten Parteitag über die Kontrolle der Produktion gesagt haben. Ich will das heute nicht wiederholen. Ich will nur darauf hinweisen daß es gilt, all das, was wir in unseren Leitsätzen über die Kontrolle der Produktion sagten, als Ausgangspunkt, unserer lebendigen Aktion und Agitation in den Gewerkschaften zu machen. Und ich lege Wert darauf: *wir müssen endlich aus der Agitation heraus und zur Aktion kommen.* Denn das beste und überzeugendste Propagandamittel sind nicht die Worte, sondern das ist die Aktivität, das ist der Kampf um diese Probleme, unter denen alle leiden. Und wenn ihr als Kommunisten zeigt, daß ihr besser imstande seid als die andern hier führend voranzugehen, dann werden wir diesen Klotz von neun Millionen Mitgliedern die heute in ihrer Passivität einen konterrevolutionären Faktor darstellen, in eine Kraft für die Revolution verwandeln.

Bei der Kohlenversorgung ist es vor allen Dingen Aufgabe der Bergarbeiter-Gewerkschaften, der Bergarbeiterbetriebsräte usw., daß sie Kohlen bereithalten, wenn die Betriebsräte Kohlen anfordern für stillgelegte und eingeschränkte Betriebe. Dann müssen die Betriebsräte und die Gewerkschaften der Bergleute erzwingen, daß die von den Betriebsräten ange-

forderten Kohlen zuerst geliefert werden. Dann müssen sie weiter in Verbindung treten mit den Transportarbeitern, mit den Eisenbahnern, mit den Binnenschiffern, daß sie die Kohlen oder die Lebensmittel, die von den Betriebsräten oder den Gewerkschaften angefordert sind, zuerst befördern. Das gilt es zum Ausgangspunkt unserer Tätigkeit in den Gewerkschaften zu machen.

Nun noch etwas über den Sozialisierungsschwindel. Ich halte den Parteitag für zu schade, um über die Sozialisierung des Bergbaues, über die Sozialisierung des Metallgewerbes, der Holzindustrie, des Baugewerbes usw. längere Ausführungen zu machen. Der ganze Sozialisierungsgedanke ist nichts anderes als wie der auf die Spitze getriebene Arbeitsgemeinschaftsgedanke. Wir können nur sozialisieren, in dem Umfang und in dem Ausmaß, in dem wir imstande sind, die Macht im Staate zu erobern, in dem wir die kapitalistische Staatsmacht zu beseitigen und an dessen Stelle die Macht des Proletariats in Gestalt der Diktatur des Proletariats zu setzen vermögen. Aber, werte Genossen, wir wollen uns auch gegenüber diesen Schwindelparolen der Sozialisierung nicht negativ verhalten, sondern wir wollen sagen: *wenn Ihr glaubt, daß Ihr sozialisieren könnt, so wollen wir Euch da bis an die Grenze der Macht begleiten.* Der erste Anfang zur Sozialisierung ist der ernsthafte Kampf um die Kontrolle der Produktion in der Lebensmittel- und in der Kohlenfrage. Es gilt, diesen Sozialisierungsschwindel beim Wort zu nehmen und die Sozialisierung durch den Kampf und die Kontrolle der Produktion zu beginnen, damit diese Elemente, die den Arbeitern die Sozialisierung einreden, um praktisch den Kapitalismus zu stützen, in der Arbeiterklasse klar als Verräter erkannt werden.

Die Betriebsräte haben wir auf unserem letzten Parteitag besonders behandelt. Ich will diese Frage nicht im einzelnen heute wieder besprechen. Im Zusammenhang mit der Gewerkschaftsfrage ist nur soviel zu sagen, daß Betriebsräte und Gewerkschaften nicht Gegensätze sind, sondern Betriebsräte und Gewerkschaften haben diesen revolutionären Kampf um die Kontrolle der Produktion, der dazu führen muß, die Leitung der Produktion zu übernehmen, gemeinsam zu führen. Wenn heute eine Doppelspurigkeit besteht, so besteht sie nur deswegen, weil die Gewerkschaften in der alten Vorstellungswelt der Vorkriegszeit verknöchert und erstarrt sind. In dem Umfang und in dem Ausmaß, in dem es tatsächlich möglich sein wird, die Gewerkschaften zu revolutionieren, wird auch jeder Gegensatz, der heute noch zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften besteht, verschwinden, werden sich Betriebsräte und Gewerkschaften gemeinsam diese Arbeit teilen können. Aber unsere Kommunisten, die in den Gewerkschaften tätig sind, müssen heute schon verpflichtet werden, sich mit aller Energie gegen die Abkapselung der Gewerkschaftsbetriebsräte zu wenden gegen jede Abkapselung in der Gestalt, daß die alte Gewerkschaftsbureaukratie des A.D.G.B. und die Afa bestrebt sind nur die freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte zusammenzufassen. Ich habe schon in meinem Referat über die Betriebsräte gesagt, daß das eine Todsünde wider den Geist der Räte bedeutet, daß es bei den anderen Leuten nicht ein Mißverständnis, sondern offener Verrat ist, daß aber unsere eigenen Genossen, die glauben, daß das möglich sei, allerdings eine Todsünde gegen den Geist der Räte begehen. Wenn wir nur die freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte in den Dienst dieses revolutionären Kampfes stellen wollen, dann brauchen wir überhaupt keine Betriebsräte, dann können das die alten Vertrauensleute der Gewerkschaften

tun. Die Betriebsräte haben die Aufgabe, jene Schichten zu erfassen und anzugliedern an die organisierten Gewerkschaftsglieder, die anders oder nicht organisiert sind, die wir gerade durch die Betriebsräte erfassen und angliedern an die Organisierten zum Kampf. Wir müssen uns diese große Peripherie um den Aktionsradius des Proletariats schaffen. Wir müssen dahin wirken, daß wir durch die Gewerkschaften alle Betriebsräte erfassen, unabhängig davon, ob sie organisiert sind oder nicht oder anders organisiert sind, weil dieser Kampf zum Sturz des Kapitalismus ein Kampf der gesamten Arbeiterklasse sein muß, soweit sie überhaupt für diesen Kampf in Frage kommt. Und wegen dieses Gegensatzes ist auch eine gewisse Selbständigkeit der Betriebe heute noch notwendig. Das bedeutet nicht, daß wir einen Kampf um die Form aufnehmen, sondern wir kämpfen um den Inhalt, aber gerade gegenüber der verknöcherten deutschen Gewerkschaftsbureaukratie geht es ohne eine Selbständigkeit nicht, weil sie sich sonst gegenseitig hemmen. Das zur Betriebsrätefrage.

Dann ist die ganze Form der Gewerkschaft heute veraltet und sie wirken auch wegen ihrer Form konterrevolutionär. Die Gewerkschaften haben sich anfangs aus der Form der Lokalorganisation eines bestimmten Streikvereins, eines Ortes entwickelt. Die nächsthöhere Form war die Zentralisation der lokalen Unionen. Die nächste und dritte Phase war die der straffen Zentralisation der Berufsverbände. Und heute, wo die Kämpfe immer mehr und mehr revolutionäre Formen annehmen, wo die ganzen Kämpfe gegen alle Notstände des Proletariats sich heraus entwickeln, sich loslösen aus den einzelnen Industriegruppen, ist es natürlich notwendig und zweckmäßig, daß die gewerkschaftliche Kampforganisation sich diesen neuen Kampfbedingungen anpaßt. Dieses Kampfbedürfnis verlangt die Umformung der Berufsorganisationen zu großen Industrieverbänden, die dann die verschiedenen Rivalitäten der Gewerkschaftsbureaukratie und auch der Gewerkschaftsmitglieder ausschaltet. Denn gerade die Tatsache, daß wir heute 59 verschiedene Gewerkschaften haben, gibt der Gewerkschaftsbureaukratie, diesem konterrevolutionärsten Faktor immer und immer wieder Gelegenheit, gerade im Augenblick des Kampfes in diesen Kampf einzugreifen auf Grund ihrer statutarischen Bestimmungen, auf Grund ihrer alten, erstarrten Gewerkschaftssatzungen. Also es ist eine Lebensnotwendigkeit und es ist die Aufgabe der Kommunisten, daß sie den Kampf aufnehmen um die Umformung der Berufsgewerkschaften in Industrieverbände. Dabei ist auch zu achten auf die innige Verschmelzung der Angestelltenverbände mit den Arbeiterverbänden. Diesen ernsthaften Kampf um die Kontrolle der Produktion, um diese revolutionären Aufgaben, die heute die Gewerkschaften haben, kann das Proletariat nur siegreich durchführen, wenn Angestellte und Arbeiter, in den Betriebsräten und in den Gewerkschaften zu Industrieverbänden zusammengeschlossen, gemeinsam den Kampf aufnehmen. Gerade der Afa-Bund widersetzt sich dem und bedroht seine Mitglieder mit dem Ausschluß aus der Organisation, wenn sie für Industrieverbände eintreten. Wir Kommunisten, die wir uns weder durch die Eingriffe der Staatsgewalt noch durch die Eingriffe der konterrevolutionären Gewerkschaftsbureaukratie schrecken lassen, haben das zu tun, was im Interesse des historischen Fortschritts notwendig ist und was in der Linie der Entwickelung liegt. Wir werden uns gegen diese reaktionären Tendenzen wenden

müssen. Wir werden nicht die geringste Rücksicht auf die Bureaukratie in der Afa nehmen. Rücksicht haben wir zu nehmen auf den mehr oder weniger kleinbürgerlichen Geist der Angestellten, der noch vorhanden ist. Wir können nicht gegen eine Mauer rennen, sondern wir müssen an sie herantreten in den Betrieben und ihnen helfen, daß sie den verkehrten Geist, der z. T. in ihnen ist, überwinden können. Soviel zur Frage der Industrieverbände.

Noch eins spielt in den gewerkschaftlichen Kämpfen eine gewisse Rolle. Das ist der sogenannte Neutralitätsschwindel. Alle mehrheitssozialistische und unabhängige politische Gaunerei in den Gewerkschaften wird mit der Schwindelfahne der Neutralität gedeckt. Das neueste Losungswort ist, daß sie sich zwar nicht wirtschaftspolitisch, aber parteipolitisch für neutral erklären. Nun, werte Anwesende, im jetzigen Stadium des Zerfalls der kapitalistischen Wirtschaft ist die Neutralitätsfrage mehr denn je ein konterrevolutionärer Schwindel. (Sehr gut.) Heute kann es keine Neutralität geben, weil jeder ernsthafte wirtschaftliche Kampf, jede ernsthafte Lohnbewegung heute unmittelbar zu einem wichtigen politischen Kampf sich umwandelt. Die kleinste Lohnbewegung wird im heutigen Stadium des kapitalistischen Zerfalls zu einem politischen Kampf. Wir müssen den Neutralitätsparolen die Parole entgegensetzen, daß alle diese Kämpfe Vorstufen sind jenes Kampfes um die Eroberung der politischen Macht. Wir müssen ganz offen sagen, daß dieser Kampf um die unmittelbare Verbesserung der Existenzbedingungen der Arbeiterklasse, der angeblich die Aufgabe der Gewerkschaften ist, nur siegreich geführt werden kann, in dem Umfang und in dem Ausmaß, in dem die Gewerkschaften sich bewußt von kommunistischem Geist leiten lassen.

Seit der Spaltung der U.S.P. und seit dem 2. Kongreß der 3. Internationale spielt die Frage der Gewerkschaftsinternationale eine ungeheure Rolle und wird von der Afa und dem A.D.G.B. benützt, um die kleinbürgerliche ängstliche Arbeiterschaft gegen den Kommunismus mobil zu machen. Die Ausführungen von Sinowjeff und von Losowsky und die Ausführungen einer ganzen Reihe unserer Genossen, die Tatsache, daß sich in der Amsterdamer Internationalen die konterrevolutionären Gewerkschaften der Welt zusammengefunden haben, um im Weltmaßstab ihre konterrevolutionäre Politik in die Praxis umzusetzen, das wird alles hervorgekehrt, um gegen den Kommunismus den Kampf aufzunehmen. Ich will einige Worte über diese Internationale sagen.

Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist ein Produkt der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung. Sie war bis zum Kriegsausbruch ein ganz loses Gebilde, das sich darauf beschränkte, die einzelnen nationalen Gewerkschaftsverbände zusammenzuschließen, um Material statistischer Art über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten in den verschiedenen Ländern auszutauschen. Als Gewerkschaftsinternationale waren sie national und international immer zusammen mit der 2. Internationale, die wegen ihrer Kriegspolitik zusammenbrach und die heute in Gestalt der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale weiterlebt. Die nationalen und internationalen Burgfriedenspolitiker, die Jouhaux, die Appleton, die Legien und wie sie alle heißen, sind heute die Wortführer der Amsterdamer Internationale. Und die Thomas und die anderen Politiker aller Länder vertreten in der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale die ideologische Macht zur Niederhaltung der Arbeiter im internationalen Maßstab. In diesem Sinne ist die Amsterdamer Internationale der größte konterrevolutionäre Faktor in den Händen der internationalen Kapitalisten-

klasse. Ich erinnere nur daran, daß sie ihren ideellen Einfluß benützen, und durch die Verkuppelung der Arbeiter mit dem Völkerbund in den Arbeiterköpfen den Gedanken entwickeln und nähren, als ob es möglich sei, Hilfe und Rettung aus der Not und dem Elend durch den Völkerbundsschwindel zu erlangen. Durch ihre Mitbeteiligung an dem internationalen Arbeitsamt werden die Arbeiter ebenfalls beschwindelt und gehemmt in der Entfaltung ihrer revolutionären Kraft. Die Amsterdamer Internationale war nur möglich, weil die Gewerkschaftsbureaukratie in den verschiedenen kapitalistischen Ländern ihre Aemter, die sie bekommen hat, auf Grund ihres Einflusses im nationalen Rahmen benutzt, um auf diese Art und Weise die Arbeiterklasse an die internationale Bourgeoisie zu verkaufen. Demgegenüber hat sich nach dem 2. Kongreß der 3. Internationale in Moskau die Rote Gewerkschaftsinternationale gebildet. Diese ist nicht gleichbedeutend mit der 3. Kommunistischen Internationale. Der Beitritt zur Roten Gewerkschaftsinternationale bedeutet nicht ein unmittelbares Bekenntnis zum Kommunismus, sondern in der Roten Gewerkschaftsinternationale sollen jene Gewerkschaftsmitglieder gesammelt werden, jene proletarischen Arbeiterschichten, die in ihren Ländern offen und ehrlich gebrochen haben mit der Burgfriedens- und Arbeitsgemeinschaftspolitik und die auf ihre Fahne geschrieben haben den ernsthaften, d. h. den revolutionären Klassenkampf. Das ist die Vorbedingung zum Eintritt in die Rote Gewerkschaftsinternationale. In ihr werden alle gewerkschaftlichen Arbeitermassen zusammengebunden zu einer Kraft im Weltmaßstab gegenüber der gelben Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Deswegen, weil der Befreiungskampf des Proletariats nicht national, sondern nur international überhaupt möglich ist, ist es notwendig, auch den Gedanken der Roten Gewerkschaftsinternationale in den Gewerkschaften zu propagieren, aber nicht in dem Sinne, daß wir das zum Ausgangspunkt unserer Tätigkeit machen, daß wir um ein Symbol kämpfen, sondern dieser Kampf um den Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale in Moskau kann nur ein Kampf in der Gestalt, in dem Umfang und in dem Ausmaß sein, in dem es in den einzelnen Ländern tatsächlich gelingt, die heute Arbeitsgemeinschaftspolitik treibenden Gewerkschaften zu revolutionären Kampforganen zu machen. In dem Umfang und in dem Ausmaß werden sie den Weg beschreiten, der von Amsterdam nach Moskau führt. Nicht um ein Symbol, sondern um aktive revolutionäre Tatkraft gilt es auch in der Frage der Internationale zu kämpfen. Das sind die wichtigsten Aufgaben die wir in unseren Leitsätzen für die Vereinigte Kommunistische Partei noch näher umschrieben haben, für die es gilt, die Köpfe und die Herzen der Gewerkschaftsmitglieder zu erobern, um durch die Eroberung der Köpfe und Herzen sie umzusetzen in revolutionäre Energie. Wenn wir das durchführen wollen, dürfen wir uns nicht abhalten lassen durch das Geschrei über die Fraktionsbildung, sondern da ist es notwendig und erforderlich, daß sich die Kommunisten in Zellen und Fraktionen zusammenschließen, nicht um sich abzukapseln und sich abzusondern, sondern diese Fraktionbildung hat nur Sinn als Arbeitsgemeinschaft der Kommunisten, als Stützpunkt, als Machtzentrum der Kommunisten, wo sie planmäßig in der Gewerkschaft um die Herzen und Hirne der gesamten Gewerkschaftsmitglieder ringen müssen. Wir müssen uns von der Praxis leiten lassen, von der sich auch unsere russischen Genossen haben leiten lassen. Allerdings müssen diese Fraktionen in engem Bunde zusammenarbeiten mit der lokalen Parteiorganisation, aber diese lokale Parteiorganisation darf nicht kleinlich und bevor-

m u n d e n d in die Arbeit der Gewerkschaftsfraktionen eingreifen, so wie es verschiedene Male vorgekommen ist. Es gibt gute Kommunisten, die von der Gewerkschaftsbewegung nichts verstehen, die, wenn sie ihre Fraktionsmitglieder von ihrer Einstellung aus beeinflussen wollten, manchmal sicher das Gegenteil erreichen würden, als sie selbst wünschen. Die Fraktionen selbst müssen gesondert zusammengeschlossen werden, industriegruppenweise, ähnlich den Betriebsräten. Sie unterstehen der Zentrale für die Gewerkschaftsarbeit der Kommunistischen Partei. Nur die Weisungen dieser Gewerkschaftszentrale sind bindend, und die Weisungen der lokalen Organisationen haben nicht störend in diese Arbeit einzugreifen. Kommt es zu Differenzen, so sind diese von der Zentrale der Kommunistischen Partei zu entscheiden. Das ist die Praxis, die sich in Rußland eingebürgert hat, und diese Praxis müssen wir von dort übernehmen, weil sie uns sehr gute Dienste leisten wird.

Wenn wir also für die konkreten Aufgaben, für die bestimmten Ziele, wie ich sie Ihnen auseinanderzusetzen bestrebt war, in den nächsten Wochen und Monaten den Kampf in den Gewerkschaften aufnehmen, wenn wir vor allen Dingen das Arbeitslosenproblem, die Arbeitslosenfrage in den Vordergrund unserer Tätigkeit stellen, wenn wir auch nicht die wichtige Frage der Lebensmittelversorgung vergessen, sondern gerade sie zum Gegenstand unserer praktischen Arbeit in den Gewerkschaften machen, dann werden wir das tun, wozu wir verpflichtet sind und wozu die Kommunistische Partei endgültig die Vorarbeiten in Angriff nehmen muß. Die wichtigsten Bestandteile des deutschen Proletariats sind heute die 9 Millionen Gewerkschaftsmitglieder. N i c h t g e g e n s i e , s o n d e r n n u r m i t i h n e n k ö n n e n w i r d i e Z i e l e d e r d e u t s c h e n R e v o l u t i o n v e r w i r k l i c h e n. Wenn wir an das anknüpfen, was sie alle drückt, wenn wir, was Lassalle uns deutschen Arbeitern schon gesagt hat, die Not des deutschen Arbeiters, der unerträglich unter den Nöten leidet, aber heute leidet in der Form eines heulenden Elendes, eines Elendes, das zur Tragödie wird, das der einzelne in seine Familie hineingräbt, wenn wir dieses Elend, das sich hinter den Mauern und in den Steinhöhlen der großen Städte tagtäglich abspielt, in die große Welt hinausschreien, wenn wir dem einzelnen, der sich mit seinem Elend wie ein angeschossenes Wild verkriecht, durch diese unsere Arbeit wieder Vertrauen einflößen, indem wir sagen: so wie du leben Hunderttausende in Deutschland; es gilt, mit ihnen zusammen, gemeinsam dieses Elend in einen Kampf auf Leben und Tod zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu beseitigen, wenn wir sie aus ihren Steinhöhlen herausholen und zu einer großen revolutionären Kraft zusammenballen, und wenn wir sie dann unter jenem alten revolutionären Losungswort: Friede den Hütten, Krieg den Palästen sammeln, dann können wir aufrollen die Fahne der Revolution, auf der geschrieben steht: „Sieg oder Tod!"

Arbeitet für den Sieg! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Pieck: Zu diesem Punkt der Tagesordnung stehen die vom Referenten vorgelegten

Leitsätze für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften

zur Debatte. (Siehe Seite 254.)

Dazu liegen einige Abänderungsanträge vor.

Außerdem liegt noch folgender Antrag auf Veröffentlichung von Material gegen Legien vor. (Siehe Beschlüsse Seite 261.)

Wir kommen nunmehr zur Diskussion.

Weyer-Berlin: Ich beantrage einem der namhaftesten deutschen Gewerkschaftler, dem Genossen Rusch, eine etwas längere Redezeit zu gewähren, um die Diskussion für alle Delegierten positiver zu gestalten.

Der Parteitag beschließt für den ersten Redner eine Redezeit von 20 Minuten.

Rusch-Berlin: Es trifft sich eigenartig, daß am Tage dieses Kongresses der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in seinen Vorstandskonferenzen sich mit der Frage beschäftigt, von denen der rechtsunabhängige Gewerkschaftsführer Dißmann sagt: man behandelt diese Fragen, um den Forderungen der Arbeiter gerecht zu werden. Und zwar beschäftigen sich diese Körperschaften mit der Frage der Vorbereitung einer Aktion für die Sozialisierung des Bergbaus, weiter mit einer Vorbereitung für eine Aktion zur Regelung der Ernährungs- und Wohnungsfrage.

Der A.D.G.B. und die Zentralvorstände der deutschen Gewerkschaften die nach meiner festen Ueberzeugung nicht willens und auch gar nicht in der Lage sind, die Sozialisierung des Bergbaus durchzuführen, werden auch nicht in der Lage sein, dem Wohnungs- und Ernährungselend zu steuern. Aus diesem Grunde suchen sie schon, bevor sie die Aktion eingeleitet haben, den Kommunisten in den Gewerkschaften vorweg das Mißlingen dieser Aktion in die Schuhe zu schieben. Und wenn Sie heute größere Veranstaltungen der Gewerkschaften besuchen, in denen die Vertreter der Zentralvorstände sprechen, können Sie hören, daß die Kommunisten am Werke sind, das Vertrauen der Mitglieder zu den Gewerkschaftsleitungen zu erschüttern.

Es ist für uns tatsächlich zweckmäßig, wenn wir einmal zu ergründen suchen, ob und aus wechem Grunde wir überhaupt noch Vertrauen haben können zu den Gewerkschaften, oder ob die Gründe, die gegen dieses Vertrauen sprechen, berechtigt sind. Genosse Brandler hat bereits ganz kurz über die Arbeitsgemeinschaft gesprochen. Es wird aber notwendig sein, auf die Praxis der Arbeitsgemeinschaften selbst einzugehen.

Verehrte Genossen! Die Arbeitsgemeinschaften, die in den ersten Tagen der Revolution entstanden sind und schon vor Ausbruch der Oktober- und Novemberrevolution von den Gewerkschaftlern vorbereitet waren, haben im allgemeinen dazu geführt, daß den Unternehmern Riesengewinne zugesprochen wurden, um die Gewerkschaften in den Stand zu setzen, für die Arbeiterschaft einige Pfennige Lohnerhöhung herauszuholen. Sie sehen aber im allgemeinen, daß sich jetzt die Zentralvorstände der einzelnen Gewerkschaften von den Arbeitsgemeinschaften abwenden. So hat die Afa beschlossen, man solle aus der Arbeitsgemeinschaft austreten. So mehren sich die Stimmen im Zentralvorstand des A.D.G.B., die den Austritt aus den Arbeitsgemeinschaften verlangen. Und das ist durchaus begreiflich, wenn wir weiter hinter die Kulissen schauen. Man ist jetzt in der Lage, und wird es demnächst überhaupt sein, den Austritt aus diesen Arbeitsgemeinschaften im A.D.G.B. zu beschließen. Der Grund ist greifbar. Er liegt darin, daß jetzt, nachdem die Verfassung des Reiches und der einzelnen Länder durchgeführt ist, die einzelnen bisher als Instanzen der Arbeitsgemeinschaften bezeichneten Körperschaften „Reichsbehörden“ geworden sind. Und tatsächlich sehen Sie ja jetzt, daß der Eisenwirtschaftsbund, die Reichskohlenstelle, der Vorläufige Reichswirtschaftsbund Behörden sind, die in der Verfassung und in der Gesetzgebung der einzelnen Länder verankert sind. So hat man diese Arbeitsgemeinschaften zu staatlichen Institutionen gemacht und wird nun dazu übergehen, in aller Oeffentlichkeit den Gewerkschaftlern zu sagen: wir lehnen ja, wie auch die Kommunisten, die Arbeitsgemeinschaften ab. Das

ist natürlich nur eine Augenverblendung, und wir als Kommunisten haben alle Veranlassung, den Gewerkschaftsmitgliedern den wahren Sachverhalt mitzuteilen.

Die Praxis der Arbeitsgemeinschaften, wie sie bisher in den Instanzen dieser Organisation geübt wurde, wird nach wie vor geübt. Jetzt in den Reichsbehörden, die als Nachfolger der Arbeitsgemeinschaften zu bezeichnen sind. Und es ist interessant, was unsere Statistiker über die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften sagen. So sagt der Statistiker Dr. K., daß beispielsweise im Steinkohlenbergbau im Ruhrgebiet die Unternehmergewinne vor der Kriegszeit 10 Millionen Mark betragen haben und daß sie jetzt 250 Millionen betragen trotz der verringerten Förderungsziffer. Es ist aber auch interessant, einmal nachzuprüfen, wie die Gewerkschaften sich verhalten haben zur Arbeitsgemeinschaft, die auf ihre Fahne geschrieben haben: Diktatur des Proletariats und Kampf dem Kapital. Die gewiß revolutionärste Gewerkschaft unter den deutschen Gewerkschaften, der Metallarbeiterverband, ist dazu übergegangen, die Arbeitsgemeinschaft durch Generalversammlungsbeschlüsse abzulehnen und hat sich trotzdem am Eisenwirtschaftsbund beteiligt. Wie kam das? Die Dißmann und Genossen, die mit den Rechtssozialisten eine Koalition eingegangen waren, haben es dem Namen nach abgelehnt, sich an den Arbeitsgemeinschaften zu beteiligen, sind aber hergegangen und sind einer Einladung des Reiches gefolgt, sich an diesen Arbeitsgemeinschaften zu beteiligen. Und so haben wir denn gesehen, daß trotz der Teilnahme der revolutionären Gewerkschaft am Eisenwirtschaftsbund die Preise für die Rohmaterialien und Halbfabrikate gestiegen sind gegenüber den Preisen der Vorkriegszeit um das 40- bis 50fache. Da ist es natürlich kein Wunder, wenn in der Art mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaften und der Gewerkschaften die Preise hinaufgetrieben werden, daß wir eine solche Wohnungsnot haben. Die Rohmaterialien sind einfach nicht zu bezahlen; die Mieten wären für die Fertigbauten nicht zu erschwingen.

Wir haben jetzt in den Gewerkschaften, wie Brandler schon richtig betonte, einen überaus großen Zufluß an neuen Mitgliedern, und die 5½ bis 6 Millionen neuen Mitglieder, die den Gewerkschaften zugeflossen sind, bilden für uns Kommunisten noch ein reiches Betätigungsfeld. Auf der anderen Seite bilden sie aber auch für die Gewerkschaften selbst eine recht nennenswerte Gefahr. Diese 5½ bis 6 Millionen neuen Mitglieder sind alle eingetreten nach dem Ausbruch der Revolution bzw. jährt sich jetzt der Tag, an dem sie eingetreten sind. An die Kassen der Gewerkschaften werden ungeheure neue finanzielle Forderungen gestellt. Und es ist dabei zu beachten, daß alle Gewerkschaften jetzt dazu übergehen, neue Mitgliederbeiträge einzuführen, erhöhte Sätze festzulegen. Es sollen diese neuen Mitglieder, die zum großen Teil von der Arbeitslosigkeit bedroht werden und z. T. tatsächlich arbeitslos sind, unterstützt werden. Diese Ansprüche werden die Gewerkschafskassen derart in Anspruch nehmen, daß für die Folge in den Gewerkschaftsvorständen die Tendenz vorherrschen wird, nach Möglichkeit jede Lohnbewegung hintanzuhalten, damit die Kassen der Gewerkschaften nicht auch noch durch Auszahlung von Streikunterstützung in Anspruch genommen werden. Daß diese Tendenz vorhanden ist und sich weiter auswirken wird, geht daraus hervor, daß z. B. der Metallarbeiterverband schon vor 1½ Jahren dazu übergegangen ist, durch ein geheimes Rundschreiben dazu aufzufordern, Streiks und Aussperrungen usw. hintanzuhalten, Lohnbewegungen durch Verhandlungen

zu erledigen, weil die Kassen der Gewerkschaften sonst zu sehr beansprucht würden. Genossinnen und Genossen! Diese Tatsache wird aber m. E. unzweifelhaft dazu führen, daß die Gewerkschaftler mit allen Mitteln jeden Kampf zu unterdrücken versuchen werden. Daß sie das tun werden, konnte man nicht nur bei dem letzten Elektrizitätsstreik in Berlin sehen, sondern auch bei dem Borsigstreik. Und ich hebe ganz besonders diesen letzteren Streik hervor, weil er m. E. ein Streik war, der um die Kontrolle der Produktion einsetzte. Die Arbeiter der Borsigwerke waren dazu übergegangen, insofern das Geschäftsgebaren der Firma zu kontrollieren, als sie sich auf den Standpunkt stellten, daß ein Stahlofen, der nach Ungarn ausgeführt werden sollte und mit dem man vorher in Deutschland Kanonenrohre goß, in der Fabrik bleiben bzw. im Lande Zwecken der Friedenswirtschaft dienstbar gemacht werden sollte. Dieser Streik ist auf Veranlassung der Organisation der Metallarbeiter lokalisiert worden. Er ist, nachdem der Vorsitzende der Organisation, Dißmann, telephonisch mit dem Vorsitzenden des Verbandes der Metallindustriellen, dem Herrn v. Borsig, sprach, in der Form beigelegt worden, daß der Ausfuhr des Ofens nichts mehr in den Weg gelegt werde und daß die anderen Differenzpunkte durch Verhandlungen beigelegt würden. Hier hatte die Arbeiterschaft der Borsigwerke und die Berliner Metallarbeiter zum ersten Mal Gelegenheit, in praxi die Kontrolle der Produktion vorzunehmen. Und wir sehen tatsächlich, wie nicht nur die Ortsleitung, sondern auch die Zentralleitung dieser „revolutionärsten“ Organisation die Kontrolle der Produktion tatsächlich unmöglich machte. Wie diesen Fall, so könnte man eine ganze Reihe von Streiks anführen, die durch das Eingreifen der reformistischen Zentralvorstände illusorisch gemacht worden sind.

Ich will nur ein paar spezielle Fälle herausgreifen. In Schweinfurt streikten die Metallarbeiter. Nach elfwöchigem Kampf mußten die Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen; 55 Proz. der Belegschaft wurde wieder eingestellt; der Lohn wurde reduziert bis auf 1 Mark. Ich erinnere weiter an die Streiks der Werftarbeiter in Kiel und Hamburg, die auch nach vierwöchigem Kampf mit Lohnzulagen von 10 und 30 Pf. die Betriebe wieder aufsuchen mußten.

Ich erinnere noch an den großen Streik der Berliner Metallarbeiter, der gleichfalls nur so beendet wurde, obwohl die Zentralvorstände damals noch Streikunterstützung gewährten, aber ein aktives Eingreifen in die Kämpfe ablehnten. Und das werden sie auch für die Folge tun.

Da fragt es sich nun doch, was wir Kommunisten zu tun haben, um diese Zustände zu ändern?

Wir müssen unseren Mitgliedern in den Gewerkschaften klarmachen, daß heute der Kampf der Belegschaft in den Betrieben gegen den Unternehmer für die Arbeiterschaft nicht mehr zum Vorteil ausschlagen kann, ja wir können nicht einmal mehr behaupten, daß der bezirksweise geführte Kampf einer Industriegruppe für die Arbeiterklasse den Sieg bringt. Wir müssen diese Kämpfe angesichts des uns gegenüberstehenden straff zentralisierten und organisierten Unternehmertums auf breitester Basis austragen. Die Zentralvorstände der Gewerkschaften hätten nach meiner Ueberzeugung in den von mir soeben angeführten Fällen die Verpflichtung gehabt, die gesamte Arbeiterschaft des betreffenden Industriezweiges über ganz Deutschland zum Kampf aufzurufen. Nur so ist nach meiner Ueberzeugung heute der Kampf der Arbeiter gegen das Kapital siegreich zu führen. Die Zentralvorstände fürchten natürlich, daß durch das Eintreten der gesamten Arbeiterschaft eines

Industriezweiges die Frage des Kampfes des Proletariats gegen das Kapital überhaupt aufgerollt werde, und aus dem Grunde sträuben sie sich. Sie verlegen sich lieber auf den Weg des Verhandelns. Und so konnten wir Metallarbeiter beispielsweise in diesen Wochen wieder sehen, daß unsere Zentralvorstände mit dem Gesamtverband deutscher Industrieller verhandelt haben, um am Verhandlungstisch die Frage der Kontrolle der Produktion zu lösen. Man kam da mit den bekannten Scharfmachern Borsig, Stinnes, Pfeil, Siemens usw. zusammen, um Richtlinien aufzustellen, um die Rechte festzulegen, die die Belegschaft in puncto Einstellung, Entlassung und Kontrolle der Betriebe haben soll. Für uns Kommunisten löst sich ein Lächeln aus, wenn auf diese Weise der Versuch gemacht wird, solche Fragen einer Lösung entgegenzuführen. Tatsächlich steht fest, daß auch die Gewerkschaftsvorstände, die sich an den Verhandlungstisch begeben, sehr wohl wissen, daß bei diesen Verhandlungen für die Arbeiterklasse nichts herauskommen kann. Trotzdem gehen sie hin zum Verhandeln, trotzdem bauen sie mit dem Verhandlungsergebnis Bollwerke gegen die Revolution. Wir haben als Kommunisten die Pflicht, allenthalben in den Gewerkschaften auf diese Umstände hinzuweisen, den Mitgliedern über das Gebaren ihrer Vorstände klaren Wein einzuschenken. Verehrte Genossen! Dieser Machtkampf, der da gescheut wird, muß aufgenommen werden. Und wir fragen uns nur, wie es überhaupt möglich ist, daß die Mitglieder in den Gewerkschaften sich dieses Gebaren der Zentralvorstände gefallen lassen. Diese Möglichkeit ist nur deshalb gegeben, weil die Mitglieder sich jahrelang „nur auf den Lohnkampf" eingestellt haben und alles darüber Hinausgehende als politisch ablehnten. Genosse Brandler wies schon darauf hin. Ich möchte das besonders unterstreichen. Der A.D.G.B. gibt jetzt Richtlinien heraus zur Erfassung der Betriebsräte nach den Beschlüssen des Betriebsrätekongresses. Und ich mache alle Gewerkschaftler von dieser Stelle aus darauf aufmerksam, daß die Statuten für diese Zusammenfassung der Betriebsräte so zugeschnitten sind, daß in jedem dritten Abschnitt der Satz wiederkehrt: Politische Betätigung ist den Betriebsräten nicht gestattet. Es ist das also wiederum das Moment, das von den Gewerkschaften in den Vordergrund geschoben wird, um die Mitgliedschaft in der Ideologie des Lohnkampfes weiter festzuhalten. Wir haben also darum ganz besonders die Pflicht, die Mitglieder der Gewerkschaften darauf hinzuweisen, wie unüberbrückbar die Kluft ist, die uns vom Kapital trennt. Ohne uns an die vorhergegangenen Sünden der Gewerkschaftsbureaukratie zu klammern, genügt es durchaus jetzt, den Gewerkschaftsmitgliedern zu sagen, worin die Ursachen unserer Wirtschaftskrise liegen. Damit erreichen wir jedenfalls mehr, als wenn wir auf die Kriegssünden schimpfen. Wir kommen weiter, wenn wir die Ursachen der Wirtschafts- und Ernährungskrise zeigen, wenn wir sagen, daß wir heute nicht so wie in der Vorkriegszeit eine Einfuhr haben, die gleich unserer Ausfuhr ist, wenn wir sagen, daß wir schon im Frieden genötigt waren, Lebensmittel hereinzuholen und daß wir nach dem Versailler Frieden noch viel mehr genötigt sind, weil unsere Ackerbaufläche nicht mehr so viel hergibt wegen des Mangels an Düngemitteln, wenn wir ihnen sagen, daß der Friedensvertrag uns 17 Proz. unserer Bodenfläche genommen hat, wenn wir die Gewerkschaftsmitglieder darauf hinweisen, daß heute die Lebensmitteleinfuhr nicht mehr in Produkten bezahlt wird, sondern daß sie bezahlt werden muß in Papiergeld und daß damit unser Kredit immer mehr schwindet, daß also an Stelle der Mehrproduktion kommerziell hochstehender Waren die Betriebe geschlossen werden, die Arbeiterschaft aufs Pflaster fliegt, wenn wir das den

Gewerkschaftsmitgliedern klarzumachen versuchen, werden wir sehen, daß man nicht mehr den Legien und Dißmann Gefolgschaft leistet, sondern daß man sagt: schön, Ihr schildert uns als Kommunisten unsere Wirtschaftslage sehr richtig, aber, so wird man dann weiter fragen: was wollt Ihr nun tun?

Und da begrüße ich ganz besonders die Leitsätze, die uns hier vorgelegt worden sind, weil sie uns positiv den Weg weisen für die Arbeit, die wir in den Gewerkschaften zu leisten haben. Wenn so, wie die Leitsätze es vorschlagen, die Arbeit in den Gewerkschaften aufgenommen wird, dann werden uns die Gewerkschaftsführer natürlich damit kommen, daß das, was wir Kommunisten erstreben, unmöglich durchzuführen ist. Wir haben diese Gründe im tagtäglichen Kleinkampf schon tausendmal gehört; nichtsdestoweniger will ich auf sie noch einmal ganz kurz eingehen. Man stemmt sich unseren Forderungen entgegen mit dem Hinweis auf die Rückständigkeit der Proletarier im Reich und, soweit es sich um weitergehende Fragen handelt, auf die Rückständigkeit des englischen, französischen und italienischen Proletariats. Man sagt uns, die Arbeiter seien noch nicht reif für die Uebernahme der Produktion. Erst gestern abend hat mir noch mein Kollege Dißmann erklärt: Wenn auch die objektiven Vorbedingungen für die Uebernahme der Produktion gegeben seien, so seien die subjektiven Bedingungen in der Arbeiterklasse nicht gegeben. Dadurch aber, daß man sich in dieser Weise auf die Rückständigkeit beruft, bekämpft man diese doch nicht, sondern unterstützt sie. Dadurch, daß man erklärt, die Arbeiter seien noch nicht reif für die Uebernahme der Wirtschaft, liefert man der bürgerlichen Presse, den Kapitalisten die Argumente für ihre Agitation gegen die Wünsche und Forderungen der Arbeiterklasse. Diese Legien und Dißmann machen uns Vorwürfe und erklären uns, daß sie genötigt seien, nunmehr den Kampf zu führen nach links und rechts; sie machen uns Vorwürfe nach der Richtung, daß wir den Versuch machten, mit den revolutionären Kämpfern im Proletariat, soweit sie nicht gewerkschaftlich organisiert sind, Schulter an Schulter gehen zu wollen im Kampf gegen das Kapital; sie selbst aber schließen Bündnisse mit Hirschen und Christlichen und setzen sich an einen Tisch mit ihnen, veröffentlichen in den Korrespondenzberichten des A.D.G.B. Aufrufe, in denen sie fordern, daß man sich gegen den Terror in den Betrieben wende, daß man unmöglich gegen Hirsche und Christen eine Agitation entfalten könne. Sie sichern sich also diese Hirsche und Christen — ein Moment, das überaus bezeichnend ist und von jedem Kommunisten in der Agitation Verwendung finden muß — sie stellen sich aber damit zugleich auf dieselbe Linie wie Hirsche und Christen.

Noch kurz drei Worte. Ich möchte nur noch besonders aufmerksam machen auf die Absichten der Zentralvorstände der Gewerkschaften gegen die Kommunisten. Das wüste Geschrei der Gewerkschaftsvorstände über das Zerschlagen der Gewerkschaften ist Ihnen ja bekannt. Die Leitsätze, die heute unterbreitet wurden, zeigen klar und deutlich, daß es uns am allerwenigsten um das Erschlagen der Gewerkschaften zu tun ist, daß wir vielmehr die Absicht haben, die Gewerkschaften zu erobern. Genosse Brandler hat meines Erachtens durchaus mit Recht betont, daß in jeder Phase der wirtschaftlichen Entwicklung die Arbeiterorganisation, die Gewerkschaften, ihren Kampf der jeweiligen Wirtschaftslage angepaßt haben. Sind vorher die Gewerkschaften Schulen der damals ja noch einigen Sozialdemokratie gewesen, so müssen sie jetzt nach meiner Auffassung Schulen der Kommunistischen Partei werden. Man wird den Versuch machen, die Kommunisten aus den Gewerkschaften auszuschließen. In Hamburg hat die Afa einen Beschluß gefaßt, der ganz

eindeutig erklärt, daß diejenigen, die als Vertreter der Dritten Internationale in den Gewerkschaften tätig sind und dafür agitieren, ausgeschlossen werden sollen. Einen gleichen Aufruf hat der Vorstand des Eisenbahner-Verbandes erlassen. Und soweit Sie die Gewerkschaftspresse durchblättern, können Sie Drohungen dieser Art überall finden. Wir haben darum als Kommunisten überaus vorsichtig zu Werke zu gehen. Sind wir dabei ungeschickt, so werden sich die Gewerkschaften nicht scheuen, eine halbe oder eine Million Mitglieder auszuschließen, um uns von der Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auszuschließen. Das gilt es, zu verhindern. Und da haben wir die Verpflichtung, daß wir uns nicht provozieren lassen. Man wird diesen Versuch machen. Man macht ihn bereits. Ich erinnere daran, daß beispielsweise in Halle die gesamten Metallarbeiter ihrem rechtsunabhängigen Ortsvorstand ein Mißtrauensvotum ausstellten und seinen Rücktritt verlangten. Die Vorstände, soweit sie rechtsunabhängig besetzt sind, erklären in solchen Fällen: dann berufen wir eben keine Mitgliederversammlung ein. Sie hoffen, daß irgendein Verzweiflungsakt, ein Akt der Selbsthilfe der organisierten Gewerkschaftler sie über den Weg bringt. Ich warne vor derartigen unüberlegten Handlungen in der Gewerkschaft. Man muß doch immer wieder die Möglichkeit haben, in einer Gewerkschaftsversammlung — und immer kann man diese nicht verhindern — zur Tagesordnung Anträge zu stellen, die eine Tagesordnung bringen, nach der man dann arbeiten und seinen Willen durchsetzen kann. Würden in dem genannten Falle die Hallenser die Beiträge sperren, dann hätten die Vorstände einen Grund für das, was sie wollen, nämlich die Möglichkeit des Ausschlusses. So also versucht man uns mundtot zu machen, uns von der Masse abzusondern. Da haben wir die Verpflichtung, schnellstens zu arbeiten, auch auf organisatorischem Gbiete. Es hat sich eine Reichszentrale der Gewerkschaftler nach unserer Richtung zu bilden. Und wir haben die Verpflichtung als Kongreßteilnehmer, in die Reihen der Gewerkschaftler den Gedanken hineinzutragen, daß alle auf dem Boden der Dritten Internationale Stehenden sich in jeder Instanz einer gewerkschaftlichen Organisation zu Fraktionen zusammenzuschließen haben, daß die Fraktionen weiterhin die Verpflichtung haben, mit der Reichszentrale in Verbindung zu treten, damit diese die notwendigen Weisungen und Richtlinien geben kann. Es wird aber auch notwendig sein, diese Fraktionsbilanz im Rahmen der einzelnen Berufsgewerkschaften auszubilden, so daß die Reichszentrale einen Beirat, nach Industriezweigen geordnet, bekommt, so daß also ein Netz der auf unserem Boden Stehenden über ganz Deutschland vorhanden ist, und daß alle auf diese Weise als Anhänger der Dritten Internationale zusammengefaßten Gewerkschaftler in der Lage sind, den Absichten der Gewerkschaftsbureaukratie, uns an die frische Luft zu befördern, entgegenzutreten. Diese Tätigkeit gilts nach meiner Auffassung sehr schnell aufzunehmen. Denn die Gefahr ist überaus groß, daß man uns absondert.

Wollen wir wirklich praktische und positive Arbeit leisten im Interesse der von uns vertretenen Mitglieder und im Interesse des gesamten Proletariats, dann haben wir die Verpflichtung, nach den Leitsätzen, die unterbreitet worden sind, zu arbeiten. Darüber hinaus haben wir die Verpflichtung, schnell zu arbeiten, um die Zwecke und Ziele der Gewerkschaftsbureaukratie illusorisch zu machen.

Weber-Pfalz: Von den Leitsätzen, die uns vorliegen, wären soweit alle Punkte anzunehmen. Nur einer muß uns etwas Bedenken einflößen, das ist Artikel 12, in dem zur Zellenbildung verpflichtet wird.

Wer in der lokalen Gewerkschaftsbewegung tätig ist, der muß zugeben, daß diese These der 3. Internationale allein schon eine große Schwierigkeit in die Gewerkschaften uns gegenüber hineingetragen hat. Wenn wir in den Gewerkschaften arbeiten wollen, müssen wir beachten, daß wir auch Andersgesinnte darin haben und daß das leider noch die Mehrheit ist. Wenn wir auftreten als Gewerkschaftler und nicht überall nach außen die kommunistische Zellenbildung voranstellen, und dabei trotzdem unsere kommunistischen Ideen vertreten, dann werden wir unsere Parolen leichter und schneller in die Mitgliedschaft hineinbringen. Bisher hat man unsere Reden immer noch als praktische Gewerkschaftsarbeit hingenommen. Nachdem die These jedoch veröffentlicht war, hieß es: Das ist ein Kommunist, der hat Auftrag dazu, seine Parteipolitik in die Gewerkschaften hineinzutragen, wogegen wir uns stemmen müssen. Daß wir als Kommunisten nur unsere Parolen in die Gewerkschaften hineintragen müssen, ist eine ebensolche Selbstverständlichkeit wie die Beitragszahlung. Die Genossen, die in der Partei rührig sind, sind auch zumeist die Wortführer unserer Bewegung in den Gewerkschaften und somit ihrer Anschauung nach bekannt. Wenn wir das berücksichtigen, sehe ich absolut keine Notwendigkeit, daß wir in Deutschland, wo wir schon jetzt eine größere Masse innerhalb der Gewerkschaften vertreten, uns von einer solchen Aeußerlichkeit behindern lassen. Die These der 3. Internationale kann im Bedarfsfalle in manchen Ländern mit anderen Verhältnissen sehr angebracht sein. Aber für Deutschland kann dieselbe, wie auch Genosse Heckert in seinem Referat sagte, als überflüssig betrachtet werden. Durchaus irrig ist auch die Hoffnung vieler Genossen, durch die bloße Zellenbildung besseren Besuch und demzufolge kräftigere Unterstützung zu erlangen. Sagen wir in allen unseren Mitgliederversammlungen, daß es unbedingte Pflicht und Notwendigkeit ist, in die Gewerkschaftsversammlungen zu gehen, um dort unsere Ideen und Parolen zu vertreten, dann genügt das. Die Bildung der Zellen innerhalb der Gewerkschaften lähmt auch in mancher Hinsicht den Tatwillen. Viele und nicht die schlechtesten Genossen werden sagen: Wo überall und wie lange wollt Ihr denn eigentlich noch organisieren? Aber auch wieviele ausgezeichnete Kräfte werden durch diese reine Organisationsarbeit von der eigentlichen allgemeinpolitischen Aufgabe ferngehalten, wo sie heute nötiger denn je erforderlich sind. Wenn wir unsere Richtlinien beherzigen, und auf Grund derselben unsere Politik vertreten, werden wir die Mitglieder der Gewerkschaften auf unsere Parolen festlegen können, denn sie werden sich der Ansicht nicht verschließen können, daß wir doch im Recht sind.

Neumann-Berlin: Genosse Weber sagt, wir dürften keine Parteipolitik in den Gewerkschaften treiben. Ist denn dem Genossen Weber bekannt, daß die Rechtsunabhängigen und die Rechtssozialisten ständig Parteipolitik getrieben haben und die ganze Gewerkschaftsbewegung selbst aus Parteipolitik der Reformsozialisten bestand. Es ist jedem alten Genossen, der längere Zeit in der Sozialdemokratie organisiert ist, bekannt, daß der Kampf der Gewerkschaftler mit den Parteigenossen auf jedem Parteitag an der Tagesordnung war. Es wird also nicht möglich sein, daß wir wie Schleichhändler den Kommunismus propagieren können, sondern wir werden überall offen und ehrlich als Kommunist auftreten und hierfür alle Kommunisten in den Gewerkschaften zusammenfassen müssen, damit nicht jeder tun und treiben kann, was er will.

Und dieser Artikel 12 der Richtlinien ist einer der wichtigsten. Wir denken nicht daran, diesen Artikel herauszulassen, sondern wir freuen uns darüber, daß er da ist.

Ich will da noch eingehen auf die Frage, die Genosse Brandler gestreift hat: Die Frage der Kontrolle der gewählten Gewerkschaftsangestellten. Wir haben über die Revolutionierung der Gewerkschaften schon eine Periode hinter uns. Wir haben ja andere Genossen an die Posten gestellt, haben aber gefunden, daß sie sofort, wenn sie Funktionäre der Gewerkschaften waren, sich als solche fühlten und nicht mehr als Parteifunktionäre. Nun sagen wir: Unsere von der Fraktion einer beliebigen Organisation aufgestellten Kandidaten sind in erster Linie Kommunisten und in zweiter Linie Gewerkschaftler. Wenn wir diesen Grundsatz durchführen, wird auch die Möglichkeit bestehen, daß wir eine Kontrolle über die Leute haben.

Eine andere Frage: Die Betriebsräte. Wenn Sie jetzt in den letzten Monaten die Arbeiten der Betriebsräte verfolgt haben, werden Sie gefunden haben, daß in vielen Gebieten Deutschlands die Betriebsräte die Funktionen ausüben, die ihnen von dem Gesetzgeber zugedacht sind, daß sie immer mehr zu Organen der verbesserten Arbeiterausschüsse werden. Genosse Brandler hat ganz klar und deutlich gesagt, daß jetzt von der Agitation zur Aktion übergegangen werden müsse. Und da ist vor allen Dingen dringend notwendig, daß jetzt in allen Bezirken die Betriebsräte unserer politischen Ansicht dahin gebracht werden, daß sie in allen Körperschaften, zu denen sie irgendwie Zutritt haben, die Frage der Kontrolle der Produktion, die Frage des Eindringens in den Produktionsprozeß auf die Tagesordnung setzen und überall versuchen, diese Forderung durchzudrücken. Sie kennen bereits — Heckert hat in seinem Referat darauf hingewiesen — die Stellungnahme der Stuttgarter und der Berliner Ortsverwaltung. Wir müssen in allen Organen der Arbeiterbewegung versuchen, die Gewerkschaften zu diesem Kampf zu zwingen, dann werden wir es erreichen, daß sie ganz automatisch aus ihrer Burgfriedenshaltung heraus zum Kampf getrieben werden. Da müssen wir natürlich in allererster Linie dafür sorgen, daß die Betriebsräte aus der Lethargie, in der sie sich befinden, wovon der Betriebsrätekongreß ein wunderbares Zeugnis abgelegt hat, herausgeholt und zur Aktivität erzogen werden, und zwar legal oder illegal. Wir müssen von den Betriebsräten verlangen, daß sie auf jede Art und Weise ihre Betriebsverhältnisse herausbekommen und an die Oeffentlichkeit bringen. Je mehr Betriebsräte das machen, um so weniger hat eine Macht im Staate die Möglichkeit, gegen die Betriebsräte aggresiv vorgehen zu können. Wir müssen versuchen, diese Arbeit in einen großen Rahmen zu bringen.

Wieweit die Gewerkschaftsbureaukratie vorgeht in der Frage der nichtpolitischen Betätigung der Betriebsräte, sehen wir am besten in Magdeburg. Die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale ist erst vor kurzem dort geschaffen und trotzdem kriselt es in der Betriebsrätezentrale schon so, daß die Möglichkeit besteht daß der ganze Laden wieder kaputtgeschlagen wird, weil die Betriebsräte sich politisch betätigen wollen und die Gewerkschaftsbureaukratie das unterbinden will. Solche Kämpfe werden an der Tagesordnung sein. Darum ist es notwendig, wenn wir die Organisation der Betriebsräte betrachten, daß dort, wo selbständige Institutionen bestehen und wir die Macht haben, sie zu erhalten, sie bestehen bleiben sollen. Aber daneben müssen wir auch von unseren Betriebsräten verlangen, daß sie in die freigewerkschaftlichen Institutionen gehen. Die Kommunisten haben

überall ihre Arbeit zu verrichten, ganz gleich in welcher Körperschaft, wie wir es in Berlin machen werden. Wir haben unsere Betriebsräte aufgefordert, auch in die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale hineinzugehen und dort zu versuchen, die Leitung in die Hand zu nehmen. Trotzdem werden wir unsere Zentrale aufrecht erhalten. Wir werden den Betriebsräten die Parolen geben, die sie in der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale zu verwerten haben, damit die Betriebsräte Material nach dieser Richtung bekommen. So verstehen wir die Frage der Organisation. Sie muß sowohl örtlich als auch bezirksweise durchgeführt werden. Ich sage, daß jetzt niemand daran denken soll, diese Zentralen, die bestehen, aufzulösen. Sie sollen bestehen bleiben und die Arbeit vorbereiten, die zu machen ist.

Wenn wir so in den Gewerkschaften und den Betriebsräten arbeiten und ihnen konkrete Parolen geben für das, was sie zu tun haben, dann werden wir sehr bald sehen, daß das hysterische Geschrei der Rechtssozialisten und Rechtsunabhängigen wirkungslos bleiben wird. Wir werden die Masse der Arbeiter hinter uns haben, denn wir sind der Ueberzeugung, daß ja mit uns die soziale Revolution läuft und wir ja alle diese Situationen für unsere Agitation benutzen können.

Darum sage ich: nicht daran denken, auf geheimen oder Schleichwegen den Kommunismus propagieren zu wollen, sondern sich darüber klar sein, daß wir als Kommunisten den Mut haben müssen, unsere Politik frei und offen zu treiben, ganz gleich, wo. Wir können an jeder Stelle klar und zielbewußt arbeiten.

Lieske-Berlin: Im Anschluß an die Ausführungen von Neumann meine ich auch, daß wir ruhig mit offenen Karten spielen sollen. Ich knüpfe da an die Ausführungen von Brandler an. Wir haben ja gar keine Veranlassung, alles auf Taktikpolitik anzulegen, denn es kann passieren, daß wir durch Taktik Erfolge erzielen, die nachher nicht aufrecht zu erhalten sind. Um so größer ist dann der Rückschlag, die Diskreditierung unserer Politik. Daraus ergibt sich auch, daß man nicht allzu bange machen soll vor den Hinauswürfen aus den Gewerkschaften. Genossinnen und Genossen, es wird manchem von uns noch passiren daß er da, wo die Gewerkschaftsbureaukratie in der Uebermacht ist, hinausfliegt.

Schönlank (Wanderlehrer): Ich möchte bei diesem Punkte auf die Gewerkschaftsverhältnisse der Bergarbeiter im Rheinland eingehen, die Zustände, die wir in Rheinland-Westfalen haben, müssen gültig mit der Autorität des Parteitages geklärt werden. Ich möchte Sie deswegen auf folgende Probleme aufmerksam machen, die ich allerdings in zehn Minuten nur umreißen kann.

Genossen, wir haben die traurige Erscheinung, daß im Rheinland drei große wirtschaftliche Organisationen im Klassenkampfe stehen, die nicht miteinander verbunden sind, sondern gegeneinander arbeiten, und daß die besten Kräfte, die wir brauchen, um den alten Bergarbeiterverband in unserem Sinne ein- und umzustellen, sich in den freien Unionen befinden. Wir haben die Gelsenkirchener Richtung und wir haben die syndikalistischen Richtungen in den Unionen, zwei sich stark befehdende Organisationen. Wir können mit Freuden feststellen, daß in den letzten Wochen die eine Arbiterorganisation, die Gelsenkirchener — das ist die Richtung, die im schärfsten Gegensatz zu den Syndikalisten steht — überall mehr an Boden gewinnt. Das ist aber erst ein halbes Werk, was geschehen ist. Es genügt durchaus nicht, eine starke, freie Arbeiterunion zu besitzen, die sich rühmt, eine rote

Gewerkschaft zu sein, was noch zu untersuchen ist, sondern es sind die Hauptaufgaben, die wir zu lösen haben: wie bringen wir den alten Bergarbeiterverband und die freie Arbeiterunion in eine solche Kampfgemeinschaft, daß sie nicht nur nebeneinander, sondern wieder miteinander in einer einheitlichen Organisation marschieren?

Genossen, ich weiß, daß ich bei einem großen Teil der Mitglieder der freien Arbeiterunion auf Widerspruch stoßen werde. Ich weiß auch, daß dieser Widerspruch begründet ist in einem Haß, der berechtigt ist gegen jede Gewerkschaftsbureaukratie, die auf das Rheinland die weißen Garden marschieren ließ. Ich weiß, daß die Gewerkschaftsbureaukratie gerade der Gewerkschaft der Bergarbeiter die reaktionärste, die rücksichtsloseste und die brutalste ist. Ich weiß, daß die 70—80 000 in der Freien Arbeiterunion in Gelsenkirchen organisierten Arbeiter die Vortruppen des Proletariats sind, die mit Erbitterung an ihre Mitgliedschaft im alten Bergarbeiterverband denken. Aber trotzdem muß ihnen klar gemacht werden, daß die Freie Arbeiterunion ebenso nur eine Gewerkschaft ist wie der Allgemeine Bergarbeiterverband auch; daß ihre Union genau so versimpeln und versumpfen kann, wenn sie nicht kommunistisch geführt wird, wie der Bergarbeiterverband. Wir stehen heute so zu diesen Problemen, daß wir innerhalb der Freien Arbeiterunion genau so als Kommunisten arbeiten müssen wie in allen anderen Gewerkschaften auch. Genossen, es ist eine trügerische Illusion, die hier endlich einmal zerstört werden muß, daß es möglich sei, in der Form bereits den revolutionären Inhalt zu besitzen. Die Freie Arbeiterunion ist durchaus nicht das Ideal, das sich die meisten darunter vorstellen, genau so wenig, wie der alte Bergarbeiterverband ein idealer Zustand ist. Wir haben also die Aufgabe zu lösen, daß die freie Arbeiterunion in Gelsenkirchen verpflichtet werden muß, mit der Opposition, die im alten Bergarbeiterverband sich jetzt mannhaft zu regen beginnt, auf einer gemeinsamen Grundlage zu arbeiten. Genossen, ich habe das Gefühl, daß dieser Frage heute viel zu wenig Raum eingeräumt worden ist. Es wäre gewagt, etwa jetzt zu propagieren, aus den freien Arbeiterunionen heraus- und in die Gewerkschaften hineinzugehen. Das ist ein Prozeß, der geradezu das Gegenteil dessen erzielen würde, was wir wollen. Man würde die Freie Arbeiterunion willenlos in den Strudel des Syndikalismus versinken lassen. Es muß aber der Parteitag sein Veto sprechen und erklären, daß jeder Genosse verpflichtet ist, in den Gewerkschaften auszuharren, solange es möglich ist. Die Gewerkschaften, die 9 Millionen Mitglieder haben, sind noch zum großen Teil keine Kommunisten und schrecken noch oft vor uns zurück. Wenn wir aber als Kommunisten auftreten und in den kleinen Nöten der Arbeiter zeigen, was wir sind und was wir wollen, wenn die Leute sehen, daß wir im Gegensatz zur Gewerkschaftsbürokratie richtiger handeln als die anderen, dann bekommen wir das, was uns fehlt in den 9 Millionen, das Vertrauen. Wir haben politisch die Rechtssozialisten und die Rechtsunabhängigen besiegt. Diese beiden Organisationen haben sich in eine neue gut verschanzte Stellung, die Gewerksbewegung, zurückgezogen. Wir müssen also auch diese Stellung von innen und außen stürmen, gerade im praktischen Kampfe den Arbeitern zeigen, wie diese beiden Parteien versagen.

Und wenn heute die Massen so geschreckt werden von den Rechtssozialisten und Rechtsunabhängigen wegen unserer Zellenbildung, so fällt mir ein alter Spruch von Glasbrenner ein, der die republikanische Gesinnung der Kleinbürger von Berlin kennzeichnet: wir brauchen keinen



König, weil wir schon einen haben. Die Rechtssozialisten und Rechtsunabhängigen brauchen keine Fraktionen und keine Zellen, weil sie schon solche haben. Also lassen Sie sich durchaus nicht schrecken! Es ist die Kunst der Kommunistischen Partei, den wirtschaftspolitischen Kampf so zu führen, daß die Massen der Arbeiterschaft, die noch nicht für den Kommunismus kämpfen wollen, auf den Weg des Kommunismus getrieben werden, bis sie sich einstellen für die Diktatur der Arbeiterklasse, um gegen die Bourgeoisie zu kämpfen. In diesem Sinne zu arbeiten, wie ich es ausgeführt habe, dann haben wir das Vertrauen der Massen, und dann ist unser der zukünftige Sieg.

Vorsitzender Pieck: Damit ist die vom Parteitag beschlossene Zeit für die Diskussion abgelaufen. Der Genosse Brandler hat das Schlußwort.

Brandler (Schlußwort): Ich will ganz kurz die letzte Frage der Union zuerst behandeln. Die Zentrale der Kommunistischen Partei ist in ihrer Einstellung zur Frage der Unionbildung sehr, sehr mißverstanden worden. Ich will nicht bestreiten, daß sie schuld daran ist, daß diese Mißverständnisse möglich waren. Aber wir verstehen diese Einstellung und kommen zu unserer jetzigen Stellung der Unionsbildung am besten, wenn ich versuche, Ihnen ganz knapp zu schildern, wie wir zu dieser Einstellung gekommen sind.

Als die Kämpfe um die Sozialisierung des Bergbaues im vorigen Januar, Februar und März in Rheinland und Westfalen bis zum offenen Bürgerkrieg führten, sahen wir, daß die Gewerkschaftsbürokratie vor allen Dingen die Bergarbeiterverbände, der sogenannten freien, christlichen und der polnischen, daß diese gesamte Bürokratie den Arbeitern in diesem Kampfe um die sogenannte Sozialisierung der Bergwerke in den Rücken fiel und daß sie offen in das Lager der Gegenrevolution übertrat. Aus dieser Stimmung heraus beschlossen die Betriebsräte, die Zechenräte der Arbeiter, die sogenannten zersplitterten Gewerkschaften im Bergbau zu einer einheitlichen geschlossenen Bergarbeiterunion zusammenzufassen. Es war das Bestreben, auszutreten aus den christlichen Gewerkschaften und dem freien Bergarbeiterverband und zu gründen und zu schaffen die alle Bergarbeiter umfassende Bergarbeiterunion. So stand damals das Poblem. Als diese Stimmung, geboren mitten aus diesem gewaltigsten Kampfe, den die deutsche Revolution überhaupt aufzuweisen hat, uns berichtet wurde, nahm die Zentrale die Stellung ein, daß sie diese Stimmung der Vereinigung aller Bergarbeiter unter allen Umständen fördern müßte. Aus diesem Gesichtspunkte heraus hat die Zentrale der Kommunistischen Partei diese Stimmung ideell und materiell unterstützt.

Die Bergarbeiterbewegung wurde niedergeschlagen. Diese niedergeschlagene Bewegung führte aber trotz der Unterstützung der Kommunistischen Partei nicht zu einer Bildung einer einheitlichen Bergarbeitergewerkschaft in der neuen freien Bergarbeiterunion, sondern es war nur ein geringer Teil, der aus allen Verbänden der Bergarbeiter austrat, es waren nicht die Massen, die sich zu einer einheitlichen Bergarbeiterunion zusammenschlossen. Wir Kommunisten haben uns mit den Tatsachen abzufinden. Wenn wir den Gedanken der Unionsbildung bei den Bergarbeitern unterstützen, solange und inwieweit er eine Förderung der Zusammenfassung aller Bergarbeiter bedeutete, mußten und müssen wir heute nach wie vor es ablehnen, Unionen zu bilden, die

ein Sammelbecken unzufriedener Elemente, Absplitterungstrümmer der Gewerkschaften sind. Wir haben da gar keine besondere Stellung zu beziehen. Wir haben die Stellung einzunehmen, die wir als Mitglieder der 3. Internationale nach den Beschlüssen des 2. Kongresses einzunehmen haben, nicht auf Kommando von außen, sondern weil das die einzige richtige Stellung ist. Ein Kommunist, der davonläuft, ist kein Kommunist (Sehr richtig!), ob er davonläuft vor Weißgardisten oder ob er davonläuft vor der Gewerkschafsbürokratie; ein Kommunist hat überall dort zu kämpfen wo es am schwierigsten ist (sehr richtig), wo die Arbeitermassen verwirrt werden können. Und den Kommunisten, die wegen irgendwelcher Schwierigkeiten im Kampfe mit der Gewerkschaftsbürokratie davonlaufen und eine Organisation bilden mit sogenannten Gleichgesinnten, nicht um zu kämpfen, sondern um dort mit Gleichgesinnten sich mehr oder weniger angenehm zu unterhalten — denen müssen wir sagen: Ihr seid nicht auf dem richtigen Wege. Kommunisten haben zu kämpfen und vor allen Dingen in der Gewerkschaft. Die Unionsfrage besteht überhaupt nur noch für uns Kommunisten in der Gestalt des Ueberbleibsels dieses großen Kampfes aus Rheinland und Westfalen in Gestalt der Bergarbeiterunion. Die Mitgliederziffern der Bergarbeiterunion werden auf 70 000 angegeben. Ich habe keine Möglichkeit, sie nachzuprüfen. Aber es kommt auf 10 000 Mitglieder nicht an. Jedenfalls ist der im Kampf zerbrochene Bergarbeiterverband und die im Kampf geborene Bergarbeiterunion heute eine Tatsache, eine Tatsache, zu der wir ganz konkret Stellung zu nehmen haben. Ich stimme da vollkommen mit dem überein, was mein Freund Schönlank gesagt hat. Wir müssen versuchen — und das liegt ganz in der Richtung der Entwicklung — in den kommenden Kämpfen, in die hineingerissen werden die Bergarbeiter aller Gewerkschaften, auch der Union — in dieser Kampfsituation das, was bei der ersten Schaffung der Union nicht glückte, bei der nächsten Kampfsituation zu schaffen, nämlich eine Vereinigung aller wirklichen revolutionär kämpfen wollenden Arbeiter, aller Bergarbeiter überhaupt zu einer geschlossenen Organisation. Ob das geschieht im Kampf dadurch, daß die Bergarbeiterunion eintritt in den alten Bergarbeiterverband, oder ob aus der Kampfsituation das, was damals nicht möglich war, was aber der Wunsch war, geschieht, daß die Mitglieder, die heute in dem polnischen Verband, in dem christlichen Verband, in dem sogenannten freien Verband, dem Hue und die anderen vorstehen, in die Union übertreten, das läßt sich vorher nicht in Gestalt irgendeines Rezeptes festlegen. Die Richtung, nach der die Kommunisten zu arbeiten haben auch in der Frage der Bergarbeiterunion ist die, daß sie eine geschlossene wirtschaftliche Kampforganisation aller Bergarbeiter in Rheinland und Westfalen und in ganz Deutschland schaffen müssen. Und die Unionsmitglieder von Gelsenkirchen, die behaupten Kommunisten zu sein und von denen ich weiß, daß ein großer Teil auch wirklich Kommunisten sind, haben als Kommunisten in dieser Richtung zu arbeiten, sich nicht an einer Formenfrage zu stoßen, wenn sie eventuell geschlossen zum Bergarbeiterverband übertreten. Das kann aber nicht geschehen in Gestalt einer Austrittsparole aus der Bergarbeiterunion, daß die einzelnen Mitglieder vereinzelt sich jetzt wieder dem Bergarbeiterverband anschließen; dann würden sie unter den Schlitten kommen. Ihre Organisation, die es bis auf 70 000 Mitglieder gebracht hat, ist immerhin ein Machtfaktor. Und gerade

in einer Kampfsituation wird es möglich sein, bei einer solchen Vereinigung, geschlossen einen Uebertritt zustande zu bringen. Das ist die Richtung, die, glaube ich, vom Parteitag gebilligt werden sollte; und ich glaube, sie wird gebilligt, ich höre keinen Widerspruch. — Das ist die Aufgabe, die unseren Genossen in den Unionen zugewiesen wird. Die anderen kümmerlichen, nicht lebensfähigen Ueberreste der Unionen in Norddeutschland sind heute bis zur Bedeutungslosigkeit erledigt und soweit sie noch nicht erledigt sind, ist es Aufgabe der Kommunisten, sie vollends durch die Vereinigung und durch den Uebertritt in die revolutionierten Gewerkschaften überzuführen.

Wir haben ein ähnliches Konkurrenzgebilde, das jetzt entstanden ist, in der Landarbeiterbewegung in Mitteldeutschland, wo sich dort aus den Differenzen des Kampfes um die Revolutionierung der Landarbeitergewerkschaft einige Zehntausend, wie mir berichtet worden ist, abgesplittert haben. Wir müssen diesen Genossen, soweit es unsere Genossen sind, sagen, daß das ein Fehltritt war, den sie gemacht haben. Ich bin im einzelnen nicht informiert, wie sich die Dinge zugetragen haben. Aber es kommt auch hier nicht auf das Einzelne an. Soweit ich davon informiert bin, ist diese Geschichte in der Hauptsache entstanden, weil einige im Vordergrunde stehende Kämpfer im Landarbeiterverbande aus der Landarbeiterorganisation herausgeschmissen wurden, und weil sie dann eine Tätigkeit entfalteten, die die mit ihnen sympathisierenden Elemente lossprengten und loslösten. Das ist eine ganz falsche Taktik. In jedem Kampfe gibt es Opfer. Es ist ganz selbstverständlich bei diesem zugespitzten Gegensatz, bei diesem Kampf um die Revolutionierung der Gewerkschaften, daß auch ein Teil Kämpfer, die in den Gewerkschaften im kommunistischen Sinne arbeiten, auf der Strecke bleiben. Aber das ist und kann kein Grund sein, daß das zum Ausgangspunkt für eine Taktik gemacht wird, die die revolutionär fühlenden und sympathisierenden Elemente mit hinausreißt. Nein, Genossen, da müssen wir es machen wie im Bürgerkrieg: Wenn im Bürgerkrieg jemand fällt, dürfen die anderen nicht weglaufen, sondern dann müssen sie an dessen Stelle treten. So haben wir in den Gewerkschaften zu arbeiten. Und wo anders gearbeitet worden ist, ist falsch gearbeitet worden, darf künftig nicht wieder so gearbeitet werden. Soweit es möglich ist — das können wir hier nicht behandeln — müssen wir auch in der Frage des Landarbeiterverbandes, nachdem wir konkret die einzelnen Tatsachen geprüft haben, denn allgemein läßt sich da nichts machen als darüber zu reden, versuchen, wie wir dort die Geschichte wieder einrenken.

So muß unsere Stellung zu den Unionen sein, so muß unsere Stellung zu den Sonderorganisationen sein. Wenn wir das ganz konsequent durchführen, dann wollen wir einmal sehen, wieweit die Gewerkschaftsbureaukratie, die konterrevolutionär wirkt mit ihrer elenden, schamlosen Heuchelei, noch irgendwelche Gimpel fangen kann, wenn sie erklären, daß wir Kommunisten die Gewerkschaften sprengen wollen. Wir werden dann sehr gut diesen Kampf gegen diese Täuschungsmanöver aufnehmen können.

Vom Genossen Diefke-Berlin wurde gesagt, daß unsere Taktik nicht eingestellt sein müßte, Posten zu ergattern. Ich kann das nur unterstreichen. Unser Kampf ist kein Kampf um Posten, kein Kampf um irgendwelche Versorgung Arbeitsloser in den Gewerkschaften, sondern unser Kampf in den Gewerkschaften hat die Aufgabe, den Kampf für die konkret

in unseren Leitsätzen festgestellten Ziele durchzuführen. Das kann aber nicht bedeuten, wenn wir in einer Gewerkschaft auf Grund unserer Arbeit stark und kräftig genug geworden sind, daß wir unter allen Umständen ablehnen müssen, wenn wir die Mitgliedschaften hinter uns haben, auch leitende Posten in den Gewerkschaften zu übernehmen. Das wäre ein Drücken vor der Verantwortung. Auch das dürfen wir nicht machen. Wenn dann der eine Genosse sagte, er sei sich nicht klar, wie er in den einzelnen Situationen handeln sollte — ja, Genossen und Genossinnen, irgendein Rezept gibt es dafür nicht. Die beste Handlungsweise ist die, daß man als Kommunist versucht, sich auf Grund seiner kommunistischen Weltanschauung und auf Grund der Leitsätze und der Richtlinien, die die Partei zu den bestimmten Fragen herausgibt, auf Grund seiner kommunistischen Einsicht seines eigenen Kopfes, die Situation zu beurteilen und dementsprechend zu handeln. Die schönsten Richtlinien nützen nichts, man muß einen Kopf haben, um die Richtlinien in der Praxis anwenden zu können.

Dann noch zum Schluß gegen die sonderbaren Ausführungen des einen Genossen gegen die Zellen- und Fraktionsbildung! Ich glaube, Sie ersparen mir, hierauf im einzelnen einzugehen. Dieses Schlauseinwollen hat der Genosse Neumann schon als Schleichhändlerpolitik bezeichnet. Ja, glauben Sie, wenn Sie ernsthaft kommunistisch wirken, daß die anderen das nicht merken? Und wenn sie es merken, sollen Sie sich schämen und scheuen, zu sagen, daß Sie Kommunist sind? Das wäre doch ganz falsch. Die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen wenden sich gegen die Zellenbildung — und tun es! Ich würde Ihnen auch empfehlen, weniger von der Zellenbildung und Fraktionsbildung zu reden, weil es eine Selbstverständlichkeit ist, es aber zu tun, denn es ist unbedingt notwendig, daß wir in den Betriebsräten, in den Gewerkschaften als Kommunisten zusammenkommen und miteinander vorbesprechen, was wir machen, denn das, was der eine nicht weiß, weiß der andere. Und wenn es Kommunisten sind, die eben unvorbereitet in den Gewerkschaften, in den Betriebsräten arbeiten, so ist sehr oft das betrübliche Schauspiel zu verzeichnen, daß die Kommunisten in der Gewerkschaft, wo es zu kämpfen gibt, einander in die Parade fahren, ganz konträre Forderungen, ganz gegensätzliche Auffassungen vertreten. Das darf es im Kampfe nicht geben. So etwas kann man sich in Diskutierklubs leisten, aber so etwas kann man sich nicht leisten, wenn man um die Revolutionierung der Gewerkschaften kämpft. Straffste und allerschärfste Fraktionsdisziplin ist notwendig. Alle diese Fragen und Probleme in der Fraktion vorher beraten, die Redner bestimmen, die zu sprechen haben, usw., damit wirklich das größtmöglichste an kommunistischer Stoßkraft herauskommt, — das ist eine Lebensfrage für unsere Arbeit. Deswegen dürfen wir die Zellenbildung und Fraktionsbildung nicht ablehnen, auch wenn die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen darüber schreien. Seit wann haben wir uns von etwas, was wir für richtig hielten, abbringen lassen dadurch, daß es den anderen nicht gefällt? Im Gegenteil, weil sie sehen, daß wir zu einer ernsthaften Fraktions- und Zellenbildung kommen, daß wir ihnen da ernstlich ans Leder kommen, deswegen schreien sie so Zetermordio. Wenn Sie wirklich ernsthaft arbeiten, dann brauchen Sie sich um das Geschrei absolut nicht mehr zu kümmern; dann werden Sie nicht, weil Sie eine Fraktion sind, sondern weil Sie ernsthaft sozialistisch in jeder Situation handeln, schon den Einfluß auszuüben imstande sein, daß Sie dieses Geschrei über Zellen-

und Fraktionsbildung der anderen sehr gut ertragen und sehr, sehr gut überwinden können.

Ich will nur noch auf folgendes eingehen: Die Generalkommission der Gewerkschaften oder der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat in der Frage der Lokomotivaufträge Sowjetrußlands eine Rolle und eine Haltung eingenommen, die Sie in der Agitation sehr gut mit verwenden können. Es ist das die Art und Weise, wie sie die Kontrolle der Produktion verstehen. Die Kontrolle der Produktion versteht der Legien dahin, daß er mit Kapitalisten eine gemeinsame Aktiengesellschaft bildet und für die Vermittelung der Aufträge 2 Prozent Profit einsteckt, bei den Milliardenaufträgen ein ganz angenehmes Nebengeschäft! Sagen Sie, daß wir uns die Sozialisierung, die Zusammenwirkung zwischen Sowjetrußland und Deutschland in der Richtung eines Sowjet-Deutschland etwas anders denken als diese Sozialisierungsapostel, als dieser Legien, und klopfen Sie ihm und seiner Gesellschaft auf die unsauberen Finger, auch wenn sie Zetermordio darüber schreien. Gehen Sie im Sinne der Leitsätze an die Arbeit, und der Sieg ist unser. (Lebhafter Beifall.)

Abstimmungen.

Vorsitzender Pieck: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung der eingereichten Abänderungsanträge. Es soll die Einleitung des Artikels 11 geändert werden, und zwar wird sie nach dem vorgeschlagenen Abänderungsantrag lauten:

> „Die Leitung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale befindet sich in den Händen der Hauptverräter der Arbeiterklasse aus der zusammengebrochenen 2. Internationale."

Der Parteitag stimmt der Abänderung zu.

Dann kommt der Ergänzungsantrag zum Artikel 5. Dort soll angefügt werden:

> Die Gewerkschaften müssen durch die Kommunisten veranlaßt werden, dem ungeheueren Wohnungselend entgegenzuwirken. Die Aufteilung übergroßer Wohnungen und Villen und deren Zuweisung an Wohnungslose ist mit allen Mitteln durchzuführen. Der Wohnungsneubau mit Hilfe staatlicher, kommunaler Mittel muß erwirkt werden.

Der Parteitag stimmt dem Ergänzungsantrag zu.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die so abgeänderten Leitsätze für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften.

Der Parteitag stimmt gegen eine Stimme den Leitsätzen zu.

Dann muß noch über folgenden Antrag abgestimmt werden:

> Das Material gegen Legien (Oekonomiegesellschaft) betreffend die Ausbeutungsabsichten gegenüber der russischen Räterepublik in bezug auf Lieferung von Lokomotiven ist zusammenzustellen und als Flugblatt oder Flugschrift zu verbreiten, um die Arbeit der Genossen gegen die konterrevolutionäre Gewerkschaftsbureaukratie in sämtlichen Orten zu erleichtern.

Der Parteitag stimmt dem Antrage zu.

Weber-Pfalz (persönliche Bemerkung): Ich lege Wert darauf, festzusteqen daß ich mißverstanden worden bin, denn ich habe ausdrücklich erklärt, daß die Genossen, die die politische Arbeit machen, meistens auch in den



Gewerkschaften unsere Wortführer sind und dadurch als Kommunisten so bekannt sind, daß von einer Verbreitung des Kommunismus durch Schleichhandel nur als Schlagwort gesprochen werden kann.

Vorsitzender Pieck: Wir kommen nunmehr zu Punkt 6 der Tagesordnung, der

Frauenfrage.

Hierzu erteile ich der Genossin Klara Zetkin das Wort.

Klara Zetkin: Die Kommunistische Partei hat in der Frauenfrage ihre grundsätzliche Auffassung nicht irgendwie zu revidieren. Sie hält daran fest, daß die Frauenfrage keine Frage „an und für sich" sei, die durch Reformen zugunsten des weiblichen Geschlechtes auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft und innerhalb der bügerlichen Ordnung gelöst werden könne. Unserer Ueberzeugung nach ist die Frauenfrage nur ein Teil der großen sozialen Frage (sehr richtig!) und sie kann nur mit ihr zusammen gelöst werden, wenn das Proletariat den Kapitalismus zerschmettert und den Kommunismus aufbaut im gemeinsamen Kampfe aller Ausgebeuteten, aller Unterdrückten ohne Unterschied des Geschlechts.

Die Gegenwart hat durchaus bestätigt, was uns die Geschichte lehrt. Nämlich, daß das Privateigentum die letzte und festeste Wurzel der Minderberechtigung des weiblichen Geschlechtes ist, daß nur mit der Aufhebung des Privateigentums die Frau volle soziale und volle menschliche Freiheit erhalten kann. (Sehr gut!) Solange das Privateigentum weiter besteht, wird alle bürgerliche Frauenrechtlerei nichts an der Tatsache ändern, daß die Frau der breitesten Masse, die Frau des werktätigen Volkes, entweder dank ihrer Berufsarbeit ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Mann und von der Familie erlangen kann aber dann als Ausgebeutete auf Gund der Klassengegensätze unter die Ausbeutung und Knechtschaft eines Kapitalisten und unter die Knechtschaft der ganzen kapitalistischen Gesellschaft gerät oder aber daß sie als Weib wirtschaftlich abhängig bleibt von der Familie. Einzig und allein die kommunistische Ordnung beseitigt das Privateigentum und damit die Grundlage für die Beherrschung, Rechtlosmachung und Ausbeutung eines Menschen durch einen anderen Menschen. Nur die kommunistische Gesellschaft eröffnet auch der Frau als Gleichberechtigter, Gleichverpflichteter den Weg in die gesellschaftliche Wirtschaft, den Weg zur Betätigung auf allen Gebieten der gesellschaftlichen Kultur. Denn der Kommunismus kann nicht verwirklicht werden, ohne daß der Gesellschaft alle Kräfte, alle Talente, alle Werte nutzbar gemacht werden, die sowohl in der Persönlichkeit einer erwachsenen Frau wie eines erwachsenen Mannes liegen. Die Frau muß für die Eroberung vollen und ganzen Menschentums den Kommunismus nicht nur mit ganzer Seele herbeirufen, sondern sie muß mit voller Kraft für seine Verwirklichung kämpfen. Wir wissen aber eines. Die kommunistische Ordnung, die allein die Frau zu befreien vermag, wird nun und nimmer sein die Frucht des Zusammenwirkens aller Frauen, ohne Unterschied der Klassen in einem Kampf für die Beseitigung der Vorrechts- und Vorzugsstellung des Mannes. Der Kommunismus kann nur verwirklicht werden als die gemeinsame Kampfestat aller Unterdrückten, aller Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechts und hinausgreifend über die Grenzen auch ohne Unterschied der Nationalität und der Rasse. Wie die nach vollem Menschentum dürstende Frau als Kommunistin für ihre Befreiung kämpfen



muß, so ist andererseits das Proletariat durch seine eigenen Lebensinteressen gezwungen, die Frau als aufgeklärte, als hingebungsvolle und tatbereite kommunistische Kämpferin in seine Reihen zu rufen.

Genossen und Genossinnen, wenn man dieser Auffassung ist so könnte man die Frage aufwerfen: was denn trennt die kommunistische Frauenbewegung von der sozialistischen Frauenbewegung der Mehrheitler und der Rechts-Unabhängigen? Denn diese Grundsätze werden auch die Frauen jener beiden Richtungen unterschreiben. Ich antworte darauf: die kommunistische Frauenbewegung wird von den Frauenbewegungen anderer sozialistischer Richtungen und Parteien durch alles getrennt, was das Entscheidende in diesem geschichtlichen Augenblick ist, durch alles, was uns als Gebot der Stunde entgegentritt. Für uns Kommunisten ist unser Ziel nicht der so viel angesungene „Polarstern", der unseren Weg erleuchtet, jener Polarstern, der so oft durch die opportunistischen, reformistischen Nebel verdunkelt und zuletzt dem Blick entzogen worden ist. Nein, der Kommunismus steht vor uns als eine lodernde Flamme, gespeist von allen Gegenwartsnöten, die der verfallende, der sich auflösende Kapitalismus über die breitesten Frauenmassen heraufbeschwört.

Und im Lichte dieser Flamme erkennen wir eins: daß es sich gegenwärtig nicht mehr darum handelt, um kleine Reformen zugunsten der ausgebeuteten Frauen zu schachern und zu feilschen, zu bangen und zu zagen. Vielmehr, daß auch für uns das Gebot der Stunde ist, den Kampf aufzunehmen, den Kampf durchzuführen für die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Die Frauenbewegung der kommunistischen Partei hat das Ziel: die breitesten Frauenmassen des schaffenden Volkes zu rufen, zu sammeln, zu erziehen zu zielklaren opferbereiten und kühnen Mitträgerinnen des revolutionären Kampfes für die Eroberung der politischen Macht und für die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats in der Räteordnung als den unerläßlichen Vorbedingungen für die Verwirklichung des erlösenden Kommunismus.

Soll das etwa besagen daß wir Verbesserungen in der Rechtsstellung und Lage der breiten Frauenmassen der gesamten werktätigen Bevölkerung zurückweisen? Keineswegs. Wir fordern solche Verbesserungen, wir kämpfen für sie, um die Massen stärker, kampfestüchtiger zu machen. Aber wir bringen gleichzeitig den schaffenden Frauen den eng begrenzten Wert aller Reformen in der kapitalistischen Ausbeutungsordnung zum Bewußtsein. Wir zeigen ihnen, daß auch Reformen ihr eigenes Werk, das Werk des kämpfenden Proletariats sein müssen. Wir beweisen ihnen durch Theorie und Praxis, durch Wort und Tat, daß heute in der Zeit des zugespitzten Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat auch das Ringen für die bescheidenste Linderung unerträglicher sozialer Uebel ein Teil des großen proletarischen Kampfes ist zur Niederzwingung der kapitalistischen Macht, daß es also dabei gilt, Macht gegen Macht zu stellen. Wir zerstören mithin auch in den Kämpfen für Reformen die Illusionen der schaffenden Frauen über die Reformwilligkeit der besitzenden und herrschenden Klassen und ihres demokratischen Staats und setzen an ihre Stelle das Vertrauen in die eigene Kraft und die Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Kampfes für die Revolution der bürgerlichen Gesellschaft. So bleibt der Kampf für die Eroberung der politischen Macht das A und O unseres Wirkens.

Genossen und Genossinnen, die Frage drängt sich auf, ob wir unter den breitesten Frauenmassen ein Heer von entschlossenen aktiven Mit-



kämpferinnen sammeln können. Wir dürfen diese Frage bejahen. Gewiß! Noch unmittelbar vor dem Kriege war die Zahl der berufstätigen Frauen verhältnismäßig klein, die in erster Linie in den Bannkreis der sozialistischen Idee gezogen wurden. Aber der Krieg und seine Auswirkung, der verfallende Kaptalismus, haben das Rekrutierungsfeld für eine aktive Armee kommunistischer Kämpferinnen ganz bedeutend erweitert. Für weit größeren Schichten der Frauen als früher ist heute der Haushalt nicht mehr das Produktionsmittel, das den Lebensunterhalt sichert, umschließt der enge Kreis des Heims und die Familieninteressen nicht mehr den ernsten, pflichtgemäßen Lebensinhalt. Verschiedene Ursachen haben zusammengewirkt, um nicht nur Hunderttausende, nein Millionen von Frauen aus Hausmütterchen in Werktätige draußen in der Gesellschaft zu verwandeln. Da war die kapitalistische Profitsucht der Rüstungsindustriellen und der Inhaber der sogenannten „kriegswichtigen“ Betriebe. Da war die proletarische Not, die die Frau zwang, für den fehlenden Verdienst des Mannes aufzukommen, der sein Blut für den ausbeutenden Kapitalismus in den Schützengräben verspritzen mußte. Da war die wirtschaftstechnische Entwicklung, die die Verwendung ungelernter Frauen und Mädchen ermöglichte. Dazu kam noch die patriotische Lüge der Vaterlandsverteidigung. Das Heer der berufstätigen Frauen wuchs und wuchs. Während des Krieges wurden nicht nur neue Hunderttausende und Aberhunderttausende von Proletarierinnen in die moderne Industrie eingereiht. Im Handwerk, im Kleingewerbe und Kleinhandel ruhte die Last der Wirtschaft fast allein auf den Schultern der Frauen, und in der Landwirtschaft trugen die Kleinbäuerinnen mehr denn je die Bürden und Beschwerden des Betriebes. Die Töchter, die Frauen der Beamten, der Lehrer usw. wurden teils durch die Not, teils durch den bestechenden Glanz der chauvinistischen Losungen, durch die schmetternden Fanfaren der Durchhaltetrompeter bestimmt, auf den verschiedensten Berufsgebieten einzurücken in die Stellen, die die Hinauskommandierung der Männer auf den Kriegsschauplatz leer gelassen hatte. Die Wirtschaft nicht bloß, auch die Verwaltung im Reich, Staat und Gemeinde, sie wäre zusammengebrochen, wenn nicht die Frau überall als Berufstätige an die Stelle des Mannes getreten wäre.

Diese Tatsache in Verbindung mit der Abwesenheit der Männer draußen im Kriege hat in großen Bevölkerungsschichten die Psyche, hat die Einstellung der Frau zu Familie, Mann und Gesellschaft revolutioniert oder die alte Auffassung wenigstens bereits ins Wanken gebracht. (Sehr richtig!) Hunderttausende von Frauen, die früher ihr Sprüchlein plärrten, daß der Mann der Ernährer der Familie sei, und daß das Weib an den häuslichen Herd gehöre — sie haben durch die Erfahrung umgelernt. Es wurde ihnen klar, daß sie nicht bloß die Kosten ihrer eigenen Existenz durch ihre Berufsarbeit decken, sondern daß sie es waren, die die Kinder erhielten, ja noch zum Teil für den Mann draußen im Schützengraben sorgen mußten. (Sehr richtig!) Der Aberglaube der Frau, daß sie ein schwaches, ein unterbürtiges minderwertiges soziales Geschöpf sei, ist unter ihrer steigenden Betätigung während des Krieges zusammengebrochen. Die Frau ist dem Mann, ist der Familie gegenüber selbständiger, selbstbewußter selbstvertrauender, freier und fordernder geworden, als sie es vorher war. Wo dieser Wandel des Empfindens und Denkens noch nicht zum Durchbruch gekommen ist, sind doch die Bedingungen dafür da, ist er im Keime gegeben, und er wird sich immer stärker und allgemeiner durchsetzen.

Die Frau hat aber auch eine andere Einstellung zu der Gesellschaft gewonnen. Während des Krieges erfuhr sie, daß ihr Geschick und das der Ihren nicht bestimmt wird von den kleinen Ereignissen, den Tugenden und Lastern, Glücks- und Unglücksfällen der Familie. Der Anschauungsunterricht des Erlebens lehrte sie, daß das Los der Familie bestimmt wird von den großen gesellschaftlichen Gewalten außerhalb der vier Pfähle. Die Frau lernte diese gesellschaftlichen Gewalten kennen in Gestalt der unzureichenden Beihilfe, die sie für sich und ihre Kinder erhielt. Sie wurde auf sie hingewiesen durch alle Nachrichten, die vom Kriegsschauplatz kamen, die die Zeitungen über die Vorgänge in den Parlamenten brachten, durch das, was sie über die Ursachen, das Ziel des ungeheuerlichen Völkerschlachtens erfuhr.

Genossen und Genossinnen, wenn die Frau auf Grund ihres Erlebens weiter dachte, so erkannte sie meist, daß die wirkenden gesellschaftlichen Gewalten ihr feindliche Gewalten waren. Alles, was die Gesellschaft leistete zur Entlastung der Frau und Versorgung der Massen — in Volksspeiseanstalten, Bürgerküchen, Schulspeisungen, an Unterstützungen usw. — war durchaus unzulänglich und trug nur zu oft den Charakter widerwillig gewährten Almosens. Außerdem mußte die Proletarierin sich sagen, daß letzten Endes nicht im Interesse ihrer selbst und ihrer Kinder gehandelt wurde, denn sonst hätte diese Hilfe über den Krieg hinaus dauern müssen. Nein, daß alle Hilfe und Fürsorge darauf abzielte, die Frau willig und frei zu machen, den profithungrigen Kapitalisten als Maschinenfutter zu dienen und die Männer draußen zu halten als Kanonenfutter für die Zwecke des imperialistischen Raubkrieges.

Genossen und Genossinnen, die Elite der arbeitenden, berufstätigen Frauenwelt lernte so die gesellschaftlichen Gewalten als ihnen feindliche Gewalten erkennen. Wenn die Frau nachdachte, so wurde ihr klar, daß es das kapitalistische Profitinteresse war, daß es das kapitalistische Macht- und Ausbeutungsbegehren der Besitzenden im bürgerlichen Staat und über den einzelnen Staat hinaus, in der ganzen Welt war, das ihr Schicksal während des Krieges gestaltete und ihr und den Ihrigen eine Riesensumme von Not, Leid, schwersten Mühen und Placken auferlegte.

Die Zeit seither ist nicht dazu angetan gewesen, die Lehren des Krieges im Bewußtsein des denkenden Teiles der schaffenden Frauen zu verdunkeln. Umgekehrt, diese Lehren wurden klarer, eindringlicher. Allerdings! In der Stimmung der Schützenfestverbrüderung jener Revolution des 9. November 1918 mochte es manchen Frauen dünken, daß sie nun aufsteigen würden zur vollen sozialen und menschlichen Freiheit. Die Frauen erhielten ihre politische Gleichberechtigung als Lohn für alles, was sie während des Krieges geleistet, geduldet und geopfert hatten. Aber siehe da, der Rausch jener Festesstimmung verflog sehr bald in der rauhen Luft der Tatsachen. Die Frau des schaffenden Volkes erkannte, daß die politische Gleichberechtigung für sie und ihresgleichen durchaus nicht gleichbedeutend ist mit wirtschaftlicher, mit voller sozialer und menschlicher Freiheit. Die Frau darf wie der Mann wählen, die Frau darf als Gewählte mitreden und mitentscheiden. Aber mit alledem hat die proletarische Frau noch nicht die Macht, das soziale Leben, die sozialen Einichtungen so zu gestalten, wie es ihrem Wohle frommt. Die wirtschaftliche Macht ist in den Händen der Besitzenden, der ausbeutenden Klasse geblieben und damit auch die wirkliche politische und soziale Macht. Der werktätigen Frau wurde das

ins Bewußtsein gebracht durch die Maschinengewehre der Noskiden, es wurde ihr eingebläut durch den Betriebsräte- und Sozialisierungsschwindel. Hunger und Leichen kündeten ihr, daß die bürgerliche, die politische Demokratie ein schönes Gefäß sei — aber ohne Inhalt, solange der kapitalistischen Klasse noch die Macht verbleibt, auszubeuten und zu herrschen.

Angesichts dieser Sachlage steht uns unter den Frauenmassen ein Rekrutierungsfeld offen für zahlreiche frische Kampfestruppen, die wir zum Ansturm wider die Kapitalistenherrschaft führen müssen. Die Kommunistische Partei muß durch Wort und durch Tat die breitesten Frauenmassen für den revolutionären Kampf, für die Eroberung der politischen Macht in Bewegung setzen. Sie trägt diesem Zweck Rechnung in der Stunde, wo sie sich einen organisatorischen Apparat schmiedet. Unsere Organisation soll nicht nur die weiblichen Mitglieder innerhalb der Partei schulen und in ihr festhalten, sondern ebenso außerhalb ihrer die breitesten Frauenmassen mobilisieren und unter die moralische und politische Führerschaft der Kommunistischen Partei bringen, damit der Kapitalismus niedergerungen, der kapitalistische bürgerliche Staat überwunden werden kann.

Die Richtlinien, die Ihnen vorgelegt worden sind, gehen von der Auffassung aus, daß die Frauenbewegung innerhalb der Kommunistischen Partei nicht eine Bewegung für sich sein darf, wenn wir das hervorgehobene Ziel erreichen wollen. Sie ist nur der Ausdruck der gesamten planmäßigen Bestrebungen der Partei, die Frauenmassen des werktätigen Volkes zum Klassenbewußtsein zu erwecken, zum revolutionären Klassenkampf zu rufen, dessen nächstes Ziel ist: die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Sie ist nur der Ausdruck der gesamten planmäßigen Bestrebungen, die weiblichen Parteimitglieder für die Führung dieses Kampfes zu schulen und zu erziehen, sie als gleichwertig Leistende neben die Genossen zu stellen. Unsere Richtlinien zeigen nur ein bestimmtes großes, abgegrenztes Arbeitsgebiet der Partei, mit dem Hinweis auf die Mittel und Wege, die geeignet scheinen, dieses Arbeitsfeld mit dem höchsten Erfolge für den baldigen Sieg des Proletariats zu bestellen.

Wenn wir unser Ziel erreichen wollen, so müssen wir uns über verschiedenes klar sein. Zunächst über dieses. Die Entwicklung während des Krieges und in der Nachkriegszeit, der Beginn der Revolution und der fortschreitende Verfall der kapitalistischen Wirtschaft und Ordnung, all das hat sicherlich den Boden vorbereitet für das Ausstreuen der kommunistischen Saat unter den breitesten Frauenmassen. Damit aber der Boden freudig die Saat aufnimmt, damit die Saat kraftvoll in die Halme schießt, müssen wir mit der psychischen Eigenart der Frau rechnen, die zum Ausdruck kommt in einer gewissen politischen Rückständigkeit, Schwäche, Hilflosigkeit, Gleichgültigkeit. Diese Eigenart ist gewiß nur zum Teil naturgegeben, sie ist zum großen Teil geschichtlich geworden und kann sich ändern. Aber sie ist gegenwärtig eine gegebene Tatsache, ein konkreter Faktor, mit dem wir rechnen müssen. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die breitesten proletarischen Frauenmassen zunächst sowohl in ihrer Kritik des Kapitalismus wie in ihrem Wunsch und Willen des Kommunismus noch vorwiegend gefühlsmäßig und nicht verstandesmäßig eingestellt sind. Wir müssen auch damit rechnen, daß nach der psychischen Eigenart, wie der Stellung und Betätigung, dem Interessenkreis der Frau seither, diese dazu neigt, ihre Hingabe und Opferfreudigkeit, alle Tugenden, deren sie fähig ist, lediglich wirksam werden zu lassen für die kleine Zahl derjenigen, die ihr persönlich nahestehen, lieb und teuer sind. Den Blick geheftet auf ihr eigen Fleisch

und Blut, entschwindet ihr nur zu oft das Verständnis, die tiefe Empfindung für ihre Klasse.

Wir müssen all die politischen, sozialen Schwächen der Frau überwinden. Das geschieht, indem wir besondere Methoden der Agitation anwenden, indem wir besondere Einrichtungen und Organe schaffen, die der geistigen, sittlichen Einstellung der Frau entsprechend ihr den Kommunismus nahebringen, verständlich und teuer machen. Wohl gemerkt, nicht dadurch, daß wir den Charakter, die Ziele des Kommunismus abschwächen. Nie dürfen wir der Popularität unter den Frauen zuliebe den starken, unverfälschten, feurigen Wein des Kommunismus in eine süßliche Limonade verwandeln. Nein, im Gegenteil! Wir müssen die Frau daran gewöhnen, den Kommunismus zu begreifen als Messias, der da kommt mit Schwerterklang und nicht als Held eines lyrischen Gedichts. Aber die Art, wie wir der Frau die kommunistische Erkenntnis bringen, muß der weiblichen Eigenart Rechnung tragen.

Wir müssen noch ein anderes berücksichtigen. Daß große Frauenmassen noch heute in einem anderen Kreise schalten und walten als die Männer, und daß sie in der Folge eine Sonderstellung in der Gesellschaft einnehmen. Nach Millionen und Abermillionen zählen die Frauen des schaffenden Volkes, die einzeln, isoliert hinter den engen vier Pfählen wirken und nicht wie die Männer in Betrieben und Werkstätten zusammengeballt werden. Wir müssen daher jeder Frau — viel mehr als dem Manne — einzeln nachgehen, jede einzelne bei ihren Interessen, unter Berücksichtigung ihrer Eigenschaften erfassen. So können wir uns für die Arbeit unter den Frauen nicht mit den Agitationsmitteln begnügen, die im allgemeinen für die Aufklärung der Männer gebraucht werden. Wir müssen eine entsprechende Flugblatt- und Broschürenliteratur schaffen, die in jede Werkstätte, jeden Betrieb kommt und auch in jede Hütte, jedes Heim, in dem eine schaffende Frau sich müht und sorgt. Wir müssen als eines der wichtigsten Mittel unseres Wirkens unter den Frauen die Hausagitation anwenden, die es ermöglicht, von Frau zu Frau nicht nur mit dem Verstande, sondern auch mit dem Herzen zu sprechen.

Genossen und Genossinnen! Ich will nicht im Einzelnen auf all die Anregungen zum Wie unseres Wirkens unter den Frauen und für die Frauen eingehen. Verdichtet zu konkreten Vorschlägen liegen sie Ihnen vor. Doch muß ich das Eine hervorheben. Die Organe unserer Frauenbewegung müssen die nötige große Bewegungsfreiheit haben, um ihre Aufgabe sowohl unter den weiblichen Mitgliedern der Partei wie draußen unter den Frauenmassen zu erfüllen. Gleichzeitig aber müssen sie im engsten, im innigsten Zusammenhang, in der festesten Fühlung mit dem Parteiganzen, mit dem Leben und Weben der Partei stehen. Auch das ist Vorbedingung dafür, daß sie zunächst die weiblichen Mitglieder aus einem toten Ballast, aus uninteressierten, dumpfsinnigen Beitragszahlenden in tätige, zielklar mitarbeitende, mitkämpfende Kräfte verwandeln, darüber hinaus die breiteste Frauenmasse erfassen und aktiv machen. Die Frauen müssen mitraten, mittaten, mitarbeiten in allen Organisationen, in allen Organen des proletarischen Klassenkampfes. Aufgabe unserer Frauenbewegung ist es, die berufstätigen Frauen, die Hausfrauen zu Kommunistinnen zu machen in den Genossenschaften, in den Gewerkschaften, in den Betriebs- und Arbeiterräten, überall. Es gilt die Frauenmassen zu mobilisieren für die Kämpfe, die das Proletariat unter Führung der Kommunistischen Partei ausfechten wird überall: von der Betriebsversammlung,

von der Lohnbewegung einer einzelnen Gruppe an bis zu der Besetzung der Betriebe, bis zur Straßendemonstration, bis zum Aufstand, bis zur Revolution. Wo und wie immer das Proletariat gegen den Kapitalismus und seinen Staat kämpft, da müssen die Frauen mit in erster Reihe stehen, müssen zu den hingebungsvollsten Trägern des Kampfes gehören.

Wenn wir das erreichen wollen, so möchte ich Sie bitten, nicht dem verderblichen Beispiel der anderen sozialistischen Parteien zu folgen. Nicht aus jeder organisatorischen Mücke über die Stellung und das Recht der weiblichen Mitglieder Elefanten zu machen. Einen grundsätzlichen Elefanten, hinter dem, mag er noch so riesig sein und mit erhobenem Rüssel noch so laut von der Extrawurst trompeten, die den Frauen gebraten werden soll, letzten Endes gar nichts anderes steht als der ganz gewöhnliche kleine Spießbürger, der sich zwar mit Worten für die Gleichberechtigung der Frau begeistert, der aber von der Gleichberechtigung der Frau nichts wissen will, wenn sie in die Tat umgesetzt wird, und zumal dann nichts, wenn die eigene Frau damit anfängt. Nein, Genossen und Genossinnen, wir haben alle Fragen der organisatorischen Eingliederung der Genossinnen in der Kommunistischen Partei und ihrer Betätigung in dieser lediglich unter einem Gesichtswinkel zu betrachten. Ist die geforderte Bestimmung und Maßnahme praktisch zweckmäßig? Trägt sie dazu bei, unsere weiblichen Mitglieder zu zielklaren, willensstarken Streiterinnen zu erziehen, sie zu erfüllen mit dem großen schöpferischen Ideengehalt des Kommunismus, ihre Augen zu öffnen für den reinen Glanz des kommunistischen Ideals, in ihnen lebendig, wirksam werden zu lassen die große Wertsumme geistiger und sittlicher Kräfte, die in einer Frau schlummern und die unserem revolutionären Kampf dienstbar gemacht werden können? Und weiterhin: Ist die Maßnahme praktisch zweckmäßig, erfolgversprechend, um über den verhältnismäßig kleinen Kreis der Genossinnen hinaus für den Kommunismus und den revolutionären Kampf die Millionen und Millionen Frauen zu gewinnen, die heute die schmerzgepeinigsten Leidträger des ausbeutenden Kapitalismus und seines Gewaltstaates sind, und die deshalb zu den leidenschaftlichsten, opferbereitesten Kämpfern gegen den Kapitalismus und für den Kommunismus gehören müssen?

Genossen und Genossinnen! Wenn wir den organisatorischen Aufbau unserer Partei unter diesem Gesichtswinkel betrachten, so meine ich, daß Sie den vorliegenden Richtlinien ohne Vorbehalt zustimmen können. Das um so mehr, als diese in Uebereinstimmung stehen mit dem organisatorischen Aufbau der kommunistischen Frauenbewegung aller Länder. Sie entsprechen den Grundsätzen, die vom zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale zu Moskau für die Frauenbewegung aufgestellt worden sind.

Eine Frage drängt sich auf. Wo ist der archimedische Punkt, an dem die Kommunistische Partei unter den Frauenmassen ihren Hebel ansetzen soll, um mit der politischen und sozialen Gleichgültigkeit und Rückständigkeit dieser Massen eine feste Stützmauer des Kapitalismus aus den Angeln zu heben? Genossen und Genossinnen, mir scheint, die Frage beantwortet sich selbst. Betrachten Sie die Zustände, die der sich auflösende, die der vor der Grube stehende Kapitalismus gerade für die werktätigen Frauenmassen geschaffen hat — und Sie haben die Antwort auf diese Frage. Es gibt nicht einen Punkt, es gibt viele, geradezu unzählige Punkte, wo der Hebel anzusetzen ist. Im Vordergrund steht unstreitig auch für die Frauen, ja, gerade für die Frauen der wertätigen Massen das Problem der Arbeitslosigkeit. Es hat für sie ein besonderes Gesicht und eine be-

sondere Bedeutung. Ich sprach bereits davon, daß während des Krieges die Frau von allen Durchhaltetrompetern und allen kapitalistischen Profitpressern in die „Schützengräben“ der Wirtschaft, der freien Berufe und Verwaltung gerufen worden ist. Jetzt sehen wir eine auffällige Erscheinung. Nicht nur in der Wirtschaft, auch auf allen Gebieten der sogenannten Kulturarbeit, der freien Berufe und der Verwaltung sind die Frauen, die Mädchen die ersten Opfer der Arbeitslosigkeit. Das, Genossen und Genossinnen, steht im Widerspruch zu dem Vorgang, den wir bei gewöhnlichen Krisen des Kapitalismus beobachten können. Es ist bekannt, daß der Unternehmer während Krisen erst recht die Praxis übt, zunächst den teuer bezahlten Mann aus dem Betriebe zu werfen und die billigere und willigere Frau an seiner Stelle zu beschäftigen. Das krasse Beispiel davon wurde schon vor langem festgestellt von den englischen Fabrikinspektoren. Sie verzeichneten, daß die Frauen sich bei Ueberarbeit in der Fabrik zu Tode quälten, im buchstäblichen Sinne des Wortes, während der Mann daheim verdienstlos hockte, Kartoffeln schälte und die Kinder hütete. Das gleiche Bild hat sich nicht nur in England gezeigt, sondern überall dort, wo der Kapitalismus seinen Fuß ausbeutend auf den Nacken des Proletariats setzt. Jetzt sehen wir während der Krise die entgegengesetzte Erscheinung. Trotz der Billigkeit, der Fügsamkeit, trotz der verbilligenden, schmutzkonkurrierenden Wirkung der Frauenarbeit entläßt der Unternehmen — der Privatkapitalist, wie der Staat, die Gemeinden — zunächst die weiblichen Erwerbstätigen aus Lohn und Brot. Wie erklärt sich das? Früher, in der Zeit seiner Jugend- und seiner Mannesjahre, riß der Kapitalismus die Frau von Haus und Herd und peitschte sie bei Strafe des Hungers in den Betrieb, zur Berufsarbeit. Jetzt reißt er sie aus Wirtschaft und Verwaltung und verweist sie wieder auf das Heim, dessen Mauern er selbst zertrümmert, dessen Herd er verlöscht hat. Der Kapitalismus ist zur Greisenhaftigkeit gekommen, er verfällt. Das Hinausstoßen der Frauen aus der kapitalistischen Wirtschaft, aus der kapitalistischen Verwaltung ist ein hippokratischer Zug der heutigen Ordnung. Er kündet an, daß der Kapitalismus, dieser blut- und schmutztriefende Gesell, vor dem Ende seiner Tage steht. Der Kapitalismus vertreibt die Frau aus den Stätten ihrer gesellschaftlichen Tätigkeit, obgleich sie sich nachweislich dort bewährt hat und „billig“ ist. Dafür ist lediglich der folgende Grund maßgebend. Infolge ihrer politischen Rückständigkeit, ihres Mangels an Organisation, ihrer sozialen Schwäche fürchtet der Kapitalist die erwerbslose Frau weniger als den erwerbslosen Mann. Er verweist sie daher zurück in das Haus, weil er, wie in den Tagen blühender Profitpresserei und ungefährdeter Ausbeutungsmacht, damit rechnet, daß die Erwerbslose eine letzte Ware besitzt, die sie zu Markt tragen kann, wenn sie nicht mehr vom Verkauf ihrer Arbeitskraft zu leben vermag: ihr Weibtum. Er münzt es aus, daß die Frau sich verkaufen kann, sei es in eine Versorgungsehe mit oder ohne standesamtlichen und geistlichen Segen oder aber zur geschlechtlichen „Akkordarbeit“ in der Prostitution. Es ist bekannt, daß Zeiten der Teuerung, großer Notstände sich kennzeichnen durch ein gewaltiges Anschwellen des Dirnentums in den verschiedensten Formen. Hunger tut weh, auch die erwerbs- und brotlose Frau will leben.

So erklingt heute aufs neue stark die Philister-Losung: Zurück mit der Frau ins Heim! Und welch charakteristische Erscheinung! Die Losung wird nicht bekämpft, sondern mit den engsinnigsten Reaktionären im Bunde erhoben und verteidigt von den Gewerkschaftsbureaukraten und den

mit ihnen verschwisterten politischen Parteien. Auch sie vertreten die Auffassung, daß der Mann in erster Linie ein Anrecht auf Beschäftigung, Verdienst und Brot habe, daß bei mangelnder Arbeitsgelegenheit die Frau ihm den Platz räumen und ins Haus zurückkehren müsse. Auch sie vertreten die Auffassung, daß die arbeitslose Frau sich mit geringerer Erwerbslosenunterstützung zu begnügen habe, usw. Alle alten Eidschwüre auf die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts sind vergessen. Die erwerbslosen Männer und Frauen werden als Konkurrenten gegeneinander getrieben, statt zusammengefaßt zum Kampfe gegen den gemeinsamen Feind: den ausbeutenden, profitlüsternen Kapitalisten. Dieses schimpfliche Verhalten ist ein Beweis mehr, daß die opportunistisch gerichteten Gewerkschaftsbureaukraten mitsamt den ihnen wesensverwandten Politikern, auch, wenn sie sich sozialistisch schimpfen, den Boden der sozialistischen, der revolutionären Auffassung verlassen haben und nur noch auf ein Kompromisseln, Schachern und Handeln mit den Kapitalisten bedacht sind. Die kurz aufgezeigten Verhältnisse bieten einen praktischen Angriffspunkt für außerordentlich fruchtbare Arbeit unserer kommunistischen Fraktionen und Zellen in den Gewerkschaften und in den Betrieben. Wenn sie die berufstätigen Frauenmassen zum Kampf gegen die Macht des Kapitalismus in der Wirtschaft und im bürgerlichen Staat führen wollen, dann müssen sie treue, kluge Sachwalter der Frauen für ihr Recht auf Arbeit in der Gesellschaft sein. Die Schmutzkonkurrenz unaufgeklärter und unorganisierter Frauen gegen den Mann ist nicht dadurch zu beseitigen, daß man den wirtschaftlichen Gegensatz zwischen den beiden Geschlechtern verschärft zu einem erbitterten Kampf um Lohn und Brot, sondern nur dadurch, daß man Männer und Frauen zusammenschließt zum gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung. Zunächst für die Forderung gleicher Entlohnung bei gleicher Leistung für beide Geschlechter, aber auch weit über diese Forderung hinaus zum Kampf, der die wirtschaftliche Macht des Kapitalisten im Betriebe, in der Wirtschaft niederzwingt, und zum großen Kampfe außerhalb der Werkstätten, der die Macht des kapitalistischen Klassenstaates durch die Aufrichtung der proletarischen Diktatur zerschmettert.

Genossen und Genossinnen, die kurz geschilderte Erscheinung offenbart sinnenfällig den Zerfall, die Hilflosigkeit des Kapitalismus und seiner Gesellschaftsordnung. Halten Sie sich die folgenden Gegensätze vor Augen: Schon vor dem Kriege gab es in Deutschland einen erheblichen Ueberschuß von Frauen, die nicht darauf hoffen konnten, in der Ehe, in der Familie eine Versorgung zu finden. Die Volkszählung vom 1. November 1910 ergab ein Mehr der weiblichen Bevölkerung von 845 661. Nach späteren Erhebungen war diese Zahl vor Kriegsausbruch auf über eine Million gestiegen. Der Krieg hat die Zahl der Frauen, die unverheiratet bleiben, um viele Hunderttausende, um Millionen vermehrt. Heere junger, kräftiger Männer modern auf den Schlachtfeldern; Hunderttausende und Aberhunderttausende sind als Krüppel zurückgekehrt. Die gesunden, normalen Arbeiter und Angestellten verdienen heute kaum noch so viel, daß ihr Einkommen für den Unterhalt einer Familie ausreicht. Trotz der so viel berufenen nominell hohen Löhne und Gehälter, denn gemessen an ihrer Kaufkraft, an den Preisen des Lebensbedarfs, sind sie durchaus unzulänglich, bedeuten sie Sorgen und Hunger. Dazu die stark hervortretende Tendenz zum „Lohnabbau“.

Also erheblich herabgemeinderte Möglichkeit für die Frau, ihren Lebensunterhalt und ihren Lebensinhalt in der Familie zu finden. Und



in dieser Situation das Zurückverweisen auf das Heim! Der vorliegende Gegensatz könnte nur gelöst werden, wenn die Kapitalisten öffentlich tun würden, was sie heimlich in so reichem Maße tun. Nämlich, wenn die Herren die Vielweiberei einführten und für den Unterhalt ihrer zahlreichen Familien „standesgemäß" sorgten, statt, wie heute, rechts und links uneheliche Kinder ohne Brot und Bildung zu lassen. Und diese Neuerung würde nicht einmal ausreichen.

Genossen und Genossinnen! Aber noch eine andere Frage von weittragender Bedeutung tritt uns im Hinblick auf die Tendenz entgegen, die Frau aus der gesellschaftlichen Tätigkeit zu verdrängen. Der Krieg hat uns die riesigste, eine nie dagewesene Vernichtung materieller und kultureller Güter gebracht. Soll der Ausfall wettgemacht, soll eine Ordnung aufgebaut werden von größerem materiellen Reichtum, von einer größeren Fülle des kulturellen Lebens, dann bedarf die Gesellschaft auch der Frauenkräfte, dann kann sie ihrer nicht entbehren. Das jedoch nicht nur der Quantität nach, obgleich sie allein schon schwer in die Wagschale fällt; Betätigung der Frauen in der Gesellschaft und für die Gesellschaft besagt Verdoppelung der Kräfte, die am Aufbau wirken. Nein, noch mehr. Freieste Mitarbeit der Frau auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens bedeutet eine reichere, vielseitigere Qualität der Leistungen. Gerade weil wir Frauen unsere geistige, unsere sittliche Eigenart haben, nicht mißratene Kopien der sogenannten „Herren der Schöpfung" sind, sondern weibliche Menschen, gerade deshalb vermögen wir eigene, neue, andere Werte in das Gesellschaftsleben aller Gebiete einzusetzen. Das gesellschaftliche Leben würde nicht an Fülle, sondern auch an Mannigfaltigkeit, an Vertiefung und Verfeinerung gewinnen, wenn die Frau als ein freientwickelter Vollmensch auf allen Gebieten mitwirken könnte. Und der Kapitalismus offenbart seine ganze Unfähigkeit, die unsagbaren Greuel und Verbrechen des Weltkrieges gutzumachen, er beweist, daß er reif ist, geschichtlich verurteilt, gestürzt und beseitigt zu werden als das größte Hindernis für das Emporblühen materiellen Wohlstandes und einer höheren, glanzvollen Kultur — wenn er unter den gegebenen Verhältnissen die Frau in das Heim zurück verbannt.

Genossen und Genossinnen, aber von diesem allen abgesehen, trifft die Arbeitslosigkeit des Mannes mit all ihren furchtbaren Folgen nicht auch die Frau? Schauen Sie in den Familien der Erwerbslosen nach, und Sie werden erfahren, was Frauenqual ist! Und da könnte man kleingläubig fragen, ob unter den Frauenmassen der Boden für unser Wirken, für die Revolutionierung der Geister gegeben ist? Zu der Arbeitslosigkeit die vielen anderen sozialen Uebel und Leiden, von denen die werktätigen Frauen gepeinigt werden. Teuerung nicht nur der gesamten Lebensmittel, sondern des gesamten Lebensbedarfs, und trotz der Wucherpreise der Mangel an Lebensbedarf jeder Art, der Mangel an Heizung, an Licht, Kleidung usw. Eine Hölle von Leiden, Entbehrungen, Sorgen für die Frau, denn sie wird nicht allein von den Geißelhieben der Not getroffen, mit vernichtender Wucht sausen diese auf die zarten Leiber, die jungen Seelen der Kinder nieder. Für die proletarische Frau, die proletarische Mutter ist heute überall Golgatha. Und während ihr mehr als ein Schwert durch die Seele dringt, spreizt sich dreist neben ihrem Elend, ihren Plagen der tollste Luxus, die verrückteste Verschwendung der Schieber und Wucherer, der ausbeutenden kapitalistischen Millionäre und Milliardäre. Es ist eins der erschütterndsten Bilder für jene, die zu fühlen vermögen, wenn sie in den Großstädten vor

dem Glanz der Läden, die die Berge nützlicher und schöner Gegenstände kaum zu bergen vermögen, die abgezehrten, vergrämten Frauen beobachten, durch deren dürftige Kleider der Wind pfeift, und die verlangend durch die Scheiben starren, um sich scheu beiseite zu schleichen, weil sie nicht eintreten, nicht kaufen und nicht zahlen können, wessen sie bedürfen, und was ihre Kinder haben sollten.

Die Not in Verbindung mit erdrückender Arbeits- und Pflichtbürde tritt in die Erscheinung in erhöhter Kränklichkeit und Sterblichkeit der Frauen, in ihrer abnehmenden Fähigkeit, gesunden, kräftigen Kindern das Leben zu schenken, normal zu gebären, in der steigenden Zahl von Opfern, die dem Kindbettfieber fallen. Sie tritt in die Erscheinung in der steigenden Säuglingssterblichkeit und Kindersterblichkeit überhaupt, in dem Verelenden, dem körperlichen Verkommen Tausender, Millionen von Arbeiterkindern, die mit dem Keim der Rachitis, der Tuberkulose geboren werden oder diesen tückischen Leiden bald verfallen. Warum? Lediglich, weil sie die Kinder armer Teufel sind, weil sie weder die Nahrung, noch den Wohnraum, noch aber die Pflege haben, deren sie bedürfen, um zu gesunden, schönen, stolzen Menschen emporzuwachsen.

Genossen und Genossinnen, greifen wir frisch, klaräugig ins „volle Menschenleben", ins Leben der schaffenden Frau. Wo wir's auch packen, da ist es bürden- und notreich, weil es durch die kapitalistische Ausbeutung bestimmt wird, ihren geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen untertan ist. So ist eine schier unerschöpfliche Menge von Stützpunkten gegeben, bei denen unsere Agitation, unsere Aufklärung und unsere Aktion unter den Frauen einsetzen kann. Die Frauenbewegung der kommunistischen Partei muß an die hundertfältigen blutigen Lebensnöte der Proletarierin, der Kleinbäuerin, der weiblichen Angestellten, der Beamtin anknüpfen, um den Frauenmassen Erkenntnis zu bringen und sie zum Kampfe zu rufen. Sie hat diesen Nöten entgegenzustellen, was sofort geschehen müßte und was geschehen könnte, um ihnen zu steuern. Sie hat dabei den Frauen ins Bewußtsein zu hämmern, daß in der heutigen Gesellschaft dieses Notwendige und Mögliche nun und nimmer erfolgen wird dank der Einsicht und dem guten Herzen der Besitzenden, auch nicht dank der bürgerlichen Demokratie, die der Proletarierin entgegentritt als die gewaltigste bürgerliche Klassendiktatur, verkörpert ins Noskes Arbeitermassenmorden, der Reichswehr, der Orgesch, kurz der bewaffneten Gegenrevolution. Unser Wirken muß den Frauen zeigen, daß nur der revolutionäre Klassenkampf der werktätigen, ausgebeuteten Massen die Uebel zu mildern und schließlich zu bannen vermag. Die weiblichen Opfer des Kapitalismus müssen verstehen lernen, daß es kein soziales Uebel gibt, unter dem sie leiden, keine Bürde, die sie drückt und keine Wunde, aus der sie bluten, die nicht auch eine Erscheinung der Friedenszeit unter kapitalistischer Herrschaft ist. Alle Plagen, die heute das Proletariat quälen, sind nicht besondere Ausflüsse des Krieges und damit „vorübergehende Erscheinungen". Sie sind die natürlichen, unvermeidlichen Folgen von Wesenseigenschaften des Kapitalismus selbst. Der Krieg hat in der Beziehung nichts Neues geschaffen. Er hat nur Wesens- und Waltensäußerungen des Kapitalismus im Frieden außerordentlich verallgemeinert, hat ihnen eine riesige Ausdehnung gegeben und sie auf die Spitze getrieben. Wir müssen den Frauen der werktätigen Massen klar machen, daß der Kapitalismus der Männer und Weiber, Greise und Kinder schlachtende und verzehrende Massenmörder nicht bloß im Kriege ist, sondern auch in den Zeiten des Friedens. (Sehr richtig!) Ich brauche das Ihnen hier nicht erst

zu begründen. Denken Sie an die Toten und Verwundeten jahraus, jahrein auf dem „Schlachtfeld der Arbeit“, an die Opfer der Berufskrankheiten, der Tuberkulose, des Alkoholismus, an die Unglückseligen in den Strafanstalten und Zuchthäusern!

Wir haben die Frauenmassen noch über einen anderen wesentlichen Punkt aufzuklären. Daß alle Leiden, unter denen sie seufzen, alle Bürden, unter denen sie zusammenbrechen, zwar von den Frauen und Kindern am schmerzhaftesten empfunden werden, daß sie aber kein besonderes Los der Frauen allein sind. Nein, sie sind nur ein Teil vom Schicksal des gesamten Proletariats und der durch den Krieg in das Proletariat herabgeschleuderten Schichten der Kleingewerbetreibenden, Beamten, Lehrer, Träger freier Berufe usw. Dieses Klassenschicksal und Massenschicksal wird dauern, solange der Kapitalismus seine fluchwürdige Herrschaft aufrecht hält.

Wie die Dinge liegen, Genossen und Genossinnen, dürfen wir den Kampf unserer kommunistischen Fauenbewegung um die Seele der Frauen außerhalb unserer Reihen nicht einstellen auf ein Reformprogramm, das hübsch sauber gegliedert in Punkt 1, 2, 3, 4 und so fort schematisch in Angriff genommen und abgeklappert wird. Nein, wir müssen aller Nöte und Leiden eingedenk sein, müssen sie alle als Ausgangspunkte unserer Propaganda und unserer Aktionen nehmen. Wo immer werktätige Frauen sich mühen und leiden, da müssen wir Kommunistinnen unter ihnen sein mit dem aufklärenden Wort, das die Ursachen des Mühens und Leidens zeigt und den einzigen Weg, der aus dem dunklen Gegenwartselend in die lichte Zukunft führt: der revolutionäre Klassenkampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen den Kapitalismus und für den Kommunismus. Den Frauen der breitesten Volksmassen muß klar zum Bewußtsein gebracht werden, daß alle sozialen Nöte, die jetzt auf ihr Weibtum, ihr Menschentum drücken und es in entwürdigenden Ketten halten, schönste Gaben, heißes Wollen verkümmern machen, daß alle diese Nöte eng, unlösbar zusammenhängen mit der noch bestehenden Macht des Kapitalismus in der Wirtschaft, im Staat, in der Gesellschaft, einer knechtenden, vernichtenden Macht, die durch die angesungene Demokratie nicht beseitigt, ja nicht einmal ernstlich geschwächt worden ist. Die Frauen müssen ins Reine darüber kommen, daß alle Forderungen, die wir erheben, ihr Weh zu lindern, ihr Wohl zu fördern, fest zusammenhängen mit dem Kampf des Proletariats gegen diese Macht, unter Führung der Kommunistischen Partei. Kurz, wir Kommunistinnen müssen mit der Fackel der Erkenntnis und dem Schwert des Willens, der Tat überall dort stehen, wo Frauen leiden, wo Frauen für ihr Recht und ihre Freiheit kämpfen müssen. Deshalb auf zu Arbeit und Kampf in all den Organisationen und Organen, durch die das Proletariat gegen die kapitalistische Macht kämpfen kann: in den Gewerkschaften, Genossenichaften, Betriebs- und Arbeiterräten. Ueberall hier muß der Odem, der Wille, die Tat der Kommunistischen Frauenbewegung zu spüren sein in der wachsenden Kraft des revolutionären Denkens und Handelns der weiblichen Mitglieder. Wenn die Männer kleinmütig zaudern, mögen die Frauen sie beschämen. Deshalb auf auch zu Arbeit und Kampf in allen Einrichtungen, in denen die kapitalistische Ausbeutungsmacht verschanzt und verbarrikadiert liegt: in dem Reichstag, in den Landesparlamenten, in den Gemeinderäten, in allen öffentlichen und sozialen Körperschaften, die der bürgerlichen Ordnung, dem Kapitalistenstaat dienen sollen. Wir packen und werfen den verhaßten Feind, wo wir ihn finden. Welches gleißnerische Mäntelchen oder welch furchtbare



Rüstung auch der Kapitalismus trägt, und wo immer er versteckt ist, wir fragen mit dem alten „Marschall Vorwärts" des Gedichts:

„Wo steht der Feind? Der Feind steht hier.
Den Finger drauf, den schlagen wir!"

Genossen und Genossinnen, unsere Frauenbewegung hat zu sein nichts als ein Teil, als ein sehr wesentlicher Teil der gesteigerten Aktivität der Kommunistischen Partei in dem Kampf für die Eroberung der Macht. Zum Wort muß sich deshalb die Tat gesellen als ein unersetzlicher Anschauungsunterricht für Erkennen und Handeln. Es ist hier so viel zur Tat aufgefordert worden. Wir wissen zu welcher Tat. Die Macht zu erobern, die Diktatur des Proletariats, den Arbeiterstaat aufzurichten. Die Vorbedingungen dieser großen weltgeschichtlichen Tat sind die Taten — Taten der stillen Arbeit und der gefahrreichen Kämpfe, die wir bereit sein müssen zu leisten an jeder Stelle, an jedem Tag, in jeder Stunde mit der gleichen Zielklarheit und Wegsicherheit, mit der gleichen Begeisterung. Opferfreudigkeit und Willenskraft. Gewiß ist es eine Binsenwahrheit, daß auch die aufs höchste gesteigerte Aktivität der Kommunistischen Partei die Aktivität und Aktion der proletarischen, der werktätigen Massen nicht zu ersetzen vermag. Aber ebenso selbstverständlich ist das andere: die Kommunistische Partei kann und muß die Aktivität der Massen wecken, muß die Aktion der Massen vorbereiten, ihr Losung und Führung geben, muß ihr den unbeugsamen, opferstarken, kühnen Willen zum Siege einhauchen.

Genossen und Genossinnen, in diesem Sinne hat unsere kommunistische Frauenbewegung mitzuarbeiten und mitzukämpfen — mitzukämpfen auf allen Gebieten. Sie muß die Massen der mit Hand und Hirn schaffenden Frauen überzeugen, — nicht durch Resolutionen auf dem langmütigen Papier sondern durch unsere Arbeit unseren Kampf, die den Massen beweisen, daß die Kommunistische Partei mit ihnen ist, voller Verständnis und Mitgefühl für ihre Lage, voll ernsten Willens, sie ihrer Befreiung von der versklavenden Gewalt des Kapitalismus entgegen zu führen. So soll unsere Frauenbewegung das ihrige dazu tun, daß die Kommunistische Partei in den heraufziehenden großen Kämpfen um die politische Macht die führende Partei des Proletariats wird, weil sie der zielklarste, wegkundigste, energischste, willenstärkste und auch der kampf- und opferbereiteste Teil des Proletariats selbst ist. Sie stürmt führend den Massen ohne Unterschied des Geschlechts voran, aber ohne sich von ihnen zu trennen, ohne je die Fühlung mit ihnen zu verlieren. Denn nicht die revolutionäre Vorhut ist imstande, in „glänzender Vereinsamung" von den Massen das geschichtliche Todesurteil am Kapitalismus zu vollstrecken. Nur breiteste Massen können die entscheidende Schlacht gegen den Kapitalismus und für den Kommunismus schlagen.

Die Stunde schlägt für die Expropriation der Expropriateure. Auch in Deutschland ist die Zeit nahe herbeigekommen, wo der zerschmetterte Kapitalismus dem proletarischen Klassenstaat Platz machen muß. Ich will zur Begründung dieser Auffassung nicht wiederholen, was Genosse Levi in vorzüglicher Weise dargelegt hat, und was in Verfolgung dieser Auffassung über die nötige Aktivität der Partei, über die Notwendigkeit und Bedeutung von Massenaktionen sich durch all unsere Verhandlungsgegenstände wie ein roter Faden gezogen hat. Es gibt nur eine große politische, revolutionäre Schlußfolgerung für uns. Nicht bloß zu reden, sondern auch zu handeln, die Massen aktiv zu machen damit sie ihr eigenes Werk zu tun vermögen.



Wir Kommunisten wollen an dieser Entwicklung der Dinge unseren Anteil nehmen. Wir wollen unsere ganze Kraft daran setzen die Kommunistische Partei zu einer Partei der Tat zu machen die die Revolution vorwärts treibt. Das ist die heilige Verpflichtung, die uns von der Zugehörigkeit zur 3. Internationale auferlegt wird. Die Weltrevolution heischt den entschiedenen Vormarsch des deutschen Proletariats. Auch die werktätigen Frauenmassen Deutschlands müssen bei diesem Vormarsch dabei sein. Wir müssen sie in den Dienst der Weltrevolution rufen, wie ihn uns das glorreiche Beispiel des kühnen russischen Proletariats zeigt. Wir dürfen die Frauenmassen nicht lehren, auf die Weltrevolution zu hoffen und zu harren als auf ein geschichtliches Wunder, auf eine Weltrevolution, die sich automatisch von selbst entwickelt, und die dann das deutsche Proletariat „mitmacht", wenn erst „die Verhältnisse auch in Frankreich, Italien, England reif dafür sind", wenn auch dort die schaffenden Massen sich revolutionär erheben, um zum letzten Schlag gegen den Kapitalismus auszuholen. Nein, wir müssen arbeiten und kämpfen in der Erkenntnis, daß wir, Männer und Frauen, auf unserem eigenen nationalen Boden der Weltrevolution zu dienen haben, indem wir die Ebert-Republik und mit ihr die Diktatur der besitzenden Klassen niederringen und die Herrschaft des Proletariats aufrichten.

Es wurde bei unseren Verhandlungen angeführt, daß der Gewerkschaftsführer Dißmann erklärt hat, die objektiven Vorbedingungen für die Herrschaft des Proletariats seien zwar gegeben, aber noch nicht die subjektiven Vorbedingungen. Dem Proletariat mangele es noch an der nötigen Reife dafür. Ach, Genossen und Genossinnen, die Reife ist da, wenn das Proletariat will. Der Beweis der Reife des Proletariats für seine erhabene geschichtliche Aufgabe, den Kapitalismus zu beseitigen und den Kommunismus aufzubauen, der wird nicht erbracht durch ein wohlbestandenes Gouvernantenexamen über ein bestimmtes Maß bürgerlicher Bildung. Nein, es gibt nur einen Beweis für die Reife des Proletariats. Das ist der betätigte Wille zur Macht. Zurzeit ist das russische Proletariat unstreitig das politisch reifste Proletariat, ungeachtet seiner vielen Analphabeten und seiner „niedrigen Kultur", über die der gute deutsche sozialdemokratische und unabhängige Bildungsphilister hochmütig die Nase rümpft. Das russische Proletariat hatte den Willen zur Macht, es eroberte die Macht und behauptete sie um den Preis unsäglicher Opfer. Von dem Augenblick an, wo die breiten Massen des Proletariats von diesem Willen zur Macht erfüllt sind, ist auch ihre Reife da und die Kraft zu siegen. Denn, Genossen und Genossinnen, meiner Ueberzeugung nach herrscht das Kapital, besteht sein Staat nicht mehr dank der Kraft der bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung selbst. Nein, in dieser geschichtlichen Stunde herrscht der Kapitalismus nur dank der Schwäche des Willens, dank dem Mangel an Selbstvertrauen der proletarischen Massen. Sagen wir diesen Massen: Ihr vergeßt über der Hamlet-Frage, ob Ihr auch reif seid für die Eroberung und den Gebrauch der politischen Macht, nicht bloß Eure ausschlaggebende Rolle in der Produktion, in der Gesellschaft. Ihr vergeßt das Gewicht Eurer Zahl. Alle List, Tücke und Gewalt, alle Machtmittel des bürgerlich-kapitalistischen Staats, alle Waffen der Orgesch und anderer Organisationen, — mögen sie sich schmücken mit dem Mantel der Gesetzlichkeit dieses Staats oder offen die Gegenrevolution zeigen — das ganze reaktionäre Aufgebot wird zerschellen wie Glas am Granit, von dem Augenblick an, wo die breitesten proletarischen Massen

wollen, und wo sie handeln, auch wenn sie wissen, daß sie ihr Leben dabei aufs Spiel setzen. Nur wenn sie ihr Leben einsetzen, wird ihnen das neue, höhere soziale Leben gewonnen sein.

Genossen und Genossinnen, das Proletariat muß endlich einmal aufhören sich durch jene erbärmliche kleine Rechenexempel bestimmen zu lassen von der Kostbarkeit des Arbeiterbluts, das nicht im revolutionären Kampf verspritzt werden darf. Wo ist denn die hohe Wertung des Arbeiterblutes, wenn man den Proletariern zumutet, für den Hungerlohn, der sie und die ihrigen nicht satt und froh macht, tagaus tagein Gesundheit und vielleicht das Leben selbst im Dienst der kapitalistischen Ausbeutung aufs Spiel zu setzen? Denken wir an die Toten und Verwundeten auf dem Schlachtfeld der Arbeit. Arbeiterblut wird in den Augen der Besitzenden erst dann kostbar, wenn sie vor ihren Lohnsklaven zittern, wenn sie fürchten, daß diese freiwillig dem Tod entgegengehen, nicht um einen Goldstrom in die diebes- und feuersicheren Schränke der Herren Kapitalisten zu leiten, nein, um die Quelle zu verstopfen um ihre Herrschaft aufzurichten, ihre Freiheit zu gewinnen!

Genossen und Genossinnen, lernen wir von der russischen Revolution! Die russische Revolution hat uns gezeigt, was ein Proletariat vermag, wenn es den Geist, wenn es den Willen über die Trägheit der Materie über die graue Alltäglichkeit setzt. Der Sieg ist mit einem Proletariat, das weiß, will und handelt. Wir Frauen müssen besonders von unseren russischen Schwestern lernen. Die Sowjetrepublik wäre nicht imstande gewesen, sich an den Fronten und im Lande wider die Gegenrevolution siegreich zu behaupten, wenn nicht die Frauen opferfreudig alle Leiden, Mühen und Kämpfe geteilt hätten. Der Anfang des Aufbaus der kommunistischen Ordnung würde in Rußland ein Ding der Unmöglichkeit sein, wenn nicht die Frauen einsichtsvoll und mit leidenschaftlicher Glut ihre Kraft bis zum letzten daran gäben, eine neue, höhere gesellschaftliche Welt zu schaffen. Der Kapitalismus hat die Familie atomisiert, um alle ihre Glieder, womöglich bis zum jüngsten Kinde, sich tributpflichtig zu machen. Wir kennen die dialektische Wirkung dieses geschichtlichen Prozesses. Er führt dazu, alle Glieder der Familie in gleichberechtigte und gleichverpflichtete Glieder der Gesellschaft zu verwandeln, eine Gesellschaft freier Arbeitender entstehen zu lassen, von denen keiner einem andern untertan ist, die alle aufrecht stehen, ihr Antlitz der Sonne zugewandt, sich zur Vollmenschlichkeit entwickelnd und in Vollmenschlichkeit wirkend.

Ziehen wir die nächsten, praktischen, politischen Konsequenzen aus diesem Stand der Dinge. Gliedern wir die Frau als gleichberechtigte, gleichverpflichtete und gleichgewertete Mitkämpferin in unsere Reihen ein. Schweißen wir alle Frauenkräfte in den Gewerkschaften, Genossenschaften, in den Räten, in allen Organen des kämpfenden Proletariats in kommunistischer Erkenntnis und kommunistischem Willen zusammen. Dann schließt sich der Ring des kämpfenden Proletariats, und dieser Ring wird ehern, wird unzerbrechlich sein. Es ist der erlösende Zauberring des proletarischen Willens zur Tat.

Wirken wir alle, Genossen und Genossinnen, für dieses Ziel, nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten. Dann wird der sich auflösende Kapitalismus den Totengräber vor der Tür finden. Dann wird für die letzte große Schlacht am Birkenbaum wider den sich an die Macht klammernden Todfeind des Proletariats das kluge und starke Wort des großen Briten aus einer literarischen Reminiszenz zu Fleisch und Blut ver-

körpert in dem Willen von Millionen revolutionärer Kämpfer und Kämpferinnen: bereit sein ist alles!

Diskussion.

Vorsitzender Pieck: Wir kommen nunmehr zur Diskussion. Es liegen die Richtlinien für die Frauenagitation vor, die bei der Diskussion zu berücksichtigen sind. (Siehe Seite 261.)

Bertha Braunthal-Berlin: Die bürgerliche, die kapitalistische Gesellschaft hat das Recht der Frau, das Recht der Frau auf Mutterschaft, mit Füßen getreten. In der heutigen Gesellschaft, wo die Elendstendenzen immer mehr zunehmen, wo Arbeitslosigkeit, Teuerung und Wucher das Proletariat bedrücken — in dieser Zeit ist das Recht auf Mutterschaft für die Frau vollständig illusorisch und mit Füßen getreten. Unter den heutigen Verhältnissen ist es nur ein Luxus für die Reichen, Kinder zu bekommen. Unter den heutigen Verhältnissen müssen die proletarischen Frauen die größten Opfer bringen, wenn sie ihre Persönlichkeit zur Mutterschaft steigern wollen. Und was sich in dieser Beziehung unter den heutigen Zuständen abspielt, davon gibt keine Statistik, davon geben keine Zahlen irgendein Bild. Fragen Sie nur in den Sanatorien und Krankenhäusern die Schwestern und Aerzte, wieviel hunderte und tausende Frauen täglich zu ihnen kommen, die sich die Frucht ihres Leibes haben abtreiben lassen, wie die Frauen entsetzlich leiden und an ihrer Gesundheit für ihr ganzes Leben Schaden nehmen, weil sie nicht Kinder bekommen wollen, Kinder bekommen können unter den heutigen Umständen, die sie nicht erziehen und nicht ernähren können.

Dazu sind noch immer in dem Bürgerlichen Strafgesetzbuch die Paragraphen 218, 219 und 220, die die Abtreibung der Frucht unter Strafe stellen, und besonders die arme Frau, die sich keine teuren Aerzte leisten kann, der Strafe zuführen. Es liegt in der Nationalversammlung ein Antrag vor, diese Paragraphen des Strafgesetzbuches abzuschaffen und zu beseitigen. Aber schon laufen die bürgerlichen Parteien, die christlichen und die evangelischen Frauenvereine Sturm gegen diesen Antrag. Sie wollen, daß diese Paragraphen aufrechterhalten bleiben, weil sie eine Gefahr für die bürgerliche Moral, für den Staat darin sehen. Bei der Aufrechterhaltung dieser Paragraphen würde die Frau nur weiter den Kurpfuschern in die Hände fallen und nur weiter infolge des Elends und unter den schlechten Verhältnissen ihre Frucht abtreiben.

Auf diese Weise wollen die bürgerlichen Klassen, die christlichen und die evangelischen Frauenvereine die Frau des Proletariats nur noch mehr ins Elend hineinstoßen. Die Heiligkeit der Mutterschaft ist in der heutigen Gesellschaft eine Verhöhnung für die Frauen des Proletariats, die unter diesen Verhältnissen nicht in der Lage sind, wirklich Kinder zu bekommen und sich ihrer Kinder zu freuen. Wir sind uns klar darüber, daß, wenn auch die Paragraphen 218, 219 und 220 vom Strafgesetzbuch gestrichen werden, auch dann das Elend der Frau und die Mutterschaft nicht besser bewertet wird. In der kapitalistischen Gesellschaft ist es nicht möglich, daß alle Frauen Mütter werden, daß die Mutterschaft keine soziale Leistung darstellt und nicht vom Staat geschützt wird.

Wir sehen dagegen, daß in Rußland die Mutterschaft wirklich geschützt wird, daß ein eigenes Mutterschaftskommissariat bei der Regierung besteht, das die Frauen in Mütterheimen und Schwangerenheimen unterbringt, und daß der Staat in Rußland die Sorge für die Aufzucht und die Pflege

für die proletarischen Frauen als Mütter in jeder Weise auf sich genommen hat.

Die Kommunistische Partei muß aber auch in ihrer Agitation unter den Frauen der Umwandlung und der Vergesellschaftung des Haushalts ein großes Augenmerk widmen. Lenin, unser großer Führer in Rußland, hat diese Verhältnisse unter den Frauen klar erkannt. Er hat den rückständigen, veralteten Haushalt als das gekennzeichnet, was er ist, als ein Hemmnis des Aufstiegs der Frauenbewegung und als ein Hemmnis für die Entwicklung jeder Persönlichkeit. In der „Großen Initiative" schreibt er in dieser Beziehung folgendes:

„Die Frau ist trotz der befreienden Gesetze nach wie vor eine Haussklavin gebliebenn, denn sie wird von der Kleinarbeit der Hauswirtschaft erdrückt, erdrosselt, abgestumpft, von der Hausarbeit, die sie an die Küche und an das Kinderzimmer kettet und ihre Kraft durch grotesk unproduktive, kleinliche, nervös machende, verdummende und bedrückende Arbeit ausbeutet. Die wirkliche Emanzipation der Frau, der wirkliche Kommunismus beginnt erst dort, wo der vom Proletariat am Staatsruder geleitete Kampf der Massen gegen diesen Haushalt im kleinen einsetzt oder richtiger, wo dessen Massenumwandlung in die sozialistische Großwirtschaft beginnt."

Der veraltete Haushalt hemmt die Frau, er beschränkt ihren Blick auf die vier Wände ihres Haushalts, und er läßt sie dadurch nicht in Berührung kommen mit den großen sozialen und wirtschaftlichen Fragen und Aufgaben, die unsere Zeit stellt. Es ist unbedingt notwendig, daß unsere Frauenagitation auf diesem Gebiete einsetzt, um die Frauen und Männer des Proletariats geistig auch auf die Umwandlung des Haushalts vorzubereiten, ihnen zu zeigen, daß es kein Ideal ist, wie der Haushalt in der heutigen Form besteht, sondern daß viele Funktionen dieses Haushalts durch die Gesellschaft übernommen werden sollen und können in Form von Volksrestaurants, in Form von kommunalen Waschküchen, in Form von Krippen, Kindergärten und in Form einer Verbesserung der bisherigen Wohnhäuser, die Warmwasser- und Zentralheizung einführen, um die Frauenkraft im Hause freizumachen und sie für die nutzbringende gesellschaftliche Arbeit zu verwenden.

Diese Aufgabe hat die kommunistische Frauenagitation, und erst dann, wenn die Frau wirklich vom Hause frei, wenn die Gesellschaft sie vollständig vom Manne unabhängig macht und ihr die Möglichkeit bietet, Mutter zu werden und in Sorglosigkeit ihre Kinder zu gebären — erst dann wird die Frau sich zu einer vollwertigen Persönlichkeit entwickeln können, die ihrerseits, wie die Genossin Zetkin ganz richtig gesagt hat, der neuen kommunistiischen Gesellschaft die wertvollsten Anregungen und die wertvollsten Kräfte geben wird. Die Frauenagitation in diesem Sinne ist keine Frauensache, sondern eine Sache der Kommunistischen Partei und der kommunistischen Genossen, die das größte Interesse daran haben, daß auch die Frauen sich zu freien Kommunistinnen, zu freien Persönlichkeiten entwickeln.

Lydia Keller-Düsseldorf: Der Unterschied, der die kommunistische Frauenagitation von allem trennt, was bis jetzt in andern Parteien und insbesondere in der alten sozialdemokratischen Partei auf dem Gebiete der Frauenbewegung geleistet wurde, ist der, daß wir durchweg von politischen Gesichtspunkten ausgehen, daß das soziale Moment, das in aller bisherigen Frauenarbeit in den Vordergrund geschoben wurde, für uns nur ein Teil

ist, ein Teil der politischen Arbeit, die wir zu verrichten haben. Wir gehen hier von negativen und positiven Erfahrungen aus, Erfahrungen, die in Ungarn gesammelt sind, wo die Rückständigkeit der Frau mit ein wesentliches Glied in der Reihe von Umständen war, die zum Zusammenbruch der ungarischen Räterepublik geführt haben. Wir gehen aus von den Erfahrungen unserer russischen Genossen, die erst dann zu einer aufbauenden Arbeit kommen konnten, als sie größere Massen proletarischer Frauen angegliedert hatten. Genossen und Genossinnen, diese Tatsache, daß der passive Widerstand der Frau ein Hemmungsmittel für alle Aktionen ist, spielt mit beim kleinsten wirtschaftlichen Streik und sie spielt mit in höherem Maße beim Generalstreik, bei der politischen Aktion, beim Massenaufstand. Es kann nicht angehen in der Kommunistischen Partei, daß die Frauenarbeit den Frauen allein überlassen wird. Wir brauchen die Mitarbeit unserer Genossen in allen Institutionen und in allen Veranstaltungen, die wir treffen, um die Frau zur Arbeit zu erwecken und heranzuziehen. Ganz besonders wichtig ist das Zusammenwirken von Männern und Frauen in allen Körperschaften, in denen politische Arbeit geleistet wird. Das gilt nicht nur für die Reichs-, Landes- und Stadtparlamente, es gilt auch für die Gewerkschaften, die Konsumvereine und die Elternbeiräte. Gerade dann, wenn die weniger erfahrenen Frauen in diesen Körperschaften vereint mit den Männern kämpfen und sehen, wie die Fraktionen sich bilden, wenn sie zu Mitgliedern der Fraktionen werden, dann werden sie am schnellsten sich überzeugen, wo sie einzugreifen haben. Die Konsumvereinsbewegung ist bis jetzt noch wenig beachtet worden. Es ist in unsern Leitsätzen, die hier zur Debatte stehen, darauf hingewiesen worden, daß die Frauen in den Konsumvereinen mitwirken sollen. Aber es ist da etwas reformistisch ausgedrückt, daß sie nur mitwirken sollen in bezug auf die Lebensmittelverteilung usw. Nicht besonders ist darauf hingewiesn worden, daß die Konsumverine ein ungeheures Mittel sind, um die Macht des Proletariats im Falle von Streiks und Aktionen zu steigern. Wir haben das in kleinem Maßstabe bereits erlebt. Wir haben es im Rheinlande erlebt und in etwas großem Maßstabe bei dem Stuttgarter Generalstreik, daß durch die Mitarbeit der Konsumvereine die Lebensmittelversorgung des Proletariats gesichert war. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband hat sich verpflichtet, im Falle von Aktionen dem Proletariat die Lebensmittelzufuhr zu sperren. Wie wesentlich ist es da, daß das Proletariat darüber hinwegschreitet und sich selbst seine Lebensmittelversorgung schafft, und das vorzubereiten, dazu dient die Arbeit in den Konsumvereinen einerseits, und andererseits aber auch die Arbeit in den politischen Arbeiterräten.

Genossen und Genossinnen, wie ungeheuer groß die Gefahr ist, daß auf dem Gebiete der Frauenarbeit reformistisch gearbeitet wird, das geht aus folgendem hervor. Wir haben hier Richtlinien von der Moskauer Internationale bekommen, die auf der Moskauer Frauenkonferenz angenommen sind, und in diesen sind Punkte, die ich persönlich beanstande, die ich beanstande noch als Ueberreste reformistischer Auffassung. Ich will sie hier anführen zur Kennzeichnung dessen, was ich meine. Es ist hier ein besonderes Kapitel den Ländern gewidmet, in denen das Proletariat noch um die Eroberung der politischen Macht kämpft. Hier steht, es soll gekämpft werden in diesen Ländern, für die wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen zur Bekämpfung dr Prostitution. Genossen und Genossinnen, wir können den Auswirkungen der Revolution entgegen arbeiten, aber die Prostitution abschaffen und bekämpfen können wir nicht innerhalb der bürgerlichen Ge-



sellschaft. Und es ist ein anderes Kapitel, das sich für die Mitarbeit der Frauen an allen Einrichtungen ausspricht, die sie schützt in ihrer Berufstätigkeit, die es ihnen ermöglicht, ihre Kinder zu versorgen. Aber es ist nicht in diesem Passus gesagt, daß diese Einrichtungen unter strengster Kontrolle der Proletarierinnen stehen müssen, daß sie nicht der bürgerlichen Sozialwohlfahrt überlassen werden dürfen, die eben aus diesen Einrichtungen Werkzeuge der Konterrevolution schafft.

Genossen und Genossinnen, ich habe auch gegen unsere Richtlinien, die hier vorliegen und die hier zur Diskussion stehen, einige Einwendungen zu machen. Ich möchte auf diese Einwendungen in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit nicht mehr eingehen. Genossen und Genossinnen, ich glaube, wir kürzen die Debatte ab, wenn Sie sich einem Vorschlage anschließen, den ich hier mache, daß diese Richtlinien wohl hier zur Debatte stehen, daß aber ihre endgültige Redaktion erst einer Redaktionskommission noch unterliegt und daß sie erst morgen auf der Frauenkonferenz endgültig angenommen werden. Ich bitte Sie, sich diesem Vorschlag anzuschließen.

Miller-Ostsachsen: Meine Vorrednerin sprach von der gemeinsamen Arbeit in den verschiedennsten Organisationen. Sie vergaß aber die eigene Familie, in der sich meistens die Elefanten befinden, von denen die Genossin Zetkin sprach. Wir haben die Erfahrung, daß sonst ganz tüchtige Agitatoren sich sträuben, das von den anderen Geforderte selbst in dem eigenen Hause zu verwirklichen.

Wie oft schallt uns in Versammlungen der Gedanke entgegen: Meine Frau gehört ins Haus, meine Frau braucht keine Politik zu treiben. Man könnte hinzufügen: Meine Frau ist die Gebärmaschine, die Versorgerin der Kochmaschine. Das ist eine ernste Gefahr für die Mitglieder der Partei. Der ist ein schlechter Kommunist, der sich zumutet, Tausende andere zu überzeugen, und es ablehnt, dort zu beginnen, wo er täglich mit seiner Kameradin körperlich und geistig zusammenlebt.

Wir müssen lernen, die Frau als gleichberechtigt zu achten, nicht revolutionär von ihrer Emanzipation zu reden, und konterrevolutionär in der täglichen Praxis zu handeln und sie zu dem zu degradieren, was ich mich bemühte, in kurzen Strichen zu zeichnen.

Bachmeier-Nordbayern: Wenn wir von der Frauenagitation sprechen, und wir legen uns die Frage vor: Warum kommen wir nicht weiter in der Frauenagitation, warum sind es immer die anderen Parteien, die die Stimmen der Frauen mehr auf sich vereinigen, die doch ganz genau nur das Gegenteil von dem im Parlament und überall tun, was sie den Frauen versprechen, so muß ich schon sagen, man muß den Frauen mehr Gelegenheit geben, daß sie sich in politische Versammlungen begeben können. Sehen wir uns doch einmal das Leben unserer Arbeiterfrauen an!

In aller Hergottsfrühe müssen sie aufstehen, schnell Kaffee gekocht, die Kinder gerichtet, die Kinder fort zur Pflegemutter und dann in die Arbeit, in die geisttötende Arbeit der Fabrik. Sie haben keine Zeit, in den Fabriken nachzudenken, sie werden gescholten und gehudelt von ihren Arbeitgebern und von den Meistern. Ihre Gedanken, ihr ganzes geistiges Leben schläft ein. Sie können da nicht an politische Sachen denken. Sie denken nur an des Lebens Notdurft und an die Not, die sie durchzumachen haben; sonst haben sie keine Gedanken. Dann heim von den Fabriken, schnell das Essen wieder gerichtet, die Kinder geholt, die Kinder in das Bett. Mißmutig weist man die Kinder zurück, wenn sie sich an die Mutter wenden mit irgendeiner Frage, die Mutter kann sie nicht verstehen. Sie hat ja keine Zeit dazu. Und dann an den Haushalt gegangen, gekocht, gestopft, ge-

waschen, geflickt, gebügelt, alles das muß doch gerichtet werden, wozu die bürgerliche Frau sich Dienstboten hält, das muß die Arbeiterfrau noch tun nach der beruflichen Arbeit. Ich glaube, es wäre Pflicht der Parlamentsmitglieder, besonders in den Stadtparlamenten, daß sie vor allen Dingen erst dahin arbeiten, daß die Frauen in gewissem Maße von ihren Hausfrauenpflichten entlastet werden. Das wäre auch ein Punkt zur Arbeitslosenfrage, daß wir innerhalb der Stadtparlamente den Antrag stellten, vielleicht vor allen Dingen kommunische Waschanstalten zu errichten, wie wir in Amsterdam ein Vorbild haben; hier wird für die Arbeiterfrauen, speziell für die minderbemittelte Bevölkerung, die Hauswäsche gewaschen. Es werden nur solche Mittel angewandt, die der Wäsche nichts schaden und sie nicht angreifen. Es wird auch die Wäsche hier zu sehr billigem Preise gewaschen. Das wäre schon etwas, wodurch die Frau in ihrem Haushalt entlastet wird. Das Weitere wäre mit dem Ausbessern der Kleider und dergleichen der Fall. Dann bezüglich der Ernährungsfrage, daß man Küchen errichtete, damit die Frauen ihr Essen dort holen könnten. Ich glaube, Genossen, das ist eine Frage, die noch in weiter Ferne liegt, denn die deutsche Hausfrau ist vor allen Dingen eben darauf eingerichtet und dressiert, daß sie alles in ihrem Haushalt kochen und herrichten muß, und sie hat eine furchtbare Angst vor den Kriegsküchen seligen Angedenkens. Darum werden sie sich sehr wenig zu diesen Fragen herbeilassen. Aber wenn sie im Hause schon derartig entlastet wird, daß ihre Wäsche gewaschen und geflickt wird, so ist schon so viel Zeit gewonnen, daß sie sich ihrem Geistesleben noch etwas widmen könnte.

Der Genosse, der vor mir gesprochen hat, hat schon eine weitere Frage, die ich hier zur Diskussion bringen wollte, erledigt. Das ist die Erziehung der Frau zur Kommunistin innerhalb der eigenen Familie. Genossen und Genossinnen, schlagt Euch doch ans Herz, wie steht es in Eurer eigenen Familie mit der politischen Betätigung Eurer Frau? Sind alle Eure Frauen, die Ihr hier versammelt seid, organisiert und Kommunistinnen oder Sozialistinnen? Nein, Genossen, ich muß Euch den bitteren Vorwurf machen, daß Ihr selbst Eure Frauen noch nicht zur Sozialistin erzogen habt. Und hier, Genossen, müßt Ihr vor allen Dingen mit gutem Beispiel vorangehen. Ihr müßt Eure Frauen als gleichberechtigte Kameraden erziehen und heranbilden.

Auf eins möchte ich noch aufmerksam machen. Die Frauen haben noch ein religiöses Gefühlsleben. Hier ist der wunde Punkt, wo wir nicht vorwärts kommen. Ich halte es für falsch, wenn mann glaubt, alle diese Vorstellungen, die einem von Kindheit an eingepflanzt sind, sofort mit Stumpf und Stiel ausrotten zu können. Das können wir erst nach und nach tun. Darum, Genossen, helft Ihr uns bei unserer Agitation und steht uns bei, ich bin überzeugt, daß wir vorwärts kommen.

Henriette Ackermann-Köln: Unsere Genossinnen Klara Zetkin und Braunthal haben schon erschöpfend die Richtlinien gezeichnet, die die Frauenbewegung jetzt zu beschreiten hat. Ich möchte nur auf eine Sache noch einmal eingehen, weil da so sehr viel gesündigt wird, auch von Anhängern der Kommunistischen Partei, und das ist die Frage des Frauenberufes.

Genossen und Genossinnen, es sind leider noch allzu viele unter den Männern, die der Ansicht sind, daß sie ihre wirtschaftliche Lage dadurch verbessern können, daß sie die Frauen aus den Berufen herausdrängen. Weiter haben sie die sehr falsche Vorstellung, daß die Frau nie und nimmer das Recht hat, für die gleiche Leistung auch den gleichen Lohn zu fordern.

Gewiß, es gibt Gewerkschaftler, es gibt Genossen, die wohl erklären, wenn man sich mit ihnen privatim über diese Frage unterhält: selbstverständlich muß für gleiche Leistung auch der gleiche Lohn gezahlt werden. Aber wie steht es in Wirklichkeit in den Betrieben damit aus? Welche Kämpfe müssen da geführt werden, um diese Losung — diese schon alte Losung —, in die Tat umzusetzen? Und die Kommunistische Partei, Frauen wie Männer müssen nun mit allem Ernst darauf hinwirken, daß diese falsche Einstellung einmal ausgemerzt wird. Es dient ja nur der Erhaltung des Kapitalismus oder wenigstens der Verlängerung seiner Herrschaft, wenn die Frau weiter so ausgenutzt wird wie bisher, und die Männer schneiden sich also lediglich ins eigene Fleisch, wenn sie diese Tatsache übersehen. Weil so sehr darin gesündigt wird, darum hielt ich es für notwendig, noch einmal besonders darauf hinzuweisen.

Dann noch das: In den Richtlinien ist unter Punkt 5 festgelegt worden: „Die Kommunistsche Partei hat die Pflicht, die Genossinnen in der eigenen Partei als gleichberechtigte Mitglieder mit gleichen Pflichten zu intensivster Parteiarbeit heranzuziehen und für alle Parteiaufgaben so zu schulen, daß die Genossinnen jederzeit, besonders aber in Zeiten politischer Hochspannung, aktiv und selbständig alle Aufgaben, die die Revolution stellt, erfüllen können.“ Genossen und Genossinnen, das möchte ich besonders unterstreichen. Auch das ist eine Frage, die von einem großen Teil unserer Genossen nicht richtig gelöst wird. Anstatt die Frauen sich an allen Stellen auswirken zu lassen, wo nur immer ihre Fähigkeiten sich nützlich machen können, errichten ihr mitunter die eigenen Parteigenossen Dämme. Wir haben es in der Bewegung schon zu verzeichnen gehabt, daß Genossinnen, die sich durchaus im proletarischen Kampf bewährt haben, zurückgedrängt wurden, daß man den Frauen vorreden wollte, sie hätten sich auf eine bestimmte Aufgabe einzustellen. Es liegt im Interesse des Befreiungskampfes des Proletariats, daß die Frauen sich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens betätigten. Es ist ja schon so trefflich hier darauf hingewiesen worden von verschiedenen Seiten, daß wir in unserem Kampf die Frau nicht entbehren können. Sie wissen alle, daß die bedeutendsten Männer sich dafür eingesetzt haben, daß die Frau gleichberechtigt neben dem Mann tätig sein und daß man ihre Fähigkeiten sich entwickeln lassen soll. Sie wissen, daß beispielsweise in der großen französischen Revolution die Frauen an Mut oft noch den Männer vorausgeeilt sind; nicht zum Schaden der Revolution. Wir haben alle miterlebt, wie die Genossinnen sich in der russischen Revolution bewährt haben. Darum darf es fürderhin keinen Unterschied mehr geben. Gewiß haben die Frauen auch Betätigungsgebiete, für die sie sich besonders eignen und wozu sie sich auch schließlich von selbst zur Verfügung stellen werden. Aber nie darf es bei den Kommunisten aufkommen, daß man die Frauen nicht als gleichberechtigten Faktor wertet. Sie wissen, was die Frauen in der Revolution geleistet haben. Denken Sie an unsere Genossin Rosa Luxemburg. Wer kommt ihr an Mut und an Genie gleich? Sehen Sie zu unserer Genossin Klara Zetkin hin, was sie für die Arbeiterbewegung geleistet hat! Sie werden mir vielleicht darauf erwidern wollen: ja, nicht jede ist eine Rosa Luxemburg, nicht jede ist eine Klara Zetkin. Gut, dann sage ich: nicht jeder ist ein Marx und nicht jeder ist ein Liebknecht unter Ihnen. Genossen, das muß beiseite bleiben in unserem Kampfe. Wir müssen alle erkennen, Mann wie Weib, daß wir Schulter an Schulter zusammen den Kampf zu unserer Befreiung vom Kapital zu führen haben.

Greiner-Jugenheim: Ich möchte kurz auf etwas zu sprechen kommen, was vorhin angeschnitten worden ist. Die Vorrednerin sagte, die Frauen hätten auch noch religiöses Leben, und auf das würde viel zu wenig Rücksicht genommen. Lassen Sie mich daran anknüpfen!

Wenn wir so große Schwierigkeiten haben, die Frauen in unsere kommunistische Bewegung hineinzubekommen, so vergessen wir meistens den Feind, der uns die Schwierigkeiten macht: Das ist das Mittelalter noch in unserer Kultur, das in der Kirche steckt. Sie wissen, wie ungeheuer groß die Macht der Kirche gerade in bezug auf die Frauen ist und wie außerordentlich viel in der ganzen Bewegung die Pfaffen und die Priester zu sagen haben. Gewiß, wir werden immer wieder als ersten Punkt den Frauen klarzumachen haben, daß der Götze Mammon und Moloch, der unsere Kinder gefressen hat, zunächst gestürzt werden muß. Die wirtschaftliche Aufklärung wird wohl zunächst das Allernotwednigste sein. Aber gerade in der Frauenagitation scheint mir es außerordentlich wichtig, auch auf die religiöse Bewegung hinzuweisen. Wir brauchen nicht irgendwie eine Versöhnung mit der Kirche zu veranstalten. Nein, ganz im Gegenteil! Wir haben ein viel besseres Kampfmittel. Wir müssen zeigen daß der Kommunismus die Fortsetzung des Evangeliums ist, daß es eine Linie gibt: Evangelium, Sozialismus und Kommunismus und daß wir im Kommunismus die Weltreligion haben, daß wir Kommunisten durchaus keine irreligiösen Menschen sind, daß wir auch einen Glauben haben, im Gegenteil, daß ein Glaube in uns lebendig ist, dem wir zutrauen, daß er die ganze kapitalistische Welt niederwerfen kann, daß wir ohne diesen Glauben gar nicht zum Siege gelangen können. Ich glaube, es ist gar nicht so schwer, klarzulegen, daß die Kraft in uns lebendig ist, die vor 2000 Jahren das römische Imperium gestürzt hat, die Kraft, die bestimmt ist, das Reich der Zukunft aufzurichten, die neue Weltanschauung. Also darauf hinzuweisen daß wir im Sozialismus und im Kommunismus die Weltreligion haben, nach der sich die Völker sehnen. Wir müssen zeigen, daß wir einen Glauben haben, nicht den Glauben an Gott, den wir nicht kennen, aber den Glauben an den Menschen, den wir erst entwickeln müssen, an den Menschen, der in dem anderen Menschen den Bruder sieht, und der entschlossen ist, mit ihm Schulter an Schulter zu arbeiten, daß für alle ein erträgliches Dasein nicht bloß besteht, sondern daß für alle die wirkliche persönliche Freiheit winkt, daß erst im Kommunismus der Weg frei ist zur Entfaltung des Individuums.

Also nicht Aufklärungsarbeit und Bildungsarbeit, sondern Propagandaarbeit. Wir müssen in den Massen den großen gewaltigen Glauben wecken. Schauen Sie hinüber nach Sowjetrußland! Das wissen wir alle ganz gut, daß nicht die roten Armeen allein, nicht bloß die Betriebsräte und die anderen Kräfte Sowjetrußland gerettet haben. Was Sowjetrußland vorwärts getrieben hat und was heute Sowjetrußland noch am Leben erhält, das ist der große starke Glaube, der in den russischen Arbeitern und Bauern lebendig ist, das ist ein religiöser Glaube. Ich glaube, unsere Genossin Klara Zetkin kann uns das bestätigen, sie hat drüben den Eindruck gewonnen, daß hier etwas ganz Neues im Gange ist. Und wir müssen gerade an unsere Frauen herangehen und müssen ihnen zeigen: Ihr wandelt nicht religionslos, nicht glaubenslos in eine neue Zukunft hinein; kommt heraus aus der Kirche, macht Euch los von den Pfaffen und von den Erziehern, die Euch verdummen wollen, und kommt zu uns, wir zeigen Euch ein neues Menschheitsideal, es ist wert, daß Ihr Eure Kräfte und Eure warmglühenden Herzen und Eure Liebe hineingießt in diese Schale,

aus der gewaltig leuchtende Opferflammen emporsprühen sollen. Wir werden den Frauen sagen, zwei Feinde sind es, gegen die wir ankämpfen müssen: das ist das Kapital und die Kirche.

Also schaffen wir das Gold weg und schaffen wir das Schwarze weg und machen wir Platz für das reine, leuchtende Rot. Vorhin ist Rosa Luxemburg genannt worden. O, was hat dieser Frau diese große mächtige Kraft gegeben, die Anziehungskraft auf die Massen? Was stand hinter den gewaltigen Reden Liebknechts? Es war nicht bloß die Theorie und der intellektuelle, kühne Verstand, sondern es war der große Glaube. Genossen und Genossinnen, laßt uns diesen Glauben wecken auch in der Frau! Dann wird sie mit Begeisterung an unserer Seite stehen, und wir werden die Erfahrung machen, die alte Erfahrung, daß der Glaube es ist, der die Welt überwindet.

Schrapel-Dresden: Als Lehrer habe ich die Beobachtung machen müssen und habe aus erster Quelle immer und immer wieder gehört: Es ist geradezu kläglich, was wir — es handelt sich um die sächsische Lehrerschaft — in Sachen der Beseitigung des Religionsunterrichts erreicht haben. Und warum? Weil die Lehrerschaft gänzlich im Stich gelassen worden ist von der Arbeiterschaft. Wir haben in Dresden in den größten Arbeiterzentren Schulen, wo nur vier Kinder aus dem Religionsunterricht herausgenommen worden sind. Und dort sind nicht nur Revisionisten, sondern dort haben wir Kommunisten und Links-U.S.P.D. gehabt. Wir haben es auch erlebt, daß der Mann das Kind abgemeldet und die Frau das Kind wieder angemeldet hat. Wir haben auch bei Genossen beobachten können, daß sie gesagt haben: „Ja, ich bin zwar der Vorsitzende des Elternbeirats — und zwar waren das U.S.P.D.-Genossen —, aber ich möchte nicht gerade den Anfang damit machen.“ Wir reden von revolutionärer Bewegung, und diese einfache schlichte Tat, wo wirklich kein Blut fließt, wird nicht einmal fertig gebracht! Hier müssen wir ganz entschieden uns betätigen und müssen auch besonders die Frauen nach dieser Richtung hin zu beeinflussen suchen.

Genau so ist es mit der Kirchenaustrittsbewegung, die ich ganz kurz hier streifen will, weil sie nur im unmittelbaren Zusammenhang mit der Frauenfrage steht. Auch da müssen wir uns vor Augen halten, daß tatsächlich jedes Jahr die organisierte Arbeiterschaft 1—2 Milliarden auf den Tisch der Reaktion legt, denn wir müssen uns doch immer die Sache so ansehen, daß es sich nicht bloß um die Kirche handelt, sondern daß dieses Schwarz und Gold miteinander völlig verbunden und verquickt sind, daß diese Kirche ja ein Mittel der Reaktion ist.

Ich habe mich gestern für ein Kulturprogramm eingesetzt. Ich habe mich da falsch ausgedrückt. Ich hätte richtiger sagen müssen: Erziehungsprogramm. Ich gebe der Genossin Zetkin vollständig recht, daß man bei dem Begriff „Kultur“ eine gewisse Vorsicht walten lassen muß. Aber ich will diese Frage nicht näher erörtern, sondern nur an das anknüpfen, was ich gestern gesagt habe bezüglich der Fortbildungsschule. Da ist in der Mädchenfortbildungsschule etwas in die Erscheinung getreten, auf das ich Ihre vollste Aufmerksamkeit lenken möchte. Es ist nämlich zu beobachten, daß gerade in den Mädchenfortbildungsschulen, in denen die Frauen, die Lehrerinnen tätig sind, der reaktionäre Geist sich ganz besonders wieder findet. Wir können das in Dresden beobachten. Die Führerin der konservativen Frauen ist Leiterin der Fortbildungsschule. An einer anderen Fortbildungsschule sitzt eine Leiterin, die gehört zur Deutschen Volkspartei usw. Das tritt ganz deutlich in die Erscheinung. Wir sehen das auch an der Zusammensetzung des Kollegiums. Wenn man sich klar macht, aus welchem

Milieu die Lehrerinnen herausgewachsen sind, so können wir uns auch denken, wie die Beeinflussung dort ist. Wir müssen verlangen, daß bei diesen Fortbildungsschulen auch Elternbeiräte geschaffen werden, daß wir die Betriebsräte in diese Beiräte dahin bekommen, daß sie dort mit tätig sind. Dann werden wir den Boden für das vorbereiten können, was notwendig ist, um auch die Jugend mit in den Dienst unserer großen gemeinsamen Aktion zu stellen.

Vorsitzender Pieck: Die vom Parteitag festgesetzte Redezeit für die Diskussion ist abgelaufen. Deshalb erteile ich der Genossin Zetkin das Schlußwort.

Klara Zetkin (Schlußwort): Genossinnen und Genossen! Die Anregung unseres Freundes aus Dresden möchte ich kräftig unterstreichen. Bei unserer Arbeit und unserem Ringen um die Seele der proletarischen Frau ist auch der Fortbildungschule gebührende Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Was die übrigen Ausführungen anbetrifft, so haben sie im allgemeinen die Richtlinien, die hier vorliegen, unterstrichen oder ergänzt. Ich empfehle Ihnen zur Annahme den Antrag unserer Genossin Braunthal betreffend die Aufhebung der Gesetzesparagraphen, die das sogenannte Verbrechen wider das keimende Leben mit Strafe belegen. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit aber darauf lenken, wie die Materie in Rußland geregelt worden ist. In Rußland ist die Möglichkeit entzogen, daß der Abortus zu einer Sache der Spekulation von betriebsamen Aerzten und Hebammen wird. Der Abortus ist nur straffrei, wenn er in öffentlichen Krankenhäusern erfolgt und von den dort angestellten Aerzten vorgenommen wird. Dem Abortus beugt wirksam vor, wie Genossin Braunthal schon angeführt hat, eine sehr weitreichende, geordnete soziale Fürsorge für Mutter und Kind. Ein Netz von einschlägigen Einrichtungen erstreckt sich über Rußland, die die sozialen Fürsorgemaßregeln in Deutschland und den anderen kapitalistischen Staaten tief beschämen. Weiter ist beschlossen und wird durchgeführt eine großzügige Propaganda unter den Frauen, die auf die Gefährlichkeit des Abortus und auf den hohen Wert hinweist, den ein zahlreicher Nachwuchs für die Gesellschaft hat. Gerade diese Propaganda soll die irrige Auffassung widerlegen, die eine Zeitlang auch bei uns in Deutschland zur Unterstützung des sogenannten „Gebärstreiks“ verbreitet worden ist, daß mit Abnahme der Quantität der Kinder eine höhere Qualität erreicht würde. Es wird in Rußland ausdrücklich betont, daß ein Arbeiter-, ein Bauernstaat das höchste Interesse hat an dem Heranwachsen eines zahlreichen, aber auch eines gesunden, körperlich, geistig, sittlich tüchtigen Geschlechts. Und der Sowjetstaat zieht die praktischen Schlußfolgerungen dieser Wertung. Er hat umfassende Maßregeln getroffen, um das Heranwachsen eines solchen Geschlechts sicherzustellen.

Was die Ausführungen der Genossin Keller anbetrifft, so hat sie eins übersehen. Die internationalen Richtlinien fordern nicht die Beseitigung der Prostitution, weil man auch in Moskau wußte, daß, solange der Kapitalismus, das Privateigentum besteht, die Prostitution dazugehört, wie der Schatten zum Licht. Aber der Kampf gegen die Ausbreitung der Prostitution ist innerhalb der kapitalistischen Staaten möglich. Allerdings nicht durch Moralpredigten und Traktätchen, sondern lediglich durch den Kampf gegen die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft. Das ist der springende Punkt, auf den es ankommt. Auch die Aechtung der unglückseligen Prostituierten und die zweierlei geschlechtliche Moral für Mann und Weib ist in der kapitalistischen Gesellschaft zu bekämpfen.



Der weiteren Anregung der Genossin Keller, sich nur im Prinzip für die Richtlinien zu erklären und der Frauenkonferenz die endgültige Beschlußfassung zu übertragen, möchte ich widersprechen. Ich ersuche Sie, die Richtlinien so anzunehmen, wie sie vorliegen. Was Genossin Keller vermißt, ist darin ausgesprochen, nämlich, daß wir auch eine rege, kraftvolle Agitation und Aktion unter der ländlichen weiblichen Bevölkerung zu entfalten haben. Das ist ja selbstverständlich angesichts des Agrarprogramms, zu dessen Durchführung wir uns verpflichtet haben. Ferner zieht sich von Anfang bis zu Ende durch die Richtlinien die Auffassung, daß auch die Arbeiten, der Kampf für die Interessen des weiblichen Geschlechts, das Ringen um die Seele der Frau, eine gemeinsame Angelegenheit von Männern und Frauen ist. Unsere Grundauffassung ist doch, es gibt keine Frauensache für sich, sondern jeder Teil der sogenannten Frauenfrage ist gemeinsame soziale Angelegenheit aller revolutionär Gesinnter ohne Unterschied des Geschlechts.

Was unsere Frauenbewegung von der Frauenbewegung der beiden sozialistischen rechtsstehenden Parteien unterscheidet, ist nicht, wie behauptet worden ist, daß jene politisch sind, nein, daß jene Frauenbewegungen opportunistisch sind. Politisch sind auch wir. Aber unsere Politik ist revolutionär und bleibt revolutionär, und wir werden revolutionär kämpfen, wenn jene kompromisseln. Wir setzen nicht, wie die Frauenbewegungen der beiden rechtssozialistischen Parteien, unsere Hoffnung auf Reformen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, nicht auf den Parlamentarismus, die Demokratie. Wir bringen klipp und klar zum Ausdruck, daß nur gegen den Parlamentarismus, daß nur mit Ueberwindung der bürgerlichen Demokratie der Weg zur Diktatur des Proletariats geht, zur wahren sozialen Demokratie. Wir zeigen, daß die Diktatur des Proletariats nicht aufgerichtet werden wird mittels des Wahlrechts, nicht dadurch, daß wir Stimmzettel auf Stimmzettel, Mandat auf Mandat häufen, sondern nur dadurch, daß wir den Kampf gegen den Kapitalismus und seinen Staat auf der ganzen Linie mit allen verfügbaren Machtmitteln aufnehmen. Das ist der springende Punkt.

Zu den anderen Anregungen möchte ich nur dieses hinzufügen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die kommunistische Bewegung, daß der Kampf für den Kommunismus nicht bloß ein Kampf um eine neue Wirtschaft ist, sondern auch um eine neue Moral. Wir wissen ganz genau, daß wir den Kommunismus nicht verwirklichen können, wenn wir bloß neue Verhältnisse schaffen. Wir müssen auch von Tag zu Tag neue Menschen schaffen, die im Sinne des Kommunismus leben, arbeiten und wirken. Der Kommunismus ist nicht nur die Erfüllung der Forderungen des notleidenden, des darbenden Magens, sondern auch die Erfüllung des Hungers der breiten Massen nach Wissen, nach Schönheit, nach Kultur, nach höherer Menschlichkeit. Im revolutionären Kampfe des Proletariats kommt der schärfste Gegensatz zum Ausdruck gegen den kapitalistischen Geist, der noch das Proletariat durchseucht bis tief hinein in die Schichten der revolutionär Gesinnten. Deshalb müssen wir auch gegen die Moral des Kapitalismus ringen, gegen jene Moral, die der Kampf aller gegen alle ist, die dem gemeinen Grundsatz entspricht: selber essen macht fett. Diese gemeine Moral müssen wir überwinden, sie steht in unversöhnlichem Gegensatz zur brüderlichen Moral des Kommunismus. Gerade zur Lösung dieser Aufgabe tut es not, die Frauen in unsere Reihen zu rufen, die Frauen auch als revolutionäre Kämpferinnen zu sammeln für die Moral brüderlicher internationaler Solidarität. Diese Moral darf sich nicht auf das Lippen-

bekenntnis beschränken, sie muß in Taten wirksam werden, in Taten der größten Hingabe, Opferfreudigkeit jedes einzelnen an das Ganze. Kommunist sein verpflichtet. Es verpflichtet nicht nur zum Kampf gegen die Gewalten des Kapitalismus draußen in der Gesellschaft, es verpflichtet auch zum täglichen und stündlichen Ringen gegen die Ueberbleibsel der kapitalistischen Moral in der eigenen Brust. Kommunist sein das heißt: ein neuer Mensch sein, ein besserer Mensch, ein selbloserer Mensch, ein tatendurstiger, kühnerer Mensch, als ihn die kapitalistische Moral zu erzeugen vermag.

Genossen und Genossinnen! Wir alle, Männer und Frauen, wollen als echte Kommunisten zusammenwirken, beseelt von der Ueberzeugung, daß durch unser Handeln, unseren Kampf gegen den Kapitalismus in all seinen Gestalten die Zeit naht, wo das Proletariat sagen kann:

Nun schreit' ich jauchzend durch die Welt,
Auf meinen Schultern, stark und breit,
Ein neuer Sankt Christophorus,
Trag' ich den Geist der neuen Zeit.
Ich bin der Riese, der nicht wankt,
Ich bin's, durch den zum Siegesfest
Ueber den tosenden Strom der Zeit
Der Heiland Geist sich tragen läßt.

Vorsitzender Pieck: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Richtlinien für die Frauenagitation. Dazu liegt der Antrag Keller vor, diese Richtlinien einer Redaktionskommission zu überweisen, die sie der morgigen Frauenkonferenz zur endgültigen Annahme vorlegen soll. Wir kommen zunächst zur Abstimmung über diesen Antrag.

Der Parteitag lehnt den Antrag ab und stimmt den Richtlinien für die Frauenagitation einstimmig zu.

Dann kommen wir zum Punkt 7 der Tagesordnung:

Wahl der zentralen Körperschaften.

Wir haben zu wählen 2 Vorsitzende, 7 Sekretäre, 5 Beisitzer, eine Revisionskommission, die Leiterin des Reichs-Frauen-Sekretariats und dann den Zentralausschuß.

Wir kommen zur Wahl der beiden Vorsitzenden. Da liegen zwei Vorschläge vor: Ernst Däumig und Paul Levi.

Der Parteitag stimmt den Vorschlägen einstimmig zu.

Dann kommen wir zu der Wahl der 7 Sekretäre. Da liegt folgende Vorschlagsliste vor: Klara Zetkin, Wilhelm Koenen, Heinrich Brandler, Walter Stöcker, Wilhelm Pieck, Otto Braß, Hermann Remmele.

Der Parteitag stimmt den Vorschlägen zu.

Dann kommen wir zur Wahl der 5 Beisitzer. Vorgeschlagen sind Adolf Hoffmann, August Thalheimer, Kurt Geyer, Fritz Heckert, Otto Gaebel.

Der Parteitag stimmt den Vorschlägen zu.

Dann kommen wir zur Wahl der Revisionskommission. Dafür sind vorgeschlagen: Fritz Geyer-Leipzig, Fritz Winguth-Berlin, Philipp Fries-Köln, Bruno Peters-Berlin, Alfred Oelsner-Halle.

Der Parteitag stimmt den Vorschlägen zu.

Dann kommen wir zur Wahl der Leiterin des Reichsfrauensekretariats. Dafür wird Bertha Braunthal vorgeschlagen.

Der Parteitag stimmt dem Vorschlage zu.

Vorsitzender Pieck: Wir kommen nunmehr zur Wahl des Zentralausschusses, für den folgende Vorschläge von den Bezirken gemacht



worden sind (Die Liste wird verlesen.): Zu der Wahl des Zentralausschusses ist folgendes zu bemerken: Nach den angenommenen Organisationssatzungen haben die Bezirke das Recht Vorschläge für die Wahl des Zentralausschusses zu machen. Da aber diese Bestimmung erst jetzt beschlossen worden ist, so konnten die Bezirke ihre Vorschläge nicht machen und wir mußten die auf dem Parteitag anwesenden Delegierten darum ersuchen, für die Bezirke, von denen sie entsandt wurden, die Vorschläge zu machen. Dadurch sind wir gezwungen, bei der Bestimmung, daß der Parteitag endgültig die Mitglieder des Zentralausschusses wählt, eine Ausnahme dort zuzulassen, wo sich die Delegierten der Bezirke über ihre Vorschläge nicht einigen konnten. In diesem Falle werden die Bezirkskonferenzen, die nach dem Parteitag stattfinden, über den Vorschlag zu entscheiden haben. Solche Differenzen liegen vor im Bezirk Wasserkante und Magdeburg-Anhalt.

Von dem Bezirk Wasserkante liegt eine Mehrheitsliste: Thälmann, Skellerup, Herzog und eine Minderheitsliste: Wolf, Thälmann, Strömer vor. Der Parteitag muß entscheiden, ob er die eine oder die andere Liste annehmen will. (Zuruf: Können wir darüber abstimmen?) — Jawohl, der Parteitag hat das Recht, über jeden Genossen abzustimmen, er wählt die Mitglieder des Zentralausschusses. Wir werden also über die Mehrheitsliste abstimmen und es der Bezirkskonferenz anheim stellen, ob sie sich für die Mehrheits- oder Minderheitsliste entscheiden will.

Auch die Delegierten des Bezirks Magdeburg-Anhalt konnten sich ebenfalls nicht auf einen Vorschlag einigen, so daß auch dort die Bezirkskonferenz nachträglich einen Vorschlag zu machen hat.

Der Parteitag stimmt der folgenden Liste der Mitglieder des Zentralausschusses zu:

Bezirk 1 Berlin-Brandenburg: Paul Wegmann, Berlin; Ernst Friesland, Berlin; Karl Winkelsässer, Berlin.
Bezirk 2 Lausitz: Konrad Sychalla, Grube Marga bei Senftenberg.
Bezirk 3 Pommern: Fritz Ohlhoff, Stettin.
Bezirk 4 Ostpreußen: Max Heydemann, Königsberg.
Bezirk 5 Danzig: Leo Klinger, Danzig.
Bezirk 6 Schlesien: Hermann Krause, Freiburg i. Schl.
Bezirk 7 Oberschlesien: Heinrich Rau, Gleiwitz.
Bezirk 8 Ostsachsen: Bruno Schramm, Dresden.
Bezirk 9 Erzgebirge-Vogtland: Robert Siewert, Chemnitz.
Bezirk 10 Westsachsen: Albin Hentschel, Leipzig-Eutritzsch.
Bezirk 11 Halle-Merseburg: Georg Schumann Halle; Otto König, Unterröblingen a. See; Hedwig Krüger, Halle.
Bezirk 12 Magdeburg-Anhalt: Böttge, Bernburg.
Bezirk 13 Thüringen: Otto Geithner, Gotha; Walter Kaiser, Zella-Mehlis.
Bezirk 14 Niedersachsen: Josef Köring, Braunschweig.
Bezirk 15 Mecklenburg: Herbert Meyenburg, Rostock.
Bezirk 16 Wasserkante: Ernst Thälmann, Hamburg; Johann Skellerup, Bramfeld; Wilhelm Herzog, Hamburg.
Bezirk 17 Nordwest: Jannack, Bremen.
Bezirk 18 Oestliches Westfalen: Ullrich Rogg, Bielefeld.

Bezirk 19 Westliches Westfalen: Heinrich Teuber, Bochum; Waldemar Behrs, Dortmund.

Bezirk 20 Niederrhein: Hugo Werner, Essen; Paul Franken, Solingen; Arthur König, Essen.

Bezirk 21 Mittelrhein: Franz Dahlem, Köln a. Rh.

Bezirk 22 Hessen-Waldeck: Karl Poschmann, Kassel-Wolfsanger.

Bezirk 23 Hessen-Frankfurt: Friedrich Schnellbacher, Hanau.

Bezirk 24 Pfalz: Hans Weber, Speyer a. Rh.

Bezirk 25 Baden: Max Bock, Lörrach i. B.

Bezirk 26 Württemberg: Paul Böttcher, Stuttgart, Hans Tittel, Stuttgart.

Bezirk 27 Nordbayern: Josef Steimer, Fürth i. B.

Bezirk 28 Südbayern: Otto Graf, München.

Wir kommen nunmehr zu Punkt 8 unserer Tagesordnung:

Anträge und Verschiedenes.

Dazu liegt zunächst folgende Kundgebung gegen die polnische Konterrevolution vor (Siehe S. 267).

Genossin Zetkin möchte ein paar Worte der Begründung dazu sagen.

Klara Zetkin: Genossen und Genossinnen! Es ist mir eine Selbstverständlichkeit, daß Sie dieser Kundgebung zustimmen. In Polen handelt es sich um Schandtaten des weißen Schreckens, gegen den fast der Terror in Ungarn verblaßt. Männer und Frauen, ganze und halbe Kinder werden dort nicht nur ohne jeden Grund, ohne jedes Verfahren, ohne jede Rechtsgarantie verhaftet und in die scheußlichen Kerker geworfen, sie werden auch den Pogromen ausgeliefert. Es kommt dort vor, daß Männer und Frauen 24 Stunden lang mit dem Gesicht zur Wand gekehrt stehen müssen, und daß, wenn sie zusammenbrechen, sie durch Kolbenstöße wieder in die Höhe gebracht werden. Die Henker unserer Freunde in Polen, die sich auf das Nationalitätsprinzip berufen, suchen die Qual ihrer Opfer dadurch zu verschärfen, daß sie nur russisch mit ihnen sprechen. Sie wollen dadurch offenbar bezeugen, was ihre Taten schon kundtun, daß sie die Fortsetzer, die Nachfahren der zaristischen Schergen und Henker sind. Was aber diesen Schandtaten ein ganz besonderes Gepräge verleiht, ist der Umstand, daß sie nicht ausgeübt werden von der Bourgeoisie, die Rache nimmt an Kämpfern, die sie bedroht haben. Nein, daß sie die Lust einer Bourgeoisie sind, einer Schlachta, die im voraus vor der kommenden Revolution zittert, und die den Befreiungskampf der Arbeiter- und Bauernmassen in Polen unmöglich machen will. Einen besonderen Beigeschmack erhalten diese Greueltaten dadurch, daß sie das Werk einer sogenannten demokratischen Regierung sind, an deren Spitze mit ein ehemaliger Sozialdemokrat steht, ein jetziger Sozialverräter, eine Zierde der Zweiten gelben Internationale, Herr Daczinsky. Genossen und Genossinnen! Es handelt sich für das polnische Proletariat jetzt darum, das ideologische wie organisatorische Erbe zu wahren, das ihm Rosa Luxemburg, Leo Jogiches, Kapczak geschaffen haben. Es handelt sich darum, die Niederbüttelung, die Erstickung im Blut der revolutionären Bewegung abzuwehren, die von diesen Helden und Märtyrern Ziel, Charakter, Inhalt und auch die organisatorische Zusammenfassung erhalten hat. Es erscheint mir als elementare Pflicht, daß wir, die wir einer Rosa Luxemburg und einem Leo Jogiches so unendlich

Vieles und Großes zu danken haben, ihre revolutionäre Erbschaft auch in Polen verteidigen. Auch wir haben mit aller Kraft dazu beizutragen, daß das Blut- und Schandregiment der Bourgeoisie und des Junkertums in Polen baldigst zusammenbricht. Das Wichtigste, das Machtvollste, was wir zu diesem Zweck tun können, ist und bleibt: zielklar dafür zu kämpfen, daß das rote Banner der Sowjetrepublik bald über Deutschland weht.

Der Parteitag stimmt der Kundgebung einstimmig zu.

Vorsitzender Pieck: Dann liegt eine Resolution zur Beamtenfrage vor. (Siehe Seite 268.)

Der Parteitag stimmt der Resolution ohne Debatte zu. Einen Antrag, die Resolution als Flugblatt herauszugeben, und in der Zentrale ein Mitglied als Beamtenbeirat zu bestimmen, überweist der Parteitag der Zentrale.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die in der gedruckten Vorlage unter „Sonstige Anträge“ verzeichneten Anträge. Da ist der Antrag Berlin, 18. Distrikt:

„Für die Wahlen des preußischen Landtags sind sofort Richtlinien herauszugeben.“

Wir schlagen Ihnen vor, diesen Antrag der Zentrale zu überweisen. Es ist ganz selbstverständlich, daß das geschehen wird. Wer damit einverstanden ist, ersuche ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke. Es ist angenommen.

Der Antrag 33, Berlin, 6. Distrikt, ist zurückgezogen.

Der Antrag 34, Rheinland-Westfalen, so schnell wie möglich eine Konferenz der Gemeindevertreter einzuberufen, ersuchen wir ebenfalls, der Zentrale zu überweisen. Teilweise sind solche Konferenzen schon festgesetzt, anderenteils wird es noch geschehen. Wir sind der Meinung, daß generell einheitlich über das ganze Reich die Frage nicht geregelt werden kann, sondern nach bestimmten Gebietsteilen abgegrenzt werden muß.

Wer mit dieser Ueberweisung des Antrags an die Zentrale einverstanden ist, ersuche ich, die Hand zu erheben. — Ich danke. Es ist angenommen.

Der Antrag 35, Rheinland-Westfalen, ist durch die Annahme der Leitsätze zur Gewerkschaftsfrage erledigt.

Von den Antragstellern des Antrags 36, Ost-Thüringen, der die Errichtung eines Sekretariats für die Konsumvereinsbewegung fordert, wird beantragt, diesen Antrag der Zentrale zu überweisen. Wer damit einverstanden ist, ersuche ich, die Hand zu erheben. — Ich danke. Es ist angenommen.

Den Antrag 37 von Erzgebirge-Vogtland ersuchen wir, der Zentrale zu überweisen.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Dann Antrag 38, Bezirk Erzgebirge-Vogtland, der die Einsetzung einer Verlagskommission für die Herausgabe der Literatur fordert. Auch hierbei empfehlen wir Ihnen, diesen Antrag zur Erledigung der Zentrale zu überweisen.

Der Parteitag ist damit einverstanden

Der Antrag 39, Ortsgruppe Weferlingen, fordert die Einleitung einer Agitationskampagne in den Gewerkschaften und Betrieben, allüberall, wo Proletarier zusammenkommen, für den Kommunismus. Das ist selbstverständlich. Das geht aus all den Richtlinien und Leitsätzen hervor, die der Parteitag angenommen hat. Ich kann wohl feststellen, daß der Partei-



tag diesen Antrag als erledigt betrachtet durch die allgemeinen Beschlüsse, die der Parteitag gefaßt hat. Widerspruch dagegen erhebt sich nicht.

Der Antrag 400, Ortsgruppe Magdeburg, fordert, daß der Verschmelzungsparteitag die Notwendigkeit der Errichtung von Tageszeitungen anerkennt. Das brauchen wir nicht erst anzuerkennen, das ist ganz selbstverständlich. Der Antrag ist damit wohl erledigt.

Damit sind die gedruckt vorliegenden Anträge erledigt.

Ein Antrag mit einer Reihe von Unterschriften fordert:

„Die Zentrale wird aufgefordert, die Gründung einer Zeitschrift für die kommunistische Kommunalpolitik zu veranlassen."

Wir ersuchen, diesen Antrag zur Erledigung der Zentrale zu überweisen. Damit ist der Parteitag einverstanden.

Dan wünscht Genosse Bär-Berlin, der Vorsitzende und Kassierer der Unterstützungskommission für Flüchtlinge, das Wort zur Begründung eines Antrages. Ich glaube aber, daß das, was Genosse Bär hier mündlich begründen will, wird ohne weiteres anerkannt von allen Genossen; er fordert nämlich, daß sofort in allen Bezirken Deutschlands eine intensive Sammlung vorgenommen wird für die Opfer der Reaktion, daß also zur Unterstützung für die Gefangenen wie für die Flüchtlinge und ihre Angehörigen in allen Bezirken intensive Sammlungen vorgenommen werden. Ich kann ferner dazu mitteilen, daß die neue Zentrale sofort eine Kommission einsetzen wird, die alle diese Fragen der Unterstützung für ausländische und inländische Flüchtlinge und Eingekerkerte erledigen wird. Damit erklärt sich wohl auch der Genosse Bär einverstanden, so daß es einer besonderen Begründung durch ihn nicht mehr bedarf.

Dann liegt eine Erklärung von 40 Genossen vor:

> „Da es uns unmöglich gemacht wurde, beim Punkt „Organisationssatzungen" die Einwände vorzubringen und zur Diskussion zu stellen, die hier vorzubringen wir von unserer Mitgliedschaft beauftragt waren, ferner, da wir gegen die debattelose Annahme, die jede Kritik und jede Verbesserung von vornherein ausschaltete, nicht einmal vor dem Parteitag protestieren konnten, erheben wir hiermit formalen und entschiedenen Einspruch, andernfalls wir unsere Pflicht als Delegierte gröblichst zu verletzten glauben."

Der Parteitag nimmt diese Erklärung zur Kenntnis.

Vorsitzender Pieck: Genossen und Genossinnen, damit ist die Tagesordnung des Gründungsparteitags der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands erledigt. In diesen Tagen haben wir ein bedeutsames Werk getan. Wir haben für die deutsche revolutionäre Bewegung die Massenpartei geschaffen, mit der das deutsche Proletariat seine entscheidenden Schläge gegen die Konterrevolution führen wird. Wir haben für einige ihrer wichtigsten Arbeits- und Kampfgebiete der neuen Partei grundlegende und zielgebende Richtlinien beschlossen. Wir haben ein Organisationsgesetz beschlossen, nach dem wir unsere Partei gestalten werden, um sie zu einem aktionsfähigen Körper zu machen, um die beste Zusammenarbeit zwischen Massen und Führer, zwischen den Mitgliedern und den Vertrauensmännern zu gewährleisten. So haben wir Großes getan. Doch, Genossen und Genossinnen, noch Größeres gilt es zu leisten.

Es gilt, die Beschlüsse des Parteitags in die Tat umzusetzen. Es gilt, hinauszugehen, um die Massen mit unseren Beschlüssen vertraut zu machen. Es gilt, die Massen der Partei zuzuführen, sie zu befreien von den Illusionen, mit denen sie vom Bürgertum, von den Rechtssozialisten und

Unabhängigen erfüllt und gehindert werden, sich den revolutionären Kämpfen des Proletariats anzuschließen. Es gilt weiter mit aller Kraft zu wirken, um die Massen zur tatkräftigen Aktion zu bringen, denn die politischen und wirtschaftlichen Zustände Deutschlands schreien nach solchen Aktionen. Soll die Arbeiterschaft Deutschlands nicht vollends verelenden, soll sie vom Kapitalismus nicht völlig zugrunde gerichtet werden, soll sie nicht von den konterrevolutionären Banden der Reichswehr, der Orgesch aufs neue niedergeschlagen werden, dann ist es hohe Zeit, daß sich die Massen aufraffen zur entscheidenden Tat. Und sie dazu zu führen, das ist die große Aufgabe, die der Vereinigten Kommunistischen Partei gestellt ist. Daran muß jeder Genosse, muß jede Genossin mit aller Kraft arbeiten.

Erfüllen wir die Hoffnungen und Erwartungen, mit denen unsere ausländischen Bruderparteien unseren Vereinigungs-Parteitag begrüßt haben, erfüllen wir die Erwartungen, die die Kommunistische Internationale auf die Vereinigung aller revolutionären Arbeiter in Deutschland gesetzt hat, dann arbeiten wir für die deutsche Revolution wie für die Weltrevolution, denn Deutschland ist noch nach wie vor der Hort der Weltreaktion. Haben wir diesen besiegt, haben wir erst ein Sowjet-Deutschland, dann steht dem Weltkapitalismus in den vereinigten Sowjets von Rußland und Deutschland die Macht gegenüber, die die unterdrückten Völker des übrigen Europas und der neuen Welt anfeuern wird, ebenfalls den Kapitalisten ihrer Länder die Entscheidungsschlacht zu liefern.

Das Bürgertum zittert vor der Macht, die sich die revolutionären Arbeiter Deutschlands durch ihren Zusammenschluß geschaffen haben. Und wenn die bürgerliche Presse so gut wie nichts über diese Tagung gebracht hat, wenn sie so versucht, die Bedeutung dieser Tagung abzuschwächen, so ist das Vogel-Strauß-Politik, und das Bürgertum wird sehr bald merken, wie es von seiner Presse betrogen worden ist.

Genossen und Genossinnen, sorgen Sie dafür, daß es der deutschen Regierung sehr bald unmöglich gemacht wird, unsere besten Genossen zu verhaften, sie in die Gefängnisse zu werfen, unsere besten ausländischen Genossen auszuweisen, um uns zu hindern, daß wir in engste persönliche Verbindung mit unseren ausländischen Bruderparteien treten.

Und geloben wir bei dem Andenken an die großen Toten der deutschen Revolution, bei dem Andenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, (die Anwesenden erheben sich von den Plätzen) alle Kraft an die Erreichung unseres Zieles, der Diktatur des Proletariats zur Verwirklichung des Kommunismus, zu setzen und zu kämpfen und zu sterben für die Weltrevolution! Und fassen wir unser Gelöbnis zusammen in dem Ruf, in die Worte, mit denen unser Manifest schließt:

Es lebe die Weltrevolution!
Es lebe die Kommunistische Internationale!
Es lebe die deutsche Räterepublik!

(Der Parteitag stimmt begeistert in das dreimalige Hoch ein und singt die Internationale.)

Der Parteitag ist geschlossen.

(Schluß: 4½ Uhr.)

Beschlüsse des Parteitages.

1. Manifest an das deutsche und internationale Proletariat.

Die Kommunistische Partei Deutschlands und die linke Mehrheit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben sich zu einer Partei verschmolzen: der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands. Die deutsche Sektion der Kommunistischen Internationale wird von neuem von einer kompakten Massenpartei vertreten, die imstande sein wird, nicht nur die Ideen des Kommunismus zu vertreten, sondern zum Kampfe für sie die Arbeitermassen aufzubieten. Indem die Vereinigte Kommunistische Partei befähigt sein wird, leitend in den Aktionen des Proletariats voranzuschreiten, wird sie durch die Tat beweisen, daß in ihre Reihen alle wirklich revolutionären Elemente gehören; daß besondere kommunistische Organisationen, wie die K.A.P.D., kein Existenzrecht mehr haben; daß alles, was auf den Schlachtruf des Kommunismus hört, sich zusammenschließen muß in den Kampfreihen der geeinigten Partei. Die Konsolidierung der deutschen Sektion der Kommunistischen Internationale bedeutet einen Schritt vorwärts auf dem Wege der Weltrevolution, denn sie kam zustande nicht durch irgendein „Diktat" von außen, sondern als Ausdruck der inneren Ausreifung, der revolutionären Erstarkung der Vorderreihen der deutschen Arbeiterklasse selbst.

I.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Zehn Jahre sind verflossen, als angesichts der sich mehrenden Anzeichen der nahenden Weltkatastrophe, angesichts der Weltzuckungen, die dem Weltkriege vorangingen, der linksradikale Flügel der alten deutschen Sozialdemokratie mit Rosa Luxemburg an der Spitze warnend vor die Arbeitermassen trat und ihnen zurief: „Dem Weltkapital genügt nicht mehr Euer Schweiß, es lechzt nach Eurem Blute, und seid Ihr nicht bereit, Euch in revolutionären Massenaktionen dem Ungeheuer des Imperialismus entgegenzuwerfen, so wird es die Früchte Eures vierzigjährigen Ringens, Eurer Organisationsarbeit, wird es die Blüte Eurer Jugend vernichten." Gegen diese vor der Gefahr warnende, zum revolutionären Abwehrkampf anfeuernde Stimme der Linksradikalen erhoben sich nicht nur die offenen Gegner der Revolution, die offenen Befürworter des Reformismus, die Legien, David, Scheidemann, sondern es vereinigten sich mit ihnen die Kautsky, Hilferding, Haase. Sie warnten das Proletariat vor „revolutionärer Romantik", sie versprachen ihm Rettung durch internationale Abrüstung, die auf dem Wege der Verständigung mit der liberalen Bourgeoisie erreicht werden sollte. Da-

mals also schon, vor dem Kriege, vollzog sich die geistige Spaltung der deutschen Sozialdemokratie in offene Reformisten, in ihre zentrümlichen Zwillingsbrüder und in revolutionäre Kommunisten. Das war die Stunde der Geburt der deutschen kommunistischen Partei, wie auch damals schon die ersten Zeichen des späteren Verrats des Proletariats durch die Mehrheitssozialisten und die jetzigen rechten Unabhängigen sichtbar wurden. Denn, indem sie die Arbeitermassen zurückhielten von der Mobilisierung ihrer Kräfte gegen die imperialistische Gefahr, indem sie sie in den Glauben einlullten, es gäbe ein anderes Mittel gegen diese Gefahr als die revolutionäre Massenaktion, lieferten sie die Arbeiterklasse an Händen und Füßen gebunden dem völkermordenden Kapitalismus aus, bevor noch der Hahn des 4. August krähte.

Proletarier und Proletarierinnen! Sollen wir Euch daran erinnern, wie Ihr zu leiden hattet dafür, daß Ihr den Kampfaufruf des Kommunismus überhört habt, daß Ihr Euch von dem pazifistisch-reformistischen Eiapopaia der Scheidemänner und Hilferdinge einlullen ließet? Die Gebeine von Millionen Proletariern, die in aller Herren Länder unter dem Rasen modern, die Millionen Krüppel, die jetzt auf Krücken humpeln, die ihr Leben verfluchen, die Millionen der verkümmerten, verdorrten Kriegskinder, sie sind die Bilanz der Opfer, die das Proletariat auf dem Altar des Kapitals bringen mußte, da es für seine eigene Befreiung keine Opfer brachte. Während der schrecklichen vier Jahre des gegenseitigen Mordens und Niedermetzelns der Arbeiter, in denen der Weltkapitalismus mit dem Eisen und Feuer speienden Munde seiner Kanonen die Weltvernichtung des Proletariats predigte, predigten die Scheidemänner und Legiene die Durchhaltepolitik. Sie beschworen das Proletariat, der Bourgeoisie zu dienen, und versprachen ihm dafür ein menschenwürdiges Leben, „Freiheit“ und „Demokratie“.

Niemals würde das Weltkapital die Arbeitermassen solange auf die Schlachtfelder haben peitschen können, wenn ihm dabei die Sozialdemokrate und die Gewerkschaftsführer nicht geholfen hätten. Und niemals würden die Reformisten, die Scheidemänner und Legiene, solange die Arbeitermassen betrügen, als Einpeitscher des Kriegsmolochs wirken können, wenn die Haase, Ledebour und Dittmänner sie nicht durch ihre zögernde und ausweichende Politik gestürzt hätten. Zuerst stimmten die verkappten Reformisten, die schwankenden Zentrumsleute in ihrer überwiegenden Mehrheit mit den Scheidemännern für die „Verteidigung des Vaterlandes“. Dann, als die Arbeitermasse unter dem Einfluß der wachsenden Not, des schleppenden Kriegsverlaufs zu murren begann, begannen sie auch oppositionelle Töne von sich zu geben. Aber sie wagten es nicht, dem Kapital die Maske vom Gesicht zu reißen. Sie ließen Karl Liebknecht, den Vorkämpfer des Kommunismus, vereinsamt sich im Kampf aufreiben und predigten die „Einheit der Partei“, Einheit mit den Handlangern und Agenten der Bourgeoisie. Tausende Proletarier saßen schon hinter Schloß und Riegel wegen ihres Kampfes gegen den Imperialismus, als diese Zentrumsführer, von den revolutionären Arbeitermassen gedrängt, sich entschlossen, gegen die Kriegskredite zu stimmen, als sie, von der Sozialdemokratie ausgestoßen, sich entschlossen, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei zu gründen. Aber nicht zum organisierten Kampfe für die Revolution, nicht zur Propaganda der Revolution, wie die revolutionäre Vorhut der Arbeiterschaft es verlangte, sondern um

durch parlamentarisches Wehklagen über die Greuel des Krieges, durch sentimentale Propaganda einer Verständigung der kriegführenden Kapitalistenkliquen ein Ventil der Massenunzufriedenheit zu öffnen.

Darum verstanden die revolutionären Proletarier, die in dem Spartakusbund, in den linksradikalen lokalen Organisationen sich die illegalen Waffen für den revolutionären Kampf geschmiedet hatten, daß diese Unabhängige Sozialdemokratie keine Organisation der revolutionären Kräfte bedeute. Ein Teil der kommunistischen Arbeiter lehnte es von vornherein ab, ihr beizutreten. Ein anderer trat ihr bei, nur um in der Zeit der größten Verfolgung durch die Ludendorffschen Schergen einen legalen Boden für die Agitation unter den revolutionären Arbeitern zu besitzen, die die „Opposition" der U.S.P.D. ernst nahmen.

Die politische Spannung zwischen Kommunisten und den Unabhängigen verschwand für keinen Augenblick, und das nicht dank der Agitation von „außen", sondern dank der revolutionären Tatlosigkeit der rechten Führer der U.S.P., die einer konterrevolutionären Haltung gleichkam. Und wie zerfressen diese Führer von ihrem konterrevolutionären Unglauben waren, das zeigten sie, als sie noch kurz vor dem Zusammenbruch die illegale revolutionäre Tätigkeit ihrer eigenen Parteigenossen, der linken Unabhängigen, als „revolutionäre Romantik" bespöttelten und bekämpften. Sogar der revolutionäre Feuerbrand im Osten, das Ergreifen der Macht durch die russische Arbeiterschaft, konnte diese Opportunisten nicht mit revolutionärer Glut erfüllen. Trotz ihrer, nicht dank ihnen, brach der deutsche Imperialismus zusammen. Die deutsche Bourgeoisie lag entwaffnet, erschrocken auf den Knien vor der Entente und dem weißgebluteten Proletariat, dem kampflos die Macht zufiel. Die sofortige Auseinanderjagung der Regierungsbeamten, der Generale, forderten die Kommunisten. Sie forderten die sofortige Beschlagnahme aller Produktionsmittel. Sie forderten die Aufrichtung Rätedeutschlands und seinen Zusammenschluß mit Räterußland. Aber die rechten Führer der U.S.P.D. dachten nicht an den revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie. Sie verbanden sich mit den von ihnen selbst tausendmal als Verräter gegeißelten Scheidemännern und durch sie mit der Bourgeoisie, indem sie diese Koalition mit dem Bürgertum unter dem Deckmantel bürgerlicher „Fachminister" dem Proletariat schmackhaft zu machen suchten. Sie brachen die Beziehungen zu Sowjetrußland ab, um für diesen Verrat den Judaslohn der Ententeunterstützung zu erlangen. Sie predigten das Vertrauen zu Wilson, dem Vertreter des stärksten kapitalistischen Staates. Sie kämpften für die Aufrechterhaltung des bürgerlichen Apparates kapitalistischer Arbeiterunterdrückung. Sie wetterten gegen die Streiks und stimmten der Einberufung der Nationalversammlung zu, die die Macht der Bourgeoisie zurückgeben sollte. Die, die jetzt über die Spaltung des Proletariats durch die Kommunisten jammern, sie hatten es durch ihre Politik so weit gebracht, daß ihre eigenen Parteigenossen, die Berliner unabhängigen Arbeiter, auf den Straßen gegen die Regierung demonstrierten, in der Haase, Dittmann und Barth saßen. Erst als sie sahen, daß sie von den eigenen Genossen verlassen wurden, traten sie aus der Regierung aus. Sie hatten ihre Pflicht vor den Scheidemännern erfüllt: sie hatten ihnen geholfen, Zeit für die Bourgeoisie zu gewinnen. An Stelle der einschläfernden Reden der Volksbeauftragten konnten die

Maschinengewehre und Minenwerfer der Noskegarden treten, um das Proletariat der Bourgeoisie zu unterwerfen.

Ein Teil der revolutionären Arbeiter beantwortete diese Politik des Verrats, indem er aus der U.S.P. austrat und unter Führung Luxemburgs und Liebknecht offen im Dezember 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands gründete. Ein anderer, die linken Unabhängigen, verblieb in der Partei, um sie in ein Werkzeug der Revolution zu verwandeln. Die Arbeitermassen, die sich um die U.S.P.D. sammelten, verstanden die Lehren, die ihnen Noske im Namen der „Demokratie" erteilte. Auf die immer frecher auftretende Diktatur der Bourgeoisie, der Junker und der bankrotten Generalität antworteten sie mit dem kommunistischen Ruf nach der Diktatur des Proletariats, nach der Zusammenfassung seiner Macht zum eisernen Hammer, der auf das Haupt der Kapitalisten niedersausen wird. Sie verteidigten Arm in Arm mit den kommunistischen Arbeitern die Errungenschaften der Novemberrevolution, die Arbeiter- und Soldatenräte. Sie bedeckten mit ihren Leichen im Kampfe mit den Noskegarden die Straßen der Städte Deutschlands, sie füllten die Gefängnisse der deutschen „demokratischen" Republik mit ihren Kämpfern.

Aber die rechten unabhängigen Führer waren nicht das Mundstück der kämpfenden Proletarierklasse. Die Presse, die sie redigierten, die Reden, die sie im Parlament hielten, sie waren nicht erfüllt vom Zorne und dem Grimm der mißhandelten Proletarier, denen das Kapital sein Joch von neuem auferlegte. Jammernd begleiteten sie den erbitterten Kampf der Arbeiterklasse gegen das Kapital mit ihren Klagen. Wo es galt, den revolutionären Kampf zu organisieren, zu vereinheitlichen, da suchten sie zwischen den Proletariern und den Kapitalisten zu vermitteln. Sogar die mit dem Blute des Proletariats erkauften Lehren von der Unumgänglichkeit der proletarischn Diktatur wußten sie zu verfälschen, in ihr Gegenteil zu verkehren, um nur das Proletariat vom entschiedenen, unausweichbaren Kampfe zurückzuhalten. In der Zeit, wo Noske seinen Hunnenzug durch das proletarische Deutschland hielt, sich den Weg durch die Leichen der Proletarier bahnend, suchten sie den Arbeitern einzureden, es sei eine Verankerung der proletarischen Rätediktatur in der Ebertinischen Verfassung möglich. Und wo das Proletariat sein Hirn anstrengte, um klar den vor ihm liegenden Golgathaweg zu erkennen, um Irrwege zu vermeiden, wo sie in den Auseinandersetzungen innerhalb der K. P. D. um den Marxismus diesen Weg in schwerem Ringen suchten, da sahen die rechten Unabhängigen nur Zank, Streitereien und Chaos, da entmutigten sie das Proletariat, indem sie diesen fruchtbringenden Klärungsprozeß als nutzlose Haarspalterei hinstellten. Es half nichts. Im Heidelberger Programm beleuchtete der kommunistische Vortrupp der Arbeiter diesen Weg.

Und siehe da: die unabhängigen Arbeiter sahen ein, daß auch sie diesen Weg schon praktisch beschritten hatten. Die Sehnsucht der revolutionären Arbeiter nach einer Einigung auf dem Boden der gemeinsamen Tat auf nationalem Boden wie im internationalen Rahmen fand ihren Ausdruck in dem Ruf nach dem Beitritt zur Kommunistischen Internationale, dieser Zusammenfassung aller revolutionären Proletarier der Welt, die, gegründet in der Hauptstadt des ersten Proletarierstaates, in Moskau, durch den grandiosen Kampf der russischen Arbeiterklasse gegen die ganze Welt des Kapitals die Herzen aller Ausgebeuteten mit dem Glauben an die eigene sieghafte Kraft erfüllte.

Gestoßen und gedrängt durch die unabhängigen Arbeiter und ihre linken Führer, mußten die unabhängigen rechten Führer das Programm der Diktatur annehmen. Aber indem sie es annahmen, suchten sie es zu einem Heft ohne Messer zu verwandeln. Sie entrüsteten sich über den Terror, die gewaltige Abwehr des Proletariats gegen seine rücksichtslosen, blutbefleckten Gegner, die eben im Kriege gegen Sowjetrußland tagtäglich bewiesen, daß sie eher alle Greuel und Verwüstungen des Weltkrieges im Bürgerkriege tausendmal übertrumpfen, als daß sie auf ihr Ausbeutungsrecht verzichten. Gedrängt und gestoßen durch die unabhängigen Arbeiter, taten die rechten unabhängigen Führer, als ob sie der Kommunistischen Internationale beitreten wollten, aber sie dachten nur eins: wie sie der Kommunistischen Internationale beitreten könnten, ohne verpflichtet zu sein, deren von den Vertretern der revolutionären Arbeiter der ganzen Welt ausgearbeiteten Kampfregeln zu erfüllen, wie sie sie in Nichts verwandeln und ungestört ihre opportunistische Politik fortsetzen konnten. Als ihnen dies mißlang, als der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale klar und unzweideutig die Grundlinien der proletarischen Politik in der Weltrevolution niederlegte und in den 21 Bedingungen die selbstverständlichen Regeln ihrer Durchführung festsetzte, da warfen die rechten Führer der Unabhängigen die Masken ab, sie begannen einen Verleumdungsfeldzug gegen das Herz des Weltproletariats: Sowjetrußland. Sie begannen einen Verleumdungsfeldzug gegen die Kommunistische Internationale als „Moskauer Knute". Sie schwenkten die Fahne der selbständigen Politik einer jeden proletarischen Kampfabteilung, als ob es nicht klar wäre, daß, wer im Weltkriege des Proletariats gegen das dem Proletariat gegenüberstehende einige Weltkapital nicht Vereinigung, nicht Vereinheitlichung der Kampfesreihen, sondern Autonomie fordert, diese Autonomie für den Verrat am Proletariat fordert. Als aber die unabhängigen Arbeiter, gewitzigt durch die vierjährigen Lehren des Weltkrieges und die zweijährigen Lehren der Weltrevolution, sich weder durch die Verleumdungen Sowjetrußlands, noch durch den Appell an die nationalistischen Gefühle etwas vormachen ließen, als sie ihren Anschluß an die Kommunistische Internationale erklärten, da bekundeten die rechten Führer ihre wahre Gesinnung, ihre proletarische Solidarität, indem sie den Zweidrittelmehrheitsbeschluß des Halleschen Parteitages mit Füßen traten, sich als U.S.P.D. erklärten, die Kassen und die Organe, die die unabhängigen Arbeiter geschaffen haben, unter dem Schutz der kapitalistischen Polizei und Gerichte stahlen. Sei's drum! Wie notwendig die Trennung von dieser zweiten Schutzgarde der Bourgeoisie war, zeigten die rechten unabhängigen Führer während der letzten Wochen nach der Spaltung in Halle, als sie, frei von den Hemmungen der linken U.S.P.-Genossen, einen Verrat am Proletariat nach dem anderen begingen. Sie fielen zusammen mit den Scheidemännern den streikenden Elektrizitätsarbeitern in den Rücken; sie erklärten sich solidarisch mit den Henckel-Donnersmarck und Hörsing in dem Versuch, die oberschlesischen polnischen Proletarier an den Karren der deutschen Kohlenbarone zu fesseln; sie halfen der deutschen Bourgeoisie, den blutigen Henker des ungarischen Proletariats, Admiral Horthy, zu stützen, nachdem sie den Boykott desselben Horthy erst unlängst als Ruhmestat der Amsterdamer Internationale gepriesen. Für die rechten Unabhängigen gibt es kein Halten mehr. Sie werden mit jedem

Tag offener ins Lager Scheidemanns abschwenken. Denn wer nicht bedingungslos für den Kommunismus, für den Bürgerkrieg, für die Kommunistische Internationale ist, der muß mit Bedingungen oder ohne sie zum Helfershelfer der Bourgeoisie werden. Ein hüben und drüben nur gibt es in der in zwei Lager gespaltenen Welt.

Indem die rechten Unabhängigen in diesem unaufschiebbaren, unaufhaltbaren, unerbittlichen Ringen sich gegen die Kommunistische Internationale gestellt haben, indem sie mit jedem Tage offener sich für die Bourgeoisie erklären, zeigen sie jedem, der sehen will, daß die Trennung von ihnen eine Vorbedingung des revolutionären Kampfes des Proletariats war, daß die Reinigung seiner Reihen von den Ditt- und Dißmännern eine ebensolche Stärkung ist wie die Reinigung von den Scheidemännern. Nur, nachdem sich die unabhängigen Arbeiter von diesen Leuten getrennt haben, die dank ihrer kleinbürgerlichen Zaghaftigkeit, Feigheit, in jedem Kampfe, in dem es hart auf hart geht, Verräter werden müssen, wird nicht bloß die Vereinigung der schon erprobten, revolutionären, kommunistischen Arbeiter möglich, sondern die revolutionären Kräfte bekommen freie Hand für den revolutionären Kampf, der ihrer harrt, werden sie die Gefahr los, daß ihnen in diesem Kampfe aus den eigenen Reihen Steine in den Weg geworfen werden. Nur dank der Trennung von den rechten Unabhängigen ist die Vereinigte Kommunistische Partei entstanden, die kein Diskutierklub, sondern die Partei der revolutionären Tat sein will, nach der die Zeit schreit.

II.

Und die Zeit schreit nach der revolutionären Tat des Proletariats. Während das Proletariat nach der Novemberrevolution das tat, was es vor ihr getan haben mußte, sollte sie eine siegreiche proletarische Revolution werden, während das deutsche Proletariat in den zwei Jahren der Revolution Erfahrungen sammelte und sie in seinem Hirne in die Lehren des Kommunismus verwandelte, suchte die deutsche Bourgeoisie ihre Herrschaft von neuem aufzurichten. Geschlagen durch die Ententebourgeoisie, auf die Knie von ihr gezwungen, lieferte sie ihr alles aus, was der Sieger verlangte, Hab und Ehre. Sie unterzeichnete trotz aller Hannibalschwüre den Schandfrieden von Versailles, der, wenn verwirklicht, die deutschen Volksmassen zum Dünger des anglo-amerikanisch-französischen Kapitals machen würde, und sie liest der Ententebourgeoisie die Wünsche von den Augen ab. Sie handelt folgerichtig vom Standpunkt ihrer Klasseninteressen. Wehrlos der Ententebourgeoisie gegenüber, weil sie das deutsche Proletariat mehr fürchtet als ihre ententistischen Besieger — will doch das Proletariat sie ganz expropriieren, während die Entente sie als Schweiß- und Hetzvogt wohl gebrauchen wird —, gibt die deutsche Bourgeoisie der ententistischen, was von ihr verlangt wird, und sucht aus den Knochen des ihr überlassenen deutschen Proletariats neue Reichtümer, neue Machtmittel herauszuschinden. Kommt Zeit, kommt Rat. Wächst die Zersetzung im Lager der Entente, braucht die Entente den deutschen Büttel für den Kampf gegen die russischen Proletarier, so wird die Zeit der „Revision" der Versailler Sklavenkette kommen. Einstweilen gilt es, die eigene, stark erschütterte Herrschaft in Deutschland zu festigen. Das Blut der deutschen Proletarier, das in den Kämpfen des Winters und Frühjahrs 1919 und dann im März 1920 vergossen wurde, war der Kitt, der die verschiedenen Söldner- und Banditen-

gruppen zur herrlichen Reichswehr verband, die unter Leitung der alten Massenschlächter auf den Straßen Deutschlands die Siege feierten, die ihnen trotz Hindenburg und Ludendorff an der Marne versagt waren. Und da die Entente die neue Befestigung der deutschen Tapferkeit zwar als eine teilweise Buße für all die in Flandern wie in Belgien, in Serbien wie in Rumänien begangenen Schandtaten begrüßt, aber die Möglichkeit ausschalten will, daß die neu erprobte Tapferkeit der Reichswehr wieder einmal nach Lorbeeren in Frankreich greifen könnte; da die Entente die Zahl der Verteidiger des deutschen Kapitalismus eng begrenzt wissen will, so baut sich die deutsche Bourgeoisie und das Junkertum in den Orgesch die geheimen Organisationen der Triarier aus, die, wenn sie in Arbeit treten werden, die neudeutsche Herrlichkeit gleichzeitig nach unten mit Proletarierleichnamen begründen und nach oben mit den heißgeliebten Hohenzollern, dem Symbol der glanzvollen Herrlichkeit, krönen werden. Während das Proletariat entwaffnet wurde, hat sich die Bourgeoisie bewaffnet. Gleichzeitig mit der äußeren „Ordnung" trat sie an die Schaffung einer inneren Ordnung, einer Ordnung in den Grundlagen ihrer Macht.

Die Arbeiter haben das kapitalistische Chaos, das Weltkriege gebiert, angeklagt. Sie hatten die Naivität, von der Bourgoisie, der sie im Januar 1919 respektvoll die Macht zurückgegeben haben, die sozialistische Ordnung der Produktion zu fordern: die Sozialisierung. Bürgerliche Professoren und Sozialpolitiker, mehrheitssozialistische und rechtsunabhängige Gelehrte, wie Franke, Rathenau, wie Cunow und Hilferding, mühten sich im Schweiße ihres Angesichts, um in den Sozialisierungskommissionen den Arbeitern das Werden einer neuen gemeinwirtschaftlichen, gesellschaftlichen Produktionsordnung vorzutäuschen und sie zurückzuhalten von der Niederwerfung der Bourgeoisie, dieser Vorbedingung der Sozialisierung. Inzwischen warf die Bourgeoisie das Proletariat nieder und ging an die S t i n n e s i e r u n g. „Ihr beklagt Euch über die wirtschaftliche Anarchie? Nun, Herr Stinnes und die Seinen werden Ordnung machen!" Und Herr Stinnes kauft Berg- und Walzwerke, Reedereien und Papierfabriken, Presse, Banken, Gelehrte und Parteien. Alles, was zur Produktion nötig ist, von der Kohle und dem Eisen angefangen bis zum geistigen Schmalz und bis zur politischen Lüge, alles sammelt eine kleine Schar der kapitalistischen Aasgeier des Krieges und der Revolution mit Stinnes an der Spitze in ihren Klauen. Als Beigabe zu den Schmierölen, Briketts, Eisenblocks und Schiffen bekommt sie unter ihre Fuchtel Millionen und Abermillionen Proletarier, vom durch Alkohol und Kohlenstaub vergifteten Kohlenhauer bis zum hungerleidenden und sich aus Not prostituierenden „freien Schriftsteller". Sogar die Spitzel des Herrn Ludendorff mit ihrem Chef Nikolai an der Spitze kauft Herr Stinnes auf als Ramsch aus der Hinterlassenschaft der Hohenzollernpracht. Und er verspricht den deutschen arbeitenden Massen: „Wenn Ihr jetzt hungert, weil planlos Betriebe eingestellt werden, so verspreche ich Euch, daß in der Zukunft nur zu Ehren meines Profits Betriebe stillgelegt werden: alles wird nach einem Plane gehen. Ich werde an meiner Ausbeutungsgesellschaft das französische feindliche Kapital interessieren, selbst für den Preis des Landesverrats und, beteiligt an der Ausbeutung des Markes Eurer Knochen, wird es Euch nach meinem Plan verhungern lassen. Und wenn Ihr klagt, daß jeder von den oberen Zehntausend spekuliert, von Sklarz, der neuen Dynastie von

Scheidemanns Gnaden, bis zu den Hohenzollern von weiland Gottesgnaden, so verspreche ich Euch: in der Zukunft wird die Dynastie Stinnes die Spekulation bestimmen und regulieren, nichts wird weder ans Ausland noch im Inland verschachert ohne den Betriebsrat des Stinnesschen Konzerns, weder Kohle, noch Bibliotheken, noch deutsche Soldaten!" Stinnes und seine Agenten, das ist jetzt die Kraft, die Deutschlands Produktion auf höherer Stufenleiter organisieren, weil das die Proletarier nicht verstanden haben. Weil ihre Hände und Hirne der Sozialisierung nicht zum Leben verholfen haben, feiert die Stinnesierung ihren Triumph.

„Die Kontinuität der Produktion (die ungestörte Fortführung der Wirtschaft) muß gewahrt werden," schrien die Scheidemänner, Legiene, die Kautsky und Hilferdinge. „Nieder mit dem Bürgerkrieg, der den Arbeitsprozeß stört." Die Kontinuität der Produktion aber äußert sich, indem nicht produziert wird, was dem hungernden und darbenden Proletarier, dem Kleinbauern und Beamten zum Leben nottut, sondern was den Aasgeiern des zerfallenden Kapitalismus Profit verspricht. Selbst in den notwendigsten und wichtigsten Betrieben wird Kapital nicht angelegt, ohne daß es verspricht, in einem Jahre zehnfach Profit zu bringen. Andernfalls wird die Produktion eingestellt, werden die Maschinen an das Ausland verkauft und die Arbeitslosen auf die Straße geworfen. Die Proletarier fürchteten die Leiden der Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus auf sich zu nehmen. Sie hungern, wenn sie arbeitslos werden, da Herr Stinnes auch eine Uebergangszeit braucht, bis er sein Reich der konzentrierten Vertrustung aufrichtet. Und sie hungern, wenn sie arbeiten, denn die Teuerung wächst und wächst und sie wird unaufhaltsam wachsen trotz vorübergehendem Preissturz. Der bankrotte Staat der deutschen Bourgeoisie mit seinen dreihundert Milliarden inneren Schulden und der schönen Aussicht auf die unbegrenzte Verschuldung bei der Entente hat nur eine Quelle seiner Existenz: die Notenpresse. Während die Knappheit an Waren, die Spekulation mit jedem Tage die Preise allen Bedarfs erhöht, produziert er jeden Tag Hunderte und Aberhunderte Millionen der buntbedruckten Papiere, schafft künstlich die Umlaufmittel für die nicht existierenden Waren und verteuert sie seinerseits mit jedem Tage. So kann der Arbeiter, der Beamte, der festbesoldete Intellektuelle der Prasserei der Bourgeoisie zuschauen, die mit dem Rufe: morituri te salutant! Orgien vor dem Altar des Kapitals feiert, bevor diesen die rote Glut verschlingt. Und während die Bourgeoisie lebt wie niemals, bedeutet die Beschaffung eines Paars Stiefels in der Proletarierfamilie eine Tragödie.

Die Mehrheitssozialdemokraten und Rechtsunabhängigen forderten einst von uns den Verzicht auf die Losung der Annullierung der Kriegsschulden, weil doch auch der kleine Mann, der Bauer, Kaufmann, kleine Rentner seine Spargroschen in Kriegsanleihen angelegt hatte. Diese Spargroschen sind jetzt angesichts der Preise aller lebensnotwendigen Waren ein Hohn auf ihre Besitzer. Der Besitzer einer Rente von viertausend Mark, also der Eigentümer von 100 000 Mark ist heute ein Hungerleider. Es entstand eine Mittelstandsfrage, die die Frage vom Hungertode von Hunderttausenden Menschen ist, die den konservativsten Teil der besitzenden Klasse gebildet haben, und für die jetzt die Weiterexistenz des Kapitalismus den Hungertod bedeutet. Die breite Schicht der Intellektuellen, die im Kriege den Millionenchorus

des Imperialismus bildeten, die die Schädel der Kriegsopfer mit Girlanden der phantastischsten Ideologen schmückten, sie können jetzt sehen, wo sie durch „Verinnerlichung ihres geistigen Lebens" das Fehlen von Brot, Fett und Fleisch ersetzen, die sie in ihren nicht einmal glänzenden, sondern in ihrem abgeschabten Elend immer weniger zu sehen bekommen. Und mit dem Wachstum aller Preise für Industriewaren wird die Lebensmittelfrage immer unlösbarer. Die Zwangswirtschaft kann sie nicht lösen. Wenn die Preise für alles, was der Bauer kaufen muß, andauernd steigen, dann kann keine Regierung, am wenigsten die, die die starken Bauernfäuste gegen die Proletarier mobilisieren will, vom Bauer mit bewaffneter Hand die Lebensmittel zu den Höchstpreisen bekommen. Gibt sie aber den Handel mit den notwendigsten Lebensmitteln frei, passen sich deren Preise denen der Industrieprodukte an, so bedeutet dies das buchstäbliche Hungertodesurteil nicht nur für die Proletarier, sondern für alle die Millionen unbemittelter Leute.

Das ist die Lage, in der sich das Proletariat, das Beamtentum, die kleinen Geschäftsleute, die Handwerker, die freien Berufe befinden. Und diese Lage wird sich immer mehr zuspitzen, verschärfen. Das Proletariat steht vor einem Abgrund. Die kapitalistische Regierung, die Regierung, die nach außen von dem wehleidigen Fehrenbach und von dem in Sittlichkeit machenden Simons vertreten wird, und die die großen Stinnes und die kleinen Sklarze und Strauße vertritt, ist ratlos. Der Schrei des Reichsbankpräsidenten: „Wir stehen vor dem Bankerott, versuchen wir, dem Rad der Geschichte in die Speichen zu greifen," ist kein Ruf der Kassandra, die die Raben herauffliegen sieht, es ist der Ruf des schon Ertrinkenden. Denn wer dem Rad der Geschichte in die Speichen fallen will, dem zertrümmert die Geschichte den Arm. Man kann das Rad der Geschichte nicht aufhalten, man kann es nur vorwärtstreiben, über die Abgründe auf das neue Ufer. Die deutsche Bourgeoisie kann es nicht. Sie hoffte auf die Hilfe des ausländischen, in erster Linie des amerikanischen Kapitals. Aber das amerikanische Kapital macht in seinem Todestanz bei sich zu Hause so herrliche Geschäfte, daß es nicht daran denkt, in den brodelnden deutschen Kessel seine Milliarden hineinzuwerfen. Und mit eigenen Kräften kann sich die deutsche Bourgeoisie nicht retten. Hilft ihr das Proletariat noch so sehr, indem es, unterernährt, abgerackert in der Fron des Hindenburgprogramms, sich durch Ueberstunden abquält, um das Programm von Spa zu erfüllen, es verlängert nur seine Leidenszeit, es ruiniert nur seine Kräfte, die für den sozialistischen Wiederaufbau notwendig sind, den Kapitalismus rettet es nicht mehr. Es gibt nur eine Rettung: die sozialistische Wirtschaftsordnung, durchgeführt durch den eisernen Arm der Diktatur der Proletarier der Hand und des Hirns.

III.

Die revolutionären Arbeiter, die Kommunisten, haben bisher versucht, die Aufrichtung der kapitalistischen Diktatur zu verhindern. Sie propagierten die Idee der proletarischen Rätediktatur. Aber in der zweijährigen kampfreichen Geschichte der deutschen Revolution war noch keine Situation entstanden, in der das deutsche Proletariat als Ganzes in den Entscheidungskampf um die Rätediktatur getreten wäre.

Es konnte in diesen Kampf noch nicht eintreten. Als die Novemberrevolution ausbrach, proklamierte das Proletariat die Herrschaft der

Arbeiter- und Soldatenräte, denn der Kaiser war geflohen, der mit Schande bedeckte Reichstag hatte sich verkrochen, die Bürokraten sahen sich ohne jede Stütze, die Offiziere ohne das Vertrauen der Mannschaft. Die Macht lag auf der Straße, und die Einzigen, die sie aufheben konnten, waren die Arbeiter und Soldaten. Aber sie trauten sich nicht zu, ohne Bourgeoisie, gegen die Bourgeoisie Herr der Schwierigkeiten zu werden. Sie fürchteten den Bürgerkrieg, ohne den sie die Macht nicht halten konnten; sie erwarteten die Rettung aus der Not von Wilson, d. h. vom ausländischen Kapital. Der Teil des Proletariats, der bewußt die Diktatur erstrebte, war so klein, daß der Spartakusbund an die Spitze seines Programms die Erklärung setzte, daß sein Sieg nicht am Anfang, sondern nur am Ende der Revolution stehen könne. Als der erste Rätekongreß die Macht in die Hände der Bourgeoisie legte, wußte die Masse der Arbeiter noch nicht, was das bedeute. Mit den Skorpionen der Noskefeldzüge brachte ihr die Bourgeoisie das zum Bewußtsein. Und in all den schweren, stürmischen Kämpfen des Winters, Frühjahrs und Sommers 1919 antwortete die Arbeiterklasse mit wilden Aufständen auf die Peitschenhiebe und Kolbenstöße, die ihr die Bourgeoisie versetzte. Die politischen und ökonomischen Aufstandsbewegungen des Proletariats endeten mit einer Niederlage nach der anderen. Aber diese Niederlagen waren fruchtbarer als kampflose Siege. In diesen Kämpfen lernten die Arbeiter den Feind kennen, sie lernten den Verrat ihrer falschen Freunde, der Mehrheitssozialisten, kennen. Wenn sie Niederlage nach Niederlage erleiden mußten, so nicht so sehr darum, weil erst die Minderheit ihrer Klasse revolutionär war. War doch der Feind nur schwach organisiert, er konnte auch von einer revolutionären Minderheit niedergeworfen werden. Die Proletarier wurden besiegt, nicht, weil der Feind bewaffnet war, — auch die Arbeiterschaft besaß noch Waffen, und würde sie sich gleichzeitig erhoben haben, so wäre er der Gewalt ihres Ansturmes erlegen. Die Proletarier wurden besiegt, weil sie vereinzelt vorgingen, in lokalen Aufständen ihre Kräfte verzettelten und dem Feind erlaubten, überall, wo es darauf ankam, als überlegene Macht zu erscheinen, um sie Teil um Teil zu schlagen. Sie wurden besiegt, weil es in den Vorderreihen des Proletariats an Zusammenfassung, an Einheitlichkeit fehlte. Das kam am hellsten, am klarsten zutage in der Kappwoche, wo der Feind verwirrt und zersplittert war, wo sich die Arbeitermasse erhob, weit über die Kreise der bewußten revolutionären Arbeiter. Sie wurden geschlagen, weil es an einer leitenden revolutionären Partei fehlte, die durch einheitliche Parolen die Arbeitermasse gesammelt hätte zu Vorstößen gegen den Feind an dem Punkt, wo er zu besiegen war, in der Frage der Bewaffnung des Proletariats.

Aber eben diese Niederlagen ließen in der Arbeiterklasse den Willen erstarken zur Bildung einer großen revolutionären Partei, als Leiterin im Kampf. Diese Partei ist da: **die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands.**

Und somit ist die Vorbedingung geschaffen für den Befreiungskampf des deutschen Proletariats, für den Kampf um die Rätediktatur.

Für den **Kampf** sagen wir, nicht für die Propaganda des Rätegedankens. Natürlich gibt es noch Millionen von Proletariern und Nichtproletariern, an die die V.K.P.D. mit Broschüren und Aufrufen sich wenden muß, um ihnen klarzulegen, wofür wir kämpfen, warum



die proletarische Diktatur nur im Bürgerkrieg erobert und mit allen Mitteln der Gewalt verteidigt werden muß. Aber während eine Partei, auf die nur Zehntausende hören, in erster Linie durch Propaganda ihre Anhänger wirbt, muß eine Partei, deren Organisation Hunderttausende umfaßt, in erster Linie auf die Millionen hören, in erster Linie durch die Tat, durch die Aktion, werben. Die K.P.D. als kleine Partei suchte in die großen Arbeiterorganisationen zu gelangen, um dort den Massen die Bedeutung des Kommunismus als „der Lehre von den Bedingungen des Befreiungskampfes des Proletariats", um mit Engels zu sprechen, praktisch an ihren Aktionsvorschlägen zu demonstrieren. Aber Massenaktionen konnte sie selbst nicht unternehmen, weil sie keine Massen hinter sich hatte. Gelang es ihr nicht, für ihre Aktionsvorschläge die U.S.P.D. zu gewinnen, so mußte sie sich auf die kritische Propaganda beschränken. Die Vereinigte Kommunistische Partei hat Kraft genug, um, wo die Ereignisse es erlauben oder es erfordern, auf eigene Faust in Aktionen zu treten. Sie will in den Gewerkschaften, in den Betriebsräten, die Hunderte, Tausende ihrer Mitglieder und die weiteren Hunderttausende ihrer Anhänger in Fraktionen zusammenfassen, sie will durch ihre Presse und ihre Aufrufe die engste Verbindung mit den denkenden Massen herstellen, ihrer Not Ausdruck verleihen, den breitesten Volksmassen das Bewußtsein dieser Not und der Möglichkeit ihrer Ueberwindung geben, und sie wird fähig sein, Aktionen des Proletariats auszulösen oder sich an die Spitze der spontan entstehenden Aktionen zu stellen.

Die V.K.P.D. wird der Odem der kämpfenden Massen, ihre Vernunft und ihr Wille sein. Sie wird in ihrer Presse der Spiegel der Not sein, die in den Arbeiterhäusern herrscht, sie wird der Sorge der Arbeiterfrau Ausdruck verleihen, die für ihre Kleinen keine Schuhe kaufen kann, geschweige denn ein Spielzeug, sie wird den Schrei der zum Hungertode verurteilten Stehkragenproletarier weitergeben. Und verbunden mit den leidenden Massen wird sie jede Bewegung, die auf die Linderung der Not abzielt, mit aller Kraft unterstützen. Sie weiß sehr gut, daß jede Lohnerhöhung durch neue Preiserhöhung zunichte gemacht wird, solange der zusammenbrechende Kapitalismus nicht niedergerungen wird. Sie weiß sehr gut, daß jeder Versuch, den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, an die Schranken der kapitalistischen Profitwirtschaft stoßen wird, solange der Profit das Ziel der Produktion bildet. Sie weiß, daß es keine Lösung der Wohnungsfrage gibt, solange die Ziegelbrennerei, die Eisenproduktion in den Händen der Kapitalisten liegt. Aber sie weiß, daß eben, weil die Not im Rahmen des Kapitalismus nicht abzuschaffen ist, nur durch den Kampf gegen die Not die breitesten Massen zum Sturme gegen den Kaptalismus zu bringen sind. Jeder Teilsieg, der den Massen auch für einen Augenblick Linderung verschafft, — und für länger verschafft er sie ihnen nicht — wird zu neuen Kämpfen anfeuern. Und jede Niederlage wird sie lehren, daß es keine Rettung aus der Not gibt, bevor der Leichnam des Kapitalismus nicht weggeräumt wird und der schöpferischen Arbeit der befreiten Arbeitermassen Platz macht. Nicht durch Predigten von der Unmöglichkeit der Hebung der Lage der Arbeitermassen unter der Herrschaft des Kapitalismus, sondern durch die energische, warme, rückhaltlose Unterstützung der Teilkämpfe der Arbeitermassen werden wir ihnen beibringen, daß es sich nicht um

Reformen, sondern um Revolution handelt. Und die Revolution, d. h. der Aufstand der am Ende ihrer Geduld angelangten Massen, sie wird nicht entstehen auf dem Wege der Parteipropaganda und in Ausführung eines von der Partei gefaßten Beschlusses, sondern sie wird kommen als Zuspitzung eines von den Massen unter Leitung der Partei geführten Kampfes um ihre Existenz. Viele solcher Kämpfe werden noch mit Niederlagen und Teilsiegen enden, viele werden nicht ausmünden in den revolutionären Kampf um die Macht. Aber schließlich wird einer dieser Kämpfe eine Situation schaffen, in der der Feind den Kopf verliert, verwirrt dasteht, und die von der Not geeinigten und vorwärts gepeitschten Arbeiter den Widerstand der Bourgeoisie samt ihrer Reichwehr und der Orgesch brechen.

In allen den Kampfsituationen, die wir herbeiführen oder die kommen werden, gilt es zu verstehen, daß sich jede zum Kampf um die Macht auswachsen kann. Das enthebt die V.K.P.D. nicht der Pflicht, in jeder Situation zu prüfen, wie weit wir unsere Linien vorrücken können, aber die Pflicht der Kommunisten ist es gleichzeitig, daß selbst, wo sie in Teilkämpfe eintreten, sie ihr Auge aufs Ganze richten müssen, weil jeder Teilkampf bei dem vulkanischen Boden, den jetzt Europa überhaupt und Deutschland im besonderen darstellt, in den Kampf ums Ganze umschlagen kann. Niemals war die Kommunistische Partei die Partei des Putsches, des Drängens nach dem Losschlagen, wenn die Situation nicht dazu reif war, obwohl sie vor Heidelberg von unmarxistischen putschistischen Elementen nicht frei war. Aber immer war sie eine Partei der Revolution. Klein, ohne Einfluß auf die breiten Arbeitermassen, hat sie für die Idee der Revolution gekämpft. Jetzt groß, sich auf breite Massen stützend, wird sie für die Revolution kämpfen. Sie kann nichts anderes tun, denn die Zeit des Sieges der Revolution naht.

Vor drei Jahren hat die proletarische Revolution in Rußland gesiegt. Drei Jahre war sie von der kapitalistischen Welt belagert und bekämpft: Von der Hungerblockade bis zu den Gelbkreuzgasen und den violetten Strahlen: alle Errungenschaften der kapitalistischen Mordtechnik wurden gegen sie gebraucht. Und sie warf eine konterrevolutionäre Armee nach der anderen. Auf jede Niederlage, die ihre Feinde aufjauchzen ließ, folgte ein Sieg, der sie größer, stärker als jemals wieder auferstehen ließ. Und die klügsten Vertreter der kapitalistischen Welt, ein Lloyd George und ein Robert Cecil, haben es nach all ihren Niederlagen verstehen gelernt: mit dem Schwerte schlagen sie die russische Revolution nicht. Womit denn wollen sie sie schlagen? Sie rechnen, daß sie an der Unfähigkeit des Kommunismus, eine neue Wirtschaftsordnung zu organisieren, untergehen wird. Aber sie werden bald merken, daß sie sich verrechnet haben. Dann wird wieder der Augenblick kommen, wo sie alle militärischen Kampfmittel gegen die proletarische Revolution Rußlands in Bewegung setzen. Und in diesem Augenblick wird sich die Entente entschließen müssen, eine Kraft gegen Sowjet-Rußland in Bewegung zu setzen, die sie bisher nicht zu mobilisieren wagte: die deutsche Konterrevolution. Churchill, der bewußteste Gegner der proletarischen Weltrevolution, hat es schon im Sommer dieses Jahres vorgeschlagen, als die Rote Armee vor Warschau stand. Der Vorschlag Churchills wird von Paris akzeptiert an dem Tage, wo die Pariser Börse sieht, daß ohne Verzicht auf ihre Versailler Shylockrechnung die russische Revolution so erstarkt, daß sie die Weltposition

des Kapitals ernstlich bedroht. Dann wird es heißen: Entscheide Dich, deutscher Proletarier! Willst du die Erdrosselung Deiner russischen Brüder zulassen, um selbst für unabsehbare Zeit Sklave des Weltkapitals zu werden, oder willst Du kämpfen?

Diese Situation, wo es sich zu entscheiden gilt, kann noch früher eintreten. Nicht gewitzigt durch die Niederlage Wrangels oder eben durch sie getrieben, sucht das französische Kapital Polen zu einem neuen Kriege gegen Rußland anzufeuern. Es sucht Ungarn zum Kriege gegen Sowjet-Rußland an der Seite Polens zu treiben, und ist bereit, dafür den Habsburgern die Stefanskrone zuzubilligen. Dann wird Deutschland das Aufmarschgebiet der französischen Truppen, die den weißen Polen zu Hilfe eilen werden oder wenigstens die Zufuhrstraße für die französischen Munitionszufuhren. Dann wird das Proletariat Deutschlands wieder vor den Schicksalsfragen stehen. Wohl gedenkt Sowjet-Rußland nicht, auf der Spitze der Bajonette der Roten Armee den Kommunismus nach Deutschland zu tragen, wie alle seine Kriege bisher Verteidigungskriege waren. Werden die deutschen Arbeiter, wenn sie die Rote Armee im Rücken der Reichswehr und Orgesch fühlen, wenn sie sehen werden, daß die bloße Nähe der Roten Armee die Kräfte der deutschen Konterrevolution bindet: werden sie dann nicht mit verzehnfachten Kräften den Kampf um die Rätediktatur aufnehmen?

Sie werden es tun. Und sie werden es mit jedem Tage unter günstigeren Verhältnissen tun! Die soziale Zersetzung in England, das Wachstum der Arbeiterbewegung und ihre Revolutionierung, die Verschärfung der Kämpfe in den englischen Kolonien bindet immer mehr die stärkste Bourgeoisie Europas. Die nahende Revolution in Italien flankiert den französischen Imperialismus, den einzigen, der mit Waffen in der Hand die deutsche Revolution angreifen kann, nachdem der Arm des polnischen Schlachzitzen im Kampf gegen Sowjet-Rußland stark erlahmt ist. Und wie sehr auch die französische Konterrevolution das revolutionäre Deutschland noch zu bedrohen vermag, sie würde es nicht niederwerfen können, wenn in der Stunde der entscheidenden Kämpfe das deutsche und russische Proletariat sich die Hände über Polen reichen werden, wo die proletarische kommunistische Bewegung mit jedem Tage mehr erstarkt und als Brücke zwischen Rätedeutschland und Sowjet-Rußland dienen würde.

Die wirtschaftliche Zersetzung des kapitalistischen Europa wächst in dem Maße, wie das andauernde Fehlen Mittel- und Osteuropas als Markt für Industriewaren und als Quelle für Rohstoffe und Lebensmittel sich immer mehr auswirkt. Und jeder Tag der Zersetzung des europäischen Kapitalismus beschleunigt den Prozeß der Radikalisierung der Arbeiterklasse. Die Zweite Internationale ist tot, die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale kann ihr Leben nur noch durch den Gebrauch pazifistisch-sozialistischer Phrasen über Frieden und Sozialisierung fristen. Die 2½-Internationale, die die Zentrumselemente bilden wollen, wird aus Mangel an Reisepässen und einer politischen Idee sterben. Die Macht, die mit jedem Tage überall wächst, wo nur Schlote rauchen und Menschen im Joch des Kapitalismus seufzen, ist die Kommunistische Internationale. Schwach noch als Organisation, verbindet sie immer größere Massen des Proletariats. Sie erhebt siegreich ihr Haupt nicht nur in den Siegen der russischen Roten Armee, nicht nur im Zentrum Europas, in Deutschland, nicht nur in der Bastille der europäischen Konterrevolution in Frankreich, wo sie jetzt

an der Formierung der Kommunistischen Massenpartei ist, sondern sie nötigt durch ihren Einfluß auf die Arbeitermassen sogar ihre geschworenen Feinde, die englischen opportunistischen Tradeunionisten, ihr zu dienen, für den Frieden mit Sowjet-Rußland einzutreten. Aus einer kleinen Propagandagesellschaft des Jahres 1919 wurde sie zu einem bestimmenden Faktor der Weltpolitik. Ihre Beschlüsse setzten nicht nur Millionen von Arbeitern in Bewegung, sondern werden von allen kapitalistischen Regierungen in Rechnung gestellt.

Die Kommunistische Internationale ist jetzt stark genug, um den Proletariern der Welt zu sagen: nicht nur um den Abwehrkampf des Proletariats gegen die niederdrückenden Tendenzen des zerfallenden Kapitalismus handelt es sich, sondern um den Befreiungskampf des Proletariats, um die Beschleunigung des Sieges. Wie die wachsende Aktivität des deutschen Proletariats während des Krieges des weißen Polen gegen Sowjet-Rußland mti dazu beigetragen hat zur Verstärkung der Position der Kommunistischen Internationale, so gibt uns diese aktive Kampfstellung der Internationale, die überall die Kampfeszuversicht des Proletariats gestärkt hat, neue Kraft. Sie stärkt unseren Willen zum Siege.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Wir sind stark und gewillt zu kämpfen. Und wenn wir uns erheben, dann werden die Orgesch und die Reichswehr wie Glas zerbrechen, denn überwältigend ist die Kraft von Millionen Proletariern, die von einem revolutionären Willen getragen sind. Wir werden für unseren Sieg keine Opfer scheuen, denn keine sind so groß, wie sie der Kapitalismus von uns fordert. Wir werden mit friedlichen Mitteln kämpfen, solange es geht, aber sollte die Bourgeoisie gegen uns mit Gewalt vorgehen, so wird sich unsere Kampfentschlossenheit nur steigern und den Tag unseres Sieges nur beschleunigen. Die Entente gedenkt sich mit der Orgesch und der Reichswehr auszusöhnen. Sie träumt vielleicht davon, mit ihrer Hilfe Deutschlands Proletariat niederzuhalten, um Deutschland zum Aufmarschgebiet gegen Sowjet-Rußland zu benutzen. Nun, wohlan, sie soll es wissen: Jeder Versuch, den deutschen Boden auszunutzen zur Niederwerfung des russischen Proletariats, wird das Bestreben der deutschen Proletarier, die rote Fahne Sowjet-Rußlands am Rhein und an der Spree zu hissen, nur beflügeln. Jedem Anschlag auf Sowjet-Rußland werden wir nicht mit dem Rufe nach der Neutralität Deutschlands, sondern mit dem Kampfe für Sowjet-Rußland beantworten.

Proletarier und Proletarierinnen aller Länder!

Der deutsche Kommunismus hat in langen Kämpfen seine Waffen geschmiedet. Er hat seine besten Führer, Liebknecht und Luxemburg, im Kampfe für die Befreiung der internationalen Arbeiterklasse verloren. Zwanzigtausend Proletarier haben mit ihrem Blute dafür gezeugt, daß die Sache der Internationale, die Sache des Kommunismus dem deutschen Proletariat heilig ist.

Wir, die Vereinigte Kommunistische Partei, wenden uns an Euch, am Tage unserer Konstituierung mit dem Gelöbnis, daß nicht auferstehen wird der deutsche Imperialismus, der Vernichter der Völker. Und wir sind sicher, daß Ihr alles daran setzen werdet, daß kein Soldat des Ententeimperialismus dem deutschen Proletariat in den Rücken fällt, wenn es in den Kampf zieht für seine und Eure Befreiung, für den Wiederaufbau der Welt auf proletarischer Grundlage.



Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands zieht in den Kampf unter dem Banner, das das Banner der revolutionären Arbeiterklasse der ganzen Welt ist, unter dem Banner, für das die besten des Proletariats geblutet haben, unter dem Banner des Kommunismus, der proletarischen Diktatur, der Räteherrschaft.

Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands zieht in den Kampf als Abteilung der internationalen kämpfenden Arbeiterklasse mit dem festen Entschluß, ihre gemeinsamen Interessen zum Leitstern ihres Kampfes zu machen und dem unbeirrbaren Vertrauen in die wachsende Macht der proletarischen Solidarität. Die Vereinigte Kommunistische Partei zieht in den Kampf mit dem tiefen Vertrauen in die Massen des deutschen Proletariats, die ihr Mutterboden sind, und deren Elite sie sein will.

Das Banner der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands wird von nun an überall dort wehen, wo das Proletariat kämpft und es wird die Fahne seines Sieges sein.

Es lebe die Weltrevolution!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Es lebe die deutsche Räterepublik!

2. **Solidaritätskundgebung für Räterußland.**

Der Parteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei, der Willensausdruck aller revolutionären Elemente Deutschlands, die mit der Dritten Internationale kämpfen wollen, begrüßt bei seinem Zusammentritt die revolutionären Proletarier aller Länder, insbesondere aber die heldenmütigen Arbeiter- und Bauernmassen Räterußlands, die unter Führung der Kommunistischen Partei den Kapitalismus durch die Diktatur niederzwingen und ungeschreckt durch ungeheure Schwierigkeiten und Opfer den Aufbau der kommunistischen Ordnung in Angriff genommen haben. Er beglückwünscht die russische Räterepublik und ihre Rote Armee zu dem gewaltigen Sieg über das letzte Bollwerk der Gegenrevolution in Rußland, die Wrangelarmee. Der Sieg Räterußlands über Wrangel bedeutet gleichzeitig seinen Sieg über das weiße Polen, den Soldknecht der verbündeten Ententeimperialisten und damit über diese Imperialisten selbst.

Der Parteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands bekennt seine aktive Solidarität mit der russischen Revolution. Er gelobt, mit allen Mitteln Sowjetrußland, den Vorkämpfer der Internationale der Tat, zu unterstützen in der Erkenntnis, daß der Sieg der russischen Revolution in Deutschland vollendet werden muß, daß das Schicksal der Weltrevolution auf das engste mit diesem Sieg verknüpft ist.

3. **Kundgebung gegen den weißen Schrecken in Ungarn.**

In Horthy-Ungarn wütet der weiße Schrecken noch immer erbarmungslos gegen das Proletariat und seine Vorkämpfer. Seit fünf Monaten, länger als der heldenmütige Kampf der Räterepublik gedauert hat, sitzen die Schergen Horthy's über die Volkskommissare Räte-Ungarns zu Gericht. Sie treten ihr eigenes Recht und Gesetz mit Füßen, sie führen eine Gerichtskomödie auf, um zehn Verteidiger der proletarischen Revolution, zehn Kämpfer für die Diktatur des Proletariats dem Galgen zu überantworten. In wenigen Tagen wird das Urteil fallen.

Der Parteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei bekennt sich bei seinem ersten Zusammentritt zu den Märtyrern der proletarischen

Sache in Ungarn und brandmarkt das bevorstehende Urteil, die neuen Schandtaten des Horthy-Regiments in der festen Ueberzeugung, daß dieses Urteil, daß die Herrschaft des weißen Schreckens sich als ohnmächtig erweisen werden, die Befreiung des Proletariats in Ungarn, das Erstehen einer neuen ungarischen Räterepublik zu vereiteln.

4. **Agrarprogramm.**

I.

Einleitung.

Das gewaltige wirtschaftliche Zerstörungswerk des Weltkrieges hat die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland unterwühlt. Der Produktionsapparat ist in diesem Höllenfeuer zusammengeschmolzen. Arbeitskräfte, Arbeitsmaschinen, Rohstoffe, Hilfsstoffe, der Goldbestand wurden dezimiert. Im selben Maßstabe aber, wie die Gebrauchswerte vernichtet wurden, wuchs die Kriegsschuld, der Anspruch der kapitalistischen Klasse auf die Früchte der Arbeit. Im selben Maße wuchs die Anarchie in der Produktion. Das Kapital, dessen geschichtliche Rolle die breiteste Entfaltung der Produktionskräfte der Gesellschaft war, hat sich in einen reinen Schmarotzer am Körper der gesellschaftlichen Arbeit entwickelt, in eine Kraft der Zerstörung und Verwirrung. Seine geschichtliche Stunde hat geschlagen. Das Proletariat ist berufen, das Urteil der Geschichte zu vollziehen bei Strafe des Unterganges der Produktion.

Der militärische Zusammenbruch des deutschen Imperialismus auf den Schlachtfeldern Frankreichs gab den Anstoß zum Beginn dieser Auseinandersetzung, die im Schoße der Gesellschaft vorbereitet lag. Ihr Auftakt war die Revolution des 9. November. Aber diese Revolution, obwohl getragen von kriegsmüden und enttäuschten Soldaten und den Arbeitern, ließ die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft unberührt. Sie erfaßte nur die äußere Staatsform. Sie verwandelte den monarchistischen Militärstaat in eine bürgerliche Republik, mit den Verrätern des Sozialismus als Firmenträgern. Die politische Form der Kapitalsherrschaft ward oberflächlich reformiert, neu unterbaut.

Aber diese politische Revolution ward zugleich der Ausgangspunkt der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, die in einer Reihe gewaltiger Streikwellen und bewaffneter Aufstände Deutschland überzog und deren Ergebnis nur der Sturz der Kapitalsherrschaft sein kann. Das Industrieproletariat leitete die Rebellion der Lohnarbeit gegen das Kapital ein. In seinen Spuren folgten die Arbeiter und Angestellten des Handels- und Geldkapitals.

Es ist klar, daß die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit nicht auf die Städte beschränkt bleiben kann. Die Kapitalsherrschaft lastet noch schwerer wie auf dem städtischen auf dem ländlichen Proletariat. Ihr Zusammenbruch droht auch dem Kleinbürgertum den Untergang an.

Das ländliche Proletariat und das Kleinbauerntum sind in ihrem Kampf gegen das Kapital gehemmt durch die örtliche Zersplitterung und die ländliche Abgeschlossenheit. Sie können nur überwunden werden durch das engste Zusammenwirken mit dem städtischen Proletariat.

Im landwirtschaftlichen Großbetrieb ist die sozialistische Produktion vorgebildet durch das Kapital selbst. Es bedarf hier nur des

Zerbrechens der Schranken des Privateigentums, der Aneignung des Landes und der Arbeitsmittel durch die Gesellschaft und des innigen Zusammenwirkens mit der sozialisierten Industrie und Handel, damit auch hier die sozialistische Arbeitsweise sich entfalten kann. Das Kleinbauerntum und der im kleinbäuerlichen Betrieb bewirtschaftete Großbauerntum leidet nicht minder schwer wie das Landproletariat unter dem Druck der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Aber in seiner Betriebsform ist die sozialistische Wirtschaftsweise noch nicht vorgebildet. Sie kann nicht mit Gewalt durchgesetzt werden. Die bürgerliche Wirtschaft hat das bäuerliche Kleineigentum durch einen jahrhundertelangen, gewaltsamen Prozeß der wirtschaftlichen Entwurzelung und des Betrugs unterhöhlt, der den Kleinbauern völlig in das Proletariat hinabschleudert oder ihn ein Zwitterdasein zwischen Industrieproletarier und Landproletarier führen läßt, der ihn vom Grund und Boden und seinen Arbeitsmitteln trennt und unter die Fuchtel des Großgrundbesitzers oder des industriellen Unternehmers stellt. Er wurde massenhaft in einen Landtaglöhner oder industriellen Lohnarbeiter verwandelt. Oder sein Landsitz wurde derart verzwergt oder verschuldet, daß er, als Fußkugel an seinem Bein, ihn in die drückendste Hörigkeit gegenüber dem Großgrundbesitz und dem Industriekapital versetzte. Die Methode der zur Herrschaft gelangten Arbeiterklasse dem Kleinbauern gegenüber kann dagegen nur die der Hilfe und der Erziehung sein, damit er den Weg zum Sozialismus finde. Es gilt, die Lage des Kleinbauern als Kleinbauern wirtschaftlich zu erleichtern durch allseitige Hilfe der sozialisierten Industrie und des Handels. Es gilt, den Kleinbauern von der bureaukratischen Schreiberzunft, die ihn bevormundete, zu befreien und ihm den Weg zur Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten durch ihn selbst zu eröffnen; es gilt schließlich, die Ansätze der kleinbäuerlichen Genossenschaften auszubauen, damit der Kleinbauer stufenweise zur genossenschaftlichen Produktion auf großer Stufenleiter gelangt.

II.

Gliederung der landwirtschaftlichen Betriebe.

Landwirtschaftliche Großbetriebe sind diejenigen, die ständig fremde Arbeitskraft gegen Lohnarbeit zur Erzielung kapitalistischen Profits anwenden und deren Inhaber nicht selbst landwirtschaftliche Arbeit verrichten.

Landwirtschaftliche Kleinbetriebe sind diejenigen Betriebe, die fremde Arbeitskraft nicht oder nur in der Weise beschäftigen, daß sie der Hauswirtschaft nach Lebensweise oder Arbeitsweise eingegliedert sind, wie die Besitzer oder ihre Familienangehörigen selbst, und deren Ertrag nicht ganz oder gerade noch ausreicht, um ihre Besitzer zu erhalten.

Landwirtschaftliche Zwergbetriebe sind diejenigen, deren Ertrag nur einen Bruchteil des Unterhalts ihrer Besitzer liefert, deren Besitzer ihr Haupteinkommen aus anderen Quellen: landwirtschaftlicher oder industrieller Lohnarbeit, Kleinhandwerk oder Kleinhandel usw., beziehen.

Landwirtschaftliche Mittelbetriebe sind solche, die einen regelmäßigen Ueberschuß über den Bedarf ihrer Besitzer erzielen, die aber in der Hauptsache auf die Arbeitskraft ihrer Besitzer und deren Familienangehörige sich stützen.



Großbäuerliche Betriebe sind diejenigen, die überwiegend sich fremder Arbeitskraft bedienen, deren Besitzer aber sich selbst an der landwirtschaftlichen Arbeit beteiligen.

III.

Forderungen.

Um das Ziel der Befreiung des ländlichen Proletariats und des Kleinbauerntums von kapitalistischer Ausbeutung und der sozialistischen Betriebsweise in der Landwirtschaft zu erreichen, stellt die Vereinigte Kommunistische Partei die folgenden Forderungen auf:

A. Für den Großbetrieb.

1. Aller Großgrundbesitz, der im Großbetrieb bewirtschaftet wird, wird samt lebendem und totem Inventar und der dazugehörigen gewerblichen Betriebe und dem Betriebskapital ohne Entschädigung vom sozialistischen Staat enteignet. Er wird Gemeineigentum der sozialistischen Gesellschaft.

2. Alle bisherigen gutsherrlichen Rechte und Patronate (gutsherrliche Jagd- und Fischereirechte, Steuerbefreiungen, Polizeirechte usw.), sowie alle Fideikommißrente werden ohne Entschädigung aufgehoben.

3. Auf jedem landwirtschaftlichen Großbetrieb bilden die ständig auf ihm beschäftigten Landarbeiter, Tagelöhner, Gutsleute, Gutshandwerker, Angestellte und die hauswirtschaftlich tätigen Familienangehörigen einen Gutsrat.

4. Der Gutsrat übernimmt unter Hinzuziehung landwirtschaftlicher Fachleute die genossenschaftliche Bewirtschaftung des Betriebes unter zentraler einheitlicher Leitung für die gesamten landwirtschaftlichen Großbetriebe.

5. Der Gutsrat bestimmt im Rahmen der zentralen Anordnungen:

a) Die Anstellung und Entlassung von Arbeitskräften;
b) die Festsetzung der Arbeitszeit und der Arbeitslöhne;
c) die Anbau- und Verwendungsart der landwirtschaftlich benutzten Flächen und die Oberleitung der mit dem Gutsrat verbundenen gewerblichen Betriebe;
d) die Ablieferung der über den Eigenbedarf des Großgutes hinaus überschüssigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse;
e) die Feststellung der Bedürfnisse des Großgutes an landwirtschaftlichen Arbeitsmitteln, die es nicht selbst erzeugt (Saatgut, Nutzvieh, Milchvieh, Zuchtvieh, Zuchtgut, landwirtschaftliche Maschinen, Geräte, Düngemittel, Futterstoffe, chemische Hilfsstoffe, Baumaterial usw.);
f) die Feststellung und Verteilung des Bedarfs an industriellen Erzeugnissen und Handelsartikeln für den Einzelbedarf (Nahrungsmittel, Kleidung, Hausgerät und Mobiliar, an Erzeugnissen der Literatur und Kunst);
g) die Feststellung des Bedarfs an Betriebskapital.

6. Die Höhe der für den Eigenbedarf der Genossenschafter des Großguts notwendigen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse des Großguts wird zentral festgesetzt. Die Ueberschüsse darüber werden an örtliche Sammelstellen abgeliefert, ebenso wie die Bedürf-



nisse der Güter an landwirtschaftlichen, industriellen und Handelsartikeln an die örtlichen Sammelstellen überwiesen werden.

7. Die abgelieferten überschüssigen Erzeugnisse des Großgutes werden der Genossenschaft gutgeschrieben.

Die Finanzierung des Großguts wird der Zentralbank des Rätestaates übertragen.

8. Die Wälder und die Jagd werden zentral bewirtschaftet durch die genossenschaftlich zusammengeschlossenen Wald- und Forstarbeiter und Forstbeamten, die ebenfalls in Räten organisiert sind.

9. Die Nutzung von Waldungen, die bisher Eigentum bäuerlicher Gemeinden waren, verbleibt den Gemeinden im Rahmen ihrer örtlichen Bedürfnisse. Die Bewirtschaftung geschieht zentral, wie die der übrigen Waldungen.

10. Die Wasserläufe werden nach Flußgebieten einheitlich bewirtschaftet.

11. Für die Zeiten der größten Arbeitshäufung im landwirtschaftlichen Betrieb, die eine Erledigung der Arbeit innerhalb bestimmter Fristen erfordern (Bestellung, Ernte), werden landwirtschaftliche Arbeiterkolonnen gebildet, deren örtliche Verteilung zentral bestimmt wird.

12. Um das Angebot ländlicher Arbeiter in den Höhezeiten des Landwirtschaftsbetriebes jederzeit zu ermöglichen, ist erforderlich, daß auch die industrielle Arbeiterschaft von Jugend auf in den Elementen landwirtschaftlicher Arbeit ausgebildet wird.

Andererseits ist erforderlich die Ausbildung der seßhaften Landarbeiterschaft in den Elementen der landwirtschaftlichen und industriellen Technik, im Interesse der technischen Entwicklung des landwirtschaftlichen Betriebes selbst, sodann aber, um denen, die für die Beschäftigung in der Landwirtschaft nicht in Betracht kommen, den reibungslosen Uebergang in die Industrie zu ermöglichen.

13. Für landwirtschaftliche Kulturarbeiten großen Stils (Urbarmachung von Oedland, Bewässerung, Entwässerung usw.), Feldbereinigung, Wegebau, Tier- und Pflanzenversuche usw.) werden vom Staat die Mittel und die Arbeitskräfte den Gutsräten zur Verfügung gestellt.

14. Landwirtschaftlicher Großgrundbesitz, soweit er nicht im Großbetriebe bewirtschaftet wird, sondern in kleine Pachten aufgeteilt ist, wird ebenso wie Großbetriebe ohne Entschädigung enteignet. Soweit dieser Landbesitz im Kleinen bewirtschaftet wurde, wird er zur weiteren Nutzung und Bewirtschaftung an die örtlichen Landarbeiter- und Kleinbauernräte überwiesen. Diese haben seine Nutzung und Betriebsart unter Beachtung der Interessen der bisherigen kleinbäuerlichen Bewirtschafter zu regeln.

15. Landwirtschaftliche Großbetriebe, die in kleinbäuerliche Betriebe eingesprengt und von keiner ausschlaggebenden wirtschaftlichen Bedeutung sind, können unter die Klein- und Zwergbauern der Umgebung aufgeteilt werden, um deren Betriebe so zu erweitern, daß ihre Besitzer sich selbst erhalten können.

16. Die staatlichen Domänen, soweit sie nicht in Kleinpachten zerteilt sind, bilden Muster- und Versuchswirtschaften unter unmittelbarer Leitung der provinziellen oder Staatszentrale. Ihnen werden Landwirtschaftliche Fach- und Hochschulen angegliedert.

17. Die Ueberwindung des kulturellen Gegensatzes zwischen Stadt und Land soll vom Staat eingeleitet werden dadurch, daß alle Elemente städtischer Kultur dem Lande zugänglich gemacht werden durch Ausbau eines engen Netzes von Schnellbahnen und anderen Verkehrsmitteln. Ferner, im Interesse der Produktion selbst, durch weitgehende Versorgung des Landes mit elektrischer Kraft, Gas usw. und endlich durch planmäßige Vereinigung von landwirtschaftlichem mit industriellem Großbetrieb.

B. Für den klein- und mittelbäuerlichen Betrieb.

1. Das Privateigentum des Klein- und Mittelbauern an Land und Arbeitsmitteln bleibt unangetastet. Er erhält das bisher von ihm bewirtschaftete Land zur freien Verfügung überwiesen.

2. Der Kleinbauer verwaltet seine wirtschaftlichen und Verwaltungsangelegenheiten selbst im Wege der Räteverfassung. Diese Selbstverwaltung tritt an Stelle der bürokratischen Bevormundung im kapitalistischen Staat.

3. Die in kleinbäuerlichen Betrieben beschäftigten Werktätigen, einschließlich der in ihrer Hauswirtschaft tätigen weiblichen Familienangehörigen schließen sich örtlich zu Kleinbauernräten zusammen.

Den Kleinbauernräten gehören auch die in den Dörfern ansässigen Kleinhandwerker und Kleinkaufleute an, die keine fremden Arbeitskräfte ausbeuten. Die örtlichen Kleinbauernräte schließen sich ihrerseits mit den Gutsräten, die innerhalb der Markung bestehen und mit den im Dorfe etwa ansässigen industriellen Arbeitern zu Dorfräten zusammen.

Die Kleinbauernräte besorgen die gemeinsamen wirtschaftlichen Angelegenheiten der Kleinbauern. Die Dorfräte besorgen die gemeinsamen wirtschaftlichen Angelegenheiten und die Gemeindeverwaltung des Dorfes.

4. Die Kleinbauernräte vermitteln den gemeinsamen Bezug von Düngemitteln, Futtermitteln, Saatgut, Zuchtvieh, landwirtschaftlichen Geräten, Maschinen und Lebensbedarf aller Art.

Sie kontrollieren zusammen mit den örtlichen Guts- und Arbeiterräten die Ablieferung ihrer überschüssigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse an die örtlichen Sammelstellen.

5. Die sozialistisch organisierte Industrie versorgt die Kleinbauern mit industriellem Lebensbedarf. Sie fördert die Vergenossenschaftlichung der Kleinbetriebe durch den Ausbau eines feinmaschigen elektrischen Kraftnetzes, durch Lieferung gemeinschaftlich zu benutzender Maschinen und Gebäude, durch Ausbau der bestehenden landwirtschaftlichen Genossenschaften, durch Ausweitung des Allgemeinen- und Fachunterrichts, durch kostenlose Zurverfügungstellung von Fachleuten für technische Verfahren usw.

6. Eine Uebergangsstufe zum genossenschaftlichen, landwirtschaftlichen Großbetrieb bildet die Zusammenlegung der Kleinbetriebe einer Markung zu einem einheitlichen Betrieb, der Markgenossenschaft (Landkommune), die von den Markgenossen gemeinsam bewirtschaftet wird. Eine Markgenossenschaft wird durch freien Beschluß der kleinbäuerlichen Ansassen der Dorfmarkung gebildet.

Der Ansatz einer Markgenossenschaft kann durch freie Vereinigung einer beliebigen Anzahl von Kleinbauern gebildet werden, die sich als Landgenossen zusammenschließen.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften und Vereine der Klein- und Zwergbauern werden bei der Lieferung von industriellen Erzeugnissen gegenüber Mittel- und Großbauern besonders bevorzugt.

7. Die Markgenossenschaft wie kleinere Landgenossenschaften werden von der sozialistischen Industrie unterstützt durch Errichtung von Markscheunen, Markställen und anderen Markgebäuden, durch Zurverfügungstellung von Geometern, Technikern, landwirtschaftlichen Fachleuten, durch Stellung von Landarbeiterkolonnen zur Bestell- und Erntezeit durch Stellung von Inventar und Betriebskapital.

8. Schulunterricht, der allgemeine und Fachausbildung umfaßt, Lehrmittel und Unterhalt während der Schulzeit sind frei.

9. Allen Schulen in Stadt und Land soll hinreichender Boden zur praktischen Ausbildung der Schüler in den Hauptzweigen landwirtschaftlicher Arbeit vom Staat zur Verfügung gestellt werden.

10. Die Hypotheken auf Grundbesitz werden verstaatlicht. Sie sind unkündbar und können vom Staat gelöscht werden.

C. Die wirtschaftliche und politische Gliederung der Guts-, Kleinbauern- und Dorfräte.

1. Die örtlichen Guts-, Kleinbauern- und Dorfräte schließen sich nach wirtschaftlichen Bezirken und schließlich für das ganze Staatsgebiet zusammen.

Jede dieser Räteorganisationen wählt aus ihrer Mitte einen Vollzugsausschuß, der die laufenden Geschäfte unter der Kontrolle der Räte besorgt und das Recht hat, Fachleute heranzuziehen. Die oberste wirtschaftliche Räteköperschaft für die Landwirtschaft ist der Zentralkongreß der Arbeiter- und Kleinbauernräte. Er wählt aus seiner Mitte als führendes Organ den Zentrallandwirtschaftsrat. Dieser gehört dem Zentrallandwirtschaftsamt an und setzt gemeinschaftlich mit ihm die allgemeinen Bestimmungen für den Betrieb der Landwirtschaft fest.

2. Die Dorfgemeinden verwalten sich durch die Dorfräte. Die laufenden Geschäfte besorgt der Vollzugsausschuß des Dorfrates.

Die Mitglieder des Vollzugsausschusses wie des Dorfrates können jederzeit von ihren Wählern abberufen werden. Die Dorfräte schicken ihre Delegierten zu den Kreis-Arbeiter- und Bauernräten, diese zu den Bezirks-Arbeiter- und Bauernräten usw., die gemeinschaftlich mit den übrigen Räten die politische Gewalt in ihrem Gebiet ausüben.

Die bürokratische Bevormundung der Landbevölkerung wird durch ihre Selbstverwaltung ersetzt.

5. **Zentralsekretariat für Landpropaganda.**

Der Vereinigungsparteitag bestätigt den Beschluß des Aprilparteitages der K.P.D., nach dem ein besonderes Zentralsekretariat zur nachdrücklichsten Betreibung der Landpropaganda errichtet worden ist.

Der Parteitag verpflichtet alle Bezirke und Ortsgruppen, die in dem Beschluß geforderten Organe zur Landpropaganda unverzüglich zu schaffen.

6. Unterstützung der internierten russischen Rotarmisten.

Eingedenk der heroischen Kämpfe der russischen Roten Armee, deren Siege zugleich die Siege des Weltproletariats sind, begrüßt der Parteitag die tausende in deutschen Konzentrationslagern schmachtenden internierten russischen Rotarmisten. Der Parteitag übermittelt diesen Vorkämpfern der Sowjetrepublik die brüderlichen Grüße der revolutionären deutschen Arbeiter. Er fordert alle Genossen im Reiche auf, ihre proletarische Solidarität durch tätige Hilfe zu erweisen. Wirkliche internationale proletarische Solidarität, die die deutschen Arbeiter ihren russischen Klassengenossen erweisen, wird im russischen Proletariat das stolze Bewußtsein stärken, daß ihr Kampf gegen den Weltimperialismus von den Arbeitern aller Länder gestützt wird.

Der Parteitag verpflichtet daher die Genossen im ganzen Reiche, die Sammlungen an Geld, Bekleidungsstücken und Lebensmitteln für die Rotarmisten in weitestem Umfange zu unterstützen und sie der Zentralen Unterstützungskommission zur Verteilung an die Lager zuzuführen.

7. Organisationssatzungen.

Mitgliedschaft.

§ 1.

Mitglied der Partei kann jede Person werden, die Programm, Satzungen und die Beschlüsse der Partei und der Kommunistischen Internationale als für sich bindend anerkennt.

Aufgaben der Mitglieder.

§ 2.

Die Parteimitglieder haben die Pflicht, im Sinne der Grundsätze und Taktik der Partei zu wirken und deren Beschlüsse durchzuführen. Sie haben sich in den Betrieben und in allen Körperschaften, in denen die Partei die Arbeit der Kommunisten für notwendig hält, insbesondere in den Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften zusammenzuschließen und einheitlich nach den Richtlinien und unter Kontrolle der zuständigen Parteiorganisation unter den Arbeitern der Betriebe und den Mitgliedern der genannten Körperschaften für die kommunistische Bewegung zu wirken.

In den Betrieben haben sich die zur kommunistischen Betriebsfraktion vereinigten Mitglieder einen Fraktionsvorstand zu wählen, der jederzeit zurückberufen werden kann.

Aufbau der Partei.

§ 3.

Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands baut ihre Organisation nicht nach Wahlkreisen, sondern nach Wirtschaftsgebieten auf, die zu Bezirken zusammengefaßt werden.

Ortsgruppen.

§ 4.

Die Grundlage der Bezirke bilden die Ortsgruppen, die sich je nach ihrer Größe in Distrikte und Straßengruppen gliedern und zu deren Führungen Distriktsleitungen und Straßenvertrauensmänner von den Distriktsversammlungen und Straßengruppen gewählt werden.

Die Ortsgruppen bauen sich auf den Distriktsorganisationen und kommunistischen Betriebsfraktionen auf, sie geben sich eigene Satzungen, die der Genehmigung durch die Bezirksleitung unterliegen.

§ 5.

Zur Erledigung der politischen und organisatorischen Aufgaben der Ortsgruppe wird ein Vertrauensmännerkörper von der Mitglieder- oder Vertreterversammlung der Ortsgruppe gewählt. Die Vorschläge dazu sind von den vereinigten kommunistischen Betriebsfraktionen oder deren Vorständen und den Distriktsversammlungen zu machen. Außerdem gehört zum Vertrauensmännerkörper die von der Mitglieder- oder Vertreterversammlung zu wählende Leiterin der Frauenagitationskommission. Ferner delegieren in den Vertrauensmännerkörper die kommunistische Fraktion der Betriebsräte, der Gewerkschaften, der Konsumgenossenschaften und der Gemeindeparlamente, sowie die Jugendorganisation ihre Vertreter.

Zur Leitung der Ortsgruppe wählt die Mitglieder- oder Vertreterversammlung nach den Vorschlägen des Vertrauensmännerkörpers einen Vorstand, dessen Mitglieder die Parteiarbeit am Orte verantwortlich zu führen haben. Im Vorstand haben ferner Sitz und Stimme die Leiterin der Frauenagitationskommission und ein Vertreter der Jugendorganisation.

Die Zahl der Mitglieder und die Zusammensetzung des Vertrauensmännerkörpers und des Vorstandes richtet sich nach der Größe und der wirtschaftlichen Struktur des Ortes und ist durch die örtliche Satzung zu bestimmen.

Bezirke.

§ 6.

Organe der Bezirke sind der Bezirkstag und die Bezirksleitung. Die höchste Instanz des Bezirkes ist der Bezirkstag, der nach Bedarf zusammentritt. Der Bezirkstag setzt sich zusammen aus den Delegierten der Ortsgruppen, die entsprechend der nachgewiesenen Mitgliederstärke die ihnen zustehenden Delegierten in Mitglieder- oder Vertreterversammlungen wählen. Nur die gewählten Delegierten sind stimmberechtigt. Der Bezirkstag setzt für die organisatorischen Angelegenheiten des Bezirks eigene Satzungen fest, die der Genehmigung der Zentrale unterliegen, er wählt die Bezirksleitung, deren Mitglieder die politische und organisatorische Leitung des Bezirks verantwortlich auszuüben haben. Die Beschlüsse des Bezirkstags sind für alle Mitglieder des Bezirks bindend.

In der Bezirksleitung haben Sitz und Stimme die Leiterin der Frauenagitationskommission und ein Vertreter der Jugendorganisation.

Parteitag.

§ 7.

Der Parteitag ist die höchste Instanz der Partei, er entscheidet über Programm, Satzungen und die internationalen Verbindungen der Partei, sowie über alle grundsätzlichen und taktischen Fragen. Seine Beschlüsse sind für jedes Parteimitglied bindend. Der Parteitag tritt nach Bedarf, mindestens aber einmal im Jahre zusammen. Der Parteitag soll nicht mehr als 300 Delegierte umfassen. Die Zahl der auf die einzelnen Bezirke entfallenden Delegierten wird von der Zentrale nach



den am vorletzten Vierteljahrsabschluß vorhandenen Mitgliedern, für die Beiträge gezahlt und an die Zentrale anteilig abgeführt worden sind, festgesetzt. Jedem Bezirk steht mindestens ein Delegierter zu. Die Wahlen zum Parteitag erfolgen in den Mitglieder- oder Vertreterversammlungen der Orte, die je nach der Zahl der im Bezirk zu wählenden Delegierten zu Wahlgruppen zusammengelegt werden können.

Auf dem Parteitag haben Stimmrecht nur die gewählten Delegierten. Mit beratender Stimme nehmen am Parteitag teil: die Mitglieder der Zentrale, des Zentralausschusses, der Revisionskommission, der Vorstand der Reichstagsfraktion, die Parteitagsreferenten, die geladenen Gäste und drei Vertreter der Jugendzentrale.

Zentrale.

§ 8.

Der Parteitag wählt zur politischen und organisatorischen Leitung der Partei und zur Kontrolle sämtlicher Organe und Funktionäre eine Zentrale, bestehend aus zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, den Sekretären und Beisitzern. Ferner gehören zur Zentrale ein von der Jugendzentrale gewählter Vertreter der Jugendbewegung und die vom Parteitag gewählte Leiterin des Frauen-Reichssekretariats. Letztere hat nur Stimmrecht in den ihr Arbeitsgebiet betreffenden Angelegenheiten.

Zentralausschuß.

§ 9.

Zur Erledigung wichtiger Angelegenheiten und Kontrolle der Zentrale wird ein Zentralausschuß vom Parteitag gewählt, zu dem die Mitglieder von den Bezirken vorgeschlagen werden. Den Bezirken bis zu 20 000 Mitgliedern steht ein Vertreter, den Bezirken über 20 000 Mitgliedern ein zweiter Vertreter, über 50 000 Mitgliedern ein dritter Vertreter zu. Der Zentralausschuß tritt nach Bedarf, mindestens aber alle drei Monate zusammen. Er hat das Recht, Ergänzungswahlen für die Zentrale vorzunehmen und übt die Rechte des Parteitages aus, wenn dessen Einberufung aus politischen Gründen unmöglich ist.

Revisionskommission.

§ 10.

Für die Kontrolle der Kassenführung der Zentrale wählt der Parteitag eine aus fünf Mitgliedern bestehende Revisionskommission, die mindestens vierteljährlich einmal die Kassenführung der Zentrale zu prüfen hat.

Parlamentsfraktion.

§ 11.

Parteimitglieder, die in parlamentarischen Körperschaften der Kommunen, Provinzen, Länder oder des Reiches tätig sind, sind ihrer zuständigen Parteiorganisation und deren Leitung verantwortlich, der die Kontrolle und der bestimmende Einfluß über diese Tätigkeit zusteht. Bei Differenzen ist eine Entscheidung der Zentrale oder des Zentralausschusses bis zum Zusammentritt des Parteitages für die Parlamentsmitglieder bindend.



Die in den Parlamenten tätigen Genossen können jederzeit von der Zentrale oder dem Zentralausschuß zurückberufen werden. Für die in den Gemeindeparlamenten und Kreistagen tätigen Genossen hat die Bezirksleitung das Rückberufungsrecht. Die Genossen haben vor ihrer Wahl eine Blankovollmacht für die Mandatsniederlegung zu unterschreiben und sie der Zentrale oder der Bezirksleitung auszuhändigen.

Beiträge.

§ 12.

Der Parteitag beschließt einen Mindestbeitrag, zu dem die Ortsgruppen Zuschläge erheben können, die von der Bezirksleitung genehmigt werden müssen. An die Zentrale sind von der Bezirksleitung 30 Prozent des vom Parteitag festgesetzten Mindestbeitrages abzuführen. Die übrige Verteilung der Beiträge zwischen Bezirksleitung und Ortsgruppen bestimmt der Bezirkstag. Die Abrechnung hat vierteljährlich zu erfolgen.

Angestellte der Partei.

§ 13.

Die Anstellung der Bezirkssekretäre, Redakteure, Agitatoren und Geschäftsführer kann nur im Einverständnis mit der Zentrale erfolgen. Die Anstellung von Sekretären und Hilfskräften in den Ortsgruppen unterliegt der Genehmigung der Bezirksleitung. Sämtliche Angestellte können jederzeit von ihrem Posten abberufen werden. Bei allen Anstellungen hat die Zentrale das Einspruchsrecht, bei Differenzen entscheidet der Zentralausschuß.

Presse.

§ 14.

Die gesamte politische und taktische Haltung der Parteipresse untersteht der Kontrolle der Zentrale. Alle Aufrufe und sonstigen Veröffentlichungen der Zentrale sind von allen Parteizeitungen aufzunehmen.

Ausschlußverfahren.

§ 15.

Wer gegen Programm, Satzungen und Beschlüsse der Partei und der Kommunistischen Internationale verstößt, wird aus der Partei ausgeschlossen.

Ausschlußanträge können durch die Mitgliederversammlungen, die Bezirksleitungen oder die Zentrale der Partei gestellt werden. Die Entscheidung fällt die Bezirksleitung, in deren Bezirk das auszuschließende Mitglied wohnt. Wird gegen den Beschluß der Bezirksleitung nicht innerhalb von zwei Wochen Einspruch bei der Zentrale der Partei erhoben, so ist der Ausschluß endgültig.

Wird rechtzeitig Einspruch erhoben, so hat die beteiligte Bezirksleitung ein Schiedsgericht von sieben Personen einzusetzen, von denen drei durch die Zentrale und je zwei durch den Angeschuldigten und die antragstellende Organisation innerhalb von zwei Wochen zu bestimmen sind.

Es kann in diesem Verfahren auf Erteilung einer Rüge, Aberkennung der Parteifunktionen oder Ausschluß erkannt werden.

Die letzte Berufungsinstanz ist der Zentralausschuß.

Die Wiederaufnahme eines Ausgeschlossenen kann nur erfolgen, wenn die Organisation, die den Ausschluß beantragt hat, vorher gehört worden ist.

8. **Zusammensetzung der Zentrale.**

Die Zentrale besteht aus zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, sieben Sekretären und fünf Beisitzern.

9. **Beitragshöhe.**

Der wöchentliche Mindestbeitrag beträgt für Männer 50 Pf., für Frauen 30 Pf.

10. **Aufstellung von Kandidaten für die Parlamente.**

Für die Aufstellung von Kandidaten für die Reichs- und Landtagswahlen steht den Wahlkreisen und Bezirken das Vorschlagsrecht zu. Die Zentrale hat das Recht, gemeinsam mit den Bezirksleitungen die Kandidatenlisten aufzustellen. Bei Differenzen entscheidet der Zentralausschuß, der auch die Landes- und Reichslisten aufzustellen hat.

Die Aufstellung der Kandidaten für die Gemeinde- und Kreisparlamente erfolgt in den öffentlichen Mitgliederversammlungen oder Kreiskonferenzen. Die Bezirksleitung ist berechtigt, gemeinsam mit den Orts- oder Kreisleitungen die Kandidatenlisten aufzustellen.

11. **Bezirkseinteilung.**

1. Berlin-Brandenburg.
2. Lausitz.
3. Pommern.
4. Ostpreußen.
5. Danzig.
6. Schlesien.
7. Ober-Schlesien.
8. Ost-Sachsen.
9. Erzgebirge-Vogtland.
10. West-Sachsen.
11. Halle-Merseburg.
12. Magdeburg-Anhalt.
13. Thüringen.
14. Nieder-Sachsen.
15. Mecklenburg.
16. Wasserkante.
17. Nordwest.
18. Oestliches Westfalen.
19. Westliches Westfalen.
20. Niederrhein.
21. Mittelrhein.
22. Hessen-Waldeck.
23. Hessen-Frankfurt.
24. Pfalz.
25. Baden.
26. Württemberg.
27. Nord-Bayern.
28. Süd-Bayern.



12. Richtlinien zur Jugendbewegung.

1. Die Lage der arbeitenden Jugend.

In der revolutionären Epoche spannt der Kapitalismus das jugendliche Proletariat gleich allen anderen Schichten des Proletariats in das Joch einer nie dagewesenen wirtschaftlichen Ausbeutung, geistigen und politischen Knechtung.

Dem wehrlosen jugendlichen Arbeiter, der zudem noch in den kritischsten Jahren körperlicher und geistiger Entwicklung steht, trifft die Wirtschaftskrise mit Arbeitslosigkeit, Aussperrung und Lohndrückung besonders schwer. Auf ihn wirft sich die herrschende Gegenrevolution. Sie preßt den durch die bürgerliche Schule unwissend und unselbständig gehaltenen, politisch entrechteten und systematisch verhetzten Jugendlichen in ihren Dienst: als Streikbrecher und Weißgardist soll der junge Proletarier seine eigene Zukunft erdrosseln.

2. Die kommunistische Jugendbewegung.

Zur Befreiung aus dieser unerträglichen Lage hat sich die proletarische Jugend ihre Kampforganisation, die Kommunistische Jugendinternationale, geschaffen, deren deutsche Sektion die „Kommunistische Jugend Deutschlands" ist. Aus der Erkenntnis, daß die Befreiung der Jugend nicht möglich ist ohne die Befreiung der gesamten Arbeiterklasse, ist die Jugendinternationale der Kommunistischen Internationale angeschlossen. In vollster Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale stellen wir fest:

Die „Kommunistische Jugend" ist ein Teil der revolutionären Bewegung. Ihre Aufgabe aber erstreckt sich nicht nur — wie bei der Partei — auf den politischen Kampf, sondern auch auf die kommunistische Erziehung des Jungproletariats. Um dieser doppelten Aufgabe gerecht zu werden, muß sie die indifferenten M a s s e n der Jugend erfassen und gleichzeitig den bereits kommunistischen Stamm der Jugend schulen.

Die „Kommunistische Jugend" ist die Vorschule der Partei. Sie hat der Partei einen praktisch vorgebildeten kommunistisch zuverlässigen Nachwuchs zu stellen. Die Partei hat deshalb die hohe Bedeutung der Arbeit innerhalb des Jungproletariats, das der Träger der neuen, der kommunistischen Gesellschaft werden muß, nicht zu unterschätzen.

3. Selbständigkeit der Jugend.

Die Entwicklung beweist, daß nur eine s e l b s t ä n d i g e Jugendbewegung erfolgreich arbeiten kann. Die psychologische Eigenart der Jugend bedingt eine besondere Organisation:

1. Sie ist imstande, an die indifferenten Massen der Jugend heranzukommen, die durch Parteiarbeit nicht erfaßt werden können und sie allmählich der Kommunistischen Bewegung zuzuführen.

2. Sie hat Erziehungsarbeit zu leisten, wie sie im Rahmen der Partei unmöglich ist.

3. Sie kann nur dann zuverlässige Kräfte für die Bewegung heranbilden, wenn ihre Mitglieder bei eigener Verantwortung selbständige Arbeit zu leisten gewohnt sind.

4. Aufgaben der Partei.

In der Erkenntnis der Wichtigkeit der Jugendbewegung für den revolutionären Kampf ist es Aufgabe der Partei, die Jugendarbeit mit

allen Kräften zu unterstützen. Eine intensive Zusammenarbeit bedeutet für beide Teile eine große Kräfteersparnis.

Die durch das Organisationsstatut festgelegte Vertretung der Jugend in den leitenden Körperschaften der Partei ist die Voraussetzung für engste politische Zusammenarbeit. Darüber hinaus müssen sich die Parteiorganisationen durch regelmäßiges Lesen der Organe der Jugend (Jugendinternationale, Internationale Jugend-Korrespondenz und Junge Garde) sowie des sonstigen Jugendmaterials über den Stand der Jugendbewegung unterrichten.

In der praktischen Arbeit muß die Partei die Jugend auf ihr Verlangen weitgehendst unterstützen:

An Orten, wo Gruppen der Kommunistischen Jugend noch nicht bestehen, haben die Parteigruppen ihre Gründung in die Wege zu leiten und möglichst schnell ihr selbständiges Arbeiten herbeizuführen.

Bestehenden Gruppen muß möglichst jede verlangte Hilfe zuteil werden (finanziell, Stellung von Referenten usw.).

Sämtliche Parteiorgane haben besondere Jugendbeilagen zu schaffen, sowie wichtige Veröffentlichungen der Jugend zu bringen, um so die Agitation der kommunistischen Jugend zu unterstützen.

Die Geschichte wird beweisen, von wie weittragender Bedeutung eine fruchtbare Zusammenarbeit von Jugend und Partei für die gesamte revolutionäre Bewegung ist. Jeder Kommunist muß sich klar sein, daß es daher seine Pflicht ist, im Sinne dieser Richtlinien zu wirken, ohne dabei in den Fehler der kleinbürgerlichen Sozialdemokratie zu verfallen, die die Jugend als nicht gleichwertige, unselbständige Genossen zu bevormunden sucht.

13. Leitsätze für die Arbeit in den Elternbeiräten.

I.

Der Kampf um die Schule ist ein wichtiger Teil des proletarischen Befreiungskampfes. Die Volksschule in der Hand des bürgerlichen Staates, der bürgerlichen Lehrer und Geistlichen ist ein mächtiges Werkzeug zur Knechtung und Ausbeutung der arbeitenden Klassen. Ihr Ziel ist die Abrichtung der proletarischen Jugend im Dienste der herrschenden Klassen.

In einer revolutionären Epoche gewinnt der Kampf um die Schule erhöhte Bedeutung. Das Bürgertum nutzt die Volksschule nicht nur aus, um in hergebrachter Weise die proletarische Jugend mit der beschränkten kleinbürgerlichen Weltanschauung, Moral und Religiosität zu erfüllen; nein, es politisiert die Schule, es verwandelt sie absichtlich und methodisch in einen Tummelplatz gegenrevolutionärer, nationalistischer, militaristischer, monarchistischer, antibolschewistischer Agitation, in eine Dressuranstalt für spätere Streikbrecher, Weißgardisten und Spitzel. Viele Lehrer und Geistliche schrecken dabei keineswegs zurück vor den übelsten Verleumdungen und Hetzereien gegen die proletarischen Eltern, vor allem gegen den revolutionären Vortrupp des Proletariats, die Kommunistische Partei.

II.

Es ist daher die selbstverständliche Pflicht der Kommunistischen Partei, den Kampf gegen diese bürgerliche Volksschule und um die Erziehung des proletarischen Nachwuchses mit aller Energie aufzunehmen. Zwar hat die endgültige Umwandlung in eine sozialistische



Einheits-, Arbeits- und Gemeinschaftsschule die Uebernahme der politischen Macht durch das Proletariat zur Voraussetzung. Der Kampf jedoch um diese Umwandlung muß heute schon innerhalb der Schule geführt werden.

Der Kampf innerhalb der Schule ist vor allem Aufgabe der proletarischen Eltern selbst. Nach dem bürgerlichen Recht sind sie die Erziehungsberechtigten. In Wirklichkeit hat ihnen der bürgerliche Staat und der ökonomische Zwang zur Lohnarbeit längst dieses Recht geraubt. Es ist die Aufgabe der proletarischen Eltern, ihre Kinder zurückzuerobern. Dies geschieht nicht dadurch, daß die Kinder der längst zerstörten und überlebten Erziehungsgemeinschaft der Einzelfamilie wieder eingegliedert werden, sondern dadurch, daß die proletarischen Organisationen, vor allem die Organisationen der proletarischen Eltern und der Jugend, maßgebenden Einfluß auf das Erziehungswesen erkämpfen.

Der Kampf um die Schule muß durch die proletarischen Elternbeiräte und Schülerräte in die Schule selbst hineingetragen werden. Dort gilt es, die Diktatur der Schulbureaukratie zu brechen, den Geist der bürgerlichen Gesellschaft auszufegen, die Kontrolle zu gewinnen über den Lehrplan, die Unterrichtsmethoden, die Handhabung der Schulangelegenheiten. Die proletarischen Eltern- und Schülerräte müssen Schritt um Schritt in zähem Kampf gegen die bürgerliche Schulgesetzgebung und Schulverwaltung und in engster Gemeinschaft mit den sozialistischen Lehrern und mit den übrigen Organisationen des Proletariats die Volksschule umwandeln aus einer Drillanstalt der Gegenrevolution in eine Pflanzstätte revolutionärer Kämpfer und tüchtiger Werkleute des kommunistischen Aufbaus.

III.

Wie es die Aufgabe der kommunistischen Jugendorganisationen ist, überall in der Volksschule und in den Fortbildungsschulen Schülerräte ins Leben zu rufen, so ist es Aufgabe der Kommunistischen Partei, proletarische Elternbeiräte zu schaffen. Wo noch keine Elternbeiräte existieren, sind die proletarischen Massen durch lebhafte Propaganda für ihre Schaffung zu gewinnen, ist die Wahl der Elternbeiräte in die Wege zu leiten. Die nächsten Aufgaben dieser proletarischen Elternbeiräte bestehen in der ernsten, methodischen Beschäftigung mit allen aktuellen Schul- und Erziehungsfragen, in dem zähen Kampf um die Erringung des maßgebenden Einflusses auf Schulverwaltung und -unterricht. Vor allem müssen die proletarischen Elternräte das Recht erkämpfen, dem Unterricht beizuwohnen, mit zu bestimmen bei der Auswahl des Lehrstoffes, bei der Aufstellung des Lehrplanes, bei allen Fragen der Schuldisziplin, bei Anstellung, Entlassung und Dispensierung von Lehrkräften.

Zur Durchsetzung ihrer Forderungen bedienen sich die Elternräte aller zweckmäßigen, parlamentarischen und außerparlamentarischen Mittel, einschließlich des Schulstreiks. Der Kampf der Elternräte wird jedoch erfolglos bleiben, wenn sie nicht zugleich die breitesten proletarischen Massen von der Notwendigkeit dieses Kampfes überzeugen und ihrer Unterstützung bei allen schulpolitischen Aktionen sicher sind. Der Kampf um die Schule kann nur geführt werden im engsten Zusammenwirken der proletarischen Eltern- und Schülerräte mit den revolutionären Massen selbst.



IV.

Die proletarischen Elternräte sind die Vertretung der proletarischen Gesamtelternschaft. Sie sind daher zu wählen in den Elternversammlungen des betreffenden Schulbezirks. Sie sind diesen Elternversammlungen für ihre Tätigkeit Rechenschaft schuldig und an deren Beschlüsse gebunden. Sie können jederzeit von ihren Wählern zurückberufen und durch neue ersetzt werden.

Die Elternräte schließen sich zusammen nach Gemeinden, Provinzen und zentral übers Reich. Die Kontrolle des Schulwesens durch die proletarischen Elternräte hat zu geschehen nach einheitlichen, pädagogischen und schulpolitischen Richtlinien.

Wo bereits gesetzliche Elternräte bestehen, ist es die Aufgabe der Kommunisten, in diese hineinzugehen, um als vorwärtstreibende revolutionierende Kraft im Sinne des kommunistischen Schulprogramms darin zu wirken.

Es ist Aufgabe der proletarischen Eltern, in den gesetzlichen Elternräten den von den bürgerlichen Behörden gezogenen engen Rahmen zu sprengen, um die Befugnisse des Elternrats in zähem Kampfe zu erweitern und so den Elternrat aus einem Hilfsorgan der bürgerlichen Schulbureaukratie in ein Kampforgan des revolutionären Proletariats zu verwandeln.

V.

Zu diesem Zweck erheben die Kommunisten in den Elternbeiräten folgende Forderungen: Kampf um

1. Das Recht der proletarischen Elternräte, jederzeit und unangemeldet dem Unterricht beizuwohnen.

2. Die Zuziehung der proletarischen Elternräte mit Stimmrecht zu allen Konferenzen und Sitzungen des Lehrkörpers, in denen Fragen des Unterrichts, der Lehrmittel, des Lehrplans, der Schuldisziplin, der Ferien, der Schulhygiene, der Zeugnisse und der Versetzung usw. besprochen werden.

3. Den maßgebenden Einfluß der proletarischen Elternräte bei der Durchführung von Schülerspeisungen, Verteilung an Kleidung, bei der Auswahl der Kinder für Ferienkolonien, bei der Wahl des Schularztes, bei Verhängung schwerer Strafen.

4. Einführung von Schülerräten, die von den Schülern der einzelnen Klassen frei gewählt werden, und deren Befugnisse entsprechend der Altersstufe zunehmen.

5. Das Recht der proletarischen Elternräte, die Suspendierung bzw. Entlassung von Lehrkräften zu beschließen, die sich gegenrevolutionärer Agitation oder grober Mißhandlung der Kinder schuldig machen. Vetorecht der Elternräte gegenüber der Anstellung mißliebiger Lehrkräfte.

6. Den maßgebenden Einfluß der Landeselternräte bzw. des Reichselternrats auf die gesamte Schulgesetzgebung.

Die kommunistischen Elternräte sind sich bewußt, daß diese Forderungen innerhalb des bürgerlichen Staates nicht durchgesetzt werden können, weil sie dem Zweck der bürgerlichen Schule widersprechen, ihn geradezu aufheben. Um so notwendiger ist es, den Kampf um diese Forderungen aufzunehmen, die Rechte der Elternräte in dieser Richtung zu erweitern. Nur durch diesen Kampf im engsten Zusammenhang mit dem politischen und wirtschaftlichen Befreiungskampfe wird es gelingen,

die Forderungen des kommunistischen Schulprogramms zu erfüllen, die proletarischen Kinder der Verfügungsgewalt der Bourgeoisie zu entreißen und die Volksschule aus einem Werkzeug der Gegenrevolution in eine Quelle revolutionärer Kraft und sozialistischer Kultur zu verwandeln.

14. Resolution zur Arbeitslosenfrage.

Die in Auflösung begriffene kapitalistische Wirtschaftsordnung bringt der Arbeiterklasse neben hundert anderen Uebeln die Geißel der Arbeitslosigkeit. Ist schon die Not und das Elend für die in Arbeit stehenden Proletarier zu ungesehener Höhe angewachsen, so wird der Zustand des Elendes für das arbeitslose Proletariat einfach unerträglich. Der Lohn der Arbeitenden ist unter das Existenzminimum gesunken, die Unterstützung der Erwerbslosen beträgt nur einen Bruchteil des Arbeitsverdienstes, die kapitalistische Gesellschaft kann ihre Lohnsklaven nicht mehr ernähren, sie muß sie der absoluten Verelendung überantworten. Nahm vor Beginn des Krieges die Bevölkerung Deutschlands jährlich um 800 000 zu, so ist jetzt die Zahl der Sterbefälle weit größer als die Zahl der Geburten. Vor dem Kriege brauchte Deutschland zur Befriedigung seiner Wirtschaft mit Arbeitskräften einen Zustrom von fremden Arbeitskräften in Höhe von 1 600 000. Jetzt liegen Hunderttausende deutscher Arbeitskräfte hungernd auf der Straße. Es stirbt die Wirtschaft und mit ihr die arbeitende Klasse.

Die Erhaltung der Arbeiterexistenz ist aber die Kernfrage aller Kultur. Der hungernde Mensch verliert physisch und seelisch seine Arbeitsfähigkeit, er wird darum aus einem der Gesellschaft nützlichen zu einem von der Gesellschaft lebenden Menschen, und belastet damit die Gesellschaft. Die furchtbare Not treibt die Erwerbslosen zu Verzweiflungstaten und nicht nur zu solchen, die sich richten gegen die Bourgeoisie und ihren Staat, sondern auch gegen die eigenen Klassengenossen, es besteht die Möglichkeit, ihn zu konterrevolutionären Zwecken zu mißbrauchen. Für die Arbeitenden wird die wachsende Arbeitslosigkeit eine zunehmende Gefahr, weil die große Zahl der Arbeitslosen es der kapitalistischen Klasse ermöglicht, einen Lohndruck auf die Arbeitenden auszuüben, und diese in ständiger Angst zu halten, ebenfalls arbeitslos zu werden. Damit wird ihre Widerstandskraft gelähmt. Gegensätze zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen werden so seitens der Kapitalisten gezüchtet. Schon sind eine Reihe Anzeichen dieser Art vorhanden. Diese Entwicklung schwächt die Arbeiterklasse, stärkt die Bourgeoisie und hindert damit den Sieg der Revolution.

Die Arbeitslosenfrage, ein ständiges Problem des Kapitalismus, kann erst wirklich gelöst werden nach Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaft. Der Sieg der sozialen Revolution setzt aber voraus die Aktivität der gesamten Arbeiterklasse und ihr Bewußtsein, daß zur Rettung des gesellschaftlichen Lebens der Sturz des Kapitalismus dringende Notwendigkeit ist. Diesen Kampf erfolgreich zu organisieren und geistig vorzubereiten, ist die erste Aufgabe aller Revolutionäre. In diesem revolutionären Kampf muß der Arbeitslose als revolutionäres Element verwendet werden. Die Arbeitslosigkeit gegen die Existenz der Kapitalistenklasse muß gerichtet werden, um den revolutionären Willen und den Elan der Arbeiterklasse zu steigern. Dies kann aber nur dann geschehen, wenn der Arbeitslose und der arbeitende Proletarier sich miteinander verbinden. Der Arbeitslose muß die Ge-

wißheit haben, daß der Arbeitende gewillt ist, für die Interessen der Erwerbslosen zu kämpfen, und der Arbeitende muß wissen, daß der Arbeitslose nicht gegen ihn von den Kapitalisten ausgespielt werden kann. Das setzt voraus, daß das Gesamtproletariat dafür wirkt, daß der Erwerbslose existenzfähig erhalten wird, damit er an den revolutionären Kämpfen teilnehmen kann. Die gegenwärtigen Zustände bedeuten für die Arbeitslosen jedoch den sicheren Untergang.

Ihn davor zu retten, ist die Aufgabe, die die Revolution an das Proletariat stellt. Jede Forderung der Arbeitslosen, die sich diesen Zweck stellt, muß darum von jeder revolutionären Partei unterstützt werden. Es ist dabei nicht zu fragen, ob diese Forderungen die Schwierigkeiten des bestehenden Gesellschaftssystems noch vergrößern. Es ist nicht unsere Aufgabe, den bürgerlichen Staat aus seiner Not zu retten, sondern ihn zu stürzen. Die Forderungen der Erwerbslosen müssen solche sein, die sie nicht in einen Gegensatz zu den Arbeitenden bringen, das ist die einzige Grenze derselben. Den Arbeitslosen muß geholfen werden, sofort und insoweit, daß ihnen die Existenz sofort ermöglicht wird. Als solche Forderungen kommen im Augenblick in Frage:

1. sofortige Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung für Männer und für Frauen zur vollen Höhe des Arbeitsverdienstes. Das gleiche für die Kurzarbeiter.
2. Herabsetzung aller Preise für Lebensmittel und Massenbedarfsgüter.
3. Schnellste Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß durch entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn.

Der Kampf um die Verwirklichung dieser Forderungen wird Kämpfe auslösen, die nur enden können mit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Für diese Forderungen gilt es auch diejenigen Arbeiterkreise zu mobilisieren, die noch nicht begriffen haben, daß der Kampf um die Erhaltung der Arbeiterexistenz ein politischer Machtkampf ist und nur als solcher siegreich sein kann. Die Vereinigte Kommunistische Partei verpflichtet ihre Mitglieder, die Mobilisation der gesamten Arbeiterklasse und ihrer Organisationen für diese Verteidigung des Lebens der Arbeitslosen zu bewirken. Der Parteitag beschließt darum:

Es werden alle rednerisch fähigen Genossen aufgeboten, um in den Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen gleichzeitig die Frage zu behandeln. — In den Betriebsversammlungen ist das Thema zu stellen: Die Not der Arbeitslosen und wie helfen wir Arbeitenden denselben? In den Gewerkschaften soll es lauten: Welche Pflichten haben die Gewerkschaften gegen die Arbeitslosen?

Entsprechend den besonderen Verhältnissen des Betriebs-, des Wirtschaftsbezirks oder der Berufsorganisation müssen diese Fragen klar und scharf gestellt und zu unmittelbaren Aktionen gesteigert werden. Die Losungen müssen Kampflosungen sein. Es muß den Arbeitenden in den Betrieben in das Bewußtsein gehämmert werden, daß der Kampf für die Arbeitslosen der Kampf für ihre eigenen Interessen ist. In den Gewerkschaften ist der Beweis anzutreten, daß die Gewerkschaft ihre Existenz zerstört und Verrat an der Arbeiterklasse übt, wenn sie nicht den Kampf zur Lösung der Arbeitslosenfrage aufnimmt.

Diese Kampfregeln in den Betrieben und in den Gewerkschaften sind zu unterstützen in der Presse und durch Flugblätter. Dazu sind die Arbeitslosen ständig heranzuziehen und die Aktionen gemeinsam vorzubereiten und durchzuführen. Damit die Arbeitslosen ihre Interessen wirksamer vertreten können und imstande sind, ein wirksames Druckmittel auf die den Kampf hindernden Elemente auszuüben, sind sie organisatorisch nach Wirtschaftsgebieten, Wohnbezirken und Berufen zusammenzufassen.

In den Gemeinde-, Staats- und Reichsparlamenten müssen gleichzeitig Anträge eingebracht werden auf Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und Anwendung staatlicher Zwangsmaßnahmen zur Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß. Wir wissen, daß bei diesen Anträgen nicht viel herauskommen wird, aber es gilt, durch diese Anträge und ihre Behandlung die Bourgeoisie und die „Arbeitervertreter" zu zwingen, Farbe zu bekennen, die demokratische, parlamentarische Methode zu entlarven als Volksbetrug. Werden so alle Kräfte gleichzeitig eingesetzt, um die gesamte Arbeiterklasse mit dem ganzen Ernst der Situation vertraut zu machen, und werden die genannten Aktionen in und außerhalb der Parlamente unterstützt durch Demonstrationen der Arbeitenden und Arbeitslosen, so muß es gelingen, die Gegensätze zwischen den Lebensinteressen der Arbeiterklasse und dem kapitalistischen System vor den breiten Schichten des Proletariats so herauszustellen, daß Millionen begreifen werden, daß der revolutionäre Kampf zur Ueberwindung des Kapitalismus geführt werden muß.

15. **Zur Erwerbslosenfrage.**

Der vom 4. bis 7. Dezember in Berlin tagende Parteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands erklärt, daß er die Lage der Erwerbslosen voll und klar erkennt. Er weiß, daß die Vertreter der Erwerbslosen Deutschlands im ständigen Kampfe mit der konterrevolutionären Regierung stehen, um die berechtigten Forderungen der Erwerbslosen zur Durchführung zu bringen. Der Parteitag ist verpflichtet, alle Genossen und Funktionäre der Partei in allen Bezirken Deutschlands die Vertreter der Erwerbslosen in jeder Weise in ihrem schweren Ringen praktisch und finanziell zu unterstützen, damit die Forderungen, die die Partei bereits in den Thesen festgelegt hat, unbedingt zur Durchführung kommen.

16. **Leitsätze für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften.**

Die gegenwärtige Tätigkeit der Gewerkschaften in der Zeit des Verfalls der kapitalistischen Wirtschaft gleicht der Arbeit jenes sagenhaften Sysiphus, der im Schweiße seines Angesichts einen Stein den Berg hinaufrollt mit dem Ergebnis, daß er, oben angelangt, wieder den Berg hinabrollt. Das muß anders werden. Die deutschen Gewerkschaften zählen heute neun Millionen Mitglieder, und diese neun Millionen sind bisher nicht imstande gewesen, durch ihre gewerkschaftliche Tätigkeit die absolute Verelendung der gesamten Arbeiterschaft aufzuhalten.

Die Gewerkschaften sind entstanden aus den Bedürfnissen der Arbeiterklasse, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen unmittelbar zu verbessern.

Diese Aufgabe erfüllen die Gewerkschaften in Westeuropa in jenem Abschnitt der kapitalistischen Entwicklung, in dem das stürmische Wachstum der Industrie und des Handels die Arbeitskräfte auf dem Arbeits-

markt Europas anzog, so daß die von der Industrie gebrauchten Arbeitskräfte mittels ihrer gewerkschaftlichen Organisation den Arbeitsmarkt so beeinflußten, daß sie die Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln konnten durch fortwährenden hartnäckigen Kleinkrieg. Die nackte Existenz der kapitalistischen Lohnarbeiter wurde dadurch im großen und ganzen sichergestellt.

Dieser Kampf in der sogenannten friedlichen Epoche des Kapitalismus ist von Anbeginn ein reiner Arbeiterkampf.

Die heftige Gegenwehr der kapitalistischen Staatsmacht und des kapitalistischen Unternehmertums gegen die Gewerkschaften hatte denn auch nicht die Folge, daß etwa die Gewerkschaftsbewegung die Entwicklung des Kapitalismus gehemmt hätte. Die durch den gewerkschaftlichen Kampf erzielte bessere Existenz breiter Arbeitermassen wurde vielmehr eine der stärksten Voraussetzungen der Entfaltung des westeuropäischen Kapitalismus.

Die einigermaßen auskömmlich entlohnten qualifizierten Lohnarbeiter bildeten die Träger der technischen Entwicklung des modernen Kapitalismus.

So wurden die Gewerkschaften trotz aller Gegensätzlichkeit zu den kapitalistischen Machtorganen **ein wichtiger Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft.** Jetzt beim Zusammenbruch der Wirtschaft durch den Krieg und die Nachkriegswirtschaft werden sie zu dem festen Bollwerk der kapitalistischen Wirtschaft und Herrschaft, weil sie den wichtigsten Teil der deutschen Arbeiterklasse in den Dienst der Erhaltung der kapitalistischen Macht stellen. Im Krieg wurden die Gewerkschaften offen in den Dienst der Kriegspolitik der kriegführenden Kapitalistenklasse gestellt. Ebenso wurden sie nach dem Krieg durch die Arbeitsgemeinschaft in den Dienst der Aufrechterhaltung der unerträglichen kapitalistischen Ausbeutung gestellt.

Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges, die wahnsinnige Teuerung, die Wohnungsnot, die Arbeitslosigkeit treiben die arbeitenden Massen in den schärfsten Kampf gegen den Kapitalismus. Dieser Kampf nimmt immer mehr revolutionäre Formen an. Das Proletariat fühlt mehr oder weniger deutlich, daß nur der Sturz der kapitalistischen Staatsgewalt und die Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutung einen Ausweg aus dem namenlosen Elend bringen kann. In diese dadurch entstehenden Kämpfe trägt die Gewerkschaftsbureaukratie im Augenblick des Kampfes Zwietracht in die Reihen der Kämpfer. Die Bureaukratie, die in den Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern paktiert, hat heute noch im großen Umfange die Kommandogewalt über Millionen Gewerkschaftler, diese Bureaukratie wird gestützt durch die neue kapitalistische Staatsmacht und die kleinbürgerlich zaghafte Angst vor dem ernsthaften Klassenkampf durch die Gewerkschaftsmitgliedschaften. Die Gewerkschaften haben in allen Ländern nach dem Kriege Millionen von Arbeitern neu aufnehmen können, die alle eingetreten sind in der Hoffnung, daß die Gewerkschaft helfen würde, ihre unerträglichen Existenzverhältnisse zu bessern.

Die Massen fühlen sich in ihren Hoffnungen getäuscht. Die Gewerkschaften sind aber heute die stärksten proletarischen Massenorganisationen. Es ist daher Pflicht der Kommunisten, in den Gewerkschaften zu wirken, um sie zu revolutionären Kampforganisationen zu machen. Für die Arbeit in den Gewerkschaften gilt es, im Rahmen folgender **Richtlinien** tätig zu sein:



I.

Bei **Lohnkämpfen** ist es Aufgabe der Kommunisten, für energische Durchführung der Bewegung sich einzusetzen. Obgleich jede Lohnerhöhung heute im günstigsten Falle nur eine ganz vorübergehende Linderung der Notlage der betreffenden Arbeiterkategorie bringen kann, müssen die Kommunisten an vorderster Stelle gegen das Unternehmertum kämpfen. Nur wenn die Kommunisten in den Lohnkämpfen ihre ganze Kraft für die Verwirklichung der Forderungen einsetzen, können sie wirksam auf das Unzulängliche der bloßen Lohnerhöhungen hinweisen und in der Arbeiterschaft für weitergehende Kämpfe: um die Produktionskontrolle, um die Eingliederung der Arbeitslosen und die Sicherung der Existenz der Arbeiterklasse überhaupt, in den Gewerkschaften wirken.

II.

Die Lohnbewegungen der Gewerkschaften werden heute fast alle durch Abschluß eines **Tarifvertrages** oder durch **Schiedssprüche** von Schiedsgerichten beendet. Es ist Aufgabe der Kommunisten, klar darauf hinzuweisen, daß **heute**, in der Zeit des kapitalistischen Verfalls, jeder Tarifvertrag und jeder Schiedsspruch ein Ausfluß der Schwäche im Sinne des Endkampfes der Arbeiter ist. Je länger die Unfähigkeit zum Kampf um die endgültige Niederringung des kapitalistischen Gegners anhält, desto mehr wächst die Verelendung der Arbeiterklasse. Ist es unmöglich, im gegebenen Augenblick den Kampf weiterzuführen, dann dürfen die Kommunisten jedoch nicht davor zurückschrecken, sich mit einem Tarifvertrag oder einem Schiedsspruch abzufinden. Ausschlaggebend für die Haltung der Kommunisten bei Lohnbewegungen ist die Erreichung eines möglichst großen Erfolges für die gesamte Arbeiterschaft, nicht für eine einzelne Gruppe.

III.

Die Praxis der Gewerkschaften, die Lohnkämpfe durch Verhandlungen und Tarifverträge abzuschließen und dadurch den Niederbruch der Wirtschaft durch Klassenharmonie zu beheben, hat die **Arbeitsgemeinschaften** geboren. Die Arbeitsgemeinschaft soll dazu dienen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit dem Unternehmertum auf dem Verhandlungswege zu regeln **unter Vermeidung des Kampfes**. Der Krieg hat jedoch den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit so zugespitzt, daß die Existenz der einen Klasse nur auf Kosten der anderen möglich ist. Sollen die Kapitalisten weiter von der Ausbeutung der besitzlosen Proletarier leben, — und sie wollen es, — dann ist dies nur möglich, wenn die Arbeiter Zins und Zinseszins aufbringen für die Schulden der deutschen Staatsgläubiger und die Lasten für die Kriegsentschädigung an die Entente, es ist nur möglich, wenn die Arbeiter ihre notwendigen Forderungen vertagen, um den Kapitalisten den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft zu ermöglichen.

Das bedeutet Verkürzung der Löhne, Aufhebung des Achtstundentages und endlose Verlängerung der Arbeitszeit, Millionen Arbeitslose, die verhungern müssen. Wollen das die Arbeiter nicht, dann müssen sie die Kampfkraft aufbringen, daß die Staatsschulden annulliert, alle Arbeitslosen in den Produktionsprozeß eingegliedert werden oder Unterstützungen in der vollen Lohnhöhe der Arbeitenden erhalten. Das

bedeutet Vernichtung der auf der Profitwirtschaft aufgebauten Existenz der Kapitalistenklasse, Steigerung und Umstellung der Produktion auf den Massenbedarf.

Diese Fragen über Leben und Tod der Klassen geben keine Verhandlungsgrundlage für die Arbeitsgemeinschaften. Eine kampflos erreichte Lohnerhöhung einer Branche ändert an dieser Tatsache nichts. Darüber wird nur entschieden im Kampfe um die politische Macht. Die Arbeitsgemeinschaften dienen deshalb nur der Existenz der Bourgeoisie, sie sind von den Kommunisten zu bekämpfen durch Arbeit in den Gewerkschaften, die diese in den Dienst des revolutionären Kampfes eingliedern.

IV.

Dieser Kampf ist ein Kampf um die *Kontrolle der Produktion*, ein Kampf um *Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß*, ein Kampf um die *Sicherung der Existenz vor allem der Arbeitslosen, Arbeits- und Kriegsinvaliden, der Kurzarbeiter*, wie der gesamten Arbeiterklasse überhaupt. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeitenden genügt heute nicht mehr, wo Millionen Arbeitslose und Millionen Kurzarbeiter dem Hungertode preisgegeben sind.

Die Kommunisten müssen dafür wirken, daß die Gewerkschaften in Verbindung mit den Betriebsräten sich jeder Einschränkung oder Stilllegung eines lebenswichtigen Betriebes widersetzen und den geschlossenen Widerstand der Gewerkschaften, der Arbeiterschaft eines ganzen Ortes oder Industriebezirkes zu organisieren bis zur Grenze ihrer Macht. Es gilt den Kampf zu steigern aus einzelnen *Teilaktionen zur Massenaktion über das ganze Reich* bis zum Sturze der Bourgeoisie und Errichtung der Diktatur des Proletariats. Durch Demonstrationen und ernsthaft von der Gewerkschaft vorbereitete *Betriebsbesetzungen* gilt es diesen Kampf propagandistisch vorzubereiten.

V.

a) Die Kommunisten müssen die Gewerkschaften mobilisieren zu einem ernsthaften Kampf um die *Versorgung der Arbeiterschaft mit Lebensmitteln.*

   Die fortgesetzte Steigerung der Lebensmittelpreise hat bereits Demonstrationen und Aktionen gegen die Teuerung hervorgerufen. Arbeiter, Angestellte, Beamte und verarmte Kleinbürger erhoffen von einer Beeinflussung der Lebensmittelversorgung durch ihre Mitwirkung an der behördlichen Preisgestaltung eine Lösung des Gegensatzes zwischen Einkommen und Kosten der Lebenshaltung. Das ist eine Täuschung, an die wir bei unserer Agitation anknüpfen müssen.

   Die Not der Arbeitslosen treibt die Hungernden zu Verzweiflungsaktionen. (Bereits sind hungernde Arbeitslose auf die Dörfer gezogen, um sich Lebensmittel zu holen.) Diese Praxis wird stellenweise hintenherum von den Behörden gefördert. Das führt zu einem Gegensatz der städtischen Arbeiter zu den Kleinbauern und Landarbeitern. Die Versorgung der städtischen Arbeiter mit Lebensmitteln und der Landarbeiter mit Industrieprodukten darf kein Kampf der Industriearbeiter gegen die Land-

arbeiter und Kleinbauern werden. Er muß ein von und in den Gewerkschaften und Betriebsräten unter Hinzuziehung der Konsumvereine und landwirtschaftlichen Genossenschaften beziehungsweise Guts- und Kleinbauernräte organisierter Austausch von Industrieerzeugnissen gegen landwirtschaftliche Produkte erkämpft werden. Dieser Kampf um Lieferung von Lebensmitteln kann beginnen mit einem Austausch von Kartoffeln, Getreide, Vieh usw., beschlagnahmt durch die Guts- und Kleinbauernräte in Verbindung mit den Landarbeiter-Gewerkschaften gegen Industrieprodukte, die beschlagnahmt von den Gewerkschaften und Betriebsräten der Städte geliefert und unter Beteiligung der Konsumgenossenschaften verteilt werden.

b) Die Gewerkschaften müssen durch die Kommunisten veranlaßt werden, der ungeheuren Wohnungsnot entgegenzuwirken.

Die Aufteilung übergroßer Wohnungen und Villen der Reichen an die Wohnungslosen, die Beschlagnahme der Wohnungsmieten für Reparaturkosten sowie der Wohnungsneubau durch staatliche und kommunale Mittel ist schnellstens herbeizuführen.

VI.

Die Versorgung mit Kohlen für den Hausbrand der arbeitenden Bevölkerung und Aufrechterhaltung der Produktion für den Massenbedarf muß durch die Betriebsräte und Gewerkschaften der Bergleute dergestalt gesichert werden, daß die Bergarbeiterverbände und die Betriebsräte der Bergarbeiter Kohlen, die von Betriebsräten und Gewerkschaftszentralen der Orte oder Bezirke angefordert werden, zuerst beliefert. Die Eisenbahner und Transportarbeiter müssen solche Transporte vorzugsweise befördern.

VII.

Die Sozialisierung des Bergbaues, der Bau-, Holz- oder anderer einzelner Industrien ist nach den Plänen der Sozialisierungskommission, der Legien und Hilferding, nur ein Arbeitsgemeinschaftsschwindel. Die Bergleute und andere Arbeiterkategorien begegnen diesem Schwindel am besten, wenn sie die Sozialisierung so in Angriff nehmen, daß sie die peinlichste Kontrolle der Produktion erzwingen und den Absatz der Kohle zusammen mit den Betriebsräten und Gewerkschaften der anderen Industrien in ihre Hände nehmen. Jeder Versuch des Eingreifens der kapitalistischen Staatsmacht muß durch eine gemeinsame Kampfaktion mit der Gesamtarbeiterschaft niedergerungen werden.

VIII.

Die Kommunisten haben dafür zu wirken, daß die Betriebsräte nicht lediglich als gewerkschaftliche Vertrauensleute fungieren, sondern daß durch die Betriebsräte der Gewerkschaften die enge Verbindung mit den anders organisierten oder unorganisierten Betriebsräten und Arbeitern hergestellt wird, um diese Aufgaben gemeinsam zu lösen. Die Resolution über die Organisation der Betriebsräte der K.P.D. und U.S.P. auf dem Betriebsrätekongreß ist sinngemäß anzuwenden.

IX.

Die Gewerkschaften müssen zu Industrieverbänden umgebaut werden. Angestellte und Arbeiter gehören zusammen. Die meisten wirtschaftlichen Kämpfe lösen sich betriebs- und industriegruppenweise aus, die Gliederung der Gewerkschaften in 54 Berufsverbände hindert die rasche Entfaltung der Kampfkraft und gibt der Gewerkschaftbureaukratie Gelegenheit zu störenden Eingriffen während des Kampfes.

Der Umbau der Berufsgewerkschaften zu kampfkräftigen Industrieverbänden ist deshalb Aufgabe der Kommunisten in den Gewerkschaften. Die Vereinigung der Hand- und Kopfarbeiter in geschlossenen Industrieverbänden zu Kampforganisationen ist jetzt schon anzustreben, weil die Gewerkschaften neben den Betriebsräten nach der Machteroberung Träger der neuen kommunistischen Wirtschaft sein werden und das nur sein können, wenn leistungsfähige Industrieverbände vorhanden sind.

X.

Dem Neutralitätsschwindel müssen die Kommunisten entgegenwirken. Die politische Neutralität der Gewerkschaften ist in der heutigen Zeit eine Lüge, die die konterrevolutionäre Tätigkeit, die mehrheitssozialistische und unabhängige Flagge decken soll. Alle wirtschaftlichen Kämpfe sind im heutigen Stadium des wirtschaftlichen Zerfalls und des steigenden Massenelends ihrer Wirkung nach von politischer Bedeutung. Ganz offen tritt dieses zutage bei Lohn- und Arbeitsfragen der Bergleute, Eisenbahner, Landarbeiter. Kampfhandlungen dieser Arbeiterkategorien, wie Lohnkämpfe der städtischen Arbeiter, der Gas- und Elektrizitätswerke, der Bank- und technisch-industriellen Angestellten werden alle Auseinandersetzungen mit der kapitalistischen Staatsmacht Vorstufen des Kampfes um die ganze politische Macht. Sie können daher nicht unabhängig vom politischen Kampf gegen die bürgerliche Staatsgewalt geführt werden.

Die Gewerkschaften, wenn sie ihrer Aufgabe genügen wollen, müssen sich demnach dem revolutionären Machtkampf eingliedern. Sie müssen kommunistisch werden, den Kampf um den Kommunismus als ihre Sache betrachten.

XI.

Die Leitung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale befindet sich in den Händen der Hauptverräter der Arbeiterklasse aus der zusammengebrochenen Zweiten Internationale. Die Apleton und Jouhoux, die Legien und Gompers nützen ihre einflußreichen Aemter, um auf dem Rücken der Arbeiterklasse ihre während des Krieges gepriesene nationale Burgfriedenspolitik im Weltmaßstab fortzusetzen. Nach dem Zusammenbruch der Zweiten Internationale ist die Amsterdamer Internationale das stärkste Bollwerk und das gefährlichste Werkzeug in den Händen der Bourgeoisie geworden, um die Arbeiterklasse in den Dienst der Gegenrevolution zu stellen.

Die internationalen Verbindungen der Gewerkschaften waren vor dem Kriege sehr umfangreich; sie beschränkten sich jedoch nur auf die Uebermittlung von statistischem Material und auf sonstigem Meinungsaustausch. Auf keinem internationalen Gewerkschaftskongreß der Vorkriegszeit ist der revolutionäre Klassenkampf zum Sturze des Weltkapitalismus ernsthaft erwogen worden.

Politisch war die Gewerkschaftsinternationale ein Stück der Zweiten Internationale. Auf allen internationalen Sozialistenkongressen war die Gewerkschaftsinternationale vertreten und wirkte mit an den dort gefaßten Beschlüssen. Die Manifeste der Zweiten Internationale gegen den Krieg waren auch die Manifeste der Gewerkschaftsinternationale. Wie die Zweite Internationale bei Ausbruch des Weltkrieges in das Lager der imperialistischen Kriegshetzer trat, so folgte ihr auch die Gewerkschaftsinternationale. Die Führer der Gewerkschaftsinternationale rechtfertigten alle Verbrechen, die von der Bourgeoisie während des Weltkrieges begangen wurden.

Nach Beendigung des Weltkrieges sammelten sich die Führer der alten Gewerkschatfsinternationale und vereinigten sich erneut in der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Sie verbündeten sich mit dem vom Völkerbund geschaffenen Arbeitsamt in Genf, das nach Albert Thomas die Aufgabe hat, „den Arbeitern aller Völker die Vernunft zu lehren, d. h., ihnen den Segen und die Wiederaufrichtung des Kapitalismus klarzumachen".

Auf allen internationalen Gewerkschaftskongressen, die nach Beendigung des Weltkrieges stattgefunden haben, besonders auf dem letzten Kongreß zu London, wurde die Politik der Vorkriegszeit wieder aufgenommen, und Vorschläge zum Wiederaufbau des zusammengebrochenen kapitalistischen Wirtschaftssystems beraten. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale hat durch ihren letzten Beschluß abermals bewiesen, daß sie ihre ganze Kraft gegen die Weltrevolution einsetzt. Durch scheinradikale Aufrufe sucht sie die Arbeiter zu täuschen — wie sie es schon vor dem Kriege durch die bankrotte Zweite Internationale tat —, um den Verrat am Proletariat der Welt fortzusetzen, den sie im Kriege begonnen hat.

Demgegenüber hat sich in Moskau, in der Hauptstadt des ersten Arbeiter- und Bauernstaates, die Rote Gewerkschaftsinternationale, die erste Zusammenfassung der revolutionären Gewerkschaften der Welt gebildet. Die Zugehörigkeit zur Roten Moskauer Gewerkschaftsinternationale ist nicht gleichbedeutend mit dem Bekenntnis zur Kommunistischen Dritten Internationale. Die Rote Gewerkschaftsinternationale vereinigt in sich alle jene Gewerkschaften, die offen gebrochen haben mit jeder Arbeitsgemeinschaftspolitik und bereit sind, den Klassenkampf mit revolutionären Mitteln zu führen. Der verlogenen, heuchlerischen und unmöglichen Reformpolitik der Amsterdamer stellt sie entgegen den revolutionären, unverfälschten Klassenkampf.

Der Kampf um die Rote Internationale ist kein Kampf um ein neues Symbol. Er kann nicht geführt werden durch einen bloßen Austritt einzelner Verbände aus dem A.D.G.B. oder den internationalen Berufsverbänden. Innerhalb derselben gilt es, die Revolutionierung der Mitglieder der Verbände und Ausschaltung der gegenrevolutionären Bureaukratie zu verwirklichen. Aufgabe der Kommunisten in den Gewerkschaften ist es, dafür zu sorgen, daß die deutschen Gewerkschaften ihren Austritt aus der Amsterdamer Internationale vollziehen und der Roten Gewerkschaftsinternationale beitreten.

XII.

Damit die Kommunisten diese Revolutionierung der Gewerkschaften rasch und systematisch durchführen können, müssen sich die Kommunisten in den Gewerkschaften zu Fraktionen zusammen-

schließen, nicht um sich in Zellen oder Fraktionen einzukapseln, sondern um wirksam unter den nichtkommunistischen Klassengenossen zu arbeiten. Die Fraktionen müssen industriegruppenweise, entsprechend dem Schema für die Betriebsräte, orts- und bezirksweise und übers Reich zusammengefaßt werden.

Die Gewerkschaftskommission der V.K.P.D. bildet die Oberleitung der Fraktionen, sie muß Material für diese Arbeit zusammenstellen und in die Fraktionen liefern, sowie mündliche und schriftliche Propaganda in den Gewerkschaften planmäßig organisieren.

17. **Material gegen Legien (Oekonomiegesellschaft).**

Das Material gegen Legien (Oekonomiegesellschaft), betreffend der Ausbeutungsabsichten gegenüber der russischen Räterepublik in der Lieferung von Lokomotiven ist zusammenzustellen, um als Flugblatt oder -Schrift die Arbeit der Genossen gegen die konterrevolutionäre Gewerkschaftsbürokratie in sämtlichen Orten zu erleichtern.

18. **Richtlinien für die Frauenagitation.**

I.

Die Rolle der Kommunistischen Partei für die Befreiung der Frau.

1. Der Kapitalismus in Deutschland ist in seine letzte Phase eingetreten. In seinen wirtschaftlichen Grundfesten erschüttert durch die durch den Weltkrieg ausgelöste Weltkrise, vermag er sich nur noch zu behaupten dank verschärfter Formen der wirtschaftlichen Ausbeutung des Proletariats durch den Produktionsprozeß, durch die Sabotage der Produktion, durch Wucher, durch Steuerdruck. In seiner politischen Macht bedroht, durch den Aufmarsch des revolutionären Proletariats, strebt er, seine Position zu halten durch planmäßigen Ausbau und rücksichtsloseste Anwendung seines staatlichen Unterdrückungsapparates, der Bürokratie, der Justiz, des Militarismus.

Die immer unerträglicher werdende Verelendung zwingt das Proletariat zur Beschleunigung des Kampfes um seine vollständige Befreiung, das heißt, zum raschen Sturz des Kapitalismus und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats.

2. Diese letzte Phase des Kapitalismus zwingt mehr denn je auch die proletarischen Frauen in den politischen Kampf hinein.

Die November-Revolution brachte ihnen die politische Gleichberechtigung mit dem Mann und begann dadurch mit der Zerstörung der Illusion von der formalen Demokratie. Die bürgerliche Demokratie konnte die proletarischen Frauen ebensowenig wie ihre männlichen Klassengefährten wirtschaftlich und gesellschaftlich befreien. Das Privateigentum an Produktionsmitteln blieb bestehen. Damit blieb die Grundlage der Ausbeutung des Proletariats durch die Bourgeoisie.

Als Arbeiterinnen werden die Frauen stärker ausgebeutet als die Männer: durch niedrigeren Lohn, durch stärkeren Raubbau an ihrer Gesundheit, durch vollständige Nichtachtung ihrer besonderen natürlichen Anlagen und Aufgaben als Weib und Mutter.

Als proletarische Hausfrau hat die Frau unmittelbar am schwersten an den Lasten der Lebensmittelnot, Teuerung, Wohnungsnot, Kinderkrankheiten zu tragen.

Das Privateigentum ist aber auch die Wurzel der vollständigen wirtschaftlichen und persönlichen Abhängigkeit vom Manne, ihrer

Rechtlosigkeit in der Familie und im öffentlichen Leben. Durch die Aufrechterhaltung des veralteten Haushaltes wird die Frau vollständig versklavt und vom öffentlichen Leben abgesperrt.

3. Nur durch die Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise, deren Grundlage das Privateigentum ist, und nur durch die Errichtung der kommunistischen Wirtschaft und Gesellschaft kann die Frau ebenso wie der Mann die volle menschliche Freiheit erlangen. Die Vereinigte Kommunistische Partei führt daher ihren Kampf, der die Befreiung aller Ausgebeuteten und Unterdrückten zum Ziel hat, notwendig auch für die Befreiung der proletarischen Frau. Die proletarischen Frauen müssen daher den Kampf des Proletariats um die politische Macht zu ihrer eigenen höchsten Sache machen.

4. Die Kommunistische Partei als Vorkämpferin des Proletariats in seinem Befreiungskampfe hat die Aufgabe, alle Kräfte für dieses Ziel aktiv einzusetzen. Sie hat daher die unabweisbare Pflicht, den Frauen des Proletariats den Kampfpreis aufzuzeigen, sie zu Mitkämpferinnen zu erziehen und in die revolutionäre Kampffront einzugliedern.

Das Gesamtinteresse des Proletariats erfordert die Erfüllung dieser Pflicht gegenüber den proletarischen Frauen durch die Kommunistische Partei, weil die Stellungnahme des zahlenmäßig stärksten Teiles der Arbeiterklasse, der Frauen, für oder gegen die proletarische Revolution von entscheidender Bedeutung sein wird, sowohl beim Kampf um die Eroberung und Behauptung der politischen Macht als auch beim Aufbau der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

5. Die Kommunistische Partei hat die Pflicht, die Genossinnen in den Reihen der eigenen Partei als gleichberechtigte Mitglieder mit gleichen Pflichten zu intensivster Parteiarbeit heranzuziehen und für alle Parteiaufgaben so zu schulen, daß die Genossinnen jederzeit, besonders aber in Zeiten politischer Hochspannung, aktiv und selbständig alle Aufgaben, die die Revolution stellt, erfüllen können.

II.

Die Frauenagitation im Rahmen der allgemeinen Parteiarbeit.

6. Die Kommunistische Partei verfolgt bei ihrer kommunistischen Agitation unter den Frauen dasselbe Ziel wie bei den Männern der Arbeiterklasse: Sie klärt die Proletarierinnen über ihre Klassenlage auf, stärkt ihr Klassenbewußtsein, erzieht sie zu Klassenkämpferinnen. Sie schult die Frauen für das Wichtigste, für die Teilnahme an allen Aktionen und reiht sie in alle Kämpfe der proletarischen Revolution (Demonstrationen, Generalstreiks, Aufstände) ein.

7. Bei ihrer Agitation unter den Frauen schöpft die Kommunistische Partei alle Mittel aus, durch deren Anwendung in der allgemeinen Agitation sie auch die Frauen erfassen kann, wie öffentliche und Betriebsversammlungen, Arbeitslosenversammlungen, Gewerkschaften, Konsumvereine, Arbeit in den Betriebs- und Arbeiterräten und so fort, Vertrieb von Literatur und Presse.

8. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Arbeit in solchen proletarischen Organisationen zu richten, in denen besonders viele Frauen vertreten sind, wie die Gewerkschaften der besonderen weiblichen Berufe (Textilarbeiterinnen, Hausangestellte, Bekleidungs-



arbeiterinnen, Handelsangestellte, Sanitäts- und Pflegepersonal); ferner in Konsumvereinen, Elternbeiräten, Mietervereinigungen.

9. Bei der Agitation unter den Arbeitslosen ist die Ausnahmegesetzgebung gegen die Frauen — Verkürzung ihres Rechtes auf Arbeit, Verkürzung ihrer Erwerbslosenunterstützung — zu ihrer Aufrüttelung auszunützen. Das Urteil auch innerhalb des Proletariats, daß die Herausdrängung der Frauen aus dem Erwerb die Erwerbslosenkrise lösen oder lindern könnte, ist vom kommunistischen Standpunkte entschieden zu bekämpfen.

10. Bei der Propaganda und Wahl der Betriebs- und politischen Arbeiterräte ist dafür zu sorgen, daß nicht nur die Arbeiterinnen in den Betrieben mit dem Rätegedanken vertraut gemacht und zur Tätigkeit in den Räten herangezogen werden, sondern es müssen auch die nicht erwerbstätigen Hausfrauen für das Rätesystem in der Idee und durch die Tat gewonnen werden, sei es durch Abordnung oder Zuwachs aus Hausfrauenversammlungen eines Ortes oder proletarischer Stadtbezirke, sei es durch Abordnungen aus Konsumvereinen, Elternbeiräten, Mietervereinigungen.

III.

Der besondere Charakter der Frauenagitation.

11. Die Agitation unter den proletarischen Frauen muß ihrer besonderen Lebens- und Denkweise sorgfältig angepaßt sein. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit besonderer Formen der Frauenagitation und die Zweckmäßigkeit der Schaffung besonderer Organe zur Erfassung und Erziehung der Frauen.

12. In Anbetracht der mangelnden politischen Reife der Frau muß die gesamte Agitation unter den Frauen so einfach und allgemeinverständlich wie möglich gehalten sein.

13. Weil ein großer Teil der Frauen — Hausfrauen, Heimarbeiterinnen — weder durch die Betriebe noch durch öffentliche Versammlungen zu erfassen ist, ist für die Frauen auch die Hausagitation erforderlich.

14. Infolge der weitgehenden Zurückgezogenheit der Frau vom öffentlichen Leben und ihres Aufgehens in den persönlichen Interessen des Haushalts und der Familie muß die Agitation an diese Interessen anknüpfen und von ihnen ausgehend, den Gesichtskreis der Frauen für den Zusammenhang ihres Einzelschicksals mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erweitern. Insbesondere die Fragen der Lebensmittelnot, Arbeitslosigkeit, Mutter- und Kinderschutz, Arbeiterinnenschutz, Prostitution, Schule und Kirche müssen für die proletarischen Frauen eingehend vom Klassenstandpunkt beleuchtet werden.

15. Die Frauenorganisation muß sich besonders einstellen auf die Ueberwindung der kleinbürgerlichen Vorurteile und der pazifistischen Illusionen, die gerade in der Ideenwelt der Frauen stark verwurzelt sind und schwere Hemmungen für die revolutionäre Entschlossenheit und Rücksichtslosigkeit im Klassenkampf bedeuten. An dem Beispiel der russischen Revolution muß der reaktionäre Charakter des Ideals des Haushaltes und der Familie nachgewiesen und dadurch der Wille zur Ueberwindung dieser Formen geweckt und gestärkt werden. An dem Beispiel aller bisherigen Revolutionen muß die Notwendigkeit des Bürgerkrieges mit allen Mitteln der Gegenwart erhärtet und durch



die Schilderung der Opfer des Kapitalismus im Frieden und im imperialistischen Weltkrieg die Bereitschaft zu den höchsten Leistungen und Opfern für die Befreiung des Proletariats gestärkt werden.

16. Die schriftliche Agitation unter den Frauen muß sich diesen besonderen Erfordernissen der Frauenagitation anpassen. Darum bedarf die Kommunistische Partei neben der allgemeinen kommunistischen Literatur einer besonderen kommunistischen Frauenliteratur. Diesem Zweck dienen:

a) „Die Kommunistin", Frauenorgan der V.K.P.D., das in erster Linie zur Aufklärung und Werbung unter den politisch noch nicht geschulten Frauen, ferner zur Schulung der in der Agitation tätigen Genossinnen und Genossen, schließlich als Parteiorgan zur Uebermittelung allgemeiner Richtlinien der Partei und besonderer Nachrichten und Anregungen auf dem Gebiet der Frauenagitation bestimmt ist.
b) Die Tagespresse der V.K.P.D. mit ihren Frauenbeilagen.
c) Besondere gelegentliche Veröffentlichungen, wie Flugblätter, Broschüren des Frauen-Reichssekretariats und so fort.

IV.

Organisation.

17. Die V.K.P.D. verwirft eine besondere Frauenorganisation im Sinne einer besonderen Körperschaft ihrer weiblichen Mitglieder neben oder auch innerhalb ihrer allgemeinen Parteiorganisation. Sie bedarf dagegen eines Organisationsplanes für die Agitation unter den proletarischen Frauen und besonderer Organe zum Zweck seiner Durchführung.

18. Zur zentralen Leitung der Frauenagitation hat die V.K.P.D. ein Frauen-Reichssekretariat eingerichtet. Die verantwortliche Leitung dieses Sekretariats wird vom Parteitag gewählt und nimmt an allen Sitzungen der Zentrale mit beratender Stimme teil. In den besonderen Fragen, die ihr Arbeitsgebiet betreffen, hat sie entscheidende Stimme.

Zu den Aufgaben des Frauen-Reichssekretariats gehören:

a) Die planmäßige und einheitliche Bearbeitung des Reiches nach den allgemeinen Grundsätzen der Partei über die Frauenagitation durch Anknüpfung und Aufrechterhaltung enger Beziehungen mit den einzelnen Bezirken.
b) Die Heranziehung und Schulung von geeigneten Genossinnen für die Frauenagitation.
c) Die Sammlung und Verbreitung von besonderem Material für die Frauenagitation.
d) Die Vermittelung von Referentinnen.
e) Die Veranstaltung von Bildungskursen zur Frauenagitation.
f) Die verantwortliche Schriftleitung für das von der Partei herausgegebene Frauenorgan „Die Kommunistin".
g) Die Aufrechterhaltung der Verbindung mit dem Internationalen Sekretariat für Frauenagitation in Moskau.

19. Zur Durchführung der Frauenagitation in den Bezirken ist in alle Vertrauensmännerkörper der Bezirke, Unterbezirke und Ortsgruppen eine Genossin zu wählen, die innerhalb dieser Körperschaften neben der Mitarbeit an den allgemeinen Parteiaufgaben insbesondere dafür verantwortlich ist, daß die Frauenagitation energisch in Angriff

genommen und sachgemäß durchgeführt wird. Dies geschieht durch Anregungen innerhalb des Vertrauensmännerkörpers, durch eigene intensive Arbeit in der Frauenagitation, durch Heranziehung und Anleitung geeigneter Genossinnen und Genossen für bestimmte Aufgaben. (Die Wahl einer Genossin für die besonderen Aufgaben der Frauenagitation enthebt die Parteiorganisation nicht von der Pflicht, außerdem zur Mitarbeit an allen anderen Parteiaufgaben geeignete Genossinnen heranzuziehen. Siehe I, 5.)

20. Die Genossin im Vertrauensmännerkörper bildet zu ihrer Unterstützung aus geeigneten Genossinnen und Genossen eine Frauenagitationskommission (F.A.K.), die von den Mitglieder- oder Vertreterversammlungen zu bestätigen ist. Die Mitglieder der Frauenagitationskommission sind aus verschiedenen Berufs- und Wirkungskreisen (Arbeiterinnen, Hausfrauen, Gewerkschaften, Betrieben, Konsumgenossenschaften) zu entnehmen und mit der Arbeit für ein bestimmtes Aufgabengebiet im Einverständnis mit der gesamten Kommission verantwortlich zu betrauen.

21. Die Leiterin der Frauenagitationskommission hat insbesondere auf folgenden Gebieten innerhalb ihrer Körperschaft Anregungen zu geben und die Initiative zu ergreifen:

a) Betriebe und Gewerkschaften.

Sie muß dafür sorgen, daß durch genaue Registrierung der weiblichen Parteimitglieder alle Genossinnen in Betrieben und Gewerkschaften erfaßt und den bestehenden kommunistischen Fraktionen angeschlossen werden. Betriebe und Gewerkschaften mit starker weiblicher Beleg- und Mitgliedschaft sind besonders zu ermitteln und dort eventuell neue kommunistische Fraktionen zu gründen.

In den gemeinsamen Zusammenkünften und Besprechungen der kommunistischen Fraktionsmitglieder aus Betrieben und Gewerkschaften hat die Leiterin der Frauenagitationskommission für besondere Anleitung und Schulung der Genossinnen zu sorgen, sei es durch genaue Information der Leitung dieser Besprechungen über das für die Genossinnen Notwendige, sei es durch Teilnahme an der Besprechung, die ihr Gelegenheit zur selbständigen Ergänzung der Anleitungen für die Genossinnen gibt, sei es durch besondere Zusammenfassung der Genossinnen für sich, wo eine große Zahl oder wichtige Anlässe dies rechtfertigen.

b) Konsumgenossenschaften.

Unter den Parteigenossinnen ist der Eintritt in die Konsumgenossenschaft zu propagieren. Ebenso wie in den Gewerkschaften sind die weiblichen Parteimitglieder an die bestehenden kommunnistischen Fraktionen anzuschließen oder zu neuen Fraktionen zusammenzufassen. Darüber hinaus müssen auch die Genossinnen, die nicht selbst Mitglieder der Konsumgenossenschaften sind, in den Hausfrauenabenden der Konsumgenossenschaften fraktionsmäßig zusammengeschlossen werden. Aufgaben dieser Fraktionen sind insbesondere:

1. Anträge und Wünsche der Genossenschaftsmitglieder im Rahmen der Genossenschaftsaufgaben der Genossenschaftsleitung zu unterbreiten und bei ihr zu vertreten;
2. im Rahmen der politischen Aufklärung die Umgestaltung des heutigen Haushaltes und die Einrichtungen zur Erleichterung und



Ablösung des kleinbürgerlichen Haushaltes (Genossenschaftliche Waschküchen, Speisehäuser und so fort) zu propagieren, dadurch die Hausfrauen für die künftigen Aufgaben des künftigen Gemeinwesens geistig vorzubereiten und sie zur Lösung der neuen Gemeinschaftsaufgaben zu befähigen.

c) Versammlungen von Frauen bestimmter Berufsgruppen.

Die Leiterin der F.A.K. hat dahin zu wirken, daß für die wichtigen Berufsgruppen der Frauen ihres Gebietes, soweit sie durch größere Betriebe und Gewerkschaften nicht zu erfassen sind, öffentliche Versammlungen mit einem auf ihre Verhältnisse zugeschnittenen Thema einberufen werden. In Frage kommen insbesondere: Hausangestellte, kaufmännische Angestellte, Konfektionsarbeiterinnen, Heimarbeiterinnen aller Branchen, Hausfrauen und so fort.

d) Oeffentliche allgemeine oder besondere Frauenversammlungen.

Die Leiterin der F.A.K. hat dahin zu wirken, daß neben den allgmeinen politischen Versammlungen auch solche öffentliche Versammlungen einberufen werden, die sich durch die Wahl und Anzeige des Themas besonders an die Frauen wenden (siehe III, 14). Die Einberufung als öffentliche allgemeine oder Frauenversammlung richtet sich nach örtlichen Zweckmäßigkeitsgründen.

e) Landagitation.

Die Leiterin der F.A.K. sorgt in engster Verbindung mit der „Abteilung Land“:

1. Für die Ermittlung und Schulung geeigneter Genossinnen für die Landagitation;
2. für die Verbreitung auch der besonderen Frauenliteratur auf dem Lande (Kommunistin, Parteizeitungen, Frauenflugschriften);
3. für Veranstaltung gelegentlicher besonderer Versammlungen für Landarbeiterinnen und Kleinbäuerinnen;
4. für Gewinnung weiblicher Vertrauenspersonen für Landagitation in Orten, wo noch keine Parteiorganisation besteht und für ihre Verbindung mit der zuständigen Frauenagitationskommission.

f) Mitarbeit an der Frauenliteratur.

Die F.A.K. sorgt für Heranziehung von Mitarbeiterinnen für die „Kommunistin“ und die Frauenbeilagen der Parteizeitungen.

g) Vertrieb der Frauenliteratur.

1. Die Leiterin der F.K.A. sorgt in enger Verbindung mit der Literaturkommission usw. der Partei für die Eingliederung der Propaganda und Verbreitung auch der besonderen Frauenliteratur in den Verbreitungsapparat der allgemeinen Literatur (bei Versammlungen aller Art, in Betrieben, im Straßenverkauf) und für die Erweiterung dieses Apparates durch Mobilisierung zusätzlicher Kräfte für bis dahin unberücksichtigt gebliebene wichtige Gebiete, insbesondere für große Betriebe mit vielen Arbeiterinnen, wo kommunistische Fraktionen und Vertrauensleute noch fehlen.
2. Sie sorgt für die weitestmögliche Verbreitung der „Kommunistin“ durch Eintreten für ihre obligatorische Einführung für die weiblichen Mitglieder, sowie durch Propaganda in den großen weib-

lichen Gewerkschaften dafür, daß auch dort die „Kommunistin“ als offizielles Verbandsorgan für die weiblichen Mitglieder eingeführt oder künftig an Stelle der „Kämpferin“ oder der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ bezogen wird.

3. Sie sorgt durch Veranstaltung von Haus- und Straßenpropaganda für die Werbung neuer Leserinnen für die „Kommunistin“.

22. Grundsätzlich sind die weiblichen Parteimitglieder zur Teilnahme an allen allgemeinen Bildungsveranstaltungen der Partei wie an allen übrigen Parteiveranstaltungen berechtigt und verpflichtet.

a) Mit Rücksicht auf die im allgemeinen größere politische Rückständigkeit der Frauen und ihre erfahrungsgemäße Zurückhaltung von allgemeinen Bildungsveranstaltungen wird es in der Regel zweckmäßig und notwendig werden, besondere politische Frauenabende einzurichten. Diese dürfen aber nur als ein Durchgangsstadium für die neugewonnenen Mitglieder betrachtet werden und müssen als obersten Zweck den verfolgen, alle Genossinnen restlos in die allgemeinen einheitlichen Veranstaltungen der Partei einzugliedern.

b) Für fortgeschrittene Genossinnen, die als Agitatorinnen und Referentinnen besonders geeignet sind, empfehlen sich neben der Teilnahme an den allgemeinen Kursen besondere Bildungskurse und Referentinnenbesprechungen, um sie mit besonderem Material auszurüsten und für die beste Form der Agitation unter den Frauen zu schulen.

23. Zur Aufrechterhaltung der Verbindung innerhalb eines Bezirkes sind auf Anregung der weiblichen Bezirksvorstandsmitglieder nach Bedarf Frauenkonferenzen in den Bezirken einzuberufen, zu denen alle Orte ihre Vertreterinnen delegieren sollen. Diese Konferenzen dienen besonders der Berichterstattung über den Stand der Anteilnahme der Frauen an der kommunistischen Bewegung in den einzelnen Orten, dem Austausch von Organisations- und Agitationserfahrungen und neuer Anregungen für die weitere Tätigkeit unter den Frauen.

Auf Anregung des Frauen-Reichssekretariats sind von der Zentrale der Partei nach Bedarf Konferenzen der weiblichen Bezirksvorstandsmitglieder einzuberufen.

24. Die gesamte Arbeit der Kommunisten innerhalb der eigenen Partei wie in der Oeffentlichkeit muß auch auf dem Gebiet der Frauenagitation getragen sein von dem Geist der Solidarität zwischen proletarischen Männern und Frauen und vom strengsten Pflichtgefühl gegenüber der Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Internationale, der proletarischen Revolution!

19. Kundgebung gegen die polnische Konterrevolution.

5000 Arbeiter und Kommunisten sitzen als Gefangene in den Kasematten der polnischen demokratischen Republik. Schläge, Martern, physische und moralische Foltern sind von der polnischen Bourgeoisie zu einem teuflischen System ausgearbeitet worden, das tagtäglich gegen Kommunisten und revolutionäre Arbeiter angewandt wird. In den Gefängnissen der polnischen Republik sitzen die besten Führer, die jahrzehntelang an der Spitze der Arbeiterbewegung standen, die Kadres der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen.



Die polnische Bourgeoisie, die langsam verfault, will die Kommunistische Partei, um die sich alle aufrichtig revolutionären Kräfte sammeln, durch langsames Morden zertrampeln. Die polnische Bourgeoisie zittert vor der Macht der Kommunistischen Partei. Aber nicht nur Kommunisten, auch die legalen Partei- und Genossenschaftsführer, die den antinationalistischen, klassenkämpferischen Standpunkt vertreten, der Jüdisch-Sozialistische Bund, die Organisation der jüdischen Arbeiterschaft und selbst der mutige Bauernführer Dombal werden in die Kerker geworfen und drangsaliert.

Alles das geschieht in einer demokratischen Republik, deren Vizepräsident der Sozialpatriot Daczinsky ist.

Der Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands brandmarkt vor der gesamten proletarischen Oeffentlichkeit diese barbarischen Greueltaten der polnischen Bourgeoisie und Junkerschaft und ihrer sozialpatriotischen Lakaien.

Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands reicht den kühnen und treuen proletarischen Kämpfern, die die Bourgeoisie Polens foltert und langsam mordet, die Bruderhand. Die deutschen Kommunisten geloben, alles, was an ihnen liegt, zu tun, damit der Tag beschleunigt werde, an dem die polnische Bourgeoisie, die polnischen Junker und ihre sozialpatriotischen Handlanger zu Boden geschmettert werden.

20. Der Parteitag an die Beamten.

Der Bankerott der kapitalistischen Wirtschaft reißt immer breitere Kreise des arbeitenden Volkes in seinen Strudel. Schichten, die noch vor kurzem dem Klassenkampf des Proletariats gleichgültig, ja ablehnend gegenüber standen, sehen sich heute in ihrer Existenz bedroht, greifen, vom Hunger getrieben, zur Notwehr.

Infolge der Weltkrise des Kapitalismus hat in Deutschland die Schieber- und Wucherwirtschaft zum vollkommenen Zusammenbruch der Staatsfinanzen geführt. Ratlos und tatlos steht die Regierung, stehen die Parlamente diesem Zusammenbruch gegenüber. Ihre einzigen Mittel sind Steuern und Sparen. Unter den direkten Opfern dieser Politik sind die breiten Massen der mittleren und unteren Beamten.

Tausende von Beamten sind heute samt ihren Familien von Hungersnot und von Entlassung bedroht. Die Lebenshaltung der allermeisten Beamten bleibt weit unter dem notwendigen Existenzminimum. Die bisherigen Teuerungszulagen waren vollkommen ungenügend. Die Regierung verweigert ausreichende Gehaltserhöhungen.

Die Lage vieler Beamten ist geradezu verzweifelt. Eingaben ihrer Organisationen an das Finanzministerium, an den Reichstag sind erfolglos geblieben. Die Erregung ist infolgedessen von Monat zu Monat gewachsen. Aktionsausschüsse haben sich gebildet. In verschiedenen Städten, z. B. in Mannheim, Düsseldorf, Hamborn, Kiel, Frankfurt, Essen haben deshalb die Postbeamten zum Mittel der passiven Resistenz gegriffen. Darauf hat das Reichspostministerium Anweisung gegeben für die sofortige Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen alle Beamte, „die streiken oder ihre Unlust zum Dienste kundgeben“ mit dem



Ziel auf Dienstentlassung. Hilfskräfte, die sich dieser Bewegung anschließen, werden fristlos entlassen.

Den Hungernden die Peitsche! Die bürgerliche Regierung hat kein anderes Mittel gegen ihre Lohnsklaven. Selbst der deutsche Beamtenbund ist heute gezwungen, mit einem eventuellen Generalstreik der Beamten zu drohen. Das Ortskartell Berlin wird am 12. Dezember eine große Beamtenkundgebung gegen das Reichsverbot des Ministers Giesberts veranstalten. In einer Entschließung, die in einer Vollversammlung der Diätare der Reichspost am Sonntag in Berlin angenommen wurde, ist die Verbandsleitung beauftragt worden, sich mit den Gewerkschaften auf Herbeiführung des Generalstreiks zu verständigen.

Der Parteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands erklärt den kämpfenden Beamten seine vollste aktive Solidarität. Für ihre Pflichterfüllung gegenüber der Revolution können die klassenbewußten Beamten der dauernden tatkräftigen Sympathie und Unterstützung der gesamten kommunistischen Arbeiter und Angestellten gewiß sein. Die Partei verpflichtet alle ihre Mitglieder, Fraktionen und Ortsgruppen, die sofortige Verbindung mit der kämpfenden Beamtenschaft aufzunehmen und in den Gewerkschaften auf die engste Kampfgemeinschaft mit den Aktionsausschüssen und Organisationen der Beamten zu drängen. Der Kampf der Beamten gegen ihre drohende Verelendung ist nur ein Stück im allgemeinen Befreiungskampf des Proletariats.

Den kämpfenden Beamten sagt der Parteitag der V.K.P.D., daß ihr Kampf gegen Hunger und Arbeitslosigkeit mehr sein muß als nur ein Kampf ihrer besonderen Berufsgruppe um Lohnaufbesserungen und Preisabbau durch die bürgerliche Bewegung. Die Wurzel dieser Teuerung, die Wurzel des finanziellen Zusammenbruchs ist das bankerotte kapitalistische System. Den Massen der Beamten kann so wenig wie den Massen der Industriearbeiterschaft mit Teilreformen innerhalb der heutigen Wirtschaftsordnung geholfen werden. Beamte und Arbeiter müssen gemeinsam in geschlossenem Ansturm die bürgerliche Klassenherrschaft stürzen, die Lohnknechtschaft und die Profitwirtschaft aufheben, um Schulter an Schulter mit den übrigen Proletariern, den Angestellten, den Handwerkern und Kleinbauern die kommunistische Herrschaft der arbeitenden Klassen zu errichten.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, daß sofort eine große allgemeine Aktion der Beamten, Angestellten und Arbeiter eingeleitet wird mit folgenden Forderungen:

1. Sofortige Wiederaufnahme der Produktion in Industrie und Landwirtschaft und ihre Anpassung an den Bedarf des arbeitenden Volkes.
2. Kontrolle der Rohstoffe und Lebensmittelgewinnung, der Preisbildung und Warenverteilung durch die Betriebs- und Beamtenräte, Gewerkschaften, Genossenschaften und Kleinbauernräte.
3. Sofortige Heraufsetzung aller Löhne und Gehälter, wie auch der Erwerbslosenunterstützung auf das notwendige Existenzminimum. Festsetzung dieses Existenzminimums durch die Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.
4. Beseitigung des Steuerabzuges, Konfiskation der großen Vermögen und arbeitslosen Einkommen.
5. Entwaffnung der Orgesch und Bewaffnung der Arbeiter, Angestellten und Beamten unter Kontrolle ihrer Organisationen.



Die Durchsetzung dieser Forderungen kann nur geschehen durch den geschlossenen und entschlossenen Kampf der arbeitenden Massen gegen den wachsenden Widerstand der Kapitalistenklasse und des bürgerlichen Staates. Aufgabe aller Arbeiter, Angestellten und Beamten ist es, in ihren Gewerkschaften und Organisationen in diesem Sinne zu wirken, den Widerstand der kleinbürgerlichen und kampfscheuen Führer zu überwinden und sie in klassenbewußte Kampforgane der proletarischen Revolution zu verwandeln.

21. **Wahl der Zentrale.**

Vorsitzende: Paul Levi, Ernst Däumig.

Sekretäre: Klara Zetkin, Wilhelm Koenen, Heinrich Brandler, Walter Stöcker, Wilhelm Pieck, Otto Braß, Hermann Remmele.

Beisitzer: Adolf Hoffmann, August Thalheimer, Kurt Geyer, Fritz Heckert, Otto Gäbel.

22. **Revisionskommission.**

Fritz Geyer-Leipzig, Fritz Winguth-Berlin, Philipp Fries-Köln, Bruno Peters-Berlin, Alfred Oelsner-Halle.

23. **Leiterin des Frauen-Reichssekretariats.**

Bertha Braunthal.

24. **Zentralausschuß.**

Bezirk 1 Berlin-Brandenburg: Paul Wegmann, Berlin: Ernst Friesland, Berlin; Karl Winkelfässer, Berlin.
Bezirk 2 Lausitz: Konrad Sychalla, Grube Marga bei Senftenberg.
Bezirk 3 Pommern: Fritz Ohlhoff, Stettin.
Bezirk 4 Ostpreußen: Max Heydemann, Königsberg.
Bezirk 5 Danzig: Leo Klinger, Danzig.
Bezirk 6 Schlesien: Hermann Kraüse, Freiburg i. Schl.
Bezirk 7 Oberschlesien: Heinrich Rau, Gleiwitz.
Bezirk 8 Ostsachsen: Bruno Schramm, Dresden.
Bezirk 9 Erzgebirge-Vogtland: Robert Siewert, Chemnitz.
Bezirk 10 Westsachsen: Albin Hentschel, Leipzig-Eutritzsch.
Bezirk 11 Halle-Merseburg: Georg Schumann, Halle; Otto König, Unterröblingen a. See; Hedwig Krüger, Halle.
Bezirk 12 Magdeburg-Anhalt: Böttge, Bernburg.
Bezirk 13 Thüringen: Otto Geithner, Gotha; Walter Kaiser, Zella-Mehlis.
Bezirk 14 Niedersachsen: Josef Köring, Braunschweig.
Bezirk 15 Mecklenburg: Herbert Meyenburg, Rostock.
Bezirk 16 Wasserkante: Ernst Thälmann, Hamburg; Johann Skellerup, Bramfeld; Wilhelm Herzog, Hamburg.
Bezirk 17 Nordwest: Jannack, Bremen.
Bezirk 18 Oestliches Westfalen: Ullrich Rogg, Bielefeld.
Bezirk 19 Westliches Westfalen: Heinrich Teuber, Bochum; Waldemar Behrs, Dortmund.
Bezirk 20 Niederrhein: Hugo Werner, Essen; Paul Franken, Solingen; Arthur König, Essen.
Bezirk 21 Mittelrhein: Franz Dahlem, Köln a. Rh.
Bezirk 22 Hessen-Waldeck: Karl Poschmann, Kassel-Wolfsanger.
Bezirk 23 Hessen-Frankfurt: Friedrich Schnellbacher, Hanau.
Bezirk 24 Pfalz: Hans Weber, Speyer a. Rh.
Bezirk 25 Baden: Max Bock, Lörrach i. B.

Bezirk 26 Württemberg: Paul Böttcher, Stuttgart; Hans Tittel, Stuttgart.
Bezirk 27 Nordbayern: Josef Steimer, Fürth i. B.
Bezirk 28 Südbayern: Otto Graf, München.

V. Der Zentrale überwiesene Anträge.

1. **Berlin, 18. Distrikt.**

Für die Wahlen zum Preußischen Landtag sind sofort Richtlinien herauszugeben.

2. **Bezirk Rheinland-Westfalen.**

Es ist so schnell wie möglich eine Konferenz der Gemeindevertreter einzuberufen, um einheitliche Richtlinien für deren Tätigkeit festzusetzen.

3. **Bezirksparteitag der U.S.P. und K.P.D. des Bezirks Groß-Thüringen.**

Die Vereinigte Konferenz des Bezirks Groß-Thüringen beauftragt den Vereinigungsparteitag, bei der Zentrale ein Sekretariat einzurichten, das sich ausschließlich mit der Konsumvereinsbewegung zu befassen hat. Die Aufgaben des Sekretariats sind in der Hauptsache folgende:

1. Herausgabe einer Korrespondenz an alle Parteizeitungen.
2. Propaganda:
   a) Unter den Vorständen und Aufsichtsräten, Genossenschaftsräten, Betriebsräten und Generalversammlungen der Konsumvereine.
   b) In öffentlichen Konsumversammlungen.
   c) Innerhalb der Opposition der Konsumbewegung.
3. Kontrolle sämtlicher Funktionäre in Gemeinschaft mit den örtlichen Parteileitungen.

4. **Bezirk Erzgebirge-Vogtland.**

Wir beantragen, die Zeitschriften „Die Kommunistische Rundschau" und „Die Internationale" zusammenzulegen und sie unter dem Namen „Internationale" regelmäßig vierzehntägig erscheinen zu lassen.

5. **Bezirk Erzgebirge-Vogtland.**

Es ist eine Verlagskommission einzusetzen, die die Vorbereitung zur Herausgabe neuer Schriften oder älterer vergriffener Literatur zu treffen hat. Diese Verlagskommission muß die Verteilung der zu verlegenden Schriften so vornehmen, daß grundsätzlich jede Schrift nur in einem Verlag erscheint. Billigkeit bei entsprechender Ausstattung muß entscheidend sein bei Zuweisung eines Druckauftrages.

6. **Ortsgruppe Weferlingen.**

Der Parteitag möge beschließen, mehr wie bisher aus der Defensive herauszugehen, so rasch wie möglich die organisatorischen Kräfte zusammenzufassen und endgültig zur Offensive, zur Aktion, zu schreiten, den Gegnern das Gesetz des Handelns zu diktieren. Angesichts der Tatsache, daß die Verelendung der Massen in ungeheurem Maße vorgeschritten ist, deren notwendige Folge, der individuelle Terror (siehe

Exzesse der Arbeitslosen usw.), bereits unter den breiten Massen Platz greift, ebenfalls eine andere, für die Gesamtbewegung schädigende Tatsache zu verzeichnen ist, der Materialismus, diese Tatsachen sind der Revolutionierung der Massen gefährlichste Feinde geworden. Die Verelendungstheorie eines Marx und Engels, sie macht sich bereits fühlbar, noch ist es nicht zu spät, noch sind die Proletariermassen opferbereit, wenn die Vereinigte Kommunistische Partei jetzt bahnbrechend vorangeht, den Massen den Weg zeigt zur Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht. Weg mit der Prinzipienreiterei, es ist keine Zeit für problematische Streitfragen. Die Taktik der Kommunistischen Partei richtet sich nach der jeweiligen Lage und Situation der Weltrevolution, die jeweilige Lage erfordert den offenen Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Helfershelfer. Die Propaganda der Tat muß aufgenommen werden mit dem Moment, wo eine straffe Zentralisation auf organisatorischem Gebiet durchgeführt ist, muß in den nächsten Tagen eine großzügige Agitation und Propaganda in den Gewerkschaften, in den Betrieben, allüberall, wo Proletarier zusammenkommen, für den Kommunismus geleistet werden. Die jeweilige Lage, sie erfordert kein Zaudern. Es gilt, bewußt die Aktion für unsere Idee einzuleiten. Das muß die Parole der Vereinigten Kommunistischen Partei werden.

7. **Ortsgruppe Magdeburg.**

Die Generalversammlung verlangt, daß der Paragraph 9 der Organisationssatzungen der Vereinigten K.P.D. dahin erweitert wird: „Mitglieder des Zentralausschusses dürfen nicht Angestellte der Partei sein."

8. **Beamten-Angelegenheit.**

Der vom Parteitag beschlossene Aufruf an die Beamten ist als Flugblatt zu drucken. Bei der Zentrale ist ein Genosse als Vertrauensmann für Beamtenangelegenheiten zu bestimmen.



Zusammensetzung des Parteitages.

349 Vertreter der U. S. P. D.

Bezirk	Delegierte	Bezirk	Delegierte
Chemnitz-Plauen	Schilling, Alfred	Berlin-Brandenburg	Navrocky, Josef
	Seigerschmidt, Wilh.		Münchow, Hermann
	Zettel, Hermann		Sychalla, Konrad
			Schneider, Oskar
Cassel	Poschmann, Karl		Giesch, Karl
			Mück, Emil
			Praeske, Gustav
Braunschweig	Sievers, Hans		Dorner, Georg
	Böhm, Frau E.		Pfeil, Otto
			Lieske, Bruno
Berlin-Brandenburg	Winkelsesser, Karl		Christ, August
	Koch, Emil		Dr. Rosenberg
	Holland, Friedrich		Leo, Siegfried
	Hellwig, Heinrich		Winter, Ernst
	Leupold, Richard		Sievers, Max
	Lehmann, Emil		Grylewicz
	Stahlberg, Gustav		John, Max
	Sellheim, Max		Stolt, Georg
	Knorrs, Paul		Irrgang, Arthur
	Berthelé, Georg		Preising, Paul
	Weyher, Paul		Skorczewsky, Walter
	Eschbach, Martha		Fabian, Ewald
	Robert, Karl		Gurth
	Wolt, Walter		
	Czicke, Aladar	Bayern-Nord	Hardt
	Fuhrmann, Elisabeth		Völk, Joh.
	Henning, Otto		Werber, Willy
	Knappe, Hedwig		Steimer, Josef
	Eckert, Paul		Karl, Georg
	Blüthgen, Richard		Kleinschroth, Lorenz
	Hussock, Meta		Bachmeier, Johanna
	Heyne, Willy		
	Oehler, Paul	Bayern-Süd	Thomas, Wendelin
	Heß, Karl		Schirmer, Max
	Behnke, Elise		Aschenbrenner
	Wegner, Richard		Aendert, Franz
	Seeger, Frau		Braunthal
	Mehlhose, Paul		Weigel, Fritz
	Kosellek, Erich		Achatz
	Snudat, Paul		Zäuner, Josef
	Torgler, Ernst		Schmaderer, Emil

Bezirk	Delegierte
Baden	Maddalena, M.
	Bätz, Alfred
	Bährle, Karl
	Schick, Erwin
	Brayeaus, A.
	Zismann, Hans
	Bock, Max
Dresden	Schmidt, Rudolf
	Schrapel, Alfred
	Dengler, Gustav
	Herkloß, Paul
	Buschbeck, Rudolf
	Hartmann, Erich
Frankfurt a. M.	Rink, Ludwig
	Fladung, Hans
	Zwilling, Georg
	Epner, Adam
	Avemaria, August
	Winter, Sch.
	Greis, Jacob
	Schmidt, Ferdinand
	Dr. Greiner
	Jäger, Ph.
	Aumann, Frau
Halle	Scharsig
	Oelßner, Alfred
	Fleer
	Scholem, Emmi
	Bowitzky, Paul
	Scholem, Werner
	Lemck, Alfred
	Sämisch
	Görling
	Fiedler
	Langner
	Geyer, O.
	Menzel, Gustav
	Scheibner, A.
	Straube, P.
	Winkler
	Voigt, A.
	Koenen, Wilhelm
	Böge
	Fiedler
	Zäuner, Anna
	Schneller, Oskar
	Marlitt
	Krauser
	Beyling
	Schneider, Josef
Halle	Müller, Paul
	Wielsch
	König, Otto
	Luther, Otto
	Hausschild, Alfred
	Naumann, Gustav
	Höppner
	Spies
	Bänisch
	Hempel
	Arndt, A.
	Peter
	Haupt, N.
	Franzke
	Franzke, Karl
	Banse, Paul
	Donner, Franz
	Apel
	Riegel, Paul
	Würker
	Rieche, Otto
	Albrecht
	Borrmann, Wilh.
	Bock, W.
	Bolm
	Drechsler, Louis
	Walther
	Marschall, A.
	Hildebrandt, Otto
	Chemnitz, Otto
	Klischa, Paul
	Osterburg
	Schiepe
	Krüger, Hedwig
	Wagner, Werner
	Zäuner, Anna
	Nebert, Erich
	Schmiel
Hannover	Plettner, Hans
	Sommerfeld
	Katz, Anni
	Plettner, Dora
	Opitz
	Katz, Iren
	Kahn, Paul
Schleswig-Holstein	Feldmann
	Stöhemann
	Preißler
	Schwarz, Edith
	Lehmann
	Ziehmkendorf

Bezirk	Delegierte	Bezirk	Delegierte
Westfalen-Ost	Becker	Hamburg	Dölitsch
	Scholz		Barß
			Skellerup
Westfalen-West	Teuber		Köppen
	Tetampel		Reichs
	Appler		Hommers
	Wagner		Behring
	Biehl		Geyer
	Struwe		Thälmann
	Sandhoff		Rhone
	Behrs		Baumgarten
	Buskase		
	Graczynski	Pommern	Kirschmann
	Rückert		
	Rübhausen	Württemberg	Jansel
	Rotfuß		Gühring
	Sobottka		Schneider
	Sauer		Jäck
			Massuthe
Schlesien	Rau		Schneck
(Oberschlesien)	Ziaja		Kern
	Krause		Fischer
	Prieße		Vollmer
	Ziegler		Böttcher
	Scholz		Remmele
Thüringen	Kranhold	Pfalz	Rusch
	Zirkel		Scholz
	Klose		Sylt
	Schnetter		Müller
	Schoppe		
	Brauer	Leipzig	Joachim
	Sauer		Rühl
	Schnabel		Schurig
	Wagner		Strößel
	Heym		Ellroth
	Gutjahr		Schramm
	Höllein		Burke
	Creutzburg		Marder
	Sachse		Zipfel
	Bochert		
	Hoyer	Magdeburg	Göße
	Geithner		Elze
	Poenz		
		Magdeburg-Anhalt	Pulß
Hamburg	Herzog		Böttge
	Thurk		Möhring
	Jehs		
	Hindeburg	Mecklenburg	Fuchs
	Häusler		Ellerich
	Rump		Maienburg
	Lange		
	Roß	Mittelrhein	Malzahn
	Reusch		Müller, Richard

Bezirk	Delegierte	Bezirk	Delegierte
Mittelrhein	Leisten, Christian	Niederrhein	Roth
	Michely		Hepperle
	Heblich		Unger
	Dahlem		Ficks
	Ziert		Püllen
	Franzen		Langen
	Melich		Bange
	Ackermann		Spieß
	Stöcker		Berghaus
	Düwell		Kleßper
			Seidel
Niederrhein	Werner		Müller, Alois
	Kunze		Müller, Wilhelm
	Elberfeld, Willy		Grimm, Liesel
	Geyer, Anna		
	Bötcher	Ostpreußen	Garbe
	Schwihning		Meißner
	Jochem		Heidemann
	Düster		Pokar
	Schulte		Obendick
	Britzkorn		Czarnecki
	Muscheit		Krüger, Emil
	Krone		Geffke, Herta
	Wolff		Meier, Albrecht
	Legerer		Kroll, Georg
	Büscher		
	Broßmann		
	Alhelm	Danzig	Rahn
	Markquardt		Raube
	Makowsky		Böschem, Heinrich
	Schick		
	Lückem	Zentralkomitee	Däumig, Ernst
	Maur		Hoffmann, Adolf
	Kling		Stöcker, Walter
	Breutzburg		Koenen, Wilhelm
	Plenge		Göbel, Otto
	Weber		Geyer, Curt
	Odenthal		Schindler, Paul
	Schulze		Braunthal, Bertha
	Jürgens		
	Schwan	Beirat	Böttcher, Paul
	Batter		Remmele, Hermann
	Klemiheuer		Braß, Otto
	Roth		Herzfeld, Josef
	Hoffmann		
	Molz	Revisoren	Geyer, Friedrich
	Klinkmüller		Fries, Philipp

Bezirk	Delegierte
Berlin	Fischer, Ruth Geschke, Ottomar Nowaki Fromm, Frau Friedberg, Karl
Pommern	Ernst, Wilhelm
Königsberg	Klein, K. Klinger, Leo Mertinat, Willi Kroschewski, Otto
Schlesien	Rohnstock, Richard Ulrich, August
Oberschlesien	Bochynek
Lausitz	Schulze, Erich
Ost-Sachsen	Biener, Friedrich
Chemnitz	Bertz Siewert Granz Grube Roscher Reißmann Weimer Meinig Wieland Füllgraf Schulze Blechschmidt Dürrleder Hausding Bachmann Ficker Freina Schneller
Mittel-Deutschland	Menz Zipperer Hentschel Krebs Sittner Seitz Tominski Otto, Adolf
Sachsen-Anhalt	Wallstab Ackenhausen Magdanz
Thüringen	Morgner, Frau Kaiser
Nieder-Sachsen	Wurm, Christel
Hamburg	Diercks Faber Urbahns Preßler
Mecklenburg	Karrer
Nordwest	Banasewitz Mayer Jäger Bultmann
Westfalen-Lippe	Rogg
Rheinland-Westfalen	Schepers Heinrich Schütz Hammer, Arthur Ummelmann Rose Gabriel Feldermann Estel Rodenstock Leutner Keller, Lydia
Hessen	Rehbein Grimm Morlok Schnellbacher, Friedr. Bauer
Baden	Loch Schreck Bock Weber Reich
Württemberg	Schumacher Fischer Weiß Knauß Rück

Bezirk	Delegierte	Bezirk	Delegierte
München	Grlindl	Zentrale	Walcher, Jakob
	Graf		Friesland, Ernst
	Thomas		Wolfstein, Rosi
Westfalen-Süd	Frauken	Jugend-Zentrale	Heilmann, Fritz
	Dattan		
	Wetzel	Frauen-Abteilg.	Sturm, Hertha
Russ. Kriegsgef.-Lager	Burow, Jwan	Zentral-Ausschuß	Winguth
	Gornow, Nikolai		Kühl
	Ptschela, Dimitry		Marks
	Neumann, Rud.		Triebel
	Zimmermann		Brandt
	Noack		Moogk
	Berger		Miller
	Domasch		Langrock
	Schulz		Baier
	Schmitt		Gmeiner
			Wolff
Zentrale	Levi, Paul		Meinberg
	Zetkin, Klara		Jannack
	Thalheimer, August		König
	Meyer, Ernst		Schnellbacher
	Pieck, Wilhelm		Lechleiter
	Eberlein, Hugo		Tittel
	Brandler, Heinrich		Aschauer
	Frölich, Paul		Eppstein
	Heckert, Fritz		Maslow

Ausländische Gäste.

Robert Williams, Vertreter der K.P. Großbritanniens und Sekretär des englischen Transportarbeiterverbandes.

Ceton, Vertreter der K.P. Hollands.

Bringolf, Vertreter der Sozialdemokratie der Schweiz (Linke).

Dolvezal, Vertreter der tschechischen Sozialdemokratie (Linke).

Neurath, Vertreter der deutschen Sozialdemokratie der Tschechoslowakei (Linke).

Kovac, Vertreter der Ungarischen Kommunistischen Partei.

Georgref, Vertreter der Kommunistischen Partei Bulgariens.

Begrüßungsschreiben.

1. Von der Independent Labour Party Englands, linker Flügel. S. 28.
2. Von der linkssozialistischen Partei Schwedens (Stroem, Höglund). S. 28.
3. Von der Kommunistischen Partei Lettlands. S. 72.
4. Von der Norwegischen Arbeiterpartei, Gruppe Tranmael. S. 154.
5. Von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Linke (Rosa Bloch). S. 154.
6. Vom Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutsch-Oesterreichs (Linke). S. 153.
7. Von der Kommunistischen Arbeiterpartei Polens. S. 72.
8. Vom Zentralrat des Verbandes der Kommunistischen Gruppe der Tschechoslowakei (Neumann). S. 154.
9. Von der Kommunistischen Partei Jugoslawiens (Markowitsch). S. 29.
10. Vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Bulgariens (Kovalro). S. 154.
11. Von der französischen Sozialistischen Partei, Linke (Cachin, Frossard, Paul Louis, Renault, Dunois, Thomasi). S. 72.
12. Von den Kommunisten Luxemburgs. S. 72.
13. Von der Kommunistischen Partei Amerikas (Fraina, Scott). S. 153.
14. Vom Weltverband Paole Zion (Schawski, Serpow). S. 154.
15. Vom Bund jüdischer Arbeiter Rußlands. S. 72.
16. Von den russischen Kriegsgefangenen des Lagers Quedlinburg. S. 154.
17. Von der Russischen Sektion der K.P.D. S. 154.
18. Von den Gefangenen der bayerischen Festungen Niederschönefeld und Lichtenau. S. 106.
19. Von der Konferenz des Kreises Lübeck. S. 106.
20. Von den Bergknappen des Mansfelder Kreises. S. 106.
21. Von den Arbeitern der Mitteldeutschen Stickstoffwerke A.-G., Piesteritz. S. 29.
22. Von der Kommunistischen Partei Dänemarks. S. 29.
23. Von der Altserbischen Partei Jugoslawiens. S. 29.
24. Von der Norwegischen Arbeiterpartei. S. 29.



Anhang.

Bericht über die 1. Frauen-Reichskonferenz

am Mittwoch, den 8. Dezember 1920, vormittags 8 Uhr, in Berlin, Lehrervereinshaus.

Die Konferenz wird von Genossin **Braunthal** eröffnet. In ihren einleitenden Worten weist sie darauf hin, daß unsere Frauenbewegung seit dem Leipziger Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie einen gewaltigen Schritt nach vorwärts gemacht hat. Es sind große Massen von Frauen durch die gewaltigen politischen Ereignisse revolutioniert und zu bewußten Kämpferinnen für den Kommunismus herangereift. Das beweist die tapfere Haltung der Frauen der U.S.P.D. während des Meinungskampfes um den Anschluß an die Dritte Internationale. Die Massen der weiblichen Mitglieder sind bei uns geblieben und haben dem Anschluß an die Kommunistische Internationale zugestimmt, trotzdem fast alle Führerinnen die Partei verlassen haben. Der Vereinigungsparteitag brachte uns den Zusammenschluß mit den kommunistischen Genossen und Genossinnen, aus deren Reihen wir wertvolle und tüchtige Kräfte für unsere Bewegung gewonnen haben.

Ins Präsidium werden als Vorsitzende die Genossinnen Hertha Geffke-Stettin und Gertrud Morgner-Jena, als Schriftführerinnen die Genossinnen Martha Wallat-Berlin und Martha Schlag-Chemnitz gewählt.

Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, erhält das Wort Genossin **Wolda-Holland** zu einer Begrüßungsansprache, die von Genossin Braunthal übersetzt wird:

Die Genossin Wolda überbringt uns die Grüße der K.P. und der Frauenbewegung in Holland. Holland ist ein Land ohne große Industrie und mit kleinbürgerlicher Ideologie. Die Arbeiterschaft ist nicht als Masse zusammengefaßt, weder in den Gewerkschaften noch in der Partei. Eine kleine Gruppe von revolutionären Frauen hat sich aber zusammengefunden und an die K.P. angeschlossen. In ihr sind Mitglieder der syndikalistischen, anarchistischen, freireligiösen, sozialistischen Richtungen vereint. Sie arbeitet energisch für die Ziele des Kommunismus. Die Eindrücke, die die Genossin hier in Deutschland hatte, haben ihr die Auffassung gegeben, daß wir — infolge der sozialen Not — bald wieder Aktionen haben müßten. Die Genossin wünscht unserer Tagung den besten Erfolg und wird in Holland eingehend darüber berichten. (Beifall.)

Klara Zetkin: Genossinnen! Es macht mich besonders glücklich, Ihrer Frauenkonferenz die herzlichsten Grüße und Glückwünsche unserer russischen Schwestern überbringen zu können. Die Frauen, die in der Kommunistischen Partei zusammengeschlossen sind, begrüßen es mit außerordentlicher Herzlich-

keit, daß sich alle kommunistisch gesinnten Frauen in Deutschland zu einer einheitlichen Organisation zusammengeschlossen haben. Sie sind der Ueberzeugung, daß das vor allen Dingen nur eins bedeuten kann: vermehrte Kraft, gesteigerte Aktivität, und sie sind weiter der Ueberzeugung, daß diese gesteigerte Aktivität auch darin ihren Ausdruck finden muß, daß die Bande internationaler Solidarität zwischen den Kommunistinnen der verschiedenen Länder immer wieder fester und inniger geknüpft werden, nicht nur zwischen den Kommunistinnen in Rußland und in Deutschland, sondern gerade durch Vermittlung der deutschen Kommunistinnen mit den Kommunistinnen aller Länder in Westeuropa.

Aber, Genossinnen, nicht nur die weiblichen Mitglieder der Kommunistischen Partei Rußlands, die ihre Vertretung im Zentralkomitee der Frauen zu Moskau haben, sind heute im Geiste bei Euren Verhandlungen, sondern an Euren Verhandlungen und Beschlüssen, an der Weiterentwicklung der kommunistischen Frauenbewegung nehmen auch die russischen Proletarierinnen innigsten Anteil, die treu und fest zur Sowjetmacht stehen. (Bravo!) Grüße für Euch sind mir von ungefähr 900 Delegierten parteiloser Moskauer Arbeiterinnen aufgetragen worden (Bravo!), die zu einer Konferenz dort versammelt waren. Nach meinem Bericht über die Verhältnisse in Deutschland, über den Kampf der Kommunistinnen kam aus der Mitte dieser Frauen, die schwer leiden und hart arbeiten, um Sowjetrußland zu verteidigen und weiterzuentwickeln, die Anfrage, was denn die russischen Proletarierinnen tun könnten, um ihren Schwestern in Deutschland in ihrem Kampf gegen Tod und Elend, in ihrem Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaft und ihren Staat beizustehen. Ich muß sagen, Genossinnen und Genossen, ich habe nie ein erhebenderes und rührenderes Zeugnis des Bekenntnisses zur Internationalität der Ausgebeuteten und Unterdrückten aller Länder gehört als diese Anfrage aus der Mitte parteiloser russischer Proletarierinnen.

Grüße sind mir auch aufgetragen worden von einer Veranstaltung, wie wir sie gar nicht kennen, von einem Kongreß russischer Bäuerinnen und Arbeiterinnen, der für das Gouvernement Petersburg tagte und an dem auch Vertreterinnen der Bäuerinnen und Arbeiterinnen aus angrenzenden Gouvernements teilnahmen. Es war dies eine Versammlung von ungefähr 3000 Bäuerinnen und Arbeiterinnen. Auch dort wurde mir aufgetragen, den deutschen Proletarierinnen und insbesondere der revolutionären Vorhut der deutschen Proletarierinnen und Kommunistinnen, die vereint kämpfen, herzlichste Grüße zu überbringen. Genossinnen und Genossen! Ich nehme es als selbstverständlich an, daß Ihr mich beauftragt, den russischen revolutionären Proletarierinnen und insbesondere den Kommunistinnen, die der Partei angehören, Eure herzlichsten Grüße zu übermitteln. (Lebhaftes Bravo!)

Vorsitzende Geffke: Es ist weiter ein längeres Begrüßungsschreiben von den schweizerischen Genossinnen eingegangen, das folgende Einleitung hat:

„Zu unserem großen Bedauern ist es uns infolge unseres am 10. Dezember beginnenden Parteitages nicht möglich, zu Ihrer Tagung, die wir lebhaft begrüßen, eine Delegation zu entsenden. Wir benützen die Gelegenheit, Ihnen wenigstens schriftlich unsere besten Wünsche für Ihre Tagung sowie für die kommunistische Arbeiterinnenbewegung zu übermitteln."

Nunmehr hat der Genosse Däumig von der Zentralleitung das Wort.

Däumig (Zentrale): Genossinnen! Im Namen der Zentrale der Ver-



einigten Kommunistischen Partei Deutschlands begrüße ich diese Frauenkonferenz. Wir wünschen Ihrer Tagung vollen Erfolg für unser gemeinsames Ziel.

Genossinnen! Diese Konferenz kann nur im Zusammenhange mit den Beratungen und Beschlüssen arbeiten und wirken, die in den letzten Tagen auf dem Vereinigungsparteitage der Kommunistischen Partei gefaßt worden sind. Ich brauche wohl kaum zu betonen, daß auch für die Frauen innerhalb der Kommunistischen Partei die Richtlinien und die Aufgaben jetzt anders aufgefaßt werden müssen, als sie bisher traditionell durch die alte Sozialdemokratische Partei und durch die Unabhängige Partei Deutschlands aufgefaßt worden sind. Ich glaube, Sie sind alle mit mir der Meinung, daß wir die Frauenbewegung nicht als ein in sich abgeschiedenes Glied der gesamtproletarischen Bewegung zu betrachten haben, sondern daß innerhalb der Kommunistischen Partei die Frau dieselbe Rolle einnimmt, wie sie der Mann in Reih und Glied einzunehmen hat. Wir wollen auf keinen Fall die Frauenbewegung zu einem Staat im Staate werden lassen, sondern nur in dem großen Zusammenhange der allgemeinen Aufgaben, die uns als Revolutionäre gestellt sind, sollen auch die Frauen stehen. So soll auch die Arbeit dieses Kongresses aufgefaßt werden. Ihre Arbeit kann sich in der Hauptsache nur darauf konzentrieren, wie die spezielle Arbeit unter den uns fernstehenden Frauen durchgeführt und geleistet werden soll. Sie haben Rücksicht zu nehmen auf die verschiedenartige Denkweise, das verschiedenartige Gefühlsleben der proletarischen Frauen, die sich noch nicht zur Erkenntnis der kommunistischen Weltanschauung durchgerungen haben. Das ist das Grundprinzip, das durch Ihre Verhandlungen hindurchgehen muß.

Wir haben uns auch hier auf dieser Tagung vielleicht noch von manchen alten Traditionen und Vorurteilen freizumachen, sowohl was die Frau an sich betrifft wie auch, was die Aufgaben betrifft, die wir hier in diesem Kreise zu leisten haben.

Genossinnen! Gestatten Sie mir, eine ganz kleine Erinnerung aus der Zeit meines Aufenthalts in Rußland hier wachzurufen. Wir hatten in Moskau während der Tagung des zweiten Kongresses ein grandioses Schauspiel. An einem Tage zogen Hunderttausende von russischen Proletariern und Proletarierinnen in Verbindung mit der Roten Armee vor den Delegierten vorüber: die großen sechs Distrikte der Moskauer Organisation mit ihrem straff organisierten Aufbau in ihren verschiedenen Abteilungen, den Männer- und Jugendabteilungen. Da zogen auch die Frauenabteilungen mit an uns vorüber, — in riesengroßer Anzahl. Das war kein potemkinsches Dorf, keine bloße Parade. Der Aufmerksame sah und wußte: hier kommt eine Proletariermasse, die von der großen Idee und den hohen Zielen durchdrungen und begeistert ist, die jetzt drüben in Rußland ihre Verwirklichung erfahren haben. Unter den Frauen, die vorübermarschierten, fielen uns ganz besonders eine große Anzahl auf, die ein malerisches rotes Kopftuch trugen. Wir erkundigten uns, ob das eine besondere Bedeutung habe, und man sagte uns: Ja, das sind Proletarierinnen, die eine militärische Ausbildung erfahren haben. Das ist geradezu symbolisch für die Aufgaben, die jetzt auch an die Proletarierinnen herantreten. Gewiß, wir verabscheuen den Krieg. Gewiß, das letzte und höchste und edelste Ziel des Sozialismus ist der Friede. Aber unser Feind will uns jetzt nicht Frieden geben, und wir müssen auf Tod und Leben um den Frieden kämpfen, Mann und Weib! Und wenn man in der Vergangenheit in der bürgerlichen Welt eine Jungfrau von Orleans gefeiert hat, und wenn man auf eine Eleonore Prohaska, die in Männerkleidung dem Lützowschen Freikorps beigetreten

war, Lobeshymnen gesungen hat, so ist dieselbe bürgerliche Welt jetzt bereit, die Frauen Rußlands, die zum Kämpfen bereit sind, mit Spott und Hohn zu überschütten. Dieser Kampf, in den die russischen Proletarierinnen mit ihrer ganzen Persönlichkeit mit eingreifen wollen, ist ein Kampf um die höchsten Ziele der Menschheit. Es war ein imposanter Eindruck, den dieser Vorgang dort in Moskau auf uns machte. Es war das auch ein Vorzeichen für uns. Wie die russischen Proletarierinnen, die vielleicht vor drei, vier oder fünf Jahren noch keine Ahnung vom politischen Leben hatten, die zum großen Teil weder schreiben noch lesen konnten, in diese gewaltige Bewegung und in den Freiheitskampf mit hineingerissen worden sind, so muß es auch in Deutschland geschehen, und da steht uns — das werden Sie alle wissen — noch eine Riesenarbeit bevor. Wir werden auch den deutschen Proletarierinnen, die während des Krieges und jetzt unter all den Nöten und dem Jammer des Daseins zu leiden hatten, die auch heute noch darunter leiden, ganz andere Aufklärung bringen müssen als bisher, nicht sentimental, weinerlich, sondern kampfesmutig, kampferfüllt, kampfwillig. In dieser Richtung hoffe ich, daß diese Ihre Tagung einen ganz neuen, frischen Kampfesgeist auch in die Frauenagitation und Frauenbewegung hineinbringen möge.

Vorsitzende Geffke: Genossinnen! Ich glaube, wohl in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich sowohl unserer holländischen Genossin als auch der Genossin Zetkin für die überbrachten Grüße unseren Dank ausspreche, und ich glaube weiter in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich der Hoffnung Raum gebe, daß alle die guten Wünsche und Hoffnungen, die an die Proletarierinnen in Deutschland geknüpft werden, auch in Erfüllung gehen werden, daß wir besonders jene tapferen, überzeugten und leidenschaftlichen Kämpferinnen in Rußland nachahmen wollen, um, wie sie, das Werk zu vollbringen, das sie bereits begonnen haben.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Zum ersten Punkt:

das Arbeitsprogramm,

erteile ich als Referentin der Genossin Braunthal das Wort.

Bertha Braunthal: Das Ihnen vorgelegte Arbeitsprogramm geht von der besonderen Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft und von der Stellung der Kommunistischen Partei innerhalb Deutschlands aus. Die Frauen sind unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen durch ihre Beschränkung auf den Haushalt politisch und sozial viel rückständiger als die Männer. Als Arbeiterinnen niedriger bezahlt und dabei viel mehr den Gefahren der Arbeitslosigkeit ausgesetzt, als Mütter ungeschützt von der Gesellschaft, die ganze Last und Sorge für die Nachkommenschaft auf ihren Schultern, so leben die Frauen unter den Verfallserscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft noch mehr bedrückt als die Männer. Es ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei, den Frauen diese Zustände, unter denen sie leben, zum Bewußtsein zu bringen, ihr Verantwortungsgefühl gegenüber dieser Gesellschaft zu wecken und die vielen kleinbürgerlichen pazifistischen Vorurteile zu überwinden, indem ihnen an Hand der Beispiele aus der russischen Revolution gezeigt wird, daß der Bürgerkrieg unvermeidlich ist und dem Proletariat in seinem Machtkampfe aufgezwungen wird. Auch der Geist der Internationalität ist viel mehr als bisher unter den Frauen zu pflegen und ihre Solidarität mit den Proletariern der Welt zu erwecken.

Das Ziel der Frauenagitation der Kommunistischen Partei ist die Einreihung der Frauen in die Kampffront des Proletariats, ihre bewußte Mitarbeit an der Revolution und ihre Heranziehung beim schöpferischen Auf-



bau des kommunistischen Staates. Zur Durchführung dieser Aufgaben bedarf es besonderer Organe im Rahmen der Kommunistischen Partei, der Frauen-Agitationskommissionen, die bereits in vielen Teilen des Reiches und in ähnlicher Form auch schon in Rußland bestehen. Die Leiterin der Frauen-Agitationskommission ist gleichzeitig Mitglied des Vertrauensmännerkörpers, der in den Statuten der Partei vorgesehen ist. Sie zieht zu ihrer aktiven Unterstützung aus verschiedenen Tätigkeitsgebieten verschiedene Genossinnen heran, die in den Gewerkschaften, Betrieben, in den Konsumvereinen für unsere Sache wirken. Das für die Arbeit in den Betrieben gewählte Mitglied der Frauenagitationskommission hat die Aufgabe, die Arbeiterinnen in den Betrieben zu bearbeiten, bei allen Lohnbewegungen und Aktionen der Gesamtarbeiterschaft die Frauen dafür zu interessieren und ihnen zu beweisen, daß die Kommunisten die Arbeiterinteressen vertreten. Immer mit dem Hinweis darauf, daß auch alle Lohnbewegungen und Verbesserungen die Arbeiterschaft nicht aus dem Elend herausführen, sondern daß es in der Natur der kapitalistischen Entwicklung liegt, daß Teuerung und Lohndruck immer größer werden. Alle politischen Fragen, die mit dem Betrieb zusammenhängen, wie Rätesystem, Kontrolle der Produktion, Sozialisierung, Arbeitslosigkeit und Hinausdrängung der Frauen aus den Betrieben, sind von den in den Betrieben tätigen Genossinnen mit den Arbeiterinnen zu besprechen, um ihnen die Ziele des Kommunismus dabei verständlich zu machen.

In den Konsumgenossenschaften haben die Frauen-Agitationskommissionen durch Veranstaltung von Hausfrauenversammlungen, Aufstellung von Forderungen an die Genossenschaftsleitung, durch Schaffung von Einrichtungen, die den proletarischen Haushalt erleichtern, im kommunistischen Sinne zu wirken, den Hausfrauen die Rückständigkeit und Notwendigkeit der Ueberwindung des heutigen Haushalts vor Augen zu führen und sie geistig auf die Uebernahme vieler Haushaltsfunktionen durch die Gesellschaft vorzubereiten.

Die Einberufung von besonderen Frauenversammlungen von bestimmten Frauenberufen, wie Hausangestellten, Heimarbeiterinnen, Handelsangestellten, ist gleichfalls Aufgabe der Frauen-Agitationskommission.

Ein besonderes Augenmerk haben die Frauen-Agitationskommissionen der Landagitation zuzuwenden. Für diesen Zweck sind einzelne Mitglieder der Frauen-Agitationskommissionen besonders zu schulen, damit diese imstande sind, Versammlungen von Landarbeiterinnen und Kleinbäuerinnen abzuhalten, in denen dann ein oder zwei Frauen als *politische* Vertrauenspersonen für die Landarbeiterinnen gewählt werden sollen, die dann die Verbindung mit den Frauen-Agitationskommissionen aufrechtzuerhalten haben. Die Verbreitung von Frauenliteratur und der „Kommunistin“ auf dem Lande, aber auch in den Städten, in Versammlungen, Betrieben und Gewerkschaften muß von den Frauen-Agitationskommissionen in die Hand genommen werden. Die „Kommunistin“, die nunmehr offiziell unser Frauenorgan ist, wird verantwortlich vom Frauen-Reichssekretariat herausgegeben und weiter unter der Mitarbeit der Genossin Zetkin erscheinen. Sie soll nicht zur Schulung unserer Agitatorinnen, sondern auch zur Agitation unter den noch indifferenten Frauen dienen. Die obligatorische Einführung der „Kommunistin“ ist überall anzustreben, damit jedes weibliche Mitglied unserer Partei das Blatt auch wirklich in die Hand bekommt. Ferner ist auch dahin zu wirken, daß in den Gewerkschaften an Stelle der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ und der „Kämpferin“ nunmehr die „Kommunistin“ für die weiblichen Gewerkschaftmitglieder bezogen wird, damit auch diese

von unseren Ideen geistig beeinflußt werden können. Die Haus- und Straßenpropaganda für die „Kommunistin“ zum Zwecke der Gewinnung neuer Leserinnen und Abonnenten ist gleichfalls von den Frauen-Agitationskommissionen zu organisieren.

Die Frauen-Agitationskommissionen haben auf dem Gebiete der Bildungsarbeit große Aufgaben zu lösen. Für die noch ungeschulten Frauen sind politische Diskussionsabende zur Einführung in unser kommunistisches Programm, in die Leitsätze und Thesen der Dritten Internationale zu organisieren. Für Schulung und Heranbildung von Referentinnen werden sich besondere Referentinnen- und Bildungskurse notwendig machen, in denen das vorhandene theoretische Wissen erweitert und befestigt wird.

Von Zeit zu Zeit sind Bezirks-Frauenkonferenzen von der Bezirksleitung einzuberufen, um die Organisations- und Agitationserfahrungen auszutauschen, neue Anregungen zu geben und zu empfangen, Bericht zu erstatten über die vollbrachte Arbeit und ihre Erfolge.

Die Leiterinnen der Bezirks-Agitationskommissionen werden dann jeweils vom Frauen-Reichssekretariat zwecks Besprechung wichtiger organisatorischer Fragen zusammenberufen.

Das Frauen-Reichssekretariat bildet die Leitung der Frauenpropaganda für das ganze Reich. Dieses Sekretariat hat Referentinnen zu schulen und heranzubilden, Material zu sammeln für die Frauenpropaganda, Broschüren und Flugblätter herauszugeben. In kürzester Zeit werden einige wichtige Broschüren bereits erscheinen, so eine Broschüre über Mutter- und Kinderelend, über Teuerung, Wohnungsnot usw.

Zur Lösung dieser gewaltigen Aufgaben, die sich die kommunistischen Frauen für die Frauenpropaganda stellen, bedarf es des Opfermutes und der Begeisterung. Die Frauen, die für unsere Bewegung gewonnen werden, sind die besten Kämpferinnen für unsere großen Ziele und werden die Revolution vorantreiben. Ich fordere Sie auf, dem Programm Ihre Zustimmung zu geben und es in Ihren Bezirken zur Durchführung zu bringen. Dann wird unsere kommunistische Bewegung einen Schwung bekommen, der sie zu einer vorbildlichen der ganzen Welt machen wird.

Genossin Lüpnitz: Wir dürfen nicht vergessen, daß diese Reichskonferenz ganz andere Zwecke und Bedeutung hat als die früheren: Wir sind in die Periode des Bürgerkrieges gestellt. Die Reaktion läßt uns nicht soviel Zeit, wie wir gern möchten, die einzelnen Organisationsfragen durchzudenken, einzelnes umzugestalten und zu verbessern. Die Organisation Escherich und Konsorten ist fix und fertig, um uns zu erdrosseln. Danach müssen wir unsere Kampfesweise auch richten. Alles ist heute eine Frage der politischen Macht. Erst wenn wir sie erobert haben, hat unsere Arbeit für Verbesserung im proletarischen Haushalt einzusetzen, erst dann können wir unsere soziale Arbeit für die Gesellschaft in Angriff nehmen. Für unsere Agitation ist es gut, wenn nicht Frauen nur zu Frauen sprechen, sondern Frauen hauptsächlich in öffentlichen Volksversammlungen. Innerhalb unserer Organisation müssen die Genossen viel mehr als bisher die Frauen auf die großen Aufgaben der nächsten Zeit vorbereiten und sie zur politischen Arbeit heranziehen und unterstützen. Es ist von großer Wichtigkeit für die Gesamtpartei, daß alle Kleinlichkeit verschwindet und der einheitliche Kampfeswille Frauen und Männer beseelt.

Genossin Gefffe-Stettin: Das Arbeitsprogramm gibt uns die Richtlinien, wie wir auf die verschiedenen Frauengruppen und Frauenberufe in ihren besonderen Verhältnissen einwirken können. Es ist sehr wichtig dabei, daß wir die Einstellung der Frau, die hauptsächlich sich um die kleinlichen

Haushaltungsdinge dreht, erweitern zu einer politischen Einstellung. Gelinge dies, so gewinnt die revolutionäre Bewegung gerade durch die Frauen eine Schar selbstloser, leidenschaftlicher und erfolgreicher Mitstreiterinnen. Den Gedanken, daß wir als Frauen innerhalb der Bewegung das Anrecht auf besondere und bevorzugte Behandlung haben, müssen wir aus unseren Reihen vollständig verbannen. Wer seine Pflicht, so gut er es kann, tut, der setzt sich auch als Frau durch, das kann ich aus eigener Erfahrung sagen. Das Gewerkschaftsgebiet ist von besonderer Wichtigkeit, weil eine ernsthafte revolutionäre Wirksamkeit bisher auch nicht von den Männern dort entfaltet ist. Eine Frau, die also weiß, was sie will, kann dort sehr viel ausrichten und wird bei den Kollegen und Kolleginnen — die z. B. in der Gewerkschaft der Kaufmännischen Angestellten, der ich angehöre, viel wißbegieriger sind als die Kollegen — Unterstützung finden. Ich kann auch aus meiner Erfahrung sagen, daß man zu den weiblichen Mitgliedern unseres Betriebsrates sehr viel Vertrauen im Betriebe hatte, weil wir die Forderungen der Arbeiter und Angestellten bis zur letzten Konsequenz vertraten. Gerade in unserer praktischen Arbeit im Betriebsrat konnten wir täglich an Beispielen darauf hinweisen, wie der Unternehmer versucht, die Löhne der Frauen zu drücken, usw.

Nun zur Frage der Arbeitslosigkeit. Da haben wir bei den Männern wie bei unseren eigenen Genossen noch einen harten Kampf zu führen. Mir selbst haben Arbeitslose in einer Versammlung zum Vorwurf gemacht, daß zweihundert Frauen in einen Betrieb hineingekommen sind. Die gleiche Existenzberechtigung wird der Frau eben noch nicht zugestanden — dieses reaktionäre Vorurteil innerhalb der Arbeiterschaft muß niedergekämpft werden. Bei der Landagitation können wir noch manches von der Art, wie die Christlichen diese betreiben, lernen. Die rein materielle Not ist nicht das Schlimmste dort. Aber das lange Schuften, das Ausgeschaltetsein von allen Kulturerrungenschaften, die harte Faust des junkerlichen Herrn, daran müssen wir anknüpfen, und zwar in ganz populärer Art. Bei der schriftlichen Agitation müssen wir alle Fremdwörter vermeiden und Propagandamaterial in Form von ganz einfachen Gesprächen bringen. Die russischen Genossen und Genossinnen sind uns auch hier beispielgebend vorangegangen. Von ihnen müssen wir lernen, und wenn die Bürgerlichen spötteln, weil die Arbeiterinnen und Bäuerinnen sogar mit der Waffe in der Hand ihr Land verteidigen, dann können wir sagen, daß wir diesen Krieg als den ansehen, der zur Befreiung des gesamten Proletariats geführt wird, und daß auch wir bereit sind, in diesem Krieg alles einzusetzen.

Genosse Schönlank: Genossinnen! Das, was wir bis jetzt hier gehört haben, hat auf mich den Eindruck gemacht, als ob noch nicht alle Spuren verwischt wären, die in jene Zeit zurücklaufen, wo wir nebeneinander marschierten. Bei der Rede der Genossin Braunthal fand ich oft, daß das, was sachlich richtig war, theoretisch falsch begründet wurde, und die Auffassung der ersten Diskussionsrednerin ist entschieden abzulehnen. Wir dürfen an den kleinen Nöten unserer Genossinnen nicht vorübergehen und mit großer Geste nur erklären: Wenn wir erst die politische Macht haben, ist alles gut. Nebenbei: es ist dann sofort noch längst nicht gut, wir werden noch schwere Zeiten dann durchmachen! Wir müssen also an die Alltagssorgen der Proletarier anknüpfen und in jedem Fall zeigen, wie diese Sorgen in der kapitalistischen Gesellschaft nicht endgültig behoben werden können, und daß der Weg, diese Sorgen allmählich innerhalb des Kapitalismus zu mildern, wie ihn die S.P.D. und U.S.P.D. gehen, nicht zum Ziel führt. Anknüpfend an die Teuerung, müssen wir die Frauen zu Demonstrationen rufen, und

unsere Genossinnen in den Gemeindeparlamenten müssen die Führerinnen dieser Aktionen sein. Die Frage: Diktatur des Proletariats oder Demokratie, das ist Diktatur der Bourgeoisie, wird ohne Zweifel im Prozeß der Revolutionierung der Massen auch von den Frauen immer klarer beantwortet werden. Ohne die Frauen werden wir die Revolution nicht durchführen, die Diktatur nicht halten können, das mögen sich alle die, die die Notwendigkeit der Heranziehung der Frau in die revolutionäre Bewegung nicht einsehen, immer wieder gesagt sein lassen! Ich bin überzeugt, daß die Frauen alle die Aufgaben, die an sie herantreten, erfüllen werden! Die zwei Jahre Bürgerkrieg, die wir jetzt durchmachen mußten, haben mit der Kinderkrankheit der U.S.P., mit dem Pazifismus, sehr aufgeräumt. Nicht, weil wir die Gewalt wollen, gebrauchen wir sie, sondern weil die Geschichte und die Bourgeoisie uns zwingen; sonst gehen wir elend, erbärmlich, feige zugrunde, wenn wir den Kapitalismus nicht bald beseitigen. Verglichen mit Rußland, ist hier noch nicht viel getan, doch von heute ab wollen wir alle unsere ganze Pflicht tun.

Genossin Guttmann: Ich möchte bei aller praktischer Arbeit, die nach unserem Programm vorgenommen werden soll und die an sich begrüßenswert ist, die negative Seite dieser praktischen Arbeit immer sehr betont wissen, damit kein Opportunismus entsteht oder gar noch bestehender sich weiter entwickelt. Wir müssen in die Bezirke hinaus und arbeiten; die Konflikte — namentlich wegen der Ernährungsfrage — werden sich verschärfen, und die Frauen müssen bei ihrem Ansteigen eine besondere Rolle spielen. Unsere Stellung gegenüber den Prostituierten muß die sein, daß wir die durch das kapitalistische System zu Schmutz und Schande Gezwungenen in ihnen sehen, und daß wir fühlen, das sind eigentlich unsere Schwestern! Die objektiven Grundlagen für die kleinbürgerlichen Auffassungen über Heim, Ehe und Familie sind eigentlich zerstört — dennoch existieren sie in den Köpfen und sind ein großes Hemmnis. Machen wir die Frauen zu Kämpferinnen, so werden wir die große Sache der Weltrevolution unendlich fördern.

Genossin Bachmeyer-Nürnberg: Unsere Genossinnen in Bayern werden sich ganz besonders über die Grüße, die die russischen Genossinnen uns durch die Genossin Zetkin geschickt haben, freuen. Wir haben schon viel gelitten, aber wir haben dadurch gelernt und werden in den kommenden Kämpfen Schulter an Schulter mit den Genossen kämpfen. Wenn wir das Arbeitsprogramm ausführen sollen, muß man uns aber auch — besser als bislang — mit Referentinnen zur Seite stehen, denn der Prophet gilt nichts im eigenen Lande. Bei der Landagitation muß man sich örtlich nach den Anknüpfungspunkten erkundigen und sie dann kräftig ausnutzen; es gibt da immer Vorkommnisse, die die Kirche, den Amtmann, das Vieh betreffen und das ganze Dorf interessieren. Artikel in Gesprächsform sind zu empfehlen.

Es ist ein Antrag eingelaufen, der eine Abänderung in einem Satze des Programms fordert. Der Antrag lautet: „Hinter „Weltkrieg“ ist im dritten Absatz einzuschieben: weißer Schrecken, Frauenschändung.“

Genosse Miller (zur Begründung): Genossinnen! Die Aktivität, die die Frauen in manchen Situationen schon bewiesen, muß mehr hervorgehoben und begründet werden. Ich bedauere, daß das bisher nicht geschehen ist. Die Frauen sehen ein, daß der weiße Schrecken sie nicht verschonen wird, wenn sie sich feige verstecken, und das macht sie kampfbereit. Da dieses nie in der Agitation berücksichtigt wird, schlage ich vor, diese Worte in das Programm einzufügen.



Genossin Morgner-Jena: Es ist zu bedauern, daß der Geist der Regierungspolitik hier wieder aufgetaucht ist. Er sollte doch wirklich überwunden sein. Wenn unsere Bewegung noch nicht so steht, wie wir es alle wünschen, so liegt das sicherlich sehr viel daran, daß wir so viel Regierungspolitik getrieben haben. Der Horizont der Frauen läßt sich nur allmählich durch ihre Erfahrungen erweitern. Wir haben das in Jena sehr deutlich bei der Entwicklung des Hausfrauenrates gesehen; erst war er mit dem Ausdenken von Sparrezepten, dann mit der Entsendung von Petitionen an die Regierung, daß sie gegen die schlechte Lebensmittelversorgung etwas tun möge, beschäftigt. Wir sagten stets dazu: Macht es nur, aber es wird erfolglos sein! Das Resultat ist, daß die proletarischen Hausfrauen jetzt zu den Kommunisten Vertrauen haben und die Leitung des großen Vereins in unseren Händen liegt, und, was sehr wichtig ist, daß die bürgerlichen Frauen sich uns gegenüber zusammengeschlossen haben. Dadurch ist viel Klarheit und Solidarität geschaffen. Die Agitation für große technische Verbesserungen, die die Haushaltungslasten uns schon zum Teil abnehmen — wie Waschhäuser z. B. — ist sehr wichtig und müßte auch in den Gewerkschaften einsetzen, damit von dort aus der Druck auf die Konsumvereine auch kommt. An der „Kommunistin“ sollen wir alle mitarbeiten, dann werden die Klagen über zu hohe Wissenschaftlichkeit schon aufhören; die Redaktion wird für Mitarbeit dankbar sein. Die uns in Aussicht gestellten Kurse sind von größter Wichtigkeit. Man gebe sie uns bald, damit wir in der Bewegung mehr leisten können.

Genossin Keller-Essen: Die Gefahr, die in der praktischen Arbeit liegt, darf uns nicht zurückhalten, sie zu machen. Die Arbeit braucht nicht reformistisch auszulaufen. Sie kann revolutionäre Wirkung haben, wie ich gestern auf dem Parteitag an dem Beispiel nachwies, wenn die Frauen in den Gewerkschaften und Konsumvereinen bewußt darauf hinwirken, daß die Lebensmittelversorgung gesichert wird. Bei der ganzen Arbeit des organisatorischen Ausbaus, die vor uns liegt, müssen unsere Genossinnen sich davon leiten lassen, daß die Genossen an dieser Arbeit auch mithelfen müssen, und umgekehrt wir Frauen oder diejenigen, die geeignet sind, an der allgemeinen politischen Arbeit, damit wir mit der allgemeinen Bewegung eng verbunden bleiben. An unseren Lese- und Diskussions- oder Bildungsabenden sollen wir ruhig Genossen teilnehmen lassen — wir haben im Rheinland damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Nicht immer braucht man sich dort mit umfangreichen Werken zu befassen. Zeitungsartikel, die von Wichtigkeit sind und die die Frauen gewiß daheim nicht gründlich gelesen haben, können wir als Grundlage für die Besprechung auf diesen Zusammenkünften machen. Die Aufgaben, die sich die „Kommunistin“ jetzt gestellt hat, im Inhalt zum Teil für die Masse der Mitglieder, zum Teil für die Vorgeschrittenen zu sein, ist sehr schwierig, und da ich zweifle, ob das überhaupt geht, möchte ich vorschlagen, daß die „Kommunistin“ nur Schulungsorgan für die Vorgeschrittenen, Fundgrube für die Referentinnen wird. Die Mitarbeit der Frauen an den „Tribünen“ ist absolut notwendig. In den Bezirken muß sich das wiederholen, was hier auf dem Parteitag geschehen: daß die Frauenfrage im Rahmen der Bezirkskonferenzen mitbehandelt wird. Es wäre für unsere Arbeit sehr gut, wenn wir aus allen Bezirken genauer wüßten, wie die Arbeit dort steht.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Genossin Pohl-Berlin: Man kann uns nicht vorwerfen, daß wir bisher nicht richtig gearbeitet haben. Man muß zu den Frauen in der einfachsten

Weise sprechen, sonst verstehen sie es nicht. Das Arbeitsprogramm werden wir Berliner Genossinnen mit allen Kräften unterstützen.

Genossin Wolfstein: Der Wunsch, der vielfach geäußert wurde, sich noch eingehender zu Spezialfragen zu äußern, wird sowohl in unserer schriftlichen als auch mündlichen Agitation berücksichtigt werden. Die Genossinnen müssen aber eins bedenken: jede Spezialfrage der kommunalen Tätigkeit oder der Organisationsarbeit oder eines anderen Gebietes ist keine spezielle Frauenfrage; die Antwort darauf kann nicht das Frauenprogramm geben; die Antwort geben die politischen Grundsätze und die taktische Linie der Gesamtpartei. Ist man über sie im klaren, dann findet man sich auf unserem Gebiet überall leicht zurecht. Zur Frage, ob wir z. B. in den Kinderschutzkommissionen bleiben wollen oder nicht, sagen wir: Kinderschutzkommissionen sind kein Ding an sich, und wir müssen uns ihnen gegenüber verhalten je nachdem, was sie sind. Sind es Organisationen des Proletariats, die über das Gesetz hinaus proletarische Kinder vor der Ausbeutung schützen, oder sind es Organe, die sich verbunden haben mit der bürgerlichen, die Proletarier beschwichtigenden Wohlfahrtspflege? Im ersteren Fall haben wir auf jeden Fall dort unsere Positionen zu halten und zur Aufrüttelung auszunutzen, auch hineinzugehen, wenn wir noch nicht darin sind; im zweiten Fall haben wir unsere Aufklärungsarbeit nur draußen zu führen und in den Kommissionen solcher Art nichts zu tun und den Druck dieser Aufklärungsarbeit zu leiten gegen die Gemeindeparlamente, die viel mehr gegen Kinderelend und Siechtum tun könnten, die für Sipo und alle anderen proletarierfeindlichen Schichten sofort Geld haben, in denen die S.P.D. und U.S.P.D. häufig ganz behaglich sitzen und ihre Anwesenheit nicht für die Arbeiterschaft ausnützen. Wir legen Ihnen eine Resolution in diesem Sinne vor und bitten um Annahme.

Resolution über Kinderschutzkommissionen.

„Die Bildung von Kinderschutzkommissionen durch die ehemalige Sozialdemokratische Partei, deren Aufgabe darin bestand, über das völlig unzulängliche Kinderschutzgesetz von 1904 durch Selbsthilfe des Proletariats die Kinder gegen die Ausbeutung zu schützen, war eine Tat. Die Tätigkeit der Kinderschutzkommissionen war jahrelang die Erfüllung einer der Aufgaben des Klassenkampfes.

Mit der Entwicklung der Partei von einer Partei des Klassenkampfes in eine Reformpartei des Kapitalismus wurde auch die Tätigkeit der Kinderschutzkommissionen von Reformismus erfüllt, sie verwandelten sich, teilweise schon vor dem Kriege, völlig, aber während der Burgfriedenspolitik in Handlanger der kapitalistischen Kinderfürsorge, in Anhängsel des bürgerlichen Wohlfahrtsrummels.

Der November 1918 brachte die formale politische Gleichberechtigung und brachte dadurch die Möglichkeit, die städtischen und ländlichen Gemeindeverwaltungen die Funktionen eines Kinderschutzes, der über das Reichsgesetz hinausgeht, durch Organe der städtischen und ländlichen Verwaltungen ausüben zu lassen. Durch Versammlungen und Demonstrationen, durch Vorstöße in den parlamentarischen Körperschaften gegen das Kinderelend, durch Entlarvung des bürgerlichen Wohlfahrtsrummels, durch immer erneutes Eintreten für unentgeltliche Kinderspeisung und Kleidung, für Einrichtung von musterhaften Kinderhorten und -heimen, für ständige Sammlung und Veröffentlichung des Materials über Kinderelend, durch Einwirkung auf die Tätigkeit der Jugendämter und Arbeit in ihnen war und ist das zu erreichen.

Zu den bestehenden Kinderschutzkommissionen, die von der Arbeiterschaft geschaffen sind, nehmen die Kommunistinnen daher folgende Stellung ein:

Wo die Kinderschutzkommissionen noch tatsächlich als proletarische Organe gegen die Kinderausbeutung kämpfen, wo sie keine ausgesprochenen Filialen gegnerischer Parteien sind, sondern Organe der Arbeiterklasse, haben die Kommunistinnen in ihnen, wie überall, ihren Posten zu halten und ihn mit aller Kraft zu nutzen zur Steigerung der Tätigkeit der Kommissionen auch im revolutionären Sinne. Diese Arbeit muß möglichst in Verbindung mit den Elternräten geschehen. Gleichzeitig haben sie für Kinderschutz durch die Gemeinden einzutreten.

Wo die Kinderschutzkommissionen als Filialen scheinsozialistischer Parteien den Anschluß an die bürgerliche Wohlfahrtspflege gefunden haben, nehmen die Kommunistinnen Stellung zu ihnen wie zur bürgerlichen Wohlfahrtspflege überhaupt, sie arbeiten in ihnen nicht, sondern arbeiten mit aller Kraft an der Entlarvung des Charakters der bürgerlichen Wohlfahrtspflege namentlich vor den Frauen. Es gilt hier: das Haltmachen vor einem wirklichen Kinderschutz gegen die Ausbeutung und Verelendung, wie es auf Schritt und Tritt die kapitalistische Fürsorge tut, zu zeigen; es gilt hier, das Ziel und den Inhalt der bürgerlichen Wohlfahrtspflege klarzulegen, das darin besteht, die Auswüchse des Kapitalismus etwas zu beschneiden, um den proletarischen Nachwuchs für die kapitalistische Ausbeutung und den Nachwuchs für die weißen Garden wenigstens körperlich zu erhalten. Es gilt hier, diesen Wohlfahrtsrummel mit den sozialen Maßnahmen Sowjetrußlands gegenüberzustellen und zu zeigen, daß die wirkliche Beseitigung der Ausbeutung und Verelendung des Kindes nur durch den Sturz des Kapitalismus, nach Ueberwindung des Kapitalismus durch die Diktatur des Proletariats im Kommunismus möglich sein wird.

Eigene Kinderschutzkommissionen wird die V.K.P.D. daher nicht gründen."

Genossin Zirpel-Leipzig: Wir Frauen müssen — wie die Gesamtpartei — mehr als bis jetzt uns der Arbeitslosenfrage annehmen. Die Frauen sind längst nicht, entsprechend der Zahl der weiblichen Erwerbslosen, in den Räten vertreten. In Sachsen hat ein Arbeitslosenkongreß stattgefunden, au dem die Genossinnen nicht einmal vertreten waren. Unsere Sache ist es auch, das Gefühl der Internationalität unter den Frauen mehr zu stärken; da ist jetzt nachdem, was wir auf einem Frauentag der U.S.P. erlebt haben, noch viel zu tun. Auch daran, daß unter den Heimarbeiterinnen planmäßig und gründlich gearbeitet werden muß, möchte ich mit Nachdruck erinnern.

Hertha Sturm-Berlin: Die Richtlinien für Frauenagitation sind gestern von dem Parteitag angenommen worden. Darin kommt zum Ausdruck, daß die Frauenagitation eine allgemeine Parteiangelegenheit ist. Die Aufgabe der heutigen Frauenkonferenz ist, praktische Anregungen für die Durchführung der Arbeit zu geben. Ich selbst muß noch auf grundsätzliche Fragen kurz eingehen.

Die Ausführungen der meisten Diskussionsredner stimmten dem vorgelegten Programm zu und betonten dabei zwei Gesichtspunkte, beide von grundlegender Bedeutung. Der eine betrifft die Organisation und stellt fest, daß die besondere Agitation unter den Frauen nicht zur Entstehung eines Staates im Staate führen darf; der zweite stellt unserer Tätigkeit in

der Frauenagitation das Ziel, die Frauen in die politische Aktion hineinzuführen.

Zunächst zur Organisation. Die politische Arbeit der Frauenagitation muß nach den allgemeinen Richtlinien der Partei für die einzelnen bestimmten Gebiete erfolgen. Diese Richtlinien sind in dem Aktionsprogramm der Partei enthalten und brauchten daher im Frauenprogramm nicht in aller Breite aufgerollt zu werden. Speziell auf dem Gebiet der Frauenagitation finden sie ihre Ergänzung in den von der Moskauer Internationale geschaffenen Richtlinien für die kommunistische Frauenbewegung. Ihre praktische Durchführung muß durch eingehende Behandlung aller Fragen der Frauenagitation in der Tagespresse und in der „Kommunistin" geleitet werden. Aufgabe des Frauen-Reichssekretariats wird es sein, an allen unseren Tageszeitungen Frauenbeilagen zu schaffen, Aufgabe der Genossinnen in den Bezirken, alles für die Agitation wichtige Material zur Frauenfrage zu sammeln und den Redaktionen unserer Lokalzeitungen und der „Kommunistin" mitzuteilen, um die Presse so auszugestalten, wie es den Bedürfnissen der Frauenagitation entspricht.

Die zweckmäßige Durchführung der Frauenagitation erfordert die Schaffung besonderer Organe, in denen Genossen und Genossinnen mitarbeiten müssen. Die in unseren Richtlinien nach den Grundsätzen der Arbeitsteilung beschlossenen Frauenagitationskommissionen sind nichts anderes als Ressortorgane, wie solche die Partei auch für die Fragen der Gewerkschaften, der Betriebsräte, der Arbeitslosen, der Konsumgenossenschaften, der Kommunalpolitik geschaffen hat.

Die Frauenagitationskommissionen können nicht alle die Aufgaben selbst durchführen, die das kommunistische Programm vorschreibt. Ihre Sache ist vielmehr vor allem, die Anregungen zu geben, die Initiative innerhalb der Gesamtpartei zu ergreifen und mitzuarbeiten auf allen den Gebieten der Frauenagitation, die bei der allgemeinen Agitation der Partei meist nicht genügend berücksichtigt werden.

Der Aufbau der Kommissionen ist so gedacht, daß für bestimmte Arbeitsgebiete bestimmte Genossinnen und auch Genossen gewählt werden, welche sich dafür besonders eignen und interessieren. Die Heranziehung gerade der Frauen für diese Aufgaben bezweckt, sie für die Parteiarbeit aktiv zu machen und zu schulen. Erst wenn die Frauen auf einen Posten gestellt werden, durch den sie mit einer Aufgabe verantwortlich betraut werden, werden sie lernen, sich in der Partei durchzusetzen, wird es ihnen gelingen, auch die letzte Genossin zu einem tätigen Mitglied der Partei zu machen.

Die Leiterin der Frauenagitationskommission ist vollberechtigtes Mitglied des Vertrauensmännerkörpers der Parteiorganisation, der Ortsgruppe, des Unterbezirks oder des Bezirks. Dadurch hat sie ohne weiteres die Unterstützung und den nötigen Rückhalt, falls ihr am Anfang noch der Ueberblick über die Verhältnisse und die Erfahrung in der praktischen Arbeit fehlt. Dadurch bekommt sie aber auch den engen Kontakt mit der Arbeit der Gesamtpartei, der unbedingt erforderlich ist, wenn man überflüssige oder unzweckmäßige Sonderarbeiten für die Frauenagitation vermeiden will. Weder beim Vertrieb der Frauenliteratur noch in den Konsumvereinen, noch in Betrieben oder Gewerkschaften können und dürfen die Frauenagitationskommissionen auf eigene Faust neue Organisationskörper schaffen, sondern sie müssen in Verständigung mit ihrem Vorstand oder Bezirksführer oder Betriebsobmann dafür sorgen, daß überall die weiblichen Mitglieder an die bestehenden Parteiorgane und -einrichtungen angeschlossen und die Bedürfnisse der Frauenagitation dort besonders berücksichtigt

werden. Bei reger Beteiligung aller Genossinnen kann und muß das erreicht werden, weil ja die weiblichen Mitglieder der V.K.P.D. überall vollberechtigt und vollverpflichtet den männlichen Mitgliedern gleichstehen.

Diese Gleichberechtigung der weiblichen Mitglieder unserer Partei steht nicht in Widerspruch mit der Tatsache, die vielfach unter unseren Genossinnen Befremden und Anstoß erregt hat: die Bestimmung nämlich, daß die Leiterin des Frauenreichssekretariats in der Zentrale der Partei bei allgemeinen Angelegenheiten nur beratende Stimme und nur in den Angelegenheiten, welche die Frauenagitation betreffen, beschließende Stimme hat. Das erweckt den Anschein der Minderberechtigung. Diese Bestimmung jedoch, die in unsere Richtlinien in Uebereinstimmung mit den internationalen Moskauer Richtlinien aufgenommen wurde, entspricht dem Grundsatz, daß wir als Genossinnen in der Partei Anspruch erheben auf volle Gleichberechtigung mit unseren Genossen, daß wir aber — bloß weil wir Frauen sind — keine Mehr- und Sonderrechte zu fordern haben außer denen, die un als Parteimitglieder zustehen. Als Parteimitglieder haben alle unsere Genossinnen die Möglichkeit, entsprechend ihrer Tüchtigkeit und ihren Fähigkeiten an alle, auch die höchsten verantwortungsvollsten Stellen der Parteileitung mit vollem Stimmrecht zu gelangen. Genossin Zetkin als Mitglied der Zentrale ist der Beweis dafür. Als Ressortleiter aber kann die Leiterin des Frauenreichssekretariats nicht das Recht der beschließenden Stimme in der Zentrale haben, das den anderen Reichs-Ressortleitern wie z. B. der Abteilung ebensowenig zugebilligt ist.

Die zweite Frage, die ich nur kurz streifen kann, betrifft das Verhältnis der praktischen Kleinarbeit zu unserem großen Endziel. Verschiedene Redner wiesen schon darauf hin, wie unmöglich es ist, die Massen für uns zu gewinnen, wenn wir nur immer von der endgültigen zukünftigen Befreiung durch den Sturz des Kapitalismus sprechen und die gegenwärtige Kleinarbeit als „Reformismus" ablehnen. Wir müssen im Gegenteil gerade an die ganz konkreten Nöte und Sorgen des Alltags anknüpfen, die vielleicht im Anfang unscheinbar aussehen mögen, die aber von uns über ihren Ausgangspunkt hinausgetrieben werden können. Eine Lebensmitteldemonstration, eine Aussperrung aus einem Betrieb, eine einfache Lohnforderung der Arbeiterschaft kann bei konsequenter Weiterführung durch unsere Genossen, wenn sie erst einmal das Vertrauen der proletarischen Frauen und Männer gewonnen haben, dazu führen, daß die Massen ihnen auch weiter folgen in den größeren Aktionen, die der Widerstand der Bourgeoisie selbst gegen kleine Forderungen auslösen wird.

Dadurch werden wir das erreichen, was die Thesen der Kommunistischen Internationale als Aufgabe der Kommunistischen Partei aufstellen: wir werden den revolutionären Kampf um die Eroberung der politischen Macht beschleunigen.

Genossin **Braunthal** (Schlußwort): Der Standpunkt der Genossin Lüpnitz, das wir überhaupt keine besonderen Frauenorgane für die Frauenagitation schaffen sollen, ist in der Diskussion nicht unterstützt worden. Die Anregungen, die in der Diskussion gemacht wurden, werden wir uns sehr zunutze machen, besonders das, was die Genossin Gesfke über die Propaganda unter den Landarbeiterinnen und die Genossin Morgner über die Aufstellung von Forderungen in bezug auf Mutter- und Kinderschutz sagte. Die Kritik des Genossen Schönlank ist nicht berechtigt, da ich immer darauf hingewiesen habe, daß unter den heutigen Verhältnissen niemals eine Besserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter-

schaft durch Lohnerhöhungen möglich ist, sondern das nur die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat das kapitalistische Ausbeutungssystem und damit das wachsende Elend der Arbeiterschaft beseitigen kann. Ich möchte Sie ferner bitten, die Resolution über die Kinderschutzkommissionen zu unterstützen und anzunehmen, damit wir eine Grundlage für unsere Arbeit in den Bezirken haben. Es wird den Delegiertinnen nahegelegt, in den Bezirken ausführlich über die Frauenkonferenz zu berichten und dann an die Schaffung der Frauenagitationskommissionen und an die Durchführung der im Programm aufgestellten Aufgaben heranzugehen. Wir betreiben damit keinen Frauenseparatismus, sondern helfen der Gesamtbewegung vorwärts. Wir werden dann in der Lage sein, große Massen von Frauen, die uns noch fernstehen, für uns zu gewinnen, und das liegt im Interesse der proletarischen Revolution, im Interesse unserer kommunistischen Ziele.

Vorsitzende Gesske: Sie wissen, daß das Arbeitsprogramm bereits vom gestrigen Parteitage angenommen ist, der gestellte Abänderungsantrag kann also gar nicht zur Abstimmung gebracht werden Die Debatte darüber ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Resolution zur Kinderschutzkommission. Ich konstatiere einstimmige Annahme.

Ein Antrag, der zur Agitation unter den Landfrauen besonders geschulte Kräfte verlangt, wird dem Reichssekretariat überwiesen; desgl. ein Antrag, der in der „Kommunistin" einen Raum zur Behandlung der Religionsfragen in unserem Sinne verlange, der Redaktion.

Der Antrag: „Es sind in bestimmten Zeiträumen, etwa vierteljährlich, Berichte über den Stand der Frauenagitation in den einzelnen Bezirken in der „Kommunistin" oder „Tribüne" zu veröffentlichen, wird einstimmig angenommen.

Ferner wird der Antrag **Ackermann**-Köln: In Zukunft muß die Reichsfrauenkonferenz vor dem Parteitage stattfinden", nach Begründungen der Genossinnen Ackermann und Zetkin einstimmig angenommen. —

Um einige Richtlinien für die Landagitation zu geben, erhält das Wort Genosse

Unfried-Stuttgart: Die Frauen auf dem Lande besuchen die öffentlichen Versammlungen noch weniger als die Proletarierinnen in den Städten. Sie sind noch abhängiger vom Manne und befangen von der Scheu gegen die Oeffentlichkeit. Daher muß man viel Propaganda in Gesprächform machen, in der Bahn, auf der Landstraße, in den Wirtsstuben, auf dem Markt, auch wenn man Nahrungsmittel bei den Bauern kauft usf. Und man muß ihnen klar und leicht geschriebenes Agitationsmaterial dort lassen, denn die Bäuerinnen lesen gern und lesen bis jetzt nur das Amts- oder Sonntagblättchen. Auch Versammlungen muß man abhalten. Unsere Gegner wissen sehr gut, was es für eine wichtige Frage ist, ob man die Frauen für sich oder gegen sich hat. Sie gründen darum jetzt auf dem Lande Hausfrauenvereine oder ähnliches und wollen die ganzen Landarbeiterinnen und Bäuerinnen dort zusammenbringen — das soll der „Einheitsfront" der Reaktion gegen die städtische Arbeiterschaft dienen. Unseren „Pflug" oder „Kommunistischen Landarbeiter" muß man in den Versammlungen nicht auslegen oder aus der Entfernung anbieten, man muß sie den Zuhörerinnen in die Hand drücken, dann behalten sie ihn auch. Und man nehme nicht zu Vielerlei an Literatur auf das Land mit, sondern zwei oder drei gute Sachen und ein nächstes Mal wieder andere.



Bei den Vorträgen muß man den Bäuerinnen, die ein so schweres Dasein haben, zeigen, wie sehr sie als Menschen durch ihre Arbeitslast bedrückt sind und wie die kommunistische Ordnung ihnen ihre Bürde erleichtern würde. Bei den Vorträgen und auch Gesprächen muß man ruhig und taktvoll sprechen, auch nicht wie der Allerweltsweise, der jetzt die dummen Bäuerinnen aufklären kommt. Dann werden wir Erfolge haben und anstelle der Einheitsfront der Reaktion die Einheitsfront des werktätigen Volkes in Stadt und Land schaffen. (Beifall.)

Vorsitzende Geffke: Genossinnen! Ich glaube, daß der Genosse Unfried Ihnen in verschiedenen Sachen einige Anregungen gegeben hat, und daß Sie diese auch in Ihrer Tätigkeit, soweit Sie Gelegenheit finden, auf dem Lande tätig zu sein, ausnutzen werden. Die Debatte war ja bereits geschlossen; es war nur der Antrag angenommen, den Genossen Unfried eine Viertelstunde noch reden zu lassen, weil er bei der vorigen Debatte nicht anwesend sein konnte.

Wir kommen nunmehr zum zweiten Punkt der Tagesordnung:

Die Stellung der Frau in Rußland.

Hierzu hat die Genossin Klara Zetkin das Wort.

Klara Zetkin: Genossinnen und Genossen! Im Lichte des gewaltigsten Geschehens unserer Zeit und im Zusammenhang mit ihm tritt die Betätigung der russischen Frauen sowohl bei der Verteidigung Sowjetrußlands wie beim Aufbau der neuen kommunistischen Ordnung scharf hervor. Die revolutionäre Bewegung Rußlands hat sich von jeher dadurch ausgezeichnet, daß sie nie eine Bewegung nur von Männern gewesen ist, sondern von Männern und Frauen. Von den ersten Anfängen an ist in Rußland der revolutionäre Kampf im Interesse der Frauen und für ihre soziale und menschliche Befreiung eine gemeinsame soziale Sache aller revolutionär Gesinnten gewesen. Ebenso hat nie die Sache der Revolution für die Sache der Männer allein gegolten, sondern sie war stets gemeinsame Angelegenheit beider Geschlechter.

Als in Rußland im 19. Jahrhundert eine revolutionäre Bewegung einsetzte, die unter anderen Forderungen auch die der Gleichberechtigung der Geschlechter auf ihre Fahne geschrieben hatte, trug sie nicht einen frauenrechtlerischen Anstrich. Es war ein Kampf der Söhne gegen die Väter, der jungen lieberalen Generation gegen die alte konservative Generation, die die Hüterin der Tradition und des Herkommens in bezug auf die Betätigung des weiblichen Geschlechtes war. Später gehörten Männer und Frauen gemeinsam den verschiedenen sozialistischen und revolutionären Strömungen und Organisationen an. Sowohl zur Zeit der milden Propaganda wie in der Zeit des roten Terrors, der den Zarismus stürzen sollte, kämpften Männer und Frauen gemeinsam für eine gemeinsame Sache. Als der Kampf nicht mehr gegen den Zarismus allein ging, als neben die liberale Bourgeoisie und die liberal gesinnte Aristokratie das junge Proletariat als eine weiterzielende revolutionäre Kraft trat, mit einem höher und weiter gesteckten Ideal als das der bürgerlichen Demokratie, kämpften wieder die Frauen Schulter an Schulter mit den Männern. Und das ist charakteristisch. Die Frauen der „Intelligenz" haben zwar eine Reihe der vornehmsten, der hingebungsvollsten Vorkämpferinnen für die Befreiung des Proletariats, für den Doppelkampf gegen den alten Feind des Zarismus und den neuen Todfeind des Kapitalismus gestellt, jedoch von den ersten Anfängen an stehen auch Proletarierinnen als hervorragende Revolutionärinnen in Reih und Glied. In den großen Streiks des Textil-



proletariats von Moskau, in den bedeutsamen Streiks der Petersburger Arbeiterschaft, die um das Jahr 1886 begannen, die dann in den 90 er Jahren eine Steigerung erfuhren, spielen die Proletarierinnen eine hervortretende Rolle. Es waren streikende Petersburger Arbeiterinnen, die tapfer aushielten, als mitten im eisigen Winter die Feuerspritzen der Polizei gegen sie aufgefahren wurden. Es waren Arbeiterinnen, die nicht wichen und wankten, die in den Höfen und in den Straßen Steine sammelten und den Arbeitern zutrugen, wenn diese sich bei Ausständen gegen die anrückenden Kosaken zur Wehr setzen.

Nach der ersten vorstürmenden Revolution vom März 1917 bildete sich ein eigenes sogenanntes Todesbataillon von bürgerlich-demokratischen Frauen. Es hatte sich zur Aufgabe gestellt, die Revolution gegen ihre „inneren“ Feinde und gegen den drohenden deutschen Imperialismus zu verteidigen. Aber wähnen Sie nicht, Genossinnen und Genossen, daß dieses Frauenbataillon, das nach außen hin als der Ausdruck höchsten revolutionären Kampfwillens erschien, eine Kampftruppe für die wirkliche, für die soziale Revolution gewesen wäre. Dieses Frauen-Todesbataillon war unverfälscht bürgerlich, war nichts als eine Schutztruppe Kerenskis und seiner konterrevolutionären Regierung der bürgerlichen Demokratie, harmonisch vereinigt mit den Menschewiki und den rechten Sozialrevolutionären. Wie weit sich die „Schwesternschaft“ der bürgerlichen Revolutionärinnen erstreckte, beweist die Entwicklung der Dinge in Rußland, und das erfuhren unsere Genossen und Genossinnen dort am 7. November. Als die Marinesoldaten, die Vortruppen der politischen Revolution in Petersburg, den Taurischen Palast besetzten, wo die konterrevolutionäre Duma ihren Sitz hatte, wurden sie mit mörderischen Schüssen von dem Frauenbataillon begrüßt, das im Palais untergebracht war, um die bürgerliche Reaktion gegen die proletarische Revolution zu verteidigen. Eine große Zahl der Opfer, die am 7. November im Kampfe des revolutionären Proletariats mit den Schützern und Nutznießern des Kapitalismus gefallen sind, wurden von Frauenhand getötet. Genossinnen und Genossen! Was am 7. November in Petersburg weiter geschah, unterstreicht die Auffassung, die Genosse Däumig vorher vertreten hat, als er erklärte: „Wir Kommunisten sind nicht für den Gebrauch der Gewalt um der Gewalt willen, sondern wir brauchen die Gewalt, weil wir unter dem Zwang der geschichtlichen Notwendigkeit stehen, Gewalt gebrauchen zu müssen.“ Die folgende schlichte Tatsache unterstreicht, ich wiederhole es, diese kommunistische Auffassung und widerlegt all das bürgerliche und menschewistische Geschwätz von dem „Blutdurst der Bolschewiki“, die den roten Terror angeblich nur um des Terrors willen anwenden.

Das Frauenbataillon, das durch seine Schüsse viele tapfere revolutionäre Soldaten und Arbeiter niedergestreckt hatte, wurde im Taurischen Palast gefangen genommen. Die Kommandierenden der Revolutionstruppen richteten die Anfrage an den Sowjet im Smolny zu Petersburg, was denn mit den gefangenen Frauen geschehen solle. Stellen Sie sich vor, daß Weißgardisten kämpfende Proletarierinnen gefangen genommen hätten. Sie würden gar nicht angefragt haben, was man zu tun habe. Es hätte sofort geheißen: „an die Mauer mit den Hyänen, auf den Sandhaufen mit den Megären!“ Wie anders die Vorkämpfer der russischen Revolution, die „Roten“. Sie nehmen nicht Rache für die gefallenen Kameraden, sie stellen ihre Anfrage an den Sowjet. Und die Antwort: Der Sowjet verlangte nicht einmal, daß die bürgerlichen Damen festge-

halten werden, die Vorkämpfer der Revolution niedergeschossen hatten. Aus dem Smolny kam die Antwort: „Zieht ihnen Weiberröcke an und schickt sie nach Hause!"

Genossinnen und Genossen! Erinnert Euch dieser Tatsache, die dokumentarisch festgelegt ist, wenn draußen so viel über den Terror der russischen Revolutionäre, der Bolschewisten, der Kommunisten geschrien wird. Die Antwort des Sowjet mutet fast kleinbürgerlich vorurteilsvoll an. Jedoch die nämliche Sowjet-Regierung hat bewiesen, daß ihre Entscheidung nur von humanitärem Geist diktiert und nicht etwa der Ausfluß kleinbürgerlicher Gesinnung war. Sie hat die Auffassung betätigt, daß der Kampf, auch der Kampf mit bewaffneter Hand, unter dem Zwange bestimmter geschichtlicher Umstände nicht bloß das Recht, ich gehe weiter: die heiligste Pflicht der Frauen sein muß. (Lebhafte Zustimmung.) Die Träger derselben Sowjetmacht haben die Frauen aufgerufen zur Verteidigung Sowjetrußlands wider die einheimischen Gegenrevolutionäre und wider die Horden der zaristischen Generäle, wider die Horden des deutschen und des Entente-Imperialismus. Als die Gegenrevolution im Innern und von außen Sowjetrußland bedrohte, schuf die Sowjetmacht die Gelegenheit, auch die Frauen für den Kampf an der Front militärisch auszubilden. Es ist keiner Frau vom Sowjetstaat zur Pflicht gemacht, sich in das kämpfende Heer an der Front einzureihen, aber jede Frau, die dort mitkämpfen will, hat das Recht auf militärische Ausbildung, das Recht auf den Kampf.

Und dieses Recht wird genutzt. Es gibt eine wenn auch nicht überwältigend große, so doch nicht zu kleine Zahl von Arbeiterinnen, Bäuerinnen und vor allem von überzeugten Kommunistinnen, die mit den Rotarmisten zusammen an den verschiedenen Fronten kämpfen. Ausgebildet wie ihre Kameraden, ausgerüstet wie sie — manchmal heißt es auch: nicht ausgerüstet, weil es an den Mitteln zur vollen militärischen Ausrüstung fehlt — unvergleichlich tapfer, aufopfernd wie sie! Wer der Roten Armee angehört, ob Mann, ob Weib, kämpft und stirbt mit der gleichen Unerschrockenheit, der gleichen Heldenkühnheit, dem gleichen Opfermut für Sowjetrußland.

In diesem Zusammenhang muß eine Einrichtung der Kommunistischen Partei Rußlands erwähnt werden. Sie besteht in Moskau und wahrscheinlich in der ganzen Sowjet-Republik. Von Zeit zu Zeit findet eine „Mobilisation" der organisierten Genossen und Genossinnen statt, eine Mobilisation, die zeigen soll, daß die Mitglieder der Kommunistischen Partei gerüstet sind, jederzeit einen Ueberfall der Gegenrevolutionäre im Lande oder einen Einbruch von der Front her abzuwehren. Bei diesen freiwilligen Mobilisationen marschieren bezirksweise alle organisierten Kommunisten auf; nicht nur die erwachsenen Männer, sondern auch die heranwachsende Jugend im Alter von 14 bis 15 Jahren und die Frauen. Alles erscheint militärisch ausgerüstet, die Flinte im Arm, um die revolutionäre Kampfesbereitschaft zu zeigen. Die militärisch ausgebildeten Frauen tragen rote Kopftücher.

Aber die russische Frau nimmt ihren Teil an der Verteidigung Sowjetrußlands nicht nur als Kämpferin, sondern auch als „Rote Schwester" an der Front. Die Verwundeten- und Krankenpflege ist dort gut organisiert, soweit es die Umstände nur gestatten. Was an technischen Hilfsmitteln fehlt, das sucht die höchste persönliche Hingabe der Behandelnden und Pflegenden auszugleichen. Unter dem Personal finden sich neben Aerzten

zahlreiche Aerztinnen, „Feldscherinnen", d. h. Wundärztinnen und ein sehr großer Stab von Schwestern, von Krankenpflegerinnen. Was die Frauen an der Front bei diesem Samariterdienst ertragen und leisten, ist bewundernswert. Die Verbindung zwischen der Front und der Heimat ist infolge des zerrütteten Verkehrswesens nicht immer gut, ist nicht immer gesichert, es stehen auch nicht immer regelmäßig genügend Vorräte an Kleidung, an Nahrungsmitteln usw. zur Verfügung. Die „Roten Schwestern" — Aerztinnen wie Pflegerinnen — sind in der Regel diejenigen, die am ersten entbehren, wortlos entbehren und trotzdem durchhalten, ihre volle Pflicht tun und freudig tun. Infolge der Entbehrungen und Strapazen gesellen sich zu dem Ungemach an den Fronten häufig Epidemien: Typhus, Ruhr und andere. Dadurch wachsen die Anforderungen an die Pflichttreue und den Opfersinn der „Roten Schwestern" geradezu ungeheuerlich. Mir ist eine Genossin bekannt, ein kleines, zartes Frauchen, die als Rote Schwester an der Front gegen die Polen bereits dreimal den Typhus gehabt hat und doch draußen aushielt, bis sie nach dem Waffenstillstand abkommandiert worden ist. Was aber das Martyrium der Roten Schwestern Sowjet-Rußlands auszeichnet, das ist nicht, wie soll ich sagen, als treibende Kraft das berufsmäßige oder das religiöse Gefühl, das auch bei uns in Westeuropa Krankenpflegerinnen oft zu bewundernswürdigen Leistungen und selbstloser Aufopferung befähigt. Es ist vielmehr die revolutionäre Leidenschaft, der klare, bewußte Wille der Schwestern, durch ihre Leistungen Sowjetrußland verteidigen und die Revolution behaupten zu wollen. (Bravo!)

Genossinnen und Genossen! Eine dritte große Leistung der Frauen zur Verteidigung Sowjetrußlands besteht in ihrer Tätigkeit in den Bildungsinstitutionen und bei der Durchführung der Bildungsmaßnahmen an der Front. Die militärischen Leistungen der Roten Armee sind erstaunlich, verblüffend, zumal für den durchschnittlichen bürgerlichen Verstand, der keine Vorstellung von der Macht der revolutionären Idee hat. Neben unvergleichlichem Heldentum, Opfermut, höchster Tapferkeit, größte Fachtüchtigkeit, militärische Leistungen, die von der bürgerlichen Presse der kapitalistischen Länder natürlich totgeschwiegen werden. Die außerordentliche Leistungsfähigkeit der Rotarmisten beruht nicht nur auf ihrer guten militärischen Durchbildung, auf ihrer straffen, militärischen Organisation und Disziplin, nein, sie ist ganz wesentlich die Frucht des Geistes, der mit wachsender Kraft die Heere Sowjetrußlands beseelt. (Sehr wahr!) Es ist der Geist der Freiheit, es ist die Liebe zur Revolution, der Haß jeder Tyrannei, die mit einer Ueberwältigung Sowjetrußlands, die mit dem Niederzwingen der proletarischen Diktatur unzweifelhaft aufs neue einbrechen würde, wenn auch nur vorübergehend. Daß dieser Geist erhalten bleibt, entwickelt und geläutert zu Kampfesfreudigkeit und Kampfestüchtigkeit wird, das ist nicht nur das Werk der politischen Kommissare an der Front, nicht nur das Verdienst der klug organisierten und eifrig betriebenen politischen Propaganda unter den Rotarmisten. Die Rote Armee ist keineswegs lediglich ein militärisch-politischer Organismus. Sie ist gleichzeitig auch ein ganz gewaltiger kultureller Organismus (sehr wahr!). Sie ist ein Riesenapparat zur Verbreitung von Volksbildung in Rußland, zur geistigen und sittlichen Erziehung und Hebung der breitesten Massen, die heute an der Front stehen, morgen in die Heimat, ins Dorf, in die Industriestadt zurückkehren. Ein Beispiel dafür.

Wenn keine militärische Zwangslage besteht, darf an der Front kein Rotgardist kämpfen, der nicht des Lesens und Schreibens kundig ist. Sie können es in Rußland erleben, daß ein Rotarmist zum anderen sagt: „Schäme dich, Bruder, du darfst nicht an der Front kämpfen, du kannst nicht lesen und schreiben." Der Gescholtene erwidert vielleicht „Was kann ich dafür, ich bin ein armer Bauernlümmel, ich habe das Lesen und Schreiben nicht in der Schule lernen können." Da heißt es dann weiter: „Das ist keine Entschuldigung, Brüderchen. Wir haben hier Kurse für Analphabeten, wir haben Kurse für die verschiedensten Wissensstoffe. Du hättest schon längst lernen, ein „Schriftgelehrter" werden können, wenn du nur gewollt und Energie gehabt hättest." An der Front, hinter der Front wirkt ein wohl ausgedachter, reichgegliederter, ineinandergreifender Apparat von Bildungsinstitutionen für die Rotgardisten. Da finden Kurse statt, in denen Analphabeten das Leben und Schreiben lernen, Kurse für das Rechnen, für Naturwissenschaften, vor allen Dingen auch über Hygiene, über allgemeine Geschichte, über die Geschichte der Revolution, über die verschiedensten Gebiete des politischen und des sozialen Lebens. Das Weben und Walten dieser Bildungsveranstaltungen und Bildungseinrichtungen wird ergänzt durch Bibliotheken, „Lesehütten", es wird angeregt und belebt durch die Bildungszüge, die von Moskau, von Petersburg aus an die Front gehen, neue Literatur, neue Lehrende bringen, neue Kurse organisieren usw. In allen diesen Bildungseinrichtungen ist die Mitarbeit der Frau eine hervorragende. Frauen sind tätig sowohl als Organisatorinnen und Verwalterinnen des gewaltigen Bildungsapparates, wie auch als Ausführende, als Lehrende, Erziehende. Es heißt, daß gerade die Arbeit der Frauen in den Bildungsorganen einen außerordentlich großen, geistig anregenden und sittlich hebenden Einfluß besitzt. Nicht jeder Rotarmist tritt bildungshungrig und als Engel in das Heer ein; manch einer kommt vom Lande oder aus dem Osten, aus kulturell sehr zurückgebliebenen Gegenden, Angehörige halb- oder ganzasiatischer Völkerschaften sind unter den Verteidigern Sowjet-Rußlands. So ist das Wirken der Bildungsorgane nicht immer einfach und leicht. Den Frauen wird nachgerühmt, daß sie als Lehrerinnen und Erzieherinnen auch schwierige, störrische Elemente erfassen. Nebenbei bemerkt: auch der Bildungsfilm spielt an der Front eine Rolle, und von Zeit zu Zeit kommen die größten, die bedeutendsten Schauspieler und Sänger Rußlands dorthin, um klassische Aufführungen zu geben.

Genossen und Genossinnen! Eine weitere Betätigung der Frauen im Dienste Sowjetrußlands besteht darin, daß sie, zumal in den großen Städten, die Aufgaben von Wachtposten und der Ordnungspolizei übernommen haben. Das Wachtpostenstehen und die Aufgaben der Ordnungspolizei sind in Sowjetrußland in großem Umfang die Sache der weiblichen Miliz oder — die Russen haben ein scheußliches Wort dafür geschaffen, dem wir gelegentlich auch in Deutschland begegnen, der „Milizionärinnen." Aber mag das Wort sein, wie es will, die Sache ist gut. Weil man die kampftüchtigen Männer bis zum letzten zur Verteidigung Rußlands an der Front braucht, sind die Aufgaben des Wachtdienstes im Lande und der Ordnungspolizei, die bei uns die Sipo so glücklich mit der Niederknüppelung der kämpfenden, revolutionären Arbeiter verbindet, der weiblichen Miliz übertragen worden. Weibliche Miliz, das Gewehr im Arm, sehen Sie als Schildwache auf- und abspazieren an den öffentlichen Plätzen und Gebäuden, die geschützt werden sollen, an den großen Monumenten, wie

z. B. an dem Monument zur Ehrung der Gefallenen in der Petersburger Revolution usw. Die Milizfrau trägt einen dunklen Rock aus Militärtuch, einen langen Mantel, derbe Stiefel, die Sowjetmütze mit dem roten Sowjetstern. Und wenn sie auch nicht dem ehemaligen preußischen Gardesoldat gleicht, der aussah, als habe er einen Ladestock verschluckt (Heiterkeit), so versteht sie es doch so gut wie irgend ein Mann, ihre Pflicht zu erfüllen und die Ordnung aufrecht zu halten. (Bravo!)

Bei aller Disziplin, Ordnung und Pflichterfüllung wird doch die Tätigkeit der weiblichen Miliz nicht aufgefaßt im Stile des Kadavergehorsams, der dem deutschen Militarismus eigentümlich ist. An den Ufern der Newa in Petersburg entlang sind z. B. hohe Stöße Holz aufgeschichtet, das durch die Sowjetorgane entsprechend den festgesetzten Rationierungssätzen an die Bevölkerung verteilt wird. Genossen und Genossinnen, Menschen sind überall Menschen, und es friert niemand gern. Es muß damit gerechnet werden, daß hin und wieder von diesen Stößen Holz gestohlen wird. Ergo steht neben den Holzstößen in bestimmten Zwischenräumen eine Milizfrau und hält die Wacht. Sie wird von Zeit zu Zeit abgelöst. Ein großes Holzfeuer brennt Tag und Nacht neben ihr. Aber die weibliche Miliz steht nicht stramm und steif wie der deutsche Soldat auf Wache. Sie geht ungezwungen hin und her, sie hat ein Stühlchen oder einen Hocker dort, auf dem sie ausruhen kann, wenn ihr das Sitzen beliebt. Sie kocht und brät sich am Feuer. Freunde und Freundinnen, Verwandte besuchen sie auf ihrem Posten und halten mit ihr einen gemütlichen Plausch ab. Man hat nicht beobachtet, daß dadurch ihre Aufmerksamkeit in der Bewachung des öffentlichen Eigentums litte.

Genossinnen und Genossen! Das sind Zustände, die natürlich den Kleinbürgern in Deutschland — und nicht bloß in Deutschland — schauderhaft dünken mögen. Sie sind entstanden als Gebot der Notwendigkeit, wenn Sowjetrußland sich behaupten will, wenn das Proletariat nicht durch die Gegenrevolution aus seiner Macht geworfen werden soll. Daß es Sowjetrußland gelungen ist, die wohlgerüsteten, mächtigen gegenrevolutionären Heere niederzuzwingen, das ist ganz wesentlich auch das Verdienst der kämpfenden Proletarierinnen. Ich möchte in dieser Beziehung besonders des unvergleichlichen Heldentums der Petersburger Arbeiterinnen gedenken. Als die Truppen von Judenitsch Petersburg bedrohten, war die gesamte Arbeiterschaft der Fabriken wochenlang mobilisiert, bei Tag und Nacht kampf- und marschbereit. Immer neue und neue Scharen revolutionärer Proletarier mußten gegen die heranbrandenden Horden der Gegenrevolution geworfen werden, und nicht nur die Männer, auch die Frauen zogen aus der Fabrik hinaus zu den Kämpfen, in denen Judenitsch zurückgeworfen wurde. Auch Frauen haben Tag für Tag und Nacht für Nacht in Petersburg und der Umgegend auf der Wacht gestanden, haben den Nachrichtendienst versehen. Und alle diese schlichten Kämpferinnen haben bewußt gehandelt, mit dem unerschütterlichen Willen, die Sowjetordnung zu schützen.

Aber Genossen und Genossinnen, die unerhörten militärischen Leistungen an der Front hätten nicht hingereicht, Sowjetrußlands Macht zu behaupten. Es mußte hinzukommen, daß die Frauen „in den Schützengräben" der Wirtschaft, der Verwaltung, aller geschäftlicher Einrichtungen den größten Opfermut, die größte Heldenhaftigkeit betätigen! Ungeheuer lang ist die Front, an der Sowjetrußland gerüstet und kämpfend stehen muß. Länger als zwei Jahre hatte die Republik ein Heer von 2 Millionen

zu stellen, zu erhalten. Die Männer wurden vom Pflug gerissen, sie mußten den Amboß verlassen, das Werkzeug hinlegen, um das Gewehr zu schultern. Rußlands Landwirtschaft und Industrie würden vollständig zusammengebrochen sein, wenn die Frauen nicht an die Stelle der Männer getreten wären. Im bäuerlichen Betrieb nimmt die Frau ja auch in den Zeiten des Friedens einen hervorragenden Anteil an der Produktion. Die Kleinbäuerinnen Sowjetrußlands hatten die Lasten und Opfer der Jahre des Kriegs der Imperialisten untereinander getragen. Sie waren müde, sie ersehnten den Frieden. Trotzdem nahmen sie zur Verteidigung Sowjetrußlands aufs neue die Bürde auf sich, ohne Mitarbeit der Männer zu pflügen, zu säen und zu ernten. Die höchste Arbeits- und Opferwilligkeit bewiesen die Proletarierinnen in der Industrie, im Gewerbe.

In Iwanowo-Wosnessensk, dem großen Textilzentrum, das ich besuchte, machten vor dem Kriege die Männer neun Zehntel der Arbeiterschaft aus, die Frauen ein Zehntel. Jetzt ist genau das umgekehrte Verhältnis da. Die Frauen machen neun Zehntel der Arbeiterschaft in der Wosnessensker Industrie aus, während die Männer nur ein Zehntel stellen. In der Moskauer Textilindustrie besteht ungefähr das gleiche Verhältnis, ebenso in Petersburg in den Bekleidungsfabriken, in den Schuhfabriken usw. Der Mangel an männlichen, das Vorwiegen weiblicher Arbeitskräfte ist mit einer der Gründe, weshalb die Wirtschaft Rußlands sich so langsam erholt. Denn die Proletarierinnen sind zwar mit Begeisterung und höchster Opferwilligkeit für die Sowjetordnung erfüllt, sie sind aber zum großen Teil noch nicht beruflich, industriell geschult, noch nicht an die strenge Arbeitsdisziplin des modernen Großbetriebs gewöhnt, und ihre Kraft ist durch Unterernährung, durch Entbehrungen geschwächt. Um so mehr ist der Heldenmut zu bewundern, mit dem die Frauen Sowjetrußlands durchzuhalten entschlossen sind. Ich habe Frauen, Arbeiterinnen gesehen, die mir Wintersanfang ihre blutenden Füße zeigten, nackt oder höchstens mit Bastschuhen bekleidet. Diese Proletarierinnen sagten: „Wir arbeiten hart, wir leiden schwer. Wir tun es freudig, weil wir Sowjetrußland erhalten müssen. Wir wären aber dankbar, wenn die Ernährung besser werden würde und wenn wir Stiefel bekommen könnten". Heldinnen!

Die Frauen dulden nicht blind, stumpfsinnig. Wie könnten sie auch blind gegen ihre Leiden sein! Sie fühlen sie in ihrem müden und überanstrengten Körper, und trotzdem beißen sie die Zähne aufeinander und erklären, wir werden es begrüßen, wenn eine Besserung unserer Lebensbedingungen eintritt, aber an unserem Los darf Rußlands Freiheit nicht scheitern. Lieber tot als Sklaven!

Genossen und Genossinnen! Infolge der Entblößung von männlichen Arbeitskräften sind Frauen auch in Sowjetrußland in sehr großer Zahl in der Verwaltung tätig, in öffentlichen Aemtern jeder Art. In allen Sowjetorganen, in allen Aemtern der verschiedensten Gebiete des sozialen Lebens wirken Frauen, aber nicht nur als technische Hilfsarbeiterinnen und Ausführende, sondern auch als entscheidend Mitarbeitende, Bestimmende für den Aufbau der neuen Ordnung. Den Frauen ist hier Gelegenheit gegeben, alle ihre Talente in gesellschaftsnützlicher Tätigkeit zu entfalten.

Es ist deshalb selbstverständlich, daß Frauen kraft eigener freier Wahl der Arbeiter- und Angestelltenschaft den Betriebsräten angehören oder, wie man in Rußland sagt, den Fabrikkomitees und Fabrikausschüssen, die mit den Gewerkschaften zusammenwirkend einen hervorragenden Anteil an dem Aufbau der russischen Wirtschaft nehmen. Frauen sind in allen Or-

ganen und Aemtern der Sowjetverwaltung tätig, die die Verteilung der Lebensmittel vornehmen, die Verteilung der Kleidung, die Verteilung von Holz, die Regelung der Beleuchtung. Frauen gehören auch all den Organen zur Kontrolle der Verteilung und der Produktion an.

Es versteht sich, daß die Frauen einen sehr großen Anteil haben an der Fabrikinspektion, nicht nur in den untergeordneten Stellungen, als „Assistentinnen", Hilfsbeamtinnen, nein, bis hinauf in die leitenden Aemter. In den verschiedenen Volkskommissariaten, nach der westeuropäischen Terminologie, in den Ministerien sitzen Frauen, in manchen in entscheidenden Stellen. Ganz besonders gilt dies für das Volkskommissariat der öffentlichen Gesundheitspflege, für das Volkskommissariat der sozialen Fürsorge und für das Volkskommissariat des Bildungswesens. Frauen amtieren in all den Organen und Einrichtungen, die diesen Ministerien unterstehen. Was das Volkskommissariat für die soziale Fürsorge anbetrifft, so sind es Frauen, die in erster Linie vorschlagen, entscheiden und ausführen bei all den Maßnahmen und Einrichtungen, die dem Schutz der Mutter, der Berufstätigen, der Frau überhaupt dienen, die den Kindern, Alten und Kranken zugute kommen sollen. In all den Institutionen, die der Durchführung der Wöchnerinnen-, Säuglings- und Kinderpflege dienen, sind überwiegend Frauen tätig, in ganz selbständiger, leitender, wie in ausführender Stellung. In den Enrichtungen des öffentlichen Gesundheitswesens legen zahlreiche Aerztinnen, Feldscherinnen, geprüfte Säuglingspflegerinnen, geprüfte Krankenpflegerinnen Zeugnis davon ab, was weibliches Wissen und Können, was höchste Hingabe an die Gesellschaft zu leisten vermag.

Im größten Maße gilt das Vorstehende von der Betätigung der Frauen auf dem Gebiete des Volksbildungswesens. Lunatscharski, der russische „Bildungsminister", hat an den Frauen die eifrigsten, unermüdlichsten, aufopferndsten Mitarbeiter. Es ist keine Uebertreibung, es entspricht der Wahrheit, wenn ich sage: ohne die Mitarbeit der Frauen wäre Sowjetrußlands Bildungswesen heute unmöglich, wäre es in dem Umfange und der Tiefe unmöglich, die der jungen Republik zum unsterblichen Ruhm gereichen.

Unterricht und Erziehung in den Kinderheimen, Kindergärten, Horten, Schulen und Erziehungsanstalten der verschiedensten Art ist überwiegend Frauen anvertraut. Alle diese Bildungsstätten stehen allen Kindern unentgeltlich offen. Fast überall hier arbeitet die Pädagogin mit der Aerztin zusammen. Die Sowjetmacht hält mit Recht die Auffassung fest, daß ein gesunder Geist in einem gesunden Körper wohnen soll. (Sehr gut!) So werden alle Maßnahmen für Pflege und Bildung der Kinder nicht einseitig von Pädagogen festgelegt, sondern in gemeinasmer Beratung mit Aerzten und Hygienikern. In vielen der öffentlichen Anstalten, die ich besucht habe, wirkten Erzieherinnen, Erzieher, Lehrerinnen, Lehrer, Aerztinnen und Aerzte einträchtig nebeneinander. Ich füge hinzu, daß keine einzige unter den Anstalten war, die ich angemeldet besucht hätte, so daß ich den alltäglichen Gang der Dinge sah, keine Feiertagsbilder.

In welchem Umfange die Frau sich auf dem Gebiete der Volkserziehung betätigt, dafür einen Zahlenbeweis. In Petersburg wirken in den öffentlichen Erziehungs- und Bildungsanstalten 87 Prozent Frauen und nur 13 Prozent Männer. Bis jetzt hat sich niemand über den Stand der Dinge beklagt, weder die Eltern noch die Kinder, noch konkurrenzfurchtgepeinigte Männer. Auch die Kontrolle des öffentlichen Bildungs- und



Schulwesens liegt zum sehr großen Teil in der Hand von klugen, geschulten, gebildeten und erfahrenen Frauen.

Wie bei der Kontrolle all dieser Einrichtungen nicht bloß die Theorie, sondern auch die Praxis und das Urteil der Massen selbst zu ihrem Recht kommen, dafür ein Beispiel. In Moskau besuchte ich die Krippe einer großen Fabrik. Die Krippe nahm nur Kinder der Arbeiterinnen des Betriebes bis zum Alter von 3 Jahren auf. Erfahrenes Wirtschaftspersonal kochte für die Kleinen, wärmt die Milch usw. Die eigentliche Fürsorge ist Aufgabe eines Stabs geschulter Säuglings- und Kinderpflegerinnen; auf je 5 Kinder kommt eine Pflegerin. Jede Woche wird von den Arbeiterinnen des Betriebes eine von der Arbeit entbunden und in die Krippe zur Kontrolle delegiert. (Sehr gut!) Ihre Pflicht ist es, ihre eigenen, selbständigen Beobachtungen zu machen, ihre Beschwerden, Klagen und Anregungen, die Krippe betreffend, vor die Fabrikleitung zu bringen.

Genossen und Genossinnen! Ich glaube, das Angeführte zeigt Ihnen mehr als viele schöne Worte, wie Rußlands Sowjetordnung allen Frauen, auch den einfachen, ungelehrten Frauen, Gelegenheit verschafft, ihre ganze Kraft, all ihre geistigen und sittlichen Werte für den Aufbau einer höheren Gesellschaft einzusetzen.

Die Kommunistische Partei des Arbeiter- und Bauernstaats tut zielbewußt und entschlossen das ihre, um der Mitarbeit der Frau auf allen Gebieten die Bahn zu ebnen, und diese Mitarbeit so allgemein und so fruchtbar als nur möglich zu machen. Unsere organisierten Genossinnen bilden z. B. Kontrollkommissionen, die die Mütter- und Säuglingsheime, die öffentlichen Küchen zu besuchen und ihre Leistungen zu prüfen haben. Sie setzen Studienkommissionen ein, um für bestimmte Fragen Grundsätze zu Praxis, zu Wahrheit und Tat werden zu lassen. Sie sammeln Material, das zur Beurteilung von Zuständen und zur Begründung von Forderungen vorliegt. Sie geben die Literatur an, die zur Beherrschung der einzelnen Materien notwendig ist. Sie organisieren Kurse, durch die gerade Frauen aus dem Proletariat, Arbeiterinnen und Bäuerinnen, geschult werden, die verschiedensten Fragen des öffentlichen Lebens sachgemäß zu beurteilen, mit Sachkenntnis in allen Organen der Sowjetverwaltung mitzuarbeiten. Mit einem Wort — ein Wort, das ja hier in Deutschland sehr beliebt ist — sie wirken unermüdlich, um die schaffenden Frauen aus Objekten des gesellschaftlichen Lebens zu Subjekten desselben zu machen, d. h. sie zu befähigen, geschult, erkennend, wollend auf allen Gebieten der Gesellschaft mitzuarbeiten.

Eine besondere Aufgabe, der unsere Genossinnen in Rußland sich zugewandt haben, ist die Bekämpfung der Prostitution. Diese ist mit der Revolution nicht verschwunden, sondern ersteht unter neuen Formen, unter den verschiedensten Formen wieder. Sie hat ihre Wurzel vor allem in der Not, in dem Elend, das infolge des Darniederliegens der Wirtschaft, infolge der Kämpfe mit der Gegenrevolution in der Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Kommunismus unvermeidlich ist. In Sowjetrußland betrachtet man die Prostituierten als „Deserteure der Arbeit", und unsere Genossinnen haben ein Dekret durchgesetzt, nach dem die Dirnen entsprechend behandelt werden. Als Deserteure der Arbeit kommen sie wie Bourgeois, die gesund und leistungsfähig sind, sich aber der Arbeitspflicht entziehen, in sogenannte Arbeitskolonien. Sie erhalten dort, wenn sie die Arbeit verweigern, die niedrigste Ration des Lebensbedarfs wie andere Faulenzer auch. Arbeiten sie aber, sind sie leistungstüchtig, dann

empfangen sie die der Schwere und Wichtigkeit ihrer Arbeit entsprechende Ration, den betreffenden „Pajok“, d. h. einen Zuschlag an Lebensmitteln und Lebensbedarf. Prostituierte, die man der regelmäßigen produktiven Arbeit wieder zugeführt hat, werden selbstverständlich aus diesen Arbeitskolonien entlassen.

Ich möchte zur Beleuchtung des vorgemalten „Terrors“ in Sowjetrußland noch einer Neuerung gedenken, die auch mit besonderer Beteiligung unserer Genossinnen durchgeführt wird. Es ist die Behandlung in den russischen Gefängnissen. Sie ist weit besser als die in dem so humanen Deutschland, das den Terror bekanntlich verabscheut. (Sehr gut! und Heiterkeit!). Ich muß Euch sagen: wenn ich die Wahl hätte, noch einmal in Karlsruhe zu brummen oder in Petersburg, dann würde ich Petersburg zehnmal vorziehen (Heiterkeit). Natürlich ist es nicht richtig, daß in Rußland die meisten Verurteilungen erfolgen wegen der politischen Gesinnung. Das ist eine elende Verleumdung. Die meisten Verhaftungen und Verurteilungen erfolgen wegen Unterschleifen, wegen Diebstahls, Betrugs, kurz wegen Verbrechen, die Ueberlebsel der alten kapitalistischen Moral und des alten kapitalistischen Geistes sind (Sehr gut!). Wer aber wird im Falle solcher Verbrechen in Rußland am strengsten bestraft? Nicht der Bourgois, sondern das eingeschriebene Mitglied der Kommunistischen Partei! (Sehr gut!). Und das, Genossen und Genossinnen, mit Fug und Recht. Was die Gefangenen anbelangt, wie immer man über ihr Vergehen denkt, sie werden behandelt wie Kranke, wie Anormale, die man außerstande setzen muß, die Gesellschaft zu schädigen. Die Gefangenen in Petersburg z. B. bekommen zweimal in der Woche Propagandafilms vorgeführt (Heiterkeit), und einmal in der Woche dürfen sie Theater spielen (Heiterkeit).

Alles, was zur Verteidigung, Wehrhaftmachung und zum Aufbau Sowjetrußlands geschieht, ist auch das Werk revolutionär gesinnter Frauen und besonders unserer Genossinnen, die in Uebereinstimmung mit der gesamten Kommunistischen Partei und ihren Organen planmäßig dafür wirken, daß das weibliche Geschlecht arbeitend und kämpfend die Gleichberechtigung nicht nur genießt, sondern auch verdient, die die proletarische Revolution ihm gebracht hat.

Aber beschränkt sich diese Gleichberechtigung nicht auf die kommunistisch gesinnten Frauen, die Anhängerinnen der Sowjetordnung allein? Es wird ja im Ausland so viel gejammert über die Unterdrückung der Meinungsfreiheit in Rußland, daß diese Frage sich aufdrängt. Nun, die parteilosen Arbeiterinnen, wie die parteilosen Arbeiter haben in Sowjetrußland das Recht, jederzeit Versammlungen, Delegiertenkonferenzen abzuhalten, wo sie ihre Ansichten und Forderungen in der freiesten Weise zum Ausdruck bringen. Ich habe selbst an einer solchen Delegiertenkonferenz der parteilosen Arbeiterinnen von Moskau teilgenommen. Es waren vielleicht 900 Frauen anwesend, und daß ihnen nicht der Mund verbunden war, bewiesen ihre Fragen. Die erste Frage, die sie an das frei aus ihrer Mitte gewählte Bureau stellten, lautete: „Die Regierung versichert uns, die Revolution hätte uns die Freiheit gebracht. Wie kommt es dann, daß noch Verhaftungen und Verurteilungen stattfinden?“ Es war ein Genosse zur Stelle, der den Arbeiterinnen darlegte, daß Verhaftungen und Bestrafungen gesellschaftliche Notwendigkeiten seien, um des Lebensinteresses der Proletarier und Bauern willen, nach dem Bibelwort: „es ist besser, daß ein Mensch sterbe, denn das ganze Volk verderbe“ (Sehr richtig!) Diese parteilosen Arbeiterinnen erklärten sich mit der Auskunft durchaus einverstanden. Weitere Fragen wurden auf dieser und anderen parteilosen

Veranstaltungen gestellt, an denen ich teilnahm. So namentlich solche, die sich auf den Stand der Ernährung, der Verteilung von Lebensmitteln, Kleidern, die Fürsorge für die Kriegsinvaliden usw. bezogen. Sie alle zeigten, daß ganz unbeeinflußt durch irgendwelchen Druck auf die Gesinnung Auskunft verlangt wurde. Die Antworten waren stets objektiv, aufklärend und machten mit der Auffassung und Praxis der Sowjets bekannt. Gerade diese parteilosen Versammlungen und Konferenzen erweisen sich so als ein vorzügliches politisches und soziales Erziehungsmittel, um die parteilosen — unter dem Namen verkriechen sich oft die Anhänger der nichtkommunistischen Parteien — für die neue Ordnung zu gewinnen.

Aber noch ein anderer Beweis, wie es mit dem „Terror" gegen die Meinungsfreiheit steht, mit dem Demokraten und Konservative, mit dem Scheidemänner wie Dittmänner dem deutschen Spießbürger auch in den Reihen der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen gruselig zu machen suchen. In allen Schulen und Bildungsanstalten, in den Heimen und Krankenhäusern sind die meisten der dort Wirkenden nicht Kommunisten, sondern sogenannte Parteilose, sie gehören der menschewistischen oder den verschiedenen sozialrevolutionären Fraktionen an. Ich bekenne es, ich halte diesen Stand der Dinge nicht für ideal, sondern für sehr bedenklich. Es verschafft erbitterten Gegnern der Kommunisten, der Sowjetordnung Gelegenheit, noch unaufgeklärte Elemente gegenrevolutionär zu beeinflussen. Das muß im besonderen ungünstig auf die Entwicklung der Jugend wirken. (Sehr richtig!) Gewiß, Genossen und Genossinnen, die Sowjetmacht kann den sogenannten „parteilosen Intellektuellen" nicht mit Gewalt ihre Berufstätigkeit unterbinden, wenn sie wirklich etwas Tüchtiges leisten. Umgekehrt: sie bedarf ihrer für den Aufbau, sie kann ihrer Mitarbeit nicht entraten. Sie befindet sich in einer Zwangslage. Aus ihr führen zwei Wege. Der eine ist eine planmäßige, weitfassende, tiefe Propaganda und Aufklärungsarbeit unter den Intellektuellen, um sie zum Verständnis für den Kommunismus und zur freudigen, bewußten Mitarbeit an seinem Aufbau zu erziehen. Der andere ist die gründliche Allgemein- und Berufsbildung des Proletariats, um aus seinen Reihen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auf allen Gebieten des öffentlichen, des gesellschaftlichen Lebens heranzubilden. Beide Wege zusammen führen zur Ueberwindung des sozialen Gegensatzes zwischen Hand- und Kopfarbeit, der als schlimme Hinterlassenschaft des Kapitalismus auch in Sowjetrußland noch nicht verschwunden ist.

Genossinnen und Genossen! Alles, was ich vor Ihnen ausführte, gibt nur ein schwaches, ein dürftiges Bild des neuen, starken Lebens, das sich in Sowjetrußland entwickelt, ein Leben, das von der Revolution zum Werden und Wachsen gerufen worden ist. Nicht die sozialen Einrichtungen, die zahllosen Neuerungen sind das Entscheidende. Sie sind Anfangsschritte, manchmal tastende, suchende, zögernde, irrende Anfangsschritte. Entscheidend ist das Ziel, auf das sie Kurs halten, ist die Richtung der Entwicklung, der sie zustreben. Entscheidend für sie ist der klare, unerschütterliche, eiserne Wille, der in ihnen sich verkörpert. Entscheidend ist die wundervolle, schrankenlose Hingabe der Menschen an das Ziel. Sowjetrußland muß erhalten, muß verteidigt werden bis zum letzten Atemzug. die Diktatur des Proletariats muß das Tor weit öffnen für die kommunistische Zukunftsgesellschaft: das ist die Erkenntnis, das ist der Wille, die in Sowjetrußland mit feurigen Zungen zu uns sprechen. Der heutige Proletarierstaat mit seinen harten Notwendigkeiten ist ein Durchgangsstadium, das auch in Sowjetrußland nicht als Ideal erscheint, das aber unvermeidlich, das notwendig ist unter den geschichtlich gegebenen Um-

ständen. Ach, Genossinnen und Genossen, glauben Sie mir: Die vielverlästerten „Bolschewisten", all die Männer und Frauen in Rußland, die bis zur letzten Minute ihrer Zeit, bis zum letzten Fünkchen ihrer Kraft, bis zum letzten Blutstropfen daran geben, um an der Front in heldenhaftem Kampf, um in der Heimat durch die vielgestaltigste Pflichttreue und nicht minder heldenhafte Arbeit zu behaupten, was die Revolution gebracht hat, weiterzubauen, wozu sie die Grundlage schuf, zur vollen Blüte zu entfalten, was sie keimen und sprossen ließ, alle diese Männer und Frauen würden die soziale Revolution weit lieber machen als lyrisches Gedicht, denn sie mit den Mitteln der Klassendiktatur und des Terrors durchzuführen. Allein die Geschichte ist nicht so liebenswürdig, die Menschen nach dem zu fragen, was ihnen angenehm und lieb wäre. Sie stellt sie vor bestimmte, zwingende Notwendigkeiten. Der eherne Zwang des geschichtlichen Muß stellt das russische Proletariat und seine kühne, aufopferungsvolle Führerin, die Kommunistische Partei, vor das Gebot der Stunde, den proletarischen Klassenstaat, die proletarische Klassendiktatur, mit allen Mittel zu verteidigen, auch mit den Mitteln der Gewalt und Härte.

Wenn das russische Proletariat bei seiner schweren, ruhmreichen Aufgabe mit unvergleichlichem Heldenmut und Opfersinn aushält, so handelt es aus dem Gefühl weitfassender proletarischer, menschlicher Solidarität. Nicht bloß um Sowjetrußlands Gegenwart und Zukunft sicherzustellen. Nein, ich muß es wieder und immer wieder betonen, bis zum letzten Arbeiter, der letzten Arbeiterin, die vom Hauch des kommunistischen Geistes auch nur gestreift worden sind, ebenso in dem Bewußtsein für die Proletarier, für die Ausgebeuteten und Geknechteten der ganzen Welt zu dulden und zu kämpfen. „Wir wollen mit unserer eigenen Revolution die Weltrevolution vorwärtstreiben, wollen mit unserer eigenen Freiheit die Freiheit des Weltproletariats erobern." Das ist die Empfindung, die übermächtig in den Mühen, Leiden und Kämpfen der proletarischen Massen Sowjetrußlands lebt.

Genossen und Genossinnen! Lernen wir von dem russischen Proletariat! Nicht in der kindlichen Weise, daß wir mechanisch alles, was in Sowjetrußland geschieht und geschehen muß, auf andere geschichtliche Verhältnisse übertragen. (Sehr richtig!) Aber vergessen wir über dieser banalen Selbstverständlichkeit nicht, was die Arbeiter aller Länder dem russischen Proletariat, den russischen Bolschewiki verdanken. Die Erkenntnis der großen grundsätzlichen Richtlinien ihres Kampfes, die Klarheit über den Weg, den sie zu gehen haben. Sie verdanken ihren russischen Brüdern und Schwestern ein Mehr. Das Beispiel der grenzenlosen, opferfreudigen Hingabe, einer Hingabe, wie sie größer nie betätigt worden ist von den gefeierten Helden des Altertums und den gepriesenen Märtyrern der christlichen Religion. Erfassen wir den Geist, der das russische Proletariat beseelt. Genossinnen und Genossen, wenn dieser Geist die deutschen Proletarier und Proletarierinnen erfüllt und leitet, dann werden endlich auch sie die Kraft und das Selbstvertrauen für das Eine gewinnen, was not tut. Kämpfend die politische Macht zu erobern und durch die Aufrichtung der proletarischen Diktatur und der Räteordnung dem Kommunismus die Steige zu ebnen. Sie werden lernen, mit ihrer Bourgeoisie und mit deren Henkern und Lakaien R u s s i s c h zu reden. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzende Geffke: Genossinnen! Sie haben die Ausführungen unserer Genossin Zetkin mit großer Begeisterung aufgenommen, und ich glaube, sie

hat Ihnen alles das gesagt, was Sie wissen wollten und was Sie jetzt auch endlich über die russischen Verhältnisse erfahren haben.

Es ist der Antrag gestellt, daß die Rede, die die Genossin Zetkin soeben gehalten hat, als Broschüre herausgegeben wird mit dem Titel: „Die proletarische Frau in Sowjetrußland". Genossinnen, ich bin der Auffassung, daß wir von einer Diskussion über diese Frage absehen, denn das würde nur die feurigen Worte unserer Genossin Zetkin abschwächen. Ich bin der Auffassung, daß wir diesen Antrag annehmen und mit dieser Broschüre an unsere Klassengenossinnen im Lande herangehen können, daß wir ihnen dann alles dasjenige wirklich mitteilen, was Sie über die Verhältnisse in Rußland wissen wollen. — Genossinnen, ich glaube, es erübrigt sich wohl eine Abstimmung hierüber. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß dem Wunsche der Frauenreichskonferenz in der Weise Rechnung getragen wird, daß das Referat der Genossin Zetkin herausgegeben wird.

Die Genossin Morgner hat Ihnen noch eine Resolution vorzulegen.

Genossin **Morgner**: Genossen und Genossinnen! Ich habe Ihnen einen Antrag zu unterbreiten, von dem ich wünsche, daß er von Ihnen angenommen wird. Der Antrag lautet:

> „Die Frauenkonferenz der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands unterstützt die im Reichstage eingebrachten Anträge auf Beseitigung der §§ 218, 219, 220 des Strafgesetzbuchs und fordert unsere Reichstagsfraktion auf, mit aller Energie dafür einzutreten. Gleichzeitig beauftragt sie die Fraktion, einen Antrag einzubringen, der die gesicherte durchgreifende soziale Fürsorge für Mütter und Kinder fordert."

Genossen und Genossinnen! Zur Begründung habe ich folgendes anzuführen. Diese Anträge, die im Reichstag zu Anfang der Legislaturperiode von der damals geeinigten USP. eingebracht worden sind, beschäftigen in weitem Maße die ganze Frauenwelt Deutschlands, und zwar aus folgenden Ursachen. Die Not des deutschen Volkes ist ins Ungeheuerliche gestiegen. Die wirtschaftliche Verelendung ist derartig groß, daß es sich heute tatsächlich keine Proletarierfamilie mehr leisten kann, noch weiter Kinder in die Welt zu setzen. Gewiß ist der Gedanke vielleicht nicht ganz kommunistisch; denn die zukünftige Gesellschaft braucht Bürger. Aber, Genossinnen, heute ist es so, daß wir nicht Kinder gebären, die leben können, sondern daß wir für den Kirchhof gebären. Und die Sache liegt heute so, daß die Frauen Eingriffe vornehmen, die die Gesundheit der Frau und die Gesundheit der kommenden Generation untergraben. Die Not zwingt die Frauen, über die Paragraphen, die heute noch bestehen, einfach hinwegzugehen.

Ich bin nicht der Auffassung, daß man unter den heutigen Verhältnissen schon dafür eintreten kann, daß die öffentlichen Anstalten den Eingriff machen sollen. Der Arzt soll das Recht haben, dies zu tun. —

Es ist immer wieder gesagt worden, wie sehr die Säuglingssterblichkeit um sich greift, wie die Kinder immer mehr der Verelendung ausgesetzt werden. So wollen wir wenigstens daran gehen, daß kranke Kinder nicht mehr geboren werden, wenigstens nicht mehr in dem Maße, wie es der Fall war, sondern daß wir Kinder gebären wollen, wenn es unser eigener Wille ist, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse so sind, daß unsere Kinder auch Existenzmöglichkeiten haben.

Genossin **Wackwitz**: Genossinnen! Es ist ganz selbstverständlich, daß die Reichstagsfraktion, der auch ich angehöre, die Sache zu ihrer eigenen machen wird. Ich bedaure, daß die Zeit so weit vorgeschritten ist, gerade

dieses Gebiet, das ein ureigenes Gebiet von uns Frauen ist, nicht in weitergehender Weise behandeln zu können. Ich kann im Auftrage der Reichstagsfraktion erklären — da eine eingehende Besprechung nicht mehr möglich ist — daß wir tun werden, was wir als Kommunisten in dieser Angelegenheit zu tun verpflichtet sind. (Bravo!)

Vorsitzende Geffke: Genossinnen! Sie haben den Wortlaut der Resolution gehört. Sie haben auch die Begründung der Genossin Morgner gehört. Ich lasse darüber abstimmen. Wer mit der Annahme der Resolution einverstanden ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich konstatiere einstimmige Annahme.

Genossinnen! Wir sind somit am Schluß unserer heutigen Verhandlungen angelangt. Es war die erste Frauenreichskonferenz, die die neue Vereinigte Kommunistische Partei abgehalten hat, und wir können wohl sagen, daß sie von dem Geiste des revolutionären Sozialismus getragen war. Wir haben uns auf dieser Frauenreichskonferenz Richtlinien gegeben, die dazu dienen sollen, die werktätige Frau in größerem Maße in die Kommunistische Partei hineinzuziehen und mit der kommunistischen Idee zu erfüllen. Ich bin der Auffassung, daß diese Richtlinien dazu dienen werden, nunmehr im Lande auch wirklich in den Ideen des Kommunismus unter unseren Frauen zu wirken. Wir wissen, daß im kommenden Jahre uns noch die schwersten Kämpfe bevorstehen können. Wir wissen, daß wir am Vorabend eines Bürgerkrieges stehen. Wir sind uns aber auch heute klar darüber, welche Stellung wir als Frauen, als diejenigen, die den Vortrupp der revolutionären Frauen zu bilden haben, innerhalb dieses Bürgerkrieges und innerhalb der Revolution einzunehmen haben. Wir haben aus dem Munde der Genossin Zetkin gehört, mit welcher Aufopferung und mit welchem Mut, mit welchem energischen Willen die russische Frau an der proletarischen Revolution teilnimmt, wie sie ihr ganzes Selbst dafür eingesetzt hat, um dieses Sowjetrußland zum Siege gelangen zu lassen. Genossinnen, ich glaube, gegenüber unseren russischen Schwestern, die uns gezeigt haben, wieviel Großes und wieviel Erhabenes sie zu leisten imstande sind, müssen wir uns wohl etwas schämen. Aber ich glaube, daß diese Konferenz ein Ansporn sein wird, gleich unseren russischen Schwestern an der sozialen Revolution zu arbeiten. Ich glaube, daß wir alle von der Notwendigkeit dieses Kampfes erfüllt und auch von dem endgültigen Siege überzeugt sind. Und daß wir bereit sind, unser ganzes Selbst in dieser Revolution freudig einzusetzen.

Genossinnen! In diesem Sinne bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf:

Es lebe die Vereinte Kommunistische Partei!
Es lebe die Kommunistische Internationale!
Es lebe die Weltrevolution!
Hoch! — Hoch! — Hoch! —

(Die Versammlung stimmt begeistert in die Hochrufe ein und singt im Anschluß daran stehend die Internationale.)

Die Konferenz ist geschlossen.

Außerordentlicher Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands

Freitag, den 3. Dezember 1920
morgens 10 Uhr in Berlin, Lehrervereinshaus.

Vorsitzender Pieck: Ich eröffne hiermit die Sitzung des Parteitags, die die Fortsetzung des am 3. November geschlossenen 5. Parteitags bildet.

Die Tagesordnung, die heute zu erledigen ist, lautet:

Die Stellungnahme zum Vereinigungs-Parteitag der KPD. und USPD.

Dieser Vereinigungs-Parteitag beginnt morgen früh 9 Uhr. Im Anschluß an diese öffentliche Sitzung des Parteitags findet eine geschlossene Sitzung statt.

Wir kommen zunächst zur Wahl des Bureaus. Nach einer Verständigung mit der USPD. soll die Sache so gehandhabt werden, daß wir sämtliche Posten des Bureaus einfach besetzen und diese Bureaus, die hier und auf dem Parteitag der USPD. gewählt werden, morgen zusammen das Bureau des Vereinigungs-Parteitages bilden.

Es werden gewählt als Vorsitzender Pieck, als Schriftführer Siewert-Chemnitz und König-Essen. In die Mandatsprüfungskommission werden gewählt: Tittel-Stuttgart, Schnellbacher-Hanau, Urbahns-Hamburg und Geschke-Berlin.

In die Organisationskommission werden gewählt: Aschauer-München, Wolff-Hamburg, Bachmann-Chemnitz, Lechleiter-Mannheim, Jannack-Bremen. In die Programmkommission werden gewählt: die Genossin Zetkin, Levi, Thalheimer und Brandler.

Die Mandatsprüfungskommission muß sofort in Funktion treten.

Vorsitzender Pieck: Die von den Bezirken gestellten Anträge werden auf dem Vereinigungsparteitag behandelt werden. Zugelassen zum Vereinigungsparteitag sind, wie ich schon sagte, die Delegierten, die Mitglieder der Zentrale und des Zentralausschusses, bei der USPD. die des Beirats und der Kontrollkommission, so daß also die Sekretäre, Wanderredner und Redakteure am Vereinigungsparteitag nicht teilnehmen können.

Ich mache noch darauf aufmerksam, daß Sonnabend abend eine Bezirkssekretärkonferenz stattfindet, in der die Bezirkseinteilung besprochen werden soll.

Es werden heute im Laufe der Verhandlungen die Drucksachen verteilt werden, die für die Beratungen des Vereinigungsparteitages in Frage

kommen, so die Anträge aus den Bezirken, das Agrarprogramm, die Richtlinien für die Frauenagitation, die Richtlinien für die Jugendbewegung, die Richtlinien für die Elternbeiräte, dann die Organisationssatzungen

Wir treten nunmehr in unsere Tagesordnung ein. Ich erteile zu dem Referate

Stellungnahme zum Vereinigungsparteitag

das Wort Genossen Thalheimer.

Thalheimer: Genossinnen, Genossen! Was wir heute hier in separaten Verhandlungen noch zu besprechen haben, ist mehr formeller als sachlicher Natur. Genosse Pieck hat schon erwähnt, daß die sachliche Behandlung der Tagesordnungspunkte natürlich auf dem Vereinigungsparteitag gemeinsam stattfinden muß. Der Parteitag, der uns bevorsteht, ist eben kein Parteitag der Vereinigung nur, sondern er soll wirklich ein gemeinsam beratender und beschließender Parteitag sein. Deshalb können wir die Tagesordnung selber nicht in sachlicher Beratung vorausnehmen. Ich werde mich deshalb in der Hauptsache darauf beschränken, einen kurzen Ueberblick über die Tagesordnung und das, was vorliegt, zu geben und vielleicht auch in kurzen Strichen zu zeichnen, was sich organisatorisch begeben hat seit unserem letzten Parteitag.

Auf unserem letzten Parteitag wurde erwähnt, daß die beiden Parteien bis zu ihrer Verschmelzung einige Gefahren noch durchlaufen werden, und wir entwickelten die Perspektive, daß die Bourgeoisie, daß die Regierung dieser Vereinigung große Schwierigkeiten in den Weg legen werden. Nun ist bis jetzt nichts Derartiges eingetreten, nicht, als ob die Bourgeoisie nicht den Willen dazu gehabt hätte. Aber es entspricht schließlich dem allgemeinen Charakter dieser Regierung, daß sie die Dinge so treiben läßt, wie sie treiben. Innerlich ist die Verschmelzunng von unten her reibungsloser, glatter, geschehen, als manche von uns sich das gedacht haben. Dabei haben sich auch die Bedenken, die von unseren Genossen und Freunden von der linken USPD. geäußert wurden, etwa über nachteilige Folgen hier und da bei einer lokalen Verschmelzung, als nicht zutreffend erwiesen.

Man kann heute feststellen, daß überall da, wo die Verschmelzung frühzeitig und glatt erfolgt ist, die Anziehungskraft der Vereinigten Kommunistischen Partei stärker gewesen ist als dort, wo diese Verschmelzung langsamer erfolgt ist. Es liegt eben in der Natur der Dinge, daß ein Koalitionsverhältnis zwischen zwei Parteien schwerfältiger arbeitet, nicht die Aktivität entwickeln kann als eine wirklich organisatorisch geschlossene Partei.

Es wurden auf unserer letzten Tagung allerlei Bedenken erhoben gegen die rasche Ansetzung des Vereinigungsparteitages. Ich glaube, daß heute hier keinerlei solche Bedenken mehr bestehen, sondern vielleicht im Gegenteil der Wunsch, daß diese Verschmelzung von unten her noch rascher hätte erfolgen sollen, als sie erfolgt ist.

Dann zur Tagesordnung selbst. Die letzte Tagung hat den Auftrag erhalten, ein Aktionsprogramm auszuarbeiten. Für dieses Aktionsprogramm sind zwei Entwürfe vorgelegt worden. Es hat sich aber gezeigt, daß die Zeit zu kurz war, um dieses Aktionsprogramm in der Ausführlichkeit, in der Hieb- und Stichfestigkeit auszuarbeiten, wie das nötig gewesen wäre. Wir haben es daher für besser gehalten, daß wir uns für diesen Vereinigungsparteitag begnügen mit einem Manifest an die deutsche und die internationale Arbeiterschaft, das die Grundlinien und die Grundzüge der aktuellen Aufgaben enthält, die der Partei bevorstehen. Die allgemeine Grundlage der vereinigten Partei steht ja fest durch die Grund-

säße der Kommunistischen Internationale, wie sie festgelegt sind in den Leitsätzen und Thesen der Kommunistischen Internationale. Wenn ein Aktionsprogramm wissenschaftlich fundiert und ausgearbeitet werden soll, bedarf es dazu einer gewissen ruhigen Arbeit, die wir in diesen wenigen Wochen nicht finden konnten. Dagegen glauben wir, daß die Arbeiten, die jetzt vorliegen, die Entwürfe und Vorschläge, immerhin den Genossen wertvolles Material bieten und insoweit eine gewisse Grundlage für die Ausarbeitung dieses Aktionsprogramms bilden werden. Wir haben es daher für richtig gehalten, diese Entwürfe den Genossen vorzulegen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung ist das Agrarprogramm. Die Grundzüge dieses Agrarprogramms liegen ja für uns seit längerer Zeit fest. Wir hatten dazu wohl einige Modifikationen, einige Veränderungen anzubringen, entsprechend unseren eigenen Erfahrungen in Deutschland und entsprechend den Erfahrungen, die die russischen Genossen in Rußland selber gemacht haben. Vor allen Dingen war in dem Agrarprogramm mit größter Schärfe auf eine Schicht hinzuweisen, die gewöhnlich übersehen wird: auf die Schicht der Kleinbauern, der Zwergbauern, die gewissermaßen ein Halbproletariat vorstellen und die man nicht verwechseln darf mit den eigentlichen Mittelbauern, die sich selbst zu erhalten imstande sind.

Zweitens war auch die Frage zur Entscheidung zu bringen, wie wir uns zu der Frage der Aufteilung des Großgrundbesitzes stellen. In dieser Frage glaubten wir die Entscheidung so fällen zu sollen, daß im großen und ganzen speziell für Norddeutschland die Grundzüge unseres Agrarprogramms, die genossenschaftliche Wirtschaft, aufrechterhalten bleiben soll, daß dagegen in gewissen Ausnahmefällen, besonders für Süddeutschland, wo Großgrundbesitz in kleinbäuerlichen Besitz eingesprengt ist, die Möglichkeit gegeben werden soll, solchen Grundbesitz aufzuteilen.

Dann wird als dritter Punkt behandelt werden die Organisationsfrage. Es wird dem Vereinigungsparteitag ein Organisationsstatut vorgelegt werden, das gemeinsam von der provisorischen Zentrale ausgearbeitet worden ist. Im wesentlichen hält sich dieses Organisationsstatut in dem Rahmen unseres alten Organisationsstatuts. Wesentliche Veränderungen sind, soweit ich sehe, nicht eingetreten. Gegen dieses Organisationsstatut wurde nur ein Einwand aus unserer Partei erhoben, den ich hier kurz erörtern will.

Das ist die Frage, ob man etwas Aehnliches hier einführen soll, wie das in Rußland geschehen ist: die sympathisierenden Genossen und die eigentlichen Genossen. Wir sind alle der Ueberzeugung, daß die deutschen Verhältnisse, besonders die Verhältnisse vor der Machtergreifung, eine solche Nachahmung des russischen Vorbildes als nicht zweckmäßig und als ganz untunlich erscheinen lassen. Die organisatorischen Verhältnisse in Deutschland — und darauf will ich nur mit ein paar Worten eingehen — liegen eben gründlich anders als in Rußland. Die Voraussetzung für die Organisationsform in Rußland war eben die, daß ein breiter Kern parteiloser Arbeitermassen vorhanden war, die sich in engerer und loserer Form um die Kommunistische Partei gruppieren konnten. Wir haben heute in Deutschland keine solche breiten unorganisierten, parteilosen Massen mehr, sondern fast das gesamte Proletariat ist in irgendwelchen parteiorganisatorischen oder wirtschaftlich-organisatorischen Rahmen schon eingegliedert. Diese Verhältnisse, die so wesentlich verschieden sind von denen in Rußland, schließen es aus, daß wir schablonenmäßig, schematisch diese Zweiteilung, wie sie in Rußland durchgeführt wird, bei uns durchführen.



Die anderen Tagesordnungspunkte behandeln dann Fragen, die unmittelbar in die direkte Aktion führen. Und es scheint mir wesentlich für diesen Parteitag zu sein, daß er nicht nur Wiederholung etwa programmatischer Erörterungen ist, wie sie auf dem zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale gemacht wurden, sondern daß die Vereinigte Kommunistische Partei sofort bei ihrem Auftreten in der Oeffentlichkeit auftritt als eine Partei der Aktion, daß von diesem Parteitag der Anstoß zu weiteren Aktionen, zu kräftigen Aktionen ausgeht. Deshalb haben wir sofort hinter diesen programmatischen und organisatorischen Fragen es für richtig gehalten, die Frage der Arbeitslosen dahinterzustellen, weil sie im Mittelpunkt der Aktion steht, die für die nächste Zeit bevorstehen. Der Parteitag soll in dieser Frage keine rein theoretischen oder programmatischen Ausführungen machen, sondern die Behandlung der Arbeitslosenfrage soll den Anstoß geben zu einer Beflügelung und Befeuerung der Aktionen in den Massen. Es werden dem Parteitag in der Arbeitslosenfrage Thesen vorgelegt werden.

Eine weitere Frage, die auch eine Frage der unmittelbaren Aktion ist, ist die Frage der Gewerkschaften und Betriebsräte. Uns allen ist klar, daß die Frage der Kraft und des Umfangs der revolutionären Aktionen darauf hinausläuft, inwieweit und wie rasch wir die Gewerkschaften mit kommunistischem Geist erfüllen und zu Organen der kommunistischen Arbeit verwandeln können. Dafür werden dem Vereinigungsparteitag auch bestimmte Richtlinien vorgelegt werden, die eine Handhabe bieten sollen, damit endlich diese Arbeit aktiver und intensiver in Angriff genommen werde.

Wir in der alten kommunistischen Partei waren uns über die Grundlinien dieser Arbeit so ziemlich einig. Sie waren festgelegt im wesentlichen schon durch den Heidelberger Parteitag. Aber an der Durchführung der Arbeit hat es noch sehr gefehlt. Und den Hauptzweck dieser Erörterungen über die Gewerkschaften sehe ich darin, daß nun endlich nicht nur Anleitungen zur Arbeit, konkrete Richtlinien, konkrete Fingerzeige gegeben werden sollen, sondern daß ein kräftiger Anstoß gegeben wird, damit diese Arbeit endlich in Schwung und in Anwendung kommt.

Dann werden noch eingehend zu erörtern sein am Schluß innerhalb des Parteitags und dann in einer anschließenden Frauenkonferenz die Richtlinien der Frauenagitation, die ebenfalls dem Parteitag vorgelegt werden.

Am Schluß des Parteitags wird es nötig sein, eine Pressekonferenz zusammenzuberufen, damit einheitliche Richtlinien für die Ausgestaltung und größere Wirksamkeit der Presse getroffen werden. Und schließlich werden wir uns noch zu beschäftigen haben mit der Wahl und der Zusammensetzung der Zentrale und des Zentralausschusses. Das sind die Hauptpunkte, die auf dem Parteitag zu erörtern sind.

Vorsitzender Pieck: Wir kommen jetzt zur Diskussion über das, was Genosse Thalheimer vorgetragen hat. Das Wort hat Genosse Schönlank.

Schönlank (Wanderlehrer): Ich möchte bitten, daß auch die politisch beschäftigten Angestellten der Zentrale mit beratender Stimme zum Vereinigungsparteitag zugelassen werden. Wir müssen im Lande über diese Dinge sprechen als Lehrer und Agitatoren. Und wenn wir dann wieder hinauskommen, haben wir keine Ahnung davon, was verhandelt worden ist.



Es muß auch bedacht werden, daß es uns unmöglich ist, uns ein Mandat zu verschaffen, weil wir dauernd im Lande draußen herumreisen.

Vorsitzender Pieck: Die Frage, ob man die Wanderredner, Redakteure und Bezirkssekretäre zulassen soll, ist reiflich erwogen worden. Wir sind aber zum Ergebnis gekommen, daß die Zahl der Delegierten schon an und für sich sehr groß sein werde — und wir haben daher eine gewisse Grenze von 400 Delegierten festgesetzt — daß die Zahl aber durch die Hinzuziehung der Wanderredner derart wachsen würde, daß der Parteitag tatsächlich arbeitsunfähig sein würde. Aus diesem rein technischen Grunde ist es unmöglich, die Funktionäre der Partei ohne Mandat hinzuzuziehen.

Es ist ein Antrag von Urbahns-Hamburg eingegangen, als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: Gemeindepolitik.

Ich bemerke dazu, daß die Tagesordnung des Parteitags für die vorgesehenen vier Tage so umfangreich ist, daß es unmöglich sein wird, schon auf diesem Parteitage die Gemeindepolitik zu behandeln. Es ist schon heute eingehend darüber gesprochen worden, ob wir die Arbeitslosenfrage auf die Tagesordnung setzen sollten. Das war nur dann möglich, wenn wir nicht, wie ursprünglich vorgesehen, die Frage der Gewerkschaften und Betriebsräte durch zwei, sondern nur durch einen Referenten behandeln lassen. Die Tagesordnung nun noch durch ein weiteres Referat zu erweitern, ist ausgeschlossen, wenn es sich nicht lediglich um ein Referat ohne Diskussion handeln sollte, die Diskussion ist aber doch gerade das Fruchtbarste.

Schönlank (Wanderlehrer): Die Antwort von Genossen Pieck genügt mir nicht. Aus der Praxis der Partei ist bekannt, daß die Redakteure und Bezirkssekretäre immer Delegierte werden. Es sind Ausnahmezustände, wo das nicht der Fall ist. Bei der USP. sind sämtliche Redakteure und Bezirkssekretäre, soweit mir bekannt ist, delegiert worden. Es würden also nur unsere Wanderlehrer ausgeschlossen sein.

Weiß-Stuttgart: Ich halte es nicht für gut, die Genossen, welche die propagandistische Tätigkeit das ganze Jahr hindurch leisten, vom Parteitag auszuschließen. Ich bin dafür, daß sie hinzugezogen werden sollen.

Duncker (Wanderlehrer): Ich teile die Befürchtung des Genossen Pieck, daß durch 12 Wanderredner der Parteitag belastet werde, absolut nicht. Ich bitte zu beschließen, daß die Wanderredner Zutritt zu dem Vereinigungsparteitag haben sollen. Wie es mit den Wanderrednern der USP. steht, weiß ich nicht, ich glaube, sie haben keine.

Heilmann (Jugendredakteur): Ich stelle den Antrag, daß die Jugend das Recht hat, drei Delegierte zu entsenden zum Parteitag. Wir haben eine selbständige Organisation von 30—35 000 Mitgliedern.

Wurm (Wanderlehrer): Die Frage unserer Zulassung ist eine politische. Wir werden jetzt seit Jahr und Tag hinausgesandt, um in den Bezirken Kurse zu halten. In der politischen Führung stehen wir im Vordergrund und sollen vom Parteitag ausgeschlossen werden. Ich meine, wenn 500 teilnehmen, kommt es auf 20 mehr oder weniger nicht an. Es heißt auf diese Weise einfach einen Teil der Genossen außerhalb der Partei stellen, weil diese Genossen selten ein Mandat erhalten werden.

Flemming (Landsekretär): Im Anschluß an die Ausführungen Wurms möchte ich darauf hinweisen, daß die vier Landsekretäre ebenfalls von dieser Parteitagung ausgeschlossen werden sollen. Wir werden doch draußen tagtäglich über die wichtigsten Fragen angegangen und müssen genau Be-

scheid wissen. Ich möchte daher die Ausführungen Wurms befürworten. Was er sagte, trifft auch auf die Landsekretäre zu.

Vorsitzender Pieck: Die Genossen übersehen vollkommen eins, daß die Zentrale der Partei mit den einzelnen Ressorts dauernd Konferenzen und Sitzungen abhält. Und wenn der Parteitag Beschlüsse faßt, die das betreffende Ressort angehen, so werden die Genossen in besonderen Konferenzen informiert, sei es vor oder nach dem Parteitag.

Klara Zetkin: Ich möchte aus der ganzen Frage keine Frage des Grundsatzes, sondern der Zweckmäßigkeit machen. Vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit scheint es mir aber nicht nur nützlich, sondern direkt notwendig, daß diejenigen an dem Parteitag teilnehmen, die unsere Land- und Bauernagitation betreiben. Auf der Tagesordnung des Parteitags steht die Agrarfrage. Wir wollen ja aber gar nicht nur eine Partei der programmatischen Propaganda sein, sondern eine Partei der politischen Aktion.

Gerade weil wir bis jetzt die einzige Arbeiterpartei in Deutschland sind, die sich planmäßig systematisch auf Grund eines Programms mit der Agrarfrage beschäftigt hat, halte ich es für unbedingt notwendig, daß wir nicht nur unser Agrarprogramm vortragen, sondern gleichzeitig zeigen, was wir in dem Punkte der Landagitation bereits geschaffen haben, nach welchen praktischen Gesichtspunkten und Richtlinien wir arbeiten und wie unseres Dafürhaltens weitergearbeitet werden muß. Ich muß bekennen, daß ich mir eine fruchtbare Behandlung der Agrarfrage nicht denken kann, ohne daß die Genossen in hervorragender Weise in die Debatte eingreifen.

Moslowski-Oberschlesien: Sie wissen, daß in Oberschlesien das Plebiszit stattfindet. Deswegen möchte ich die Anfrage an den Parteitag richten, ob nicht die Frage des Plebiszits auf dem Parteitage besprochen werden soll.

Vorsitzender Pieck: Die Frage wird natürlich im Rahmen des politischen Referats und in der Diskussion besprochen werden.

Unfried (Landsekretär): Es wäre m. E. notwendig gewesen, daß wenigstens die Zentrale uns davon Mitteilung gemacht hätte, daß wir zum Parteitag nicht zugelassen werden. Dann hätten wir uns delegieren lassen können. So haben wir erst vor einigen Tagen Nachricht bekommen, daß wir nicht zugelassen worden sind; infolgedessen war das nicht möglich.

Genossin Zetkin hat mit Recht bereits darauf hingewiesen, wie notwendig es gerade für die Behandlung der Agrarfrage ist, daß Landsekretäre hinzugezogen werden. Gerade gegenüber den Genossen der USPD., die sich gegenüber der Agrarfrage ziemlich unklar verhalten, müssen wir zeigen, wie die Landpropaganda organisiert werden muß, damit die Genossen in den Mitgliederversammlungen auch wieder aufklärend wirken können. Ich bitte daher zu beschließen, daß die Wanderredner, Wanderlehrer, Bezirkssekretäre und Landagitatoren zum Parteitag zugelassen werden.

Vorsitzender Pieck: Es ist jetzt der Antrag gestellt worden, daß die Wanderredner und Wanderlehrer, politische Kommissare und Landsekretäre mit beratender Stimme für die weiteren Verhandlungen des Vereinigungsparteitags zugelassen werden sollen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen; ebenso der Antrag, daß die Delegierten der kommunistischen Jugend, die zum Kommunistischen Parteitag zugelassen sind, auch am Vereinigungsparteitag teilnehmen können.

Urbahns-Hamburg (zur Geschäftsordnung): Ich habe den Antrag gestellt, als besonderen Punkt: Gemeindepolitik auf die Tagesordnung zu

setzen. Der Vereinigungsparteitag der Bezirke Nordwest und Nord hat diesen Antrag beschlossen, und im Auftrag dieses Vereinigungsparteitags der gesamten Wasserkante stelle ich den Antrag und bitte, darüber abzustimmen.

Brandler: Es ist viel zweckmäßiger, wenn wir mit den Gemeindevertretern Landeskonferenzen statt Reichskonferenzen abhalten. Denn nur so läßt sich angesichts der politischen Zersplitterung in Deutschland die Frage ersprießlich behandeln. Wenn wir nicht bloß reden, sondern auch arbeiten wollen, ist es notwendig, daß landweise, für Preußen, Sachsen usw., diese Gemeindevertreterkonferenzen einberufen werden. Die erste Konferenz ist bereits für Anfang Februar geplant. Es wäre eine leere Dekoration, die Frage jetzt auf dem Parteitag zu verhandeln.

In der Abstimmung wird der Antrag abgelehnt.

Vorsitzender Pieck: Es ist dann eine andere Angelegenheit zu erledigen. Es gilt, den bisherigen Kassierern der kommunistischen Partei Entlastung zu erteilen. Die Revisoren werden zunächst ihren Bericht geben.

Peters-Berlin (Revisionskommission): Es kann für uns als Revisoren heute nicht darauf ankommen, zu beantragen, den Kassierern Entlastung bis zur Verschmelzung zu erteilen. Für uns kommt es darauf an, Bericht zu erstatten über das, was Genosse Eberlein auf dem letzten Parteitag berichtet hat. Genosse Eberlein hat auf dem letzten Parteitag den Geschäftsbericht bis Oktober gegeben. Dementsprechend und bis zu diesem Zeitpunkt haben wir die Bücher geprüft und alles bis 1. Oktober in Ordnung gefunden. Das Hauptbuch allerdings haben wir nicht bis 1. Oktober schaffen können. Aber bis September haben wir auch dieses in Ordnung befunden. Wir beantragen, den Kassierern Entlastung zu erteilen.

Die Entlastung wird erteilt.

Vorsitzender Pieck: Damit sind wir am Schluß der öffentlichen Sitzung.

Schluß der öffentlichen Sitzung 11½ Uhr.



Außerordentlicher Parteitag der Unabhängig. sozialdem. Partei Deutschlands

Freitag, den 3. Dezember 1920
mittags 1 Uhr im Lehrervereinshaus in Berlin.

Der Parteitag wird um 1 Uhr 35 Minuten durch den Genossen Däumig eröffnet.

Däumig: Parteigenossinnen, Parteigenossen! Es sind noch nicht zwei Monate vergangen, seitdem die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihren letzten Parteitag abhielt. Dieser Parteitag war ein Parteitag leidenschaftlicher Auseinandersetzungen, ein Parteitag des heftigsten Meinungskampfes und war in seinem Ausgange ein Parteitag der Trennung. Auf diesem Parteitage in Halle kam zur Entscheidung der Gegensatz, der von Anbeginn an in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei vorhanden war: der Gegensatz zwischen revolutionärer Auffassung und der Auffassung des Pazifismus und Reformismus und Opportunismus. Diese Gegensätze haben jahrelang in der Partei um Geltung gerungen und sie sind auf den verschiedenen Parteitagen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei auch zum Ausdruck gekommen, so im März 1919 in Berlin, im Dezember vorigen Jahres in Leipzig und sie haben ihren Austrag auf dem Parteitage in Halle gefunden. Auf jenem Parteitage haben sich von uns alle die Elemente getrennt, die sich nicht klar und unzweideutig auf die Linie stellen wollten, die von der dritten Internationale aufgestellt worden ist, die eine Internationale des aktiven revolutionären Proletariats sein will. Hinter diesem formalen Kampf um den Anschluß an die dritte Internationale standen alle die Fragen und Probleme, die jahrelang innerhalb der Unabhängigen Partei keine Klärung gefunden haben. Mit dem Beschluß, der in Halle gefaßt wurde, sich der dritten Internationale anzuschließen, hat die Unabhängige Sozialdemokratische Partei klar und unzweideutig zu erkennen gegeben, daß sie eine Partei sein will des revolutionären Proletariats und daß sie sich als Partei Deutschlands in Reih und Glied mit all den anderen Parteien stellen will, die gleich ihr in dieser historischen Phase, die wir durchleben, jetzt den Endkampf gegen den Kapitalismus aufnehmen wollen.

Nach dem Gesetz der proletarischen Demokratie steht unzweideutig fest, daß die Mehrheit der Partei, wie die Mehrheit des Parteitages in Halle sich auf diesen Boden gestellt hat, und daß die, die damals von uns gegangen sind, die proletarische Demokratie, die sie stets im Munde führten, mit Füßen getreten haben. Alle die Versuche, die im Laufe der letzten zwei Monate gemacht worden sind, sich als die rechtmäßige Unabhängige Partei

zu bezeichnen, sind Versuche unehrlicher und sophistischer Methoden, die letzten Endes doch erfolglos bleiben müssen.

Der Parteitag in Halle hat weiter beschlossen, daß die von ihm gewählte Zentralleitung alle Schritte zu tun habe, um mit der anderen proletarischen Partei Deutschlands, die gleich uns auf dem Boden der dritten Kommunistischen Internationale steht, zu einer Vereinigung zu kommen. Die Zentralleitung der Partei hat diese Aufgabe erfüllt, und wir stehen nun hier in Berlin vor dem Parteitag, der diese beiden Parteien, die Unabhängige Partei und die Kommunistische Partei Deutschlands, zu einer einheitlichen großen Kampfgilde zusammenschließen soll.

Genossen! Das ist ein Vorgang, der die gleiche Beachtung in der Welt finden wird wie der Parteitag in Halle. Es handelt sich nicht um einen nebensächlichen organisatorischen Vorgang, sondern das, was sich heute und in den nächsten Tagen hier in diesen Räumen abspielen wird, wird wie ein Feuerschein hinausleuchten in die ganze proletarische Welt. Der Vorgang, der sich hier abspielt, ist von vorbildlicher Bedeutung für zahlreiche andere proletarische Parteien, er ist selbstverständlich auch von hoher Bedeutsamkeit für die Weiterentwicklung des proletarischen Kampfes in Deutschland selbst. All das törichte Gerede von der Spaltung, von Zerreißung der Arbeiterschaft, wird und muß sich in seiner ganzen Nichtigkeit auflösen, wenn die Partei, die jetzt nun als Vereinigte Kommunistische Partei aus diesem Parteitage hervorgehen wird, an die Arbeit gehen wird auf allen Kampfgebieten des Klassenkampfes, an allen Orten, in allen Bewegungsräumen, die sich das Proletariat jetzt in dieser Zeit, wo es hart auf hart geht, zu eigen machen muß.

Es liegt in der Natur der Dinge begründet, daß, wenn zwei Organisationen von Menschen, zwei lebendige Körperschaften sich zu e i n e r zusammenschließen, jede von ihnen vielleicht die eine oder andere Tradition (!) noch mitbringt. Aber die Vorverhandlungen, die jetzt in den zwei Monaten von uns durchgeführt sind, geben uns als Zentrale die erfreuliche Gewißheit, daß dieses Uebergangsstadium der Verschmelzung nur von kurzer Dauer sein wird, und daß die Reibungen nicht ernster Natur sein werden, daß alles das, was sonst noch an Eigenleben in jeder dieser Parteien vorhanden ist, sich sehr bald zu einem einheitlichen Organismus verschmelzen wird, der seine Glieder nicht bloß äußerlich organisatorisch zusammenhält, sondern der ihre Hirne schärft und ihre Arme zu lebendigem Handeln in Bewegung setzt. Denn darum schließen wir uns zusammen, darum schaffen wir die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands, um aus den bisherigen Parteitraditionen, aus der bisherigen Parteischablone der Organisation herauszukommen und ein proletarisch-revolutionäres Gebilde zu schaffen, das den bitterernsten Anforderungen des Klassenkampfes unserer Zeit in seiner verschärften Form gerecht wird. Wir haben es immer betont — und ich halte es für meine Aufgabe, es auch an dieser Stelle zu betonen —: wir haben den Mitgliedern, die sich jetzt um uns scharen werden, zu sagen, daß sie in unserer Partei nicht den alten Parteischlendrian vergangener Epochen finden werden. Wir haben unseren Mitgliedern zu sagen, daß jeder Mann und jede Frau, die sich entschließt, Mitglied der Vereinigten Kommunistischen Partei zu werden, sich verpflichtet, nun auch mit ihrem ganzen Können und mit ihrer ganzen Persönlichkeit für die Ziele und die Aufgaben einzutreten, die wir als Vorkämpfer des Proletariats Deutschlands zu erfüllen haben.

Wir sind in Deutschland in einer wenig günstigen Situation, soweit das ganze große proletarische Heerlager in Betracht kommt. Die historische



Entwicklung des deutschen Proletariats in mehr als fünf Jahrzehnten hat es mit sich gebracht, daß große Proletariermassen auch heute noch nach den blutigen Striemen des Weltkrieges und den Erfahrungen von zwei Nachkriegsjahren noch den Blick gegen ihre wahre Klassenlage verdunkelt haben, daß die Köpfe zahlreicher Proletarierschichten noch von den Ideen und Gedankengängen der bürgerlichen Welt umnebelt sind, und daß sie in den Gedankengängen einer sozialistischen Welt leben, die heute der Gegenwart nicht mehr gerecht wird und nicht gerecht werden will. In all den Betrieben und Werkstätten, in all den Arbeitsfeldern, in denen Proletarier sich zusammenfinden, soll jetzt die Mitgliedschaft der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands die Kerntruppe bilden, um die sich das Proletariat, das uns jetzt noch fernsteht zu scharen hat. Sie muß die Kerntruppe bilden, die das Proletariat in den Gewerkschaften und in all den Gebilden, wo Proletarier sich zusammenfinden, an ihrer Klassenlage packen und zum Handeln vorwärts treiben soll.

Die Gründung der Vereinigten Kommunistischen Partei soll diesem nun bald Jahre währenden Versumpfen und Versanden der deutschen Revolution Einhalt gebieten. All das sind Dinge, die wir in ihren Einzelheiten und in ihrer Vielgestaltigkeit im Laufe des Parteitages noch zu verhandeln haben. Wir können sicher sein, daß diese Verhandlungen auch außerhalb dieses Saales mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt werden. Aufmerksamkeit werden uns entgegenbringen in erster Linie die Genossen und Genossinnen, die mit ihrem ganzen Herzen an dem Zustandekommen dieser starken großen vereinigten revolutionären kommunistischen Partei interessiert sind. Aber mit der gleichen Aufmerksamkeit verfolgt auch die gesamte bürgerliche Welt diese Tagung, einer Aufmerksamkeit, die von Haß, Erbitterung, Wut und Rachegefühl getragen ist. Alles das, was wir im Laufe der verflossenen zwei Jahre an Kampf in der Oeffentlichkeit, im Parlament, in der Presse gegen diese neue Gestaltung und Umgruppierung der revolutionären Kräfte Deutschlands erlebt haben, gibt uns schon einen Vorgeschmack für das, was unser noch wartet. Wir wissen — und wir haben es allen Mitgliedern zu sagen —: mit der bürgerlichen Welt stehen wir Auge in Auge, als Feind gegen Feind! Es kann und wird kein Paktieren geben. Und die bürgerliche Welt in allen ihren Erscheinungsformen weiß das, und sie hat sich für den kommenden Kampf gerüstet. Auf allen Gebieten, im parlamentarischen Leben sowohl wie auf dem Verwaltungsgebiete und auf militärischem Gebiete, überall sehen wir, daß das Bürgertum, die Bourgeoisie in ihrem fein ausgeprägten Klasseninstinkt wittert: hier kommt die Macht zutage, mit der es nur ein Ringen auf Tod und Leben gibt. Diese gleiche Erkenntnis, die wir drüben in jenem Lager finden, haben wir hineinzutragen in die Proletarierherzen und Köpfe auf unserer Seite. Und nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch haben wir zu handeln, um wie jene unsere Gegner auch unsere Heerscharen zu rüsten.

Wir haben ferner damit zu rechnen, daß man diese Tagung auch auf jener Seite mit Aufmerksamkeit verfolgt, die sich „sozialistisch" nennt. Die sozialdemokratische Partei muß von vornherein ihrer ganzen Natur nach uns als ausgesprochene Gegnerin entgegentreten. Zwei unvereinbare Gegensätze stehen sich gegenüber: Während drüben noch der Glaube an die allein seligmachende Kraft des demokratischen Prinzips, der Reformen besteht, ist bei uns die feste Gewißheit, daß nur der rücksichtslose Kampf um die politische Macht, daß nur die Diktatur des Proletariats des deutschen Volkes und des gesamten Proletariats der Welt uns von allen Nöten unserer Zeit heilen kann. Das sind zwei Prinzipien, die sich nie und

nimmer vermischen lassen. Aus diesem Grundgegensatz ergibt sich, daß es ebenso wenig wie mit der bürgerlichen Welt mit der sozialdemokratischen Welt ein Verhandeln und ein gemeinschaftliches Arbeiten geben kann. Wir wissen aus tausend Erfahrungen der Vergangenheit, daß die Sozialdemokratische Partei nicht allein ihrer Theorie, sondern auch ihrer Praxis nach zur Schleppenträgerin der Gegenrevolution geworden ist. Daher haben wir uns auch darauf einzustellen, den Kampf mit aller Schärfe und mit aller Entschiedenheit gegen diese Partei zu führen. Das bedeutet nicht den Kampf gegen die Proletarier, die noch hinter dieser Partei hergehen, sondern das soll unsere große, aber auch unsere schwere Aufgabe sein, um die Seelen dieser Proletarier zu ringen, deren Köpfe noch von der Ideologie der Demokratie und sonstigen Vorurteilen und Rückständigkeiten umnebelt sind.

Aehnlich liegen die Dinge soweit die rechtsunabhängige Partei in Betracht kommt. Auch hier wissen wir, daß die Trennungslinie vor zwei Monaten in den einzelnen Organisationen durch Proletarierherzen gegangen ist, daß auch in jenem Lager noch zahlreiche Proletarier zu finden sind, denen eine unehrliche, tendenziöse Aufklärung den Blick für den tatsächlichen Inhalt unseres Kampfes um die Internationale getrübt hat. Auch hier haben wir durch unsere Vereinigte kommunistische Partei eine reiche Aufklärungsarbeit zu leisten, die natürlich Hand in Hand gehen muß mit dem rücksichtslosen Kampfe gegen die, die unter der Flagge des revolutionären Sozialismus in der Praxis durchaus die Geschäfte des Kapitals besorgen. Gerade hier haben uns die vergangenen zwei Monate gezeigt, daß die abschüssige Bahn, auf die jene Elemente geraten sind, als sie ihre Kampfansage an die Dritte Internationale in die Welt hinausschrien, in den Abgrund führen muß. Wir sehen, daß sie auf vielen Gebieten mehr und mehr nach rechts gedrängt werden, daß ihre Haltung sich mehr und mehr der Haltung der Sozialdemokraten nähert. Aus vielen Einzelereignissen — ich erinnere nur an den großen Streik der Elektrizitätsarbeiter hier in Berlin — haben wir feststellen müssen, daß, wer sich heute nicht klar und unzweideutig auf die revolutionäre Linie stellt, unrettbar der Gefahr der Gegenrevolution entgegengleitet und ihr schließlich verfällt. Alle diese Einzelheiten werden auch noch den Gegenstand der Erörterung auf diesem Parteitage bilden.

Ich bin überzeugt, daß man mit gespanntester Aufmerksamkeit jetzt in den Parteien aller Länder den Zusammenschluß der beiden Parteien hier auf dem Parteitage verfolgt; ist es doch das erste Mal, daß sich in der Geschichte des Sozialismus eine westeuropäische Partei mit revolutionärem Charakter, mit kommunistischem Programm und Ziel zu einer Massenpartei zusammentut. Dieser Vorgang — des bin ich sicher — wird in der Geschichte der weiteren Arbeiterbewegung von weittragenden Folgen sein.

Alle diese Gesichtspunkte haben wir uns klar zu machen. Wir haben uns vor allen Dingen klar darüber zu sein, daß die Verhandlungen, die wir pflegen, jetzt weit mehr von internationalem Geist und von internationalen Gedanken durchweht sein müssen. Es ist nur zu sehr deutsche Organisationsgepflogenheit gewesen, die ganze Arbeiterbewegung viel zu eng in nationalem Rahmen aufzufassen und auch das einzelne Mitglied viel zu wenig darauf einzustellen, sich als Mitglied des internationalen Sozialismus zu fühlen. Diese Aufgabe ist eine der wichtigsten, die wir hier und die wir als Delegierte dann auch draußen im Lande zu erfüllen haben.

Und so mag denn draußen von der bürgerlichen Welt und von unseren sozialistischen Gegnern mit Spott und Hohn, mit Lügen und Verdrehungen gegen diesen Parteitag zu Felde gezogen werden, wir sehen klar und unverrückt unsere Bahn vor uns. Wir sind sicher, den rechten Weg zu gehen, und wir haben die Gewißheit, daß, wenn heute erst eine halbe Million Proletarier sich in unserer Partei zusammenschart, die äußeren Ereignisse wirtschaftlicher und politischer Art bald Millionen von Proletariern hinter unsere Fahnen bringen werden.

Genossinnen und Genossen! In dieser Hoffnung und mit diesem Wunsche eröffne ich hiermit den außerordentlichen Parteitag der Unabhängigen Partei Deutschlands.

Sie wissen, daß dieser Parteitag noch als Sonderparteitag stattfinden muß, um noch bestimmte Formalitäten zu erfüllen. Die eigentliche Tagung, bei der beide Parteien gemeinschaftlich an die Tagesordnung des Parteitages herangehen werden, wird morgen ihren Anfang nehmen. Die Tagesordnung ist von den beiden vereinigten Zentralen derart aufgestellt worden, daß wir glauben, den Erfordernissen der Gegenwart gerecht zu werden.

Die Tagesordnung soll zunächst einen allgemeinen grundsätzlichen Ueberblick über die gesamte politische und wirtschaftliche Lage der Welt im allgemeinen und Deutschlands im besonderen geben. Von dieser Grundlage aus, die für uns als Marxisten den Ausgangspunkt für alle unsere politische und organisatorische Arbeit bilden muß, müssen wir die großen Richtlinien und Gesichtspunkte herausarbeiten, von denen aus die Vereinigte kommunistische Partei Deutschlands ihre schwere Arbeit beginnen soll.

Wir haben uns weiter gesagt, daß aus den Erfahrungen der russischen und auch der ungarischen Revolution heraus eine ganze Reihe von Einzelfragen auf diesem Parteitag einer näheren Beleuchtung bedürfen. Wir haben gemeint, daß vor allem die Agrarfrage eine der wichtigsten Fragen sei, die auf einem solchen bedeutsamen Parteitage zur Verhandlung kommen müsse. Darum haben wir auch die Agrarfrage mit auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt.

Selbstverständlich schließt der Zusammenschluß einer solchen Massenpartei neben diesen allgemeinen internationalen und nationalen politischen und ökonomischen Grundfragen auch ganz bestimmte organisatorische Notwendigkeiten in sich. Darum mußte naturnotwendig auch die Organisationsfrage als selbstverständlicher Tagesordnungspunkt in das Programm des Parteitages mit aufgenommen werden. Das war um so notwendiger, als ja selbst in dieser Partei das Prinzip der Zentralisation durchgesetzt werden muß, im Gegensatz zum Prinzip des Föderalismus, das in der alten Partei ausschlaggebend gewesen ist. Es liegt Ihnen ja ein Organisationsstatutenentwurf vor; Sie werden ihn zu beraten haben. Aber das eine steht fest: die große Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands wird ihren Aufgaben in all der Mannigfaltigkeit des Klassenkampfes nicht gerecht werden können, wenn nicht die lebendigste Fühlung, das feste Vertrauen und die engste Zusammenarbeit zwischen den leitenden Körperschaften der Partei und dem letzten Mitglied, das der Partei angehört, besteht. Das ist keine Diktatur und keine Gewaltherrschaft, sondern das bedeutet eine freiwillige Unterordnung von Leuten, die gemeinsam einem großen Ziele zustreben.

Weiter haben wir auf die Tagesordnung einen Gegenstand gesetzt, den wir in den Nöten unserer Zeit für sehr wichtig und notwendig halten. Wir



wollen nicht theoretisieren, auch nicht bloße Richtlinien geben, sondern wir wollen stets und ständig — und auch schon auf diesem Parteitage — in die wichtigsten Fragen unserer Zeit eingreifen. Da scheidet sich aus all den Verfalls- und Zerrüttungserscheinungen unseres Wirtschaftslebens eine für das Proletariat ganz besonders brennende Frage aus: die Frage der Arbeitslosigkeit, die mit dem großen Komplex ökonomischer und sozialer Fragen im engsten Zusammenhange steht. Daher haben wir — und ich hoffe Ihre Zustimmung dazu zu finden — die Frage der Arbeitslosigkeit als besonderen Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt.

Im Zusammenhang mit dieser Frage steht eine Frage, die jetzt ebenso wichtig und brennend geworden ist, und die Millionen von Proletariern interessiert und in Mitleidenschaft zieht: die Frage der Gewerkschaften, der Betriebsräte, die ebenfalls als besonderer Punkt auf dem Parteitage behandelt werden soll, weil sich auch hier ganz neue Probleme auftürmen, ganz neue Aufgaben auftun, die auf diesem Parteitage unbedingt einer Klärung bedürfen.

Außerdem ist dann auf die Tagesordnung die Behandlung der Frauenfrage gesetzt worden, die für die praktische Arbeit draußen im Lande eine große Bedeutung hat und deshalb unbedingt mit in den Kreis der Erörterungen gezogen werden muß.

Das sind die Gesichtspunkte, unter denen die beiden Zentralen gemeinsam die Tagesordnung aufgestellt haben, und wir hoffen, daß wir mit dieser Aufstellung Ihre Zustimmung finden. Ich hoffe, daß der Parteitag eine Arbeit leistet, die schon in den nächsten Tagen und Wochen befruchtend sich draußen im Lande bemerkbar machen wird.

Gestatten Sie mir, daß ich auch sage, daß die Delegierten, die zu diesem Parteitage kommen, ihre Aufgabe etwas anders aufzufassen haben als die Delegierten früherer Parteitage. Sie sind jetzt hierher gesandt worden durch das Vertrauen Ihrer Genossen. Aber Sie haben hier wegzugehen als Apostel und als Agitatoren der Aufgaben, die der Parteitag der Partei stellt. Denn nur bei der Mitarbeit jedes einzelnen können wir die Gewißheit finden, daß wir unserem Ziele näherkommen, daß der große Kampf, der zunächst in seiner ersten Etappe sich als der Kampf um die politische Macht und die Diktatur des Proletariats darstellt, zu einem siegreichen Ende geführt wird.

Mit diesem Wunsche eröffne ich hiermit den außerordentlichen Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Es ist notwendig, daß wir für die Leitung unserer Geschäfte ein Parteitagsbureau wählen. Wir haben uns dahin verständigt, daß das heute von Ihnen für diesen Parteitag gewählte Bureau sich morgen mit dem Bureau des Parteitags, den gegenwärtig die KPD. abhält, zusammentut, damit beide Bureaus dann den eigentlichen Verschmelzungsparteitag zusammen leiten. Ich nehme an, daß Sie auch mit diesem Vorschlage einverstanden sind und ich bitte jetzt um Vorschläge für einen Vorsitzenden unseres Parteitages.

Noack: Ich schlage als Vorsitzenden den Genossen Otto Braß-Remscheid vor.

Vorsitzender Däumig: Genosse Braß ist als Vorsitzender vorgeschlagen. Da andere Vorschläge nicht gemacht werden, ist Otto Braß zum Vorsitzenden des Parteitages gewählt. Ich bitte ihn, die Geschäfte weiter zu leiten.

(**Genosse Braß übernimmt den Vorsitz.**)

Vorsitzender Braß: Wir treten in die Tagesordnung ein, die Ihnen gedruckt nicht vorliegt, weil sie nur einen einzigen Punkt enthält. Wir haben auf die Tagesordnung gesetzt: **Schaffung einer einheitlichen deutschen Sektion der Dritten Kommunistischen Internationale.**

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, haben wir das Bureau zu vervollständigen.

Es werden vorgeschlagen als Schriftführer die Genossen **Plettner-Hannover** und **Remmele-Stuttgart**;

für die **Mandatsprüfungskommission** die Genossen **Katz-Hannover, Schnetter-Erfurt, Häusler-Hamburg, Weyer-Berlin**;

für die **Organisationskommission** die Genossen **Remmele-Stuttgart, Oelsner-Halle, Braß-Remscheid, Thälmann-Hamburg.**

Der Parteitag stimmt den Vorschlägen zu.

Vorsitzender Braß: Ich bitte nun die Vertreter der Bezirke, sofort die Mandate einzusammeln und sie dem Genossen Katz (Hannover), der sich im Vorraum aufhalten wird, abzuliefern, damit die Mandatprüfungskommission mit ihrer Arbeit schon beginnen und uns bald Bericht erstatten kann.

Eine gedruckte Geschäftsordnung liegt Ihnen augenblicklich nicht vor. Wir schlagen Ihnen vor, die Geschäftsordnung für den außerordentlichen Parteitag wie folgt anzunehmen: die Redezeit der Diskussionsredner auf zehn Minuten zu beschränken, den Referenten unbeschränkte Redezeit zu gewähren. Das Stimmrecht haben nach dem jetzt bestehenden Statut für den außerordentlichen Parteitag lediglich die Delegierten.

Genossen und Genossinnen, ich habe Ihnen dann die Mitteilung zu machen, daß der Genosse **Robert Williams**, der Vorsitzende des englischen Transportarbeiterverbandes, als Delegierter der Kommunistischen Partei Englands schon heute erschienen ist und sich in unserer Mitte befindet. Ich begrüße den Genossen Williams hiermit aufs herzlichste im Namen der Unabhängigen Partei Deutschlands, Sektion der Dritten Internationale, und heiße ihn in unserer Mitte herzlich willkommen.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Zum ersten Punkt:

Schaffung einer einheitlichen deutschen Sektion der Kommunistischen Internationale

erteile ich dem Genossen Stoecker das Wort.

Stoecker: Genossen! Erst wenige Wochen trennen uns von den stürmischen Tagen, die wir in Halle erlebt haben. Wenn wir heute einen besonderen Vereinigungsvorparteitag einberufen haben, so geschah das aus zwei Gründen: Wir haben in Halle das merkwürdige Schauspiel erlebt, was wohl noch nie in der Geschichte politischer Parteien vorgekommen ist, daß eine kleine Minderheit die große Mehrheit der Partei ausgeschlossen hat. Demgegenüber haben wir mit aller Schärfe, und zwar insbesondere gerade heute auf diesem Parteitage, zu betonen, daß wir die Unabhängige Sozialdemokratische Partei sind, und daß wir die Unabhängige Sozialdemokratische Partei solange bleiben werden, bis hoffentlich noch in dieser Stunde unser rechtmäßig einberufener Parteitag beschlossen haben wird, mit der Kommunistischen Partei Deutschlands zusammen eine neue Vereinigte Kommunistische Partei zu gründen.

Aber nicht nur, um von Ihnen diesen Beschluß auch formell rechtlich fassen zu lassen, sondern aus einem weiteren Grunde haben wir diesen

Vorparteitag einberufen, um Ihnen wenigstens in aller Kürze einen Bericht über die Tätigkeit der Zentrale seit Halle und über den Stand unserer Bewegung im Reiche zu geben, — etwas, was wir selbstverständlich nicht gut morgen auf dem Vereinigungsparteitage machen können.

Es war klar, daß gleich nach dem Parteitage in Halle ein großer Kampf um den Parteiapparat und die Parteipresse entbrennen würde. Ja, während des Parteitages in Halle war dieser Kampf nicht nur in Berlin, sondern auch, wie ja alle wissen, bereits in sehr vielen Orten und Bezirken des Reiches im Gange. Sie wissen, Genossen, daß wir für unsere Zentrale die Räume am Schiffbauerdamm nicht bekommen haben, zum guten Teil deswegen, weil diese Räume seinerzeit privat von dem Genossen Haase und nicht von der Zentrale der U.S.P. gemietet worden waren. Sie wissen auch, daß wir die berühmte Parteikasse und die sonstigen Einrichtungen der Zentrale nicht erhalten haben, und daß wir um diese Einrichtungen noch einen Kampf führen. Die Presse der Hilferdinge hat seit Halle wiederholt berichtet, daß die juristischen Kämpfe für uns immer nur Niederlagen gebracht hätten. Genossen und Genossinnen, wir legen gegenüber solchen Presseäußerungen Wert darauf, gerade hier vor diesem Forum festzustellen, daß in Wahrheit gerichtlich, juristisch noch gar nichts entschieden ist in dem Kampf mit den Hilferdingen. Genossen und Genossinnen, wenn wir den Kampf überhaupt juristisch führen, so ein paar Worte der Aufklärung dazu! Man kann sich auf den Standpunkt stellen, es sei einer revolutionären Massenpartei nicht würdig, vor den bürgerlichen Richter zu gehen. Genossen, es ist uns natürlich kein Vergnügen, das zu tun; aber wir leben halt noch im bürgerlichen Klassenstaate und müssen uns an die Einrichtungen halten, die dieser Klassenstaat uns aufgezwungen hat. Wir sind in der Zentrale nicht der Meinung, daß wir um jeden kleinen Quark im Lande oder im Reiche einen juristischen Kampf führen sollen. Aber wenn wir in der Zentralleitung diesen Kampf führen, so weniger um der Einrichtungen der Zentrale willen, als vor allem um einiger großer Zeitungsunternehmungen willen, die in der Provinz liegen, Zeitungsunternehmungen, die zum guten Teil einen Wert von Millionen darstellen, und die wir unter keinen Umständen freiwillig den anderen ausliefern werden, weil sie aufgebaut sind mit dem Fleiß und dem Opfermut unserer eigenen Genossen. Infolgedessen werden wir und müssen wir schon den Kampf um diese Unternehmungen noch führen. Aus diesen Gründen heraus bittet die Zentralleitung Sie, heute folgende Beschlüsse zu fassen:

Der Parteitag beschließt:

> Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands vereinigt sich mit der Kommunistischen Partei Deutschlands, um gemeinsam die einheitliche deutsche Sektion der Dritten Kommunistischen Internationale zu bilden. Alle vorhandenen oder noch entstehenden Rechtsansprüche gehen mit der vollzogenen Vereinigung an die Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der Dritten Kommunistischen Internationale, über. Die vorgelegten organisatorischen und programmatischen Entwürfe und Anträge werden dem gemeinsam abzuhaltenden Parteitage zur Beschlußfassung und Erledigung überwiesen.

Weiter liegt folgender Antrag vor:

Der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands überträgt den bisherigen und jetzigen Mitgliedern des Zentralkomitees, den Genossen Däumig, Hoffmann, Koenen und

Stoecker die Wahrung der rechtlichen Ansprüche der USPD. und ihrer Zentralleitung.

Wir bitten Sie, diese beiden Anträge möglichst einstimmig anzunehmen.

Genossen, Sie wissen, daß wir, als wir von Halle zurückkamen, zunächst obdachlos waren. Aber mit der bei uns vorhandenen Lebendigkeit haben wir sehr schnell neue Räume gefunden und sind auch sehr schnell wieder arbeitsfähig geworden. Wir haben seit Halle eine sehr intensive und arbeitsreiche Tätigkeit hinter uns, selbstverständlich eine Tätigkeit, Genossen, die im wesentlichen schon mit der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands gemeinsam vorgenommen wurde. Aber wir haben auch seit Halle großen Wert darauf gelegt, mit den Genossen aus unserer Partei aus dem Reiche in stetem engen Zusammenhang zu bleiben und haben zahlreiche Sitzungen mit Beirat und Kontrollkommission gehabt. Außerdem haben wir einmal auch für einen besonderen Zweck aus allen Bezirken Vertreter nach Berlin gebeten, um mit ihnen über die Situation in der Partei zu sprechen. Sie werden es verstehen, Genossen, wenn wir Ihnen heute keinen besonderen Kassenbericht vorlegen; denn nach Halle standen wir ja zunächst ohne jede Mittel da, bis erfreulicherweise einige unserer starken, gut fundierten Bezirke uns dann sofort beigesprungen sind und uns finanziert haben, so daß wir die nötigen Arbeiten leisten konnten.

Genossen und Genossinnen! Gestatten Sie mir einen kurzen Ueberblick — ich werde mich überhaupt sehr kurz fassen — über die Bewegung und den Stand im Reiche, besonders über den Kampf zwischen rechts und links, über die Situation, inwieweit die Genossen im Reiche uns, der Unabhängigen Partei, treu geblieben sind.

Lassen Sie mich beginnen mit dem Norden. Der Hamburger Bezirk ist einer derjenigen, der am geschlossensten zu uns herübergekommen ist. Von den 42 000 Mitgliedern dieses Bezirkes sind sicher über 40 000 bei uns geblieben. Wir haben dort auch die „Hamburger Volkszeitung" fest in der Hand. Unsere Hamburger Genossen haben erfreulicherweise dann auch den übrigen Norden sofort von sich aus bearbeitet und wir können auch sagen, daß in der Provinz Schleswig-Holstein, wo die Tageszeitung unserer Partei zu den Rechtsunabhängigen gegangen ist, in Kiel, dennoch unsere Bewegung sehr gute Fortschritte gemacht hat. Unsere Genossen kamen in Schleswig-Holstein sehr bald wieder zusammen und bildeten eine neue Bezirksleitung. Sie haben uns jetzt berichtet, daß sie bereits 9300 Mitglieder wieder zusammengefaßt haben.

Nicht so günstig steht es westlich von Hamburg, an der anderen Ecke der Wasserkante, in Bremen, und den Nachbargebieten. Aber auch dort haben wir schon wieder festen Boden gefaßt und hoffen, auch dort bald für unsere Bewegung eine feste Kampfgarde zu bilden.

Der Mecklenburger Bezirk ist fast ganz geschlossen bei uns geblieben, auch die „Rostocker Zeitung", so daß von dort alle 6000 Mitglieder in unserer Partei bleiben werden.

Im Pommerschen Bezirk steht es etwas anders, weil dort die Tageszeitung nach rechts gegangen ist. Aber erfreulicherweise haben sich auch im Pommerschen unsere Genossen sofort wieder vereinigt, und sie berichten uns jetzt, daß sie schon über 6000 Mitglieder wieder zusammengefaßt haben.

Die Situation in Danzig ist unklar, weil die Danziger Genossen sich noch nicht entschieden haben. Sie wollen, wie sie erklärt haben, nicht zur Gruppe Crispien, aber auch nicht zur Gruppe Däumig kommen. Wir haben daraufhin einige Genossen von der Zentralleitung nach Danzig geschickt

und haben gefunden, daß die Danziger Genossen fast gar nicht aufgeklärt waren. Auf Grund unserer Aufklärung über den Kampf zwischen links und rechts haben sich die Danziger Genossen dann entschlossen, zu dem morgen stattfindenden und auch schon zu dem heutigen Parteitage einige Genossen zu entsenden. Sie wollen dann sofort nach diesem Vereinigungs-parteitage in Danzig Beschluß fassen. Daß auch in Danzig eine Trennung von manchen reformistischen Führern notwendig sein wird, ist klar. Daß aber die große Mehrheit der Genossen bei uns bleiben wird, hoffen wir ganz bestimmt.

In Ost- und Westpreußen steht es, obwohl auch dort die Presse nach rechts gegangen ist, sehr günstig. Unsere Genossen, die auf einem Bezirks-parteitage schon zusammen waren, berichten uns, daß sie jetzt schon fast zwei Drittel der gesamten Mitgliedschaft in ihren Händen haben, und daß auch dort die große Mehrheit der Genossen unserer Partei die Treue halten wird und auch mit zur Vereinigten Kommunistischen Partei gehen wird.

Hier in Berlin war natürlich die Situation durch die wüste Hetze, die die antibolschewistische „Freiheit“ getrieben hat, zunächst für uns aus diesem Grunde nicht sehr günstig, weil auch der gesamte Parteiapparat alle Parteisekretäre mit einer Ausnahme nach rechts gegangen sind. Dennoch zeigt sich der gesunde Sinn der Berliner Arbeiterschaft, wie ja auch schon vor Halle, jetzt dadurch, daß, obwohl wir den ganzen Apparat nicht in der Hand haben, jetzt schon die Hälfte der bis zum Halleschen Parteitage vorhandenen Mitgliederzahl, von 100 000 etwa 50 000, wiederum durch uns zusammengeschlossen und organisiert haben. Wir hoffen bestimmt, daß diese Zahl sich in den kommenden Wochen noch sehr stark vergrößern wird.

Am allergünstigsten im Reiche steht wohl der Bezirk Halle-Merseburg da, jener Bezirk, der die festeste Stütze der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei von ihrer Geburtsstunde an war. Die Halleschen Genossen haben von den vier Tageszeitungen des Bezirkes drei mit bei uns behalten, und sie haben auch sonst in jeder Weise organisatorisch anregend auf die Nachbarbezirke eingewirkt und so dazu beigetragen, daß auch die Nachbarprovinzen sich jetzt immer mehr zu uns herüberfinden. Die Halleschen Genossen haben selber ohne Zweifel manche Opfer gebracht, auch dadurch, daß sie ihre Presse in die Nachbargebiete brachten, um so unsere Gedanken auch dort zu verbreiten.

Im Magdeburger Bezirk war die Situation zunächst für uns nicht erfreulich, weil sowohl die Bezirksleitung als auch die Zeitung unsere Partei verlassen hatten und nach rechts gegangen waren. Infolgedessen haben wir die Leitung des Magdeburger Bezirks zunächst dem Merseburger Sekretariat provisorisch übertragen. Aber auch die Magdeburger Genossen waren schon aus der ganzen Provinz zusammen und berichten uns, daß sie schon 6000 Mitglieder in den einzelnen Ortsgruppen vereinigen, da zum Teil Kreise geschlossen zu uns herübergekommen sind.

Weniger günstig steht es in Braunschweig, dem Reiche Sepp Oerters, wo wir allerdings auch bereits Boden gefaßt, aber immerhin erst einige tausend Genossen für uns gewonnen haben, und zwar bezeichnenderweise auch mehr in der Provinz als in der Stadt Braunschweig selbst.

Weit besser steht der Nachbarbezirk Hannover, der nahezu geschlossen bei uns geblieben ist, mit Ausnahme der kleinen Ecke um Peine. Sonst sind aber die 9000 Mitglieder dieses Bezirks fest bei uns geblieben; auch die Hannoversche Zeitung hat uns die Treue gehalten.

Der Bezirk östliches Westfalen war immer nur ein kleiner Bezirk. Von den 3000 Mitgliedern ist auch die Mehrheit bei uns geblieben, obwohl der Bezirk sehr nach rechts ging. Die dortigen Genossen berichten uns, daß sie über 2000 Mitglieder behalten haben.

Im westlichen Westfalen wurde der Kampf recht heftig geführt, vor allen Dingen im Gebiete südlich der Ruhr, in dem Gebiete um Hagen, wo die Hagener Zeitung der Rechtsunabhängigen einen geradezu wüsten Kampf gegen uns geführt hat, einen so niedrigen und schmutzigen Kampf, den man überhaupt nicht mit einem parlamentarischen Ausdruck bezeichnen kann.

Im nördlichen Westfalen, nördlich der Ruhr, in dem eigentlichen Bergarbeitergebiete, in Bochum, Gelsenkirchen, Dortmund, Recklinghausen steht unsere Sache sehr günstig. Insbesondere haben die Bochumer Genossen, sofort nachdem die Bezirksleitung nach rechts gegangen war, die ganze Bewegung zusammengefaßt und sie berichten uns jetzt, daß sie schon über 13 000 Mitglieder organisatorisch erfaßt haben. Die Presse haben wir durch die „Hagener Volksstimme“ für Westfalen zunächst verloren. Sofort ist aber von Essen aus das „Ruhrecho“ auch in die gesamten nördlichen Orte eingeführt worden, während vom Süden aus unsere Remscheider Genossen mit ihrer Presse eingesprungen sind.

Einer der stärksten Bezirke, der auch in der alten Partei immer eine der festesten Stützen der Bewegung war, ist dann der so überaus wichtige Bezirk am Niederrhein, wo das Industrieproletariat so dicht zusammengeschart ist. Gerade in diesem Bezirke steht unsere Bewegung sehr günstig, insofern als eine Reihe von Kreisen und Orten fast ganz geschlossen bei uns geblieben ist: so Essen, so Remscheid, so Solingen, so der linke Niederrhein. Nur in den beiden Orten Düsseldorf und im Wuppertal, in Elberfeld-Barmen haben wir allerdings einen ernsten Kampf führen müssen, weil in diesen beiden Orten die gesamte Parteibürokratie, die Presse und alle Genossen, die irgendwie als Angestellte der Partei in Frage kamen, nach rechts gingen und unsere Genossen darauf angewiesen waren, ganz neu aufzubauen. Aber erfreulicherweise hören wir, daß in Düsseldorf z. B., wo, wie gesagt, alles nach rechts ging, jetzt schon wiederum 9000 Mitglieder von uns erfaßt worden sind. Auch im Wuppertal haben trotz Sauerbrey, Oskar Hoffmann und anderen unsere Genossen sich schon wieder fest zusammengeschlossen, und es wird nicht lange dauern, so werden wir auch dort die Arbeiter wieder in ihrer Mehrheit bei uns haben.

Der Bezirk Mittelrhein, die Kölner Ecke, Koblenz, Aachen, ist ganz zu uns gekommen. Von den 15 000 Mitgliedern sind nur etwa 2000 abgesplittert und nach rechts gegangen. Auch die Kölner Presse ist ja bei uns geblieben.

Um nun wiederum in die Mitte Deutschlands zu kommen, einige Worte über das alte Gebiet des früheren Königreichs Sachsen, des heutigen, wie man sagt, Königreichs Lipinskis. Lipinski hat dort ohne Zweifel den gesamten Parteiapparat und auch die gesamte Parteipresse mit nach rechts genommen. Infolgedessen hatten wir natürlich zunächst in Sachsen keinen leichten Stand. Daß dennoch die große Mehrheit insbesondere der Linken der sächsischen Arbeiterschaft bei uns steht, haben wir im sächsischen Wahlkampf gesehen, wo wir in Dutzenden von Versammlungen versucht haben, zu den Genossen zu sprechen und wo wir auch unsere Organisation wiederum von neuem ausbauen konnten, und, Genossen, obwohl wir in ganz Sachsen keine Presse hatten, haben wir doch gleich von Halle aus ein Kopf-

blatt für Leipzig geschaffen, um so dem unheilvollen Einfluß der „Leipziger Volkszeitung“ ein Paroli zu bieten. Auf dieses Kopfblatt haben wir heute schon in Leipzig über 6000 Abonnenten.

Daß der Ausgang der Wahlen in Sachsen keineswegs für uns unerfreulich ist, zeigt Ihnen folgendes: Der Stimmenrückgang bei den Wahlen zum sächsischen Landtag ist im Grunde genommen wirklich ein Sieg für uns, Genossen! Denn erstens war die Stimmenzahl, die auf unsere Liste fiel, weit größer, als wir es bei der Tatsache des Nichtvorhandenseins auch nur eines Blattes oder eines Parteiapparates erwarten konnten. Aber der große Stimmenrückgang hat uns auch folgendes gezeigt: Die große Masse der sächsischen Arbeiter sind mit der Politik Lipinskis und der „Leipziger Volkszeitung“ nicht zufrieden. Wenn die sächsischen Genossen diesmal noch nicht ihre Stimme für uns abgegeben haben, so aus dem einfachen Grunde, weil sie von uns noch nicht erfaßt werden konnten, weil wir noch nicht den Parteiapparat und die Presse zu unserer Verfügung hatten. Daß das aber in wenigen Wochen oder Monaten der Fall sein wird, daran haben wir keinen Zweifel.

Auch im Bezirk Groß-Thüringen steht unsere Sache verhältnismäßig günstig, obwohl gerade in diesem Gebiete einige sehr intensiv arbeitende Genossen der Rechtsunabhängigen, wie Rosenfeld, Wurm und andere, mit allen Mitteln versucht haben, die Arbeiter zu sich herüberzuholen. Es ist ihnen erfreulicherweise nicht gelungen, und mit Ausnahme des Arbeitsgebietes von Gera und Nordhausen haben wir in den übrigen Arbeitsgebieten fast überall sofort die Mehrheit bei uns behalten. Eine Bezirkskonferenz, die am vergangenen Sonntage in Erfurt tagte, konnte erfreulicherweise feststellen, daß schon über 26 000 Mitglieder, und zwar genau 26 400, von unserer neuen Bezirksleitung fest zusammengefaßt worden sind. Wir haben in diesen Bezirken zwei Parteiblätter für uns, in Jena und in Gotha. Erfreulicherweise haben die Jenenser Genossen ihr Blatt schon in den Nachbarorten einzuführen versucht.

Der Kasseler Bezirk mit seinen 3000 Mitgliedern ist ziemlich geschlossen bei uns geblieben.

In Südwestdeutschland, in dem Reiche Robert Dißmanns, hatten wir keinen leichten Stand. Dennoch haben sich auch dort unsere Arbeitskräfte so stark erwiesen, daß wir schon nach ein, zwei Wochen von unseren Genossen die Mitteilung erhielten, daß dort über 10 000 Mitglieder auf einer Konferenz vertreten waren, daß eine Reihe von Gruppen und Kreisen geschlossen zu uns gekommen sind, während wir in anderen noch mit Robert Dißmann und Toni Sender einen Kampf führen müssen, der aber sehr wahrscheinlich sehr bald zu unseren Gunsten entschieden sein wird.

Im Badischen steht es auch recht günstig, obwohl wir die „Mannheimer Zeitung“ nach rechts verloren haben. Wir haben das Karlsruher Blatt, und unsere Mannheimer Genossen haben die „Rote Fahne“ von der Kommunistischen Partei abonniert. Die Mehrheit der badischen Genossen steht — daran ist kein Zweifel — fest bei uns.

So ähnlich steht es in Bayern, wo sich trotz der Versuche Simons und Unterleitners, die sich ja immer so stolz hingestellt haben, als ob die Mehrheit der bayerischen Genossen hinter ihnen stände, sich heute gezeigt hat, daß das Gegenteil der Fall ist. In Südbayern, sowohl in München wie im Oberbayerischen, wo unsere Partei hauptsächlich bisher vertreten war, steht die große Mehrheit der Genossen bei uns. Noch weit mehr ist dies in Nordbayern, in Mittelfranken, in Nürnberg der Fall. Nicht ganz so



günstig steht es im Oberfränkischen, in der Hofer Ecke, wo Blumtritt noch eine feste Burg zu haben glaubte. Aber auch dort ist die Stellung der Rechtsunabhängigen schon stark erschüttert; denn auch dort haben wir schon von den 16 000 Mitgliedern, die unsere Partei bisher dort hatte, über 6000 für uns erfaßt.

Weit besser steht es in Schlesien, wo dadurch, daß wir die Parteipresse in Breslau behielten, fast die gesamte Partei — vielleicht ein Viertel oder ein Drittel ist abgesplittert — bei uns geblieben ist.

Als letzten Bezirk, aber als einen unserer besten, möchte ich den Württemberger Bezirk nennen, der ja schon vor dem Halleschen Parteitage die Trennung erlebt hat. Wir haben ja dort erfreulicherweise gesehen, daß die überwiegende Mehrheit der Württemberger Genossen trotz Crispien, der doch einmal in Württemberg einen so starken Einfluß hatte, von ganz verschwindenden Ausnahmen abgesehen, bei uns geblieben ist und auch fest gewillt ist, mit uns gemeinsam die neue Kommunistische Partei zu bilden.

Wenn ich dann zusammenfasse, kann ich Ihnen erfreulicherweise berichten, daß wir, obwohl in vielen Gebieten der Loslösungsprozeß von rechts und der Kampf zwischen rechts und links noch vor sich geht, so daß noch keineswegs ganz bestimmte Zahlen vorliegen können, erfreulicherweise bereits heute mitteilen können, daß auf diesem Parteitage 428 000 Mitglieder vertreten sind. Genossen und Genossinnen! Wir können wohl sicher sagen, daß es die besten Elemente unserer Partei gewesen sind, die bei uns geblieben sind, die opferbereitesten, die klassenbewußtesten und vor allem die aktivsten Mitglieder in unserer Partei, auf die wir ja doch das größte und das entscheidende Gewicht legen müssen. So können wir wohl mit vollem Recht sagen, daß zusammen mit der Kommunistischen Partei, die sich mit uns vereinigen wird, unsere neue Kommunistische Massenpartei in die politische Kampfarena Deutschlands mit einer festen Zahl von einer halben Million Mitgliedern eintreten wird.

Genossen und Genossinnen! Wir wollen allerdings nicht in den Fehler verfallen, in den die alte Sozialdemokratie und auch die USP. zum Teil verfallen ist, daß wir uns von Zahlen berauschen lassen. Davor müssen wir uns hüten, und wir dürfen nicht so sehr Gewicht auf die organisatorische Zusammenfassung von großen Mitgliedermassen legen, die nicht fest zu uns gehören, sondern auf eine geschlossene Kampftruppe, auf die wir uns auch felsenfest verlassen können. So können wir in dieser Beziehung gut in die Zukunft schauen. Die Hauptsache ist, daß wir bei den kommenden Kämpfen die breite Masse hinter uns haben, wenn sie auch noch nicht direkt organisatorisch erfaßt ist.

Dann noch ein Wort über die Parteipresse! Sie wissen, daß uns nach Halle unser Pressedienst verlorenging, indem der Genosse Rauch nach rechts zu Crispien ging. Wir haben aber sofort nach Halle für unsere Parteipresse einen selbständigen Zeitungsdienst eingerichtet, und wir hatten dazu die Korrespondenz der Genossin Geyer zur Verfügung, die ja schon wochenlang vor dem Parteitage erschien. Wir brauchten sie nur ein wenig auszubauen und täglich herauszugeben, was seit Halle geschehen ist.

Von den Parteiblättern im Reiche sind bei uns geblieben die Zeitungen von Hamburg, Rostock, Hannover, Essen, Remscheid, Solingen, Köln, Halle, Merseburg, Eisleben, Jena, Gotha, Stuttgart, Karlsruhe, Augsburg, Breslau, Kattowitz, Kassel und Saarbrücken, zusammen 19 Tageszeitungen. Neu gegründet von unseren Parteigenossen wurden dann die Zeitungen

hier in Berlin „Die Internationale“, in Frankfurt „Die Südwestdeutsche Arbeiterzeitung“ und in Braunschweig unser neues Parteiblatt. Ferner wurden Kopfblätter gegründet in Kiel, Leipzig und Nürnberg, so daß wir heute bereits 25 Zeitungsunternehmungen im Reiche haben, Preßorgane, die die Gedanken unserer Partei in die Arbeitermassen hineintragen.

Sie wissen, Genossen, daß die Genossen Däumig, Kurt Geyer und ich wenige Wochen vor dem Parteitage in Halle die „Kommunistische Rundschau“ gegründet hatten, eine Zeitschrift, die ein Organ zur Herstellung einer engen geistigen Verbindung mit den Funktionären unserer Partei im Reiche bilden sollte, die bisher in der Partei nicht vorhanden war. Denn ich frage Sie, Genossen, wer hat den damaligen „Sozialisten“ aufmerksam und mit Interesse gelesen? Die Gründung dieser Zeitschrift war damals eine Notwendigkeit, und es ist klar, daß wir sie nach dem Halleschen Parteitage mit noch weit stärkerer Intensität vertrieben haben. Ich kann Ihnen auch da die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Abonnentenzahl dieses unseres wissenschaftlichen Organs jetzt schon 6180 beträgt.

Ueber weitere Einzelheiten will ich Ihnen nicht viel mitteilen, Genossen! Nur das eine dürfte interessieren, daß von den Mitgliederzahlen, die ich Ihnen mitgeteilt habe, etwa 10 bis 20 Prozent — es ist das in den einzelnen Bezirken sehr verschieden — auf unsere weiblichen Mitglieder entfallen, und unsere Genossinen, die vor allen Dingen in der Frauenbewegung tätig sind, sagen uns, daß, obwohl fast alle führenden Genossinnen der Partei nach rechts gegangen sind, sich jetzt gerade in unserer Frauenbewegung ein erfreuliches Leben zeigt, daß allerdings viel mehr als bisher jüngere Elemente in der Frauenbewegung tätig sind, was sicher für die Kraft unserer Bewegung nicht zum Schaden ist.

Die unserer Partei nahestehende Jugendbewegung hat wenige Wochen nach unserem Parteitage in Halle unser Beispiel befolgt und hat sich auf ihrer Konferenz in Leipzig genau wie wir in Halle von den reformistischen Elementen getrennt und ebenfalls wie wir den Anschluß an die Kommunistische Internationale beschlossen und wird genau wie wir auch die Vereinigung mit der Kommunistischen Jugendbewegung in Deutschland vornehmen.

Genossen und Genossinnen! Sie hatten die Zentrale in Halle beauftragt, eine deutsche einheitliche Sektion der 3. Kommunistischen Internationale zu schaffen. Wir haben sofort nach dem Halleschen Parteitage, gleich am nächsten Tage, hier in Berlin unter dem Beisein des Genossen Sinowjew die Verhandlungen mit der Zentralleitung der Kommunistischen Partei aufgenommen, und ich kann Ihnen ganz einmütig im Namen unserer Zentralleitung berichten, daß wir geradezu erstaunt waren, wie glatt sich die Verhandlungen vollzogen haben. Politische Differenzen waren mit Ausnahme der einen taktischen Frage, der Parole der Kommunistischen Partei über die Gründung von politischen Arbeiterräten, nicht vorhanden, und auch über diese Parole erzielten wir sehr schnell eine Verständigung mit unseren kommunistischen Freunden, indem diese selber erklärten, daß gegenwärtig die politische Situation nicht dazu angetan ist, diese Wahlen vorzunehmen. Es war für uns etwas Selbstverständliches, daß wir weit mehr als bisher den Gedanken der politischen Arbeiterräte, die Idee der politischen Arbeiterräte als Träger der kommenden proletarischen Diktatur in die Arbeitermassen hineinwerfen müssen. Genossen, wir wissen nicht, wie bald die Situation sich wieder so zugespitzt haben wird, daß wir dann



zu einer Wahl von politischen Arbeiterräten vorgehen müssen. Jetzt aber — und darüber sind sich alle einig — soll davon Abstand genommen werden.

Auch über alle organisatorischen Fragen haben wir uns sehr schnell geeinigt. Wir bildeten mit der Zentralleitung der Kommunistischen Partei eine gemeinsame provisorische Zentrale, und wir haben seit Halle fast jeden zweiten Tag gemeinsam beraten. Wir haben sofort nach Halle alle politischen und anderen Fragen gemeinsam mit der Kommunistischen Zentrale beschlossen und haben auch so in der Praxis gesehen, daß die Verständigung ganz leicht möglich war. Die einzige Differenz, die auf organisatorischem Gebiete entstand, war die Frage der Verschmelzung der örtlichen Mitgliedschaften. Die kommunistischen Freunde wünschten, daß man sofort die Verschmelzung überall örtlich vornehmen sollte. Unsere Zentrale hatte ja auf Grund einer Besprechung mit unseren Bezirksvertretungen in Halle den Beschluß gefaßt, die Vereinigung möglichst zentral vorzunehmen. Wir haben uns aber dann mit unseren kommunistischen Freunden sehr schnell dahin verständigt, daß wir selbstverständlich dort, wo die Vereinigung auf beiden Seiten sofort gewünscht wurde, und wo sonst nicht irgend welche Hindernisse im Wege standen, der Verschmelzung kein Hindernis in den Weg legen sollten, und daß die Vereinigung, zumal in den Orten, wo entweder wir oder die Kommunistische Partei eine ganz kleine Gruppe von nur wenig Mitgliedern waren, selbstverständlich sofort vorgenommen werden sollte, um nicht unnötig noch einen neuen Apparat zu schaffen, der ja doch nicht arbeitsfähig und in wenigen Wochen überflüssig war.

Genossen und Genossinnen! Die Frage der örtlichen Verschmelzung hat an einigen Orten und in einigen Bezirken zu gewissen Reibungen geführt. Aber im großen und ganzen hat auch diese Frage absolut keine Schwierigkeiten geschaffen. Wir haben von unseren Genossen, sowohl wenn wir hinaus in die Bezirke gingen, als wenn die Genossen aus dem Reiche bei uns waren, immer wieder gehört, daß sofort nach Halle in fast allen Bezirken sich unsere Genossen mit denen von der Kommunistischen Partei erfreulicherweise schnell zu gedeihlicher Zusammenarbeit gefunden haben, so daß wir nur von ganz wenigen Reibungen sprechen könnten.

Was besonders noch die Richtlinien angeht, die die Zentralleitung herausgegeben hat, worin es hieß: „Die beiden Zentralen verpflichten sich, in allen Bezirken gemeinsam mit den Bezirksleitungen Sitzungen abzuhalten, wenn es gewünscht wird“, so kann ich Ihnen erfreulicherweise berichten, daß dies nur von zwei Bezirken gewünscht worden ist, daß wir von Berlin noch extra hinüberkamen, um die Vereinbarung durchzuführen. In allen anderen Bezirken lag eben die Sache so klar, daß das von uns aus gar nicht nötig war. Die Hilferdinge, Crispiene und Dißmann haben natürlich mit allen Mitteln versucht, zwischen unseren kommunistischen Freunden und uns ein Feuerchen anzünden; hätten sie ja doch nichts lieber gesehen, als wenn wir noch in allerhand Streitigkeiten geraten wären. Aber Genossen, ich kann Ihnen — und das wiederum im Einvernehmen mit der gesamten Zentralleitung unserer Partei — sagen, daß sich nach unserer einheitlichen Ueberzeugung wohl noch nie in der Geschichte politischer Parteien eine Vereinigung so glatt und so hemmungslos vollzogen hat, wie in diesem Falle unsere Vereinigung mit der Kommunistischen Partei. Das ist ja der beste Beweis dafür, daß diese Vereinigung eine geschichtliche Notwendigkeit war, daß sie eintreten mußte. In diesem Sinne

haben wir ja auch immer gesagt: wir wollen nicht die Spaltung, sondern wir wollen die Vereinigung des deutschen revolutionären Proletariats.

Genossen und Genossinnen! Ich kann damit zum Schluß kommen. Genosse Däumig hat Ihnen über die Tagesordnung des Parteitages berichtet. Die Zentralleitung hat in allen Fragen fast gemeinsam mit der Kommunistischen Zentrale Richtlinien ausgearbeitet, die Ihnen vorgelegt werden und über die wir auf dem Vereinigungsparteitage Beschluß fassen müssen.

Wir bitten Sie, auf diesem unseren heutigen Parteitage möglichst, d. h. wenn nicht ganz besonders dringende Gründe dagegen sprechen, von einer Diskussion abzusehen, zumal unsere Zeit ja sehr kurz bemessen ist und zumal die Aufgaben nicht nur unseres, sondern auch des kommenden Verschmelzungsparteitages weniger im Reden als im Handeln bestehen sollen. Wir wollen und wir müssen eine geschlossene Kampffront des deutschen Proletariates schaffen, und wenn die Berliner „Freiheit“ noch in den letzten Tagen schrieb: links von uns steht ein wirrer Haufe von Parteisplittern und Sekten“, von „Gewaltpolitikern“, von „Illusionären“, von „anarchistischen Kleinbürgern“ und „Dogmengläubigen“, so gehen wir über solche Schreibereien lächelnd zur Tagesordnung über. Ein so starkes Selbstbewußtsein. wie wir es auch in dem letzten Aufruf der Rechtsunabhängigen finden, ist weiter nichts wie das Selbstbewußtsein eines Kranken, der vor seinem Ende steht. Es ist klar: die Rechtsunabhängigen werden in dem Kampf zwischen Konterrevolution und Revolution aufgerieben werden; denn es ist im deutschen politischen Leben kein Platz mehr für solche Zwischen- und Mittelpartei. Genossen und Genossinnen, wir weisen es entschieden zurück, wenn die Rechtsunabhängigen mit ihrer Bauernfängerei versucht haben, die Arbeitermassen mit all den demagogischen Mitteln, mit der „Knute aus Moskau“, der „Bonzendiktatur“ und all diesen Geschichten uns abspenstig zu machen. Nein, Genossen, wir werden eine geschlossene, einheitliche, wohl zentralistische, aber demokratische Massenpartei schaffen. Wir kapitulieren auch nicht, wie man von uns sagt, vor der KPD. oder wir gehen auch nicht in der KPD. auf, wie es Crispien in Dutzenden von Versammlungen gesagt hat. Nein, gemeinsam mit unseren kommunistischen Freunden, die auch unendlich viel für die Revolution in Deutschland geleistet haben, werden wir zusammen die große, geschlossene, einheitliche kommunistische Massenpartei in Deutschland bilden.

Es ist nicht meine Aufgabe, eine Geschichte unserer Bewegung und der Unabhängigen Partei zu geben. In großen Linien soll das morgen auf dem Vereinigungsparteitage in den Referaten erfolgen. Aber ich glaube, es ist überhaupt nicht unsere Aufgabe, jetzt und in den kommenden Tagen rückwärts zu schauen, sondern es ist unsere Pflicht, nach vorwärts zu blicken auf die Kämpfe, denen wir entgegengehen. So bitten wir Sie denn, jeden von Ihnen, Genossen, sein Bestes auch für die kommende Vereinigte Kommunistische Massenpartei herzugeben. Jeder von Ihnen möge dazu beitragen, daß diese Partei aus einem Guß und aus einer Seele in die Welt gestellt wird, damit sie dem deutschen Proletariat für die Weiterführung nicht nur der deutschen sozialen Revolution, sondern auch der Weltrevolution dient.

Vorsitzender Braß: Ich erteile nunmehr dem Genossen Friedrich Geyer als Mitglied der Kontrollkommission das Wort zu seinem Bericht.

Geyer (Kontrollkommission): Genossinnen und Genossen! Die Kontrollkommission, in Halle gewählt, konnte in dieser kurzen Zeit keine wichtige

Tätigkeit entfalten. Aber eingeladen vom Parteivorstand hat sie nach bestem Können an den Beratungen und Vorbereitungen für den Verschmelzungsparteitag und für die Verschmelzung der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei teilgenommen. In dieser kurzen Zeit lagen Erinnerungen und Beschwerden gegen den Parteivorstand nicht vor, und so bin ich in der angenehmen Lage, vor Ihnen beantragen zu können, den Parteivorstand zu entlasten.

Vorsitzender Braß: Wortmeldungen dazu liegen nicht vor, so daß wir den Bericht der Mandatprüfungskommission entgegennehmen können, dazu erteile ich das Wort dem Genossen Katz-Hannover.

Katz-Hannover: Genossen und Genossinnen! Die Mandatprüfungskommission hat ihre Arbeit beendet, soweit von einer Beendigung am ersten Tage bereits die Rede sein kann, da eine Anzahl Delegierte erst in den andern Tagen nachkommen.

Es sind im ganzen abgegeben 328 Mandate. Diese 328 Mandate verteilen sich auf die einzelnen Landesteile wie folgt: Baden 8, Bayern-Süd 9, Bayern-Nord 1, Berlin-Brandenburg 54, Braunschweig 1, Kassel 1, Chemnitz-Plauen 3, Danzig 2, Dresden 7, Frankfurt a. M. 11, Halle 62, Hamburg 20, Hannover 5, Schleswig-Holstein 6, Leipzig 9, Guben 2, Mecklenburg 3, Mittelrhein 12, Niederrhein 48, Ostpreußen 8, Pfalz 4, Pommern 1, Schlesien, zusammen 6, Thüringen 17, Westfalen-Ost 2, Westfalen-West 15, Württemberg 11.

Die Mandatprüfungskommission hat beschlossen, da kein formeller Widerspruch gegen ein Mandat erhoben worden war, diese 328 Mandate für gültig zu erklären.

Es kommen für eine Reihe von Bezirken noch Delegierte nach. Wenn die Zahl der nachträglich ankommenden Delegierten nicht diejenige Zahl übersteigen wird, die seitens der Zentralleitung nach den abgeführten Mandaten als insgesamt zulässig erachtet wird, so beantragt die Mandatprüfungskommission, auch diese Mandate für gültig zu erklären, damit nicht erneut wieder Bericht erstattet zu werden braucht.

Vorsitzender Braß: Sie haben den Bericht der Mandatprüfungskommission gehört. Da niemand das Wort wünscht, kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Mandatprüfungskommission.

Der Antrag wird einstimig angenommen.

Wir kämen sodann zur Abstimmung über die vorgelegten Anträge.

Bevor wir zur Abstimmung schreiten, möchte ich, um einer Formalität zu genügen, Sie um folgendes ersuchen. Der § 29 unserer Satzungen schreibt bestimmte Fristen vor, in denen Anträge nach § 10 und § 13 einzureichen sind. Der § 10 befaßt sich mit den Anträgen zum ordentlichen Parteitag, der § 13 mit denen des außerordentlichen Parteitages. Es heißt in Absatz 2 des § 13: „Anträge der Parteigenossen sind spätestens fünf Tage vor Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen". Fünf Tage vorher sind die jetzt vorliegenden Anträge eingereicht und veröffentlicht worden. Aber es könnte doch möglich sein, daß aus irgend einem Grunde vielleicht ein paar Stunden noch abgeknapst würden, je nachdem wie die Zeitung erschienen ist. Deswegen bitte ich Sie, hier ausdrücklich Ihre Zustimmung zu geben, nach der Ziffer 3 des § 29 zu verfahren, der lautet: „Eine Abweichung von der — jetzt von mir verlesenen — Bestimmung des § 13 ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung erklären". Es könnte von irgendeiner Seite Protest dagegen erhoben werden, daß die

Vorschriften des § 13 nicht ganz genau eingehalten worden sind. Ich bitte also diejenigen, die mit dieser Abweichung einverstanden sind, die nach § 29 zulässig ist, eine Hand zu erheben. Ich konstatiere, daß der Parteitag einstimmig mit meinem Vorschlage einverstanden ist und somit die Anträge, falls sie angenommen werden, auch Rechtskraft haben.

Wir kommen dann zur Abstimmung über die Anträge:

Der Parteitag beschließt: Die USP. vereinigt sich mit der KPD., um gemeinsam die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands, Sektion der Dritten Kommunistischen Internationale, zu bilden. Alle vorhandenen oder noch entstehenden Rechtsansprüche gehen mit der vollzogenen Vereinigung an die Zentrale der Vereinigten KPD., Sektion der Dritten Kommunistischen Internationale, über. Die vorgelegten organisatorischen und programmatischen Entwürfe und Anträge werden dem gemeinsam abzuhaltenden Parteitag zur Beschlußfassung und Erledigung überwiesen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Der andere Antrag lautet:

Der Parteitag der USPD. überträgt den bisherigen und jetzigen Mitgliedern des Zentralkomitees Däumig, Hoffmann, Koenen und Stoecker die Wahrung der rechtlichen Ansprüche der USPD. und ihrer Zentralleitung. Sie sind befugt, die USPD. und die Vereinigte KPD, Sektion der Dritten Kommunistischen Internationale, gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Vorsitzender Braß: Wir sind am Schlusse unserer Tagesordnung angelangt. Ich vertage hiermit den Parteitag auf morgen vormittag 9 Uhr in diesem Saale.

Schluß der Sitzung 3 Uhr 40 Minuten.



Inhaltsverzeichnis.

Beschlüsse des Parteitages.

Zusammensetzung des Parteitages.

Anhang.

*) Die eingeklammerte Ziffer gibt die Seitenzahl im Protokoll an, auf der die Beschlußfassung vermerkt ist.

◆◆◆
Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H.,
Berlin SW. 48
◆◆◆